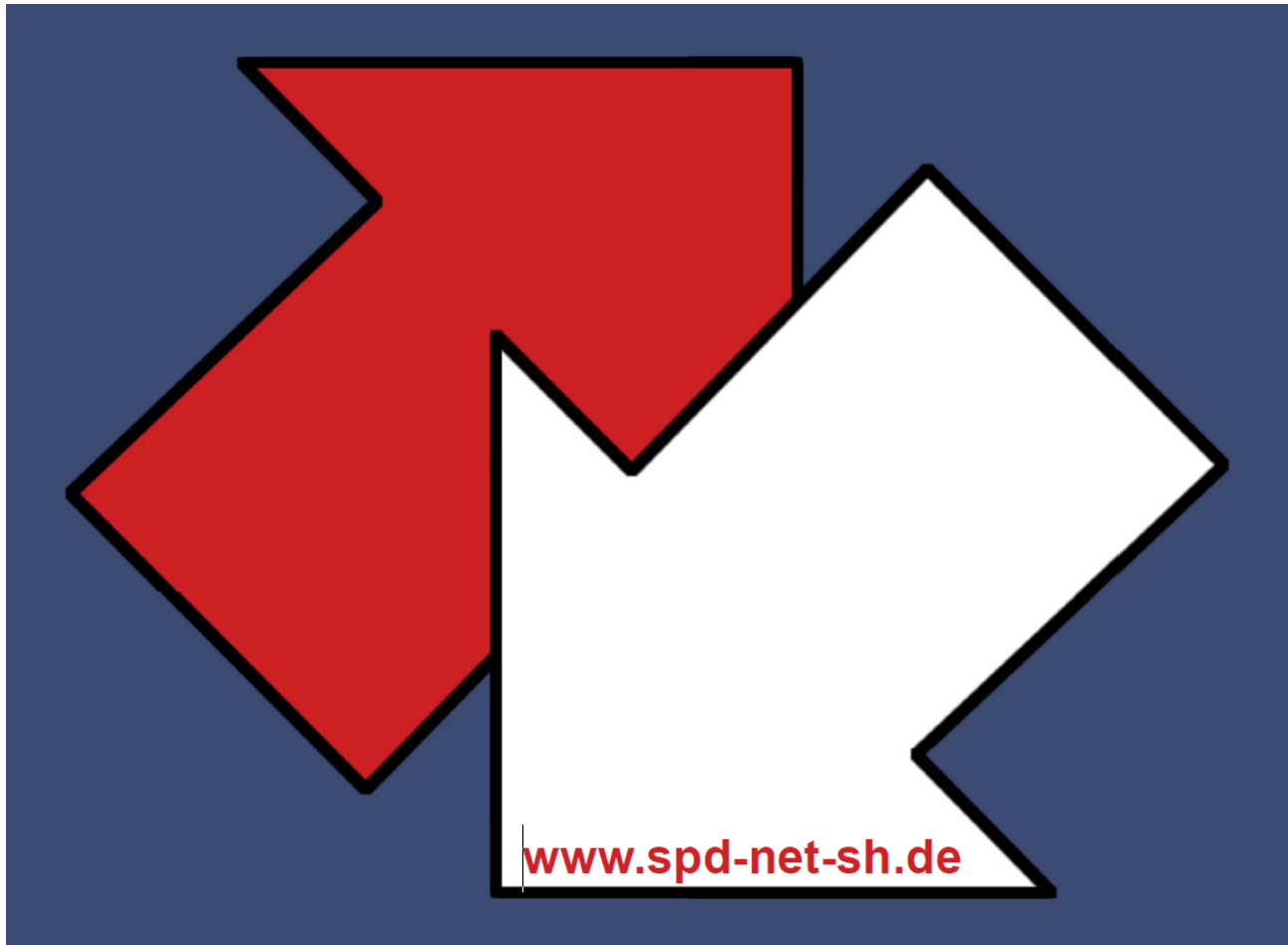


SPD-NET-SH

**Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein**



Artikelarchiv 2011, Januar bis März

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2017

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 01.01.2011, 16:52 Uhr - 18832 Clicks - Nr. 1

Gastschulabkommen mit Hamburg

Landtagsabgeordneter Bernd Schröder will Verhandlungsergebnis genau auf mögliche unangenehme Überraschungen prüfen



Schröder hofft, dass das Verhandlungsergebnis tatsächlich so günstig für Schleswig-Holstein ist, wie es die ersten Meldungen hergeben. Wenn die künftige finanzielle Grundlage für Schleswig-Holstein tatsächlich nur eine Mehrbelastung von 3,15 Mio. € im Jahr 2011 und dann jeweils 200.000 € zusätzlich in jedem folgenden Jahr bedeutet, dann wäre das ein Erfolg für den länderübergreifenden Schulbesuch. Für Schröder wurde es aber auch Zeit, dass sich bei der „Hängepartie“ des Schulkostenausgleiches eine konstruktive Perspektive abzeichnet.

Der erzielte Kompromiss belastet allerdings die Kommunen insbesondere im Hamburger Umland, die künftig pro Gastschüler und Jahr einen Betrag zwischen 760 und 2.500 Euro an Hamburg zahlen müssen.

Nähere Details liegen Schröder noch nicht vor. Aber er werde in der Landtagsfraktion auf eine sehr genaue Prüfung drängen, ob dieses Verhandlungsergebnis nicht noch unangenehme Überraschungen beinhaltet, die zu Lasten der schleswig-holsteinischen Kinder und Jugendlichen, die Schulen in Hamburg besuchen oder besuchen wollen gehen und welche Folgen das Verhandlungsergebnis für die heute schon finanziell gebeutelten Kommunen hat.

Eine Öffnung für eine liberale länderübergreifende freie Schulwahl, wie sie auch von den Menschen im Kreis Pinneberg gewünscht wird, ist auch mit dem jetzt erzielten Verhandlungsergebnis noch nicht erreicht. Für Schröder ein Aufgabe, die in den nächsten Jahren intensiv bearbeitet werden muss.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 01.01.2011, 20:27 Uhr - 6008 Clicks - Nr. 2

Stormarn 2011 - Hoffnung und Sorge

Der Kreis Stormarn ist bisher glimpflich aus der Finanzkrise herausgekommen, Lebensqualität und Finanzkraft in unseren Kommunen zählen weiterhin zu den Besten in ganz Deutschland, die Arbeitslosenquote ist wieder auf unter 4 % gesunken. Das lässt Gutes hoffen für die Zukunft und das Jahr 2011.

Und doch ist all dies kein Grund sich auf vermeintlichen Lorbeeren auszuruhen. Auch 3,9 % Arbeitslose sind 3,9 % zu viel. Solange Tafeln gebraucht werden, damit Menschen nicht hungern müssen, solange der Kreis Kosten für Wohnung und Heizung bezahlen muss für Menschen, die trotz Vollzeitbeschäftigung aufgrund von Hunger-löhnen ihre Familien nicht ernähren können, solange Eltern nicht Mahlzeiten für ihre Kinder in der Schule bezahlen können, solange sind wir alle gefordert uns dafür einzusetzen, dass sich diese Zu-stände ändern.



Dabei lässt hoffen, dass im Stormarner Kreistag die Fraktionen bei allen unterschiedlichen politischen Auffassungen bisher meistens Ideologien und persönliche Befindlichkeiten hinter eine gemeinsam getragene pragmatische Lösung im Interesse der Bürger zurück gestellt haben. Auf diese Weise und mit einer gut arbeitenden Verwaltung, wie wir sie in Stormarn haben, können wir den Herausforderungen begegnen, die an uns gestellt werden.

Besorgt müssen wir aber auch zusehen, wie immer wieder unsere Anstrengungen aus Kiel und Berlin torpediert werden. Mit großem Engagement der Mitarbeiter hat unsere Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft (BQS) viele Jahre erfolgreich Langzeitarbeitslose betreut und ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Jetzt aber werden von der Bundesagentur für Arbeit gerade die Mittel für diese Tätigkeiten so drastisch zusammen gestrichen, dass die BQS und ihre erfolgreiche Arbeit in ihrer Existenz bedroht waren. Mit dem jetzt vom Kreistag gebilligten Konzept ist erfreulicherweise der Fortbestand zu-nächst gesichert, wenn auch in deutlich vermindertem Umfang.

Schülerbeförderung, Busse und Bahnen, Kinderbetreuung, Wohngeld, zusätzliche Aufgaben für Kommunen, die Liste der Vorhaben, mit denen Bund und Land ihre Haushalte zu Lasten der Kreise und Kommunen sanieren wollen, lässt sich endlos fortsetzen.

Wer jetzt noch weitere Steuergeschenke für Unternehmen und Mittelstand fordert, der will das Geld dafür von den Kommunen und den sozial Schwachen nehmen, denn auf ihre Kosten sollen die Mittel für Steuersenkungen beschafft werden.

Der Kreis Stormarn kann stolz auf das bisher Erreichte sein, und auch die gute Konjunktur lässt auf

Verbesserungen hoffen. Trotzdem müssen wir noch mehr Anstrengungen unternehmen, damit auch alle daran teilhaben können und ein finanzielles Ausbluten der kommunalen Selbstverwaltung durch Bund und Land verhindert wird. Ich bin sicher, dass hieran alle Fraktionen im Stormarner Kreistag zusammen arbeiten werden. Für das Jahr 2011 wünsche ich Ihnen allen Gesundheit, Glück und Frieden.

Reinhard Mendel

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 02.01.2011, 14:03 Uhr - 3039 Clicks - Nr. 3

Ein glückliches neues Jahr!

Die SPD Barsbüttel wünscht Allen ein glückliches und gesundes Jahr 2011! In den ersten Wochen des Jahres finden zahlreiche Neujahrsempfänge statt, auf denen man mit Mitgliedern der SPD-Fraktion ins Gespräch kommen kann. Auch unser Landtagsabgeordneter Martin Habersaat wird dabei sein. Der Neujahrsempfang der Gemeinde Barsbüttel findet am 9. Januar ab 17.00 Uhr im Rathaus statt. Vorher, ab 16.00 Uhr, gibt es den traditionellen



Jahresanfangsgottesdienst in der Segenskirche.

Immer am zweiten Dienstag eines jeden Jahres laden die SPD-Ortsvereine aus Südstormarn, Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek, zum Gemeinsamen Neujahrsempfang ein. In diesem Jahr richten die Sozialdemokraten den Empfang im Gliner Rathaus (Markt 1) aus. Termin ist der 11. Januar, los geht es um 19.00 Uhr.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.01.2011, 15:04 Uhr - 8238 Clicks - Nr. 4

Unterstützung für Kai Riebesel

Am 9. Januar findet die Stichwahl um das Bürgermeisteramt in Oststeinbek statt. Um die Nachfolge von Bürgermeister Karl Heinz Mentzel (SPD) bewerben sich Martina Denecke aus Hemmingen (unterstützt von CDU und FDP) und der Oststeinbeker Kai Riebesel (SPD). Unterstützung für Kai Riebesel kam jetzt von prominenten NDR-Kollegen: Professor Peter Rodenberg, Tagesschau-Chefredakteur Dr. Kai Gniffke und der ehemalige NDR-Intendant Prof. Jobst Plog schreiben ihrem (ehemaligen) Kollegen auf seiner Webseite: <http://www.kai-riebesel.de>.



Lieber Kai Riebesel,

bevor ich als Professor für Medien und Kommunikation an die Universität ging, waren wir lange Jahre Kollegen beim NDR-Fernsehen – Sie im Produktionsbereich, ich als Stellv. Redaktionsleiter im Bereich Programm.

Ich habe Sie dort als freundlichen, aber dennoch bestimmten Kollegen kennengelernt, der Probleme fair und ohne Lagermentalität anzugehen wusste. Mancher Konflikt zwischen Redaktion und Technik konnte so zu beiderlei Zufriedenheit gelöst werden. Auch wenn sich in Krisensituationen alles überschlug, konnte man sich auf Ihre ruhige Kompetenz immer verlassen.

Nach meinem Weggang vom NDR sind wir uns bei meinen Besuchen im Haus häufig begegnet. Ich habe dabei sowohl von den Kollegen wie auch von der Führung des NDR, mit der ich zu tun hatte, immer wieder Positives über Sie als Personalratsvorsitzenden gehört.

So bedauerlich ich es fände, wenn das öffentlich-rechtliche Fernsehen (für das mein Herz immer noch schlägt) Sie verlieren würde, so sehr bin ich überzeugt, dass Sie den Bürgern Oststeinbeks als Bürgermeister mit Ihrer Führungskompetenz und Erfahrung zum Vorteil gereichen werden.

Ich drücke Ihnen für die Stichwahl am 9. Januar die Daumen.

Herzlichen Gruß

Ihr Peter Rodenberg

Lieber Kai Riebesel,

als Chefredakteur einer überregionalen Nachrichtensendung könnte ich die Wahl in Oststeinbek ja sehr gelassen sehen, denn wir werden das Ergebnis am 9. Januar kaum melden. Trotzdem verfolge ich den Wahlkampf mit großem Interesse und zwei Herzen in meiner Brust. Da ist zum einen meine egoistische Sichtweise: In der täglichen Arbeit begegne ich Dir als einem Personalratsvorsitzenden, der sehr genau darauf achtet, dass bei der Weiterentwicklung und den Veränderungsprozessen in unserer Redaktion die Interessen der Mitarbeiter nicht unter die Räder kommen. Gleichzeitig teilen wir beide die Leidenschaft für den Kernauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Information, insbesondere für die Tagesschau. Dabei habe ich schon oft über Deine strategische Weitsicht und Deine realistische und kompetente Analyse unserer betriebswirtschaftlichen Situation gestaunt. Das hat mir oft geholfen. Das alles würde ich im Falle Deiner Wahl sehr vermissen. Aber auf der anderen Seite: Darf ich als Nachrichten-Chef und Staatsbürger der Gemeinde Oststeinbek diese Qualitäten vorenthalten?

Herzliche Grüße

Dr. Kai Gniffke

Lieber Herr Riebesel,

wir haben lange Jahre im NDR zusammen gearbeitet. Sie als Gewerkschaftler und Vorsitzender des Hamburger Betriebsrats, ich als Intendant. Wir hatten unterschiedliche Interessen zu vertreten und doch ein gemeinsames Ziel: Gute Programme für die Menschen im Norden und ein soziales Unternehmen für die MitarbeiterInnen. Sie haben Ihre Interessen kompetent und engagiert vertreten. Wir waren nicht immer einer Meinung! Aber Sie haben die Interessen des Ganzen nie aus den Augen verloren und am Ende zu Kompromissen gefunden. Man konnte sich auf Ihr Wort verlassen.

Ich finde es toll, dass Sie sich in der Kommunalpolitik engagieren. Ich traue Ihnen das Amt des

Bürgermeisters zu. Mehr noch: Ihre Gemeinde kann von Ihren Erfahrungen in einem großen Unternehmen profitieren und wird einen engagierten und dialogfähigen Mann an der Spitze haben. Viel Glück im zweiten Wahlgang.
Ihr Jobst Plog

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.01.2011, 22:02 Uhr - 6319 Clicks - Nr. 5

SPD Stormarn im Januar 2011

Neujahrsempfänge, Grünkohllessen - jedes neue Jahr beginnt mit vielen solchen Terminen. Einige besondere kommen für die SPD Stormarn im Januar 2011 hinzu, wie der Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat berichtet: „Die vier Bewerber um die Spitzenkandidatur bei der nächsten Landtagswahl stellen sich in Stormarn vor, der Ortsverein Travenbrück wird 25 und Michael Müller, der Bundesvorsitzende der NaturFreunde, kommt zum Thema ‚Energiewende: Jetzt erst recht!‘“

2011

Sonntag, 9. Januar, 11.00 Uhr
Gemeinschaftshaus in Tralau (Schulstraße 29)
25 Jahre SPD Travenbrück
Ansprechpartner: Kurt Radde, SPD Travenbrück

Montag, 10. Januar, 19.30 Uhr
Ahrensburg, Alfred-Rust-Saal (Wulfsdorfer Weg 71)
Öffentliche Vorstellung der vier Bewerber um die Spitzenkandidatur
Ansprechpartner: Martin Habersaat, SPD Stormarn
(Wer an diesem Termin nicht kann, kann auch am 14.1. nach Lübeck (Media Docks), am 16.1. nach Kiel (Legienhof), am 29.1. nach Henstedt-Ulzburg (Bürgerhaus) oder am 30.1. nach Neumünster (Holstenhallenrestaurant) kommen.

Dienstag, 11. Januar, 19.00 Uhr
Glinde, Rathaus (Markt 1)
Neujahrsempfang der vier Südstormarner SPD-Ortsvereine
Ansprechpartner: Frank Lauterbach, SPD Glinde

Donnerstag, 20. Januar, 19.00 Uhr
Ahrensburg, Marstall (Lübecker Straße 10)
Energiewende: Jetzt erst recht!
Ansprechpartner: Holger Wege, Mitarbeiter der SPD Landtagsfraktion

Sonntag, 23. Januar, 11.00 Uhr
Bad Oldesloe, Bürgerhaus (Mühlenstr. 22)
Neujahrsempfang der SPD Bad Oldesloe
Ansprechpartner: Hans-Hermann Roden, SPD Bad Oldesloe

Sonntag, 23. Januar, 12.30 Uhr
Ahrensburg, Restaurant Strehl (Reeshoop 50)
Grünkohlessen der SPD Ahrensburg
Ansprechpartner: Margot Sinning, SPD Ahrensburg

Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 03.01.2011, 17:37 Uhr - 3207 Clicks - Nr. 6

AG 60plus fährt zur Chagall-Ausstellung

Die AG 60plus des SPD Kreisverbandes Stormarn startet mit einem Höhepunkt ins Jahr 2011. Der Vorsitzende Jürgen Schneider erzählt: „Wir besuchen die Marc Chagall-Ausstellung ‚Lebenslinien‘ im Bucerius Kunst Forum. Das ist die letzte Gelegenheit, die Chagall-Sammlung des Israel-Museums aus Jerusalem und Leihgaben aus Paris, Basel, Moskau, Düsseldorf und Stuttgart in einer Ausstellung zu sehen.“

Als geführter Gruppe werden den Teilnehmern lange Wartezeiten erspart bleiben. Anschließend sind ein gemeinsames Essen im Friesenkeller und ein Bummel durchs Hanse-Viertel vorgesehen.

Persönliche Erlebnisse und Erfahrungen haben unmittelbar Eingang in Chagalls Kunst gefunden. So veranschaulicht die Ausstellung den Einfluss seiner Biografie auf die Werke. Insbesondere Erinnerungen an Kindheit und Jugend und der Einfluss seiner Frau Bella auf sein künstlerisches Schaffen werden deutlich. Einen besonderer Schwerpunkt bildet Chagalls Beschäftigung mit der Rolle des Künstlers und seinem künstlerischen Selbstverständnis. Der letzte Abschnitt behandelt die Auseinandersetzung mit der Bibel, der jüdischen Religion und Geschichte sowie dem Holocaust in Chagalls Werk.



Treffpunkt ist am Freitag, dem 14.1. um 11:15 Uhr im Foyer des Bahnhofs Oldesloe. Abfahrt 11: 32 von Gleis 3 mit der Regional-Bahn nach Hamburg. Zustiegsmöglichkeiten auf allen Bahnhöfen bis Hamburg (erster Wagen). Rückkehr um ca. 18:30 Uhr. Kostenbeitrag 15 Euro (ohne Essen). Verbindliche Anmeldung erforderlich unter 04531/84603 oder juergen.schneider@spd-badoldesloe.de.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 04.01.2011, 12:07 Uhr - 7249 Clicks - Nr. 7

SPD-Kreistagsfraktion: Zuschüsse für KIBIS und Hilfe für Frauen in Not gesichert

Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Herzogtum Lauenburg



„Der von der schwarz-gelben Mehrheit in der letzten Kreistagssitzung verabschiedete Haushalt 2011 beinhaltet eine soziale Schieflage. Viele Kürzungen im Sozial- und Jugendbereich sind kontraproduktiv und werden perspektivisch Mehrkosten für den Kreis verursachen.

Insofern sind wir froh, dass auf SPD-Initiative hin wenigstens die Kürzungen bei der Selbsthilfekontaktstelle KIBIS und beim Verein „Hilfe für Frauen in Not“ im Sozialausschuss verhindert werden konnten.“ So kommentiert die stv. Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion Monika Brieger, gleichzeitig Sozialausschussvorsitzende, den jüngsten Haushaltsbeschluss.

Monika Brieger weiter: „Die Arbeit von KIBIS im Kreis Herzogtum Lauenburg wird parteiübergreifend anerkannt. Durch Kürzungen des Landes muss deren Arbeit ohne „abgespeckt“ werden. Insofern ist es gut, dass im Sozialausschuss durch Umschichtungen wenigstens den Zuschuss des Kreises auf den halten Ansatz gehalten zu haben. Dies gilt auch für den Kreiszuschuss für den Verein „Hilfe für Frauen in Not“. Eine solche differenzierte Vorgehensweise bei den Kürzungen wollten wir als Fraktion auch in anderen Bereichen erreichen - hierzu war die schwarz-gelbe Mehrheit trotz Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission, die auf unsere Initiative hin genau diese Arbeit leisten sollte, nicht bereit.“

Monika Brieger: „In der Kreistagssitzung selbst konnte wenigstens erreicht werden, dass die Mittel für den von uns initiierten Sozialfonds nicht drastisch von 75.000 Euro auf 25.000 Euro gekürzt wurden. Die CDU hat sich letztendlich wenigstens auf eine Summe von 50.000 Euro eingelassen, wobei der hierzu beschlossene Sperrvermerk mit einer Aufhebungsmöglichkeit nur durch den Kreistag natürlich die Handlungsfähigkeit und Flexibilität erheblich einschränkt.

Insbesondere bei KIBIS muss man jetzt sehen, was die drastischen Kürzungen des Landes konkret für die Arbeit der Selbsthilfekoordinierung bedeutet. Ich werde dieses Thema zeitnah auf die Tagesordnung einer Sozialausschusssitzung nehmen.“

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 04.01.2011, 19:00 Uhr - 6710 Clicks - Nr. 8

Interview vom DampfMagazin mit Birte Pauls

Im Herbst 2010 hat das DampfMagazin ein Interview mit der MdL Birte Pauls geführt zum Thema "Schleswig als Gesundheitsstandort sichern und ausbauen" und berichtet darin über ihre Zeit im Pflegedienst am Schlei-Klinikum Schleswig.

Mit Genehmigung des Dampf Magazin veröffentlichen wir hier das Interview:

[Interview](#)

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 05.01.2011, 12:26 Uhr - 2065 Clicks - Nr. 9

Nähere Hintergründe zu der Einstellung der Biogasanalge in Lutterbek

In den Kieler Nachrichten vom 04. Januar 2011 wurde bereits weiteres berichtet.

Nähere Informationen werden im nächsten Probsteier Herold am 07. Januar 2011 erläutert.

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 05.01.2011, 13:01 Uhr - 41627 Clicks - Nr. 10

Eckart Kuhlwein: Immer noch schneller, höher und weiter?

Nachhaltigkeit statt Wachstum

Die Orientierung auf Wachstum ist eine jahrhundertalte kulturelle Erbschaft der europäischen Moderne. Das war die Idee des Fortschritts. In den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit gelang es, mehr Wachstum mit dem Ausbau des Sozialstaates zu verbinden. Heute stößt die Menschheit jedoch an ökologische, soziale und ökonomische Grenzen, die respektiert werden müssen.

Seit den siebziger Jahren werden diese Grenzen verdrängt: 1972 der Bericht des „Club of Rome“, 1975 die sozialen Grenzen und Ende der siebziger Jahre die sinkenden Wachstumsraten in den Industriestaaten. Statt zu einem sozialökologischen Umbau zu kommen, wurden die Weichen für den Finanzkapitalismus gestellt. Dadurch wurde viel Zeit verloren. Ganz gleich, ob wir es wahr haben wollen oder nicht: Ökologisch sind die Grenzen des herkömmlichen Wachstums erreicht, ökonomisch ist es immer weniger machbar und damit geraten auch die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik an Grenzen, solange sie von hohen Wachstumsraten abhängig bleiben. In der bisherigen Form ist Wachstum ein Substanzverzehr zu Lasten der Zukunft.



Die Signale sind nicht mehr zu übersehen: Der Gipfel der Ölexploration (Peak Oil) ist überschritten. Die Rohstoffe für die technischen Innovationen des 21. Jahrhunderts werden knapp. Die Chinesen sichern sich bereits landwirtschaftliche Flächen in Afrika, um ihre Milliardenbevölkerung dauerhaft ernähren zu können. Und der Klimawandel durch eine immer stärker belastete Atmosphäre führt immer wieder zu extremen Wetterereignissen.

Unsere Zeit braucht ein gezieltes Wachsen und ein gezieltes Herunterfahren. Die Nachhaltigkeit

muss wachsen, während natur- und sozialschädliche Formen von Produktion, Dienstleistungen und Konsum schnell schrumpfen müssen. Unser Land braucht einen Nationalen Wohlfahrtsindex, der Klarheit schafft.

Die drei ökologischen Ziele des Umbaus heißen Effizienz, Konsistenz und Suffizienz. Bei der Effizienz geht es um eine absolute Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs, bei der Konsistenz um den Umbau in eine Solar- und Kreislaufwirtschaft, bei der Suffizienz um Genügsamkeit und immaterielle Lebensqualität. Nur so können der ökologische Fußabdruck und der ökologische Rucksack, die viel zu groß sind, verringert werden.

Die Alternative zum Wachstumszwang heißt Nachhaltigkeit. Nur sie ist in der Lage, den Anforderungen einer „überbevölkerten, ungleichen, verschmutzten und störanfälligen Welt“ (Brundtland-Bericht) gerecht zu werden. Ihr Ausgangspunkt ist eine andere zeitliche Verantwortung in den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Nachhaltigkeit ist neuer Fortschritt. Es geht nicht um einen grünen Anstrich des Bisherigen, sondern um den sozialökologischen Umbau. Die Debatte über die Grenzen des Wachstums muss ohne Scheuklappen geführt werden. Sie braucht einen offenen, lernfähigen und umfassenden Diskurs über die Zukunft. Von daher geht es um mehr Demokratie, Mitbestimmung und Teilhabe.

Die Debatte darüber verlässt heute die wissenschaftlichen Zirkel und rückt ins Zentrum von Politik und Gesellschaft. Als Alternative zeichnet sich ab: Entweder kommt es zu erbitterten Verteilungskämpfen, einschließlich der Gefahr von Ressourcenkämpfen, oder zu einer nachhaltigen Entwicklung. Wir haben nicht mehr sehr viel Zeit dafür.

Das UmWeltforum der SPD will für unseren Landesverband den Anstoß zur Debatte geben. Wir werden daher Anfang Februar zu einer Tagung in Malente einladen.

Keine Kommentare

[SPD-Russee](#) - veröffentlicht am 05.01.2011, 22:35 Uhr - 5026 Clicks - Nr. 11

Wildgehege Hammer bleibt offen für alle

Stadt nimmt Abstand von Privatisierungsplänen

Auf ausdrückliche Zustimmung der SPD Russee-Hammer stößt der Verbleib des Wildgeheges Hammer in städtischer Trägerschaft. In ihrem soeben der Ratsversammlung vorgelegten Bericht zur Umsetzung der Organisationsuntersuchung im Dezernat für Stadtentwicklung und Umwelt hatte die Verwaltung mitgeteilt, eine Übergabe der fünf städtischen Tiergehege an Private nicht weiter zu verfolgen.



„Mit dieser Entscheidung ist ein wesentlicher Programmpunkt der SPD Russee-Hammer zur Kommunalwahl 2008 erfüllt“, stellt Ratsherr Michael Wagner befriedigt fest. „Bereits am Beginn der Debatte über das Kienbaum-Gutachten 2007 hatte sich der Ortsverein einstimmig dafür ausgesprochen, die Kieler Tiergehege – mithin auch das Wildgehege Hammer – uneingeschränkt in der Trägerschaft der Landeshauptstadt zu belassen. Diese Haltung haben wir seinerzeit auch im

Ortsbeirat Russee/Hammer durchgesetzt“, ergänzt Ortsvereinsvorsitzender Frank Hornschu.

„Unsere Position war und ist: Nur eine öffentliche Trägerschaft gewährleistet den Bestand des Geheges überhaupt und den kostenfreien Zugang für alle Bürgerinnen und Bürger. In einer Großstadt ohne Zoo leisten die Tiergehege einen wesentlichen Beitrag zur Naherholung, zur Umweltbildung und zum direkten Naturerlebnis insbesondere für Familien mit Kindern, Schulklassen und Kindergärten. Wir sehen in der Entscheidung eine dauerhafte Sicherung dieser Funktionen für die Zukunft. Die Verwaltung unter der Verantwortung von Oberbürgermeister Albig (SPD) macht damit erneut ihr Engagement für ein kinder- und familienfreundliches Kiel deutlich. Diese gute Politik spüren die Bürgerinnen und Bürger in Russee und Hammer jetzt noch einmal besonders stark“, betonen die beiden Vertreter der örtlichen SPD abschließend.

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 06.01.2011, 18:51 Uhr - 6425 Clicks - Nr. 12

Birte Pauls im Gespräch mit Danfoss Silikon Power

Nach Gesprächen am 5. Januar 2011 u.a. mit dem Geschäftsführer Herrn Petersen der Firma Danfoss Silikon Power hätten auch vorsorgende bzw. aufsuchende Gespräche seitens der Stadt, wenn sie denn stattgefunden hätten, an ihrem Entschluss, die Produktion von Schleswig nach Flensburg zu verlegen, nichts geändert.

Danfoss wäre an einem Neubau bzw. Anbau auf der jetzigen noch ausbaufähigen Fläche nicht interessiert gewesen. Man will sich auf die Produktion konzentrieren, nicht auf einen Neubau. Man rechnet damit, dass die Produktion bis 2015 so stark expandiert, dass man spätestens dann umziehen müsste.

Auch wenn es für die Stadt Schleswig eine weitere Katastrophe ist, können wir froh sein, dass die Arbeitsplätze der jetzigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zu einem großen Teil auch ehemalige Betriebsangehörige von Motoralla sind, jedenfalls in der Region bleiben und hier noch weitere Arbeitsplätze entstehen, auch wenn viele von ihnen jetzt leider einen weiteren Arbeitsweg haben.

Die Alternative wäre eine Verlagerung ins Ausland gewesen, so wie viele andere Firmen es machen. Das wäre die wirkliche Katastrophe.

Trotzdem muss die Stadt, bzw. der Bürgermeister jetzt und sehr rechtzeitig sehr aktiv Gespräche führen, um einen weiteren Leerstand in Schleswig zu verhindern und Möglichkeiten auszuloten, Unternehmen für den Standort Schleswig zu interessieren.

Hilfreich ist es sicherlich seitens der Verwaltung, einen ständigen Kontakt zu den Unternehmen und Betrieben zu halten, um sehr rechtzeitig auf evtl. negativen Entwicklungen reagieren zu können.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 06.01.2011, 21:37 Uhr - 6018 Clicks - Nr. 13

Eichstädt: Der Kuckuck will nicht aus dem Nest...

Zu den Äußerungen von Ministerpräsident Carstensen, dass zwischen August und September 2012 gewählt wird, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Mit diesem Terminvorschlag verhöhnt Carstensen die Wähler und Wählerinnen. Denn das ist der sehr durchsichtige Versuch, zu verzögern - in der Hoffnung auf bessere Zeiten für CDU und FDP.

Im Sommer 2009 hat Carstensen die SPD aus der Regierung gejagt, und 70 Tage später fand die von ihm erzwungene Neuwahl statt – jetzt behauptet er, für Neuwahlen brauche man anderthalb bis zwei Jahre.

Man kann den Eindruck gewinnen, Carstensen selbst findet wählen so schwierig, dass man es vielleicht gleich ganz lassen sollte. Zur Erinnerung: Hamburg wählt am 20. Februar 2011 – zwei Monate Vorbereitung sind dort genug.

Selbst wenn man berücksichtigt, dass in Schleswig-Holstein einige Wahlkreise neu geschnitten werden müssen, geht Carstensen's Argumentation ins Leere: Der Wahlkreis-Ausschuss braucht nach den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte für seine Arbeit etwa zwei Monate. Der Landtag wird im März das neue Wahlgesetz beschließen. Anfang Juni können dann die Parteien mit der Aufstellung ihrer Kandidatinnen und Kandidaten beginnen. Deshalb hat die SPD als Termin für die Neuwahl den 13. November 2011 vorgeschlagen.

Schleswig Holstein braucht eine stabile Regierung und ein korrekt zusammengesetztes Parlament. Die Regierung auf Abruf sollte so schnell wie möglich abgelöst werden. Jede Verzögerung des Wahltermins verlängert einen nicht verfassungskonformen Zustand."

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 07.01.2011, 13:58 Uhr - 96128 Clicks - Nr. 14

Als Reaktion auf den Dioxin-Skandal: Kontrollen ausweiten und besser vernetzen

„Der Skandal um dioxinverseuchte Futtermittel zeigt, dass wir uns nicht auf die Selbstkontrollen der Verarbeitungskette verlassen können“, kommentiert die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust die bekannt gewordene Vermischung von Futterfetten mit giftigen Industriestoffen. Die agrarpolitische Sprecherin der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament fordert deshalb ein deutlich ausgeweitetes System staatlicher Kontrollen.

„Die Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa müssen sich darauf verlassen können, dass alles getan wird, um ihnen sichere Lebensmittel zur



Verfügung zu stellen“, so Rodust. Als nötige Konsequenz aus dem aktuellen Skandal müssten alle rechtlichen Lücken geschlossen werden, die eine Vermischung von Futtermitteln und Industriestoffen ermöglichten. Außerdem müssten die unterschiedlichen Kontrollinstanzen der Lebens- und Futtermittelsicherheit in Europa besser vernetzt werden.

„Ich werde hierzu eine schriftliche Anfrage an die Kommission formulieren und habe außerdem den Vorsitzenden des Agrarausschusses aufgefordert, Vertreter der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen, um sie zu befragen, wie die Lebens- und Futtermittelsicherheit in Europa wirksamer sichergestellt werden kann“, führt Rodust aus. Das Europäische Parlament als neuer starker Akteur in der Agrarpolitik müsse hier ebenso als Anwalt der Verbraucherinnen und Verbraucher auftreten, wie für die große Zahl der Landwirte eintreten, die ohne eigenes Verschulden ebenfalls Leidtragende von Lebensmittelskandalen seien.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 07.01.2011, 14:38 Uhr - 16233 Clicks - Nr. 15

Berlin-Fahrt mit dem SPD Kreisverband Rendsburg - Eckernförde

Vom 13. bis 15. Mai 2011 veranstaltet der SPD- Kreisverband Rendsburg-Eckernförde wieder eine Busfahrt nach Berlin.....

... und so sieht das Programm aus:

- Bustransfer von Eckernförde nach Berlin und zurück (weitere Zustiege sind möglich)
- 2 Übernachtungen im Doppelzimmer mit Frühstück im Hotel „Ludwig van Beethoven“ (www.hotel-ludwig-van-beethoven.de)
- Führung über die Pfaueninsel
- Besuch des Reichstages mit Sönke Rix, MdB
- Intensive Stadtrundfahrt
- Führung durch den Bergmann-Kiez
- Führung durch den Flughafen Tempelhof (fakultativ)
- eine Reisebroschüre


Die Kosten für diese Fahrt belaufen sich auf € 186,00 pro Person, der Einzelzimmerzuschlag beträgt € 50,00. Neben dem Programm bleibt aber auch Zeit zur Eigenerkundung von Berlin, zum Besuch von Museen oder Theateraufführungen.

Die Abwicklung, Betreuung und Durchführung dieser Fahrt liegt auch in diesem Jahr wieder in den bewährten Händen der Berliner DIENSTWERKER, hinter denen sich die langjährige MdB des Kreises, Ulrike Mehl, und ihr Mann Andreas Schröter „verbergen“.

Interessenten werden gebeten, sich bis zum **12. März 2011** bei

Heidrun Isolt,
Admiral-Scheer-Str. 6,

24340 Eckernförde Tel. 04351 – 83226,
E-Mail. dienstwerker@web.de anzumelden.

 Das Programm finden Sie [hier](#)

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 07.01.2011, 18:28 Uhr - 6805 Clicks - Nr. 16

Zu Gast beim Hamburger TV Duell

Martin Habersaat berichtet

Meine Schwester Anika und ich hatten von der SPD Hamburg Karten für das TV-Duell Scholz gegen Ahlhaus bekommen. Dieses Duell, ausgerichtet von Hamburg 1, Radio Hamburg, Oldie 95 und der Bild Hamburg, sollte der Auftakt des Wahlkampfes sein. Und es war eine interessante Veranstaltung vor 150 Zuschauern im Foyer von Hamburg 1 in der Rothenbaumchaussee.

Weil die Aussagen der Kandidaten und allgemeine



Veranstaltungsberichte überall zu finden sind, beschränke ich mich auf einige Beobachtungen und ein wenig Medienkritik. Ehemalige Bürgermeister der SPD waren an dem Abend dabei, ehemalige CDU-Bürgermeister habe ich nicht gesehen. Humor gab es entgegen anderslautender Behauptungen durchaus, absichtlich (Scholz führte demokratietheoretisch aus, dass ein Koalitionsvertrag nicht das höchste Rechtsgut einer Demokratie ist) und unabsichtlich (Ahlhaus befand, es habe in der Vergangenheit ‚schillernde‘ Innensenatoren in Hamburg gegeben).

Würde man das Duell nach den meistgenutzten Wendungen durchsuchen, wären dies bei Scholz wohl „Versprechen“ (z.B. vernünftige Politik, kostenlose Kita-Grundversorgung, Einsatz für die Elbvertiefung) und bei Ahlhaus „ideologische Hemmungen“ (wegen der Erfindung ideologischer Hemmungen konnte Ahlhaus alle Probleme der vergangenen Jahre dem ehemaligen grünen Koalitionspartner in die Sandalen schieben). Beide Kandidaten waren gut vorbereitet und hatten offensichtlich Zahlen einstudiert, dass Ahlhaus seinen Schlussappell "mit Herzblut und Leidenschaft" ablesen musste, wirkte aus meiner Sicht weniger überzeugend.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Michael Schmidt (Hamburg 1), Rainer Hirsch (Radio Hamburg) und Matthias Onken (BILD Hamburg). Rainer Hirsch hörte man bei jeder Silbe die gelernte Artikulation an - so formvollendet können es sonst nur manche FDP-Landtagsabgeordnete in Kiel. Matthias Onken merkte man stellenweise an, dass er sonst eher zur schreibenden Zunft

gehört.

In der anschließenden Auswertungsrunde, moderiert von Herbert Schalthoff, wurde den beiden Diskutanten vorgeworfen, zu wenig Wert auf die Bildungspolitik gelegt zu haben. Über Bildung wurde tatsächlich nicht gesprochen, obwohl (Eliten-) Bildungsexperte Walter Scheuerl ebenfalls unter den Zuschauern war. Das den beiden Kandidaten vorzuwerfen, war allerdings nicht ganz fair angesichts einer sehr stark vorstrukturierten und gegliederten Veranstaltung. Die Wahrheit schien mir zu sein: Die Organisatoren hatten schlicht vergessen, Fragen zur Bildungspolitik ins Programm aufzunehmen.

Interessant die abschließende Bewertung eines Bild-Mannes: Man habe ein Unentschieden gesehen, mit leichten Vorteilen für Olaf Scholz. Tatsächlich bekam dieser am nächsten Tag von der Bild eine 2-, Ahlhaus „nur“ eine 3+. Mein Eindruck war: Ahlhaus war nicht so schlecht, wie von manchen erwartet. Und Scholz so gut, wie von allen erwartet. Aus Lehrersicht könnte ich jetzt einiges über die Problematik von Bewertungskriterien relativer und absoluter Art schreiben und die Problematik gerechter Benotung...

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 08.01.2011, 20:29 Uhr - 7245 Clicks - Nr. 17

Kürzen ohne Verstand und Weitsicht – da helfen nur noch Neuwahlen

AsF Stormarn zum Landeshaushalt

Unbeeindruckt von wiederholten Protesten tausender Menschen vor dem Landeshaus, unbelehrbar durch dutzende von Gesprächen und Zuschriften hat die schleswig-holsteinische CDU-FDP-Regierung ihre Ein-Stimmen-Mehrheit gnadenlos ausgespielt, um einen Haushalt voller ungerechter Kürzungen durchzubringen. Die Presse nennt das „Zittersieg“ und „Sparprogramm“, die Akteure beglückwünschen sich wie nach einem Fußballtor –
– Leidtragende sind vor allem die sozial Schwachen im Lande, Behindertenverbände, Frauenberatung, Jugendprojekte.



„Das ist kein nachhaltiges Sparen, das ist Wegkürzen von Zukunftschancen“, kritisiert der Kreisvorstand der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) Stormarn. „Den Haushalt endlich zu sanieren, ist ein legitimes Ziel; dabei aber in erster Linie den sozialen Projekten

den Stuhl vor die Tür zu stellen, wird noch teuer zu stehen kommen“, sind sich die SPD-Frauen sicher. So stehe die Beratung bei „Frau und Beruf“ auch hier im Kreis Stormarn vor dem Aus – damit aber auch die Chance vieler Frauen, ihre Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen und somit Steuern und Sozialbeiträge zu zahlen. Frauenhäuser und Gewaltschutzstellen würden geschlossen – die Folgen, auch Folgekosten sind noch gar nicht absehbar. Die Wiederabschaffung des beitragsfreien dritten Kindergartenjahres kostet bereits jetzt Berufschancen – für Mütter wie für Erzieher/innen. Gleichstellungsarbeit verkommt vom Verfassungsauftrag zur Lust-und-Laune-Deko.

„Und das sind erst die Beispiele aus dem Bereich ‚Frauenpolitik‘“, gibt Sabrina Bosse, Vorsitzende der Stormarner AsF zu bedenken. Kein Wunder: Bei einer einzigen Ministerin und vollständig verstummten Fraktionskolleginnen scheinen Carstensen und Co. sich siegessicher zu fühlen. „Nur ist eine verfassungswidrige Ein-Stimmen-Mehrheit keine Basis für die Zukunft“, erinnert die stellvertretende Vorsitzende Susanne Danhier an den Gerichtsspruch, der zu baldigen Neuwahlen aufruft. „Die Menschen werden sich an die soziale Schieflage dieses Haushaltes erinnern und dieser Regierung den Auftrag entziehen.“

Keine Kommentare

[Andreas Beran](#) - veröffentlicht am 09.01.2011, 13:58 Uhr - 10659 Clicks - Nr. 18

„Wie sozial ist unser Staat?“

Rede zum Neujahrsempfang des SPD Ortsvereins Barmstedt
am 9. Januar 2011

Thema: „Wie sozial ist unser Staat?“

Zunächst einmal die besten Wünsche zum Neuen Jahr. Viel Glück, alles Gute und vor allem Gesundheit in 2011.

Wann geht es einem gut?

Im Kern ist die Antwort klar: Wenn man nicht allein ist.

Wenn man die Gewissheit hat, dass bei Not, Leid, Krankheit, Bedürftigkeit Hilfe da ist. Kurzum, das der Mensch für den Men-schen da ist.

Die Gesamtheit der Menschen, das ist bei uns der Staat und deshalb freue ich mich, über das Thema „Wie sozial ist unser Staat?“ das uns heute zu Beginn des Jahres zusammenbringt. Als langjähriger Sozialpolitiker und stellvertretender Vorsitzender des Verbandsrats beim PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein (in dieser Funktion spreche ich heute jedoch nicht zu Ihnen) will ich darum gern meine Sicht darlegen und damit zur Diskussion über den Wert des Sozialstaats beitragen.

Bevor wir uns die Frage stellen, wie sozial unser Staat eigentlich ist, sollten wir uns fragen, was sagt unsere Verfassung, das Grundgesetz, dazu? Da gibt es zwei wichtige Quellen:

Der Art 20: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundes-staat.“

und

Der Art 28: „Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muss den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen.“

Das Grundgesetz bezeichnet also unseren Staat als einen demokratischen und sozialen Bundes- und Rechtsstaat. Damit wird ausgedrückt, dass sich die Gesetzgebung in unserem Staat auch um soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu kümmern hat, also - kurz gesagt - auch Sozialpolitik zu betreiben hat.

Zu verdanken haben wir diese Tatsache vor allem auch der Hartnäckigkeit der 27 sozialdemokratischen Mütter und Väter des Parlamentarischen Rates, unter ihnen der Rechtsprofessor Carlo Schmidt.

Der Sozialstaat verpflichtet sich auch, allen Bürgern soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten. Der Begriff "sozial" kommt aus dem Lateinischen und heißt "gemeinsam", "verbunden". Es soll niemand allein gelassen werden, wenn er durch schwierige Umstände wie zum Beispiel Krankheit oder Arbeitslosigkeit in Not geraten ist.

Bedeutet es nun, dass die Schwachen in unserer Gesellschaft unterstützt werden und dass die Reichen hierzu ihren finanziellen Beitrag leisten? Wieweit sind Leute mit überdurchschnittlichem hohen Einkommen bereit, sich am Sozialstaat zu beteiligen?

Was bedeutet für uns der Begriff „Sozialstaat“? Bedeutet es Stärkung der Schwachen, die nicht aus eigener Kraft ihre Existenzsicherung betreiben können? Oder dass alle Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Armut durch den Staat abgesichert werden?

Eine Definition lautet:

„Der Sozialstaat verfolge das Ziel, dem Menschen insbesondere in unverschuldeten Notlagen, die aus eigener Kraft nicht mehr bewältigt werden können, zur Seite zu stehen und darüber hinaus durch langfristig angelegte Maßnahmen vorzubeugen.“

Aber reicht uns das als Erklärung aus? Wer ist denn der Sozialstaat, wie soll dieser sich finanzieren? Wenn Teile der Gesellschaft einen Unterstützungsbedarf haben, wer zahlt dafür? In der Literatur fand ich dazu folgende interessante Aussage:

„Teile Deinen Wohlstand mit denen, denen keiner hilft! Man ist nicht schon sozial, wenn man den Staat auffordert mehr für Menschen in Not zu tun. Sondern erst dann, wenn man selbst hilft. Menschlichkeit kann man nicht delegieren.“ Ich habe dies in dem Buch „Teile Dein Glück“ von Jürgen Todenhöfer gefunden, einem bekannten CDU-Politiker.

Dies könnte doch schon ein guter Ansatz für einen gut funktionierenden Sozialstaat sein. Doch wie sieht die Realität aus?

Analyse/Sachstand

Eine großangelegte Studie zeigt: Bei der Gerechtigkeit ist der deutsche Sozialstaat nur Mittelmaß. Besonders ungerecht sind die Bildungschancen verteilt. Mangelhafte Bildung und Ausbildung führt natürlich auch zu schlechteren Chancen sich aus eigener Kraft eine finanziell ausreichende Existenz aufbauen zu können. Deutschland ist eine vergleichsweise ungerechte Gesellschaft. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, die 31 Industriestaaten untersucht hat. Deutschland habe bei der sozialen Gerechtigkeit "einigen Nachholbedarf", schreiben die Autoren.

Mit Rang 15 landet Deutschland in der Gesamtwertung nur im Mittelfeld. Besorgniserregend sei die hohe Kinderarmut. Außerdem hänge der Schulerfolg von Jugendlichen zu stark von der sozialen Herkunft ab. Und trotz Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt haben es Gering-qualifizierte schwer, einen Job zu finden. Der DGB spricht von einem "Armutszeugnis" für Deutschland

Die Wissenschaftler stützen sich auf einen Armutsbegriff, der den Wohlstand eines Landes zugrunde legt: Als arm gelten Haushalte, die mit weniger als der Hälfte des mittleren Einkommens auskommen müssen (jenem Wert, bei dem 50 Prozent aller Haushalte darüber und 50 Prozent darunter liegen).

Sehr viele 18- bis 25-Jährige sind nach dieser Definition in Deutschland ebenfalls arm. Zum Teil hängt dies zwar mit langen Ausbildungszeiten zusammen. Dennoch warnt die Bertelsmann-Stiftung, "die soziale Schieflage zulasten künftiger Generationen könnte sich als schwere Hypothek für die Zukunft des deutschen Sozialstaats erweisen."

Positiv wertet die Studie, dass Deutschland gut durch die Wirtschaftskrise gekommen sei. Dennoch erreicht die Bundesrepublik bei der Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit nur den vorletzten Platz.

In Deutschland öffnet sich dagegen die Schere zwischen Arm und Reich. Die Ungleichverteilung habe innerhalb von zwei Jahrzehnten so stark zugenommen wie in kaum einem anderen Industriestaat. Auch bei der Integration von Migranten erhält Deutschland schlechte Noten. Dass der Staat trotz hoher Sozialausgaben insgesamt nur mäßig abschneidet, wertet die Bertelsmann-Stiftung als "Zeichen unzureichender sozialpolitischer Effektivität".

Entstehung

Wie ist es dazu gekommen? Auslöser war eine repräsentative Umfrage in 1998. Danach stand die Mehrzahl der Deutschen der Marktwirtschaft kritisch gegenüber, wünschte sich auch in Zukunft einen starken Sozialstaat.

Den Arbeitgebern standen die Haare zu Berge. Sie beschlossen, das störrische Volk ins Visier zu nehmen. Der Plan: eine systematische Umerziehung von oben - durch PR. Denn da war sich der damalige Sprecher von Gesamtmetall, Werner Riek, sicher: „Das muss man doch vielleicht ändern können, dass das, was wir an notwendigen Reformen erkennen, auch von den Mitbürgern als eine positive Reform akzeptiert wird.“

Kurz: Das ganze Volk muss auf Linie gebracht werden. Mit Geld, viel Geld. Fast 100 Mio. Euro wurden für zehn Jahre Meinungsmache investiert, über 30 Redakteure und Werbe-Profis der Agentur Scholz and Friends engagiert. Sie erfinden die so genannte „Neue Soziale Marktwirtschaft“ – gemeint ist natürlich: weniger soziale Marktwirtschaft.

Drei Botschaften werden den Menschen immer wieder eingebläut: Deutschland steht am Abgrund; Schuld sind der Sozialstaat und seine bornierten Anhänger; Rettung bringen nur harte Reformen nach dem Muster "Nehmt´s den Armen, gebt´s den Reichen".

Damit die Botschaft auch gehört wird, werden zahlreiche Prominente verpflichtet. Wissenschaftler und Sportler, aktive und ausrangierte Politgrößen aus allen Lagern. Sie fungieren als Türöffner bei den Medien.

Auf allen Kanälen sind die „Botschafter“ Dauergäste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung. Dort treten sie als Vertreter von Parteien auf - oder als unabhängige Experten. Tatsächlich sind alle bei der gleichen Lobby im Boot – und fordern harte Einschnitte, von denen sie selbst nie betroffen sind.

Durch diesen Etikettenschwindel wird die öffentliche Diskussion manipuliert, sagt der Politologe Rudolf Speth. Er hat sich in einer Studie für die Hans-Böckler-Stiftung wissenschaftlich mit der Initiative auseinandergesetzt – und mit ihrer Wirkung auf das Publikum. Dabei stellt er fest:

„Wenn alle Botschafter der Initiative dasselbe sagen, dann heißt das ja, oder dann bedeutet das ja: Das muss richtig sein. Da kann gar nichts falsch liegen, wenn so ganz unterschiedliche Leute dieselbe Idee vertreten. Das andere ist aber, dass dadurch die Alternativen unsichtbar werden, denn es gibt Alternativen, aber die werden dadurch faktisch ausgeblendet oder nicht thematisiert. Also insofern hat die Initiative die Strategie, Alternativen unsichtbar zu machen.“

(Dieser Text gibt einen Teil eines Fernsehbeitrags (plusminus) vom 30.08.2005 wieder.)

Dies fiel in die Zeit, als die Rot/Grüne – Bundesregierung mit Gerhard Schröder an der Spitze die Schwarz/Gelb ablöste. 1999 und 2000 war die Zeit, als man die Hoffnung hatte, dass es mit der Wirtschaft wieder bergauf geht. Die Wirtschaft schien wieder Fahrt aufzunehmen. Im Frühjahr 2000 hatten wir endlich wieder weniger als 4 Millionen Arbeitslose. Schröder hatte das Ziel ausgegeben, bis zum Ende der Legislaturperiode es auf unter 3,5 Millionen zu schaffen. Ein Ziel, an dem er sich messen lassen wollte.

Nicht nur das Institut „Neue Soziale Marktwirtschaft“ verbaute mit seiner Kampagne die Chancen dazu, auch andere Institutionen bereiteten den Weg für eine – eigentlich in dem Umfang nicht gewollte – sozialpolitische Reform, der AGENDA 2010 und ihren Hartz-Gesetzen.

So blieben die Wirtschaftsweisen skeptisch: Im europäischen Vergleich liege Deutschland mit seinem Wachstum unter dem Durchschnitt. Eine Wende am Arbeitsmarkt sei auch nicht zu erwarten. Und überhaupt: Arbeitsmarktpolitisch sei die Bundesregierung auf dem Holzweg. Mit ihren arbeitnehmerfreundlichen Verbesserungen beim Kündigungsschutz, der Anhebung der

Mindestlöhne auf dem Bau, den komplizierten Regelungen zur geringfügigen Beschäftigung und zur Scheinselbständigkeit habe man den Arbeitsmarkt noch unflexibler gemacht.

Der Schlüssel zum Erfolg liege vielmehr in der „Lohnstruktur“. Von Arbeitslosigkeit seien vor allem schlecht Qualifizierte betroffen, deren Arbeitsplätze einfach wegrationalisiert werden, wenn die Löhne zu hoch seien. Hier helfe nur ein Niedriglohnsektor. Damit dieser jedoch entstehen könne, sei es wichtig, die Sozialhilfe abzusenken. Nur dann steige der Druck, auch schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen. Beim Arbeitslosengeld sei die Bezugsdauer zu kürzen, bei der Arbeitslosenhilfe sei zu erwägen, sie ganz abzuschaffen. Würde das soziale Netz tiefer gehängt, würde sich auch der Lohnkorridor nach unten öffnen, billige Arbeitsplätze könnten entstehen.

Ich erinnere mich noch daran, dass uns in diesen Jahren auch immer wieder von der Wirtschaft vorgehalten wurde, in unserem Land sei die Produktion von Waren zu teuer durch zu hohe Löhne und man müsse deshalb im Ausland produzieren. Entsprechend wurden auch weitere Arbeitsplätze abgebaut.

Teile der Medien unterstützen diese Kampagne durch Artikel, wo es zum Beispiel hieß, der deutsche Arbeitnehmer sei zu oft krank oder in Deutschland würde es zu viele Feiertage geben. Prompt gab es auch einen weniger, den Buß- und Betttag, im Zusammenhang mit der Reform der Pflegeversicherung. Ich habe mich in dieser Zeit oft gefragt, wie niedrig muss eigentlich ein Einkommen sein, um die Gier der Arbeitgeberverbände zu befriedigen. Mit einem Lohn, wie in einem Lohnniedrigland, hätte man sich ein Leben in seinem Heimatland nicht leisten können.

Unter diesem erzeugten Druck, der auch noch verstärkt wurde durch die steigenden Staats-schulden und den Finanzvorgaben durch Brüssel, wurde die „Politik der ruhigen Hand“ auf-gegeben und eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Peter Hartz beauftragt, ein neues „soziales“ Konzept vorzulegen.

Die Grundidee, Sozialhilfe und Arbeitslosengeld zusammenzulegen und die Philosophie „Fordern und Fördern“ finde ich nach wie vor richtig. Hiervon versprach ich mir, dass auch die Bezieherinnen von Sozialhilfe wieder eher eine Chance auf Arbeit bekamen. Das zweigleisige Projekt „Z.I.E.L.“ (Zentrum für Integration, Einkommen und Leben) in Kaltenkirchen hat uns Ende der 10er Jahre auch in der Praxis hierzu gute Ergebnisse gebracht. Auch viele andere Maßnahmen waren vom Grundsatz her richtig.

So wie die Hartz-Gesetze im Ursprung aussahen, konnten sie jedoch nicht Gesetzeskraft er-langen. Sie waren durch den Bundesrat zustimmungsbedürftig und in den Ländern regierten mit entsprechender Mehrheit im Bundesrat CDU oder CDU/FDP geführte Landesregierung. Wir können also davon ausgehen, dass die Sozialreformen ein Kompromiss zwischen allen damals mitregierenden Parteien gewesen sind.

„Aktivierender Sozialstaat“ hieß das neue Leitbild. Mit seiner Hilfe sollte es gelingen, den Menschen den größten Abbau sozialstaatlicher Leistungen schmackhaft zu machen, den Deutschland je erlebt hatte.

Im Grunde ist genau das erreicht worden, was in der bereits erwähnten Umfrage von 1998 die Mehrzahl der Deutschen nicht wollte. Sie standen somit zu recht der Marktwirtschaft kritisch gegenüber und haben mit Hilfe einer der größten Kampagnen, die nach dem zweiten Weltkrieg jemals in Deutschland durchgeführt wurde mitgeholfen, den bisherigen starken Sozialstaat zu schwächen.

Was nun?

Lassen Sie mich an dieser Stelle Ulrich Schneider, Bundesgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN zitieren:

„Hartz IV bedeutet Armut. Mit Hartz IV ist kein Auskommen, nicht einmal auf allerbescheidensten Niveau. Hartz IV ist noch härter als Sozialhilfe. Von Hartz IV leben zu müssen, heißt „abgehängt“ und ausgegrenzt zu sein, nicht mehr dazuzugehören.“

Es sieht so aus, als haben wir mit der Hartz-Gesetzgebung, der Verhätschelung der Deutschen Wirtschaft, einer falschen Steuergesetzgebung und vielen anderen Entscheidungen den Pfad der Sozialen Gerechtigkeit verlassen. Dabei ist soziale Gerechtigkeit weit mehr als ein moralischer Anspruch oder ein christlicher Gedanke. Die soziale Gerechtigkeit hat seit Bestehen unseres Staates auch für sozialen Frieden gesorgt. Dies war immer auch ein wichtiger und überzeugender Standortfaktor, für den sich die Sozialdemokratie einsetzt.

Inzwischen diskutieren wir wieder über Fachkräftemangel. Wir fürchten den künftigen Streit um junge Auszubildende. Da wird es Zeit, sich um die durch Hartz IV von der Gesellschaft ausgegrenzten Menschen zu kümmern. Wir müssen mehr in sie investieren, in Bildung, für ein menschenwürdiges Leben.

Da klingt es für mich höhnisch, wenn nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts für die Hilfeempfänger mal gerade eben 5,00 € mehr herauspringen und die Kinder sollen zufrieden sein, dass bei ihnen nicht gekürzt wurde.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ihre Kritik am Gesetzentwurf zur Neubemessung der Regelsätze und zum so genannten Bildungs- und Teilhabepaket am 3. Dezember 2010 im Deutschen Bundestag sehr deutlich gemacht. Mangelhafte Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, fragliche Verfassungskonformität der Regelsatzbemessung, mangelnde Praktikabilität des Bildungs- und Teilhabepakets – so lauten die zentralen Kritikpunkte.

Es gibt erhebliche Kritik an der Art und Weise, in der die Regelsätze ermittelt worden sind. Dieser Kritik schließe ich mich an:

- Die Veränderungen bei der Referenzgruppe von bislang 20% der unteren Haushalte auf nunmehr 15% sind nicht sachlich begründet. Dies ist ein Paradigmenwechsel, für den die Bundesregierung die Legitimation schuldig bleibt. So wird die Regelsatzerhöhung künstlich niedrig gehalten.

- Die Einbeziehung der Gruppe von „verdeckten Armen“ in die Berechnung führt ebenfalls zu niedrigeren Regelsätzen. Die sog. Aufstocker müssen aus der Berechnung herausgehalten werden.
- Die statistische Validität ist bei einer Vielzahl von Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nicht gegeben. Es kommt zu Vermischungen zwischen Warenkorb- und Statistikmodell. Beides hat Ungereimtheiten zur Folge. So ist nicht nachvollziehbar, warum 13- bis 17-Jährige höhere Ausgaben für Tabak und Alkohol haben sollen als ihre Eltern. Die Festsetzung der Bedarfe von Familien ist insgesamt sehr zweifelhaft.

Es ist an der Zeit, eine Reform von Hartz IV vorzunehmen, damit die Armut in unserem Land wieder vermindert wird und die Menschen wieder mehr Chancengerechtigkeit in der Mitte unserer Gesellschaft erhalten!

Um aus der Armut herauszukommen ist nicht nur eine Reform von Hartz IV notwendig, sondern folgende sozialdemokratische Forderungen müssen erfüllt werden:

- Gute Aus- und Weiterbildung.
- Den Menschen Beschäftigung zu geben, also Arbeitsplätze zu schaffen.
- Mindestlohn, und vor allem gute Einkommen für gute Arbeit
- Gute Renten, gegen Altersarmut.
- Arbeit für Alleinerziehende

Ich lade Sie ein, sich daran zu beteiligen: Jede Bürgerin, jeder Bürger, besonders die Wohlhabenden, sind aufgefordert das ihre dazu beizutragen, dass unsere Gesellschaft sozial gerechter wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Geduld.

Keine Kommentare

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 10.01.2011, 11:43 Uhr - 5420 Clicks - Nr. 19

GLÜCKSBURG ; NEUJAHRSEMFANG

Am 9. Januar 2011 fand im Propst Thorpe Haus der Neujahrsempfang der SPD Glücksburg statt. Der Vorsitzende Hermann Jobben begrüßte als Gäste die Vorsitzenden der umliegenden Ortsvereine, Lothar Hay, MdL, Dirk Peddinghaus MdK, sowie die Mitglieder der Glücksburger CDU Fraktion. Ein herzlicher Dank ging in Richtung des Teams unter der Leitung des Maitre de Cuisine Uwe Leple.

Die schon legendären Schnittchen wurden erneut mit einem großen Lob bedacht.

Anschließend gestattete Dr. Rolf Glawischnig in einem launigen Vortrag den Anwesenden einen Blick in die Glücksburger Biografien.

Horst Petersen, Mitglied des Ortsvereins und Leiter der örtlichen DLRG, ließ es sich nehmen einen Riesenbagger stellvertretend Dirk Peddinghaus zu übergeben mit der Bitte, dieses Geschenk an Ingo Degner, Fraktionsvorsitzender der SPD Fraktion im Kreistag weiterzureichen, mit dem Hinweis, dass damit die Fördeland-Therme nicht abzureißen sei, sondern höchstens am Kurstrand

eingesetzt werden könne.

In den frühen Nachmittagsstunden ging eine harmonische Veranstaltung zu Ende.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 10.01.2011, 12:36 Uhr - 6432 Clicks - Nr. 20

25 Jahre SPD Travenbrück

Am 12. Dezember 1985 gründete eine Gruppe engagierter Menschen den SPD Ortsverein Travenbrück. Das „silberne Jubiläum“ wurde jetzt im Tralauer Gemeinschaftshaus gefeiert. Gekommen waren alle Mitglieder des Ortsvereins, „Geburtshelfer“, politische Weggefährten und Freunde sowie Vertreter der SPD Stormarn aus Landes- und Bundespolitik. Gleichzeitig mit dem Ortsverein feierten sechs seiner Mitglieder ihre 25jährige Parteimitgliedschaft.



Kurt Radde, seit 1990 Vorsitzender des Ortsvereins, erhielt eine ganz besondere Auszeichnung.

Die Gründungsversammlung fand 1985 unter Leitung des Landtagsabgeordneten und späteren Justizministers Dr. Klaus Klingner statt, ihn unterstützte der 2008 verstorbene damalige Kreisvorsitzende Willi Piecyk. Klingner war ebenso zur Jubiläumsfeier erschienen wie zwei andere „Geburtshelfer“: der spätere Landtagsabgeordnete Fritz Wodarz und Ernst Eick. Am 1. Januar 1986 zählte die SPD Travenbrück 23 Mitglieder, etwa doppelt so viele wie heute. Wodarz hatte zur Erinnerung an alte Zeiten Wahlkampfplakate mitgebracht.

Für ihre 25jährige Parteimitgliedschaft wurden Renate und Kurt Radde, Petra und Wilfried Rudnitzki, Gerhard Voß und Dorothea Marcus geehrt. Den Damen überreichte der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat eine silberne Brosche, den Herren eine silberne Anstecknadel. Alle erhielten eine Urkunde und vom Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies einen Bildband über den Bundestag. Dorothea Marcus, mit 86 Jahren das älteste Mitglied des Ortsvereins, überreichte dem Ortsvereinsvorsitzenden für sein langjähriges Engagement einen eigens angefertigten „Goldenen Verdienstorden der SPD Travenbrück am roten Bande“.

Kurt Radde hatte zuvor in seiner Begrüßungsansprache auf die 25 Jahre kommunaler SPD-Arbeit zurückgeblickt. Er ging auf einige politische Themen aus dieser Zeit ein, zu Beginn war dies zum Beispiel ein geplanter Kiesabbau im Anschluss an das Neubaugebiet „Im Grünen Winkel“. Radde hob besonders die Bemühungen der SPD hervor, Politik transparent zu gestalten und die Bürgerinnen und Bürger zu informieren. Dies geschah beispielsweise durch die Verteilung von

Informationsblättern und seit 2008 mit dem farbig gedruckten Blatt „Der rote Faden“. Letzterer lieferte der Wählergemeinschaft AWGT wohl die Inspiration, den Sozialdemokraten eine aus einem solchen Faden gestrickte „rote Socke“ zum Jubiläum zu schenken.

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und SPD-Kreisvorsitzender, nutzte den Termin der Feier am Anfang des Jahres, um einen politischen Ausblick auf die nächsten Monate zu wagen: Im Januar berät der Landtag abschließend über ein neues Schulgesetz, im März folgt ein neues Wahlgesetz. Im Februar werden die Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein über ihren Spitzenkandidaten für die anstehende Landtagswahl entscheiden. Der Kreisvorsitzende betonte in seiner Rede außerdem den Wert ehrenamtlichen politischen Engagements in der Gemeinde und warnte vor einer Zukunft, in der möglicherweise mehr Mandate zu vergeben sind, als es Kandidaturen gibt. Dies sei kein Problem allein der SPD, sondern eines aller Demokraten.

Franz Thönnies skizzierte die politische Lage in der Mitte der 1980er-Jahre, als der Ortsverein gegründet wurde. Er erinnerte an damalige Debatten um die Kernkraft und zog Parallelen zur heutigen Diskussion, nicht ohne an einen Satz Willy Brandts zu erinnern: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 10.01.2011, 16:32 Uhr - 3263 Clicks - Nr. 21

Volles Haus beim Neujahrsempfang

Nicht einmal mehr Stehplätze gab es im Rathaussaal beim Neujahrsempfang 2011 der Gemeinde Barsbüttel. Bürgermeister Thomas Schreitmüller und Bürgervorsteher Jörg Kiencke zeichneten Fußballmannschaften des Barsbütteler SV und des Willinghusener SC für ihre Erfolge im vergangenen Jahr aus. Geehrt wurde außerdem Holger Thun für seine 25jährige ehrenamtliche Tätigkeit für die Freiwillige Feuerwehr Willinghusen.



Bürgervorsteher Jörg Kiencke (SPD) nahm sich in seinem Rückblick den Begriff des „Sparens“ vor und ging auf die Lage der öffentlichen Haushalte ein. Bürgermeister Thomas Schreitmüller (CDU) war mit dem Ausblick dran und berichtete von geplanten Kita-Gruppen, vielen Interessenten an

Gewerbegrundstücken in Barsbüttel und Neuerungen im Abwasserbereich. Was aus einem Jahr werde, hänge auch davon ab, was man daraus mache.

Unter den zahlreichen Gästen in Barsbüttel waren auch die beiden Landtagsabgeordneten Martin Habersaat und Mark-Oliver Potzahr sowie Landrat Klaus Plöger und Kreispräsidentin Christa Zeuke. Martin Habersaat: „Ich habe mich gefreut, gleich zum Jahresbeginn so viele Menschen zu treffen, die sich für und in Barsbüttel engagieren. Es gab viele spannende Gespräche, im Saal, aber mehr noch davor.“ Außerdem habe ihm die neue musikalische Umrahmung der Veranstaltung gut gefallen - erstmals hatten Schülerinnen und Schüler der Erich Kästner Gemeinschaftsschule beim Neujahrsempfang ihr Können unter Beweis gestellt.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 10.01.2011, 17:33 Uhr - 6045 Clicks - Nr. 22

OD - Info 0111

Liebe Freundinnen und Freunde der SPD Stormarn,

ein „Superwahljahr“ soll 2011 werden. Ob Schleswig-Holstein 2011 auch schon wählen darf, wissen wir noch nicht, wohl aber, dass das Jahr auch bei uns politisch spannend losgeht. Im Januar entscheidet der Landtag über das neue Schulgesetz, im Februar wählen die Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein ihren Spitzenkandidaten.



Unsere Nachbarn in Hamburg wählen im Februar ebenfalls. Im März beschließt der Landtag dann ein neues Wahlgesetz, im April wählt die SPD Schleswig-Holstein einen neuen Landesvorstand und so geht es weiter...

Ein persönliches „Superjahr“ jedem/r Einzelnen wünscht

Martin Habersaat,
Kreisvorsitzender

Link zum OD-Info: <http://www.spd-stormarn.de/texte/Info1101.pdf>

Keine Kommentare

Schlaglöcher versus Finanzen

Der Winter ist noch lange nicht vorbei, doch lässt sich bereits jetzt absehen, dass die erst im letzten Winter notdürftig geflickten Schlaglöcher in Osterrönfeld wieder aufgerissen sind. In zahlreichen Fällen ist das Ausmaß der Schäden noch größer geworden. Hierdurch werden erhebliche Finanzmittel erforderlich sein, um diese Straßenschäden im Frühjahr angemessen und langfristig zu beheben, damit die Schlaglöcher nicht mit jedem Winter noch größer werden.



Ansonsten ist zu befürchten, dass einzelne Straßen schon bald komplett saniert werden müssen, was den Investitionsbedarf noch weiter erhöhen würde.

Nur ein Beispiel dafür ist der Weg hinter dem Bahndamm zwischen Aspelweg und Aukamp. Dieser Weg dürfte bald ein „Komplett-Sanierungsfall“ sein, sodass der gesamte Weg erneuert werden muss. Ein positiver Nebeneffekt einer dortigen Straßensanierung wäre die dann leicht umzusetzende Erhöhung der Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer, für die sich die SPD Osterrönfeld seit Jahren vergebens zusammen mit den Anliegern aus dem Wohngebiet „Aspel Nord“ einsetzt [[mehr](#)].

Es lässt jedoch aufhorchen, wenn jetzt die Landesregierung Schleswig-Holstein eine Verringerung der bisher gezahlten Unterstützung für Straßensanierungen plant. Hierdurch werden die Gemeinden ein weiteres Mal in ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit beschränkt, ist diese geplante Maßnahmen doch ein erneutes Beispiel für die von Land und Bund seit einiger Zeit umgesetzten einseitigen Finanzbelastungen der Gemeinden und Städte.

Sollten diese jetzt öffentlich gewordenen Pläne Wirklichkeit werden, wird auch Osterrönfeld hierunter erheblich zu leiden haben. In den Haushalt sind lediglich 30.000 Euro für die Straßenunterhaltung in den nächsten Jahren eingestellt worden, was auch ohne die Landespläne in Anbetracht der Zustände der gemeindeeigenen Straßen seit dem letzten Winter sehr gering erscheint. Sollte das Land die Reduzierung der Finanzmittel weiter vorantreiben, wird Osterrönfeld den aktuellen Haushaltsansatz zwangsläufig erhöhen müssen.

Hier dürfte sich die bisherige Kritik der SPD-Fraktion Osterrönfeld am aktuellen Haushalt in einem ersten praktischen Fall bestätigen. Die SPD hatte im Dezember 2010 den Haushalt der Gemeinde abgelehnt, unter anderem mit der Kritik an den zu geringen Ansätzen für die Gewerbesteuer. Da hierdurch für die nächsten Jahre ein Defizit im Haushalt der Gemeinde „künstlich“ errechnet wurde, befürchten die Osterrönfelder Sozialdemokraten, dass wichtige (Re-) Investitionen verschoben oder gänzlich unterlassen werden. Die Rücklage der Gemeinde wird dadurch zwar weiter steigen, jedoch als „totes Kapital“ für wichtige Vorhaben nicht zur Verfügung stehen. Ob dies gut für Osterrönfeld ist, bleibt sehr fraglich, da hierdurch wichtige Sanierungen etwa im Straßenbereich ausbleiben. Die Schäden werden dann bald so groß sein, dass ganze Straßen komplett erneuert werden müssen. Dies wird dann noch teurer.

Mehr zum Thema „Haushalt 2011“ können Sie im Infoblatt der SPD Osterrönfeld vom Dezember 2010 lesen, das Sie hier finden [[mehr](#)].

--

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 11.01.2011, 12:29 Uhr - 96065 Clicks - Nr. 24

**Schüler Helfen Leben e.V. für den Europäischen Bürgerpreis nominiert
Die Arbeit des Vereins Schüler Helfen Leben aus Neumünster soll nach dem Willen der Europaabgeordneten Ulrike Rodust auch auf europäischer Ebene Würdigung erfahren.**

Die Parlamentarierin aus Schleswig-Holstein schlägt die Jugendhilfsorganisation deshalb für den diesjährigen Europäischen Bürgerpreis vor. Eine entsprechende Nominierung hat Rodust am Dienstag in Brüssel eingereicht.

„Mit diesem Preis wollen wir Abgeordneten, will das Europäische Parlament, deutlich machen, wie sehr wir die Arbeit einzelner Bürgerinnen und Bürger, aber auch die von Gruppen und Vereinen würdigen, die sich in besonderer Weise engagieren“, erklärt Rodust die Ziele des Preises. Jedes Mitglied des Europäischen Parlaments kann in einer Hälfte einer Wahlperiode nur eine einzige Nominierung einreichen. Die diesjährigen Preisträger der vom Europäischen Parlament verliehenen Auszeichnung werden Mitte April feststehen.



Die von Schülerinnen und Schülern gegründete Jugendhilfsorganisation Schüler Helfen Leben ist seit den Bosnienkriegen 1992 tätig. Hinter allen Aktionen des Vereins steckt der Grundgedanke, Jugendliche für soziales Engagement zu sensibilisieren und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv für Gleichaltrige im ehemaligen Jugoslawien einzusetzen. Ein besonders erfolgreiches Projekt des Vereins ist der bundesweit stattfindende Soziale Tag, an dem jährlich rund 100.000 Schülerinnen und Schüler teilnehmen. Sie tauschen für einen Tag den Klassenraum gegen einen Arbeitsplatz und spenden ihren erwirtschafteten Lohn für Hilfsprojekte in Südosteuropa. Bis jetzt sind auf diese Weise bereits über 20 Millionen Euro zusammengekommen. Unter dem Motto „Spende deine Hände“ findet am 8. Juni 2011 der elfte Soziale Tag statt.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.01.2011, 12:39 Uhr - 6298 Clicks - Nr. 25

Kandidatenvorstellung in Stormarn

Am 10. Januar 2011 stellten sich in Stormarn die vier Bewerber um die SPD-Spitzenkandidatur vor.

Hier ist der Link zur Aufzeichnung:

SPD Schleswig-Holstein 01/10/11 01:02PM



<http://www.ustream.tv/recorded/11938922>

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 11.01.2011, 13:46 Uhr - 6506 Clicks - Nr. 26

SPD-Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen einstimmig wieder gewählt

10. Jan. 2011

SPD-Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen einstimmig wieder gewählt

Die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion haben auf ihrer ersten Sitzung am 10. Januar 2011 den Fraktionsvorstand gewählt. Der Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen wurde eindrucksvoll in seinem Amt bestätigt. Die Fraktion sprach ihm große Anerkennung aus und bedankte sich bei ihrem Vorsitzenden für die Arbeit der vergangenen zweieinhalb Jahre.

"Ich freue mich, dass die Fraktion mich mit so viel Vertrauen ausgestattet hat. Mit den klaren Ergebnissen fühlen wir uns gut gerüstet und hoch motiviert, die vor uns liegenden Aufgaben anzugehen und gemeinsam zu lösen“.

Der Fraktionsvorsitzende gab den Dank zurück und betonte, dass die große Übereinstimmung zur guten Arbeit und zur guten Stimmung in der Fraktion beigetragen hat.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden Walter Riecken und Helga Hohnheit sowie als Beisitzer und Beisitzerinnen Norbert Maroses, Melanie Hein und Heidrun Clausen gewählt.

Die positive Zusammenarbeit in der Fraktion sieht Lutz Schlüsen auch in der einheitlichen Auffassung, keine Totalopposition, also Opposition um ihrer selbst willen, betreiben zu wollen. „Dort, wo wir vernünftige Ansatzpunkte erkennen und wo auch unserer Meinung nach ein richtiger

Weg eingeschlagen wird, werden wir unsere Zustimmung auch in Zukunft nicht verweigern. Die SPD Kreistagsfraktion ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und gilt in der Kreistagsarbeit als geschlossen und als Konstante.

Die SPD hat als zweitstärkste Fraktion im Kreistag nicht alle ihre Forderungen durchsetzen können, sie hat jedoch in vielen Gesprächen Überzeugungsarbeit geleistet und hat durch einige erfolgreiche Initiativen mit der CDU, aber auch mit den kleineren Fraktionen im Kreistag eine konstruktive Politik verwirklichen können.“

„Ein offener Bürgerdialog, die konstruktive Sacharbeit zur Lösung der Probleme und die gezielte Arbeit, um den Kreis Plön voranzubringen, stehen weiter im Mittelpunkt der Fraktionsarbeit!“ so der Fraktionsvorsitzende Lutz Schlüsen.

.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 11.01.2011, 13:48 Uhr - 18147 Clicks - Nr. 27

Zieht nun auch der Kreistag nach Elmshorn um?

Kreispräsident setzt sich über Beschlüsse des Kreistages hinweg und stellt den Standort Pinneberg als Kreisstadt endgültig infrage, kritisiert Hannes Birke

Ziehen mit der Kreisverwaltung auch die Kreistagsabgeordneten nun endgültig mit nach Elmshorn um? Diese Frage stellt sich der Vorsitzender der SPD Kreistagsfraktion Hannes Birke.

Anlass ist ein Schreiben des Kreispräsidenten, in dem er mitteilt, dass die Stadt Pinneberg nicht in der Lage ist, den Rathaussaal für Kreistagssitzungen zu den vom Kreispräsidenten gewünschten Terminen zur Verfügung zu stellen. Die Räumlichkeiten werden für Sitzungen der Stadtvertretung benötigt. Vorsorglich –so der Kreispräsident- habe er die Verwaltung gebeten, zu prüfen, ob die Sitzungen im neuen Kreishaus in Elmshorn stattfinden können.

Für Birke geht damit eine „Salamitaktik“ auf, die vom Kreispräsidenten maßgeblich mit initiiert wurde. Er und die CDU- Führung hatten sich die Zustimmung der Pinneberger CDU-Abgeordneten für einen Umzug nach Elmshorn mit weitgehenden Zusagen für einen Verbleib von wesentlichen Teilen der Verwaltung und des Kreistages in Pinneberg „erkauft“. So sollte bei einem Umzug nach Elmshorn der Kreistag in Pinneberg verbleiben, der Kreispräsident weiter in Pinneberg residieren und Teile der Mitarbeiterschaft in dem unter Denkmalschutz stehen Altbau verbleiben.

Schon kurz nach der Beschlussfassung stellte die Verwaltung klar, dass die Ausschüsse des Kreistages nur in Elmshorn tagen könnten, da im Altbau keine entsprechenden Räumlichkeiten vorhanden seien. Davon, dass Teile der Mitarbeiterschaft in Pinneberg verbleiben, ist schon lange keine Rede mehr. Von den von der CDU u. FDP versprochenen 100 Mitarbeitern, bleibt lediglich eine Außenstelle des Jugend- und Gesundheitsamtes übrig. Und jetzt –so Birke- sprechen alle Anzeichen dafür, dass auch der Kreistag seinen Sitz nach Elmshorn verlegt. Für ihn ist es nur eine

Frage der Zeit, dass auch der Kreispräsident -entgegen gemachten Zusagen- seinen Dienstsitz in die Krückaustadt verlegt.

„Diese Entwicklung“ –so Birke- „war schon bei dem Umzugsbeschluss des Kreistages im Mai 2009 erkennbar“. Statt sich –so Birke weiter- mit unhaltbaren Versprechungen den Umzug nach Elmshorn abkaufen zu lassen, hätten die Pinneberger Abgeordneten der SPD - Alternative auf Sanierung des Kreishauses zustimmen können und der Umzug nach Elmshorn wäre „vom Tisch“ gewesen. Die Blamage von Tiemann und anderen politisch „aufs Kreuz“ gelegt zu werden, wäre ihnen erspart geblieben.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 12.01.2011, 12:30 Uhr - 6042 Clicks - Nr. 28

SPD Südstormarn - gemeinsam ins Jahr 2011

Rathaus Glinde - Zum 20. Mal luden die Ortsvereine der SPD in Südstormarn in diesem Jahr zu ihrem Neujahrsempfang ein, dieses Mal ins Glinde Rathaus. Die Sozialdemokraten aus Glinde, Reinbek, Barsbüttel und Oststeinbek kamen mit vielen Gästen zusammen und starteten gemeinsam ins neue Jahr. In gemütlicher Atmosphäre blieben die letzten Gäste bis kurz vor Mitternacht.

Frank Lauterbach, Ortsvereinsvorsitzender der SPD Glinde, konnte neben dem

Landtagsabgeordneten Martin Habersaat, Landrat Klaus Plöger, Glinde's Bürgervorsteher Eberhard Schneider und Sozialdemokraten aus den vier Ortsvereinen auch zahlreiche Vertreter von regionalen Vereinen und Verbänden begrüßen. Er freute sich, mit dem gemeinsamen Neujahrsempfang ein wichtiges Anliegen praktisch dokumentieren zu können: „Nur gemeinsam können wir etwas für diese Region bewegen. Und gute Gespräche zu Beginn eines Jahres können dafür eine gute Basis sein.“



Martin Habersaat, nutzte die Gelegenheit für einen politischen Ausblick auf das erste Halbjahr 2011. Im Januar wird der Landtag abschließend über ein neues Schulgesetz beraten. Habersaat: „Die SPD möchte keine Änderungen am Schulgesetz von 2007, das einen großer Reformschritt bedeutete und nun erst einmal wirksam werden muss.“ Im Februar wählen dann die Hamburger Nachbarn eine neue Bürgerschaft. Und die Mitglieder der SPD sind aufgerufen, per Briefwahl ihren Spitzenkandidaten zu bestimmen. „Wer die Vorstellungsrunde in Ahrensburg verpasst hat, kann sich über www.spd-stormarn.de eine Aufzeichnung der Veranstaltung ansehen.“ Es folgen im März eine Landtagssitzung zum neuen Wahlgesetz und im April ein Landesparteitag in Husum. Habersaat: „Ich freue mich darauf, mit euch und Ihnen in ein spannendes Jahr 2011 zu starten!“

Klaus-Peter Puls, der Vorsitzende der SPD Reinbek, hatte wieder seine Gitarre mitgebracht und besang das bundespolitische Spitzenpersonal. Kostprobe: „Oh Theodor, oh Theodor, du grinst bei jedem Wetter“. Mit vielen Teelichtern und einem rustikalen Büffet hatten die Glinder für eine gemütliche Atmosphäre gesorgt. Es gab viele spannende Gespräche, beispielsweise über die Bewerber um die SPD-Spitzenkandidatur oder Kooperationsvorhaben in Südstormarn - und so kam es, dass die Letzten erst kurz vor Mitternacht nach Hause gingen.

Gruppenfoto: Klaus-Peter Puls (Vorsitzender SPD Reinbek), Klaus Plöger (Landrat), Hermann Hanser (Fraktionsvorsitzender SPD Barsbüttel), Martin Habersaat (Landtagsabgeordneter und Vorsitzender SPD Stormarn), Frank Lauterbach (Vorsitzender SPD Glinde), Frank Stendel (Vorsitzender SPD Oststeinbek).

Fotograf: Günther Heitmann

Mehr Fotos [hier](#).

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 12.01.2011, 13:41 Uhr - 6559 Clicks - Nr. 29

Ausgezeichnete Webseite

Ausgezeichnete Webseite

Nach dem Motto „Tue Gutes und rede darüber“, möchte ich euch mitteilen, dass ich im Rahmen des Neujahrempfanges des Landesverbandes am 11.01.2011 für das

Layout der Webseite des Kreisverbandes Plön

ausgezeichnet wurde.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mich für die gute Unterstützung im abgelaufenen Jahr bedanken!

Gerd Cornelsen



Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 12.01.2011, 13:56 Uhr - 6193 Clicks - Nr. 30

SPD findet ihren Spitzenkandidaten

Am 10. Januar 2011 stellten sich im Ahrensburger Alfred-Rust-Saal die vier Kandidaten um die SPD-Spitzenkandidatur den interessierten Bürgerinnen und Bürgern des Kreises Stormarn vor. Mehr als 250 interessierte Gäste machten von der Möglichkeit Gebrauch, hier vielleicht den nächsten Ministerpräsidenten oder die nächste Ministerpräsidentin einmal aus der Nähe zu sehen. Wer an dem Abend nicht dabei sein konnte, findet unter www.spd-stormarn.de einen Link zur Aufzeichnung der Veranstaltung.



Stormarns SPD-Kreisvorsitzender, der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat (33) begrüßte die zahlreichen Gäste und hatte für die vier Bewerber einen „unpolitischen“ Einstieg in den Abend mitgebracht: ihr Jahreshoroskop für 2011. Er betonte: „Im Februar bestimmen die SPD-Mitglieder per Briefwahl unseren Spitzenkandidaten. Dieser wird dann von Allen unterstützt.“ Anschließend führte Moderatorin Christiane Harthun-Kollbaum souverän und unterhaltsam durch den Abend.

Die vier Kandidaten stellten sich zunächst im Einzelgespräch mit der Moderatorin persönlich vor und verrieten ihre guten Vorsätze für 2011. Anschließend wurde es politischer, folgten doch die Bewerbungsreden der vier. Den längsten Teil des Abends bildete die Fragerunde, in der zahlreiche Fragen aus dem Publikum aufgegriffen werden konnten.

Schwerpunkthemen waren die Finanzen des Landes Schleswig-Holstein und die Bildungspolitik. Einen Zusammenhang zwischen beidem stellten alle Bewerber her: Wenn Menschen durch unzureichende Schulbildung ihren Lebensunterhalt später nicht selbst verdienen können, entstehen hohe Kosten für den Staat. Weil niemand sich so ein Leben aussuche, müsse hier sozialdemokratische Politik ansetzen. Je besser das Bildungssystem, desto besser die Aussichten für den Wohlstand einer Gesellschaft.

Informationen über die Profile der Bewerber finden sich hier: www.spd-sh.de

Mehr Fotos: [hier](#)

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.01.2011, 16:47 Uhr - 1823 Clicks - Nr. 31

Halbzeit: SPD-Ratsfraktion wählt Fraktionsvorstand und Sprecher/innen

Die SPD-Ratsfraktion hat ihre Vorsitzende Gesa Langfeldt in den regelmäßig nach der Hälfte einer Kommunalwahlperiode stattfindenden Neuwahlen am 10. Januar 2011 einstimmig wiedergewählt.



Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Falk Stadelmann wurde in seinem Amt bestätigt. Außerdem wurde Dr. Hans-Friedrich Traulsen als stellvertretender Fraktionsvorsitzender in den geschäftsführenden Fraktionsvorstand gewählt.

Als Beisitzer wurden Ingrid Lietzow, Michael Schmalz, Wolfgang Schulz und Thomas Wehner in den Fraktionsvorstand gewählt. Aus beruflichen Gründen haben Volkhard Hanns und Swenja Robinius nicht erneut für den Vorstand kandidiert.

Alle Fachsprecherinnen und Fachsprecher der SPD-Ratsfraktion wurden in ihrem Amt bestätigt.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 12.01.2011, 16:57 Uhr - 9991 Clicks - Nr. 32

Ausgezeichnete Osterrönfelder Internetseite

Für ihren sehr ausführlichen und aktuellen Ortsbezug wurde die Internetseite der SPD Osterrönfeld durch den SPD-Landesverband ausgezeichnet. Während des diesjährigen Neujahrsempfang der SPD Schleswig-Holstein in der Kieler Traumfabrik nahmen der Ortsvereinsvorsitzende, Detlef Strufe, und der Internetbeauftragte, Jan-Niklas Potten, die Auszeichnung entgegen.

In ihrer Ansprache vor über 200 Gästen aus Gewerkschaften, Kultur, Kirche, Politik,



Sport, Wirtschaft, Wissenschaft, Wohlfahrtsverbänden und weiteren Bereichen würdigten die Laudatoren Rudolf Riep (Sprecher der Internetkooperative SPD-NET-SH) sowie Ralf Stegner (SPD-Landesvorsitzender) die Internetseite der Osterrönfelder Sozialdemokraten für ihren immer aktuellen und sehr ausführlichen Ortsbezug. So zählt die Internetseite wohl zu einer der umfangreichsten und aktuellsten politischen Seiten in der Region Rendsburg.

Detlef Strufe und Jan-Niklas Potten nahmen diese Auszeichnung vor den Augen von DGB-Chef Michael Sommer dankend entgegen. „Zwar kommt uns diese Auszeichnung aufgrund der Örtlichkeit wie ein „Traum“ vor, doch ist es weit mehr als nur Träumerei“, so Jan-Niklas Potten augenzwinkernd, der gleichzeitig ankündigte, dass diese Auszeichnung zusätzlicher Antrieb sei, die Internetseite weiterhin mit vielen aktiven Helfern informativ und aktuell zu halten und auszubauen.

„Dass wir seit Jahren auch zwischen den Wahlgängen aktiv über Osterrönfelder Belange informieren und das nicht nur über politische Themen, ist wohl einer der Gründe, warum unsere Internetseite sehr gut angenommen und gelesen wird“, so der Internetbeauftragte abschließend.

Zusammen mit der Internetseite der SPD Osterrönfeld wurden im Übrigen noch zwei weitere SPD-Seiten aus Schleswig-Holstein ausgezeichnet. Für die Gestaltung ihrer Homepage bekamen Vertreter des SPD-Kreisverbandes Plön eine Auszeichnung überreicht. In der Rubrik „Aktualität“ wurden die Jusos Schleswig-Flensburg ausgezeichnet.

Ein Klick lohnt sich: www.spd-osterroefeld.de

--

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 13.01.2011, 18:14 Uhr - 10269 Clicks - Nr. 33

Jusos Kiel teilen Kritik an Oberbürgermeister Torsten Albig nicht

Unter dem Titel „Hakenkreuze im Backshop“ erschien am 6. Januar 2011 auf taz.de ein Artikel zu einem rechtsextremen Anschlag in Kiel Friedrichsort. Der Autor berichtet in seinem Artikel auch über einen Brief der Juso-Hochschulgruppe, in dem die Hochschulgruppe dem Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) vorgeworfen hatte, zu wenig Sichtbares gegen die erstarkende rechtsextreme Szene zu unternehmen. In diesem Zusammenhang



wird Vorstandsmitglied Carolin Ahrens mit den Worten zitiert, „die Szene dürfte ermuntern, dass bisher nach Übergriffen selten Anklagen folgten“.

Der Kreisverband der Kieler Jusos distanziert sich von dieser Kritik und von der Art ihrer Verbreitung. Diese Klarstellung erscheint notwendig, da in dem Artikel leider allgemein von „Jusos“ gesprochen wird. Sowohl der Brief an Torsten Albig, als auch die über taz.de geäußerte Kritik wird nicht von den Kieler Jusos unterstützt. Gerade die Äußerung, es würden zu selten Anklagen erfolgen, in einen Zusammenhang mit Kritik an einem Oberbürgermeister zu stellen, legt die Vermutung nahe, dass eher die politische Beschädigung einer Person, als sachliche Kritik gewollt ist.

Gleichwohl sind auch die Kieler Jusos besorgt über die Aktivität der rechtsextremen Szene in Kiel und fordern vonseiten der Ratsfraktionen als auch der Verwaltung ein energisches und auch sichtbares Vorgehen. Der Kreisverband der Kieler Jusos hat zur Bekämpfung des Rechtsextremismus bereits vor zwei Jahren den Arbeitskreis „Aktiv gegen Rechts“ gegründet. Darüber hinaus haben die Jusos Kiel einen Antrag an den Kreisparteitag gestellt, in dem wir unter dem Titel „Demokratie als fortwährende Aufgabe einer Großstadtpartei“ auch ein stärkeres Handeln von der Kreispartei fordern. Unter anderem soll fortan ein Mitglied im Kreisvorstand mit der expliziten Aufgabe betraut werden, sich in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen dem Kampf gegen Nazis in Kiel zu widmen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 13.01.2011, 21:49 Uhr - 5733 Clicks - Nr. 34

CDU/FDP: Schärfere Hochschulzulassungsgesetz im Handstreich

Zu den Beratungen über die kleine Hochschulgesetznovelle im Bildungsausschuss erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



„Im Hochschulauswahlverfahren ist das Ergebnis einer vorangegangenen Bachelor-Abschlussprüfung maßgeblich zu berücksichtigen.“ Diese Verschärfung des

Hochschulzulassungsgesetzes haben CDU und FDP in den Beratungen zur Novelle des Hochschulgesetzes durchgesetzt.

Dabei liegt das Ziel genau in der anderen Richtung: Jeder Bachelor-Abschluss sollte zur Teilnahme an einem Masterstudiengang berechtigen!

Ebenso wenig kann die SPD nachvollziehen, warum zwar besondere Bedürfnisse von jungen Eltern an den Hochschulen berücksichtigt werden, nicht aber die von Menschen, die sich um pflegebedürftige Angehörige kümmern. Einen entsprechenden Änderungsantrag der SPD zur Gesetzesnovelle lehnten CDU und FDP ohne Nennung von Gründen ab.

Dass die regierungstragenden Fraktionen im Gesetz an exkludierender Terminologie festhalten und an anderer Stelle geschlechtergerechte Wortwahl ablehnen, sind da nur noch germanistische Randnoten.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 13.01.2011, 21:53 Uhr - 12308 Clicks - Nr. 35

Problematik Kernwegenetze und Biogasanlagen – wo drückt uns der Schuh?

Dem Kreisverband der SPD Schleswig-Flensburg ist bekannt worden, dass es ein großes Interesse in der Bevölkerung in der Region an den Themen der Problematik von Schweinemastbetrieben, Massentierhaltungen, Biogasanlagen, Monokulturen wie Maisanbau und Kernwegenetze gibt. Deshalb lädt der SPD-Kreisverband Schleswig-Flensburg ihre Mitglieder und Interessierte Bürgerinnen und Bürger ein zu einer Podiumsdiskussion am Dienstag, den 18. Januar 2011, um 19.30 Uhr in Steinberg, Hotel und Restaurant Steinberger Hof Süderstraße 1, 24972 Steinberg.

Im Podium wollen Lothar Hay, MdL, Uwe Jensen, Rechtsanwalt, Rolf Vilaumi, SPD Geltinger – Bucht, Stefan Bolln, SPD-Landesvorstand und Ralf Wrobel, SPD-Kreisvorsitzender Möglichkeiten und Rechte von Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden aufzeigen und Fragen beantworten.

Keine Kommentare

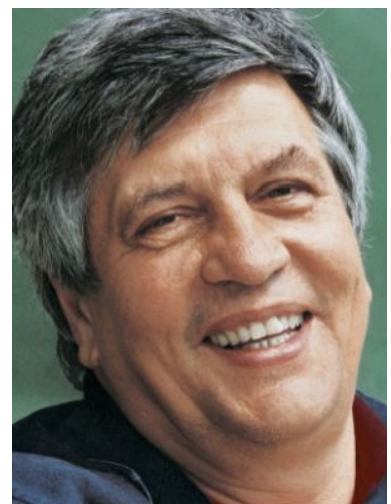
[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 13.01.2011, 22:06 Uhr - 6636 Clicks - Nr. 36

Energiewende: Jetzt erst recht!

Donnerstag, 20.01.2011, 19.00 Uhr, Ahrensburg, Kulturzentrum Marstall (Lübecker Str. 10)

Bereits im Sommer 2010 war mit Hermann Scheer Hermann Scheer für den 20. Januar 2011 diese Veranstaltung zur Energiepolitik vereinbart worden. Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter: „Wir wollten so in Schleswig-Holstein, dem Land der erneuerbaren Energien, ein deutliches Zeichen gegen den von CDU und FDP eingeschlagenen Energiekurs setzen.

Und eines für für die von uns getragene Energiewende: weg von Atomstrom und Kohlekraft, hin zu den vor Ort getragenen, dezentralen Formen der erneuerbaren Energien für unser Land.“



Durch den plötzlichen Tod von Hermann Scheer am 14. Oktober 2010 hat diese Veranstaltung weder an Wichtigkeit, noch an ihrem politischen Stellenwert verloren. Der SPD Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzende Ralf Stegner: „Dieser Abend soll uns bestärken, das von Hermann Scheer verfolgte Ziel und sein Lebenswerk nicht aus den Augen zu verlieren. Ganz besonders

freuen wir uns, dass mit Eckart Kuhlwein und Michael Müller zwei alte Wegbegleiter von Hermann Scheer ihren Sachverstand und ihr profundes Wissen in die Veranstaltung einbringen werden.“

Ablauf:

19.00 Uhr Begrüßung

Martin Habersaat, MdL

Vorsitzender der SPD Stormarn

Impulsreferate

Hermann Scheer: Pionier der Erneuerbaren Energien

Dr. Ralf Stegner, MdL, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Die SPD als Schrittmacher zur Energiewende

Eckart Kuhlwein, Geschäftsführer des Umweltforums der SPD Schleswig-Holstein

Energiewende und Nachhaltigkeit müssen auf der Agenda bleiben!

Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands

20.00 Uhr Diskussionsrunde mit Fragen aus dem Publikum

Moderation: Olaf Schulze, MdL

21.15 Uhr Ende der Diskussionsrunde

anschl. Gelegenheit für weitere Gespräche bei einem Imbiss

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 14.01.2011, 11:56 Uhr - 18009 Clicks - Nr. 37

MdB Sönke Rix: Bundesregierung hat im Dioxin-Skandal zu lange gezögert!

Zu Recht schlägt der Dioxin-Skandal hohe Wellen. Seitdem er öffentlich geworden ist, hat meine Fraktion einen Forderungskatalog erarbeitet, der in dieser Woche in einer Sondersitzung des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vorgestellt wurde.



Die Fachkollegen fordern unter anderem, dass das Verbraucherinformationsgesetz endlich so verbessert wird, dass Verbraucher nicht nur die Namen und Hersteller der verunreinigten Produkte erfahren, sondern dass auch alle Untersuchungsergebnisse in einer Datenbank veröffentlicht werden und abrufbar sind.

Weiterhin fordern wir Sozialdemokraten eine europaweite Senkung der Gift-Grenzwerte für Futtermittelausgangsstoffe und Vorprodukte. Für die Einzelkomponenten von Futtermitteln muss derselbe Grenzwert gelten wie für das Gesamtprodukt. Somit wird verhindert, dass Kriminelle mit Dioxin belastetes Fett über die Mägen der Verbraucher entsorgen, indem sie es mit anderen

Futtermitteln panschen und verdünnen.

Strengere Kontrollen, eine Positivliste für sichere Tierfuttermittel, sowie die strikte Trennung der Produktion von technischen Fetten und Fetten für Futtermittel sind neben dem Ausbau der Zusammenarbeit zwischen Bund und Länder in solchen Krisensituationen weitere Forderungen für eine Verhinderung zukünftiger Skandale.

Damit diese aber weiterhin an die Öffentlichkeit kommen, fordern wir Klarheit beim Informantenschutz: Insider, die Missstände bei Behörden anzeigen, müssen gesetzlich geschützt werden. Beim Gammelfleisch-Skandal hatte Seehofer dies angekündigt, aber ihn innerhalb der Union nicht durchsetzen können.

Doch auch unter der neuen Ministerin gibt es bereits Versäumnisse: Aigner hat viel zu lange gezögert, das Verbraucherinformationsgesetz zu reformieren. Ein Gesetzentwurf, der die Behörden klar zur Information der Verbraucher verpflichtet, lässt weiter auf sich warten. Dabei hatte die von der SPD durchgesetzte Evaluation des Gesetzes bereits im Frühjahr 2010 aufgezeigt, dass es dringend geändert werden muss.

Ob BSE, Nitrofen oder Dioxin-Eier: Die Futtermittelindustrie ist die Verursacherin der meisten Lebensmittelskandale. Daraus muss die Bundesregierung Konsequenzen ziehen. Weil die Branche anscheinend unkontrollierbar ist, sollte jetzt über ein Herstellungsstufen übergreifendes Rückverfolgbarkeitssystem für Futtermittel nachgedacht werden. Es dauert einfach zu lange, bis die Informationen über dioxinverseuchte Fette vom Hersteller bis zum Lebensmittel zurückverfolgt werden können.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer](#) - veröffentlicht am 14.01.2011, 12:15 Uhr - 4444 Clicks - Nr. 38

Pfarrhaus muss auch Heim für homosexuelle Paare sein!

Zur Debatte um homosexuelle Pastorinnen und Pastoren erklärt der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Das Pfarrhaus muss auch ein Heim für homosexuelle Paare sein - homosexuelle Partnerschaften von Pastoren und Pastorinnen müssen genauso wie heterosexuelle akzeptiert werden! Ein Berufsverbot für schwule Pastorinnen und Pastoren wäre ein Unding. Der Vorschlag, die Kirche müsse homosexuellen Menschen raten, bindungslos zu bleiben, ist wirklichkeitsfremd, anmaßend und selbst theologisch zweifelhaft. Die homosexuelle Orientierung eines Menschen sagt nichts aus über seine Fähigkeit als Seelsorger und Bewahrer der Schöpfung.

Keine Kommentare

[SPD-Hamberge](#) - veröffentlicht am 14.01.2011, 15:22 Uhr - 2705 Clicks - Nr. 39

SPD-Ortsverein Reinfeld hat viel vor!

Am Donnerstag, den 13.01. traf sich der Vorstand vom SPD-Ortsverein Reinfeld, um die Aktivitäten

für 2011 zu erörtern.

Als Gast begrüßt wurde Christian Braun, der als SPD-Mitglied von Rümpel nach Lübeck gezogen ist, jedoch in Reinfeld Mitglied sein möchte. „Ich arbeite im Forum Nachhaltigkeit der SPD Stormarn mit und möchte mich in Reinfeld im Ortsverein engagieren, da der OV aktiv ist und eine angenehme Atmosphäre herrscht“, so Christian Braun.

Die Veranstaltungsplanungen für 2011 reichen von Bouleterminen, die im vergangenen Jahr wegen der starken Regenfälle häufig abgesagt werden mussten, einer Radtour für alle, einem Skat- und Doppelkopfturnier bis zu der Narzissenpflanzaktion im Rahmen der Veranstaltungen zum 825. Geburtstag der Stadt. Zudem ist erneut eine Travefahrt vorgesehen, die wieder von den Hamburger SPD-Vertretern vorbereitet wird.

„Politische Themen, die die Bürgerinnen und Bürger interessieren, wie z. B. die Ansiedlung eines Discounters, die Innenstadtsanierung und die Bahnquerung sollen gemeinsam mit der Fraktion diskutiert werden, um Interessierte zu Veranstaltungen einladen zu können“, berichtet die Ortsvereinsvorsitzende.

„In den vergangenen Monaten ist der SPD-Ortsverein um fünf neue Mitglieder angewachsen – ohne einen Austritt verzeichnen zu müssen“, betont Petra Gehrke. „Wir sind für Interessierte, die trotz vorherrschender politischer Unlust etwas für die Allgemeinheit tun wollen, immer offen – ob mit oder ohne Mitgliedschaft“. Wer in die kommunalpolitische Arbeit der SPD Reinfeld hineinschnuppern möchte, kann sich bei der Ortsvereinsvorsitzenden Petra Gehrke unter Telefonnummer 04533-4362 oder Email: JPGehrke@gmx.de melden. „Wir würden uns freuen!“

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 14.01.2011, 17:15 Uhr - 6985 Clicks - Nr. 40

Neujahrsempfang SPD-Kreisverband Plön

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

ein ereignisreiches Jahr geht zu Ende. Auch das Jahr 2010 hat in Schleswig-Holstein nicht die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen, um die wichtigen Zukunftsfragen für unser Land entschieden anzugehen.

Das Urteil des Landesverfassungsgerichtes zur Zusammensetzung des Landtages und die daraus folgenden Neuwahlen stellen die politischen Entscheidungen der letzten Monate, vor allem zur Haushaltskonsolidierung und in der Schulpolitik, in einen verfassungsrechtlichen problematischen Kontext.

Im kommunalen Bereich verschärfen die Entscheidungen der Bundes- und Landesebene die zum Teil dramatische finanzielle Lage, die kommunale Handlungsspielräume kaum noch zulässt. Die Diskussionen um die Frage von Bürgerinteressen bei Großprojekten wie Stuttgart 21 oder der Fehmarn-Belt-Querung, die Proteste von vielen tausenden von Bürgerinnen und Bürgern gegen

Kürzungen in der Bildung und der sozialen Infrastruktur machen deutlich, dass sich viele Menschen einen anderen Politikstil, mit anderen demokratischeren Beteiligungsmöglichkeiten wünschen.

Deshalb haben wir für unseren Neujahrsempfang am

**Freitag, den 21.1.2011 um 19.00 Uhr im Kulturforum Schwimmhalle Schloss Plön,
Schlossgebiet 2 in Plön**

den Kieler Oberbürgermeister **Torsten Albig** eingeladen, der für einen Politikstil steht, der einbindet und verbindet, und der uns mit seinem Vortrag sicherlich viele Impulse für nachfolgende Gespräche geben wird.

Im Mittelpunkt unseres Neujahrsempfangs sollen natürlich auch im Jahr 2011 die Gespräche miteinander stehen. In diesen persönlichen Gesprächen sehen wir einen guten Weg, notwendiges Verständnis für die wechselseitigen Interessen zu entwickeln und Vertrauen herzustellen.

Wir würden uns freuen, Sie am 21. Januar in Plön begrüßen zu können. Für eine bessere Planung bitten wir Sie um

Rückmeldung bis zum 14.01.2011.

Anmeldeformular

Wir bedanken uns für die immer gute und konstruktive Zusammenarbeit in diesem Jahr und wünschen Ihnen und Euch

Frohe Weihnachten und für das Neue Jahr alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

Anette Langner, MdL, Kreisvorsitzende Lutz Schlüsen, Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 14.01.2011, 22:41 Uhr - 6273 Clicks - Nr. 41

Olof-Palme-Preis 2011: Das Kuratorium hat getagt

Die SPD Stormarn verleiht den Olof-Palme-Friedenspreis seit 1987 an Vereine und Menschen aus Stormarn, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für Alle engagieren. Nun hat sich das Kuratorium getroffen, um über die Preisvergabe 2011 zu entscheiden. Die Bürgerinnen und Bürger Stormarns hatten in diesem Jahr vier Vorschläge eingereicht, drei entsprachen den Kriterien des Preises.

1. Der Verein „Afghanistan-Schulen“ und seine Vorsitzende Marga Flader (Oststeinbek). Der Verein wurde 1983 von Ursula Nölle gegründet und arbeitet für die Schaffung und Erhaltung von Bildungsmöglichkeiten für afghanische Jungen und Mädchen, zunächst in den Flüchtlingslagern in Pakistan und seit 1988 in Afghanistan. Dieser Verein gewann den Palme-Preis bereits 1992 und 2002.



<http://www.afghanistan-schulen.de/>

2. Der Verein „Hilfe für das Hospital Santa Teresa“ und sein Vorsitzender Dr. Enno Keller (Ahrensburg). Das Hospital Santa Teresa in El Salvador wurde 2001 durch ein Erdbeben zerstört. Ziel des Vereins sind der Wiederaufbau dieses Krankenhauses und die Schaffung eines menschenwürdigen Behandlungsumfelds. „Etwa 90% der Patienten dort sind nicht krankenversichert und der Staat hat kein Geld für das Krankenhaus. Es kommen viele Schwerverletzte und Kranke, besonders viele verletzte Kinder“, berichtet der Verein auf seiner Webseite.

<http://www.hilf-santa-teresa.de/>

3. Das Therapie-Theater Reinfeld unter der Leitung von Bärbel Nemitz. Das Therapie-Theater-Reinfeld ist ein integratives Theaterprojekt, bei dem Menschen aus der Psychiatrie mit Amateurschauspielern gemeinsam auf der Bühne stehen. Nominiert wurde es insbesondere für das Projekt „Handy-Cap-Film“, bei dem es um therapeutische Arbeit mit neuen Medien geht.

<http://www.therapietheater.de/>

4. Der vierte Vorschlag fiel auf contra - Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein. Die Fachstelle arbeitet seit 1999 in Schleswig-Holstein, Trägerin ist das Nordelbische Frauenwerk. Dieser Vorschlag konnte nicht für den Palme-Preis zugelassen werden, weil dieser ehrenamtliche Arbeit in den Mittelpunkt stellen soll.

<http://www.contra-sh.de/>

Martin Habersaat, Kreisvorsitzender der SPD Stormarn, nimmt beratend an den Sitzungen des Kuratoriums teil. Er berichtet: „Tatsächliche Hilfe für den Aufbau eines stabilen Afghanistan. Erfolgreiche Menschen, die ihren Erfolg für Andere einsetzen. Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Alle diese Beispiele für soziales Engagement haben das Kuratorium beeindruckt.“ Und wer wird's? Habersaat: „Das Kuratorium ist zu einer einstimmigen Entscheidung gelangt. Wie diese lautet, wird Kuratoriumsmitglied Birgit Kassovic in der Laudatio bei der Preisverleihung verkünden.“ Das Preisgeld, in diesem Jahr 2000 Euro, wird gestiftet von den Bundestags- und Landtagsabgeordneten der SPD-Stormarn, dem SPD-Kreisverband und zu einem nicht unerheblichen Teil von der Walter-Jacobsen-Gesellschaft aus Hamburg.

Der Olof-Palme-Friedenspreis wird am 28. Februar ab 18.30 Uhr im Schloss Reinbek verliehen. Dieser Tag ist der 25. Todestag Olof Palmes. Der Olof-Palme-Friedenspreis wurde nach der Ermordung Olof Palmes ins Leben gerufen zum Gedenken an den schwedischen Ministerpräsidenten und sein Lebens- und Friedenswerk: seinem Bemühen, den Menschen ein Leben in demokratischer Freiheit zu verschaffen, seinem Kampf gegen Unrecht, Unterdrückung und Rassismus, seinem Eintreten für Frieden und Sicherheit durch Partnerschaft, für Abrüstung, gegen Atomwaffen und für die Verbesserung der Situation in der Dritten Welt.

<http://www.olof-palme-friedenspreis.de/>

Foto: Das Kuratorium

Oben: Martin Habersaat (Vorsitzender der SPD Stormarn), Matthias Bohl (Propst im

Kirchenkreisbezirk Wandsbek-Billeteral), Birgit Kassovic (Walter-Jacobsen-Gesellschaft), Cord Denker (Pastor i.R.). Unten: Gisela Böhrk (Landesministerin a.D.), Klaus Plöger (Landrat des Kreises Stormarn).

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 15.01.2011, 11:22 Uhr - 7287 Clicks - Nr. 42

Die Baumschutzsatzung

Mit den neuen Mehrheitsverhältnissen drei Monate vor Eröffnung der Landesgartenschau steht die Baumschutzsatzung erneut auf der Tagesordnung des Umweltausschusses. Die CDU fordert in einem Antrag das Verfahren zur Einführung einer Baumschutzsatzung abzubrechen. Weiter lautet der Antrag: Eine Baumschutzsatzung wird nicht eingeführt.

Intensive Beratungen für ein Pro und Kontra einer Baumschutzsatzung haben im Umweltausschuss der Stadt aufgezeigt, dass in Norderstedt wieder klare und verbindliche Vorgaben für den Schutz der Bäume in Form einer Satzung eingeführt werden sollen. Die SPD sieht in einer Baumschutzsatzung einen wichtigen Beitrag zur Begrünung unserer Stadt. Damit werde eine Regelungslücke im Umweltschutz geschlossen. Die sei entstanden, nachdem die Satzung nach drei Jahren Geltungsdauer 2004 abgeschafft worden war. CDU und FDP setzten auf das Umweltbewusstsein der Gartenbesitzer, die nicht wild drauf los fällen, sondern verantwortungsvoll und nur im Notfall zur Säge greifen würden. Die Vergangenheit habe aber gezeigt, dass die Rechtssicherheit und das Bewusstsein für den Baumschutz nur durch eine flächendeckende und allgemein bekannte Satzung gestärkt werden kann. Dies war eine Aussage der Verwaltung.

Nachdem die Verwaltung, auch durch eine Fotodokumentation dargestellt hat, wie sich ganze Stadtteile ohne zwingenden Baumschutz verändern und die Durchgrünung gefährdet ist, wurden mit den Stimmen der SPD, GALiN und Die Linke ein Grundsatzbeschluss zur Einführung einer Satzung beschlossen.

Der Entwurf dieser Satzung lag vier Wochen öffentlich aus und jeder Bürger konnte sich dazu äußern und Einwände, Kritik und Unterstützung geltend machen.

Nun begründet die CDU ihren Antrag, das Verfahren abzubrechen und keine Baumschutzsatzung einzuführen mit dem Vorwurf an die Linken, die GALiN und die SPD „ mit einer politisch diktierten Entscheidung, welche zur Durchsetzung von Parteiinteresse erfolge“.

Diesen Vorwurf weist die SPD massiv zurück. In Zeiten von „Mehr Demokratie wagen“, mehr Bürgerbeteiligung, mehr Mitspracherechte für BürgerInnen soll jetzt eine Bürgerbeteiligung vor Kenntnisnahme im Ausschuss im Papierwolf verschwinden. Warum traut sich die CDU nicht, den Bürgerwillen zur Kenntnis zu nehmen? Die Antwort überlasse ich gern den Lesern.

Die SPD ist der Meinung, dass viele Norderstedter den Schutz ihrer Bäume wünschen. Sie freuen sich über alte Bäume, engagieren sich sogar für Nach- und Neupflanzungen.

Wir fordern, dass die Behandlung der Einwände und Anregungen der BürgerInnen öffentlich im Ausschuss beraten werden und nicht im Papierwolf landen.

Sybille Hahn
Stadtvertreterin und Pressesprecherin der Fraktion

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 15.01.2011, 13:39 Uhr - 6986 Clicks - Nr. 43

Interview mit dem Hamburger Abendblatt

Am 14. Januar erschien im Hamburger Abendblatt (Stormarn-Teil) ein Interview mit Martin Habersaat über dessen Erfahrungen in der Landespolitik.

Link: <http://tinyurl.com/5w43mo6>



Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 15.01.2011, 19:00 Uhr - 6101 Clicks - Nr. 44

Mitgliederversammlung AfA Schleswig-Flensburg

Auf der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Kreis Schleswig- Flensburg am 20. Januar 2011 um 19.30 Uhr im Landgasthof „Jäger´s Ruh“ in Steinfeld wird vorrangig die AfA- Landeskonferenz am 26. März 2011 in Eutin vorbereitet.

Dem Kreisvorstand der AfA Schleswig-Flensburg liegen Anträge für die AfA Landeskonferenz zu den Themen Arbeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Bildung, Rente, Gesundheit, Familie, Allgemeinpolitik und eine Resolution zum Thema Haushalt des Landes Schleswig-Holstein vor, die abschließend auf der Mitgliederversammlung behandelt und beschlossen werden. Außerdem werden Delegierte und Ersatzdelegierte für die AfA Landeskonferenz gewählt und aktuelle arbeitnehmerpolitische Themen behandelt.



Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 15.01.2011, 21:06 Uhr - 3040 Clicks - Nr. 45

SPD-Ortsverein Reinfeld hat viel vor!

Am vergangenen Donnerstag plante der Vorstand vom SPD-Ortsverein Reinfeld etliche Aktivitäten für das neue Jahr. Als Gast begrüßt wurde Christian Braun, der als SPD-Mitglied von Rümpel nach

Lübeck gezogen ist, jedoch in Reinfeld Mitglied sein möchte. „Ich arbeite im Forum Nachhaltigkeit der SPD Stormarn mit und möchte mich in Reinfeld im Ortsverein engagieren, da der OV aktiv ist und eine angenehme Atmosphäre herrscht“, so Christian Braun.

Wie Petra Gehrke berichtet, reichen die Planungen für 2011 von Bouleterminen, die im vergangenen Jahr wegen der starken Regenfälle häufig abgesagt werden mussten, einer Radtour für alle, einem Skat- und Doppelkopfturnier bis zu der Narzissenpflanzaktion im Rahmen der Veranstaltungen zum 825. Geburtstag der Stadt. „Politische Themen, die die Bürgerinnen und Bürger interessieren, wie z. B. die Ansiedlung eines Dioscounters, die Innenstadtsanierung und die Bahnquerung sollen gemeinsam mit der Fraktion diskutiert werden, um Interessierte zu Veranstaltungen einladen zu können“, berichtet die Ortsvereinsvorsitzende.

„In den vergangenen Monaten ist der SPD-Ortsverein um fünf neue Mitglieder angewachsen – ohne einen Austritt verzeichnen zu müssen“, betont Petra Gehrke. „Wir sind für Interessierte, die trotz vorherrschender politischer Unlust etwas für die Allgemeinheit tun wollen, immer offen – ob mit oder ohne Mitgliedschaft“. Wer in die kommunalpolitische Arbeit der SPD Reinfeld hineinschnuppern möchte, kann sich bei der Ortsvereinsvorsitzenden Petra Gehrke unter Telefonnummer 04533-4362 oder Email: JPGehrke@gmx.de melden. „Wir würden uns freuen!“

Petra Gehrke

Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 16.01.2011, 19:48 Uhr - 3276 Clicks - Nr. 46

Schätze Chinas zwischen Peking und Shanghai

Bunter Nachmittag der AG 60plus am 26. Januar in Delingsdorf

„Ein riesiges Land wie China kann man natürlich nicht wirklich in 14 Tagen kennen lernen“, sagt Niels-Peter Horn, stellvertretender Vorsitzender der AG 60plus im Kreisverband der SPD Stormarn. „Ich kann nur über meine Eindrücke berichten und das wiedergeben, was unserer Reisegruppe erzählt und gezeigt wurde.“ Und das waren exotische Landschaften, gewaltige Flüsse, Menschenmassen, Wolkenkratzer und auf der anderen Seite extreme Armut.



Aber das Land scheint sich zu wandeln.

Beginnender Wohlstand in den Städten, Autos, moderne Einkaufszentren - China ist wahrlich im Aufbruch. Niels-Peter Horn wird eine Fotoserie zeigen, die einen Einblick in die Schätze Chinas gibt. Es geht von Peking über Xi'an zum Yangtse, am Schluss der 10-tägigen Flussfahrt steht Shanghai auf dem Programm. Zum Abschluss dieses "chinesischen" Nachmittags wird Lieselotte Jürgensen zwei chinesische Märchen vorlesen.

Der Bunte Nachmittag findet am Mittwoch, dem 26. Januar von 15:30 - 17:30 Uhr im Bürgerhaus Delingsdorf, An der Friedenslinde 1, statt. Wer mit öffentlichen Verkehrsmitteln kommen möchte, benutzt die Autokraft-Buslinie 8110 (Bad Oldesloe - Ahrensburg) bis zur Haltestelle "Delingsdorf/Dorfstraße" und geht dann 200 m zum Bürgerhaus. Abfahrten: S-Bahnhof Ahrensburg: 14:55 Uhr, OD-ZOB: 14:40 Uhr, Bargtheide Markt 15:12 Uhr. Für Autofahrer gibt es einen Parkplatz am Dorfteich neben der Telefonzelle.
Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt, deswegen wird um Anmeldung bei Niels-Peter Horn (Tel. 04532/4841, E-Mail Niels-Peter.Horn@t-online.de gebeten. Der Eintritt ist frei.
Busrückfahrt: Richtung Ahrensburg 18:16 Uhr, Richtung Bad Oldesloe 18:00 Uhr.

Foto: An der Chinesischen Mauer
Fotograf: Niels-Peter Horn

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 17.01.2011, 13:57 Uhr - 6540 Clicks - Nr. 47

Gespräch mit der Bürgerinitiative Vision Schleswig

Am Mittwoch, den 12. Januar 2011, hatten Dr. Gitta Trauernicht und MdL Birte Pauls im Landeshaus ein Gespräch mit der Bürgerinitiative Vision Schleswig.

Birte Pauls hatte eine kleine Anfrage zum Thema „Gesundheitsterme in Schleswig“ gestellt. Die Antwort der schwarz-gelben Landesregierung ist insofern passend, dass sie einen touristischen Zweck nicht unterstützen wollen.

Hier der Wortlaut der Presseerklärung von MdL Birte Pauls:

"Dr. Gitta Trauernicht und Birte Pauls begrüßen Bürger-Initiative für Förderung der Gesundheitswirtschaft in Schleswig

In einem Treffen mit Mitgliedern der Initiative von Schleswiger Bürgerinnen und Bürgern im Landeshaus in Kiel am 12. Januar haben Gitta Trauernicht als Sprecherin der SPD-Fraktion für die Gesundheitswirtschaft und die Schleswiger Abgeordnete Birte Pauls, SPD die Initiative aus Schleswig ausdrücklich begrüßt: „ Die Gesundheitswirtschaft ist für Schleswig-Holstein das zentrale Wachstumsfeld im nächsten Jahrzehnt. Die Stadt Schleswig hat hervorragende Voraussetzung als Gesundheitsstandort von dieser Entwicklung zu profitieren. Mit der bevorstehenden Förderentscheidung der Landesregierung und der Bereitschaft des Eigentümers Damp zur Mitfinanzierung der Erneuerung des Martin-Luther-Krankenhauses und der Psychiatrie in Schleswig gibt es einen großartigen Entwicklungsimpuls, durch den sich neue Möglichkeiten für Gesundheitsangebote von Rehabilitation über Pflege bis zum Gesundheitstourismus ergeben. Land und Stadt müssen jetzt diesen Anstoß aufnehmen und gemeinsam mit ansässigen Anbietern und Investoren einen Masterplan zur Entwicklung von Schleswig als Gesundheitsstandort erarbeiten. Gute Ausbildung in Pflege und Medizinberufen, spezielle medizinische Angebote und vernetzte Versorgung von Prävention bis zur Nachsorge können in Schleswig zum Markenzeichen werden. Wir erwarten, dass sich die Verantwortlichen im Gesundheitsministerium und in der

Stadtverwaltung zusammensetzen und ein entsprechendes Handlungskonzept erarbeiten.
Trauernicht und Pauls sagten den Mitgliedern der Initiative ihre weitere Unterstützung zu.“

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 17.01.2011, 14:53 Uhr - 6465 Clicks - Nr. 48

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen traf sich mit DGB-Chefin

Melanie Meyer, die neue Vorsitzende der DGB-Region Schleswig-Holstein Süd-Ost ist der Einladung des AfA-Vorstandes gefolgt und diskutierte vergangene Woche mit den Arbeitnehmervetretern in der SPD in Mölln über gemeinsame Themen, Schnittmengen - aber auch Auffassungsunterschiede.



Rente mit 67, Tariftreuegesetz, Leiharbeit, Mindestlohn, Bildung und Ausbildung: Das waren die Themen der gut zweistündigen Diskussion.

Melanie Meyer stellte dabei die parteipolitische Unabhängigkeit des DGB heraus, auch, wenn es bei vielen Themenfeldern gemeinsame Sichtweisen gibt.

Konkret beschloss die AfA, im Frühjahr eine öffentliche Veranstaltung zum Thema „Ausbildungssituation im Kreis Herzogtum Lauenburg“ durchzuführen. Experten des DGB werden dort den DGB-Ausbildungsreport vorstellen und die politische Diskussion bereichern.

Vereinbart wurde darüber hinaus, dass AfA und DGB sich künftig ein- bis zweimal im Jahr treffen wollen.

Manfred Börner

AfA-Vorsitzender Herzogtum Lauenburg

Keine Kommentare

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 17.01.2011, 16:22 Uhr - 4356 Clicks - Nr. 49

Gutachten zu Nonnenmacher-Abfindung unverzüglich vorlegen!

Zur Berichterstattung über ein neues Gutachten zur Abfindung des HSH-Nordbank-Vorsitzenden Dirk Jens Nonnenmacher erklärt der Obmann der SPD-Abgeordneten im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss HSH Nordbank, Jürgen Weber:

Die Zitate des FDP-Fraktionsvorsitzenden und Nicht-Regierungsmitglieds Wolfgang Kubicki in der heutigen Presseberichterstattung lassen den Schluss zu, dass ihm das Gutachten „zu möglichen Pflichtverletzungen durch Vorstandsmitglieder der HSH Nordbank AG“, das die Landesregierung und der Hamburger Senat in Auftrag gegeben haben, vorliegt. Wir fordern, dass das Gutachten unverzüglich zumindest allen Mitgliedern im PUA, wenn nicht den Fraktionen, zur Verfügung gestellt wird. Wir werden im Untersuchungsausschuss einen entsprechenden Beweisantrag stellen.

Nun kann Wolfgang Kubicki, seiner Überzeugung, dass man „ganz Passagen eins zu eins in eine Anklage wegen Untreue gegen Nonnenmacher einfügen“ könnte, Taten folgen lassen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 17.01.2011, 17:13 Uhr - 6126 Clicks - Nr. 50

Archiv-Vorträge Stormarn

Leben unter dem Hakenkreuz - unter diesen Motto hat das Kreisarchiv des Kreises Stormarn eine Veranstaltungsreihe organisiert. Es geht um Stormarn und Schleswig-Holstein im Nationalsozialismus. Alle Vorträge finden im ersten Halbjahr 2011 im Kreisarchiv statt (Bad Oldesloe, Mommsenstraße 22, Raum F 22), der Eintritt ist frei.



Informationen zu den Veranstaltungen:

<http://www.kreisarchiv->

stormarn.de/publikationen/tagungen/files/FlyerArchivVotraege2011.pdf

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 17.01.2011, 19:14 Uhr - 9791 Clicks - Nr. 51

Über Stadtregionalbahn muss interessant, umfassend und frühzeitig informiert wer

Zur Debatte über die Zukunft der Stadtregionalbahn in Kiel und Umland, erklärt SPD Kreischef Rolf Fischer:



Die Stadtregionalbahn ist natürlich unter finanziellen Aspekten zu bewerten. Dies spielt allerdings seit Beginn der Planungen auch eine Rolle. Hier bedarf es nicht der Hinweise von FDP und CDU, die nur die schon bekannten Vorbehalte und Vorurteile wiederholen. Was aber – neben der Finanzfrage – von erheblicher Bedeutung ist, ist die Akzeptanz durch die Kieler Öffentlichkeit.

Hier plädieren wir für eine neue und umfassende Informations-Initiative.

Wir haben gelernt, dass Projekte dieser Größenordnung erfolgreich umgesetzt werden können, wenn die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und ausreichend beteiligt werden. Nur durch Beteiligung entsteht Transparenz. Und nur durch Transparenz entsteht Akzeptanz.

Wir werden uns als Großstadtpartei aktiv für die Bürgerbeteiligung stark machen und konkrete

Schritte entwickeln: Dazu gehört, dass die von der Streckenführung betroffenen SPD Ortsbeiräte dieses Thema regelmäßig auf die Tagesordnung setzen, um die Anlieger kontinuierlich zu informieren. Die Kreispartei wird mit den betroffenen Firmen und Betrieben diskutieren, um deren Interessen zu kennen. Die Ortsvereine könnten in auch für Bürger offenen Versammlungen den Sachstand darstellen und Schritt für Schritt die Entscheidung vorbereiten.

Auch die Stadt steht in der Pflicht, interessant und umfassend zu informieren. Zu überlegen wäre zu einem frühen Zeitpunkt, also weit vor der politischen Entscheidung, in einer Kielweiten Einwohnerversammlung das Projekt vorzustellen. Denkbar ist auch eine Reihe von dezentralen Veranstaltungen zu bestimmten Themen, wie Parkplatzsituation, Einzelhandel, Verkehrswege, Trassenverlauf usw..

Die Beteiligung bei Planung und Bau der SRB von Firmen aus Kiel und dem Umland hat für uns Priorität. So würde die Region auch mit Blick auf die Sicherung von Arbeitsplätzen und den Aufbau von Know-how profitieren. Das ist nicht nur ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung, sondern auch ein Aufbruchssignal für Wissenschaft und Forschung in der Region.“

Keine Kommentare

[SPD-Nordhastedt](#) - veröffentlicht am 18.01.2011, 08:36 Uhr - 5955 Clicks - Nr. 52

Neujahrsempfang der SPD Nordhastedt. T. Albig spricht über kommunale Finanzen

Der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig sprach auf dem Neujahrsempfang der SPD Nordhastedt über die Situation und Entwicklung der kommunalen Finanzen

Am 09. Januar veranstaltete der SPD Ortsverein seinen jährlichen Neujahrsempfang. Unter den 55 Gästen begrüßte der Vorsitzende Claus-Hinrich Johannsen den Nordhastedter Ehrenbürgermeister Gustav-Adolf Voß, die Nordhastedter Gemeindevertreter und Kreistagsabgeordneten, die Vorsitzenden der örtlichen Vereine, sowie zahlreiche interessierte Bürger.



Als Hauptgast war Torsten Albig geladen, der als Oberbürgermeister der Stadt Kiel über die Situation und Entwicklung der kommunalen Finanzen in Schleswig-Holstein sprach. In seinem Vortrag benutzte Torsten Albig die Metapher zahlreicher „Schlaglöcher“ auf dem Weg von Kiel nach Nordhastedt. Damit gemeint waren jedoch nicht nur der schlechte Zustand vieler Straßen, sondern auch heruntergekommene Schulgebäude, geschlossene Bibliotheken und Schwimmbäder in vielen Städten. Die Menschen im Land würden zunehmend wahrnehmen, dass die Gemeinden und Städte ihre Aufgabe, die Infrastruktur vor Ort in Schuss zu halten, immer schwerer erfüllen können. Die „Schlaglöcher“ seien schließlich durch erzwungene Haushaltspolitik schon lange vorher entstanden. Nicht erst durch die aktuelle Wetterlage.

Mit zahlreichen Beispielen aus der Landeshauptstadt Kiel, die mit ihrer Einwohnerzahl immerhin 10% von Schleswig-Holstein repräsentiert, belegte Torsten Albig seine Darstellungen. Stetig neue Aufgaben die den Kommunen aufgebürdet werden, wegbrechende Einnahmen aus der Gewerbesteuer als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise und stetig wachsende Sozialausgaben machen die Bürgermeister und Gemeindevertreter im Land zunehmendst zu Sparkommissaren ohne Gestaltungsspielräume.

Um die Situation der Städte und Gemeinden im Land wieder langfristig zu verbessern fordert Torsten Albig eine Neuausrichtung der Finanzpolitik an den Bedürfnissen der Kommunen und Bürger. Die Kommunalpolitik sei schließlich die wichtigste politische Ebene. Es mache keinen Sinn weiterhin an Lehrerstellen und Personal zur Betreuung von Kindern zu sparen, da durch die Chancenungleichheit in der Bildung schon heute die Leistungsempfänger von morgen herangezogen werden. Die Probleme sollten lieber an der Wurzel gelöst werden, in dem man Steuergelder an den richtigen Stellen investiert. Kinderbetreuung und kostenfreier Zugang zur Bildung seien daher ein Punkt an der eine Regierung sich entscheiden müsse, dort zu sparen oder zu investieren.

In anschließenden Gesprächsrunden bezog Torsten Albig auch Stellung zu Themen wie Kreisgebietsreform, Nordstaat und Küstenschutzabgabe. Eine zwangsweise Zusammenlegung von Landkreisen, um Verwaltungseinheiten zu erhöhen, lehne er ab. Stattdessen fordert er eine sinnvollere Verteilung von Aufgaben durch freiwillige Kooperationen, mit entsprechender finanzieller Ausstattung. In Bezug auf einen Nordstaat sagte Albig, dass man keine Länder abschaffen müsse. Es gelte jedoch zu überdenken, ob jedes Bundesland zum Beispiel ein eigenes Justizministerium unterhalten müsse. Solch eine Aufgabe könne man auch für mehrere Bundesländer zusammenfassen. Zur kürzlich beschlossenen Küstenschutzabgabe sagte Albig, dass dies ein falscher Weg der Landesregierung sei. Der Küstenschutz sei eine hoheitliche Aufgabe, die die Allgemeinheit weiterhin solidarisch finanzieren sollte. Anwohner an den Autobahnen müssten Lärmschutzwälle schließlich auch nicht als Vorteilshabende selber bezahlen.

Zuletzt bat Torsten Albig die Gäste darum, ihren zukünftigen Ministerpräsidenten daran zu müssen, was er wirklich für Schleswig-Holstein tun will. Weiterhin an der Zukunft Scheswig-Holsteins zu sparen und zu kürzen, oder an den wichtigen Stellen der kommunalen Infrastruktur zu investieren.

Keine Kommentare

[SPD Bad-Segeberg](#) - veröffentlicht am 18.01.2011, 11:50 Uhr - 4753 Clicks - Nr. 53

SPD Fraktion & OV-Vorstand verurteilen erneute Farbschmierereien scharf

Schon wieder Farbschmierereien am Bad Segeberger Rathaus. Dieses Mal beließen es die Sprayer nicht bei bloßen Farb-Flecken, sondern schmierten erstmals Drohungen auf die Fassade des Rathauses. „Noch ist es nur Farbe“, wurde auf die gläserne Eingangstür gesprüht.

„Fröhlich schreib dein Testament“ heißt es an anderer Stelle. Ob damit der frühere Bad Segeberger Bürgermeister, der Vorgänger von Dieter Schönfeld, gemeint ist oder der aktuelle Amtsträger, kann niemand genau sagen.

„Fraktion und Ortsverein distanzieren sich mit aller Deutlichkeit von den erneuten, geschmacklosen Farbschmierereien“, betont Fraktionsvorsitzender Joachim Wilken-Kebeck erschüttert. „Egal ob aus

der rechten oder linken Ecke – so etwas ist das Allerletzte“, ergänzt Pressesprecher Tobias Gellert. „Art und Inhalt der jetzigen Schmierereien finde ich zutiefst besorgniserregend und abstoßend“, meldet sich auch SPD-Vorstandsmitglied Dirk Wehrmann zu Wort, „Das ist genau die Art von unangemessener Reaktion Einzelner, die Fronten noch weiter verhärten und Beteiligte noch weiter verbittern lässt“, führt Wehrmann weiter aus.

Ob und wie die Schmierereien mit dem ehemaligen selbstverwalteten Jugendzentrum „Hotel am Kalkberg“ (HaK) in Verbindung stehen, versucht jetzt die Polizei zu ermitteln.

Die Fronten zwischen, auf der einen Seite Stadtvertretung und Verwaltung und auf der anderen Seite Vorstand des HaK, hatten sich in den vergangenen Wochen verhärtet.

Auch die SPD (Vorstand des Ortsvereins und Fraktion) in Bad Segeberg sieht in dem Gebäude am Kalkberg keine Zukunft für selbstverwaltete Jugendarbeit. Die SPD-Fraktion hatte einen Antrag auf kurzzeitige Verlängerung des Mietvertrages um ein halbes Jahr, auf der Dezembersitzung der Bad Segeberger Stadtvertretung zurückgezogen.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 18.01.2011, 13:43 Uhr - 17785 Clicks - Nr. 54

Aufbruchstimmung beim Neujahrsempfang der Segeberger Kreis-SPD

Michael Neumann, Vorsitzender der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion ging in seiner Neujahrsrede besonders auf die norddeutsche Zusammenarbeit ein. Der Hof Lübbe - das Gemeinschaftshaus in Boostedt - war der diesjährige Veranstaltungsort des sozialdemokratischen Neujahrsempfanges im Kreis Segeberg. Musikalisch wurde die Veranstaltung durch ein anspruchsvolles Programm des „Ensemble stillos?!“ umrahmt. Der Kreisvorsitzende Andreas Beran konnte am 16. Januar über 120 Gäste aus Wirtschaft, Vereinen, Verbänden und Parteien begrüßen, darunter die Landrätin Jutta Hartweg (SPD) und den Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies.



Der Gastredner Michael Neumann (Foto) – Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft – ging in seiner Rede besonders auf die gemeinsame Arbeit der norddeutschen Bundesländer ein und betonte dabei die besonders enge Gemeinschaft zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein. Der Norden dürfe sich nicht in Einzelinteressen zersplittern, wenn er gegenüber dem Süden der Republik bestehen wolle. Die Gründung eines Nordstaates sei allerdings aufgrund bestehender Rahmenbedingungen kein lohnendes Geschäft für Hamburg und Schleswig-Holstein. Die Metropolregion müsse mehr mit Leben erfüllt werden – dazu rege er an, über die Wahl eines Metropolparlamentes nachzudenken.

Das Leben in den Kommunen werde – so Neumann - von den vielen Ehrenamtlichen in Vereinen

und Verbänden getragen. Die Politik solle lediglich die Rahmen vorgeben und manchmal wünsche er sich, dass die Politiker sich etwas zurücknehmen.

Kritik äußerte Neumann an dem ständigen Herumwerkeln an den Schulsystemen. Man müsse ein eingeführtes System endlich einmal für zehn Jahre durchhalten und damit den Kindern, Eltern und Schulen Verlässlichkeit und Berechenbarkeit bieten. Das Kooperationsverbot – die absolute Länderhoheit in Kultur- und Bildungsfragen – halte er für grundfalsch.

Im Rahmen des Empfanges wurden Peter Schmidt (Ellerau), Marianne Korth und Richard Birk (beide Henstedt-Ulzburg) für 50 Jahre Parteizugehörigkeit geehrt, Adolf Rehders (Norderstedt) gehört seit 65 Jahren der SPD an.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 18.01.2011, 14:31 Uhr - 96135 Clicks - Nr. 55

Dioxin-Skandal Thema im Europäischen Parlament

"Lückenlose Rückverfolgbarkeit – vom Futtertrog bis auf den Teller"

Auf Forderung des Europäischen Parlaments hat die Europäische Kommission am Montagabend in Straßburg eine Stellungnahme zum Dioxinskandal in Deutschland abgegeben.

Der EU-Kommissar für Lebensmittel- und Gesundheitsfragen John Dalli erklärte den Europaabgeordneten, dass er in engem Kontakt mit der deutschen Agrarministerin Ilse Aigner stehe. Die Kommission wolle eine Delegation in den nächsten Tagen nach Deutschland entsenden, um die deutschen Kontrollstellen bei der Untersuchung von Futtermittelproben zu unterstützen.



Ulrike RODUST, agrarpolitische Expertin der SPD-Europaabgeordneten im Europäischen Parlament, kommentierte den Auftritt des Kommissars: "Dalli konnte uns nicht viel Neues berichten. Es liegt klar auf der Hand, dass wir mehr und umfassendere Kontrollen benötigen."

In Deutschland wurden zahlreiche Höfe aufgrund des Dioxinskandals gesperrt, bisher ist nicht klar, wer für den Verlust der Landwirte aufkommt. "Wichtig ist mir, dass das Verursacherprinzip in der ganzen Kette greift. Wir sollten über einen europäischen Fonds nachdenken, in den die Futtermittelindustrie einzahlen muss, damit wir die betroffenen Landwirte entschädigen können. Es kann nicht sein, dass Unschuldige für die Folgen eines solch fahrlässigen Verhaltens aufkommen müssen", so Ulrike RODUST weiter.

"Mir ist klar, dass Verordnungen und Gesetze allein kriminelle Machenschaften nicht verhindern können, aber es darf nicht sein, dass die Strafen so niedrig angesetzt sind, dass sie aus der

Portokasse bezahlt werden. Hier muss die Kommission die Mitgliedsstaaten drängen, ihr Strafmaß zu überprüfen", erklärte die SPD-Politikerin Ulrike RODUST.

"Wir brauchen eine lückenlose Rückverfolgbarkeit vom Futtertrog bis auf den Teller. Denn im Futtermittel fängt die Sicherheit unserer Lebensmittel an. Hier müssen die EU-Verordnungen und nationalen Gesetze dringend nachgebessert werden", erklärte Ulrike RODUST.

Während der Plenarsitzung erklärte der Kommissar in diesem Zusammenhang auch, dass es zukünftig zusätzliche Tests geben soll und einen umfassenderen Ansatz für die Tierfutterkontrolle.

Die Agrarminister werden am 24. Januar 2011 auf der Agrarministerkonferenz das Thema Dioxin aufgreifen und weitere Folgen diskutieren.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.01.2011, 15:45 Uhr - 3523 Clicks - Nr. 56

Trinkerszene Gaarden: CDU auf dem Holzweg

Zum Antrag der CDU für die Ratsversammlung „Betreuung Trinker- und Drogenszene in Gaarden, Karlstal/SKY-Markt“ (TOP 11.2) erklären der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Michael Schmalz, der örtliche Ratsherr der SPD-Ratsfraktion, Wolfgang Schulz, der sozialpolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Sharif Rahim, und Antje Danker, SSW:

„Mit Verwunderung nehmen die rot-grüne Kooperation und der SSW den Antrag der CDU zur Ratsversammlung für die vorübergehende Einrichtung einer Sozialarbeiterstelle für die Betreuung der Straßenszene an der Ecke Karlstal/SKY-Markt zur Kenntnis.“

Es stellt sich die Frage: Hat die CDU bei den Haushaltsberatungen nicht mitbekommen, dass die rot-grüne Kooperation und der SSW 30.000 Euro für 2011 und Folgejahre unter dem Stichwort „Drogenberatung Szene Gaarden“ eingestellt hat?

Diese Mittel sind für eine gemeinsame Aktivität von Drogenberatungseinrichtungen zusammen mit der Akteursrunde Vinetaplatz vorgesehen mit dem Ziel, für diese hochproblematische Situation am Karlstal eine nachhaltige Lösung zu finden. Entscheidend ist jedoch, dass alle Akteure einschließlich der Hauseigentümer, der Ärzte, der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Drogenszene an einer gemeinsamen Lösung arbeiten. Die Erfahrung zeigt, dass man Probleme, wie die am Karlstal nicht mal eben in 18 Monaten mit Hilfe einer einzigen Sozialarbeitsstelle gelöst bekommt. Auch die schlichte Verjagung der Szene wird das Problem auf einen nächsten Platz in Gaarden verlagern.

Die CDU hat es allerdings offenbar versäumt, für ihr Anliegen Vorkehrungen bei den Haushaltsberatungen zu treffen.

Allerdings schießen sie über das Ziel hinaus, in dem die Möglichkeiten für ein Hausrecht des Eigentümers und der Anlieger gefordert wird, für das es keine kommunale Grundlage gibt.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.01.2011, 09:05 Uhr - 1784 Clicks - Nr. 57

StadtRegionalBahn - kommunale Industriepolitik und Klimaschutz

Zu der Diskussion über die StadtRegionalBahn erklären die verkehrspolitischen Sprecher von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Achim Heinrichs und Lutz Oschmann sowie Antje Danker (SSW):

„Die Rathaus-Kooperation steht zu dem Jahrhundertprojekt StadtRegionalBahn. Es geht um eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastruktur und eine kommunale Industriepolitik mit den entsprechenden Arbeitsplätzen. Kiel ist in der einmaligen Situation, gleich 2 Schienenfahrzeugunternehmen von Weltrang zu beherbergen, Voith und Vossloh. Beide Firmen haben großes Interesse an der Realisierung einer StadtRegionalBahn und haben sich mit anderen Wirtschaftsunternehmen zu einem Förderverein für die StadtRegionalBahn zusammengeschlossen. Auch die Kieler IG Metall setzt sich für die StadtRegionalBahn ein.

Nur mit einer StadtRegionalBahn wird der öffentliche Verkehr wachsen können, der reine Busverkehr stagniert. Mit einer StadtRegionalBahn können wir 71 Mio. PKW-KM einsparen und 200 Mio. Investitionsmittel von Bund und Land nach Kiel ziehen. Das ist konkrete Wertschöpfung und Arbeit für Kiel. Wer das nicht will, ist wirtschafts- und klimafeindlich!! Im Bundesprogramm 2010-2014 für ÖPNV-Großprojekte (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz), das Verkehrsminister Ramsauer am 27.9.2010 vorgelegt hat, ist die StadtRegionalBahn der Kieler Region verankert.

Die StadtRegionalBahn soll über ein ÖPP-Verfahren finanziert werden. Der Investor finanziert die Schienenstrecke, den Betriebshof und die Fahrzeuge. Der Betreiber, vorzugsweise die KVG, mietet die Infrastruktur und die Fahrzeuge. Die Miete kommt wie die Stromkosten und die Löhne des Fahrpersonals in die Betriebskosten. Wir erwarten eine deutliche Steigerung bei den Nutzerzahlen im Öffentlichen Verkehr mit erhöhten Fahrgeldeinnahmen. Die Einrichtung einer Planungsgesellschaft für die Vorbereitung der Planfeststellung und eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit wird von der Kooperation unterstützt!"

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 19.01.2011, 15:59 Uhr - 12792 Clicks - Nr. 58

Lebhafte und sehr gut besuchte Veranstaltung am 18. Januar 2011 in Steinberg

Die Landschaft und die Artenvielfalt in Angeln bzw. im ganzen Kreisgebiet SL-FL hat sich durch den vermehrten Anbau von Mais und die und Agraranlagen schon sehr gewandelt. Die Akzeptanz für den weiteren Ausbau der regenerativen Energien und insbesondere der Biomassenutzung wird

maßgeblich von den direkten und indirekten Auswirkungen auf Natur und Landschaft beeinflusst. In Angeln im Kreis SL-FL mehrt sich der Protest in der Bevölkerung gegen Agrarfabriken und es besteht großes Interesse an den Themen der Problematik Schweinemastbetriebe, Massentierhaltungen, Biogasanlagen, Kernwegenetze-Nutzung durch Schwerlasttransporter, Monokulturen und naturgerechte Lebensmittel.

Die Ortsvereine im Amtsverband Geltinger Bucht haben diese Themen aus der Bevölkerung aufgegriffen und zusammen mit dem Kreisverband Schleswig-Flensburg die Fachleute Lothar Hay, MdL und zuständig in der SPD-Landtagsfraktion für Agrarpolitik, Uwe Jensen, Rechtsanwalt und Bürgermeister in Borgwedel, Stefan Bolln, Landesvorstand und zuständig für Umweltpolitik, Rolf Vilaumi, Ortsvereinsvorsitzender Quern und den Kreisvorsitzenden SL-FL Ralf Wrobel im Rahmen einer Podiumsdiskussion für eine Veranstaltung am 18. Januar 2011 in Steinberg gewinnen können.

Mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, viele Landwirte, junge Leute, Umweltschützer und Bürger aus der ganzen Region im Kreis SL-FL nutzten die Gelegenheit, Fragen zu den o. a. Themen an die Fachleute zu stellen. Viele aber gaben Statements aus Sicht der Landwirte, Gemeinden und Umweltschutz ab.

Lothar Hay berichtete über die Initiativen der SPD-Fraktion z. B. die Genehmigung von weiteren Biogasanlagen zu beschränken, bestehende Biogasanlagen haben Besitzstandswahrung, Monokulturen zu verhindern, Auswirkungen der EU zur „Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 (GAP)“, Pachtverträge bei Maisanbau abzulehnen. Die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik soll bis 2013 abgeschlossen sein. Nach einer breitangelegten öffentlichen Debatte hat die Kommission in der EU ein Papier vorgelegt, in dem Optionen für die künftige GAP dargestellt werden und die Debatte mit den anderen Organen und mit Interessengruppen eingeleitet wird.

Uwe Jensen wies darauf hin, dass Gemeindevertretungen den § 23 (3) des Straßen- und Wegenetzes in SH nutzen können, die Verursacher wegen der Abnutzung der Gemeindewege durch Schwerlasttransporter in Rechenschaft gezogen werden können!

Stefan Bolln berichtete über die Erarbeitung von Alternativen in der AG Umwelt in der SPD im Land SH als auch im Bund und appellierte an die Teilnehmer, gemeinsam zusammen mit Landwirten, Politik und NABU im Sinne der Umwelt nach Lösungen zu suchen. Die Verbraucher müssten ihren Lebensmittelkonsum überdenken. Politik fange in den Kommunen und Regionen an und die Veranstaltung sei ein Auftakt für weitere.

Dietrich Tramsen von der NABU prangerte an, dass die Landwirtschaft sich in den letzten 30 bis 40 Jahren sehr gewandelt hat und bat darum, statt Biogasanlagen das Wort Agraranlagen zu benutzen, da Biogasanlagen nichts mit „Bio“ zu tun haben. Er bat die anwesenden Landwirte und Grundbesitzer die häufige Schredderung der Knicks aus Umwelt- und Artenschutzgründen zu überdenken.

Da in vielen Wortbeiträgen das Thema Lebensmittelkonsum und Massentierhaltung erwähnt wurden, griff der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel dieses zum Anlass auf, dass der Kreisverband eine

weitere Veranstaltung zu diesen Themen anbieten wird.

Keine Kommentare

[SPD NMS Faldera](#) - veröffentlicht am 20.01.2011, 00:56 Uhr - 5107 Clicks - Nr. 59

SPD Faldera startet durch!

Mit einem Neujahrsfrühstück, nicht nur für Mitglieder, startete der SPD Ortsverein Neumünster-Faldera ins Jahr 2011. "In lockerer Runde und sympathischer Atmosphäre haben wir in unserem Stadtteil über anstehende Themen des Jahres 2011 diskutiert", freut sich Oliver Sundermann, Ortsvereinsvorsitzender und Ratsmitglied.



"Wir wollen auch in diesem Jahr versuchen, wieder möglichst viele Meinungen und Stimmen der Falderanerinnen und Falderaner in die Neumünsteraner Kommunalpolitik zu tragen."

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 20.01.2011, 10:00 Uhr - 6663 Clicks - Nr. 60

Verbesserung der Pflege: Sozialminister muss endlich aktiv werden!

Die SPD-Landtagsfraktion bringt einen Antrag zum Selbstbestimmungsstärkungsgesetz (Pflegegesetzbuch II) in den Landtag ein. Dazu erklären die pflegepolitische Sprecherin Birte Pauls und der sozialpolitische Sprecher Wolfgang Baasch:

Das von der Großen Koalition ausgearbeitete bundesweit vorbildliche Selbstbestimmungsstärkungsgesetz ist vom Landtag einstimmig beschlossen worden und am 1. August 2010 in Kraft getreten. Es soll den Schutz, die Rechte und die Selbstbestimmung von Menschen mit Pflegebedürftigkeit oder Behinderung stärken. Damit wollen wir die weitere gesellschaftliche Öffnung der Pflege- und Behinderteneinrichtungen, mehr Transparenz, Information und Beratung und dadurch eine bessere Unterstützung der Betroffenen und ihrer Angehörigen erreichen. Allerdings können die Betroffenen die in dem Gesetz festgelegten Rechte nicht nutzen, wenn es keine Verordnungen zur Umsetzung und Ausführung gibt.

Obwohl die Landesregierung die Verbesserung der Pflege als einen ihrer Arbeitsschwerpunkte benannt hat, ist Sozialminister Garg bislang in diesem Bereich erstaunlich untätig: Initiativen und Maßnahmen zur effektiven Verbesserung der Pflege? Fehlanzeige!

Diesem Minister muss man auf die Sprünge helfen. Deshalb bringen wir einen Antrag in den Landtag ein, in dem wir die zur Umsetzung des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes notwendigen Verordnungen einfordern. Diese sind auch für die Einrichtungen unabdingbar, damit sie Planungssicherheit haben. Mit einer raschen Erarbeitung dieser Verordnungen kann der Minister unter Beweis stellen, dass ihm die Verbesserung der Pflege wirklich am Herzen liegt.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 20.01.2011, 15:28 Uhr - 17061 Clicks - Nr. 61

SPD-MdB Sönke Rix zu Mehrgenerationenhäusern

Zu den offenen Fragen hinsichtlich eines weiterführenden Programms für die Mehrgenerationenhäuser erklärt der Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Sönke Rix:



Die Bundesregierung hat dem Druck der SPD endlich nachgegeben und kündigt ein neues Programm für die Mehrgenerationenhäuser ab 2012 an. Doch viele Fragen bleiben ungeklärt: Wie viele und welche Träger in Zukunft weitergefördert und wie die Förderbedingungen ausgestaltet werden, sagt das zuständige Bundesfamilienministerium nicht.

Ich Sorge mich um die Zukunft des Mehrgenerationenhauses in Rendsburg: Das Familienministerium hat monatelang wertvolle Zeit verstreichen lassen. Nun drängt die Zeit, um eine nachhaltige Anschlussförderung auszuarbeiten. Die Träger müssen mit weiteren Monaten der Ungewissheit rechnen, bis ein neues Bundesprogramm ausgeschrieben wird. Sie werden sich neu bewerben müssen, die Bundesförderung wird nicht automatisch verlängert.

Um mehr Licht ins Dunkel zu bringen, hat die SPD-Fraktion diese Woche eine Kleine Anfrage in den Deutschen Bundestag eingebracht. Mit der Antwort der Bundesregierung ist Anfang Februar zu rechnen.

Dabei darf sich das Ministerium in seinen Antworten um wichtige Details nicht länger herumdrücken. Die Frage nach einer Übergangsförderung für Häuser, deren Förderung bereits 2011 endet, drängt.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 20.01.2011, 15:53 Uhr - 2572 Clicks - Nr. 62

Wirtschaft trifft Kunst: Neuer Kieler Kunstpreis

Zum neuen Kieler Kunstpreis erklären die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Ingrid Lietzow, die kulturpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ulrike Kahlert, und Antje Danker, SSW:

„Im Jahr 2011 wird die Vater Unternehmensgruppe, ein Dienstleister aus dem IT-Bereich, zum ersten Mal den „Vater Kunstpreis“ verleihen, der daraufhin alle zwei Jahre ausgeschrieben wird. In der Jury werden Vertreter aus Kunst, Wirtschaft und Medien sitzen. Es wird ein Motto, insbesondere aus dem wirtschaftlichen Bereich, vorgegeben, mit dem sich die Kunstschaaffenden auseinandersetzen können.

Wir freuen uns sehr über die wunderbare Verknüpfung von Wirtschaft und Kunst. Dieser Brückenschlag ist eine fordernde und spannende Aufgabe, aus der zündende Gedanken und

fruchtbare Begegnungen entstehen können. Denn Innovation und interdisziplinäres Denken sind der Motor wirtschaftlicher Entwicklung.

Dieses Beispiel zeigt, dass privatwirtschaftliches Engagement in der Kieler Kultur möglich ist. Wir hoffen, dass diese Art der Förderung von Kultur in Kiel als Vorbild für andere Aktivitäten dienen wird.“

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 20.01.2011, 18:41 Uhr - 5797 Clicks - Nr. 63

Osterrönfelds Partnergemeinde vor der Eingemeindung?

Im niedersächsischen Osten, der Partnergemeinde von Osterrönfeld, stehen die Menschen derzeit vor der Frage, ob sie kommt oder nicht. Gemeint ist die von einigen geplante Eingemeindung Ostens in die Stadt Hemmor. Kritiker des Vorhabens fordern vor allem die Einbeziehung der Einwohner, etwa durch Abstimmungen über die Eingemeindung.



Kritisiert werden vor allem die "Hinterzimmergespräche" einiger weniger, wodurch der Öffentlichkeit bisher Teilhabe und Mitspracherecht weitestgehend verwehrt geblieben sei. Weiter wird befürchtet, dass viel Originalität, Identität und Bürgernähe verloren gehe, sowie "politische Aktivität `im Kleinen´ – Basis für politisches Engagement in anderen Ebenen" – verschwinden werde.

Die SPD-Fraktion im Ostener Gemeinderat fordert daher eine aktive Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an den Fusions-Plänen sowie öffentliche Diskussionen in den Ratssitzungen über die mögliche Eingemeindung. Darüber hinaus solle geprüft werden, alle Ostener durch einen Bürgerentscheid selbst abstimmen zu lassen, um die Entscheidung auf eine breite demokratische Basis zu stellen.

Inwieweit es zu einer solch bürgernahen Lösung kommt, gemeint ist ein Bürgerentscheid, ist derzeit nicht zu beantworten. Die weitere Entwicklung wird zudem durch die in Osten näherrückende Kommunalwahl im September diesen Jahres bestimmt. Ob noch davor eine Entscheidung zum Thema Eingemeindung fällt, ist fraglich. Allerdings wird die Wahlentscheidung der Ostener sicherlich durch dieses Thema stark geprägt sein.

Die weitere Entwicklung wird dann auch zeigen, welche Auswirkungen eine eventuelle Eingemeindung auf die Partnerschaft zwischen Osten und Osterrönfeld haben wird und ob es im Fall der Fälle ggf. zu einer Übertragung der Partnerschaft auf die dann neue Gemeinde-/Stadtebene kommt.

Eines ist jedoch bereits jetzt in Osten und Osterrönfeld ganz klar: die Zusammenarbeit und der rege Kontakt zwischen den beiden deutschen Schwebefährenorten wird weiterhin so aktiv und freundschaftlich bleiben, ungestört der jetzigen Diskussionen und weiteren Entwicklungen. "Seit

nunmehr fünf Jahren besteht unsere Gemeindeparknerschaft, viele Vereine und Verbände aus beiden Orten treffen sich regelmäßig, Freundschaften entstanden. Dies wird hoffentlich weiterhin so bleiben", zeigt man sich bei der SPD Osterrönfeld zuversichtlich.

Mehr Infos unter www.oste.de oder www.spd-osten.de

--

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 21.01.2011, 00:17 Uhr - 7011 Clicks - Nr. 64

Es gibt Energie-Alternativen!

Etwa 50 Interessierte waren in den Ahrensburger Marstall gekommen, um gemeinsam mit dem SPD-Umweltpolitiker Michael Müller und dem SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralf Stegner über Fragen der Energiepolitik zu diskutieren. Das Fazit hatte bereits als Titel auf den Einladungen gestanden: „Energiewende jetzt!“ Mit dabei war auch Eckart Kuhlwein vom „Umweltforum“. Den Abend moderierte Olaf Schulze, der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.



Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel, begrüßte die Gäste, von denen einige extra aus Travemünde und Kiel angereist waren, mit einem kurzen Rückblick auf energiepolitische Diskussionen am selben Ort: In den Marstall hatten die Stormarner Sozialdemokraten 2008 den damaligen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel eingeladen, es folgten Veranstaltungen über das Atommülllager „Asse“ und in Großhansdorf ein Abend zu den Möglichkeiten kommunaler Energiepolitik.

Für 2011 war nun eigentlich eine Veranstaltung mit Hermann Scheer, Träger des Alternativen Nobelpreises, vorgesehen Scheer verstarb aber Ende 2010. Ralf Stegner blickte in einer persönlichen Rede auf seine Bekanntschaft mit Hermann Scheer zurück, der die „Personifikation einer epochalen Idee“ gewesen sei. Scheer war überzeugt davon, dass nur die Energiewende, also die Umstellung auf erneuerbare Energien, den Wohlstand unserer Gesellschaft sichern könne. Man müsse dafür Konsequenz mitbringen und sich mit den Interessen der vier großen Stromkonzerne anlegen. Stegner: „Es passt gut, dass ‚alternativlos‘ gerade Unwort des Jahres geworden ist. Auch in der Energiepolitik wird deutlich: Es gibt Alternativen!“

Eckart Kuhlwein, von 1976 bis 1998 Mitglied des Bundestages, zeichnete den programmatischen Weg der SPD in der Energiepolitik nach. Gerade aus Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg

sei früh vor den Risiken der Atomkraft gewarnt worden. 1987 ging Björn Engholm mit dem Schwerpunkt „Arbeit und Umwelt“ in den Landtagswahlkampf, 1996 gründete der Ammersbeker Kuhlwein gemeinsam mit Ulrike Mehl und dem damaligen Ahrensburger Landtagsabgeordneten Konrad Nabel das „umWeltforum“ der SPD Schleswig-Holstein.

Michael Müller war von 1983 bis 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags und von 2005 bis 2009 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Er mahnte seine Parteifreunde: „Wenn es um die Umstellung der Energieversorgung geht, wird man mit Freundlichkeit und netten Worten nichts erreichen. Ein Wandel nicht auf dem Kompromissweg zu erzielen sein!“ Er griff die Politik der amtierenden Bundesregierung an, die den Atomausstieg im Interesse von vier Konzernen aufgegeben habe und deren Umweltminister 2010, einem Jahr voller Naturkatastrophen, hauptsächlich dadurch aufgefallen sei, dass er CDU-Chef in Nordrhein-Westfalen habe werden wollen. Es gehe darum, so Müller, Fortschritt nicht mehr durch Wachstum zu definieren. Gefragt sei eine „Philosophie des geringen Verbrauchs“. Dass die Grenzen des Wachstums erreicht sind, machte er am Beispiel der Ölförderung deutlich: Seit 2004 steige die Ölproduktion nicht mehr. Die Konzerne müssten immer größere Risiken eingehen, um neue Ölfelder zu erschließen. „Deepwater Horizon führte schon bei Bohrungen in 1500 Meter Meerestiefe zur Katastrophe, künftig geplante Abbaugebiete liegen in 7000 Meter Tiefe.“

In der abschließenden Diskussionsrunde mit dem Publikum ging es um den Trend zu kommunalen Strukturen in der Energieversorgung, die allein für Arbeitsplätze in der Region, eine dezentrale Energieversorgung und kommunale Mitbestimmung sorgen können. Weitere Themen waren die Gefahr von Mais-Monokulturen durch zu viele Biogasanlagen (Müller: „Es muss Rahmensetzungen geben.“) und die Rolle von China und Indien beim Klimaschutz. Ralf Stegner: „Wir können den Chinesen nicht sagen: ‚Macht nicht unsere Fehler‘, und selbst machen wir genauso weiter wie bisher immer.“ Auch über „landschaftsverschandelnde“ Windräder wurde diskutiert. Diese seien, so die Mehrheitsauffassung, immer in Relation zu qualmenden Schloten oder Atommülllagern zu sehen, die es an ihrer Stelle geben müsste.

Foto: Das Podium (Eckart Kuhlwein, Olaf Schulze, Dr. Ralf Stegner, Michael Müller)

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 21.01.2011, 19:31 Uhr - 6162 Clicks - Nr. 65

NPD-Mitglieder als Zensus-Interviewer?

Zu Presseberichten, denen zufolge die NPD in einigen Bundesländern ihre Mitglieder explizit auffordert, sich als Interviewer für den Zensus 2011 zu melden, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:

"Auch in Schleswig-Holstein werden bald Interviewerinnen und Interviewer („Erhebungsbeauftragte“) für die Volksbefragung Zensus 2011 benötigt.



In anderen Bundesländern hat die rechtsextreme NPD ihre Mitglieder und Anhänger dazu aufgerufen, sich dafür zu melden. Hintergedanke: „Als Interviewer für Haushaltsbefragungen können die Volkszähler zahlreiche Rückschlüsse auf mentale Befindlichkeiten, soziale Probleme und politische Stimmungen im Lande ziehen und damit den Grundstein für eine nationaldemokratische ‚Marktforschung‘ zur idealen Wähleransprache legen“, wirbt beispielsweise ein NPD-Stadtverordneter aus Frankfurt.

Vor diesem Hintergrund habe ich eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet, in der ich nach Erkenntnisse frage, ob auch in Schleswig-Holstein die NPD oder andere vom Verfassungsschutz beobachtete Parteien versuchen, ihnen nahe stehende Personen in den Kreis der Erhebungsbeauftragten zu bringen. Ich möchte weiterhin wissen, welche Vorkehrungen das Land gegen solche Versuche trifft und frage nach dem Vorgehen in anderen Ländern, um politische Extremisten oder Personen mit kriminellen Motiven von der Bestellung zu Erhebungsbeauftragten auszuschließen.

Die Stadt Frankfurt beispielsweise hat angekündigt, für die ehrenamtliche Interview-Tätigkeit vorrangig bei städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und bei Angestellten öffentlicher Behörden zu werben."

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 21.01.2011, 22:19 Uhr - 18444 Clicks - Nr. 66

„Klug muss Lücke bei Gastschulabkommen schließen!“

Rossmann, MdB (SPD): Fachschule in Wedel und Sportinstitut Braka dürfen nicht unter Kleinstaaterei leiden!

Schleswig-Holstein Bildungsminister Ekkehard Klug (FDP) und Hamburgs Schulsenator Dietrich Wersich (CDU) sollen beim Gastschulabkommen schnell nachbessern. Das hat der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann gefordert.

„In Kiel lässt sich Klug für die Vereinbarung mit der Hansestadt Hamburg feiern und vor Ort im Kreis Pinneberg gucken die Berufsfachschulen in die Röhre – das darf nicht passieren“, verlangt Rossmann.



Nach Auffassung des SPD-Politikers ist Klug bei der Formulierung der neuen Regelung offenbar nachlässig gewesen, so dass Einrichtungen wie die in Wedel ansässige und der Fachhochschule angegliederte Berufsfachschule für Physik-, Informatik und technische Assistenten PTL und das Pinneberger Sportinstitut Braka plötzlich vor bedeutenden finanziellen Belastungen stehen.

Rossmann: „Der Umkehrschluss würde bedeuten, dass Schleswig-Holstein absichtlich darauf verzichtet hat, die Interessen dieser Institute zu schützen. Das wäre dann allerdings starker Tobak!“

Der Abgeordnete hat deshalb jetzt Klug und seinen Hamburger Amtskollegen Wersich angeschrieben und dringlich gebeten, die Lücke im Gastschulabkommen zu schließen. „Hier geht es auch um Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein, die durch das schlecht verhandelte Abkommen gefährdet werden können. Und es geht um den Bildungsstandort Schleswig-Holstein“, betont Rossmann. Schleswig-Holsteins Bildungsminister müsse deshalb noch einmal Verhandlungen mit Hamburg aufnehmen um die Regelungen nachzubessern. Dabei macht Rossmann auch deutlich: „Wenn dies in Verhandlungen mit der Hansestadt Hamburg nicht zeitnah grenzübergreifend machbar sein sollte, darf nach meinem Dafürhalten eine landesinterne Übergangsregelung kein Tabu sein!“

Es sei absurd, wenn die Bildungseinrichtungen, ihre Mitarbeiter und ihre Schülerinnen und Schüler die provinziellen Konflikte der beiden Bundesländer ausbaden müssten. „Für derartige Kleinstaaterei ist kein Platz, wenn wir die ‚Bildungsrepublik Deutschland‘ wirklich voranbringen wollen“, so Rossmann.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 22.01.2011, 16:14 Uhr - 19616 Clicks - Nr. 67

Schnelle Konsequenzen aus dem Futtermittelskandal

Dies fordert Siegrid Tenor-Alschausky (MdL) und kritisiert mangelnde Überprüfung durch das Land

Der Skandal um mit Dioxin verseuchtes Futtermittel zeigt für die Landtagsabgeordnete Siegrid Tenor-Alschausky in aller Deutlichkeit auf, welche Schwachstellen in der Überwachung der Lebensmittelkette existieren. „Hier ist ein schnelles und vor allen Dingen konsequentes Handeln aller Verantwortlichen notwendig, um die Lebensmittelkette umgehend vor allen Schadstoffen zu sichern“, fordert die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion.

Besonders in die Pflicht genommen sieht die SPD-Politikerin das von der CDU geführte Landwirtschaftsministerium und die zuständige Ministerin. „Es bleibt festzustellen, dass mit der Uetersener Firma Harles und Jentsch ein schleswig-holsteinischer Futtermittelproduzent für die Dioxinverseuchung verantwortlich ist; Frau Rumpf wird sich in diesem Zusammenhang schon die Frage gefallen lassen müssen, mit welcher Ernsthaftigkeit und Häufigkeit derartige Produzenten überprüft werden, da die Kontrollen ganz offensichtlich nicht ausreichen“, so Tenor-Alschausky.

Massiv kritisiert die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende auch die Ankündigung des Landwirtschaftsministeriums, Maßnahmen zur Verbesserung der Kontrollen zunächst nur zu prüfen. „Das ist viel zu kurz gesprungen“, gibt Tenor-Alschausky zu bedenken; „um den immensen wirtschaftlichen Schaden für die landwirtschaftlichen Betriebe zu begrenzen und das schwer erschütterte Verbrauchervertrauen wieder herzustellen, müssen diese Maßnahmen zeitnah umgesetzt

werden.“

Neben der Verbesserung der Kontrollen muss nach Meinung der Landtagsabgeordneten auch die Optimierung der staatlichen Infrastruktur im Verbraucherschutz vorangetrieben werden. „Bei allen notwendigen Maßnahmen ist es aber auch erforderlich, eine Debatte über den Wert von Lebensmitteln anzustoßen“, so Tenor-Alschausky; „hier ist uns in unserer Gesellschaft ein wichtiger Wertmaßstab verloren gegangen!“

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 22.01.2011, 18:30 Uhr - 3575 Clicks - Nr. 68

Viel vor im neuen Jahr

Die SPD Quickborn hat sich für das neue Jahr viel vorgenommen. Der Ortsvereinsvorsitzende Enno Hasbargen gibt einen Ausblick auf das kommende Jahr.

Das neue Jahr 2011 wird wieder ein Jahr mit vielen Landtagswahlen und vielfältigen Versprechungen, um die Bürger für sich zu gewinnen. Auch wir als SPD werden uns positionieren.

Wir werden deutlich machen, dass wir eine Partei mit festen Politikvorstellungen sind. Für uns stehen die Interessen der Menschen in dieser Stadt im Vordergrund. Diese Interessen müssen wir in Einklang bringen mit dem Schutz der Natur, aber auch mit den Bedürfnissen der örtlichen Wirtschaft.

Unser Ziel ist eine gerechte Gesellschaft, an der alle teilhaben können, unabhängig vom persönlichen Rang oder Erfolg.

Wir werden für einen Wechsel im Kieler Landtag eintreten, damit wieder soziale Gerechtigkeit das Hauptanliegen der Politik ist.

In Quickborn haben wir die ersten Schritte zu einer moderneren Innenstadt getan, aber noch fehlt es an Leben und Gesicht. Wir werden uns weiter an der Ausgestaltung der Stadt beteiligen, die zum Einkaufen, zum Bummeln einlädt und von der die Quickborner am Ende sagen können, „das ist meine Stadt, ich lebe gerne hier“.

Soziale Aspekte, wie der Ausbau der Ganztagsbetreuung, das längere Lernen der Kinder und der Ausbau der Bildungsangebote bleiben wichtige Ziele für dieses Jahr.

Im Bereich des Wohnens wollen wir Themen wie das Mehrgenerationenhaus und die rollstuhlgerechte Stadt für Menschen mit Behinderungen, sowie Maßnahmen zur Energieeinsparung im öffentlichen Bereich vorantreiben.

Ein wichtiges Thema für Quickborn wird die Frage der Nachnutzung des Trumpf-Geländes werden. Wir werden uns für eine frühe Bürgerbeteiligung einsetzen und für eine möglichst vielfältige Nutzung, die nicht nur unter kommerziellen Aspekten betrachtet werden darf.

Damit Quickborn die lebenswerte Stadt werden kann, die wir uns wünschen, werden wir uns weiterhin gegenüber Hamburg für eine faire Verteilung des Fluglärms, für mehr Angebote für Senioren und Jugendliche und für den Einklang von Wohnbebauung und Natur einsetzen. Und auch, wenn viele es nicht mehr hören wollen, bleibt für uns ein Bürgerhaus wichtige Voraussetzung auf dem Weg zu einer lebenswerten Stadt.

Wir wünschen allen Quickbornerinnen und Quickbornern ein gutes Jahr 2011 und hoffen, dass sie uns unterstützen werden, im Bemühen, die genannten Ziele umzusetzen.

Enno Hasbargen
SPD Quickborn
Ortsvereinsvorsitzender

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 22.01.2011, 18:31 Uhr - 5595 Clicks - Nr. 69

Osterrönfeld ehrt verdiente Bürgerinnen und Bürger

Bei dem diesjährigen Neujahrsempfang der Gemeinde Osterrönfeld am 22. Januar konnten wieder viele erfolgreiche Sportler aus der Gemeinde geehrt werden. Vor über 150 Gästen im Osterrönfelder Bürgerzentrum konnte sich vor allem der Sportlernachwuchs über viele Auszeichnungen freuen, darunter Kreis-, Landes- und Bundesbeste. Diese Titel konnten sie sich u. a. in den Bereichen Fußball, Kanusport, Schwimmen, Turnen, Laufen, Kegeln, Traktor-Pulling und Tennis sichern.



Neben den jungen Sportlern konnte jedoch auch die –relativ gesehen– ältere Sportlergeneration einige Auszeichnungen der Gemeinde entgegennehmen, darunter sogar ein Weltmeister im Rettungsschwimmen (Disziplin "Beach flags").

Dabei sind alle geehrten Sportler neben ihren individuell erbrachten Spitzenleistungen auch hervorragende Botschafter Osterrönfelds, präsentieren sie sich doch alle auf diversen Sportveranstaltungen in Land und Bund auch als Osterrönfelder.

Neben der Ehrung der Sportler wurde auch in diesem Jahr wieder die Osterrönfelder Ehrennadel verliehen. Diese besondere Auszeichnung wurde gleich zwei verdienten Osterrönfelderinnen zu Teil, die durch unermüdlichen Einsatz für Osterrönfeld seit Jahren ehrenamtlich tätig sind.

So erhielt zum einen Susanne Ahrens die Ehrennadel für ihr jahrelanges Engagement im Osterrönfelder AWO-Ortsverein sowie für die von ihr maßgeblich mitunterstützte Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde. So bietet Susanne Ahrens nicht nur Kinderbasteln an, sondern

organisiert auch jährlich gemeinsam mit ihrem Mann, dem Osterröfelder Jugendbeauftragten, Freizeitfahrten für Jugendliche in den Sommerferien.

Die zweite Osterröfelderin, die sich über die Verleihung der Ehrennadel freuen konnte, war Christa Späth. Seit mehreren Jahrzehnten ist sie im DRK-Ortsverein aktiv und stand diesem über 21 Jahre als Vorsitzende vor. In dieser Zeit konnte sie viele wichtige Vorhaben in Osterröfeld vorantreiben, wie etwa die Erhöhung der so wichtigen jährlichen Blutspendetermine.

Obwohl Christa Späth den DRK-Vorsitz im letzten Jahr an ihre Tochter übergeben konnte, will sie weiterhin für Osterröfeld und das DRK aktiv bleiben, ebenso wie Susanne Ahrens, die weiterhin so engagiert in der AWO mitmischen und die Osterröfelder Kinder- und Jugendarbeit mitgestalten wird.

Für dieses herausragende Engagement erhielten die beiden Osterröfelderinnen langanhaltenden Applaus der anwesenden Gäste. Diese machten sich nach Abschluss der Ehrungen an das von einigen Osterröfelder Damen ausgezeichnet vorbereitete Buffet und konnten in vielen anschließenden Gesprächen einen netten Nachmittag im Osterröfelder Bürgerzentrum genießen.

Sowohl Sportlerehrung als auch die Verleihung der diesjährigen Ehrennadeln zeigen, wie aktiv Osterröfelderinnen und Osterröfelder in ihrem Ort sind und sich für das Gemeinwohl einsetzen. Dieses wichtige Engagement zeichnet die OsterröfelderInnen aus und wird auch beim nächsten Neujahrsempfang für diverse Auszeichnungen sorgen, stellvertretend für alle ehrenamtlich Tätigen und Sportler in der der Schwebefähren-Gemeinde. --

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 23.01.2011, 12:03 Uhr - 5623 Clicks - Nr. 70

Neujahrsempfangs des SPD Kreisverbandes Plön in Plön am 21. Januar 2011

Rede des Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion, Lutz Schlüsen, anl. des Neujahrsempfangs des SPD Kreisverbandes Plön in Plön am 21. Januar 2011

Sehr geehrter Herr Kreispräsident, liebe Gäste, liebe Genossinnen und Genossen,

Ich möchte Ihnen und Euch sowie Euren Familien persönlich und im Namen der SPD Kreistagsfraktion ein frohes und gesundes neues Jahr 2011 wünschen. Ich hoffe, Sie sind gut hineingekommen und haben die ersten Wochen bereits gut überstanden.

Für das Jahr 2011 wünsche ich Ihnen Erfolg, Freude und Kraft bei allem, was Sie vorhaben und was Sie erwartet.

Ein Neujahrsempfang dient ja traditionell dazu ein Resümee für das vergangene Jahr zu ziehen, aber auch ein Ausblick für das Jahr 2011 zu geben.

Das Jahr 2010 war für die sozialdemokratische Kreistagsfraktion sehr erfolgreich. Die wichtigste

Personalentscheidung - nämlich die Wahl einer neuen Landrätin - ist maßgeblich und erfolgreich von unserer Fraktion nicht nur mitgestaltet, sondern auch umgesetzt worden. Es ist ein gutes Gefühl, dass nach nun 17 Jahren erstmalig mit Frau Stephanie Ladwig zu Landrätin gewählt wurde, die die Stimmen der Sozialdemokraten bekommen haben. Hier gilt mein Dank an erster Linie noch einmal an meine Fraktion, die geschlossen und in großer Einmütigkeit das Ziel verfolgt hat. Ein Dank gilt aber auch an die kleineren Fraktionen, mit denen wir gemeinsam die Grundlage für das sehr gute Ergebnis gelegt haben.

Mit Frau Ladwig möchten wir einen neuen Aufbruch im Miteinander zwischen Verwaltung und Selbstverwaltung gestalten und die Probleme von heute und morgen mit neuen Ideen, neuer Kraft und neuem Elan zu lösen. Natürlich ist es auch ein Signal, wenn nun auch erstmalig in der langen Geschichte des Kreises Plön eine Frau an der Spitze der Verwaltung steht. Frau Ladwig wird eine Bereicherung für unsere kommunale Familie aber auch für Verbände, Vereine und Institutionen sein

Ich freue mich auf ihren Amtsantritt im Mai und biete ihr eine offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit an.

Von Johann Wolfgang von Goethe stammt das Zitat:

Wenn ein Jahr nicht leer verlaufen soll, muss man beizeiten anfangen.“

Das wollen wir tun, denn auch im Jahr 2011 liegen viele Probleme auf der Straße, nicht nur die Frostschäden aus dem Winter, sondern in starken Einbrüchen bei den Finanzen. Es ist nicht zu verstehen, wenn auf der einen Seite das Wirtschaftswachstum steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt, was sehr positiv zu bewerten ist, aber bei den Einnahmen für Kommunen und Kreise mit massiven Einbrüchen um 1/3 die Finanzkraft sinkt. Dieses kann man mit Sparen nicht wettmachen und mit Kreisumlagerenerhöhungen nicht beheben.

Dennoch dürfen wir nicht den Kopf in den Sand stecken, sondern müssen Bürgerinnen und Bürgern glaubhaft und ehrlich die Situation erklären, das ist nicht einfach.

Die SPD Kreistagsfraktion hat schon in den Haushaltsberatungen 2010 ihre Verantwortung übernommen und maßgeblich an den Beschlüssen mitgewirkt. Wir haben uns vorgenommen, auch in 2011 diesen Kurs weiterzufahren und das ist nicht immer populär, ein Mix aus Konsolidierung und Investition jedoch ist der richtige Weg, um Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.

Es wird kein Wettbewerb um zusätzliche, sondern ein Verteilungskampf um die vorhandenen Mittel geben. Dabei muss es tragfähige pragmatische Lösungen geben, die langfristig wirken. Unsere Fraktion wird dabei den Blick auf Familien und Bildung richten.

Dennoch - und darin besteht die Kunst- nicht einfaches und blindes Kürzen ist immer das richtige Rezept, denn häufig zerstört man mit diesen Kürzungen Strukturen und Ehrenamtliches Engagement. Wichtige Bereiche benötigen dieses Geld um handlungsfähig zu sein. Ob Büchereien und Fahrbücherei oder Volkshochschule – hier müssen wir dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die nicht über viel Geld verfügen, die Möglichkeit nutzen, an Bildung teilzuhaben. Sozialstaffeln sind wichtige und notwendige Möglichkeiten die betroffenen Familien und Eltern zu

unterstützen.

Auf der anderen Seite kann der Kreis nicht alle Kürzungen der Landesregierung auffangen- jeder hat seine Verantwortung, und wenn wir die Kürzungen der Landesregierungen und das Vorgehen der Landesregierung kritisieren und " abstrafen "wollen, dann haben wir alle die Chance das 2011 oder spätestens 2012 bei der Landtagswahl zu tun, das werden die meisten hier wohl auch tun.

Das ist eine gute Überleitung zu unserem Gast. Lieber Torsten Albig, auch von mir ein herzliches Willkommen. Wichtig ist die Regionale und Kommunale Zusammenarbeit- nicht nur mit dem Nachbarkreis, sondern mit der Landeshauptstadt, die für viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger den Arbeitsplatz bietet. Deshalb ist es von großem Interesse, dass Kiel wirtschaftlich stark ist und der Kreis Plön davon profitiert. Ich sehe es deshalb als notwendig an, dass wir noch stärker zusammenwirken – insbesondere in Wirtschafts- und Tourismusfragen.

Ich kann aber deutlich sagen, dass D in Deinen nun 1,5 Amtsjahren in diesen Fragen einiges bewegt hast. Zum einen gibt viele gemeinsame Sitzungen mit dem Kreis Plön zum anderen hast Du mit den Gemeinden und den Ostufer Bürgermeistern engen Kontakt.

.Abschließend lassen Sie mich noch danken, für die menschlich so gute Zusammenarbeit zwischen unseren Fraktionen und politischen Mitbewerbern, den Kommunen , Schulen, Feuerwehren und deren Vertretern und den Verbänden und Institutionen.

Meine Kolleginnen und Kollegen und ich freuen uns darauf auch in dieses Jahr mit Ihnen zu diskutieren und zu verhandeln und um die richtigen Lösungen zu ringen!

Willy Brandt hat zum Beginn eines Neuen Jahres gesagt:

Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.

Das wollen wir tun.

Machen Sie mit. In diesem Sinne, alles Gute für 2011 und einen angenehmen und spannenden Abend heute mit guten Gesprächen

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 23.01.2011, 15:37 Uhr - 13403 Clicks - Nr. 71

Schleswig-Flensburg auf dem Weg zur gentechnikfreien Region

Am Donnerstag, 3. Februar 2011 um 20:00 Uhr findet im Berufsbildungszentrum (BBZ) in der Pausenhalle Neubau (E0.00), Flensburger Str. 19, in 24837 Schleswig eine gemeinsame Veranstaltung der Kreistagsfraktionen Die Linke, SSW, Bündnis 90/ Die Grünen und SPD Schleswig-Flensburg; Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.; Gentechnikfreie Regionen in Deutschland; Initiative gentechnikfreies Norddeutschland; Interessengemeinschaft Nachbau statt.

Seit über 10 Jahren werden in den USA gentechnisch veränderte Sojabohnen und Mais angebaut. Was hat die Technologie Amerikas Farmern seither gebracht? Wie haben sich die Saatgutkosten und die Verfügbarkeit von gentechnisch verändertem und konventionellem Saatgut entwickelt? Was

steckt hinter den Patentauseinandersetzungen, die Monsanto gegen amerikanische Farmer führt?

Wie steht es mit der Klage gegen den Anbau der GV-Zuckerrüben? Ist eine Rückumstellung auf konventionelle Sorten möglich? Und vor allem: Was können wir für uns aus den Erfahrungen der Amerikaner lernen?

Die Kreistagsfraktionen Die Linke, SSW, Bündnis 90 / Die Grünen und SPD laden deshalb im Vorwege einer Beratung des Themas im Regionalentwicklungsausschuss ein zur Diskussion „Agrar-Gentechnik in den USA – Fluch oder Segen?“

Aktuelle Informationen aus bäuerlicher und wissenschaftlicher Sicht:
Was ist dran an höheren Erträgen, weniger Pestiziden, geringeren Kosten und Patentstreitigkeiten?

Darüber berichten und diskutieren am 03.02.2011 in Schleswig:

- Troy Roush, Mais-, Soja- und Weizenfarmer aus Indiana und Vizepräsident der „American Corn Growers Association.“ Er baut seit 2000 gentechnisch verändertes Roundup-Ready Soja an und wird über seine Erfahrungen damit ausführlich berichten.
- Bill Freese, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Zentrum für Nahrungsmittelsicherheit (Center for Food Safety, CFS) in Washington DC. Das CFS verfolgt seit Jahren die Patent-Rechtsstreitigkeiten, die Monsanto gegen US-amerikanische Bauern führt. Bill Freese hat im Jahre 2000 den „Star-Link“-Mais-Verunreinigungsskandal mit aufgedeckt, der einen Schaden in Millionen Höhe verursacht hat. Das CFS begleitet auch die Klagen, die u.a. sehr aktuell den Zulassungsstopp der GV-Zuckerrüben erwirkt hat.
- Peter Stoltenberg, Landwirt (Ackerbau, Schweinemast, Mutterkuhhaltung) und Initiator der Gentechnikfreien Region Amt Wensin.
- Annemarie Volling, Koordination der Gentechnikfreien Regionen in Deutschland, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

[Einladung](#)

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 23.01.2011, 15:48 Uhr - 12605 Clicks - Nr. 72

Öffentliche Vorstellungsrunde Spitzenkandidaturen zur nächsten Landtagswahl

Die geplante Veranstaltung musste im Dezember 2010 wegen des Winter-Wetters leider abgesagt werden.

Der SPD-Kreisverband Schleswig – Flensburg lädt jetzt im 2. Anlauf ganz herzlich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger und SPD-Mitglieder ein zur öffentlichen Vorstellungsrunde der SPD-Kandidatin bzw. Kandidaten für die nächste Landtagswahl in Schleswig-Holstein am Montag, den 31. Januar 2011 um 19.00 Uhr, im Landgasthof, Bahnhofstraße 1, in Tarp.

Nach dem Urteil des Schleswig-Holsteinischen Verfassungsgerichts, das eine Neuwahl des

Landtages bis spätestens September 2012 angeordnet hat, will die SPD die Spitzenkandidatur für das Amt des Ministerpräsident bzw. der Ministerpräsidentin durch einen Mitgliederentscheid durch Briefwahl bis zum 26.02.2011 durchgeführt haben. Alle Mitglieder erhalten diese Briefwahlunterlagen ab Mitte Februar 2011. Dieser Mitgliederentscheid dient als Wahlempfehlung für die Landesdelegiertenkonferenz, wo dann die Landesliste der SPD aufgestellt und gewählt wird.

Für die SPD-Spitzenkandidatur haben sich der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig, die Elmshorner Bürgermeisterin Dr. Brigitte Fronzek und der SPD-Landesvorsitzende und Vorsitzende der Landtagsfraktion Dr. Ralf Stegner sowie der Personalrat der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung Mathias Stein beworben.

In der Vorstellungsrunde in Tarp am 31. Januar 2011 haben die anwesenden Gäste und Mitglieder die Möglichkeit, sich ein Bild von der Kandidatin und von den Kandidaten zu machen und Fragen an diese zu stellen.

Folgender Ablauf ist geplant:

- Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden
- Moderierte Fragen zur Vorstellung der Kandidaten
- Vorstellungsgespräche von etwa 10 Minuten
- Beantwortung von Fragen des Publikums
- Schlussstatement der Kandidaten, Dauer max. drei Minuten
- Schlusswort des Kreisvorsitzenden

Mit dem Verfahren will die SPD ein Maximum an innerparteilicher Demokratie und Bürgerbeteiligung verwirklichen und durch ein faires, gerechtes und sicher spannendes Verfahren die Attraktivität und Lebendigkeit der SPD im Vorfeld der Landtagswahl unter Beweis stellen. Der Kreisvorstand wird den gewählten Kandidaten bzw. Kandidatin (egal, wer es wird) mit aller Kraft bei der kommenden Landtagswahl in Schleswig-Holstein unterstützen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 23.01.2011, 16:06 Uhr - 6867 Clicks - Nr. 73

Besuch in Ahrensburg

Zu einem Gedankenaustausch besuchten Dr. Ralf Stegner, Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Schleswig-Holstein und Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn, den Ahrensburger Bürgermeister Michael Sarach. Sarach und Stegner stellten schnell fest, dass sie über gemeinsame berufliche Erfahrungen verfügen:

Sarach war lange Ministerialrat im Innenministerium Mecklenburg-Vorpommerns,



Stegner war Innenminister des Landes Schleswig-Holstein. Beide waren sich einig, dass zu einer guten Verwaltung funktionierende Strukturen und Klarheit im Handeln gehören.

Martin Habersaat hatte im Sommer bereits die Bürgermeister in Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek besucht. Er befand: „Mir ist wichtig, über unterschiedliche politische Ebenen hinweg im Austausch zu bleiben und zu wissen, was gerade wo diskutiert wird. Deshalb hat mich dieser Termin gefreut.“ Und so wurde denn auch ein breites Themenspektrum in den Blick genommen: Die Landes-Dauerbrenner S4 und das Gastschulabkommen ebenso wie Ahrensburger Verkehrsprobleme, die Pläne für den Rathausplatz und regionale Schulentwicklungsplanung.

Ralf Stegner erinnerte sich an einen gemeinsamen Wahlkampfauftritt mit Klaus Wowereit im Jahr 2009 in Ahrensburg. Damals hatte er viele Gespräche über die Belange von Senioren geführt: Das steigende Durchschnittsalter der Gesellschaft, die Notwendigkeit von Barriere-freien Gehwegen und weitere. Michael Sarach erläuterte auch hierzu aktuelle Entwicklungen in der Stadt. Besonders freute er sich, dass bald neue Seniorenwohnanlagen in der Ahrensburger Innenstadt entstehen: „Mitten im Leben.“

Foto: Michael Sarach, Ralf Stegner, Martin Habersaat

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 23.01.2011, 19:16 Uhr - 6797 Clicks - Nr. 74

Neujahrsempfanges des Kreisvorstandes der SPD-Segeberg 2011

Ehrung für 65-Jahre Mitgliedschaft

Der Norderstedter Adolf Rehders wurde anlässlich des Neujahrsempfanges des Kreisvorstandes der SPD-Segeberg am vergangenen Sonntag noch einmal für seine langjährige Mitgliedschaft geehrt. Als Vertreter des Kreisvorstandes wies der Laudator Marc-Andre Ehlers insbesondere auf die sozialdemokratischen Wurzeln der Familie von Adolf Rehders hin, die dazu führten, dass dieser im Jahre 1945 in die SPD eintrat. Auch eine Abordnung des Ortsvereinsvorstandes aus Norderstedt ließ es sich nicht nehmen, ihrem Jubilar noch einmal zu gratulieren.

Bereits im Dezember letzten Jahres hatte der Ortsverein Norderstedt die Ehre, im Rahmen der Weihnachtsfeier zusammen mit dem Landesvorsitzenden Ralf Stegner ihrem langjährigen Mitglied Adolf Rehders für die 65-jährige Treue zu danken und ihm hierfür unter anderem die goldene Ehrennadel zu verleihen.

Keine Kommentare

[Jusos Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 23.01.2011, 22:43 Uhr - 8920 Clicks - Nr. 75

Neue Spitze der Jusos SL-FL!

Auf der Vollversammlung am 22.Januar der Jungsozialisten im Kreis Schleswig-Flensburg wurde der **bisherige Vorsitzende Immo Degner aus seinem Amt verabschiedet.**

Nach 3jähriger Amtszeit, mit vielen Umstrukturierungen und zahlreichen Aktionen, wie z.B. der jährlichen Berlin-Fahrt, **hat er den Vorsitz an den 21 Jahre jungen Florian Nustede übergeben.**

„Die letzten Jahre mit den Jusos SL-FL haben mir viel Freude bereitet. Ich wünsche dem neuen Vorstand alles Gute und dem neuen Vorsitzenden eine extra-starke Kaffeemaschine. Natürlich in der Farbe Rot!“ bemerkte Degner.

Weitere neue Vorstandsmitglieder sind Johanna Tiedemann, Michael Zschiesche, Fabian Schnack, Torge Riebesell, Nicolas Wuhnsen und Marina Hansen. Gemeinsam wollen sie sich den kommenden inhaltlichen Aufgaben stellen. Die Erreichung von mehr Gerechtigkeit im Bereich Bildung steht hierbei für die Jusos im Vordergrund.



„Die Begeisterung der örtlichen Jugend für das Instrument Politik als Möglichkeit zum Durchsetzen der eigenen Vorstellungen ist eines unserer wichtigsten Vorhaben“ so der neue Vorsitzende.

In den nächsten Wochen wird sich der neue Vorstand zusammensetzen, um zu überlegen wo die Eckpunkte in der heutigen Politik sind und wie man das Interesse der Jugend für die Politik wieder wecken kann.

Dazu werden die Jusos im ganzen Kreis Infostände abhalten, um den Kontakt mit der Jugend zu suchen.

Zu Gast durften wir begrüßen **MdL Birte Pauls** sowie den **Kreisvorsitzenden der SPD SL-FL Ralf Wrobel.**

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 23.01.2011, 23:21 Uhr - 6568 Clicks - Nr. 76

Zuggespräche 2011 – ein gelungener Neujahrsempfang

Wie jedes Jahr hatte sich die SPD Bad Oldesloe etwas ganz Besonderes für ihren Neujahrsempfang ausgedacht: Auf einer Zugfahrt trafen sich Hagen von Massenbach, Maria Herrmann, Stefan Eskierski, Walter Albrecht und Dr. Ralf Stegner. Im Abteil diskutierte man lebhaft Kieler und Oldesloer Politik. Doch nicht nur die Akteure waren mit Begeisterung dabei. Auch die Zuschauer hatten großen Spaß dabei und sparten nicht mit Lob.



Anschließend gab es wie immer ein buntes und vielfältigen von den Genossen selbst zubereitetes Büffet.

Bilder: <http://www.spd-badoldesloe.de/Neujahrsempfang.7.0.html>

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 24.01.2011, 09:41 Uhr - 15218 Clicks - Nr. 77

**Thönnnes: „Regierung kündigt neues Programm an – viele Fragen noch offen“
Mehrgenerationenhäuser: Druck von SPD war erfolgreich**

„Die Bundesregierung hat dem Druck der SPD endlich nachgegeben und kündigt ein Anschluss-Programm für die Mehrgenerationenhäuser ab 2012 an. Viele Fragen sind aber noch ungeklärt. Wie viele und welche Träger in Zukunft weitergefördert und wie die Förderbedingungen ausgestaltet werden, sagt das zuständige Bundesfamilienministerium jedoch nicht“, teilt der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes mit.



Thönnnes fühlt sich den zwei Mehrgenerationenhäusern in seinem Wahlkreis – dem „Tausendfüßler“ in Kaltenkirchen und der „Oase“ in Bad Oldesloe – persönlich verpflichtet. So überbrachte er in der Zeit der Großen Koalition als Parlamentarischer Staatssekretär die Zusagen zur Aufnahme in das bisherige Programm zusammen mit den Wandschildern, die die Häuser als geförderte Projekte ausweisen. Darum ärgert es ihn sehr, dass bislang viel zu viel Zeit ins Land gegangen ist, ohne dass Zusagen für eine Fortsetzung der Förderung erfolgt sind. Thönnnes: „Bundesfamilienministerin Frau Dr. Schröder hat Monate verstreichen lassen. Nun drängt die Zeit, um eine Anschlussförderung auszuarbeiten. Die Träger müssen mit weiteren Monaten der Ungewissheit rechnen, bis ein neues Bundesprogramm ausgeschrieben wird. Sie werden sich neu bewerben müssen, denn die Bundesförderung wird nicht automatisch verlängert.“

Um mehr Licht ins Dunkel zu bringen, hat die SPD-Fraktion jetzt eine Kleine Anfrage in den Bundestag eingebracht. So will man unter anderem wissen, wie sich die Bundesregierung zu einer Übergangsförderung für diejenigen der bundesweit 157 Mehrgenerationenhäuser verhält, deren Förderung ab Herbst 2011 ausläuft und wie die Förderkriterien für das neue Programm aussehen. Mit der Antwort der Bundesregierung ist Anfang Februar zu rechnen. „Das Ministerium darf sich in seinen Antworten um wichtige Details nicht länger herumdrücken. Die Frage nach einer Unterstützung für Häuser, deren Förderung bereits 2011 endet, drängt“, so der SPD-Politiker.

Thönnnes setzt sich dafür ein, dass das erfolgreiche Wirken der Mehrgenerationenhäuser fortgesetzt werden kann und die bisherige gute Arbeit der dort Aktiven keinen Schaden nimmt. Die schwarz-rote Bundesregierung hatte 2006 das Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“ gestartet, um

den sozialen Zusammenhalt der Generationen und die Unterstützungsstrukturen vor Ort zu stärken.

Bildquelle: Dieter Schütz / pixelio.de

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 24.01.2011, 11:28 Uhr - 1707 Clicks - Nr. 78

Wirtschaftlich sinnvolle Nachnutzung im Holtenauer Unterland

Zur Aufregung der Opposition zur eventuellen Nachnutzung des Areals des Marinefliegergeschwader 5 erklären die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker, SSW:

„Die feste Fehmarnbeltquerung ist ein höchst umstrittenes Projekt.

Wir haben es nicht in der Hand, ob sie kommt und wann sie kommt. Es ist noch offen, ob eine Brücke oder ein Tunnel favorisiert wird.

Wir müssen zwar davon ausgehen, dass das MFG5 abzieht, aber selbst das ist noch nicht sicher.

In dieser Situation das Interesse an einem Bauhafen zu bekunden, wäre völlig falsch gewesen.

Das Projekt wäre zeitlich befristet gewesen, wir wären in diesem Projekt abhängig von äußeren Einflüssen gewesen, hätten nur eine Interimslösung für das Gelände und würden die Chance vertun, dort nach dem wahrscheinlichen Abzug des MFG5 eine maritim ausgerichtete wirtschaftliche Entwicklung einzuleiten. Aber genau das werden wir tun.

Wir haben bereits im November 2010 der Öffentlichkeit erklärt, dass wir auf dem MFG5-Gelände eine wirtschaftliche Nutzung z.B. mit Offshore-Windanlagenproduktion wollen.

Wenn die Opposition sich jetzt überrascht und empört gibt, so ist das entweder Heuchelei oder Dummheit.“

Keine Kommentare

[Rolf Fischer](#) - veröffentlicht am 25.01.2011, 08:40 Uhr - 4600 Clicks - Nr. 79

Heimathafen macht sich für Gorch Fock stark

Die vier Kieler SPD-Landtagsabgeordneten sprechen sich für die weitere Stationierung des Segelschulschiffs Gorch Fock in Kiel aus:

Wir verlangen unverzügliche Aufklärung der Vorfälle und Vorwürfe. Hier steht der Bundesverteidigungsminister in der Pflicht. Aber das Segelschulschiff selbst darf nicht für mögliches menschliches Fehlverhalten geopfert werden. Kiel ist sein Heimathafen und soll es bleiben. Das Schiff ist ein Symbol für das Parlament und für die Landeshauptstadt. Wir Kieler wollen nicht auf „unser Schiff“ verzichten.

Die Gorch Fock gehört zu Kiel wie die Förde und die Kieler Woche.

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 25.01.2011, 14:41 Uhr - 10061 Clicks - Nr. 80

Fünf Jusos im Kreisvorstand der Kieler SPD

Der Kreisparteitag der Kieler SPD am 21. Januar 2011 verlief für die Jusos äußerst erfolgreich: Fünf der elf Mitglieder des neu gewählten Kreisvorstands sind im Juso-Alter. Mit einem hervorragenden Ergebnis wurde Mathias Rekasch als Schatzmeister wieder gewählt. Danny Schulze aus dem Kreisvorstand der Kieler Jusos konnte mit seiner Kandidatur überzeugen und erhielt von den Kandidaten für einen Beisitzerposten die meisten Stimmen. Er will seinen Schwerpunkt bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus setzen und brachte auch einen entsprechenden Antrag der Kieler Jusos mit dem Titel "Demokratie als fortwährende Aufgabe einer Großstadtpartei" ein, den der Kreisparteitag mit breiter Mehrheit beschlossen hat. Als weitere Jusos wurden Katrin Bestmann, Annika Langfeld und Benjamin Raschke in den Kreisvorstand gewählt.



Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 25.01.2011, 15:34 Uhr - 1739 Clicks - Nr. 81

Kieler Hafen hat starke Zukunft

Zu den Rekordergebnissen des Kieler Hafens erklären der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Hans-Werner Tovar, der wirtschaftspolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker, SSW: „SPD, Grüne und SSW sind stolz, dass der Güterumschlag im Kieler Hafen im Jahr 2010 mit 5,8 Mio. Tonnen ein Rekordergebnis erwirtschaftet hat. Wir haben die Wirtschafts- und Finanzkrise fast unbeschadet überstanden und sogar ein Rekordergebnis im Jahr nach der Wirtschaftskrise erzielt. Dieses außergewöhnlich gute Ergebnis ist den weitsichtigen Investitionstätigkeiten zu verdanken, die wir unterstützt haben. Das bestätigt unsere Hafenpolitik. Gerade die Verlängerung des Ostseekais und die Umgestaltung des Schwedenkais haben zu den positiven Ergebnissen geführt. Auch bedanken wir uns bei allen Reedereien, insbesondere der Stena Line und der Color Line, für die gute Zusammenarbeit.“

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 25.01.2011, 23:48 Uhr - 8097 Clicks - Nr. 82

Jahresdurchstart mit der SPD Neumünster

Wieder einmal gut gefüllt war das Holstenhallenrestaurant auch in diesem Jahr, zum traditionellen Neujahrsempfang der SPD Neumünster. Ungefähr 250 Vertreter aus Handel und Gewerbe, Verwaltung und Politik waren der Einladung des SPD Kreisverbandes gefolgt, um in lockerer Runde den politischen Jahresauftakt der Neumünsteraner Sozialdemokraten zu begehen. Andreas Hering, Kreis- und Fraktionsvorsitzender der SPD Neumünster und Dr. Henning Höppner,



MdL und bildungspolitischer Sprecher der SPD Landtagsfraktion stimmten die Gäste auf die politischen Themen 2011 ein.

Pressestimmen und Bilder zum SPD Neujahrsempfang:

[Stadtmagazin aktuell vom 21. Januar 2011](#)

[Holsteinischer Courier vom 22. Januar 2011](#)

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 26.01.2011, 14:30 Uhr - 1671 Clicks - Nr. 83

Wir gedenken der Opfer und handeln in Verantwortung

Anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27.01.2011 erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der stellvertretende Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Am 27. Januar diesen Jahres begehen wir in Deutschland und damit auch in unserer Stadt erneut den nationalen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und an die Befreiung von Auschwitz. Wir gedenken aller Opfer eines beispiellosen totalitären Regimes: Juden, Christen, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, Homosexuellen, politisch Andersdenkenden sowie Männern und Frauen des Widerstandes, Wissenschaftlern, Künstlern, Journalisten, Kriegsgefangenen und Deserteuren, Greisen und Kindern an der Front, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und der Millionen Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden. Wir erinnern damit an unvorstellbares Menschheitsverbrechen, an Völkermord und systematisch betriebenen Massenmord. Und wir bekennen zugleich unsere besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und Intoleranz.

Diese Verantwortung nehmen wir gemeinsam mit vielen Kielerinnen und Kielern wahr. Denn der Rechtsextremismus zeigt in unserer Stadt wieder seine hässliche Fratze. Es kommt zu Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund, Hassparolen werden verbreitet, in unseren Stadtteilen tauchen vereinzelt rechtsextreme Schmierereien auf. Wir gehen entschlossen dagegen vor:

- Wir haben seit dem Jahr 2009 jährlich 30.000 Euro im Bereich der Jugendarbeit für Projekte im Rahmen von „Vielfalt tut gut, Kieler Jugend für Toleranz und Demokratie“ bereitgestellt.

- Auf Vorschlag von Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) kommen zu den Mitteln der Jugendarbeit noch einmal 30.000 Euro für Kulturprojekte hinzu: für die Zusammenarbeit mit dem Theater, mit den Hochschulen, für aufsuchende Kulturarbeit an den Kieler Schulen. Auch die kulturpädagogische Arbeit soll einen Schwerpunkt „Extremismusprävention“ bekommen. Außerdem werden Bundesgelder für weitere Präventionsarbeit beantragt.

- Die Landeshauptstadt Kiel ist Mitglied in der „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ geworden.

Mit der Kommunalwahl vom 25. Mai 2008 hat zu unserem Bedauern auch ein Vertreter der NPD ein Mandat in der Kieler Ratsversammlung erlangt. Die NPD ist eine rechtsextremistische Partei. Das Ziel der NPD und ihrer Mitglieder ist die Errichtung einer „Volksgemeinschaft“ und eines neuen „Deutschen Reiches“, ist die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und des demokratischen Rechtsstaates. Die Agitation der NPD und ihrer Mitglieder ist rassistisch, antisemitisch, revisionistisch und verunglimpft die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein. Die jedermann zugänglichen Verfassungsschutzberichte des Bundesministeriums des Innern und des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holsteins für das Jahr 2009 belegen dies erneut und eindrücklich, ebenso die veröffentlichten Äußerungen der NPD, ihres Landesverbandes und ihres Kreisverbandes Kiel/Plön.

Deshalb werden wir jeden Antrag des Vertreters der NPD – gleich welchen Inhalts – ohne Diskussion ablehnen. Wir haben eine Bemäntelung und Verdeckung der rechtsextremen Haltung des Vertreters der NPD von Anfang an nicht zugelassen und werden dies auch in Zukunft nicht zulassen. Im Interesse der Kielerinnen und Kieler wird damit jedem Versuch der NPD, im Rathaus den Eindruck einer unverfänglichen kommunalpolitischen Partei zu erwecken, von Anfang an entgegengetreten. Die NPD und ihr Vertreter in der Ratsversammlung sind und bleiben als Verfassungsfeinde aus dem demokratischen Diskurs ausgeschlossen.“

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 26.01.2011, 16:17 Uhr - 7583 Clicks - Nr. 84

Schleswig als Pforte für die Bewerbung Sønderborgs

MdL Birte Pauls unterstützt die Bewerbung der Stadt Sønderborg für als eropäische Kulturhauptstadt. Nachfolgend die Pressemitteilung zur Bewerbung:

"Sønderborg bewirbt sich für die Region Sønderjylland / Schleswig als europäische Kulturhauptstadt und muss genau deshalb von uns unterstützt werden!

Nach dem Besuch mit dem Landtagspräsidenten am Donnerstag in Sønderborg plant Pauls eine Informationsveranstaltung in Schleswig zusammen mit Stephan Kleinschmidt, (SP)Vorsitzender des Kulturausschusses in Sønderborg und Initiator der Bewerbung. Das vereinbarten beide am Rande des Besuches.



Die Bewerbung ist so hervorragend organisiert, dass man jedenfalls augenblicklich kein Geld oder Mitarbeiter braucht, sondern Multiplikatoren, um diese Bewerbung weiter zu be-fördern auch im

Kreis Schleswig - Flensburg. Deshalb wäre es gut, wenn wir fraktionsübergreifend Werbung machen würden – Stadt, Kreis und Land gemeinsam mit dem Landesmuseum, das auch an dieser Stelle über hervorragende Möglichkeiten verfügt, sowie den anderen Kultureinrichtungen. Einen entsprechenden Antrag wird die Schleswiger SPD in der nächsten Ratsversammlung stellen.

Diese Bewerbung hat deshalb soviel Charme weil unsere Grenzregion in vielen Bereichen Vorbildcharakter in Europa hat und es eine weitere Möglichkeit bietet, dass die Menschen aller Altersgruppen aus Kultur, Wirtschaft, Vereinen, Verbänden mobilisiert werden, neue Gemeinschaften Netzwerke und Allianzen in der Region Sønderjylland / Schleswig zu bilden.

Und eine erfolgreiche Bewerbung würde nicht nur Wirtschaft und Tourismus stärken, sondern auch Europas Augen einmal mehr auf ein friedliches Miteinander von Mehrheiten und Minderheiten richten. Außerdem würde der gute Weg der Kulturhanse im Ostseeraum fortgesetzt werden.

Auch Martin Schulz, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europarlament wurde bei seinem Besuch der Schleswiger SPD am Freitag mit entsprechender Tasche und vielen Informationen zur Bewerbung ausgestattet und mit den Worten von Birte Pauls verabschiedet:

„Mach ordentlich Werbung in Europa für Sønderburg als Kulturhauptstadt 2017!“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 26.01.2011, 18:42 Uhr - 16771 Clicks - Nr. 85

Volles Haus: Ortsvereinskonferenz zu Internet und OV-Zeitungen

Ein volles Haus hatten am 24. Januar in Eckernförde die drei Kreisvorstandsmitglieder Götz Borchert, Jürgen Strack und Andreas Fleck: Ziel der Konferenz war die Vernetzung und Stärkung der Redaktionen unserer Ortsvereinszeitungen und eine noch bessere Internetpräsenz der SPD-Ortsvereine im Kreis. Über 40 RedakteurInnen und Webmaster waren der Einladung gefolgt!



Erfreulich war die Erkenntnis, dass rund 30 sogar sehr kleine Ortsvereine (von rund 75 im Kreis) regelmäßig eine eigene Zeitung herausgeben, und dies schon teilweise in 30jähriger Tradition. Mehrere Zeitungen wurden von ihren „Machern“ vorgestellt. Diese machten deutlich, in welcher bunter Vielfalt unsere Zeitungen organisatorisch und inhaltlich aufgestellt sind.

„Mit der Vernetzung der Redaktionen und einem regelmäßigen Austausch können wir uns das Leben ein bisschen leichter machen, Kosten sparen und die Motivation stärken, auch neue Zeitungen zu gründen“, warb Andreas Fleck für die Chancen aus mehr Kooperation und

Erfahrungsaustausch. Einhellig bestand die Einschätzung, dass die Zeitungen als „Schatz der Partei“ eine wichtige Kommunikationsbrücke zu den BürgerInnen vor allem in den kleineren Gemeinden darstellt. Die SPD könne auf sympathische Weise mit einer Zeitung auch außerhalb von Wahlkämpfen politisch Flagge zeigen. Verabredet wurde am Ende ein Redaktions-Stammtisch, der praxisnah vor allem organisatorische Einzelprobleme bearbeiten und so konkrete Unterstützung leisten soll. Fortgesetzt werden soll zudem der bisher eher informelle Artikeldienst und der Austausch von Fotos. Andreas Fleck wird für den ersten Stammtisch einladen - Termin im März nach Kreis- und Landesparteitag.

In seiner Präsentation machte Jürgen Strack als Webmaster im Kreisvorstand deutlich, welche Bedeutung ein Internetauftritt heute für die Ortsvereine hat und erläuterte das von der Landes-SPD vorgehaltene spezielle technische Angebot dafür. Wiederholt unterstrich er, dass der technische Aufwand für einen kurzen und informativen „klassischen“ Auftritt auch für Ungeübte zu bewältigen sei. „Wichtig ist, dass ein oder zwei Personen im Ortsverein das Interesse aufbringen, sich mit dem Werkzeug auseinanderzusetzen.“ Wulf Brieger aus Flintbek berichtete, dass alle Neueintritte der letzten Zeit „digital“ über die Webseite des Ortsvereins erfolgt sind. Auch andere „User“ aus der Runde ermutigten Ortsvereine ohne Website zu einem ersten „Selbstversuch“. Anklang fand das Angebot von Jürgen Strack, gemeinsam mit einem kleinen Kreis unter Hilfestellung erfahrener GenossInnen neue Websites zu „bauen“. Nicht immer müsse es gleich ein preiswürdiger Auftritt sein, den der Ortsverein Osterrönfeld gerade „hingelegt“ hat und zu dem der Kreisvorstand gratulierte. Jürgen Strack wird den Termin der „Schulung“ rechtzeitig mitteilen. Rund 30 Ortsvereine im Kreis verfügen derzeit über eine eigene Visitenkarte im Internet.

Götz Borchert dankte allen Akteuren für ihren Einsatz und sah die sehr gute Resonanz auf der Konferenz als Signal einer Kreis-SPD, die noch präsenter werden will. Der Kreisvorstand wird sich weiter mit der Unterstützung der Aktivitäten befassen, auch mit dem Thema „Bezuschussung der Zeitungen“, das immer wieder angesprochen wurde. Bisher gibt es Zuschüsse (25 Euro/Ausgabe und nicht mehr als 100 Euro/Jahr) , wenn die OV-Zeitungen Artikel aus dem Kreis-Info (KTF, KV, MdL, MDB und MdEP) veröffentlichen. Die Zuschüsse müssen formlos beim Kreisbüro beantragt werden.

Andreas Fleck

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 26.01.2011, 21:21 Uhr - 5837 Clicks - Nr. 86

Olaf Schulze: Pannemeiler Brunsbüttel darf nicht wieder ans Netz!

"Seit dem „Energiekompromiss“ zwischen der Bundesregierung und der Atomlobby werden die Fragen um die Zukunft und Sicherheit der Atomkraft in Deutschland immer größer. Aufgrund der unter zweifelhafter Beteiligung des Bundesrates geschaffenen Rechtsgrundlage soll das bereits 1977 in Betrieb genommene Dinosaurier-AKW Brunsbüttel wohl mindestens bis zum Jahr 2021 weiter Strom erzeugen und eine Gefahr für die Menschen in unserem Land bleiben.



Das ist aus unserer Sicht unverantwortlich, denn das einzig sichere am AKW Brunsbüttel ist, dass

es dann weiter eine Million Euro Gewinn am Tag erwirtschaften wird.

Nun liegt uns ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor, wonach die Berechtigung zum Leistungsbetrieb für das AKW Brunsbüttel erloschen sei. Hintergrund ist ein Gutachten der Rechtsanwältin Dr. Cornelia Ziehm im Auftrag dieser Fraktion. Die Ergebnisse dieses Gutachtens werden sicherlich unterschiedlich bewertet und von der Landesregierung bestritten. Es wird daher ggf. die Gerichte beschäftigen, der Ausgang ist ungewiss und zeitnah nicht zu erwarten.

Für mich ist unabhängig von der rechtlichen Diskussion um das Erlöschen der Berechtigung zum Leistungsbetrieb die Frage entscheidend, ob der Betreiber Vattenfall überhaupt in der Lage ist, den notwendigen Sicherheitsstandard in Brunsbüttel einzuhalten. Hier ist die im Dezember letzten Jahres bekannt gewordene Absicht von Vattenfall, den Betrieb von Krümmel und Brunsbüttel aufzugeben und auf E.ON zu übertragen, schon bemerkenswert und das Eingeständnis in die eigene Unfähigkeit zum Betrieb von AKW.

Der enorme öffentliche Druck auf die Atomkonzerne hat offensichtlich auf Vattenfall gewirkt. Der Verzicht Vattenfalls auf den Betrieb der beiden Pannenneiler in Schleswig-Holstein ist richtig, der Wechsel auf E.ON alleine ist allerdings noch keine frohe Botschaft. Denn egal, welche Fahne über Brunsbüttel weht: Der Reaktor ist ein extremes Sicherheitsrisiko und darf nicht wieder ans Netz gehen."

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Rede von Olaf Schulze, MdL, TOP 27, Berechtigung zum Leistungsbetrieb für das Kernkraftwerk Brunsbüttel (Drucksache 17/1165)

Keine Kommentare

[SPD-Plön-Bösdorf](#) - veröffentlicht am 27.01.2011, 01:49 Uhr - 1949 Clicks - Nr. 87

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Am 27. Januar 1945 wurden die Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz von Soldaten der Roten Armee befreit. Seit 1996 ist dieser Tag Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

Heute findet um 17:00 Uhr in der Aula am Schiffsthal eine Feierstunde statt, die von den Schülerinnen und Schülern der Regionalschule ausgerichtet wird. In dem Zusammenhang kann auch die Ausstellung: "Kinder im Holocaust" besichtigt werden.

Wir würden uns über eine rege Beteiligung freuen.

Am 27. Januar 1945 wurden die Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau von Soldaten der Roten Armee befreit. 1996 proklamierte der damalige Bundespräsident Roman Herzog diesen Tag zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

Heute findet um 17:00 Uhr in der Aula am Schiffsthal eine Feierstunde statt, die von den Schülerinnen und Schülern der Regionalschule ausgerichtet wird. In dem Zusammenhang kann auch die Ausstellung: "Kinder im Holocaust" besichtigt werden, die bereits am Dienstag eröffnet wurde.

Wir würden uns über möglichst zahlreiche Teilnehmer freuen.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 27.01.2011, 12:11 Uhr - 9209 Clicks - Nr. 88

SPD steht weiter zum Namenskürzel "IGS" und fordert die Verwaltung zur Klage auf

Die SPD-Rathausfraktion hat auf ihrer Sitzung am 24. Januar 2011 sich nochmals mit dem Thema Namenskürzel der IGS Brachenfeld befasst.

Einstimmig wurde nachfolgender Antrag

für die Sitzung des Schulausschusses und die Ratsversammlung beschlossen:

Die Ratsversammlung möge beschließen:

1. Die Ratsversammlung bekräftigt ihren Beschluss vom 05.10.2010 hinsichtlich der Namensgebung Integrierende Gemeinschaftsschule Brachenfeld.

2. Die Ratsversammlung fordert den Oberbürgermeister auf, beim Verwaltungsgericht eine Anfechtungsklage gegen den Verwaltungsakt vom 01.12.2010 des Ministeriums für Bildung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein mit dem Ziel zustellen, den Namen Integrierende Gemeinschaftsschule Neumünster Brachenfeld zu erhalten.

Begründung:

Mit dem Schreiben vom 01.12. 2010 untersagt das Ministerium bei der Namensgebung für die Gemeinschaftsschule Brachenfeld den Zusatz integrierende. Dabei besteht gemäß Schulgesetz die Möglichkeit dem Namen einer Schule einen Zusatz zu geben, wenn hiermit Bezug auf einen Schwerpunkt der Schule genommen wird. Es hat den Anschein, dass sich das Bildungsministerium nicht mit den inhaltlichen Schwerpunkten der Gemeinschaftsschule Brachenfeld, heterogene Ausrichtung, integrierende Klassen, Schule gegen Rassismus u.s.w., auseinandergesetzt hat. Des Weiteren wird hier der Wille der Schulkonferenz sowie der Ratsversammlung brüskiert.“

Aus uns Sicht der SPD Rathausfraktion ist die jetzt von der Verwaltung vorgelegte Vorlage nicht nachzuvollziehen. „Hier kann sich die Verwaltung wirklich um eine Neumünsteraner Institution verdient machen. Die IGS Neumünster ist seit nahezu 40 Jahre ein positives Markenzeichen für die Stadt Neumünster“, so Reinhard Arens, Vorsitzender des Schulausschusses.



„Die Begründung des Kultusministeriums ist nicht schlüssig“, so Fraktionschef Andreas Hering. „Mit dieser Begründung im Rücken müsste auch die „Gelehrtenschule“ in Kiel einen anderen Namen aufgezwungen bekommen. Und daran denkt auch niemand im Ministerium“, so Arens und Hering weiter.

Die beiden Kommunalpolitiker fordern, dass in dieser Frage die gesamte Ratsversammlung die Verwaltung zum Klageweg ermutigen. „Dieses Selbstbewusstsein steht Neumünster gut zu Gesicht! Und was für ein Geschenk zum 40. Geburtstag der IGS Brachenfeld wäre die Beibehaltung des Namenskürzels – und zwar gerichtlich durchgesetzt“, so Hering und Arens abschließend.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 27.01.2011, 12:35 Uhr - 15248 Clicks - Nr. 89

SPD-MdB Sönke Rix zum ungarischen Mediengesetz

Erschienen als "Bericht aus Berlin" in der Eckernförder Zeitung vom 26.01.2011:

In der letzten Sitzungswoche haben wir im Bundestag über das neue ungarische Mediengesetz debattiert, das am 1. Januar 2011 in Kraft getreten ist.

Es sieht vor, einen die sogenannten Medienrat einzurichten vor, dem auch mehrere Mitglieder der Regierungspartei angehören. Dieses Gremium kann unter anderem Rundfunkbetriebe, Zeitungen und Zeitschriften, deren Berichte als "politisch nicht ausgewogen" bewertet werden, mit sehr hohen Geldbußen belegen.



Dies hat sowohl in Ungarn als auch international große Besorgnis ausgelöst. Umso erstaunter war ich, dass sich die Vertreter von CDU und CSU im Parlament vor ihre ungarischen Parteifreunde stellen. Das Gesetz verstößt in zahlreichen Punkten gegen festgeschriebene Grundwerte der Europäischen Union. Nicht zuletzt wird das Gesetz auch von der Medienbeauftragten der OSZE sowie deren Vorgänger im Amt kritisiert. Außerdem gibt es Proteste auch in Ungarn.

Gemeinsam mit meinen Fachkolleginnen und Fachkollegen aus dem Europa-Ausschuss meine ich: Auch und vor dem Hintergrund der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft muss Ungarn zur Aufhebung des Gesetzes bewegt werden. Denn eine staatliche Kontrolle der Medien, wie sie das neue ungarische Mediengesetz vorsieht, steht im Widerspruch zur Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die ausdrücklich die „Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit“ festschreibt.

Viel zu lange haben der Präsident der Europäischen Kommission Baroso, der ständige Präsident des Europäischen Rates van Rompuy und auch die deutsche Kanzlerin dazu geschwiegen. CSU-Politiker im Europäischen Parlament haben die Politik der rechtskonservativen Regierung unter

Viktor Orbán, sogar verteidigt; sitzt man doch gemeinsam mit der Orbán-geführten FIDESZ-Partei in der EVP-Fraktion im Parlament.

Dazu passt natürlich auch die Verteidigung der Medienpolitik Ungarns durch die Union im Deutschen Bundestag. Dabei wäre gerade dieser Ort – das Parlament – der richtige, um über die Pressefreiheit zu reden. Das wollen CDU und FDP verhindern. Anscheinend ist es der Koalition unangenehm über die Pläne ihrer Parteifreunde in Ungarn zu reden.

Für uns Sozialdemokraten haben die Grundrechte in der Europäischen Union einen hohen Wert. Denn nur, wenn die Europäische Union für Freiheitsrechte und Demokratie als Kern ihres Zusammenhalts entsteht, können sie diese auch von anderen Staaten einfordern. Es ist deshalb gerade zu die Pflicht des Bundestages, den Verstoß gegen europäische Grundwerte und –rechte zum Thema zu machen. Denn das neue ungarische Mediengesetz wirkt nicht erst, wenn etwas zensiert wird, sondern es wirkt bereits als Schere in den Köpfen, bevor etwas Kritisches geschrieben wird.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 27.01.2011, 12:41 Uhr - 16913 Clicks - Nr. 90

SPD-MdB Sönke Rix: SPD-Fraktion gegen Gesinnungsprüfung für Demokratieinitiative

Die SPD-Bundestagsfraktion spricht sich gegen die sogenannte Extremismusklausel aus. Wir fordern die Bundesregierung auf, auf diese geplante Bestätigungserklärung zu verzichten.

Engagierte Demokrateninnen und Demokraten sollten nicht unter einen Extremismus-Generalverdacht gestellt, sondern unterstützt werden.



Bundesfamilienministerin Schröder verlangt von allen Empfängern von Bundesmitteln im Kampf gegen Rechts eine Erklärung, dass sie die Gesinnung Ihrer Projektpartner und Referenten prüfen. Wir lehnen diesen politisch unsinnigen und rechtlich fragwürdigen Irrweg ab.

Für die Förderung einer demokratischen Kultur ist das dadurch bewirkte Klima des Misstrauens und der Denunziation abträglich. Zudem fehlt eine stichhaltige Begründung für eine gesonderte Bestätigungserklärung. Träger, die nachweislich eine den Zielen des Grundgesetzes nicht förderliche Arbeit verrichten, sind schon heute von der Förderung ausgeschlossen. Das hat die Bundesregierung auf Nachfrage bestätigt. Rechtlich ist die Klausel ohnehin fragwürdig, da weder Tatbestand noch Rechtsfolge hinreichend bestimmt sind. Zudem werden so hoheitliche Aufgaben des Verfassungsschutzes auf zivilgesellschaftliche Träger übertragen, die weder die Legitimation noch die Mittel besitzen diese wahrzunehmen.

Einige der zivilgesellschaftlichen Initiativen werden durch das Vorgehen der Ministerin existenziell bedroht. Dieses Vorgehen zeugt von mangelndem Respekt vor der engagierten Arbeit der

Initiativen. Zivilgesellschaftliche Initiativen sind manchmal unbequem. Aber gerade sie sind es, die oft mehr als andere für Verfassung und Demokratie eintreten. Wir sollten sie stärken und nicht pauschal verdächtigen. Die SPD steht an der Seite der zivilgesellschaftlichen Demokratieinitiativen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.01.2011, 17:27 Uhr - 5833 Clicks - Nr. 91

Rede: Begabungsgerecht heißt individuell

Martin Habersaat; Landtagsrede vom 26. Januar 2011 (Zur Schulgesetzänderung der Landesregierung)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich halte dieses Schulgesetz nicht für überflüssig, pädagogisch gesehen. Wenn man schon Minister mit verkürzter Amtszeit ist, sollte man wenigstens ein eigenes Schulgesetz haben.

Ich möchte drei inhaltliche Anmerkungen machen. Natürlich kann man sich hier hinstellen und sagen, niemand müsse etwas ändern, die Gemeinschaftsschulen könnten so bleiben, wie sie wollten, wohl wissend, dass man denen vorher die Differenzierungsstunden weggenommen hat, die Grundlage des pädagogischen Konzepts waren. Auf der Anderen Seite müssen wir auch berücksichtigen, dass wir nicht wenige Gemeinschaftsschulen im Land haben, die eigentlich einmal aus sich selbst heraus Regionalschule werden wollten, dann aber mangels Anmeldezahlen der Eltern zu Gemeinschaftsschulen wurden. Das sind ja noch dieselben Lehrer, die damals lieber die Regionalschule wollten. Die haben jetzt die Möglichkeit, an der Schule zu machen, was sie wollen. Die neue Freiheit. Was meinen Sie, was an den Schulen und in den Gemeinden los ist?

Wie sieht es denn mit dem Elternwillen wirklich aus? In Lübeck wird nach aktuellem Stand kein einziges Gymnasium zu G 9 zurückkehren, in Stormarn auch nicht. Was ist denn mit den Stormarner und Lübecker Eltern, die das gern wollen? Wenn ich in Bargtheide wohne und ein G-9-Gymnasium möchte – das hat Herr Dr. Klug im Ausschuss erklärt -, dann kann ich mein Kind auf eigene Kosten zum nächsten G-9-Gymnasium fahren. Toller Elternwille!

Ein ernsthafter pädagogischer Einwand beschäftigt mich, wenn es um § 5 geht. Darin schreibt die Regierung jetzt, dass wir die Kinder entwicklungsgemäß fördern wollen.

Begabungsgerecht ist in der Pädagogik ein schwieriger Begriff, weil ich als Lehrer die Begabung eines Kindes schwer feststellen kann. Es sitzt da und zeigt mir seine Tagesform. Es zeigt mir, ob es fleißig ist, es zeigt mir, ob die Eltern möglicherweise Nachhilfe bezahlen können, und, und, und. Aber die Begabung an sich ist schwer messbar. Ich weiß, dass begabungsgerecht ein Begriff ist, den



die KMK in einer Grundsatzposition benutzt hat. Deswegen habe ich mir das Papier auch angeguckt.

Das Interessante ist aber, was die KMK mit dieser Begabungsgerechtigkeit macht. Sie entwickelt daraus Forderungen an eine individuelle Förderung eines jeden Schülers. Es sollen Stärken gefördert werden, es soll wahrgenommen werden, dass Schülerinnen und Schüler unterschiedlich stark sind, wenn es um Kenntnisse, um Erkenntnisse, um Fähigkeiten, um Persönlichkeit, um Selbstständigkeit und Kooperation geht, und, und, und. Alle diese verschiedenen Begabungen sollen individuell bestmöglich gefördert werden.

Der Begabungsbegriff der FDP aber ist der altertümliche mit dem Gedanken: Es gibt praktische und theoretische Begabung, und von beidem ein bisschen. Dafür brauchen wir drei Schulsysteme. Das ist genau nicht der Sinn von Begabungsgerechtigkeit, den die KMK formuliert.

Wenn wir wissen, dass wir individuell fördern müssen, warum investieren Sie dann nicht die Energie, die Sie in dieses Gesetz investieren, in die Beantwortung der Frage, wie wir es schaffen, die individuelle Förderung zu verbessern. Man könnte Klassen verkleinern, Stunden doppelt besetzen, man könnte Material an die Schule geben, man könnte die räumlichen Bedingungen und die Raumpläne entsprechend ändern, man muss an den 45- Minuten-Takt heran, man muss das Lehrpensum reduzieren, man muss die Zeit an der Schule insgesamt anders organisieren, man muss Lehrer systematisch in dieser Richtung fortbilden.

Und was macht die FDP? Sie sitzen im Bildungsausschuss und sagen – ich zitiere: Es gibt in diesem Land Schichten, die wünschen sich eine homogene Unterrichtung ihrer Kinder.

Das ist Ihre Bildungspolitik, und was man dazu sagen könnte, wäre unparlamentarisch.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.01.2011, 17:50 Uhr - 5835 Clicks - Nr. 92

Rede: Zugang zum Master offen halten!

[Martin Habersaat; Landtagsrede vom 26. Januar 2011 \(Zur Hochschulgesetznovelle der Landesregierung\)](#)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Nach dem heutigen Vormittag ist der Ton jetzt richtig nett. Der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion zitiert SPD-Presseerklärungen. Das finde ich sympathisch.

Der Wissenschaftsminister sagt, man solle erst in Auftrag gegebene Gutachten abwarten, bevor man zu grundlegenden Veränderungen



kommt. Das hätten wir uns vor einem Jahr auch schon gewünscht, Herr de Jager.

Es hätte alles so schön sein können: Die großen kontroversen Debatten hätten wir uns für die große Novelle zum Hochschulgesetz aufgespart und heute eine kleine Novelle in weitgehender Einigkeit durchgewinkt. Zur großen Novellierung bleibe ich bei dem, was ich im September 2010 hier erklärt habe: Lassen Sie sie in der Schublade liegen und überlassen Sie es dem nächsten Landtag, grundsätzliche Entscheidungen zur Hochschulstruktur zu treffen (wenn Sie das beim Schulsystem schon nicht konnten...)!

Ich habe Ihnen damals zu einem Wurf mittlerer Weite gratuliert, weil wir den verbesserten Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ebenso wie neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und besonders die Reduzierung des Prüfungsdrucks auf die Studierenden für bildungspolitische Schritte in die richtige Richtung halten.

Leider haben Sie dann aus der Anhörung völlig andere Schlussfolgerungen gezogen als wir. Die Schnittmenge lag nur in dem einen Punkt, dass eine fristgerechte Rückmeldung kein Anlass zur Gebührenerhöhung sein soll.

Sie waren nicht bereit, neben den besonderen Bedürfnissen von Eltern auch Hochschulangehörige mit anderen familiären Verpflichtungen, zum Beispiel aufgrund der Pflege von Angehörigen, besonders zu berücksichtigen. Das ist anachronistisch und wird der Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht gerecht.

Sie waren nicht bereit, die Verpflichtungen des Gleichbehandlungsgesetzes des Bundes auch auf diejenigen Hochschulangehörigen auszudehnen, die nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, also auf die Studierenden.

Und Sie waren nicht einmal bereit, das Gesetz geschlechtergerecht zu formulieren.

So weit, so betrüblich.

Und dann kam auch noch ein Änderungsantrag im Hau-Ruck-Verfahren, den Sie so kurzfristig vor der Bildungsausschusssitzung vorgelegt haben, dass Sie nicht ernsthaft erwarten konnten, dass die anderen Fraktionen ihn noch gründlich hätten beraten können. Vielleicht hatten Sie das aber auch gehofft. Sie haben hier – sicher nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Vorlage des Ministeriums – eine Novellierung zum

Hochschulzulassungsgesetz vorgelegt, das bis dato gar nicht angefasst werden sollte. Künftig soll, so wollen es CDU und FDP, das Ergebnis der Bachelor-Prüfung ein „maßgebliches Kriterium“ für den Zugang zum Master-Studium sein.

Während ansonsten in dieser Novelle mancher Hinweis von denen, die das Hochschulgesetz in der Praxis umsetzen müssen, sinnvollerweise aufgenommen wurde, werden hier neue Definitionsprobleme geschaffen. Was ist denn z.B., wenn ein Masterstudium mit vorherigem Diplom oder Erstem Staatsexamen aufgenommen werden soll? Außerdem passiert hier etwas, was den Forderungen der Studierenden aus dem vergangenen Jahr zutiefst zuwider läuft: Der Zugang zum Master-Studium wird nicht erleichtert, sondern erschwert.

Es geht uns nicht darum, Standards fallen zu lassen. Aber die Erfahrungen mit der früheren Studienstruktur zeigen uns ja gerade, dass das Resultat der Zwischenprüfung, die früher nach dem dritten oder vierten Semester abgelegt wurde, keinen Rückschluss darauf zulässt, wie erfolgreich oder erfolglos der Studierende bei der Abschlussprüfung abschneiden würde. Damals ist auch niemand auf die Idee gekommen, an das Zwischenprüfungsergebnis höhere Anforderungen zu stellen, als dass sie eben bestanden werden musste.

Meine Damen und Herren, dies ist keine Kleinigkeit, über die man einfach hinweggehen könnte. Es ist – gerade auch wegen der Art und Weise, wie dieser Antrag ins Verfahren eingebracht wurde – für uns ein Hinderungsgrund, warum wir uns heute nicht einmal höflichkeitshalber enthalten können. Wir werden ihn ablehnen und kündigen an, ihn zu ändern, sobald Herr Kubicki Neuwahlen zulässt.

Was den Universitätsrat angeht, haben wir im Ausschuss eine Einigung zum Verfahren erreicht. Es sollte jedenfalls keinen neuen Anlauf zur Neubesetzung eines Gremiums geben, dessen Konstruktion sich nicht bewährt hat. Den Bericht über die Umsetzung der Zielvereinbarungen 2009 müssen wir im Bildungsausschuss vertieft erörtern, weil die insgesamt positiven Evaluationen der einzelnen Hochschulen im Vorjahresbericht über die Jahre 2004-2008 offenbar einer sehr viel zurückhaltenderen Einschätzung Platz gemacht haben.

Der LINKEN habe ich, nachdem sie unsere und die Anträge der Grünen aus dem Bildungsausschuss zusammengeschrieben und hier als eigenen Antrag eingebracht hat, noch ein Angebot zu machen: Wollen Sie auch mein Manuskript haben?

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 27.01.2011, 18:23 Uhr - 15995 Clicks - Nr. 93

Die Reform der Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Rolle der Kommunen

Die Gestaltung eines altersgerechten Lebensumfeldes wird die große Aufgabe kommunaler Politik der kommenden Jahre. „Wer hier nicht investiert, verliert!“ unterstützt der Kreisvorsitzende der AG 60 plus des SPD Rendsburg-Eckernförde Hans Peter Robin den aktuellen Beschluss des SPD-Bundesvorstandes, „deshalb muss das Ziel kommunaler Sozialpolitik die möglichst umfassende Sicherung selbstbestimmten unabhängigen Lebens – trotz diverser Handicaps – sein.“



Der Rechtsanspruch auf eine altersgerechte und behindertenfreundliche kommunale Infrastruktur (Wohnen, Verkehr, wohnungsnaher Versorgung, Prävention usw.) ist zwingender denn je. Um diesen Auftrag erfüllen zu können brauchen die Kommunen dringend eine entsprechende auskömmliche Finanzausstattung.

Eine gesetzlich vorgegebene öffentliche Förderung zur Ausgestaltung barrierefreier Wohnungen wäre dabei sehr hilfreich, fordert Robin weiter. Dies gilt insbesondere für die altersgerechte Ausrichtung von Wohnungsbau und Sanierungsförderung für den Altbestand.

Dazu braucht es auch eine Verbesserung in der Zusammenarbeit der Sozialversicherungsträger. Die Sozialversicherungen und die Sozialleistungsträger (Kranken- und Pflegekassen, Sozialhilfeträger u.a.) müssen die nötige soziale Infra- und Leistungsstruktur als gemeinsame Aufgabe und

Herausforderung ansehen.

Die Kranken- und Pflegeversicherung und die kommunalen Sozialleistungsträger müssen die historische Chance ergreifen und über gemeinsam getragene Pflegestützpunkte mit integrierter Pflegeberatung eine bessere Organisation und Koordination medizinischer und pflegerischer Versorgung in den Wohnquartieren sichern sowie die individuelle Versorgung durch die Nutzung der vorhandenen Angebote situationsadäquat optimieren.

Hans Peter Robin

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 28.01.2011, 13:12 Uhr - 18743 Clicks - Nr. 94

Das modernste Schulgesetz in der Bundesrepublik ist von CDU und FDP im Kieler La

Thomas Hölck: Statt zukunftsweisender Bildung beschließt die schwarz – gelbe Koalition das Schulchaos.

"Mit der Verabschiedung des Schulgesetzes mit der CDU/FDP- Mehrheit im Kieler Landtag werden die modernsten Bildungsreformen der Bundesrepublik Deutschland zu Grabe getragen“, empört sich Thomas Hölck, ehemaliger Landtagsabgeordneter und bildungspolitischer Sprecher des SPD-Kreisvorstands.

Statt Verlässlichkeit in der Bildungspolitik wird dem Schulchaos Tür und Tor geöffnet. Die Bildungslandschaft wird weiter aufgesplittet. Eine Vereinheitlichung der Bildungssysteme, wie von vielen Eltern gewünscht, findet nicht statt. Wer sich künftig für G9 entscheidet, kann nur unter schwierigen Bedingungen für sein Kind in ein anderes Bundesland umziehen. Selbst ein Umzug innerhalb Schleswig-Holsteins oder im eigenen Landkreis kann unmöglich werden, da z. B. die zweite Fremdsprache am G9- Gymnasium erst ab der 7. Klasse angeboten wird. "Das von CDU und FDP hoch gelobte Selbstbestimmungsrecht der Gymnasien ist eine reine Alibiargumentation von Politikern, die sich der bildungspolitischen Verantwortung entziehen wollen“, kritisiert Hölck.

Bisher hätten sich allerdings nur zehn Gymnasien in Schleswig-Holstein an G9 interessiert gezeigt. An Gymnasien, die versuchsweise bereits G9 wieder angeboten haben, wurden teilweise die Schulplätze verlost. "Soll künftig das Losglück über den Bildungserfolg der Kinder entscheiden?“ fragt der ehemalige Abgeordnete. Höhere Personal- und Sachkosten dürfen bei der Rückkehr zum G9 laut Landesregierung auch nicht entstehen. Was würde wohl passieren, wenn die Hälfte der Gymnasien zu G9 zurückkehren würde? Diese Vorstellung macht deutlich, dass dieses Gesetz eine Farce ist. Anstatt die Lehrpläne von unnötigem Ballast zu befreien und die Ganztagsangebote mit Mensen und Aufenthaltsräumen an den Gymnasien zu verbessern, wird Schulchaos angerichtet. Ein bildungspolitisches Markenzeichen der CDU/FDP-Landesregierung.

Darüber hinaus wird der Schulfrieden in Schleswig-Holstein in Frage gestellt, die 25.000 Unterschriften der Elterninitiative "Schulfrieden jetzt" werden einfach ignoriert. „Die Gemeinschaftsschule, die sich zahlenmäßig zu der beliebtesten Schulform in Schleswig-Holstein

entwickelt hat, soll so unattraktiv wie möglich gemacht werden“, vermutet Hölck. Die Binnendifferenzierung, Fundament aller pädagogischen Konzepte von Gemeinschaftsschulen, wird mit diesem Gesetz gelockert. Eltern und Schüler, die sich für eine Gemeinschaftsschule entschieden haben, haben sich auch für die jeweiligen pädagogischen Konzepte entschieden. "Sie müssen sich betrogen fühlen. Insbesondere von einem Ministerpräsidenten, der vor der Wahl Kontinuität im Bildungswesen versprach“, resümiert Thomas Hölck und fordert den Bestandsschutz für alle bisher genehmigten Bildungskonzepte an den Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 28.01.2011, 13:23 Uhr - 97237 Clicks - Nr. 95

Diskussion in Schleswig zur Europäischen Klima- und Energiepolitik

Wie können wir eine moderne Energiepolitik gestalten, die langfristig gedacht und nachhaltig ausgerichtet – also wirtschaftlich, sozial und ökologisch ausbalanciert ist? Antworten auf diese Frage suchten die Teilnehmer der Veranstaltung „Klimaretter EU? Klima- und Energiepolitik in Europa“, die am Donnerstagabend in den Räumen der Stadtwerke in Schleswig stattfand.

Auf Einladung der schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten Ulrike Rodust diskutieren dort vor rund neunzig Zuhörern Vertreter von Politik, Energiewirtschaft und Verbraucherschutz. In seinem Auftaktreferat betonte der Vorsitzende des EP-Umweltausschusses, Jo Leinen, die Notwendigkeit, dass Europa als Vorreiter in Sachen Klimaschutz und Energiewende auftrete. Leinen machte deutlich, dass hier Deutschland als größtes Mitgliedsland die Schlüsselrolle habe.

Im Anschluss führte Moderator Carsten Kock durch die teilweise sehr lebhaft Diskussions. Schließlich trafen auf dem Podium durchaus kontroverse Einstellungen aufeinander: so wies der Personalvorstand und Arbeitsdirektor der E.ON Hanse, Udo Bottländer, auf die Aktivitäten seines Unternehmens beim Aufbau intelligenter Netze ebenso hin, wie auf ein erstes großes Speicherprojekt in Schleswig-Holstein. Vom Landesvorsitzenden der SPD Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, musste er sich allerdings den Vorwurf gefallen lassen, die großen Energiekonzerne hätten massiv auf die Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken hingewirkt und zeigten nur geringes Interesse am Thema Energie-Einsparung. Der Energieexperte des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen, Holger Krawinkel, forderte, bei der Förderung von Erneuerbaren Energien stärker auf die Effizienz der jeweiligen Verfahren zu setzen. Die auch vom Geschäftsführer der Stadtwerke Schleswig, Wolfgang Schoofs, beklagten Kosten durch die EEG-Umlage bezeichnete er als „Kollateralschaden“ der Laufzeitverlängerung.

Keine Kommentare

Olaf Schulze: Weniger Atommüll bedeutet auch weniger Transporte

"Der Transport von Atommüll - egal ob auf der Straße, der Schiene oder auf dem Wasser - ist eine große Gefahr für die Menschen in unserem Land. Es ist schon bedenklich und in höchstem Maße gefährlich, dass in Schleswig-Holstein von 2000 bis heute insgesamt rund 2.400 Transporte, die im Zusammenhang mit der Nutzung der Atomenergie zur Stromproduktion standen, durchgeführt worden sind.



Auslöser für den vorliegenden Antrag der Linken war der im Sommer letzten Jahres geplante Castor-Transport von 951 Brennelementen, die ursprünglich aus dem DDR-Forschungsreaktor Rossendorf bei Dresden stammen, vom Zwischenlager Ahaus (NRW) über 4.000 km in das russische Atomkombinat Majak. Da die Voraussetzungen für eine schadlose Verwertung der Brennelemente nicht gegeben waren, wurde der Transport von Umweltminister Röttgen im Dezember gestoppt. Die generelle Frage des Transports von Atommüll in unsichere Zielgebiete bleibt aber aktuell.

Für mich steht fest, dass eine billige Entsorgung von Atommüll aus Deutschland in andere Länder keine Lösung dieses Problems sein kann. Jedes Land der Welt muss seine Atommüllendlagerung selber organisieren. Aus diesem Grunde können wir uns zwar dem Appell im Antrag an die Landesregierung, aber nicht dem Beschlussvorschlag anschließen. Wenn wir nicht in jedem Bundesland ein eigenständiges Endlager für alle Sorten von Atommüll schaffen wollen, muss weiter der Atommüll von den Zwischenlagern auch an unseren drei Atomkraftwerken abtransportiert werden können. Ein vollständiger Ausschluss über das schleswig-holsteinische Gebiet ist nicht möglich und auch nicht sinnvoll.

Unabhängig von der Frage, über welche Transportmittel und auf welchen Strecken Atommüll durch unser Land transportiert wird, dürfen wir nicht den Kern des Problems aus den Augen verlieren: Nur weniger Atommüll reduziert wirklich die Atommülltransporte. Schade, dass die Bundesregierung und große Teile dieser Landesregierung dies anders sehen und die Atomlaufzeiten bis in ungewisse Zukunft verlängert haben. Aber ich hoffe, dass die Gerichte oder eine neue Bundesregierung hier den unter Rot-Grün geschaffenen Ausstieg aus der Atomenergie wieder herstellen werden."

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Rede von Olaf Schulze, MdL, TOP 21, Atommülltransporte durch schleswig-holsteinisches Gebiet (Drucksache 17/1092)

Keine Kommentare

Peter Eichstädt: Keine Verklärung kommunistischer Irrwege!

"Es gibt Diskussionen, die immer geführt werden müssen. Dazu gehört aus sozialdemokratischer Sicht die ständige Herausforderung, wie man die Gerechtigkeit in der deutschen Gesellschaft und weltweit erhöhen kann.



Und es gibt Diskussionen, die wirklich niemand braucht. Die Vorsitzende der LINKEN, Frau Löttsch, hätte wissen müssen, welche Beißreflexe ihr Beitrag über „Wege zum Kommunismus“ auslösen würde.

Auch wenn sie dies in einem Winkelblättchen getan hat, das wahrscheinlich keines der Mitglieder dieses Hauses regelmäßig aus dem Briefkasten holt, gehört schon viel Naivität dazu, um die Steilvorlage nicht zu erkennen, die Frau Löttsch ihren Gegnern damit geben würde. Schlimmer noch ist der wirre Ansatz ihres Textes, der laufend die Ebenen vermischt und rät, man müsse Wege einfach mal ausprobieren – als ob Menschen und ganze Völker Laborratten seien, die, wenn das Experiment schief geht, halt eingeschlafert werden!

Denn was nützt es denn, darauf hinzuweisen, dass Kommunismus im Verständnis von Marx und Engels eine Zukunftsgesellschaft der Freien und Gleichen ist, in der es keine sozialen Klassen mehr gibt und die deshalb von jeder Form staatlicher Herrschaft frei ist? Da nun gerade viele Machthaber, die sich dieses hehre Ziel auf die Fahnen geschrieben haben, bereit waren, dafür zahllose Opfer an vernichteten oder zerstörten Menschenleben zu bringen, kann es niemanden wundern, dass der Begriff des Kommunismus heute bei den allermeisten Menschen als das genaue Gegenteil von dem aufgefasst wird, was er ursprünglich bedeutete: nämlich als die so genannte Diktatur des Proletariats in ihrer schlimmsten stalinistischen Ausprägung.

Besonders viele Menschen, die vor 1990 in Osteuropa gelebt haben, können den Begriff nicht von der Umsetzung trennen; sie können heute mit dem Wort „Kommunismus“ keine Hoffnungen mehr verbinden, sondern nur Berliner Mauer, Stasi, KGB, Securitate, GULag.

Es ist natürlich legitim, dass Frau Löttsch von den paradiesischen Zuständen einer Endzeitgesellschaft träumt. Aber je länger ich den Kollegen Kubicki kenne, umso klarer wird mir, dass die Menschheit niemals reif sein wird, um eine solche Gesellschaft aufzubauen.

Wir Sozialdemokraten teilen den Traum vom Kommunismus nicht. Wir setzen darauf, dass die Gesellschaft einen ordnenden Staat braucht, dessen zentrale Aufgabe es ist, die Benachteiligungen der einen und die Privilegien der anderen abzubauen. Die pluralistische Ordnung kann nicht zur Disposition stehen.

Aber es gehört auch zur geistigen Redlichkeit, dass man dem anderen genau zuhört, was er oder sie denn genau meint. Wer ein Zurück zum real existierenden Pseudosozialismus will, kann nicht ernst genommen und muss bekämpft werden. Wer aber ein Ideal vor Augen hat, hat auch einen Anspruch darauf, an diesem Ideal und seinem Weg dorthin gemessen zu werden. Wenn das nicht mehr gilt,

muss sich auch jeder Christ tagtäglich nach seinem Verhältnis zu den Kreuzzügen, zur Inquisition, zur Hexenverbrennung oder zur Kollaboration mit den Nazis fragen lassen.

Und gerade angesichts der historischen Vergangenheit Schleswig-Holsteins wird man auch daran erinnern dürfen, dass hierzulande kommunistische Ideen auf weniger Interesse gestoßen sind als andere: bei den Reichstagswahlen kam die KPD nie über 13,3 % hinaus, die NSDAP erreichte schon vor ihrer Machtübernahme über 50 %. Und dass wir nach 1945 immer mal wieder rechte und rechtsextreme Parteien im Landtag hatten, aber nicht mal einen KPD-Abgeordneten, wird auch jedem in Erinnerung sein.

In diesem Sinne legen wir Ihnen einen Antrag vor, der in ähnlicher Form bereits im Berliner Abgeordnetenhaus zur Abstimmung gestanden hat und mit breiter Mehrheit angenommen wurde. Es stünde dem Schleswig-Holsteinischen Landtag gut an, dem Berliner Beispiel zu folgen, statt das ideologische Schattenboxen weiterzuführen, das die Koalitionsfraktionen hier vorgelegt haben."

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Rede von Peter Eichstädt, MdL, TOP 28, Keine Verharmlosung des Kommunismus (Drucksachen 17/1167 und 17/1225)

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 29.01.2011, 16:49 Uhr - 17323 Clicks - Nr. 98

Schulgesetz: Nicht aufregen, die FDP mit Herrn Klug beim Wort nehmen!

Das Schulgesetz von 2007 heute schon zu verändern war ein grundlegender Fehler. 2013 wäre der erste vollständige Durchgang durch das neue System gelaufen. Dann hätte man eine belastbare Auswertung erstellen sowie verantwortungs- und sinnvolle Nachsteuerungen am System beschließen können. Alles andere bedeutet einen Datensatz aus der schwarz-gelben Glaskugel zu verwenden, aber keinesfalls auf fundierte Erfahrungen und Belege VOR erneuten Reformen zurückzugreifen.



Aus ideologischem Antrieb, Angst vor der 5% Hürde und zur persönlichen Profilierung hat die FDP nun ohne Rücksicht auf Kinder, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer ihr Schulgesetz durchgedrückt. Es ist schon ein Armutszeugnis wert, dass die FDP dies nur hinbekommen hat, indem sie der CDU versprochen hat, dass die Schulen - besonders die Gymnasien - ja gar nichts verändern müssen, sondern nur die Freiheit bekommen. Da sollten wir alle Herrn Klug und die FDP beim Wort nehmen! 90% der Gymnasien, 100% der Gemeinschaftsschulen, die große Mehrheit der Schulträger, der Eltern, der Kinder, der Jugendlichen sowie der Lehrerinnen und Lehrer wollen dieses Gesetz nicht. Sie wollen die Neuerungen des Schulgesetzes von 2007 nun wirken lassen, die Früchte ihrer Arbeit ernten und in Ruhe ihren Weg zu einer guten Bildung für alle Kinder gehen.

Was ist das neue Schulgesetz also wert? Nichts!

Das Kernproblem des deutschen Schulwesens besteht darin, dass die Bildungschancen bei uns viel mehr von der sozialen Herkunft der Kinder und Jugendlichen abhängig sind als in anderen westlichen Demokratien. Das Schulgesetz von 2007 hat darauf reagiert, indem es das **längere gemeinsame Lernen** insbesondere in der Gemeinschaftsschule auf dem Weg gebracht hat und die Einrichtungen von Ganztagschulen gefördert hat. Viele Menschen im ganzen Land haben sich damit auf diesen Weg gemacht, den auch die OECD und PISA empfehlen. Durch das 2011er Schulgesetz bekommen nun leider die „Bremsklötze“ neuen Auftrieb, denn es ist ja nun fast alles möglich. „Den Schulen sollen ja nur mehr Freiheiten gegeben werden“, sagt Herr Klug. Aber das ist eine Freiheit ohne Verantwortung für unser Land: Was geschieht denn, wenn ein Kind aus Rendsburg auf eine Gemeinschaftsschule geht und dann in eine Region umzieht, wo sich für einen der anderen Wege entschieden wurde? Was ist, wenn es auf ein G9 Gymnasium in Kiel geht und dann nach Nortorf umzieht und dort die Wahl nur zwischen G8 und G9 auf der Gemeinschaftsschule hat? Von den vielfältigen Möglichkeiten, wenn noch die Regionalschulen dazu kommen ganz zu schweigen! Nun können in den Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen auch wieder abschlussbezogene Klassen eingerichtet werden. Was ist das anderes, als eine Rolle rückwärts in das 3-gliedrige Schulsystem? Alle anderen Länder und Bundesländer bewegen sich in Richtung auf ein 2-gliedriges System oder (haben) ein integriertes 1-gliedriges Schulsystem. Unsere Kinder und Jugendlichen werden dann also massiv benachteiligt: nicht nur im internationalen Vergleich, sondern auch innerhalb Deutschlands! Nicht zu vergessen ist natürlich auch die Frage, woher das Geld für die vielen neuen Zweige kommen soll. Wenn ein G8 Gymnasium nun auch noch einen zusätzlichen G9 Gang einrichten will, müssen dafür auch Räume, Material und Lehrkräfte. Woher sollen die kommen? Wo den Gemeinschaftsschulen? Das wäre eine zusätzliche Axt an der Wurzel eines zukunftsfähigen Bildungssystems! Oder einfach alles zurückdrehen von G8 auf G9? Viel Geld, Schweiß und Material wurde bereits investiert. Wofür war es dann? Oder nun nochmal das Ganze? Eine Freiheit, bei der sich nur die Schlaunen und Reichen bedienen und die Vorteile genießen können, kann nicht im Sinne aller Menschen in Schleswig-Holstein sein. Egal ob arm oder reich oder welches Elternhaus: Jedes Kind hat aus Sicht der SPD ein Recht auf eine optimale Bildung und Ausbildung und niemand darf alleine gelassen werden! Wer es nicht alleine schafft, der muss auch die Hilfe von der Gesellschaft, den Lehrkräften und Mitschülern bekommen und darf nicht einfach aussortiert werden! Wir wollen deshalb ein zukunftsfähiges Schulsystem **für alle Kinder** in Schleswig-Holstein: Eine starke Gemeinschaftsschule! Dazu müssen wir möglichst schnell zurück zum Schulgesetz vom 2007, damit klare Rahmenbedingungen im ganzen Land bestehen. Dann wäre für SchülerInnen, Eltern, Lehrkräfte und Kommunalpolitiker wieder klar, dass Ihre bisherige Arbeit nicht für die Katz war und unser Schulsystem kann sich in Ruhe, verlässlich und im (inter-)nationalen Rahmen weiter entwickeln. Ab 2013 wird dann eine wissenschaftlich untermauerte Überprüfung dieser Entwicklung beginnen, auf deren Basis dann vernünftige Nachsteuerungen beschlossen werden können! **Allen Betroffenen kann man deshalb heute nur raten:** Bleiben Sie ruhig, machen Sie nur das Allernötigste und lassen Sie möglichst viel so, wie es gerade erarbeitet und umgesetzt wurde. Dieses Schulgesetz wird nicht lange Bestand haben und von der nächsten Landesregierung umgehend wieder kassiert werden. Ulf Daude stv. Vorsitzender SPD Rendsburg-Eckernförde

Kommentar von [Ulf Daude](#) vom 01.02.2011, 22:09 Uhr:

RE: Schulgesetz: Nicht aufregen, die FDP mit Herrn Klug be

Lieber "besorgter Vater", leider ist Ihre Kritik ist nicht sachlich und auch nicht richtig: Das

Schulgesetz von 2007 war nicht nur von der SPD, sondern auch von der CDU und wurde von vielen Gruppen und der Elternschaft unterstützt. Beim Schulfrieden (www.schulfrieden-sh.de, lesen Sie gerne nach!) geht es darum, dass die Eltern wollten, dass die FDP ihre Veränderungen nicht umsetzt, wie es nun gerade doch einfach geschah. Dies wurde von allen Parteien außer der FDP auch unterstützt. Die CDU hat das auch nur murrend mitgetragen (ich vermute wegen des Koalitionsfriedens). Hier handeln FDP & CDU dann wirklich nicht für unsere Kinder und die besten Schulen, sondern zur persönlichen Profilierung, für ihre Klientele und dem Retten-was-zu-retten-ist. Die Eltern wollten die Weiterentwicklung der Schulen auf Basis des Schulgesetzes von 2007. Diese sollte mit einer wissenschaftlichen Analyse ab 2013 beginnen. Und nur fundierte Veränderungen sollten, so weit es geht, im Konsens beschlossen werden. Nur so handeln wir wirklich für unsere Kinder und zum Wohl aller in der Gesellschaft! Genau so stellt es sich auch die SPD vor und genau deshalb muss der durchgewunkene Unsinn des Schulgesetzes 2011 wieder entfernt werden. Dann setzen sich alle Parteien und betroffenen an einen Tisch und arbeiten im oben beschriebenen Sinne weiter. Erst ein Gesetz durchzuwürgen und dann nach einem Schulfrieden zu schreien, kann doch wirklich nur als weltfremder Witz von FDP-Anhängern verbreitet werden! Ich würde das gerne ausführlicher mit Ihnen diskutieren. Bitte verwenden Sie doch dazu beim nächsten Mal Ihren wirklichen Namen oder melden sich bei mir. Alle Kontaktdaten von mir finden Sie auf meiner Internetseite: www.daude.info Viele Grüße Ulf Daude

Kommentar von [besorgter Vater](#) vom 30.01.2011, 18:21 Uhr:

RE: Schulgesetz: Nicht aufregen, die FDP mit Herrn Klug be

Sie geben an, dass es Ihnen um die Kinder geht, aber Ihnen geht es, wie vielen anderen politisch Verantwortlichen einzig darum sich selbst darzustellen. Sie wollen das Gesetz nicht ändern, weil es schlecht ist, was es nicht ist, sondern weil es nicht von der SPD ist. Ihre Partei, allen voran Herr Stegner, schließt sich einer Initiative an, um für Schulfrieden zu werben und genau den wollen Sie jetzt nicht einhalten. Mit der Unterstützung der Initiative "Schulfrieden jetzt" wollen Sie die Gymnasien abschaffen und als einzige Schulart die Gemeinschaftsschule einführen. Nur trauen Sie sich, dies ganz ehrlich zu sagen. Könnte ja schlecht ankommen beim Wähler

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 29.01.2011, 17:45 Uhr - 42023 Clicks - Nr. 99

Ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft stärken

Am 21. 01.2011 haben die Sprecherinnen und Sprecher für Agrarpolitik der SPD-Fraktion(en) des Bundestages, des Abgeordnetenhauses, der Bürgerschaften und Landtage sowie der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament in Berlin folgende Resolution verabschiedet:

Die Nachfrage nach ökologisch hergestellten Produkten wächst in Deutschland, in Europa und weltweit. Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher setzen auf eine gesunde und möglichst schadstofffreie Ernährung.

Seit mehr als zwanzig Jahren ist die ökologische Landwirtschaft ein Erfolgsmodell. Sie hat sich in dieser Zeit als eine krisenfeste betriebswirtschaftliche Alternative zur konventionellen

Landwirtschaft entwickelt. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Artenschutz. Und sie trägt in besonderem Maß zur Erhaltung der Boden- und Wasserqualität bei.

Die biologische Landwirtschaft schützt und bewahrt erkennbar gesellschaftlich bedeutsame Güter.

Die Autoren des Weltagrарberichts schreiben ihr eine wichtige Rolle zu, die drängenden Herausforderungen in der Landwirtschafts-, Umwelt- und Ernährungspolitik zu meistern.

Die ökologische Lebensmittelwirtschaft und der Ökolandbau in Deutschland hatten in den letzten Jahren deutlich positive Impulse auf den Arbeitsmarkt. Mittlerweile sind in der deutschen Biobranche knapp 180.000 Menschen vor allem in den ländlichen Regionen beschäftigt.

Wir appellieren an alle politischen Ebenen in Europa, dem Bund und den Bundesländern, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass die Potenziale des Ökolandbau und der ökologischen Lebensmittelwirtschaft weiter ausgebaut und die gesellschaftlichen Leistungen der Biolandwirte verlässlich honoriert werden.

Dazu gehört u. a.:

- ab 2014 innerhalb einer modular strukturierten 1. Säule die gesellschaftlichen Leistungen des ökologischen Landbaus ausreichend und dauerhaft zu fördern,
- zweite Säule der europäischen Agrarpolitik zu stärken,
- den Weltagrарbericht von 2008 zu unterzeichnen,
- das ursprüngliche Bundesprogramm Ökologischer Landbau ohne finanzielle Kürzungen ausschließlich in den dort festgeschriebenen Bereichen fortzuführen,
- im Rahmen der Agrarumweltprogramme die verlässliche Finanzierung der Extensivierungs-, Umstellungs-, Anreiz- und Beibehaltungsprämien zu gewährleisten,
- Wissenschaft, Forschung und Beratung insbesondere darauf auszurichten, die Effizienz der ressourcenschonenden ökologischen Anbausysteme zu erhöhen,
- die Forschung für die über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehende artgerechte Tierhaltung in den bundeseigenen Forschungseinrichtungen zu verstärken und diese mit einem eigenen Label speziell zu bewerben.

Berlin, 21. Januar 2011

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 29.01.2011, 19:30 Uhr - 19738 Clicks - Nr. 100

Super Stimmung in Henstedt-Ulzburg!

Brigitte Fronzek gewinnt die letzte Abstimmung der Kandidatentour.

Die letzte Kandidatenrunde der SPD mit anschließender Erstellung eines Meinungsbildes fand heute (29. Januar 2011) im Kreisverband Segeberg statt. Rund 250 Gäste kamen ins Bürgerhaus in Henstedt-Ulzburg um die "Roten Vier" live zu erleben. Mit Moderator Carsten Kock entwickelte sich eine politisch interessante und gleichzeitig unterhaltsame Vorstellungsrunde. Schon von Anfang an sprang die gute Stimmung auf der Bühne ins Publikum über.



Nach der Vorstellungsrunde wurde wieder ein Meinungsbild erstellt - das Letzte der Kandidatentour. Dabei erhielt Brigitte Fronzek 85 Stimmen, 63 von den Mitgliedern und 22 von den anwesenden Gästen. Ralf Stegner konnte 65 Stimmen für sich gewinnen (57 Mitglieder/ 8 Gäste). Torsten Albig erhielt 39 Stimmen (26 Mitglieder, 13 Gäste). Auf Mathias Stein entfielen 2 Stimmen (1 Mitglied/ 1 Gast). Es war das erste Mal und deshalb überraschend, dass die Elmshorner Bürgermeisterin bei Erstellung eines momentanen Meinungsbildes als Siegerin über die Ziellinie gehen konnte.

Der Kreisvorsitzende Andreas Beran betonte, dass es richtig und wichtig war, diese Veranstaltungsform zu wählen. Sie habe den positiven Effekt, dass Mitglieder zu einer aktiveren Mitarbeit gewonnen werden könnten und sie habe den Willen zu noch mehr parteiinterner Demokratie zum Ausdruck gebracht.

Foto: Ralf Stegner, Brigitte Fronzek, Torsten Albig, Mathias Stein (v.l.)

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.01.2011, 21:48 Uhr - 8410 Clicks - Nr. 101

Praktikum im Landtag

Zwei Wochen der Arbeit des Landtags auf den Spuren sein – das hat sich Delara Burkhardt vorgenommen. Im Rahmen eines Schülerpraktikums will die 18jährige aus Siek in Kiel vor Ort den Alltag der SPD-Fraktion erleben und verspricht sich davon einiges. Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel, wird in seiner Arbeit ebenso begleitet wie die Referenten der SPD-Landtagsfraktion.



Delara Burkhardt, stellvertretende Vorsitzende der Jusos Stormarn, besucht die zwölfte Klasse des Gymnasiums Stormarnschule in Ahrensburg und möchte dort im kommenden Jahr ihr Abitur im gesellschaftlichen Profil ablegen. Nun hat sie die Möglichkeit, ihr Schülerpraktikum in der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag bei Martin Habersaat zu machen, der auch den Wahlkreis Ahrensburg betreut. Delara Burkhardt: „Darüber freue ich mich sehr, da ich nicht nur in der Schule, sondern auch bei meiner Arbeit im Juso Kreisvorstand in Stormarn oft mit landespolitischen Themen konfrontiert werde und Kontakte nach Kiel habe. Vor allem möchte ich sehen, wie die Ideen und Anträge entstehen.“

Gespannt ist sie auch auf die Aufgaben, die sie im Laufe ihres Praktikums erhält und auf den Tagesablauf und die Arbeitsweise der Abgeordneten. Martin Habersaat freut sich über den Besuch in Kiel: „Ich finde es wichtig, die Arbeit des Landtages transparent zu machen und Einblicke zu gewähren. Und ich bin gespannt über Delaras Urteil, wenn sie uns hier zwei Wochen lang über die Schulter geschaut hat.“

Foto: Zimmer 301 - Delara Burkhardt mit Martin Habersaat und seinem Bürokollegen Bernd Heinemann, dem gesundheitspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion SL-FL](#) - veröffentlicht am 30.01.2011, 12:15 Uhr - 7023 Clicks - Nr. 102

Schleswig-Flensburg auf dem Weg zur gentechnikfreien Region.

Seit über 10 Jahren werden in den USA gentechnisch veränderte Sojabohnen und Mais angebaut. Was hat die Technologie Amerikas Farmern seither gebracht? Wie haben sich die Saatgutkosten und die Verfügbarkeit von gentechnisch verändertem und konventionellem Saatgut entwickelt? Was steckt hinter den Patentauseinandersetzungen, die Monsanto gegen amerikanische Farmer führt? Wie steht es mit der Klage gegen den Anbau der GV-Zuckerrüben? Ist eine Rückumstellung auf konventionelle Sorten möglich?

Die Kreistagsfraktionen Die Linke, SSW, Bündnis 90 / Die Grünen und SPD laden deshalb im Vorwege einer Beratung des Themas im Regionalentwicklungsausschuss ein zur Diskussion Agrar-Gentechnik in den USA – Fluch oder Segen?

Aktuelle Informationen aus bäuerlicher und wissenschaftlicher Sicht:

Was ist dran an höheren Erträgen, weniger Pestiziden, geringeren Kosten und Patentstreitigkeiten? Darüber berichten und diskutieren am 03.02.2011 in Schleswig:

- Troy Roush, Mais-, Soja- und Weizenfarmer aus Indiana und Vizepräsident der „American Corn Growers Association.“ Er baut seit 2000 gentechnisch verändertes Roundup-Ready Soja an und wird über seine Erfahrungen damit ausführlich berichten.
- Bill Freese, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Zentrum für Nahrungsmittelsicherheit (Center for Food Safety, CFS) in Washington DC. Das CFS verfolgt seit Jahren die Patent-Rechtsstreitigkeiten, die Monsanto gegen US-amerikanische Bauern führt. Bill Freese hat im Jahre 2000 den „Star-Link“-Mais-Verunreinigungsskandal mit aufgedeckt, der einen Schaden in Millionen Höhe verursacht hat. Das CFS begleitet auch die Klagen, die u.a. sehr aktuell den Zulassungsstopp der GV-Zuckerrüben erwirkt hat.
- Peter Stoltenberg, Landwirt (Ackerbau, Schweinemast, Mutterkuhhaltung) und Initiator der Gentechnikfreien Region Amt Wensin.
- Annemarie Volling, Koordination der Gentechnikfreien Regionen in Deutschland, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.

Donnerstag, 3. Februar 2011, 20:00 Uhr Berufsbildungszentrum (BBZ) Schleswig, Pausenhalle Neubau (E0.00), Flensburger Str. 19, 24837 Schleswig

Veranstalter: Kreistagsfraktionen Die Linke, SSW, Bündnis 90/ Die Grünen und SPD Schleswig-

Flensburg;

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V.; Gentechnikfreie Regionen in Deutschland; Initiative

gentechnikfreies Norddeutschland; Interessengemeinschaft Nachbau.

Mit freundlicher Unterstützung von: Bäuerliche Gesellschaft e.V.; Bündnis für gentechnikfreie Landwirtschaft

Niedersachsen, Bremen, Hamburg; Eickermühle GmbH; FaNaL e.V.; Kornkraft; Moin – Biologische

Backwaren; Naturkost Nord; Ölmühle Brökelmann; Stiftung GEKKO; Verlag unabhängige Bauernstimme.

V.i.S.d.P. und weitere Informationen: Dr. Jens Maßlo, Vorsitzender Regionalentwicklungsausschuss Schleswig-Flensburg, Tel: 0461/5054461.

Begleitung der bundesweiten Rundreise und Kontakt: Annemarie Volling, AbL e.V.,

mobil: 0160/96760146. Aktuelle weitere Termine unter: <http://www.abl-ev.de/aktuelles.html>.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 30.01.2011, 16:16 Uhr - 7553 Clicks - Nr. 103

Arbeitskreis Energie bei den Stadtwerken Neumünster

Energie, Wasser, Umwelt, Verkehr, Freizeit und Telekommunikation – dies sind die Geschäftsfelder der Stadtwerke Neumünster (SWN). Über deren Arbeit informierten sich vor Ort die Mitglieder des Arbeitskreises Energie und Landesplanung der SPD-Landtagsfraktion. Gesprochen wurde auch über die Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Energiepolitik und über Anforderungen an die Energie-Infrastruktur der Zukunft.



Von besonderem Interesse waren für die Sozialdemokraten das Heizkraftwerk mit thermischer Ersatzbrennstoff-Verwertungsanlage (TEV) und die mechanisch-Biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA). Abfälle sind Rohstoffe – und wo eine direkte Verwertung der Abfälle nicht möglich ist, werden diese in der MBA aufbereitet, um in der TEV Kohle als Brennstoff zu ersetzen. Durch die Herstellung von rund 150.000 Tonnen Ersatzbrennstoff aus Rest- und Sperrmüll können pro Jahr 80.000 Tonnen Steinkohle eingespart werden.

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel, ist Mitglied des Arbeitskreises. Er sagt:

„Wir sind überzeugt davon, dass die Zukunft der Energieversorgung in dezentralen Strukturen und guten kommunalen Konzepten liegt. Derzeit informieren wir uns im ganzen Land vor Ort über gelungene Projekte, die andernorts als Beispiel dienen können.“

Foto: Die Landtagsabgeordneten Sandra Redmann, Olaf Schulze, Marion Sellier und Martin Habersaat im Gespräch mit einem Mitarbeiter der SWN.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 30.01.2011, 17:31 Uhr - 6499 Clicks - Nr. 104

Vergabekriterien für die Verteilung der Stadtwerkespende

CDU diffamiert öffentlich die Mitglieder des Arbeitskreises „Stadtwerkespende“

Von Mißbrauch und Schlendrian war die Rede-

Nachdem vor der Sozialausschusssitzung am 20.01.11 eine ganze Woche lang in allen in NOR erscheinenden Zeitungen seitens der CDU ein Trara um die Stadtwerkespende, die einmal im Jahr zur Weihnachtszeit vergeben wird, gemacht worden war, ist es auffallend ruhig geworden.

Die ganze Kampagne gipfelte sogar darin, dass ein Journalist aus offensichtlich falsch verstandenen Sinn und Zweck des Spendenwesens dazu verleitet wurde, in seinem Artikel die Mitglieder des Arbeitskreises, die die Spenden befürwortet hatten, öffentlich zu diffamieren.

Von Mißbrauch und Schlendrian war die Rede-

Die SPD verwahrt sich nachdrücklich gegen diese Unterstellung aller Mitglieder des Arbeitskreises, in der Bisher alle Parten der Stadtvertretung ein Mitglied entsandt haben und in dem gute Arbeit geleistet wurde.

Offensichtlich war dieser Antrag selbst altgedienten Parteimitgliedern der CDU suspekt, oder sie wurden überrascht, wie im Ausschuss argumentiert wurde.

Nach einer Sitzungsunterbrechung wurde der Antrag zurückgezogen und vertagt,

Was sollte also das ganze?

Will die CDU im Hochgefühl ihrer Mehrheit in der Stadtvertretung und in den Ausschüssen jetzt alles „umkrepeln“

In besagtem Artikel war jedenfalls davon die Rede, dass „die Vergabe der Stadtwerkespende komplett umgekrepelt wird“.

Die SPD warnt davor, dass aus politischem Kalkül die Arbeit im Sozialausschuss torpediert oder



Kaputt gemacht wird. Bisher wurden Beschlüsse und Anträge fast immer einvernehmlich, wenn auch nach kontroverser Diskussion, im Interesse der Sache und zum Nutzen der Bevölkerung getroffen.

Das sollte auch so bleiben.

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 30.01.2011, 19:06 Uhr - 2924 Clicks - Nr. 105

Reinfeld als Energy City?

„Nachhaltiges Reinfeld“ – die Arbeitsgruppe der SPD trifft sich zur Arbeitsplanung für das Jahr 2011.

Auf dem Programm steht unter anderem die Frage, ob aus Reinfeld eine Beteiligung an der internationalen Initiative „Energy Cities“ angestoßen werden soll. Diese präsentiert weltweit Städte, die an energiepolitisch vorwärtsweisenden Projekten arbeiten und bietet diesen eine Kommunikationsplattform.

Weiter geht es um Unterstützung und Hinweise für die Verwaltung beim Finden von Möglichkeiten der Erzeugung regenerativer Energie im Stadtgebiet. Grundsätzliche Beschlüsse hierzu hat der städtische Bau- und Umweltausschuss kürzlich gefasst.

Darüber hinaus möchten die Mitmacher/innen in der AG ihre Ideen über Reinfelds Grenzen hinaus tragen und Kooperationsmöglichkeiten in Nordstormarn finden.

Interessierte sind wie immer willkommen am 1. Februar um 19.30 Uhr im Lilienweg 11.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 31.01.2011, 10:15 Uhr - 2172 Clicks - Nr. 106

Rathausgalerie

Zum Entwurf einer Rathausgalerie erklären die baupolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen, der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Dirk Scheelje, sowie Ratsfrau Antje Danker, SSW:

"Die Investoren der Rathausgalerie haben das Moratorium inhaltlich gut genutzt und sich deutlich im Sinne unserer politischen Vorgaben bewegt.

Wie von der SPD/Grünen/SSW-Kooperation in den Beschlüssen zur Innenstadtentwicklung vorgesehen, gibt es als ersten Schritt eine Schwerpunktbildung für den Einzelhandel auf der Altstadtinsel mit dem Matrix-Projekt. Nun sind auch die Pläne für die Rathausgalerie vernünftig neu entwickelt worden. Insbesondere der Anteil von 25% attraktiver Wohnungen am Vorhaben kann wesentlich zur Belebung der City an dieser Stelle beitragen. Begrüßenswert ist auch, dass die Öffnung zur Holstenstraße angestrebt wird. Hier erwarten wir, dass sich die Eigentümer mit Unterstützung der Stadt auf die neue Rathausgalerie zu bewegen.

Im Lichte der jetzt vorgelegten deutlichen Veränderungen gegenüber den Ursrungsplänen werden wir kurzfristig in unseren Gremien beraten und entscheiden."

Keine Kommentare

[Stefan Bolln](#) - veröffentlicht am 31.01.2011, 12:57 Uhr - 16673 Clicks - Nr. 107

Kinder- und Jugendbeteiligung nicht schwächen, sondern unterstützen und ausbauen

Für die SPD ist die Kinder- und Jugendbeteiligung schon immer wichtig gewesen, um die Kommunen auch aus junger Sicht attraktiv zu halten oder zu gestalten. Eine Abschaffung wäre mit uns nie zu machen. Im Gegenteil: Wir wollen das noch mehr Gemeinden und Städte den guten Beispielen folgen, so Stefan Bolln, SPD Landesvorstandsmitglied, der Birgit Herdejürgen und die SPD Kommunalpolitikerin Kirsten Hillebrecht-Kahl begleitete.

Am 29.01. diskutierten im Jugendzentrum Wilster auf Einladung der Kinder- und Jugendparlamente Hohenlockstedt, Kellinghusen, Itzehoe und Wilster deren Vertreterinnen und Vertreter mit den Landtagsabgeordneten Arp (CDU), Herdejürgen (SPD), Prante (Die LINKE) und Voß (Die Grünen) über die Beteiligung der Jugendlichen in kommunalpolitischen Angelegenheiten. Diese Beteiligung ist nach Gemeindeordnungen verpflichtend vorgeschrieben, aber insbesondere im Ländlichen sehr oft nicht umfassend durchgeführt. Der Grund dafür ist wohl darin zu suchen, dass es anstrengend genug ist Kommunalpolitik zu machen und man nicht auch noch junge Kommunalpolitik von Schülern fördern möchte oder kann. ber auch dort wo die Beteiligung funktioniert und ausdrücklich gewünscht ist, haben es die Jugendlichen nicht leicht. Das Interesse sich dauerhaft zu beteiligen, ist bei jungen Menschen u.a. deswegen weniger ausgeprägt, weil Sie in vielen persönlichen Bereichen in der Findungsphase sind. Und wenn es dann mal alles zusammenpasst, aber die Jugendlichen eine andere Auffassung haben als die Erwachsenen, dann stört die Beteiligungspflicht wohl insbesondere Konservative

Wohl aus diesem Grund kam die CDU auf die Idee, auf ihren Mitgliederkonferenzen zu diskutieren ob man die verpflichtende Kinder- und Jugendlichen Beteiligung nicht auf Freiwilligkeit umstellen kann. Da dieses in vielen Teilen der Politik einer Abschaffung gleichgekommen wäre, protestierten nicht nur die Vereine und Verbände, sondern auch die Parteien im Parlament. Dies SPD hab dieses Thema im Dezember auf die Parlamentsebene, um die Abschaffung zu verhindern. Da die CDU aber keine eigene Mehrheit im Landtag finden würde, hat die CDU Änderungsgedanken nicht mehr weiter verfolgt.

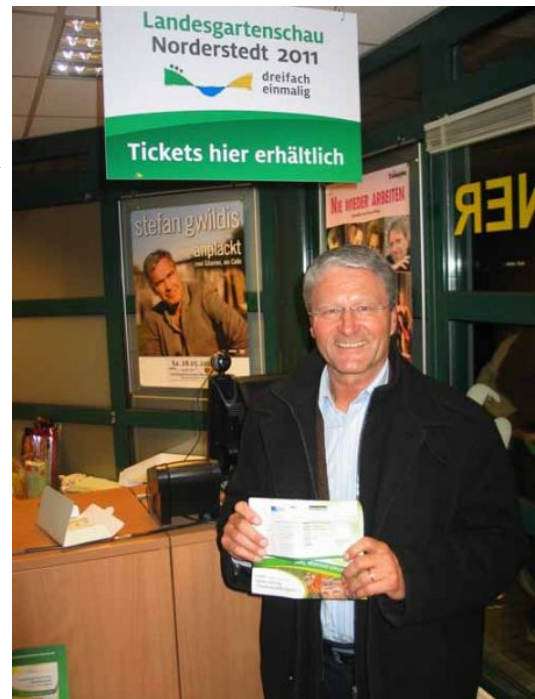
Für die SPD ist die Kinder- und Jugendbeteiligung schon immer wichtig gewesen, um die Kommunen auch aus junger Sicht attraktiv zu halten oder zu gestalten. Eine Abschaffung wäre mit uns nie zu machen. Im Gegenteil: Wir wollen das noch mehr Gemeinden und Städte den guten Beispielen folgen, so Stefan Bolln, SPD Landesvorstandsmitglied, der Birgit Herdejürgen und die SPD Kommunalpolitikerin Kirsten Hillebrecht-Kahl begleitete.

Keine Kommentare

Vergünstigter Eintritt zur Landesgartenschau

Besonders freut man sich in der SPD über den vergünstigten Eintritt für alle Norderstedterinnen und Norderstedter am Eröffnungstag. „Es war uns ein großes Anliegen, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt an mindestens einem Tag der Landesgartenschau die Möglichkeit bekommen die Ausstellung zu einem vergünstigten Preis zu besuchen“ ,erklärt Johannes Paustenbauch.

Am vergangenen Dienstag hat sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Johannes Paustenbach im Ticketcenter auf dem Rathausplatz seine Eintrittskarte für die Landesgartenschau gesichert. Obwohl die SPD der Landesgartenschau vom Grundsatz her immer skeptisch gegenüber stand, freut sich der Fraktionsvorsitzende jetzt auf die Eröffnung. „Wir vertreten zwar nach wie vor die Meinung, dass wir dieses Geld auch in andere, nachhaltigere Projekte der Stadt hätten investieren können“ ,so Paustenbach „aber nichts desto trotz ist es jetzt wichtig, dass wir alle zum Gelingen der Ausstellung beitragen.“



Besonders freut man sich in der SPD über den vergünstigten Eintritt für alle Norderstedterinnen und Norderstedter am Eröffnungstag. „Es war uns ein großes Anliegen, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt an mindestens einem Tag der Landesgartenschau die Möglichkeit bekommen die Ausstellung zu einem vergünstigten Preis zu besuchen“ ,erklärt Paustenbauch. Seine Fraktion habe dies im zuständigen Aufsichtsrat vorgeschlagen und es sei auch schnell umgesetzt worden. „Norderstedt hat eine Menge Steuergelder in dieses Projekt investiert, da ist ein solcher Aktionstag das Mindeste was man zurückgeben kann.“

Der Vergünstigte Eintritt von 5 Euro (anstatt 15 Euro) gilt für den Eröffnungstag am 21. April 2011. Kinder haben freien Eintritt. Johannes Paustenbach hofft jetzt nur noch auf gutes Wetter, denn dazu könne man leider keine wirkungsvollen Beschlüsse fassen.

Für Rückfragen:

SPD-Fraktion Norderstedt

Geschäftsstelle

Mail: spd-frakton-norderstedt@wtnet.de

Tel: 040 / 53595-506

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 31.01.2011, 23:35 Uhr - 7084 Clicks - Nr. 109

SPD-Kreistagsfraktion: Landesförderzentrums Sprache Wentorf muss bleiben
Pressemitteilung der SPD-Kreistagsfraktion Herzogtum Lauenburg



„Das ist die nächste Fehlentscheidung im Bildungsbereich der Landesregierung“, so äußerte sich Gitta Neemann-Güntner, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion zur geplanten Schließung der Sprachheilschule in Wentorf.

Zum Hintergrund: Die Landesregierung in Kiel will das Zentrum im Rahmen der Sparmaßnahmen des Landes schließen. Kinder und Lehrer sollen in das Landesförderzentrum Hören in Schleswig überführt werden, wobei die schon eingeschulten, ca. 100 Schüler der Altersstufe 6 bis 10 Jahre , bis zum Schulende in Wentorf bleiben dürfen. Ab 2011 sollen erstmals in Wentorf keine Einschulung vorgenommen und so stufenweise die Klassen abgebaut werden. Es gibt inzwischen massive Proteste , zumal der Landeselternbeirat über die Absichten der Landesregierung zunächst nicht informiert wurde. Es werden jetzt landesweit Unterschriftenschriftenaktionen durchgeführt,, mit dem Ziel einer Volksinitiative zur Einbringung eines Gesetzverfahrens im Landtag.

„Natürlich ist diese Thema in erster Linie ein Thema auf Landesebene, so Neemann-Güntner, aber das bedeutet nicht, dass Kreispolitiker alle Entscheidungen aus Kiel kommentarlos hinnehmen müssen. Die SPD- Kreistagsfraktion wird am 7. Februar gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Olaf Schulze einen Ortstermin in der Schule wahrnehmen, außerdem werden wir die Kreisverwaltung zu einer Einschätzung im morgigen Bildungs-und Kulturausschuss auffordern. Für die kreistagssitzung am 10. März ist von der SPD-Fraktion eine Resolution bereits in Arbeit.“

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 01.02.2011, 11:57 Uhr - 12744 Clicks - Nr. 110

Abschluss der Vorstellungsrunden in Tarp

SPD-Kreisvorstand zeigte sich mit dem Verlauf der öffentlichen Mitgliederkonferenz am 31. Januar und mit der hohen Beteiligung in einem prall gefüllten Saal in Tarp sehr zufrieden. Über 350 Menschen nutzten die Gelegenheit, die 4 Spitzenkandidaten kennen zu lernen. „Die öffentliche Mitgliederkonferenz der SPD im Kreis Schleswig-Flensburg war ein voller Erfolg. Besonders erfreulich war die hohe Beteiligung von Mitgliedern, aber auch viele Gäste nutzten die Chance, die Bewerberin und die Bewerber um die SPD-Spitzenkandidatur kennen zu lernen“, so der SPD-Kreisvorsitzende Ralf Wrobel.



„Das zeigt: Die Menschen haben Interesse an dieser Frage. Sie wissen, wenn es in Schleswig-

Holstein wieder bergauf gehen soll, muss die Regierung sozialdemokratisch geführt werden. Sie wollen die Menschen, die sich um dieses Amt bewerben, kennen lernen. Gesehen haben wir, dass die SPD über gute Personalien verfügt.“

Ralf Stegner, Torsten Albig, Brigitte Fronzek und Matthias Stein haben sich alle angemessen präsentiert und ihre inhaltlichen Schwerpunkte vorgestellt. Im Anschluss an die Vorstellungen der Kandidaten nahmen viele Gäste die Gelegenheit wahr, Fragen zu stellen, die von allen beantwortet wurden.

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg hatte beschlossen, von einer Abstimmung auf der Vorstellungsrunde in Tarp abzusehen. Solche Abstimmungen geben das Stimmungsbild aller Mitglieder nicht wieder. Dies müssen die Mitglieder für sich entscheiden. Ab 11. Februar 2011 werden die Wahlunterlagen an die Mitglieder verschickt und am 26. Februar 2011 werden die Stimmen ausgezählt.

Kommentar von [Michael Schulz](#) vom 05.02.2011, 17:21 Uhr:

RE: Abschluss der Vorstellungsrunden in Tarp

Nur mit Torsten Albig können wir die Wahlen gewinnen! Ich habe mit vielen Wählerinnen und Wähler gesprochen und die meisten haben gesagt....ich würde die SPD nur wählen ,wenn Torsten Albig der Spitzenkandidat der SPD wird. Michael Schulz Stellv.Vorsitzender SPD Ortsverein Glücksburg

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 01.02.2011, 15:23 Uhr - 4692 Clicks - Nr. 111

Erst Beweisaufnahme, dann Abschlussbericht

Zur Vorlage eines Abschlussberichts zum HSH Nordbank-Untersuchungsausschuss durch Bündnis90/Die Grünen erklärt der Obmann der SPD im Untersuchungsausschuss, Jürgen Weber: Der Untersuchungsausschuss hat vereinbart, nach Abschluss der Beweisaufnahmen einen Abschlussbericht vorzulegen. Die Zeugenvernehmungen stehen kurz vor dem Abschluss, zudem wurden gerade gestern noch unbedingt zu berücksichtigende Beweisstücke hinzugezogen.

Wir erwarten nach der langen Arbeit, die der Untersuchungsausschuss seit Ende 2009 – und in der vorangegangenen Legislaturperiode – zu bewältigen hatte, höchste Seriosität beim Erstellen des Abschlussberichts. Darauf hat das Parlament als Adressat einen Anspruch. Daher werden wir wie vereinbart die Zeugenvernehmung und die Sichtung der Beweismittel so schnell wie möglich zu Ende bringen und im Anschluss einen Abschlussbericht erstellen. Wir werden alles daran setzen, noch vor dem Sommer den Abschlussbericht im Landtag beraten zu können.

Mit Bündnis90/Die Grünen gehen wir davon aus, dass zu vielen Themen aus dem Untersuchungsauftrag Einvernehmen zwischen den Fraktionen möglich ist.

Keine Kommentare

Peter Eichstädt: Nichtrauchererschutz weiter verbessern!

Zur Initiative von Gesundheitspolitikern aller Bundestagsfraktionen für ein neues bundesweites Rauchverbot und zur Reaktion der FDP-Landtagsfraktion erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Jede Initiative für eine bundesweite Regelung des Nichtrauchererschutzes wird von uns aufmerksam verfolgt. Wir erwarten allerdings nicht, dass sie erfolgreich sein kann, so lange die FDP ihre schützenden Hände über die Tabakindustrie hält.

Im Gegensatz zur FDP-Abgeordneten Klahn betrachten wir Nichtrauchererschutz als Gesundheitsschutz - das hat mit Bevormundung nichts zu tun!

Die SPD-Landtagsfraktion hat eine Große Anfrage zur Auswertung der Erfahrungen mit dem Nichtrauchererschutz-Gesetz auf den Weg gebracht. Die Antwort wird voraussichtlich in der März-Tagung des Landtages debattiert. Danach werden wir Vorschläge unterbreiten, wie der Nichtrauchererschutz in Schleswig-Holstein verbessert werden kann. Wenn eine bundesweite Regelung möglich ist, umso besser!"

Keine Kommentare

Wie kommt das Internet nach Travenbrück?

Filme und Fotos per e-Mail empfangen oder versenden – vielerorts kein Problem, aber eben nicht überall. „Wenn ich Mails von mehr als 2 MB Größe bekomme, lösche ich sie ungelesen, weil das Herunterladen zu viel Zeit in Anspruch nehmen würde“, berichtet Kurt Radde, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Travenbrück. In der Vergangenheit gab es viele Versuche, den ländlichen Raum besser mit DSL zu versorgen, zum Erfolg führte bis jetzt noch keiner.



Die Situation Travenbrücks nahm der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat jetzt zum Anlass, um am konkreten Beispiel des Amtes Bad Oldesloe Land mit dem Arbeitskreis „Energie und Landesplanung“ der SPD-Landtagsfraktion das Thema aufzugreifen.

Gemeinsam mit Experten vom Breitbandkompetenzzentrum Schleswig-Holstein und dem Gemeindetag analysierte man die Ausgangslage und besprach mögliche Lösungswege. Eingeladen war natürlich auch Kurt Radde, dessen Erfahrungen typisch sind für viele ländliche Regionen im Land. Kurzfristig könnten Funklösungen helfen, langfristig wird man aber nicht um ein modernes Glasfasernetz herumkommen, das Kommunen, Land und Unternehmen in einem gemeinsamen Kraftakt schaffen müssten.

„Es ist mir schleierhaft, auf welcher Datengrundlage sich die Regierung sich derzeit feiern lässt“, kritisiert Martin Habersaat. Durch die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen entstehe ein fälschlicherweise beruhigendes Bild zum Stand des Breitbandausbaus – und damit zur möglichen Nutzung des Internets in Schleswig-Holstein. Hiernach hätten bereits 98,1 % der Haushalte in Schleswig-Holstein die Möglichkeit eines „schnellen Internets“ mit mehr als 1 Megabit pro Sekunde. „Abgesehen davon, dass nach unserer Kenntnis gar keine Aussage zu den Haushalten – sondern nur zu den Gebäuden – in Schleswig-Holstein möglich ist, überrascht uns dies angesichts der Tatsache, dass nach Angaben der Landesregierung hunderte Gemeinden keine oder eine nur unzureichende Grundversorgung mit Breitband haben. Dazu gehören auch Gemeinden in Stormarn.“

Wie aber wird eine Verbesserung der Versorgung erreicht? Auf der Seite bieten Funkübertragungen durch den LTE-Standard (Long Term Evolution) die Chance für kurzfristige Verbesserungen. Hier entstehen zwar grundsätzlich neue volumenreiche Übertragungsmöglichkeiten, sie müssen jedoch von allen gleichzeitigen Nutzern geteilt werden. „Viel Spaß beim Versuch, am Samstagabend zu surfen!“ Der Verweis auf diese neue, nur als Zwischenschritt taugliche Lösung, wird von den großen Anbietern oft genutzt, um den Aufbau der erforderlichen regionalen Glasfasernetze z.B. durch Stadtwerke zu verhindern. Außerdem ist noch nicht sichergestellt, dass LTE auch wirklich dem ländlichen Raum zu Gute kommt. Aktuelle Pläne sehen beispielsweise eher eine noch bessere Versorgung von Reinfeld, Bad Oldesloe und Bargteheide vor, nicht jedoch der sie umgebenden Ämter.

Alle Teilnehmer waren sich einig: „Es ist richtig, dass die Versorgung mit Internet in Schleswig-Holstein als staatliche Infrastrukturaufgabe angesehen wird. Gemeinsam mit den Kommunen hat die Landesregierung im Breitband-Kompetenzzentrum das richtige Instrument aufgebaut, um den Stau auf der Datenautobahn im ländlichen Raum zu beseitigen. Hierauf sollten wir setzen und dort mit anpacken. Jubeln können wir hoffentlich in einigen Jahren, wenn eine flächendeckende Versorgung Schleswig-Holsteins mit Hochgeschwindigkeitsnetzen in Bandbreiten von mehr als 100 Mbit/s erreicht ist.“

Links:

Breitband-Kompetenzzentrum: <http://www.bkzsh.de/>

Foto: Der Arbeitskreisvorsitzende Olaf Schulze, Kurt Radde und Martin Habersaat studieren eine Karte zur DSL-Versorgung in Stormarn.

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 03.02.2011, 09:41 Uhr - 6973 Clicks - Nr. 114

Einer aus der CDU ist endlich aufgewacht

Zu den heute veröffentlichten Aussagen des CDU-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Börnsen zum Thema Minderheiten ("Efterlyser varig mindretalsløsning", Flensborg Avis) erklärt die minderheitenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birte Pauls:

Ich bin hoch erfreut, dass aus der CDU wenigstens Wolfgang Börnsen unsere Idee aufgenommen hat, für die Minderheiten eine langfristige Planungssicherheit zu schaffen.

Dass er allerdings dazu fordert, man müsste überhaupt mal mit den Minderheiten sprechen, ist eine kaum zu überbietende Ignoranz.

Die Minderheiten haben in beispielhafter Art und Weise sehr gründlich und mit Zahlenmaterial immer wieder dargestellt, was die Kürzungen Im Landeshaushalt 2011/2012 für sie jeweils bedeuten würden von den politisch-moralischen Hinweisen, z. B. Einhaltung der Bonn-Kopenhagen-Erklärung, mal ganz abgesehen. All diese Argumente sind aber an CDU/FDP abgeperlt wie an einer Teflonbeschichtung. Die Regierungsparteien wollten sie nicht hören oder haben sie nicht verstanden, beides ist gleichermaßen schlimm.

CDU/FDP haben sich auf Landes- wie Bundesebene ganz klar für eine Kürzung und die damit verbundene Schwächung der Minderheiten ausgesprochen und das mit ihrer knappen Mehrheit auch im Parlament durchgesetzt. Nachdem nun dänische Schulen geschlossen werden, die deutschen Nordschleswiger massive Einsparungen umsetzen und auch die Friesen, Sinti und Roma ihre Arbeit reduzieren müssen, nachdem die deutsch-dänischen Beziehungen sehr deutlich abgekühlt sind – was der dänische Ministerpräsident Lars Lökke Rasmussen in einer Pressemeldung gestern nochmals unterstrichen hat , fällt der CDU, namentlich Herrn Börnsen, ein, man müsste doch mal mit den Minderheiten reden.

Wo war der CDU-Bundestagsabgeordnete, wo die Minderheitenbeauftragte des Landes während der Haushaltsberatungen? Statt ihre Partei eines Besseren zu belehren, tauchten sie ab.

Minderheitenpolitik ist eine fraktionsübergreifende Aufgabe, knappe Mehrheiten dürfen deshalb keine ideologisch begründeten Interessen durchboxen. Das haben CDU und FDP mit ihrer Einstimmen-Mehrheit im Landtag jedoch getan. Mit Wolfgang Börnsen scheint jetzt einer aus der CDU aufgewacht zu sein.

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 03.02.2011, 10:29 Uhr - 4832 Clicks - Nr. 115

Arbeitsintensive Mitgliederversammlung AfA SL-FL

Die diesjährige AfA Mitgliederversammlung SL-FL hatte ein großes Arbeitsprogramm zu bewältigen.

Den größten Anteil nahm die Vorbereitung der AfA-Landeskonferenz ein, die am 26. März 2011 in Eutin stattfindet.



Für die AfA-Landeskonferenz wurden 6 Delegierte und eine große Anzahl an Ersatzdelegierte gewählt. Ralf Wrobel und Anne Marxen werden auf der Landeskonferenz als Mitglieder des Landesvorstandes teilnehmen. Sie erklärten beide auf der Mitgliederversammlung, dass sie nicht

mehr für den Landesvorstand kandidieren würden. Ralf Wrobel hat als SPD-Kreisvorsitzender SL-FL eine große Verantwortung und sein Terminkalender ist prall gefüllt. Anne Marxen sieht ihre Schwerpunkte in der Region, vor allen Dingen vor Ort.

Die Mitgliederversammlung schlägt Norbert Petersen und Jürgen Klose als Kandidaten für den neu zu wählenden Landesvorstand vor.

Weiterhin wurden 9 Anträge zu folgenden Themen beraten, die zur Landeskonferenz eingereicht werden:

- Rente mit 67
- Faire Arbeitswelt und Arbeitsbedingungen
- Resolution Sparpaket der Landesregierung
- Für eine Bürgerversicherung
- Tarifreuegesetz in Schleswig-Holstein
- Bereitstellung von genügend Personal in der Lebensmittelkontrolle
- Abschaffung Ehegattensplitting
- Haushaltskonsolidierung; Personaleinsparungen im ÖD
- Rücknahme Einschränkungen Mitbestimmungsgesetz im ÖD SH.

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 03.02.2011, 19:47 Uhr - 3761 Clicks - Nr. 116

Unsere Kropper Runde

In lockerer Runde wollen wir mit Euch/Ihnen über die aktuelle Politik in Kropp, dem Kreis, Land und Bund sprechen und diskutieren

Liebe Parteifreunde, liebe Kropper Mitbürgerinnen und Mitbürger,

zu unserer nächsten Zusammenkunft laden wir herzlich ein. Wir würden uns freuen, wenn wir Euch / Sie am

Dienstag, dem 15. Februar 2011

um 19:00 Uhr

im Restaurant Rosenarten

Rheider Weg 7 in Kropp

begrüßen dürfen.

In lockerer Runde wollen wir mit Euch / Ihnen über die

UNSERE
KROPPER
RUNDE



Liebe Parteifreunde, liebe Kropper Mitbürgerinnen und Mitbürger,
zu unserer nächsten Zusammenkunft laden wir herzlich ein. Wir würden uns freuen, wenn wir Euch / Sie am

Dienstag, dem 15. Februar 2011
um 19:00 Uhr
im Restaurant Rosenarten
Rheider Weg 7 in Kropp

begrüßen dürfen.

In lockerer Runde wollen wir mit Euch / Ihnen über die aktuelle Politik in Kropp, dem Kreis, Land und Bund sprechen und diskutieren. Was gefällt uns in Kropp und was nicht, wie sieht es im Kreis und im Land aus, worüber muss dringend gesprochen werden.

In UNSERE KROPPER RUNDE werden Mitglieder des Vorstandes der Kropper SPD, sowie der SPD Fraktion Kropp anwesend sein. Außerdem wird unser Bundestagsabgeordneter, Sönke Rix (SPD) vor Ort sein.

Gern nehmen wir Eure / Ihre Anmerkungen und Anregungen auf, werden sie soweit es uns möglich ist beantworten, aber auch an die entsprechenden Gremien und „Fachleute“ in der Gemeinde, beim Kreis und Land weiterleiten.

Der Vorstand der SPD Kropp freut sich auf viele interessante Gespräche.

Mit freundlichem Gruß
Peter Casper
Vorsitzender

aktuelle Politik in Kropp, dem Kreis, Land und Bund sprechen und diskutieren. Was gefällt uns in Kropp und was nicht, wie sieht es im Kreis und im Land aus, worüber muss dringend gesprochen werden.

In UNSERE KROPPER RUNDE werden Mitglieder des Vorstandes der Kropper SPD, sowie der SPD Fraktion Kropp anwesend sein. Außerdem wird unser Bundestagsabgeordneter, Sönke Rix (SPD) vor Ort sein.

Gern nehmen wir Eure / Ihre Anmerkungen und Anregungen auf, werden sie soweit es uns möglich ist beantworten, aber auch an die entsprechenden Gremien und „Fachleute“ in der Gemeinde, beim Kreis und Land weiterleiten.

Der Vorstand der SPD Kropp freut sich auf viele interessante Gespräche.

Mit freundlichem Gruß
Peter Casper
Vorsitzender

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 03.02.2011, 22:20 Uhr - 3743 Clicks - Nr. 117

Ralf Stegner...

... kommt nach Glinde !

Wie bereits vorab angekündigt, besucht Ralf Stegner am 7.2.2011 unseren Ortsverein in Glinde. Er wird im Rahmen unserer

öffentlichen Mitgliederversammlung mit uns diskutieren und sich unseren/Ihren Fragen stellen.

Für alle, die nicht an den Diskussionsrunden der Kandidaten/in für das Amt des/der Ministerpräsidenten/in teilnehmen konnten bietet sich hier ganz aktuell noch einmal die Möglichkeit, Ralf LIVE zu erleben. Wann und wo ?

Am 7.2.2011 um 19.30 Uhr im "Marcelin Verbe " Haus in Glinde. Markt 1, direkt neben dem Rathaus.

1.Stock, Sitzungszimmer.

Wir freuen uns auf Ralf und euch :)

Frank Lauterbach
(1.Vorsitzender SPD Glinde)

Keine Kommentare

[SPD-Mildstedt](#) - veröffentlicht am 04.02.2011, 08:17 Uhr - 5115 Clicks - Nr. 118

Mildstedt hat einen neuen Bürgermeister

In der Gemeindevertretersitzung am 3. Februar 2011 hat Mildstedt Bernd Heiber (SPD) zum neuen Bürgermeister gewählt.

Bernd Heiber setzt die über 40jährige Tradition der SPD-Bürgermeister fort. In seiner kurzen Dankesrede betonte er, dass er für alle Bürger, Vereine und Verbände immer offen ist deren Probleme und Wünsche aufzunehmen.

Die SPD ist sicher, wiederum, wie bei seinen Vorgängern, einen guten Bürgermeister zu haben.



Wir gratulieren und wünschen viel Erfolg!

Kommentar von [Ralf Heßmann](#) vom 04.02.2011, 11:41 Uhr:

RE: Mildstedt hat einen neuen Bürgermeister

Lieber Bernd, herzlichen Glückwunsch zur Wahl zum Bürgermeister der Gemeinde Mildstedt.

Allzeit gutes Gelingen und Hals und Beinbruch, oder??? Ralf Heßmann Bürgermeister Hattstedt

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 04.02.2011, 15:41 Uhr - 117242 Clicks - Nr. 119

Schulen in Schleswig-Holstein sollen Lehrkräfte nun selber aussuchen: Gut! Aber

Ulf Daude, stellvertretender Landesvorsitzender der AfB (Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen), kommentiert das neue Einstellungsverfahren von Lehrkräften: Das Bildungsministerium gestattet den Schulen in Schleswig-Holstein nun nach Prüfung durch das Ministerium Stellen für Lehrerinnen und Lehrer selber auszuschreiben und vorbehaltlich dessen Mitsprache ihre Wunschbesetzung auch einstellen zu lassen.



Dieser Schritt in die moderne Welt und die einheitliche Vorstellung der Stellenangebote im Internet sind grundsätzlich sehr zu begrüßen.

Allerdings ist dies wohl mehr ein Luftballon, der in der Praxis platzen wird, wenn nicht einige wichtig(er)e Fragen für den Einstieg in den Beruf der Lehrerin und des Lehrers in Schleswig-Holstein verlässlich geklärt werden:

Was passiert durch das neue Einstellungsverfahren mit Schulen im ländlichen Raum oder in Randlagen von Schleswig-Holstein?

Diese Schulen sind strukturell benachteiligt, brauchen aber trotzdem gute Lehrerinnen und Lehrer, um die gewachsenen Strukturen Schleswig-Holsteins zu erhalten. Bisher wurde den Bewerberinnen und Bewerbern, auch wenn sie nicht an ihre Wunschschule oder Wunschort gehen konnten, aus dem

Ministerium weitere Angebote unterbreitet.

Nun konkurrieren diese Schulen nicht nur mit den anderen Schulen in Schleswig-Holstein, sondern auch mit allen anderen Schulen in Deutschland.

Was können unsere Schulen aber bieten, wenn sie außer der Einstellung und dem Schulprogramm keinen Anreiz für eine Arbeit an einem nicht ganz so attraktiven Ort bieten können?

Und wer behält den Überblick über die Stellenbörse und kümmert sich um die Versorgung von Schulen in einem schwierigeren Umfeld? Denn das gleiche Problem gilt für Schulen in städtischen Brennpunktquartieren.

Können mit dem neuen Verfahren wirklich neue Kolleginnen und Kollegen für unsere Schulen angeworben werden?

Auch wenn Herr Klug sagt, dass uns andere Bundesländer schon einige Leute weggeschnappt haben – Wird uns das wirklich helfen, mehr grundsätzlich guten Nachwuchs für hochwertige Schulen zu bekommen? Ich denke kaum. Im Bundesvergleich zahlt Schleswig-Holstein gerade für die Kolleginnen und Kollegen an Grund- und Regionalschulen (die „ehemaligen“ Grund- und Hauptschul- sowie Realschullehrkräfte) die geringsten Gehälter und verlangt je nach Vergleich die gleiche bzw. mehr Arbeit.

Wir brauchen also eine Anpassung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen an unser neues Schulsystem. A13 als Einstiegsgehalt für alle Lehrkräfte bei 24 Stunden Unterrichtsverpflichtung wären hier ein echter Schritt nach vorne, denn wer kommt zu uns bzw. bleibt hier, wenn er in Zeiten von Nachwuchsmangel schon in Hamburg oder Bremen mehr Geld für weniger Belastung bekommt?

Wenn wir dann auch noch die bei uns in Flensburg und Kiel ausgebildeten Lehrkräfte nicht langfristig halten können, entsteht ein wahnsinniges Minusgeschäft!

Was ist mit Extraarbeit für die Schulen?

Eine zentrale Frage ist auch, wie die Schulleitungen die neuen Aufgaben leisten sollen. Es ist natürlich gut, sich die passenden Leute selber auszusuchen. Gegenüber dem bisherigen Verfahren müssen die Schulleitungen aber viel mehr Arbeitszeit in die Umsetzung (Ausschreibung, Bewerbungen sichten, Gespräche etc.) stecken. Woher soll diese kommen? Bekommen die Schulen dafür zusätzliche Entlastungsstunden oder neue VerwaltungsmitarbeiterInnen?

Was ist mit der Lehrerausbildung?

Das Kernproblem unseres Nachwuchsmangels ist immer noch die Ausbildung der Lehrkräfte in Schleswig-Holstein. Bevor wir über die Einstellung nachdenken können, müssen wir erst einmal

eine hochwertige und an das neue Schulsystem angepasste Ausbildung anbieten. Wer schlägt denn noch den Weg z.B. eines Realschullehrers ein, wenn er genau weiß, dass die Schulart bundesweit abgeschafft wird?

Vielmehr brauchen wir eine Lehrerausbildung, die in einer ersten Phase allgemein für die Mittelstufe ausbildet und in einer zweiten Phase eine Spezialisierung zu Grundschul-, Sekundarstufe1- oder Sekundarstufe2-Lehrkräften stattfindet.

Alles nur Ablenkung?

In diesem Sinne gibt es leider noch zu viele wichtig(er)e offene Fragen, die leider durch die Vorstellung des neuen Einstellungsverfahrens im Schnellschuss nicht beantwortet werden. Ob diese Arbeitsweise zu Vertrauen bei den neuen Bewerberinnen und Bewerbern beiträgt?

Eine verantwortungsvolle Landesregierung hätte sich auf jeden Fall nicht nur auf Luftballons spezialisiert, sondern zumindest gleichzeitig ein Konzept für das neue Schulsystem und dessen angehende und bestehende Mitarbeiter mitgeliefert.

Oder ist die auch nur wieder ein Versuch mit vordergründig guten Meldungen von dem Desaster mit dem neuen Schulgesetz und der übrigen Bilanz dieser schwarz-gelben Landesregierung abzulenken?

Kommentar von [Peter](#) vom 06.02.2011, 09:05 Uhr:

RE: Schulen in Schleswig-Holstein sollen Lehrkräfte nun selb

Unternehmen haben Probleme auch mit 1000 EUR zusätzlich im Monat Leute von Berlin nach Hamburg zu locken... Den Menschen ist ihre Lebensstil viel wert. Das Land verspielt den einzigen Wert, den es hat: Den exklusiven Zugang zum Lehrerberuf.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 06.02.2011, 00:18 Uhr:

RE: Schulen in Schleswig-Holstein sollen Lehrkräfte nun selb

Recht hast du Ulf, wer nichts bieten kann, was ihn vor den Mitbietern unterscheidet, hat keine Verhandlungschancen. Als Personalrat in Hamburg kann ich alle bestätigen, was du an Problemen beschreibst. Gute Bewerber haben mehrere Bewerbungen parallel laufen und suchen sich unter den Zusagen die aus, die ihnen am meisten zusagt. Schulen in ungünstiger Lage oder mit schwieriger Schülerschaft haben das Nachsehen. Sie können nicht mehr Geld oder günstigere Arbeitsbedingungen bieten. Hier ist die ordnende Hand einer Landesbehörde von Nöten, wir sind wieder beim Thema "starker Staat" angelangt. Hier ist eine Liberalisierung kein Gewinn, das kann sich nur so anhören, für die, die das glauben wollen. Es kommt hinzu, dass die LehrerInnen ja weiterhin Landesbedienstete sind. Was soll also der Quatsch?

Landstromversorgung von Schiffen im Hafen

Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Lars Juister, und der stellvertretende Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, begrüßen das Engagement der beiden großen Reedereien Stena Line und Color Line, ihre Schiffe in Häfen ans Landstromnetz anzuschließen:



„Landstrom ist eine gute Lösung, um in den Häfen weniger Schadstoffe in die Luft zu blasen. Besonders die großen Schiffe verbrennen auch im Hafen liegend große Mengen an Treibstoff zur Deckung des eigenen Strombedarfs. Durch den „Schiffstrom aus der Steckdose“ muss der Motor im Hafen nicht mehr durchgehend laufen und die belastenden Emissionen in den Innenstädten können massiv gesenkt werden. Wenn es dann noch gelingt, den hier gelieferten Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen, ist die Landstromversorgung ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz.

Wir freuen uns darüber, dass sich die Fährunternehmen in diesem Bereich engagieren. Auch in Kiel wurden beim Bau des Schweden- und des Ostseekais die Weichen für die Einführung von Landstrom gestellt. Unser Ziel ist, dass die großen Fähren auch in Kiel möglichst bald „an die Steckdose“ gehen können!“

Keine Kommentare

Von wegen Politikmüdigkeit - aktiver SPD-Ortsverein Steinfeld-Ulsnis

Die hohe Beteiligung auf der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis am 4. Februar im Landgasthof „Jäger´s Ruh“ in Steinfeld war der Beweis dafür, dass großes Interesse am aktiven Mitwirken in der Politik besteht. Anne Marxen wurde als Vorsitzende einstimmig bestätigt und zeigte sich sehr erfreut, mit Torben Mohrfeldt aus Ulsnis, der als stellvertretender Vorsitzender gewählt wurde, einen jugendlichen Mitstreiter an ihrer Seite zu wissen.

„Mir ist es sehr wichtig, die Jugend für Politik zu begeistern und sie zu fördern“ war die Aussage der Vorsitzenden. Durch die Wahl mit Johanna Tiedemann als Beisitzerin verjüngte sich weiterhin der Vorstand.

Nach den Wahlen berichtete MdL Birte Pauls über einen Besuch in Kopenhagen, wo die Delegation aus SH das Thema „Fehmarnbelt-Querung“ mit dem dänischen Verkehrsminister behandelt habe. Weiterhin berichte sie über aktuelle Themen aus dem Landtag und aus dem Landesvorstand.

Ralf Wrobel berichtete über die Schwerpunkte des Kreisverbandes SL-FL. Zum Thema Agraranlagen, Maisanbau und Schwerlasttransporte wurde im Januar 2011 eine Veranstaltung in Steinberg durchgeführt. Erwartet wurden 60, gekommen sind aber über 150 Interessierte. Da viele in unserer Region an diese Themen, aber auch besonders das Thema Massentierhaltung, interessiert

und einige Bürgerinitiativen ganz aktiv sind, wird der Kreisverband im nächsten Monat mit Fachleuten eine Veranstaltung zum Thema „Massentierhaltung“ in Satrup anbieten.

Es wurde weiterhin das Thema der Massenbewegungen in Ägypten behandelt und bemängelt, dass der Außenminister Westerwelle keine eindeutigen Aussagen macht zum Absetzen des Präsidenten Mubarak. Europa schließt sich nicht den Forderungen der USA und anderen Staaten an zum sofortigen Rücktritt von Mubarak. Die Jahreshauptversammlung beschloss eine Resolution an den Vorsitzenden der SPD im Europäischen Parlament Martin Schulz, dass er sich umgehend dafür einsetzen möge, seinen Einfluss auf den Europäische Rat zum sofortigen Absetzen des Staatspräsidenten von Ägypten mit sofortiger Wirkung einzusetzen.

Einige Mitglieder betonten auf der Jahreshauptversammlung, wie wichtig die Arbeit vor Ort sei. Die Gemeinde Steinfeld hat in den letzten 15 Jahren Dank der sozialdemokratischen Politik in der Gemeinde viel in sozialer Hinsicht für die Bevölkerung erreicht. Diese SPD-Hochburg ist kreisweit bekannt und die Arbeit wird überall geschätzt.

Zum Schluss der Versammlung wurden noch die Aktivitäten für das Jahr behandelt. Das traditionelle Sommerfest mit allen Ortsvereinen des Amtes Süderbrarup soll in diesem Jahr am 3. September in Steinfeld-Krock stattfinden.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 05.02.2011, 19:25 Uhr - 6754 Clicks - Nr. 122

TSV Audorf siegt bei REpower-Soccer-Cup

Beim 2. REpower-Soccer-Cup an diesem Wochenende in Osterrönfeld konnte sich der TSV Vineta Audorf klar im Finale gegen den Preetzer TSV mit 5:3 behaupten und erhielt damit das von der Firma REpower gesponserte Preisgeld in Höhe von 500 Euro samt Wanderpokal.

An zwei Tagen veranstaltete der Osterrönfelder TSV (OTSV) das im letzten Jahr erstmals aufgelegte Fußball-Turnier, das durch die Teilnahme zahlreicher

Fußballmannschaften wieder eine rundum gelungene Sportveranstaltung wurde. So war es möglich, dass die angereisten Mannschaften auch gleich ihr sportliches Leistungsniveau nach der Winterpause testen und sich mit den anderen Teams messen konnten. Angetreten waren der SH-Ligist TSV Kropp, die fünf Verbandsligisten (OTSV, BTSV, Comet Kiel, Preetzer TSV, Husumer SV) und neun Kreisligisten (OTSV II, Vineta Audorf, TuS Jevenstedt, TuS Rotenhof, SV Fleckeby,



TSV Lütjenwestedt, SV Holtsee, TuS Holtenau, TuS Bargstedt).

Zwar konnte sich der OTSV beim Spiel um Platz 3 nicht gegen den Husumer SV durchsetzen, unterlag knapp mit 1:2, freute sich jedoch über Trainer Arne Steltner. Dieser konnte sich beim originellen Lattenschießen im Duell gegen die anderen Fußball-Trainer durchsetzen und traf als Einziger das Aluminium.

Bei der Siegerehrung dankte OTSV-Ligaobmann, Dennis Schmidt, den Teams für das Fairplay, den Hauptsponsoren REpower Systems AG und Struck-Winkler Einbauküchen für die Unterstützung sowie den vielen ehrenamtlichen Helfern, die diese Veranstaltung erst möglich gemacht haben.

--

Keine Kommentare

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 05.02.2011, 22:11 Uhr - 124197 Clicks - Nr. 123

Willy-Brandt-Medaille für Admins von SPD-NET-SH

Anlässlich des Neujahrsempfangs des SPD-Landesverbands erhielten drei Hauptadmins der Internetkooperative SPD-NET-SH für ihre ehrenamtliche Arbeit die Willy-Brandt-Medaille der SPD.

Vor zehn Jahren begann die Geschichte von SPD-NET-SH, als die SPD-Kreisverbände Nordfriesland, Dithmarschen, Steinburg und Segeberg mit ihrer Internetkooperation starteten. Grundlage war das von Gaby Lönne in Witzwort auf Eiderstedt entwickelte Content-Management-System. Seit Beginn



ist Martin Preuschhof aus Norderstedt verantwortlicher Administrator und seit 2005 hat Carsten Schröder aus Wilster viele technische Neuerungen eingeführt.

SPD-NET-SH wird heute von 335 Gliederungen in allen SPD-Kreisverbänden in Schleswig-Holstein genutzt und das System wurde in mehrere andere Bundesländer übertragen.

Weitere Hauptadmins unterstützen die Arbeit an dem System, das von Beginn an als ehrenamtliches Projekt betrieben wurde.

Martin Preuschhof und Carsten Schröder erhielten die Medaille vom Sprecher der Kooperative, Rudolf Riep, Gaby Lönne (kleines Bild) bekam die Medaille direkt auf dem Neujahrsempfang der SPD in Kiel.

Inzwischen ist die Kooperation dabei, den Sprung in die neuen sozialen Netze zu gehen und ist auch hier wieder bundesweit an der Spitze der technischen Entwicklung.

Unter <http://social.spd-net-sh.de> wächst die neue Ebene des Internet-Netzwerks in die nächste Generation.

Kommentar von [Stormarner Kulturforum / Christian P. Schlichte](#) vom 14.02.2011, 17:15 Uhr:

RE: Willy-Brandt-Medaille für Admins von SPD-NET-SH

Herzlichen Glückwunsch zur Auszeichnung! ___ Wir haben spd-net-sh immer unterstützt und waren im Kreisverband Stormarn die Ersten, die Eure Plattform genutzt haben. ___ Nach interner PR hat sich der KV dann letztlich auch zur Teilnahme entschlossen und nutzt spd-net-sh heutzutage intensiv - wie auch die Ortsvereine. ___ Weiter so! ___ Regardz, C.P. Schlichte / Stormarner Kulturforum ___ <http://www.spd-net-sh.de/stormarn/oldesloe/index.php?menu=1>

Kommentar von [Hans-Christian Koch](#) vom 11.02.2011, 10:46 Uhr:

RE: Willy-Brandt-Medaille für Admins von SPD-NET-SH

Auch vom OV Silberstedt herzliche Glückwünsche und von mir persönlich ein großes Dankeschön für die Hilfe und Unterstützung. Es ist toll, was ihr leistet!

Kommentar von [Anne Marxen](#) vom 06.02.2011, 22:06 Uhr:

RE: Willy-Brandt-Medaille für Admins von SPD-NET-SH

Liebes Haupt-Admin-Team, von mir auch die herzlichsten Glückwünsche für die Verleihung der Auszeichnungen! Ihr habt es in jeder Hinsicht verdient. Vielen Dank für die vielen Tipps und Unterstützungen, die ich bei der Pflege von 4 Homepages im spd-net-sh von euch erfahren habe. Weiterhin gutes Gelingen! Solidarische Grüße von Anne Marxen .

Kommentar von [Herbert Ohms](#) vom 06.02.2011, 10:35 Uhr:

RE: Willy-Brandt-Medaille für Admins von SPD-NET-SH

Liebe Haupt-Admins, auch von mir herzliche Glückwünsche zur Verleihung der Willy-Brandt-Medaille. Ihr leistet eine tolle Arbeit und unterstützt die Administratoren vor Ort bei ihrer Arbeit bei allen großen und auch kleinen Problemchen bei der Gestaltung der Internetseiten. Und das - rund um die Uhr. Herzlichen Dank dafür! Herbert Ohms, Admin im Bereich Flensburg

Kommentar von [Gisela Teuchert-Benker](#) vom 06.02.2011, 00:50 Uhr:

RE: Willy-Brandt-Medaille für Admins von SPD-NET-SH

Herzlichen Glückwunsch! Ich finde es ganz wichtig, dass ehrenamtliches Engagement auch offiziell gewürdigt wird. Das treibt vielleicht auch andere an.

Kommentar von [Dirk Lerche](#) vom 06.02.2011, 00:35 Uhr:

RE: Willy-Brandt-Medaille für Admins von SPD-NET-SH

Eine schöne Anerkennung für eine jahrelange, stets verlässliche, ehrenamtliche Arbeit der Kooperation. Danke an die Initiatoren!

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 06.02.2011, 00:06 Uhr:

RE: Willy-Brandt-Medaille für Admins von SPD-NET-SH

Die Drei haben es verdient.

AfA SL-FL zur Situation in Ägypten

Die AfA Schleswig-Flensburg hat u. a. Resolution beschlossen, die an MdEP Martin Schulz, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, weitergeleitet wurde:

Martin Schulz, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten im Europaparlament, wird aufgefordert, sich mit anliegender Resolution beim Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass der ägyptische Präsident Mubarak zurücktritt.



Resolution

Der Europäische Rat wird aufgefordert, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass der ägyptische Staatspräsident mit sofortiger Wirkung von seinem Amt zurück tritt. Es kann nicht hingegenommen werden, dass marodierende Schlägertrupps die Bevölkerung eines Landes mit einer so hohen Kultur einzuschüchtern versuchen und sie ihrer Rechte auf Selbstverwirklichung und Demokratie zu berauben versuchen. Das ägyptische Volk hat von der jahrelangen Herrschaft eines totalitären Regimes die Nase voll und will zu freier Selbstbestimmung finden.

Wir gehen davon aus, dass die meisten Menschen in Europa, wie auch wir, die wir diese Resolution verfasst haben, nicht im Ansatz gewusst haben, inwieweit der ägyptische Staatspräsident sein Volk in diesem Maße unterdrückt hat. Der zum Rücktritt aufzufordernde Staatspräsident wurde in den westlichen Medien als Garant des Friedens in Nahen Osten dargestellt und von unseren Staatenlenkern hofiert. Dass wir dies nicht kritisch hinterfragt haben tut uns leid und darum fordern wir vom Europäischen Parlament, dass es sich unverzüglich auf die Seite des ägyptischen Volkes und dessen Rechte stellt.

Es kann nicht angehen, dass Europa und besonders der Außenminister Westerwelle immer noch rum laviert, um sich hinterher auf die Seite des Stärkeren stellen zu können. Die Menschenrechte, freie Wahlen und Demokratie sind für uns selbstverständlich. Aus diesem Selbstverständnis heraus fordern wir dies auch für andere Völker.

Keine Kommentare

SPD Großhansdorf startet durch

Zu einer Klausur trafen sich nun die Mitglieder der SPD Großhansdorf im Gemeindehaus der Freikirchlichen Gemeinde. Der Ortsverein Großhansdorf hat im letzten Jahr Mitglieder hinzugewonnen, die es nun, über die monatlichen Fraktions- und Vorstandssitzungen hinaus, mit ihren Fähigkeiten und Ideen in das Parteileben einzubinden galt. Am späten Nachmittag bekam die Runde Besuch von Martin Habersaat, der die Diskussion mit Themen- und Veranstaltungsbeispielen aus dem Kreis anreichern



konnte.

Der Landtagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende gab einen Ausblick auf das politische Jahr 2011 und stellte gelungene Beispiele von SPD-Arbeit im Kreis Stormarn vor. Habersaat: "Ich komme viel herum und sehe viele spannende Projekte und gute Ideen. Da ist es natürlich ganz in meinem Interesse als Kreisvorsitzender, diese möglichst weit zu verbreiten."

Mit Hilfe der fachkundigen Moderation von Georg Liebig wurden Ziele und Wege gesucht und gefunden. Die Großhansdorfer Sozialdemokraten wollen künftig in drei Arbeitsgruppen verschiedene inhaltliche Schwerpunkte angehen: Bildung, Strukturpolitik und demographischer Wandel sowie Gewerbe- und Dienstleistungsförderung vor Ort sollen in diesen Gruppen bearbeitet werden. Ziel ist es auch, das Profil der SPD Großhansdorf zu schärfen und darüber auch die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit erhöhen.

Die Ortsvereinsitzungen finden zukünftig jeden 2. Mittwoch im Quartal statt. Wer Lust hat mitzuwerkeln ist herzlich willkommen und meldet sich am besten bei Uwe Westphal oder Reinhardt Niegengerd (Kontakt Daten unter www.spd-grosshansdorf.de). Eingeladen sind auch Interessierte, die (noch) keine SPD-Mitglieder sind.

Foto: Martin Habersaat und Uwe Westphal (beide stehend) bei der Klausur.

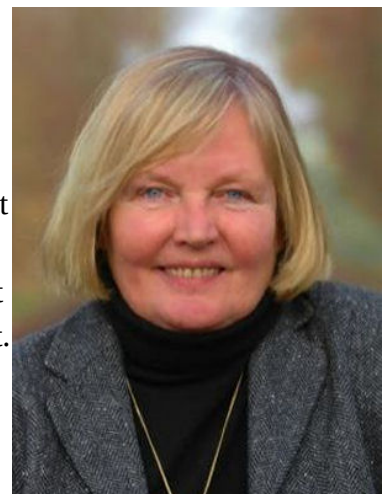
Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 06.02.2011, 17:38 Uhr - 6396 Clicks - Nr. 126

Elternbeteiligung: 'Rin inne Kantüffel, rut ut de.....'.

Sigrid Kuhlwein, Kolumne für das Stormarner Tageblatt

Als Uneingeweihte könnte man meinen, die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten gehört zu den Haushaltspositionen, die in der Höhe zur Haushaltssanierung des Landes beitragen. Oder wie sonst ist zu erklären, dass sie von der CDU im Landtag über die Jahre mal eingeführt und mal wieder abgeschafft wird. 'Rin inne Kantüffel, rut ut de ...' ..Je nachdem, wie stark der Gegenwind aus den Kommunen weht.



Auch in Stormarn gab's das: 2004 setzte die damalige CDU-Mehrheit gegen den erklärten Widerstand der Sozialdemokraten im Kreistag eine Elternbeteiligung durch. Begründung: Haushaltssanierung und Nutzbarkeit der Fahrkarte auch in der Freizeit. Aufgesattelt wurde diese Regelung von der CDU im Landtag, die drei Jahre später die Kreise per Schulgesetz-Änderung gesetzlich verpflichtete, die Eltern mit 30 % an den Schülerbeförderungskosten zu beteiligen, das waren in Stormarn etwa 8,50 bis 10 € pro Kind und Fahrkarte. Es hagelte landesweit berechnigte Proteste von Eltern und Kommunalpolitikern auch aus

den eigenen Reihen. Damals weilte der Ministerpräsident in Indien und pfiff per Telefon seine CDU zurück. Da gab es dann im Februar 2008 die Rolle rückwärts und Kreise und Schulträger durften entscheiden, ob sie kassieren wollten oder nicht. Stormarn wollte nicht und investierte eingespartes Geld in Verbesserungen in der Schülerbeförderung.

Drei Jahre sind ins Land gegangen. Und nun ist der schwarz-gelben Landesregierung wie-der eingefallen, per Schulgesetz den Kreisen wieder die Einführung der Elternbeteiligung aufzuerlegen, zur Abwechslung mal ohne konkrete Prozentzahlen. Ob die Kreise wollen oder nicht, sie müssen sich irgendwie stellen. In der Öffentlichkeit, bei Eltern, rührt sich bisher noch nicht der Widerstand, vermutlich, weil es da noch andere Baustellen im Schulgesetz gibt, viele handwerkliche Fehler also, mit denen Eltern fertig werden müssen..

Die SPD-Kreistagsfraktion lehnt wie bisher auch eine Kostenbeteiligung von Eltern an den Schülerbeförderungskosten konsequent ab. Wir wollen nicht, dass Familien mit Kindern zusätzlich belastet werden. Außerdem, so optimal sind die Busanbindungen in einigen Dörfern außerhalb der Schulzeit nicht, dass guten Gewissens von den Eltern eine Eigenbeteiligung verlangt werden kann. Wir verurteilen das ständige Hin und Her und fordern mehr Verlässlichkeit bei der Gesetzgebung. Eltern sollen wissen, woran sie sind. Und Kreisen wie auch Schulträgern sollte es überlassen bleiben, ob sie und in welcher Höhe Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung beteiligen wollen oder andere Lösungen bevorzugen.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 08.02.2011, 18:44 Uhr:

RE: Elternbeteiligung: 'Rin inne Kantüffel, rut ut de.

Wollen würd' sie schon aber dürfen hat sie sich nicht getraut die CDU in Steinburg. Auch hier wollen die Konservativen eigentlich gerne wieder Schülerbeförderungskosten von den Eltern kassieren. Könnten sie auch mühelos durchsetzen zusammen mit der FDP aber sie wollen dafür nicht in die Haftung genommen werden. Das soll das Land machen, dann haben sie vor Ort keine Schuld und mischen sich unter die Opfer um mit zu jammern. Solange dem die SPD mit Klarheit begegnet wird es in den Kreisen keine Schülerbeförderungskostenbeteiligung geben. Das wird auch in Stormarn so sein. In diesem Punkt wird die Selbstblockade der CDU eine Verschlechterung der Bildungschancen verhindern, denn nichts anderes kommt dabei heraus, wenn der Weg zur Schule Geld (der Eltern) kostet. Und wieder würde es die weniger bildungsorientierten Teile der Bevölkerung treffen.

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 07.02.2011, 08:45 Uhr - 5873 Clicks - Nr. 127

Es ist Zeit zu gehen, Herr Dr Klug!

Zur Übernahme „politischer Verantwortung“ für einen wieder zurückgezogenen Erlass durch den Bildungsminister erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber:

Minister Dr. Klug gibt zu, dass er persönlich den Erlass freigegeben hat. Somit war ihm nicht nur der Inhalt bekannt, sondern er hat auch den Wortlaut abgesegnet. Damit straft er seinen Fraktionsvorsitzenden Lügen, der vollmundig die angeblich „sozialdemokratisch durchgezogene Ministerialbürokratie“ für die Formulierungen verantwortlich gemacht hat – ein in höchstem Maße schäbiges Ablenkungsmanöver Kubickis. Wir respektieren, dass Minister Klug die Verantwortung

übernimmt. Aber nach all dem Chaos, das er mit seinem Schulgesetz angerichtet hat, kann „politische Verantwortung“ übernehmen nur heißen: Es ist jetzt Zeit für Sie zu gehen, Herr Klug!
Kommentar von [Roland Scharff-Knuth](#) vom 07.02.2011, 21:02 Uhr:

RE: Es ist Zeit zu gehen, Herr Dr Klug!

ehr geehrter Herr Minister Klug, ich kann mich nur anschließen: Bitte gehen Sie! Mit diesem Erlass haben Sie in aller Deutlichkeit gezeigt, wohin Sie unsere Bildungspolitik gebracht haben. Sie geben einen Erlass frei, der Eltern und Schülern quasi staatlich verbrieft, dass unser Schulgesetz, an dem Sie maßgeblich Anteil haben, nicht die Freude am Lernen vermittelt, sondern krank machen kann. Bei einem ausgewogenen, differenzierten Schulgesetz, das auch seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Schülern und Schülerinnen nachkommt, ist das, was Sie da zusammen gebastelt haben, ausgeschlossen. Leider, sehr geehrter Herr Klug, klingt das, was Sie da auf den Weg gebracht haben, aber eher reichlich zynisch. Denn: Scheitert dein Kind an der Schule, dann gehe zum Arzt und lass dir ein Attest ausstellen. Soll das der klägliche Versuch sein, quasi die "Notbremse" zu ziehen, um einem menschlich abwertenden Schulgesetz den Anstrich von Fürsorge zu verpassen? Dann muss ich sagen: Setzen, 6! Herr Minister, das Klassenziel haben Sie nicht erreicht.

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.02.2011, 11:54 Uhr - 1851 Clicks - Nr. 128

Es tut sich etwas in Kiel!

„Museen am Meer“:

Im Februar 2010 schlossen sich die städtischen Museen und die Stadtgalerie mit den Museen der Universität zusammen um ihrem einzigartigen Profil gemeinsam eine neue Perspektive zu bieten. Wir freuen uns sehr, dass der Förderbescheid für die neu einzurichtende Koordinationsstelle inzwischen vom Land bei uns angekommen ist. Zeigt es doch, dass die Initiatorinnen und Initiatoren richtig lagen mit Ihrer Idee, gemeinsam etwas Neues zu schaffen und alle Häuser in den Mittelpunkt der Kieler Museumslandschaft zu rücken. Gemeinsame Strategien entwickeln, sich ergänzen und abstimmen ist das Ziel und sollte nun zügig umgesetzt werden. Der Umbau des Warleberger Hofes ist perfekt gelungen. Nun hoffen wir sehr, dass sich auch die Neugestaltung der Fischhalle zügig umsetzen lässt. Die Weichen dafür sind gestellt.

Ingrid Lietzow
kulturpolitische Sprecherin
SPD-Ratsfraktion

Ulrike Kahlert
kulturpolitische Sprecherin
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antje Danker
SSW-Ratsfrau

Keine Kommentare

Neues Schulgesetz: Verunsicherung auch in Norderstedt

„Ich würde der Koalition in Kiel gerne vorwerfen, sie verfolge einen Plan, um die Erfolge der letzten Jahre zurückzuschrauben. Aber ich kann es nicht. Ein Plan sieht anders aus. Dieses neue Schulgesetz entstand eher nach Motto: „Macht doch was ihr wollt. Wir wissen eh nicht, wovon wir reden.“

„Ich würde der Koalition in Kiel gerne vorwerfen, sie verfolge einen Plan, um die Erfolge der letzten Jahre zurückzuschrauben. Aber ich kann es nicht. Ein Plan sieht anders aus. Dieses neue Schulgesetz entstand eher nach Motto: „Macht doch was ihr wollt. Wir wissen eh nicht, wovon wir reden.“, so kommentiert Katrin Fedrowitz, die Vorsitzende der Norderstedter SPD das neue Schulgesetz des Landes Schleswig-Holstein.



Das neue Schulgesetz werfe den langersehten Schulfrieden, der durch das seinerzeit von der Großen Koalition in Kiel gemeinsam getragene Schulgesetz gesichert war, über Bord.

In Norderstedt herrsche eine bleibende Unruhe an den Schulen. Viele Lehrer, Eltern und Schüler sehen die Mehrarbeit auf sich zukommen oder empfinden weiterhin steigende Verunsicherung, wenn es um die Schulwahl der eigenen Kinder geht. Zwar kann an den Gemeinschaftsschulen weiterhin eine gymnasiale Oberstufe entstehen und die Schülerinnen und Schüler können auch dort das Abitur in neun Jahren erreichen, aber die Verunsicherung der Eltern in Bezug auf die richtige Schulwahl für ihr Kind steigt weiter. Auch die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist sich sicher „dass dieses Gesetz mit Sicherheit nur eine Restlaufzeit von maximal zwei Schuljahren haben wird“.

Die CDU/FDP-Koalition spaltet das Gymnasium in mindestens drei Formen auf: Solche, die nach acht Jahren zum Abitur führen, solche, die es nach neun Jahren tun und solche, die beides zugleich anbieten.

„Schwarz-Gelb erschwert damit auch die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen. Es zeigt sich klar, dass die FDP im Norden für eine besonders rückständige Bildungspolitik steht. Das wirklich Dreiste an diesem Gesetz ist, dass dort zwei Parteien etwas beschließen, die keine Mehrheit bei der Wahl bekommen haben und nur noch dank einer großzügigen Gnadenfrist des Landesverfassungsgerichts regieren dürfen.“

Keine Kommentare

Cruise Kiel: Kieler Idee für ganz Schleswig-Holstein

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der stellvertretende Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

„Endlich kann ein gutes Tourismusprojekt umgesetzt werden, das sowohl in Kiel als auch im ländlichen Raum die touristische Nachfrage verstärken kann. Mit dem Projekt „Cruise Kiel“ werden attraktive Events am Kieler Kreuzfahrtterminal ermöglicht. Zugleich sollen Kreuzfahrtpassagiere durch verlockende Kombi-Angebote ermuntert werden, schon einen oder zwei Tage vor Abfahrt des Kreuzfahrtschiffes in Kiel in Schleswig-Holsteins Regionen Urlaub zu machen, z.B. auf einer Schlösser- und Herrenhäuser-Tour durch den Kreis Plön oder ein Wattenmeer-Erlebnis-Weekend auf der Halbinsel Eiderstedt. Diese von den Kieler Gesellschaften Seehafen Kiel GmbH & Co. KG, der Kiel-Marketing GmbH und der Wirtschaftsverwaltung entwickelte Idee kann den Tourismus in der Hafenstadt Kiel und im ländlichen Raum durch zusätzliche Buchungen beleben und sichert so Arbeitsplätze. Nun endlich hat das schleswig-holsteinische Wirtschaftsministerium grünes Licht für die Umsetzung der Kieler Idee gegeben. SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung sind zufrieden, dass schlussendlich alle eingesehen haben, wie nützlich „Cruise Kiel“ für alle in Schleswig-Holstein sein wird.“

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 09.02.2011, 11:59 Uhr - 18148 Clicks - Nr. 131

Sportplatz an der Heidewegschule endlich erneuern!

Sportplatz an der Heidewegschule endlich erneuern! Blockade von CDU und FDP verhindert die notwendige Sanierung. Behinderten Schülerinnen und Schüler steht seit einem Jahr keine Freisportanlage zur Verfügung, kritisieren Nicolai Overbeck und Werner Harms
Die SPD-Kreistagsfraktion fordert, den Sportplatz der Heidewegschule in Appen-Etz endlich zu sanieren. Bereits im letzten Jahr stellte die SPD-Fraktion einen Antrag, die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Dieser wurde jedoch von CDU und FDP abgelehnt, obwohl der Platz schon damals nicht mehr genutzt werden konnte.

„Die Schule braucht diesen Sportplatz dringend, um ihr gutes Angebot für die Schülerinnen und Schüler in vollem Umfang aufrecht zu erhalten“ stellt Nicolai Overbeck, schulpolitischer Sprecher seiner Fraktion fest. Die Schule hatte der Kreisverwaltung bereits mitgeteilt, dass die Sanierung höchste Priorität hätte.

Der Platz weißt schon seit einiger Zeit erhebliche Mängel im Bereich der Umzäunung und des Bodens auf. Deshalb war eine Nutzung der Fläche mit den Schülerinnen und Schülern nicht mehr möglich. „Durch den harten Winter vor einem Jahr haben sich die Mängel noch deutlich verstärkt“, so Werner Harms, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, „Das Fundament hat durch den starken Frost derart gelitten, dass es nun wohl völlig erneuert werden muss.“ Dabei werden nach Schätzung der Verwaltung Kosten in Höhe von rund 160.000 Euro entstehen.

„Wäre die Mehrheit im letzten Jahr dem SPD-Antrag gefolgt, so hätte man die Sanierung deutlich günstiger hinbekommen und der Platz wäre schon ein ganzes Jahr für die Schule nutzbar gewesen“, sind sich Harms und Overbeck sicher.

Im Entwurf des Kreishaushaltes für die Jahre 2011/2012 sind sämtliche Investitionen aus diesem herausgenommen. Nun muss politisch entschieden werden, in welchen Bereichen Geld zur Verfügung stehen soll. Für die SPD ist es von besonderer Bedeutung, dass ein optimales Schulangebot für geistig behinderte Kinder im Kreis vorhanden ist. Dafür ist ein nutzbarer und sicherer Sportplatz unumgänglich.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 09.02.2011, 12:43 Uhr - 7104 Clicks - Nr. 132

Landesförderzentrum Sprache in Wentorf

Im vergangenen Jahr feierte das Landesförderzentrum Sprache in Wentorf seinen 50. Geburtstag. Eltern, Schüler und Bildungsexperten loben die gute Arbeit in der Sprachförderung, die hier für die Klassen 1-4 angeboten wird, für viele der etwa 100 Schülerinnen und Schüler als Internat. Nun plant die Landesregierung, das Landesförderzentrum Sprache mit anderen Einrichtungen in Schleswig zusammenzuführen und die Einrichtung in Wentorf zu schließen.



Grund genug für die SPD, sich vor Ort ein Bild zu machen, also organisierte der örtliche Abgeordnete Olaf Schulze einen Termin mit seinen Kollegen Martin Habersaat und Dr. Henning Höppner aus dem Bildungsausschuss. Auch lokale SPD-Politiker waren dabei.

Die Abgeordneten konnten in Wentorf die Schule besichtigen und im Unterricht sowie bei Einzelfördermaßnahmen hospitieren. Martin Habersaat, bis zu seinem Einzug in den Landtag selbst Lehrer, stellte fest: „Wir haben hier eine gut funktionierende Schule und ein gut funktionierendes Team gesehen, Pädagogen und Schüler, denen ihre Arbeit Spaß macht. Das alles in einer traumhaften Lage im Sachsenwald.“ Eben diese Lage droht dem Landesförderzentrum nun zum Verhängnis zu werden: Die Landesregierung möchte leer stehende Räume in den Landesförderzentren für Hören und Sehen, die beide in Schleswig liegen, mit der Wentorfer Einrichtung auffüllen und das Gelände in Wentorf anschließend verkaufen. Nicht alle Pädagogen würden den Umzug in den nördlichen Landesteil mitmachen, dort müssten neue Strukturen aufgebaut werden.

„Pädagogisch ist dieser Umzug nicht zu begründen“, resümierten die SPD-Politiker. Eine sinnvolle Alternative zum bisherigen Betrieb könne allein die Stärkung von wohnortnahen Angeboten in den

Kreisen sein, allerdings gebe es die dafür nötige Infrastruktur noch nicht. Für die Zwischenzeit in Schleswig etwas aufzubauen, was in Wentorf bereits funktioniert, scheint nicht vernünftig. Dr. Henning Höppner, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: „Wenn Projekte in sich nicht logisch sind, packt man sie am besten zur Seite. Das sollte das Bildungsministerium hier auch tun und Strukturentscheidungen einer neu legitimierten Regierung überlassen.“

Foto: Abgeordnete und Elternvertreter

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 09.02.2011, 12:57 Uhr - 3499 Clicks - Nr. 133

Ralf Stegner in Glinde

Zur Februar-Monatsversammlung konnte der Vorstand der SPD Glinde um den Vorsitzenden Frank Lauterbach den SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Ralf Stegner im Bürgerhaus begrüßen. Über 50 interessierte Gäste, mit SPD-Parteibuch und ohne, waren gekommen. Dabei war auch der örtliche SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat (33). Lauterbach und Stegner begannen mit einem Gespräch über aktuelle Themen, dann stellte Stegner sich und seine Positionen vor und die Gäste konnten Fragen stellen.



HSV-Fan Stegner bekannte, in seinem Herzen gebe es auch Platz für den FC St. Pauli. Außerdem liegen dem geborenen Pfälzer auch noch der 1. FC Kaiserslautern und der SC Freiburg am Herzen, letzterer aus Freiburger Studententagen. „Ehrlicher Kampf liegt mir näher als filigranes Tricksen“, bekannte Stegner und leitete damit zum politischen Teil über. Es komme auch auf die Aufstellung an - und da habe die SPD Stormarn mit Martin Habersaat einen guten Neuzugang für die Landtagsfraktion beigesteuert. „Hart in der Sache, verbindlich im Ton und oft mit einem Augenzwinkern“, lobte Stegner.

Stegner sparte in seiner Rede die Niederlage bei der Landtagswahl 2009 nicht aus. Zu Führungsämtern gehöre es auch, zu seinen Positionen zu stehen. Ein Fehler sei es aber gewesen, die Landtagswahl zum „Duell zwischen zwei Männern“ werden zu lassen. Stegner berichtete von vielen Diskussionsrunden nach der Wahl, um die Niederlage aufzuarbeiten und inhaltliche Konsequenzen zu ziehen. Drei inhaltliche Prioritäten definierte Stegner: Bildung, Energie („Mit Lächeln allein wird man kein Atomkraftwerk abschalten.“) und die Finanzen von Land und

Kommunen, zu deren Sanierung auch Einnahmeverbesserungen erforderlich seien. „In Norddeutschland habe ich gelernt: Wenn der Wind von vorn kommt, ist das nicht ungesund, man muss sich nur wärmer anziehen.“

Fragen zu kostenfreien Kindergärten („Familien werden hier besser entlastet als durch jede Steuerreform.“), zur Sozialpolitik und den Folgen aus der Agenda-Politik der SPD bestimmten die Diskussion. Stegner kritisierte, die SPD habe die Abstiegsängste der Menschen nicht ernst genommen und das alte Versprechen, Aufstieg sei möglich, nicht mehr eingelöst. „‘Jeder wird gebraucht!’“ - diese Botschaft brauchen wir für die Bildung, die Sozialpolitik und unsere Gesellschaft, fasste er zusammen.

Ende Februar stimmen die SPD-Mitglieder in Schleswig-Holstein über den Spitzenkandidaten ab, als Favoriten gelten Ralf Stegner und Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig. Stegner erklärte als Parteivorsitzender der SPD Schleswig-Holstein: „Die Wahlchancen der SPD hängen von einem Punkt entscheidend ab: Wer von den Mitgliedern mehrheitlich gewählt wird, wird unterstützt. Das gilt!“

Foto: Frank Lauterbach und Dr. Ralf Stegner

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 09.02.2011, 13:34 Uhr - 6767 Clicks - Nr. 134

Schwarz-Gelb bricht Verhandlungen ab: Blockade bei Schulsozialarbeit und gleichem Lohn für gleiche Arbeit

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn (Ostholstein und Nordstormarn), die als Hauptberichterstatteerin im Haushaltsausschuss für das Arbeits- und Sozialministerium mit besonderer Anspannung die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss verfolgt hatte, ist empört: weil offenbar CDU/CSU und FDP sich in den eigenen Reihen...

...nur auf einen Minimalkonsens in den zentralen Fragen des Bildungspaketes, der Entlastung der Kommunen, der gesetzlichen Absicherung von angemessenen Lohnuntergrenzen und dem Standard „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verständigen konnten und darum keinen Millimeter verhandlungsbereit waren, mussten die wochenlangen Verhandlungen in der letzten Nacht scheitern.

Hagedorn: „Entgegen dem öffentlich verbreiteten Vorwurf an die SPD, die Verhandlungen thematisch überfrachtet zu haben, trifft genau dieser Vorwurf auf Frau von der Leyen zu: ihr erst kurzfristig eingebrachter Vorschlag, die Kommunen bei der Grundsicherung im Alter um 4 Mrd.



Euro entlasten zu wollen, hat nichts mit dem Verfassungsgerichtsurteil zu Bildungspaket und Regelsätzen zu tun und ist ein ‚vergiftetes‘ Angebot, das den Kommunen nur scheinbar nützt – den Kindern von Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern allerdings gar nicht. Dabei verschweigt sie wohlweislich, dass nach ihrem Vorschlag dieses Geld - 15 Mrd. Euro bis 2015! - komplett zu Lasten des Budgets der Bundesagentur für Arbeit hätten finanziert werden sollen – und zwar zusätzlich zu den 10 Mrd. Euro, die der Bundesagentur für Arbeit bis 2014 ohnehin schon unter dem Motto ‚Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen‘ im Rahmen des so genannten ‚Sparpaketes‘ von Schwarz-Gelb gekürzt werden. Das würde bedeuten: noch weniger Qualifizierung für Arbeitsuchende angesichts eines nie gekannten Ausmaßes von Fachkräftemangel einerseits und einer absehbar notwendigen drastischen Erhöhung des ALV-Beitrages zu Lasten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern andererseits. Wobei alle wissen: höhere Sozialversicherungsbeiträge belasten immer überproportional Gering- und Normalverdiener mit ihren Familien. Die SPD wird der Regierung die Hand reichen, um die Kommunen in diesem Umfang zu entlasten – aber nicht, zu Lasten der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik und nicht zu Lasten der Sozialversicherungsbeiträge.“ Die SPD-Haushälterin weist außerdem daraufhin, dass entgegen aller Schaufensterreden Frau von der Leyen auch nicht dazu bereit war, aus ihrem „Bildungspäckchen“ ein echtes Bildungspaket zu schnüren, das nachweislich bei den Kindern und Familien vor Ort ankommt und dort die Bildungsrealität auch wirklich spürbar verbessert.

Hagedorn: „Statt der gut 700 Mio. Euro, die Schwarz-Gelb im Bundeshaushalt für mehr Bildung vorgesehen hat, wären – auch nach Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände – mindestens 1,7 Mrd. Euro jährlich nötig. Die SPD kämpft dafür, dass dieses Geld 1 : 1 direkt bei den Kommunen ankommt und zweckgebunden für Bildungsarbeit und Jugendhilfe ist – z.B. dafür, dass jede Schule davon eine Stelle für Jugendsozialarbeit finanziert erhält. Frau von der Leyen hingegen bietet den Kommunen lediglich 1,2 Mrd. Euro Mehrbeteiligung des Bundes über die „Kosten der Unterkunft“ für Langzeitarbeitslose an – wohl wissend, dass dann in keinster Weise festgeschrieben ist, dass dieses Geld in den Kommunen auch wirklich für eine verbesserte Qualität der Bildung ausgegeben wird. Mit einem solchen ‚Kuhhandel‘ hofft die Regierung die Kommunen zu ‚ködern‘ und verliert dabei trotz aller Sonntagsreden den Kern des Verfassungsgerichtsurteiles – nämlich die Chancengleichheit in der Bildung für zwei Millionen Kinder von Langzeitarbeitslosen zu verwirklichen - komplett aus dem Blick. Das ist nicht nur unseriös, sondern absolut unverantwortlich!“

Abschließend verweist die SPD-Bundestagsabgeordnete darauf, dass es ebenso wichtig gewesen wäre, bei den Verhandlungen zum Mindestlohn und zu „Equal-Pay“ einen wesentlichen Schritt voran zu kommen. Hagedorn: „Die verbesserte Lebenssituation der Kinder von Langzeitarbeitslosen erreicht man natürlich nicht nur durch verfassungsfeste Regelsätze – sondern vor allem durch Arbeitsbedingungen, die garantieren, dass man auch ohne Staatstransfer leben kann. Dadurch würden im Übrigen sogar die Kommunen am effektivsten entlastet und die Debatte unter dem Motto ‚Lohnabstandsgebot‘ würde sich von selbst erledigen. Auch hier: schwarz-gelbe Totalblockade. Eine gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit will Frau von der Leyen erst nach 9 Monaten garantieren – und fällt damit vor allem hunderttausenden von Frauen in den Rücken, die für Hungerlöhne nicht nur in der Leiharbeit arbeiten. Die SPD ist – im Gegensatz zur Kanzlerin und Familienministerin - mit Frau von der Leyen dafür, dass nur durch gesetzliche Quoten kompetente

Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten angemessen repräsentiert sein können. Allerdings ist dieses Engagement für die Gleichstellung von Frauen in den Führungsetagen von Unternehmen dann nichts wert, wenn Frau von der Leyen gleichzeitig den Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit für hunderttausende Frauen im Niedriglohnsektor nicht ernst nimmt. Die SPD steht mit den Gewerkschaften für ‚Equal Pay‘ vom ersten Tag – hat der Koalition aber im Vermittlungsausschuss ein Entgegenkommen auf 3-4 Monate angeboten ... ohne Erfolg, da die FDP jede Bewegung der Regierung blockiert hat.“

Bettina Hagedorn hofft jetzt, dass die Länder im Bundesrat ‚stehen‘ – dabei wird es insbesondere auf die Grünen im Saarland ankommen. Falls das gelingt, wird die Regierung wohl die von ihr abgebrochenen Verhandlungen neu aufnehmen müssen: „Dazu ist die SPD bereit – nicht wir haben die Verhandlungsrunde letzte Nacht gesprengt! Es gilt das alte Sprichwort: wer rausgeht, muss auch wieder reinkommen.“

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 09.02.2011, 15:47 Uhr - 5938 Clicks - Nr. 135

Neues Wahlgesetz: Ein Kompromiss ist möglich!

Zur morgigen Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss über ein neues Wahlgesetz und zur Pressekonferenz des Steuerzahlerbundes erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Die vorliegenden schriftlichen Stellungnahmen zur Änderung des Wahlgesetzes bestärken uns darin, dass unser Gesetzentwurf und die von uns vorgeschlagenen verfassungsändernden Regelungen in allen Punkten rechtlich zulässig und in der Praxis umsetzbar sind.

Ein Abweichen von der gleichen Gewichtung der Zahl der direkt gewählten Abgeordneten von derjenigen der Listenbewerber, wie es die Grünen vorschlagen, ist hingegen verfassungsrechtlich bedenklich. Unser Vorschlag, der 35 Wahlkreise vorsieht, ist daher der richtige Weg.

Wenn wir die Zahl der Abgeordneten aus der Landesverfassung herausnehmen, werden erneute Klagen vor dem Verfassungsgericht vermieden. Die Kritik in der Stellungnahme des für die Grünen-Fraktion vor dem Verfassungsgericht tätigen Rechtsanwalts an dem Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen und SSW bestätigt unsere Einschätzung. Die einhellige Auffassung aller Gutachter, in Zukunft das Sainte-Laguë/Schepers-Verfahren anzuwenden, werden wir prüfen.

Jetzt kommt es darauf an, dass alle Fraktionen sich zusammen setzen und einen Kompromiss finden. Allerdings muss dafür vor allem die CDU sich bei der Frage des Wahltermins bewegen. Spätestens mit der Verabschiedung des Wahlgesetzes muss dieser Termin feststehen. Es ist im Interesse des gesamten Landtages, dass das parteipolitische Taktieren von CDU und FDP ein Ende findet.

Der Bund der Steuerzahler SH disqualifiziert sich selbst mit seinen Forderungen nach einem „Parlament light“. Er muss sich fragen, ob er wirklich die Interessen der Bürgerinnen und Bürger vertritt, wenn er den Eindruck erweckt, es gäbe die Demokratie zum Schnäppchenpreis."

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 09.02.2011, 17:10 Uhr - 3631 Clicks - Nr. 136

Mitgliederversammlung der SPD Reinbek 16.02.2011

Die SPD Reinbek lädt zur nächsten öffentlichen Mitgliederversammlung am 16.02.2011 um 19.30 Uhr in die Kantine des Reinbeker Rathauses ein.

Die geplante Tagesordnung sieht neben einem Rechenschaftsbericht des Vorstandes für 2010 eine ausführliche Diskussion über die Kommunalpolitik 2011 und die sozialdemokratischen Eckpunkte für die Stadt Reinbek vor.

Wir hoffen auf rege Beteiligung - auch von Presse und Öffentlichkeit.

Keine Kommentare

[SPD-Schönberg](#) - veröffentlicht am 09.02.2011, 18:31 Uhr - 7932 Clicks - Nr. 137

Neues aus der Fraktion

Der 11.11. 1986 war für dich und für die SPD-Fraktion und wie sich bis heute gezeigt hat, auch für Schönberg, ein ganz besonderer Tag. Nach der politischen Konstitution im Gemeinderat chancenlos, wurdest du völlig überraschend zum Bürgermeister unserer Gemeinde gewählt. Du hast damals durch dein Auftreten, deine Überzeugungskraft dieses Wunder bewirkt.

Die anschließende Feier, nicht nur mit Sozialdemokraten, hat diesem karnevalistischen Datum alle Ehre gemacht. Ein überzeugter Sozialdemokrat als Bürgermeister unserer Gemeinde, das löste doch bei Einigen anfänglich Skepsis aus, die sich aber schnell ins Gegenteil, in Anerkennung wandelte. Du hast nie einen Zweifel aufkommen lassen, dass für dich immer das **Wohl der Gemeinde** und dass seiner Einwohnerinnen und Einwohner an erster Stelle stand. Parteipolitik war für dich nur dann relevant, wenn sie eben diesen Zweck diente. Als nach 21 Jahren der Wechsel von der **Hauptamtlichkeit zum Ehrenamt** verordnet wurde, merkte in Schönberg keiner den Unterschied. Du schon, du hattest noch mehr Arbeit (keine eigene Verwaltung) für weniger Entgelt. Du nanntest diese lächerliche Aufwandsentschädigung auch des Öfteren Schmerzensgeld. Für die Gemeindefinanzen eine gute Sache, aber auf Dauer untragbar. Als sich die Möglichkeit bot, hast du dann auch als Erster die Rückkehr zur Hauptamtlichkeit vorgeschlagen, obwohl du damit deine heutige Verabschiedung selbst eingeleitet hast.

Wilfried, Du warst, was heißt warst, du bist für Schönberg ein **Glücksfall**.

Wie sich unsere Gemeinde unter deiner Regie entwickelt hat, ist von meinen Vorrednern schon reichlich gewürdigt. Ich möchte aber noch einige Gedanken hinzufügen.

Da fallen mir als erstes die Worte des Vorstandes der VR-Bank, Herrn Nissen, anlässlich des Richtfestes ein:

„ Die Entwicklung Schönbergs zu einem fl0rierenden Wohn-und Wirtschaftsstandort, sowie zu einer modernen Tourismusgemeinde hat einen Namen – Bürgermeister Zurstraßen“.

Diese Aussage gilt genauso: * für die Arbeitsmarktpolitik, kein weiterer Ort im Kreise Plön hat sich so intensiv um Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitslosen gekümmert. * für das Kulturprogramm, viele bekannte Künstler hast du nach Schönberg gelockt. Manche Großstadt beneidet Schönberg in dieser Hinsicht. wie für die Entwicklung des Schulstandortes, wo du die treibenden Kraft bist. Wir bekommen sie, die gymnasiale Oberstufe. Du warst ein Meister im requirieren von Zuschüssen, bekannt und gefürchtet bei den zuständigen Gremien des Landes und auch des Kreises. Du warst aber auch ein Meister der Kompromisse, immer bemüht eine einvernehmliche Lösung zu erreichen. Und wie das Leben so spielt, am Ende hatte diese oftmals viel Ähnlichkeit mit deinen anfänglichen Vorstellungen. Und das war **immer** zum Vorteil für unsere Gemeinde. Im Nahmen der SPD-Fraktion sage ich Danke für die gute Zusammenarbeit während deiner Hauptamtlichkeit und für den nimmermüden Einsatz den du dann als Ehrenamtler und Mitglied unserer Fraktion für Schönberg gezeigt hast.

Persönlich noch ein dickes Dankeschön für deine Unterstützung bei der Fraktionsarbeit, du hast sie mir leicht gemacht. **Freude** herrscht natürlich in unserer Fraktion und ich bin sicher, auch bei vielen Anderen und den meisten Anwesenden hier im Saal, dass du bereit bist dich weiterhin kommunalpolitisch zu betätigen. Als Präsent habe ich dir ein Buch von Egon Bahr mitgebracht, der genau wie du mit Beharrlichkeit seine Ziele verfolgte und diese auch meistens mit Erfolg krönte. Er erzählt in diesem Buch über Willy Brandt. Also zwei Politiker die ich zu deinen Vorbildern rechne. Wo ein Abschied ist, da ist auch immer ein Neuanfang.

Herr Osbahr, die SPD-Fraktion hat sie schon früh als ihren Kandidaten für die Bürgermeisterwahl ausgewählt, weil wir überzeugt davon waren, sie sind der einzige unter den Bewerbern der mit eigenen Ideen das Werk von Wilfried Zurstraßen fortsetzen und Schönberg auf der Erfolgsspur halten wird. Wir wünschen ihnen dabei ein gutes Händchen und uns, dass die Zusammenarbeit ähnlich gut wie bei ihrem Vorgänger funktioniert. Er machte sein Team zur Nummer 1 in der Welt – und zeigte der Welt einen besseren Weg zu leben, zu leiten und erfolgreich zu sein. Das ist die Einleitung zur Biografie des wohl bekanntesten Machers im American Football - Tony Dungy. Ich habe dieses Präsent ausgesucht im Wissen, dass sie ein glühender Anhänger dieser Sportart sind.

Toi, toi, toi und viel Erfolg bei ihrer neuen Aufgabe.

15. April 2013

Soziales Schönberg - Soziales Land Perspektiven und Ziele Sehr geehrte Damen und Herren, Sozialpolitik ist der zentrale Anker sozialdemokratischer Politik in unserer Gemeinde. Ob Pflege, Kinderbetreuung, behindertengerechtes Wohnen, viele Themen sind eng verknüpft mit der Landespolitik. Ob es um Zuschüsse, Richtlinien oder Ideen geht, wir ziehen an einem Strang. Wir freuen uns deshalb, dass wir am Montag, dem 22. April 2013, 18.00 Uhr im Saal in der ASB-Wohnanlage, Stakendorfer Tor 6-10 die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein, Frau Kristin Alheit, in Schönberg begrüßen können. Sie sind herzlich eingeladen, mit uns gemeinsam Perspektiven und Ziele zu diskutieren, um das soziale Schönberg weiter zu entwickeln. Wir freuen uns darauf. SPD Schönberg Wilfried

Schönberg 16.März 2013

Presseerklärung der SPD Schönberg

Die Probstei kommt zum Zug!

„Hein Schönberg“ auf dem Vormarsch – Turboverbindung durch die Probstei

„Hein Schönberg“ fuhr 84 Jahre lang durch die Probstei, von 1897 bis 1981. Damals wurde der Betrieb eingestellt, weil die Verantwortlichen sich weigerten, eine neue Lok zu kaufen. Diese Maßnahme stieß auf allgemeines Unverständnis und löste viele Proteste aus.

Deshalb ist der aktuelle Protest gegen die Reaktivierung von "Hein Schönberg" in Probsteierhagen und der Region schon erstaunlich. Zunächst wundert es uns, dass die Verantwortlichen vor Ort von der Entwicklung überrascht sind. Es ist sehr lange bekannt, dass die Reaktivierung 2014 kommen wird. Eine Beteiligung an der Planung wird zeitnah erfolgen. Die VKP hat ein Bahn-Bus-Konzept vorgelegt, das keine Benachteiligung der kleineren nicht an der Strecke liegenden Gemeinden erkennen lässt und auch nicht der Orte, die einen Haltepunkt erhalten. In den Aufsichtsgremien sitzen auch die Bürgermeister und der Amtsvorsteher, so dass die Ernsthaftigkeit, dass dieses Projekt umgesetzt werden würde, klar war.

Es ist übrigens auch unter der Regie der CDU/FDP Landesregierung in Kiel konsequent weiter geplant worden. Eine Bahnlinie hat natürlich, ähnlich wie der Bau einer Straße, immer auch betroffene Bürgerinnen und Bürger. Deren Ängste und Bedenken müssen ernst genommen und eventuelle Nachteile auf ein Minimum begrenzt werden.

Dass CDU Politiker sich so vehement gegen den Fortschritt stemmen und den geplanten Zug verdammen, dabei jegliche Argumente dafür schon im Ansatz abwürgen lassen, ist schon erstaunlich. Vielleicht sollten sie sich mal Anderorts informieren welche Vorteile ähnliche Projekte für die dortigen Regionen gebracht haben. Dann könnten sie zu der Einsicht kommen, dass es sich lohnt, diese auch für unsere Region so wertvolle, ökologisch wichtige Zugverbindung mit aller

Kraft zu unterstützen, wie es übrigens sehr viele Menschen in der Probstei und auch im Kieler Raum mit Überzeugung bereits tun.

Diese Bahnlinie bekommen wir geschenkt. Es ist eine so wichtige Infrastrukturmaßnahme, die für die Orte an der Strecke auch die Attraktivität zum Wohnen und Arbeiten erhöht. Es stärkt die gesamte Achse Schönkirchen, Probsteierhagen bis Schönberg. Gerade in den Zeiten des demografischen Wandels sind solche Infrastrukturmaßnahmen von sehr hoher Bedeutung.

Es wird auf der einen Seite der Rückgang der Einwohner in der Region, der Abzug der Fördesparkasse in Probsteierhagen, die geringere Auslastung vieler Schulen und ein möglicher Rückzug der Polizei kritisiert. Auf der anderen Seite aber eine wichtige Infrastrukturmaßnahme, die mithelfen kann dieser Entwicklung entgegen zu wirken, in einer ungemein heftigen Art und Weise verteuert. Das passt logisch nicht zusammen.

Diese Züge fahren sehr umweltschonend, sie sind sehr leise und bieten höchsten Komfort für die Menschen, die den Öffentlichen Personennahverkehr nutzen. Angesichts der stetig steigenden Benzinpreise werden immer mehr Menschen, insbesondere Pendler, auf eine schnelle zukunftsorientierte Verbindung angewiesen sein, wie sie mit „Hein Schönberg“ hoffentlich bald zur Verfügung stehen wird. Übrigens: Mit jedem KFZ weniger auf unseren Straßen verringert sich auch die Wahrscheinlichkeit von Wildunfällen. Bei Wildunfällen auf der Straße werden in vielen Fällen auch die Insassen der Fahrzeuge verletzt. Die Schönberger SPD setzt sich schon lange für die Wiederbelebung des ökologisch unübertroffenen Schienenverkehrs Kiel – Schönberger Strand ein. Sie wird auch weiterhin alle Maßnahmen, die zur Verwirklichung dieses Planes führen unterstützen.

SPD-Schönberg

Dank an die ausscheidende Gemeindevertretern

Die Mitgliederversammlung dankte ihm für seine erfolgreiche Arbeit und betonte, dass er seit über 20 Jahren die Fraktion erfolgreich geführt und nach außen präsentiert hat. Vor allem hat er die Fraktion mit manchmal unterschiedlichen Meinungen zusammengeführt und zusammengehalten, sie hat immer mit einer Stimme gesprochen und das macht das Ansehen der Mehrheitsfraktion aus, die seit 1990 immer stärkste Kraft in Schönberg ist und die Richtung vorgegeben hat. Auch Horst Wegner, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, war mit Leib und Seele Kommunalpolitiker, er hat insbesondere auf diesem Gebiet des Tourismus seinen Arbeitsschwerpunkt gehabt. Horst Wegner hat souverän alle Klippen überwunden und vieles zusammengeführt und war ein überaus kompetenter Mitstreiter. Uwe Kassler, langjähriges Ausschussmitglied und Peter Domeier, beide waren nachgerückt in die GV, werden ebenfalls aus eigenem Wunsch als Direktkandidaten nicht mehr dabei sein.

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Zeitungsartikel in der KN von 16.02.2013 Gute Ideen gesucht - Fußgängerzone ist das Sorgenkind. In dem oben obigen Artikel ist über die vielfältigen Bemühungen von Gemeinde und Gewerbetreibenden, die Fußgängerzone attraktiver zu gestalten und zu beleben, in anschaulicher Weise berichtet worden. Etwas irritierend war allerdings die Aussage, dass für das Scheitern der Bemühungen in der leer stehenden ehemaligen Schleckerimmobilie in der Fußgängerzone wieder einen Drogeriemarkt zu installieren, die Pläne für einen Drogeriemarkt im Bauvorhaben Kleine-Mühlenstraße/Ecke Bahnhofstraße, mit verantwortlich sind. Fakt ist, dass der besagte Drogeriemarkt-Betreiber, die Firma „dm“, klipp und klar in einem Gespräch mit Vertretern aller Fraktionen und dem Bürgermeister erklärt hat, nur nach Schönberg zu kommen, wenn er sich im neu geplanten Bauvorhaben ansiedeln kann. Eine Ansiedlung in dem leer stehenden Gebäude in der Fußgängerzone kommt für das Unternehmen unter keinen Umständen in Betracht. Die Tatsache, dass auch die Vermarktungsbemühungen des Eigentümers der Schleckerimmobilie bisher erfolglos waren, bestätigt das. Da es in Norddeutschland keine weiteren konkurrenzfähigen Unternehmen wie „dm“ in dieser Branche gibt, ist es absolut unrealistisch davon auszugehen, als wäre ein Drogeriemarkt in der Schleckerimmobilie eine wirkliche Alternative. Das ist bedauernswerter Weise leider nicht so. Angesichts dieser Perspektivlosigkeit hat die große Mehrheit von SPD und CDU in der Schönberger Gemeindevertretung, im Einklang mit den Aussagen des Einzelhandelsgutachtens, dem Ersuchen des Investors zugestimmt, im zukünftigen Geschäftsbereich Kleine-Mühlenstraße/Ecke Bahnhofstraße unter anderem auch einen Drogeriemarkt zuzulassen. Sie hat damit die Voraussetzung dafür geschaffen, dass sich ein weiteres Unternehmen („dm“) dass Kaufkraft nach Schönberg bringen wird, hier ansiedeln kann. Dieter Winkler, SPD-Fraktionsvorsitzender Soltwisch 02. Februar 2013

SPD-Fraktion Schönberg besucht Firma Alpen Zu einer interessanten Information besuchten Mitglieder der SPD-Fraktion und der Bürgermeisterkandidat Dirk Osbahr den Edeka-Markt Alpen in der Bahnhofstrasse. Sie wurden vom Geschäftsführer Willi Alpen herzlich begrüßt und sahen sich bei einem Rundgang durch den Erweiterungsbau die geplanten Maßnahmen an. Ca. 850 qm zusätzliche Fläche für den Verkauf sind im Bau. Insgesamt wird der Markt bei Fertigstellung im März eine Verkaufsfläche von 1850 qm haben. Viele Erneuerungen und zukunftsorientierte Baumaßnahmen sind dabei, wie neue Eingangsbereiche, ein erweiterter Getränkemarkt, eine zeitgemäße Leergutannahme, vielen neue attraktive Verkaufsflächen, die kundenfreundlich platziert werden. Eine Behindertentoilette gehört ebenso dazu wie eine Cafeteria mit 20 Sitzplätzen. Neue Regale und Kühlungen werden das Geschäft schmücken und die Verkaufsstrassen sind großzügig angelegt. Persönliche Ansprache und perfekte Bedienung der Kunden sind weiterhin die Stärke des Marktes, Käse und Salattresen werden vom Sortiment vergrößert. Neue umweltfreundliche Technologien werden eingesetzt, z.B. wird die Wärme der Kompressoren für die Bereitung von Heißwasser für die Schlachtereie genutzt, dort werden täglich 2000 l Heißwasser benötigt. Anhang von Plänen erläuterte Willi Alpen den Gemeinderatsmitgliedern der SPD die anstehenden Pläne, wobei er deutlich machte, dass es bei einem Vollsortimenter ca. insgesamt 20.000 Artikel gibt, 300 Artikel sind Discounterartikel und preislich gleich mit Discountern. Bürgermeisterkandidat Dirk Osbahr zeigt sich beeindruckt von den Plänen und machte deutlich, dass diese Erweiterung auch dazu beitragen würde, dass die Kaufkraft im Ort bleibt. Nicht nur die steigenden Benzinpreise

würden die Kunden veranlassen, vor Ort zu kaufen, auch die Attraktivität der Geschäfte sind von großer Bedeutung. Fraktionsvorsitzender Dieter Winkler dankte für die Gastfreundschaft und betonte, dass die SPD-Fraktion die Erweiterungspläne von Anfang an sehr begrüßt und in den gemeindlichen Gremien unterstützt hat. Er wünschte alles Gute für die weitere Entwicklung des Marktes Schönberg, 04.02.2013

Gratulation zum 40-jährigen SPD-Partei-Jubiläum SPD-Ortsvereinsvorsitzender Peter

Domeier konnte zum traditionellen Grünkohlessen einen vollen Saal mit vielen Gästen begrüßen. Besonders herzlich willkommen hieß er den Kandidaten Dirk Osbahr für die Bürgermeisterwahl am 3. März 2013. Er bat die Gäste am 3. März zur Wahl zu gehen und Dirk Osbahr zu unterstützen. Eine hohe Wahlbeteiligung sei enorm wichtig, um dem Kandidaten ein gutes Fundament für seine Arbeit mitzugeben. Dem erkrankten Bürgermeister Wilfried Zurstraßen sprach er seinen Dank aus. Über 20 Jahre lang hat der Bürgermeister unsere Gemeinde hauptamtlich nach vorne gebracht und die Arbeit für Schönberg 5 Jahre lang ehrenamtlich fortgesetzt. So konnte Schönberg enorm weiterentwickelt werden. Wilfried Zurstraßen hat sich stark gemacht für einen hauptamtlichen Bürgermeister und gemeinsam mit CDU und EIS hat sich die SPD Schönberg für Dirk Osbar als Kandidaten entschieden. Die stellvertretende Bürgermeisterin Antje Klein ehrte Peter Hübner für seine 40-jährige Mitgliedschaft. „Das Eintrittsjahr 1972 war das Jahr des Aufbruchs. Mit der neuen Ostpolitik von Willy Brandt und mehr Forderung nach Demokratie kam eine neue hoffnungsvolle Epoche auf unser Land zu. Er war unser Idol, und wir brachen in eine neue Zeit auf. 1972 war das Jahr der Willy Wahl! Das war für Peter Hübner ein Motiv, in unsere SPD einzutreten. Wir danken Dir für 40 Jahre Verbundenheit, Zuverlässigkeit und Solidarität.“ Walter Ehlers feiert ebenso sein 40-jähriges Jubiläum. Antje Klein: „Deine Loyalität und Dein großes Interesse an der Schönberger Schönberger Politik zeichnet Dich aus. Du hast der SPD über 40 Jahre die Treue gehalten und uns auch besonders in Schönberg unterstützt und dafür danke ich Dir im Namen des Ortsvereins!“ Antje Sindt kommt aus einer traditionsreichen sozialdemokratischen Familie. Die politische Einstellung wurde ihr praktisch mit in die Wiege gelegt. Antje Klein: “Du hast sehr viel für die SPD in Schönberg getan, von 1998 bis 2003 warst Du Gemeindevertreterin, Mitglied in Schulverband, im Bauausschuss und hast viele Entwicklungen in Schönberg mitbestimmt, ruhig und sachlich, mit einem hohen Maß an Verantwortung und Verlässlichkeit, hast Du die Fraktion unterstützt. Du hast in vielen Gremien der Partei mitgearbeitet, Kinderfeste organisiert, Zeitungen und Flyer ausgetragen zu den Geburtstagen, gratuliert über viele Jahre bis heute. Es waren oft die zwischenmenschlichen Beziehungen die von Dir gepflegt und damit für den Zusammenhalt der Partei gesorgt hast. Vielen herzlichen Dank für Deine Treue zur SPD!

Veröffentlicht am 20.12.2012, 09:00 Uhr 18. 12. 2012 Presseerklärung: Gymnasiale Oberstufe in Schönberg - ein tolles Weihnachtsgeschenk! „Das ist ja ein tolles Weihnachtsgeschenk“, so der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion und Schönberger Kreistagsabgeordnete Lutz Schlünsen, zur aktuellen guten Nachricht: In Schönberg wird die gymnasiale Oberstufe an der Gemeinschaftsschule Probstei eingerichtet. Endlich gibt es die Perspektive, für die die Mitglieder des Schulverbandes, die Elternschaft und die Lehrer so lange gekämpft haben. Endlich bekommen die Eltern bei den Anmeldungen ihrer Kinder die Sicherheit, dass es zukünftig auch das Abitur in

Schönberg geben wird. Ein großes Dankeschön geht an die SPD-geführte Landesregierung, die zu ihrem Versprechen steht, in optimale Voraussetzungen für mehr Bildung zu investieren. Ein Dankeschön aber auch an alle Eltern, Lehrer, Schulleiter für das Engagement und die Beharrlichkeit, mit der an diesem Thema so lange gearbeitet wurde. Ausdrücklich nennen möchte ich den unermüdlichen Einsatz von Vorstandsvorsteher Helmut Wichelmann und seiner Stellv. Antje Klein, Schönbergs Bürgermeister Wilfried Zurstraßen, Dirk Osbahr als Elternbeiratsvorsitzender und Wolfgang Wittmaack als Schulleiter. „Nun gibt es Planungssicherheit, die alle Beteiligten gefordert haben. Die SPD-Kreistagsfraktion freut sich mit den Verantwortlichen vor Ort und sagt: Herzlichen Glückwunsch! Homepage: SPD Kreis PlönHaushalt 2013 Statement zum Gemeindehaushalt 2013 des Fraktionsvorsitzenden D. Winkler auf der Gemeinderatssitzung am 13. Dezember 2012 Das die SPD-Fraktion mit dem einstimmigen Votum des Finanzausschusses für den Haushalt 2013, die Wirtschafts- und Stellenpläne mehr als zufrieden ist, kann sicherlich jeder nachvollziehen. Das war in der Vergangenheit meist nicht so. Da mussten wir als stärkste Fraktion, uns in langen Diskussionen stets einen Partner suchen um die Handlungsfähigkeit der Gemeinde sicher zu stellen. Dass es nun schon im zweiten Jahr anders ist, freut uns natürlich. Oder liegt es etwa daran, dass wir den Haushalt diesmal in der Vorweihnachtszeit verabschieden. Der uns vorgelegte Haushaltsplanentwurf ist wieder ein solides Werk unseres Bürgermeisters Wilfried Zurstraßen Unsere Fraktion sagt Danke für die hervorragende Arbeit. Anerkennung aber auch für Handel und Gewerbe, auch wenn es oft anders dargestellt wird, Schönberg hat eine florierende Wirtschaft und ist ein gefragter Handels- und Gewerbestandort. Die gestiegenen Gewerbesteuererinnahmen sind der Beweis dafür. Bei einem Volumen von 9,6 Millionen € ist zum Ausgleich zwar, wie wir gehört haben, eine Kreditaufnahme von 474.000,00 € vorgesehen, aber betrachtet man die etatisierten Beträge, die für Leistungen der Gemeinde an ihren Bürgerinnen und Bürger stehen, dann ist dieser Betrag mehr als gerechtfertigt. Als einige Beispiele stehen: *891.500,- € für die Schönberger Schüler, *77.000,- € fürs Heimatmuseum *161.400,- € für das Jugendhaus, *18.000,- € für die Unterhaltung des Sprüttenhauses, *insgesamt 522.000,- € für Kindergärten, Spielkreise sowie Kindertagespflege *und schließlich ein Investitionszuschuss von 264.000,- € für den Bau eines Sanitärgebäudes auf den Sportplatz Strandstraße. Man mag es beklagen, aber Tatsache ist seit vielen Jahren, den Fraktionen bleibt, wollen sie die Kreditaufnahme nicht erhöhen, wenig Spielraum für zusätzliche Wünsche. Und so waren unsere zusätzlichen Forderungen recht bescheiden: *Die Fortschreibung des Ortsentwicklungskonzeptes. *Die Erarbeitung eines Planes, als ersten Schritt zu einer Fahrradfreundlichen Gemeinde. *Die Erneuerung der Seilbahn auf dem Spielplatz Holm. Dafür sind insgesamt 25.000,- € in den Haushalt neu eingestellt, gedeckt durch eine höhere Zuweisung des Landes aus der Einkommenssteuer. Wir haben aber auch nach Einsparungsmöglichkeiten gesucht. Im Vermögenshaushalt sind für die Ersatzbeschaffung eines Schleppers ca. 68.000,- € vorgesehen. Angesichts einer vergleichsweise geringen Laufzeit von 11 Jahren für eine solche Maschine, wollen wir neutral prüfen lassen, ob eine Reparatur, die etwa 13.000,- € kosten soll, nicht sinnvoller ist. Wir haben vorgeschlagen, den Ansatz nicht zu reduzieren, sondern erst einmal mit einem Sperrvermerk versehen, um alle Möglichkeiten (Neukauf oder Reparatur) offen zu halten. Ist das Ergebnis der Prüfung eine lohnende Reparatur, könnte sich der Kreditbedarf dann um mindestens 50.000,- € verringern. Bei der Zurückhaltung ihrer Fraktion Herr Stoltenberg (CDU) und deiner Jürgen (Cordts,EIS) und zusammen mit der Aussicht, dass der Bürgermeister mit dem TSV ein anderes Finanzierungsmodell für das Umkleide/Sanitärgebäude an der Strandsraße vereinbaren kann, was außer Frage stehen sollte,

brauchten von dem vorgesehenen Kreditbetrag am Ende nur etwa die Hälfte aufgenommen werden. Das wäre ein tolles Ergebnis für das Haushaltsjahr 2013. Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf zu. 01.Dezember 2012

Auf der Mitglieder-Versammlung zur Wahl des SPD- Kandidaten für das Amt des

Hauptamtlichen Bürgermeisters für die Gemeinde Schönberg, richtete der Fraktionsvorsitzende Dieter Winkler einige Worte des Dankes an den langjährigen Bürgermeister der Gemeinde Schönberg, unseren Genossen Wilfried Zurstraßen: Nach den Ausführungen der Vorsitzenden der Findungskommission Antje Klein, gehe ich davon aus, dass wir Herrn Osbahr gleich, nach seiner Vorstellung, als unseren Kandidaten für das Amt des Hauptamtlichen Bürgermeisters wählen werden. Das ist der Startschuss für eine Systemumstellung an der Spitze unserer Gemeinde. Schönberg wird nach dem 3.März 2013 wieder einen hauptamtlichen Bürgermeister haben. Aber er wird nicht mehr Wilfried Zurstraßen heißen. So richtig kann ich mir das allerdings noch nicht vorstellen und damit bin ich sicher nicht allein. Lieber Wilfried, deine überraschende Wahl im Jahre 1987 zum Bürgermeister unserer Gemeinde war ein Glücksfall für Schönberg, über ein viertel Jahrhundert hast du die Entwicklung und die Geschicke unserer Gemeinde in hervorragender und unnachahmlicher Weise geprägt. Die Wahl war aber auch ein Glücksfall für die Schönberger SPD. Deine anerkannten Leistungen und Ideen für unseren Ort haben mitgeholfen, sehr gute Wahlergebnisse, auch in für die SPD schwierigen Zeiten, zu erzielen. Wie du die Fraktionsarbeit in all den Jahren unterstützt hast und immer noch tust, das ist schon große Klasse. Keine Angst Wilfried, ich will noch keine Abschiedsrede für dich halten, dazu hast du noch viel zu viel vor der Brust und es ist ja noch Zeit. Ich möchte aber die günstige Gelegenheit nutzen, dir hier schon mal im Namen der Fraktion, und wenn ihr gestattet, der Partei und aller hier Anwesenden, ein ganz dickes Dankeschön zu sagen. Insbesondere für deine Bereitschaft, nach dieser unseligen Strukturreform, als „Ehrenamtler“ weiter Schönbergs Bürgermeister zu sein. Wilfried, Danke für alles !! Ich hoffe du bleibst Schönberg im weiten Umfeld der Kommunalpolitik noch länger erhalten.

SPD-Fraktion Schönberg 30.September 2011 Nach Bewertung aller Unterlagen,

Verkehrsanalyse durch Wasser- und Verkehrs-Kontor Befragung durch Gewerbeverein Zeitungsberichten, Leserbriefen und auch durch eigene Beobachtungen ist die SPD-Fraktion zu dem Ergebnis gekommen, die Fußgängerzone nicht für den Autoverkehr freizugeben. Die alte Regelung Lieferverkehr zu gestatten den Individualverkehr aber auszuschließen soll beibehalten werden. Wir meinen, dass die ideale Lage der Fußgängerzone direkt an einem kostenfreien Großparkplatz, dieses Privileg hat keine andere uns bekante Gemeinde, es geradezu verbietet, diese für den Fahrzeugverkehr zu öffnen. Es kann aber nicht nur ein einfaches Nein zur Verkehrsöffnung geben, einhergehen muss eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität. Es muss dafür kurzfristig ein finanziell machbares Konzept entwickelt und in Angriff genommen werden. Von den Vorstellungen, den Bereich nördlich der Ostseestraße in unsere Planungen mit einzubeziehen, sollten wir uns umgehend verabschieden. Die ideale Lage der Fußgängerzone am Großparkplatz muss besser in gemeinsame Überlegungen von Geschäftsleuten, Eigentümern und Gemeinde einbezogen werden. Wenn deutlich darauf hingewiesen wird, dass der Großparkplatz direkt an die Fußgängerzone

grenzt, bringt das nach unserer Meinung mehr Belebung und potenzielle Kunden als es die Durchfahrt von Kraftfahrzeugen je erreichen kann. Eines muss aber Jedem bewusst sein, die Gemeinde kann zwar die äußerlichen Rahmenbedingungen verbessern, doch welche Geschäfte hier bestehen können und sich eventuell neu ansiedeln dafür sind im hohen Maße noch andere Faktoren verantwortlich, die die Gemeinde nur bedingt beeinflussen kann. Dieter Winkler Schönberg
Gemeindevertreterversammlung am 13. September 2011

Stellungnahme der SPD-Fraktion zur Errichtung eines Funkmastes in den Salzwiesen. In

ganz Europa wird der Funkverkehr von Polizei und Rettungsdienst auf die Tetra-Funktechnik umgestellt. In den meisten Ländern ist deren Einrichtung abgeschlossen. Deutschland ist mit das letzte Land in dem Tetra noch nicht flächendeckend vorhanden ist. Die geplante Errichtung des Tetra-Funkmastes, in den Salzwiesen, übrigens der 152ste von 159 in Schleswig-Holstein, ist von massiver Kritik einiger Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde, aber auch Ortsfremder, begleitet. Die vom Tetra-Sendemast ausgehenden Funkwellen, so sagen sie, verursachen Gesundheitsschäden und sie fordern uns massiv auf, den Bau auf Schönberger Gebiet zu verhindern. Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr sagen uns aber klar, ohne diesen Funkmast ist in Zukunft in Schönberg und darüber hinaus, kein effizienter Rettungsdienst möglich. Wir haben uns angesichts dieser gegensätzlichen Standpunkte natürlich intensiv mit dieser Thematik beschäftigt und wir werden uns nicht vor einer Entscheidung drücken. Die nächste Wohnbebauung, wo sich Menschen dauerhaft aufhalten, ist über 500 m entfernt. Selbst bei einer Anlage mit zehnfacher Leistung wäre dieser Sicherheitsabstand mehr als ausreichend. Die Grenzwerte seien willkürlich, von meist wirtschaftlich abhängigen Personen festgelegt, und viel zu hoch angesetzt, so die Kritiker. Die Landesregierung und das Bundesamt für Strahlenschutz sind da anderer Meinung und halten die Grenzwerte für korrekt. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass sich kein überzeugender wissenschaftlicher Beleg dafür finden lässt, dass sich die schwachen HF Signale und drahtlosen Netzwerke, wenn die Grenzwerte eingehalten werden, nachteilig auf die menschliche Gesundheit auswirken. Das Bundesamt für Strahlenschutz, sagt deutlich: „Keinerlei gesundheitliche Beeinträchtigungen, wenn die Grenzwerte eingehalten werden“. Und bei allen bisher in Betrieb befindlichen Anlagen werden die Grenzwerte um ein vielfaches unterschritten. Eine Unbedenklichkeitserklärung für Tetra gibt es nicht, so ein weiteres Argument der Bedenkenräger. Doch für welche technische Einrichtung gibt es eine solche Erklärung? Technik ist immer mit einem gewissen Risiko verbunden, wobei es in diesem Falle recht gering ausfällt. Weiter wird argumentiert, dass der Anblick eines Sendemastes in den Salzwiesen die Urlauber aus Schönberg vertreiben wird. Dafür gibt es in den Feriengebieten, wo bereits Masten stehen, keinen Beleg. Wahrscheinlicher ist es doch, dass die Urlauber wegbleiben, wenn bekannt wird, dass im Strandbereich unserer Gemeinde nicht mehr die notwendige Sicherheit garantiert werden kann. Wir können uns angesichts von jährlich 70.000 Urlaubsgästen, rund 450.000 Übernachtungen und 400.000 Tagesgästen ein Funkloch im Bereich unserer Strände einfach nicht leisten. Und auch die Bürgerinnen und Bürger im Hauptort haben ein Anrecht darauf, dass ihnen bei Gefahr schnell geholfen werden kann. Ein gut funktionierender Rettungsdienst ist für die Sicherheit aller Menschen, Urlauber wie Einheimische, unverzichtbar, ja lebenswichtig. Deshalb stimmen wir zu, dass die Gemeinde das Grundstück für den Bau des Sendemastes in den Salzwiesen zur Verfügung stellt. D-Fraktionsvorsitzende Sie stellt damit sicher, dass die Anlage an einem optimalen Standort

errichtet werden kann. Das zuständige Landesamt hat uns das schriftlich bestätigt. Aber auch Befürchtungen und Ängste nehmen wir ernst. Deshalb werden wir Bedingungen stellen: Intensive Überwachung der Grenzwerte. Keinen Freibrief für das Land, für die Installation zusätzlicher Sendeanlagen, sondern das nur mit Zustimmung der Gemeinde. zu den

Umsiedlungsabsichten des Markant-Marktes. In Schönberg ist es kein Geheimnis mehr, dass es beim Markant-Management Überlegungen gibt, ihren im Gewerbegebiet ansässigen Einzelhandels-Markt in den Bereich des Kiddie-Fun-Centers zu verlegen, und ihn gleichzeitig in einen Familia-Markt umzuwandeln. Das bedeutet aber auch, dass statt einer Verkaufsfläche von bisher 1.400 m² dann eine Fläche von 3.100m² angeboten werden soll, so jedenfalls die Vorstellung der Eigentümer. Für ein solches Vorhaben müsste nicht nur der Flächennutzungsplan, der dort eine Spiel- und Sportfläche vorsieht geändert, sondern auch ein neuer Bebauungsplan für großflächigen Einzelhandel aufgestellt werden. Das würde aber dem Einzelhandelsgutachten, dass die Gemeinde Schönberg für viel Geld von neutraler Stelle hat erstellen lassen, um ein zukunftsweisendes Gesamtkonzept für unsere Gemeinde zu haben, völlig entgegen laufen. Dieses sagt nämlich aus, dass dort für die Nahversorgung des Neubaugebietes an der Strandstrasse lediglich Einzelhandel mit einer Verkaufsfläche von 200 m² in Betracht kommt. Die SPD-Fraktion stimmt den vorgestellten Planungen für einen großen Supermarkt im Bereich des Kiddie-Fun-Centers nicht zu. Das Ziel der Einzelhandelsentwicklung in unserer Gemeinde ist, den geschäftlichen Kernbereich des Ortes, vom Areal Alter Bahnhof über Bahnhofstraße bis in die Fußgängerzone, zu stärken. Mit dem Bau eines neuen Supermarktkomplexes quasi vor den Toren des Kernortes erreichen wir genau das Gegenteil. Auch aus touristischer Sicht ist dieser Standort nicht erforderlich. In den Strandgebieten gibt es zwei Einzelhandelsgeschäfte. In den Grenzen des Hauptortes befinden sich sechs Super- und zwei Fachmärkte. Wenn jetzt ein weiterer Markt mit einer Verkaufsfläche von 3.100 m² hinzukommen sollte, sieht die SPD-Fraktion die Gefahr von Überkapazitäten, die letztlich nicht Arbeitsplätze schaffen, sondern kosten werden. Denn die Nachfrage aus dem Umland lässt sich nicht beliebig vergrößern. Wir haben Verständnis dafür, dass die Markant-Eigentümer die Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens in Schönberg stärken wollen. Wir stehen deshalb einer moderaten Erweiterung am jetzigen Standort, die dort auch möglich wäre, positiv gegenüber, denn wir möchten, dass dieser alteingesessene Betrieb im Gewerbegebiet erhalten bleibt. Das sagt übrigens auch das Einzelhandelskonzept aus und die Landesplanung sieht es genauso. **Dieter Winkler Schönberg, den 10.01.2012**

Stellungnahme zu den Artikeln über das „Kiddie-Fan-Center“ vom 09.01. 12 in der KN und vom 10.10. 12 im Pröbsteier Herold. In beiden Artikeln war zu lesen, dass das „Kiddie-Fan-Center“ Ende Dezember 2011 schließen musste. Ursache war, dass keine baurechtliche Genehmigung vorliegt, der Betreiber praktisch nur geduldet war. Eine rückwirkende Erteilung dieser Genehmigung machte die Bauaufsichtsbehörde des Kreises aber von baulichen Veränderungen im Rahmen von Brandschutzmassnahmen abhängig. Aus finanziellen Gründen konnte der Eigentümer diese Auflagen nicht erfüllen. Die Folge war, dass die Anlage nun geschlossen werden musste. Es bestehen nun Pläne das Gelände an einen Investor zu verkaufen um dort einen FAMILIA-Markt zu errichten. Eine Mehrheit im Gemeinderat aus SPD und Eis hält es aber nicht für notwendig einen

weiteren Einzelhandelsmarkt in Schönberg anzusiedeln. Das könnte bedeuten, dass dort ein Leerstand entsteht. Soweit der Tenor der oben angesprochenen Artikel. Ich meine es ist notwendig hier den Hintergrund dieser ablehnenden Haltung noch einmal deutlich zu machen. Bei der Ausweisung des „Einkaufszentrums am „Alten Bahnhof“ stand für SPD und die anderen Fraktionen im Schönberger Gemeinderat das Bestreben, den Ortskern zu stärken im Mittelpunkt. Um das Gelände des „Kiddie-Fan-Centers dem Ortskern zu zurechnen, muss man schon eine rege Phantasie entwickeln. Dass jetzt in der Gemeindevertretung keine einheitliche Meinung mehr besteht ist für die SPD-Fraktion zwar nicht nachvollziehbar, wird uns aber nicht davon abhalten, uns weiterhin an dem allgemein anerkannten Einzelhandelsgutachten zu orientieren. Dieses besagt, dass an dieser Stelle lediglich Einzelhandel auf einer Verkaufsfläche von 200 m² in Betracht kommen könnte. Wir bedauern, genau wie der Eigentümer dieser Freizeitanlage deren Schließung und den daraus eventuell entstehenden Leerstand. Bei allem Verständnis für seine Nöte ist es aber nicht zu verantworten, an der Peripherie unseres Ortes einen Einkaufsmarkt mit einer geplanten Verkaufsfläche von 3.800 m² entstehen zu lassen, weitaus größer als die zukünftigen Märkte SKY und ALDI (3.100 m²) zusammen. Mit unserer Ablehnung befinden wir uns in guter Gesellschaft mit der Landesplanung, die uns signalisiert hat, dass die Ansiedlung eines weiteren großen Verbrauchermarktes in Schönberg nicht in ihrem Sinne ist. Sie empfiehlt aber, um auch den Interessen des Eigentümers von „Famila“ und „Markant“ entgegen zu kommen, eine moderate Erweiterung des bestehenden Markant-Marktes im Gewerbegebiet, was auch im Interesse der Gemeinde wäre. Noch besteht diese Möglichkeit Abgesehen von allen Gutachten und Empfehlungen ist die SPD-Fraktion der Ansicht, dass ein Ort mit knapp 8.000 Einwohnern, einen weiteren großen Einkaufsmarkt nicht verkraften kann. Die Folgen eines Überangebotes sind nicht kalkulierbar. Ich bin sicher, dass es der Großteil der Schönberger/innen genau so sieht

Dieter Winkler SPD-Fraktionsvorsitzender Bauvorhaben „Kleine Mühlenstraße / Bahnhofstraße“ des Investors Dieter Kopplin. In der Gemeinderatssitzung am 9. Februar 2012 stand das obige Bauvorhaben auf der Tagesordnung. Zu entscheiden war über den Aufstellungsbeschluss, der unter anderen vorsieht, dass dort eine mehrgeschossige Bebauung in gestaffelter Bauweise entstehen, und sich höhenmäßig an dem vorhandenen Speichergebäude orientieren soll. In den unteren Etagen sind Räumlichkeiten für Handel, Gewerbe und Dienstleistungen, in den oberen Geschossen dann barrierefreier Wohnraum geplant. Stellplatzflächen werden in ausreichender Zahl vorhanden sein. Die SPD-Fraktion hat diesem Aufstellungsbeschluss zugestimmt, damit das Bauleitplanverfahren in Gang gebracht werden kann. Denn wir wollen, dass die alte unansehnliche Bausubstanz (ehemals Kallsen) durch eine neue Bebauung ersetzt wird, was eine überfällige Verbesserung der städtebaulichen Gesamtsituation in diesem Bereich bedeutet. Und wir wollen auch, dass ein attraktives Angebot an Geschäften mit hilft, den zentralen Einzelhandelsbereich in unserer Gemeinde zu stärken. Ich möchte aber ausdrücklich darauf hinweisen, dass dies keine Zustimmung zu dem geplanten Solitärbau mit einer Gesamthöhe von 24 Metern ist. Wir sind in Übereinstimmung mit der Landesplanung der Auffassung, dass in diesem Falle und an dieser Stelle Weniger - Mehr ist. Eine frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer Einwohnerversammlung halten wir für unerlässlich. Die sich dabei heraus kristallisierende Bürgermeinung werden wir in den weiteren Planungsprozess mit einbeziehen. Das Ergebnis dieses Planungsprozesses muss eine Bebauung sein, welche den Interessen des Investors, aber auch denen

der Gemeinde - den Bürgerinnen und Bürgern - gerecht wird. .

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 09.02.2011, 23:56 Uhr - 5753 Clicks - Nr. 138

Jeder einen Schritt... und wir sind am Ziel!

Zur heutigen Expertenanhörung zum Wahlgesetz erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Die Anhörung hat gezeigt, dass alle Fraktionen Grund haben, über ihre Positionen nachzudenken. Bei gutem Willen aller ist es möglich, auf breiter Basis zu einer Einigung über das neue Wahlrecht zu kommen. Voraussetzung ist, dass sich alle ein wenig bewegen.

Die SPD-Fraktion ist dazu bereit. Das betrifft z. B. die Frage des Zählverfahrens ebenso wie das von den Fachleuten erwähnte 1-Stimmen-Wahlrecht. Auch durch letzteres können Überhangmandate vermieden werden.

Wir halten es weiterhin für sinnvoll, dass die Zahl der Direktbewerber und damit der Wahlkreise etwa der Hälfte der Regelgröße des Landtags entspricht. Denn die Persönlichkeitswahl ist ein Element der direkten Demokratie.

Die Größe des Landtages sollte zukünftig im Wahlgesetz geregelt werden.

Eine Schlüsselfrage – die nach dem Wahltermin - richtet sich an CDU und FDP. Bei aller Flexibilität im Verfahren erwarten wir endlich Klarheit. Die Wahl muss so bald wie möglich stattfinden - alles, was CDU und FDP bisher hierzu gesagt haben, ist nicht akzeptabel. Denn der Landtag muss so schnell wie irgend möglich wieder verfassungskonform und handlungsfähig werden.

Jede Fraktion einen Sprung über den eigenen Schatten... Das wäre insgesamt ein großer Schritt zu einem gemeinsamen Wahlrecht und zu schnellen Neuwahlen."

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 10.02.2011, 12:10 Uhr - 4073 Clicks - Nr. 139

SPD begrüßt Verwaltungsgemeinschaft mit Bönningstedt

Die SPD-Fraktion begrüßt Pläne zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit Bönningstedt. Dr. Christian Dornis, stellv. Fraktionsvorsitzender erklärt hierzu:



„Die Chancen, die in einer solchen Zusammenarbeit liegen, sind groß. Durch die Bildung einer gemeinsamen Verwaltung unter dem Dach Quickborns entstehen noch schlagkräftigere, noch professionellere Fachbereiche. Die Effektivität des Verwaltungshandelns wird steigen. Beide Partner werden langfristig nicht nur finanziell profitieren, sondern ihre Stimme wird ein größeres Gewicht haben.

Wir sind zuversichtlich, dass offene Fragen mit den übrigen Beteiligten (Kreis, Innenministerium, Amt Pinnau) zügig geklärt werden können, so dass spätestens zum Jahreswechsel 2011/2012 die

Verwaltungsgemeinschaft gebildet werden kann.

Wir würden es begrüßen, wenn auch mit Hasloh oder anderen Umlandgemeinden eine ähnliche Zusammenarbeit vereinbart werden könnte.“

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 10.02.2011, 13:29 Uhr - 17041 Clicks - Nr. 140

SPD-MdB Sönke Rix: "Demokratieerklärung" ist verfassungsrechtlich bedenklich

Viele Initiativen und Vereine, die sich gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagieren, erhalten finanzielle Förderung aus den Programmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Wer auch weiter Geld aus dem neuen Programm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Familienministeriums erhalten will, muss ab diesem Jahr eine so genannte „Demokratieerklärung“ unterzeichnen.



Per Unterschrift müssen Empfänger sich nicht nur zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen, sondern sich auch verpflichten, Projektpartner auf deren Verfassungstreue zu überprüfen.

Ich halte dieses neue eigenartige Projekt der Familienministerin für bedenklich. Denn es stellt Initiativen und Vereine nicht nur vor große bürokratische Hürden. Wichtiger noch ist die Tatsache, dass nicht einmal die Landesämter für Verfassungsschutz bezüglich der Verfassungstreue von Organisationen zu einheitlichen Ergebnissen kommen. Die Überprüfung, ob ein Verein verfassungsmäßig agiert, ist hochkomplex und kann nur mit hoheitlichen Befugnissen wahrgenommen werden. Zivilgesellschaftliche Initiativen haben weder die Fähigkeit noch die Legitimation, Ermittlungen über die politischen Ziele jedes ihrer Kooperationspartner anzustellen.

Dieses Vorhaben ist also aus verfassungsrechtlichen Gründen bedenklich, praxisuntauglich und es unterstellt, dass gerade Demokratieinitiativen in einem besonderen Maße geneigt sind, mit antidemokratischen Partnern zu kooperieren. Ich befürchte, dass genau dies die Absicht von Frau Schröder ist.

Durch ihre Bildungs- und Präventionsarbeit leisten Initiativen und Vereine einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und zur Achtung der Menschenrechte. Ohne die Förderung des Bundes wären die meisten dieser Projekte allerdings nicht durchführbar. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Projekten arbeiten in hoher Eigenmotivation unter oft schwierigen Bedingungen. Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit, dass Empfänger von Zuwendungen des Bundes auf dem Boden des Grundgesetzes stehen müssen. Mit ihrer Arbeit beweisen diese Initiativen mehr als viele andere, dass sie die demokratische Kultur stärken und die Demokratie vor ihren Feinden schützen wollen. Sie tun dies oft unter hohem persönlichen Einsatz. Aus diesem Grunde finde ich es paradox und widersinnig, gerade von diesen Initiativen eine über

die allgemeinen Richtlinien hinausgehende explizite Sondererklärung zur Verfassungstreue zu verlangen.

Dass dies nicht notwendig ist, konnte ich bei vielen Besuchen und Veranstaltung der jetzt betroffenen Vereine und Verbände persönlich feststellen.

Engagierte Demokratinnen und Demokraten dürfen nicht anders behandelt werden als jeder andere Empfänger von Bundesmitteln.

Erschienen als "Bericht aus Berlin" in der "Eckernförder Zeitung" vom 09.02.2011

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 10.02.2011, 17:04 Uhr - 4679 Clicks - Nr. 141

Verkehrskonzept auf der Tagesordnung

Bei der nächsten Sitzung des Verkehrs- und Werkausschusses der Gemeinde Osterrönfeld wird erstmals das im letzten Jahr beschlossene Verkehrskonzept für die Schwebefährengemeinde erörtert. Durch Antrag der SPD-Fraktion war die seit Jahren stillgestandene Lösungssuche für die Verkehrsprobleme im Dorf wieder aufgenommen worden.



Das führte im Zuge der Beratungen und Diskussionen zu dem Entschluss, die

Verkehrsprobleme in Osterrönfeld durch ein Planungsbüro analysieren und hierzu Lösungsansätze vorzustellen zu lassen. Dies wurde im November 2010 auf den Weg gebracht [[mehr](#)].

Im Frühjahr diesen Jahres sollen nun erste Verkehrsanalysen (Zählungen und Befragungen) stattfinden, um weitere Beratungen auf fundierte Fakten aufbauen zu können. In der anstehenden Sitzung des Fachausschusses soll das Verkehrskonzept nun erstmals detaillierter erörtert und beraten werden. Alle Osterrönfelderinnen und Osterrönfelder sind daher zu der öffentlichen Sitzung eingeladen, um u. a. eigene Ideen einbringen und Fragen stellen zu können.

Weitere Themen der Sitzung sind unter anderem:

- Einwohnerfragestunde
- Beratung und Beschlussfassung über die Schaffung einer BMX- und Skaterbahn
- Beratung und Beschlussfassung über die Gestaltung der Spielfläche am Bürgerzentrum
- Beratung und Beschlussfassung über die Bereitstellung eines Raumes zur Lagerung historischer Gegenstände
- Beratung über die Untersuchung "Wie behindertengerecht ist Osterrönfeld?" (Antrag der

SPD-Fraktion)

Die Sitzung findet am Donnerstag, 17.02.2011, um 19:00 Uhr in der Amtsverwaltung Osterrönfeld, Schulstraße 36, statt.

--

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 10.02.2011, 18:10 Uhr - 11311 Clicks - Nr. 142

Neue Erbpachtinitiative für Kiel!

Die Kieler SPD und die Kieler Grünen begrüßen die neue Initiative für Erbpacht in Kiel. Nach gemeinsamen Beratungen liegt nun ein Entwurf vor, der neue Chancen auf Wohneigentum bietet.



„Bereits nach der Kommunalwahl hatte die Rathaus-Kooperation in einem ersten Schritt beschlossen, dass die bei der Stadt noch bestehenden Erbbaurechtsverträge nicht an Dritte veräußert werden sollten.

Damit war die Unsicherheit vieler Eigenheimbesitzer über die Zukunft ihrer Grundstücke und Häuser beseitigt worden.

Beide Parteien haben nun in den vergangenen Wochen auf der Parteiebene umfassend über eine Weiterentwicklung diskutiert und Rahmenbedingungen festgelegt, die sich a.) auf den Kreis der Nutzer, b. die finanziellen Voraussetzungen und c. Verkauf beziehen.

a.) Kreis der Nutzer:

- Das neue Modell richtet sich in erster Linie an junge Familien, und Normalverdiener, die wir in der Stadt halten wollen. Diese Bürgerinnen und Bürger erhalten die Chance auf Wohneigentum.
- Gruppenselbsthilfeprojekte und Gruppenwohnprojekte,
- Bewohnergenossenschaften und Baugemeinschaften,
- Generationsübergreifende Wohnprojekte,
- Projekte, die einen besonderen sozialen integrativen Beitrag oder einen besonderen und innovativen Beitrag zur Umsetzung des Energie- und Klimaschutzprogramms in Kiel leisten
- Mietreihenhausprojekte

b.) Für solche Vorhaben werden städtische Grundstücke entweder zum Kauf oder als Erbbaurecht angeboten. Um die dafür vorgesehenen Zielgruppen zu erfassen, gelten Einkommensgrenzen, die in Anlehnung an die soziale Wohnraumförderung der Landesregierung entwickelt wurden. So kann eine Familie mit 2 Kindern netto bis zu 59.040 € im Jahr verdienen, um ein Erbbaurecht erhalten zu können, ein Single bis zu 31.320 € im Jahr. Bei diesen Obergrenzen gilt der „normale“ Erbbauzins von 4%, bei Geringverdienern ein ermäßigter Satz von 2%.

c.) Diese Bedingungen gelten auch beim Weiterverkauf von Häusern auf Erbbaugrundstücken, d.h. der Neuerwerber kann auf Wunsch das Erbbaurecht übernehmen, wenn er/sie unter die Einkommensgrenzen fällt. Der Erbbauzins wird alle 5 Jahre an die Steigerung der Lebenshaltungskosten angepasst. Die Erbbaurechtsbestellung gilt für 75 Jahre und kann auf Wunsch verlängert werden. Der Erwerb des Grundstücks ist jederzeit nach marktüblichen Konditionen möglich.

Erbbaurecht ist ein wichtiges sozial und ökologisch geprägtes Instrument der Stadtentwicklung, der Wohnungspolitik und der Bodenbewirtschaftung.

SPD-Kreischef Rolf Fischer und der Grünen-Vorsitzende Willi Voigt

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 10.02.2011, 18:19 Uhr - 17408 Clicks - Nr. 143

Zukunftschancen für junge Menschen

Die SPD-Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen erklärt: „Ich freue mich sehr, dass die Trainingsmaßnahme zur Verbesserung der beruflichen Integrationschancen von benachteiligten jungen Menschen verlängert wurde.“



Dieses von der Brücke S-H in Kooperation mit dem Jobcenter Steinburg angebotene Projekt, fördert und fordert junge Menschen, die keinen oder nur schlechte Schulabschlüsse haben.

20 Jugendliche erhalten durch dieses Projekt die Möglichkeit sich intensiv auf ihr Berufsleben vorzubereiten. Durch verschiedene Unterrichtsangebote und Arbeitsprojekte lernen die Jugendlichen ihre psycho-sozialen Hemmnisse zu überwinden und erarbeiten sich damit deutliche größere Chancen für ihr späteres Berufsleben.

Dabei werden sie von dem so genannten Starhilfe-Team, das sich aus Sozialpädagogen und Ergotherapeuten zusammensetzt, tatkräftig unterstützt

Bei einem Hospitationstag in der Einrichtung im Sommer 2010 konnte die Landtagsabgeordnete schon feststellen, wie engagiert und liebevoll das Starhilfe-Team mit den ihnen anvertrauten jungen Menschen arbeitet.

Dieses erfolgreiche Engagement wurde jetzt belohnt.

Die Träger des Projekts, das Land Schleswig-Holstein und der europäische Sozialfond beschlossen eine Verlängerung um 2 Jahre.

„ Es ist schön, dass diese erfolgreiche Arbeit weitergeführt werden kann und ich bedanke mich ausdrücklich bei den tollen Mitarbeitern des Projekts“, betont Birgit Herdejürgen.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 10.02.2011, 19:48 Uhr - 16084 Clicks - Nr. 144

Das KREIS-INFO zur Mitgliederbefragung!

Das Verfahren der Mitgliederbefragung zur Spitzenkandidatur ist voll im Gange! Nachdem sich Torsten Albig, Brigitte Fronzek, Ralf Stegner und Mathias Stein in allen SPD-Kreisverbänden vorgestellt haben, folgt der landesweite Mitgliederentscheid.

Das KREIS-INFO will mit einer Sonderausgabe eine weitere Entscheidungshilfe mit an die Hand geben, denn ab dem 11. Februar kann abgestimmt werden.

Zur Sonderausgabe

Die Unterlagen gehen allen Mitgliedern per Post zu, abgestimmt wird per Briefwahl. Alle Genossinnen und Genossen haben jeweils eine Stimme. Teilnehmen können alle, die mindestens seit dem 14. Januar 2011 SPD-Mitglied in Schleswig-Holstein sind.

Am 26. Februar 2011 wird die Briefwahl beim Landesverband unter notarieller Aufsicht ausgezählt und das Ergebnis verkündet. Sollte keiner der Bewerber mindestens 50 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen können, wird eine Stichwahl stattfinden. Beim ersten „Wahlgang“ müssen mindestens 25 Prozent unserer Mitglieder ihre Stimme abgeben, damit das Ergebnis gültig ist. Auf dem Landesparteitag im April wird dann nur der Gewinner oder die Gewinnerin der Mitgliederbefragung für die Spitzenkandidatur antreten.

Die KREIS-INFO-Redaktion hat eine Reihe von Fragen gesammelt, die wir an den möglichen Spitzenkandidaten oder die mögliche Spitzenkandidatin haben. Einige wurden bereits auf der Mitgliederkonferenz Ende November in Rendsburg gestellt. Aus den restlichen haben wir zehn Fragen herausgesucht und den Bewerberin und den Bewerbern gestellt. Die vier Interviews findet ihr in der aktuellen Ausgabe.

Zusätzlich berichtet Martin Klimach-Dreger, unser Kreisparteiausschussvorsitzender, über die Mitgliederkonferenz in Rendsburg. Dort hatten sich Torsten Albig, Brigitte Fronzek, Ralf Stegner und Mathias Stein Ende November vorgestellt. Die öffentliche Mitgliederkonferenz besuchten trotz der widrigen Wetterumstände über 400 Menschen.

Das war ein Erfolg und hat gezeigt: Die Menschen haben Interesse an der Frage, wie sich die SPD für die nächste Landtagswahl aufstellt. Mittlerweile ist vielen von ihnen klar: Wenn es in Schleswig-Holstein wieder bergauf gehen soll, muss die Regierung sozialdemokratisch geführt werden.

Gesehen haben wir im bisherigen Verfahren in jedem Fall, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Schleswig Holstein gute, kompetente und qualifizierte Personen vorzuweisen haben. Auch im Namen des Kreisvorstands appellieren wir an Euch, die Mitgliederbefragung zu nutzen und über die Spitzenkandidatur mitzuentcheiden.

Neben einer demokratischen Entscheidung zur Spitzenkandidatur wünschen wir uns inhaltlich eine

klare Linie. Beides brauchen wir für einen guten Start in einen erfolgreichen Landtagswahlkampf.

Die KREIS-INFO-Redaktion

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 10.02.2011, 21:18 Uhr - 40455 Clicks - Nr. 145

Der Weg zur Nachhaltigen Ökonomie

Wir stehen in diesem Jahrhundert vor einer entscheidenden Weggabelung :
Nachhaltigkeit oder entsetzliche Klima- und Ressourcenkriege.



Die aktuellen globalen Herausforderungen lassen sich in drei Bereiche einteilen:

In der **Ökologie** werden wir mit Klimaerwärmung, der Zerstörung der Ökosysteme und der Artenvielfalt konfrontiert. Nicht erneuerbare Ressourcen werden ohne Rücksicht auf kommende Generationen verbraucht, eine Übernutzung erneuerbarer Ressourcen wie z.B. Überfischung findet statt. All dies geschieht rücksichtslos und führt immer mehr zur Gefährdung der menschlichen Gesundheit.

In der **Ökonomie** zieht die globale Verlagerung von Produktionsstandorten den Verlust von Arbeitsplätzen nach sich und führt zu Arbeitslosigkeit. Es entstehen überschuldete Staatshaushalte, Finanzmärkte werden instabil, außenwirtschaftliche Ungleichgewichte werden aufgebaut. Ressourcenverknappung zieht extreme Preissteigerungen nach sich.

Die Auswirkungen im **sozialen und kulturellen Bereich** werden besorgniserregend. Die Zerstörung der Umwelt wirkt sich massiv auf die Lebensqualität aus. Mangelnde Chancengleichheit und fehlende Integration münden in sozialer Unsicherheit und Armut.

Schon das Berliner Programm der SPD von 1989 führt dazu aus:

„Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt. Wachsen muss, was natürliche Lebensgrundlagen sichert, Lebens- und Arbeitsqualität verbessert, Abhängigkeit mindert und Selbstbestimmung fördert, Leben und Gesundheit schützt, Frieden sichert, Lebens- und Zukunftschancen für alle erhöht, Kreativität und Eigeninitiative unterstützt. Schrumpfen oder verschwinden muss, was die natürlichen Lebensgrundlagen gefährdet, Lebensqualität mindert und Zukunftschancen verbaut. Eine Politik, die Wachstumsfelder auswählt, muss die Wünsche, Bedürfnisse, Sorgen, Unsicherheiten und Zukunftsängste der Menschen ernst nehmen. Diese Politik muss die Strukturen in der Produktion und im Verteilungssystem, im Recht, in der Kultur und im Bildungssystem verändern.“

Die Debatte darüber verlässt heute die wissenschaftlichen Zirkel und rückt ins Zentrum von Politik und Gesellschaft. Als Alternative zeichnet sich ab: Entweder kommt es zu erbitterten Verteilungskämpfen, einschließlich der Gefahr von Ressourcenkriegen, oder zu einer nachhaltigen Entwicklung.

Wir haben nicht mehr sehr viel Zeit dafür.

Das **umWeltforum** der SPD in Schleswig – Holstein will den Anstoß zur Debatte geben und hat

daher zu diesem Thema am 4. und 5. Februar ein Seminar durchgeführt [mehr ...](#)

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 11.02.2011, 08:44 Uhr - 6017 Clicks - Nr. 146

SPD:Sparen, Konsolidieren und Investieren- Dreiklang mit Augenmass beim Haushalt Pressemitteilung

10. 2. 2011

SPD: Sparen, Konsolidieren und Investieren- Dreiklang mit Augenmass beim Haushalt 2011

"Mit den vorliegenden gemeinsamen Anträgen von CDU und SPD im Plöner Kreistag sowie den Ergänzungsanträgen der SPD Kreisfraktion haben wir unserer Auffassung nach ein ausgewogenes Paket zwischen Sparen, Konsolidieren und Investieren zusammengeschnürt“, so der Vorsitzende der SPD Kreistagsfraktion.

Mit der besonderen finanziellen Ausstattung in den Bereichen Kindergarten, Bildung und Jugend sind wichtige Schwerpunkte gesetzt worden.

Es geht bei den finanziellen Entscheidungen nicht mehr um die Verteilung neuer Mittel, sondern ausschließlich um die Frage, wie können die wenigen Mittel effizient eingesetzt werden. Denn ein Haushaltsdefizit von 8,5 Millionen kann nicht ignoriert werden.

Man kann sich entscheiden, ob man opponieren will oder verantwortlich und aktiv an der Gestaltung mitwirkt und Einfluss nimmt. Die SPD Fraktion hat sich für Mitgestalten entschieden und will Verantwortung übernehmen. Mit der Verlängerung der Verträge für Vereine und Verbände und einer 3% igen Kürzung wird zwar ein wenig reduziert, aber gleichzeitig unseren Partnern drei weitere Jahre Sicherheit und Verlässlichkeit für ihre Planung in der wichtigen ehrenamtlichen Arbeit gegeben. Die Fördervereine der Schulen erhalten zusätzlich 5.000 € aus den Überschüssen der Sparkasse. In den Bereichen des Kreismuseum und der Wirtschaftsförderung/GTZ werden Einschnitte formuliert, die aber immer im Ansatz neue Maßnahmen generieren. Seitens der SPD Fraktion wollen wir zusätzlich - wie bereits vor einem Jahr bei der Zusatzkreisumlage - auch die Einnahmen des Kreises um 100.000 € erhöhen und nicht weiterhin auf die Jagdsteuer verzichten. Wir kommen auch damit der Aufforderung des Innenministers nach, bei der Genehmigung des Haushaltes 2008, hier tätig zu werden. " Natürlich sehen wir auch da Engagement und die ehrenamtliche Arbeit der Jägerschaft, wir halten diesen Schritt- im Gesamtkonzept allerdings für zumutbar. Gleichzeitig wollen wir mit der Verabredung einer neuen Vereinbarung für die Beseitigung des Fallwilds einen Teil des Betrages von 25.000 € wieder zur Verfügung stellen. Dieses Verfahren wird sehr erfolgreich durch z.B. durch den Kreis Ostholstein praktiziert und wird z.B. von allen Parteien im Eutiner Kreistag getragen.

Wir Kreistagsabgeordnete der SPD wollen selbst einen Beitrag zur Einsparung leisten und nicht nur die vom Land zum 1.12.2010 beschlossene Erhöhung der Entschädigung nicht vollziehen, sondern

auch dort kürzen. Im Bereich der Investition werden wir neben dem Regionalen Bildungszentrum auch für den Neubau des Fähranlegers in Mönkeberg stimmen.

Mit 170.000 € Eigenbeteiligung des Kreises erhalten wir 1,2 Mio Investitionen und Zuschüsse. Damit stärken wir den ÖPNV aber auch den Tourismus an der Förde. . "

Mit diesem anvisierten Haushalt und den Beschlüssen setzen wir ein Signal an die Gemeinden und die Bürgerinnen und Bürger, dass wir ernsthaft bereit sind, die Defizite zu minimieren, gleichzeitig jedoch sozial- und bildungspolitische Akzente zu setzen und wichtige Investitionen zu tätigen. Dem Stellenplan werden wir ohne Änderungen zustimmen, denn zum einen gibt es Stellenreduzierungen und zum anderen haben wir in den letzten Jahren bereits Beschlüsse gefasst, die auch in dieses Jahr hineinwirken.

"Wir würden uns sehr freuen, wenn es der SPD-Fraktion gelänge, für die Anträge Mehrheiten zu bekommen. Handlungsfähigkeit und Mut ist gefragt. Ein Grundübel für die schwierige finanzielle Situation ist die falsche Verteilung zwischen den Ebenen Bund, Land und Kommunen, so Lutz Schlüsen abschließend.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 11.02.2011, 14:00 Uhr - 101740 Clicks - Nr. 147

Wege aus der Eurokrise: Erfolgreiche Veranstaltung im Wissenschaftszentrum Kiel

Zuerst strauchelten mächtige Banken, später dann ganze Staaten: Die Schuldenkrise hält Europa nach wie vor in Atem. Um das schwierige Thema aus den Experten-Runden herauszuholen hat die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust am Donnerstagabend interessierte Bürger ins Wissenschaftszentrum Kiel eingeladen.



„Aufklärung betreiben“

wollte auch der wirtschaftspolitische Sprecher der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Udo Bullmann, der in seinem Eingangsreferat für entschiedene Finanzmarktreformen eintrat und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer forderte.

Prof. Dr. Federico Foders vom Institut für Weltwirtschaft hält die Krise noch nicht für überstanden und betonte die Notwendigkeit einer abgestimmten Wirtschaftspolitik. Der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner warnte davor zu glauben, man käme mit nationalen Antworten weiter: Internationale

Problem müssten international gelöst werden. In dem jüngsten Vorstoß der deutschen und französischen Regierungen sieht er keinen Ansatz für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, sondern lediglich eine „Demütigung aller anderen“. Die Leiterin des Europäischen Verbraucherzentrums in Kiel, Andrea Sack, stellte klar, dass die Einführung des Euro aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher in jedem Fall ein Gewinn gewesen sei.

Zu der von Ulrich Metschies moderierten Veranstaltung kamen rund siebzig Gäste, die sich zur Freude der Gastgeberin rege in die Diskussion einschalteten: „Seit Ausbruch der Krise ringen die Mächtigen und die Parlamente dieser Welt um Wege aus der Krise. Dass sie die richtigen Antworten finden, geht uns alle an. Das konnten wir mit dieser Diskussion deutlich machen“, so Rodust.

Keine Kommentare

[SPD-Husby](#) - veröffentlicht am 11.02.2011, 17:36 Uhr - 4169 Clicks - Nr. 148

Mitgliederversammlung 2.2.2011

Protokoll der Mitgliederversammlung vom 2.02.2011

1.) Frau Schümann begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Anwesend waren Heiko Splett, Agnes Kuhrau, Günther Schmidt, Rainer Blass, Horst Dibbern, Jörg Manzke, Wolfgang Biegemann, Antje Schümann, Burkhardt Gerling, MdL Lothar Hay, MdK Frauke Kramer, Kreiskassierer/Vorsitzender Amtsverband Ingo Obst sowie Klaus Tomm.

2.) Das Protokoll vom 27. 05.2010 wird einstimmig genehmigt.

3.) Wahlen

Vor den Wahlen wird durch die Anwesenden der Punkt Kassenbericht als Punkt 4 eingefügt, und abweichend von der Tagesordnung einstimmig und damit mehrheitlich genehmigt. Alle weiteren Punkte verschieben sich somit um einen Punkt.

3a. Der stellvertretende Schriftführer bleibt bis auf weiteres unbesetzt. So der einstimmige Beschluss der Versammlung

3b. Johannes Hansen wird in Abwesenheit einstimmig zum stellvertretenden Schatzmeister für 2 Jahre gewählt. Sein Einverständnis hierfür liegt vor.

3c. Agnes Kuhrau wird einstimmig auf zwei Jahre zum Revisor bestimmt.

3d. Antje Schümann und Wolfgang Biegemann werden einstimmig für 2 Jahre zu Delegierten zur Landeskonferenz für die Aufstellung zur Landtagswahl im April 2011 in Husum gewählt.

4. Der Kassenbericht von Rainer Blaas wird einstimmig gebilligt und der Vorstand entlastet, da Günther Schmidt und Lothar Pult die Kasse ohne Beanstandungen geprüft hatten. Der aktuelle Kassenstand beträgt 589,48

5. Es folgt der Bericht aus der Gemeinde durch Fraktionsvorsitzende Agnes Kuhrau. Sie spricht folgende Themen an:

- Die Wahl des Seniorenbeirates
- Probleme des Haushalts der Gemeinde Husby
- Büchereibus und die zu planende Bücherei Husby
- Gemeinschaftsschule ohne Gymnasium?

Lothar Hay stellt klar, dass es dafür noch keine Genehmigung aus Kiel gibt, sowie, dass es noch nie eine Regelung über die Verwendung zentral örtlicher Mittel gab

Weiterhin berichtet Herr Hay über den Dioxinskandal, Alternative Energien und die Situation der Bauern.

Auch die Fehmarnbeltquerung wird angesprochen, wie das Landeswahlgesetz, das in der Maisitzung neu verabschiedet werden muß. Es werden wohl 35 oder weniger Wahlkreise werden. Eine weitere Schwächung des Bereichs Schleswig – Flensburg wird befürchtet.

Frauke Kramer berichtet aus dem Kreistag. Das Thema Schulen und ihre Optionen treibt den Schul und Kulturausschuß um. Wichtig dabei die Schülerbeförderung und ihre Kosten. Eine neue Schulsatzung im Kreis.

Der Kreis SL-FL ist jetzt Vermittlungsträger beim Arbeitslosengeld 2 geworden. Gleichzeitig sind die Mittel aus Berlin um 23 % gekürzt worden. Jedoch Verwaltungsstellen um 12,75 Stellen neu aufgebaut worden.

6. Es erfolgte eine Aussprache zur Kandidatenvorstellung der SPD am 31 Januar in Tarp

7. Unter Verschiedenes wurde beschlossen eine Presseerklärung heraus

zugeben. Mit dem Wortlaut: Nach einer regen Diskussion wurde, in der alle Kandidaten gewürdigt wurden, mehrheitlich vom OV Husby empfohlen Herrn Albig zu wählen.

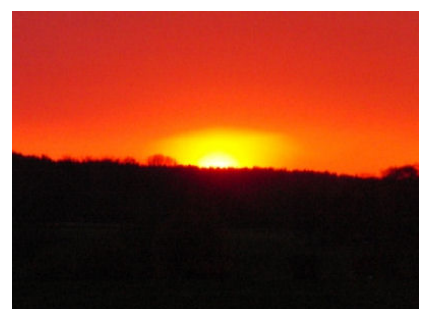
Jörg Manzke Antje Schümann
Protokollant Parteivorsitzende

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.02.2011, 22:13 Uhr - 6025 Clicks - Nr. 149

Dr. Klug gegen Alle

„Keine Schule muss 2011 etwas anders machen als 2010.“ Das war eines der meistgenannten Argumente für das neue Schulgesetz, das von der Regierungskoalition im Januar gegen viele Widerstände durchgepaukt wurde. Ob es ein gutes Argument ist, muss jeder selbst entscheiden. „Ruhe für die Schulen“, ist eine Forderung, der eigentlich jeder zustimmt. Wie weit es damit her ist, zeigt sich nun:



Bis zum 23. Februar müssen alle Gymnasien des Landes in Schulkonferenzen beschließen, ob sie künftig das Abitur nach acht oder neun Jahren anbieten wollen (G8 oder G9).

Alle Schulträger müssen ebenfalls beschließen, in Gemeindevertretungen, Stadtvertretungen, Schulverbänden. Das verfügte Bildungsminister Dr. Klug per Erlass am 2. Februar.

Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter, ist Mitglied des Bildungsausschusses. Er bemängelt: „Binnen drei Wochen müssen alle Gymnasien samt ihrer Träger tätig werden - auch wenn sie am Bestehenden gar nichts ändern wollen. Damit hat Dr. Klug Unruhe für Alle erreicht.“ Die kommunalen Spitzenverbände bezeichnen Klugs Vorgehen als „inakzeptabel“ und laufen Sturm. Habersaat weiter: „Solche Fristen sind für Schulen und Kommunen gelinde gesagt ungewöhnlich, erinnern eher an den Ausnahmezustand; vielerorts wären Sondersitzungen erforderlich. Man muss sich fragen, wie gut der Bildungsminister mit der Situation an Schulen und in den Kommunen vertraut ist.“

Die Grünen haben für die nächste Landtagssitzung (23. - 25. Februar) eine Fragestunde zum aktuellen Bildungschaos beantragt, die SPD möchte in einer aktuellen Stunde die offenkundigen Probleme der Landesregierung debattieren. Bereits am 15. Februar muss sich der Bildungsminister in einer Sondersitzung des Bildungsausschusses zum zurückgezogenen „Psycho-Erlass“ verantworten, mit dem verfügt worden war, dass im Zweifel ärztliche Gutachten die Zuordnung der Kinder zum G8- oder G9- Bildungsgang regeln sollten. Einen Tag vorher trifft sich Dr. Klug mit den kommunalen Landesverbänden - einer gegen Alle.

Martin Habersaat abschließend: „Im Western verlässt der Cowboy nach seinem Kampf gegen Alle die Stadt und reitet dem Sonnenuntergang entgegen - ich vermag allerdings nicht einzuschätzen, wie fest Dr. Klug im Sattel sitzt.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.02.2011, 23:00 Uhr - 7898 Clicks - Nr. 150

64. Kreisbauerntag

Stormarnhalle Bad Oldesloe - Gut besucht war der 64. Kreisbauerntag des Bauernverbands Stormarn in Bad Oldesloe. Unter den zahlreichen Gästen aus Politik und Verbänden war auch der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat. Er sah ein launiges Grußwort des Landrates Klaus Plöger und einen Vortrag zum Thema „Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Weltmarkt, Verbraucher- und Naturschutz.“ Und lernte beim anschließenden Grünkohlessen viel über Schweinezucht.



Klaus Plöger betonte die gute Zusammenarbeit von Kreisverwaltung und Landwirten in Stormarn.

Man fülle gemeinsam vernünftig den Rahmen aus, den andere setzten. Er wünschte sich Handschlagqualität auch in Zukunft und lieferte eine treffende Einschätzung zum Dioxin-Skandal: „Wenn man selber Mist baut, und auf den Kopf bekommt, ist das in Ordnung. Unfair ist es, für die Machenschaften anderer leiden zu müssen.“ In weiteren Grußworten beschrieb Propst Martin Bohl den gemeinsamen Weg von Landwirtschaft und Kirche, den er mit „Tradition im Wandel“ überschrieb. Kristina Wendt von den Landfrauen kritisierte, dass das Bild Vieler von der Landwirtschaft auf Bildern von Anfang des vorigen Jahrhunderts beruhe.

Der Kreisvorsitzende des Bauernverbands, Hans-Joachim Wendt, ging in seinem Rückblick auf das Jahr 2010 auf Wetter, Ernte und Preise der verschiedenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse ein. Es folgte ein Vortrag von Dr. Rainer Gießübel aus dem Berliner Landwirtschaftsministerium, der seinen verhinderten Staatssekretär kompetent vertrat. Gießübel skizzierte aktuelle Herausforderungen der Landwirtschaftspolitik: Bis zum Jahr 2050 werden 70% mehr Lebensmittel als heute gebraucht. Da in den Industriestaaten aber nur eine jährliche Produktionssteigerung von etwa einem Prozent zu erwarten sei, werde das Wachstum auch dort erfolgen, wo bei Dünger und Pflanzenschutz weniger umweltfreundlich vorgegangen werde als hier.

Riesige Agrarkomplexe mit industriellen Methoden seien nicht das Leitbild des Ministeriums. „Ressourcen müssen so genutzt werden, dass sie erhalten bleiben.“ - Gleichwohl sei eine stabile Eigenversorgung Deutschlands im Lebensmittelsektor erforderlich. Staatliche Aufgaben sah er dort, wo es Märkte transparent zu machen und überbordende Spekulationen zu stoppen gelte. Gießübel benannte als weitere aktuelle Tätigkeitsfelder ein mögliches Totalverbot von Käfighaltung für Hennen, neue Vorschriften für die Ferkelkastration und ein Verbot des Schenkelbrands in der Pferdezucht.

Politisches Leitprojekt 2011 soll eine „Charta für Landwirtschaft und Verbraucher“ werden. Gießübel: „Viele Menschen haben heute kein realistisches Bild mehr von Landwirtschaft. Das Zerrbild lautet: Die Landwirte bekommen Geld vom Staat, quälen Tiere und verschmutzen die Umwelt. Dem können wir nur entgegentreten, wenn wir eine Diskussion zwischen Landwirten und Verbrauchern organisieren.“ An deren Ende soll der Beschluss einer Charta stehen.

Martin Habersaat zog Bilanz: „Wer isst, sollte sich auch für Landwirtschaft interessieren!“

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 11.02.2011, 23:28 Uhr - 17485 Clicks - Nr. 151

SPD-MdB Sönke Rix: Zurück an den Verhandlungstisch!

CDU/CSU und FDP sind in die Verhandlungsrunde zur Reform der Hartz-IV-Regelsätze am 8. Februar mit dem festen Vorsatz gegangen, die Gespräche scheitern zu lassen. Merkel hat die Suche nach einem Kompromiss abgebrochen, weil die Koalition heillos zerstritten und nicht entscheidungsfähig war.



Anlass für das Gesetzgebungsverfahren war die Forderung nach einer verfassungsfesten Berechnung der Hartz IV-Regelsätze. Dies hat Schwarz-Gelb nicht geschafft, denn die Koalition hat bei der Bemessung der neuen Regelsätze die Anforderungen der Karlsruher Richter nicht berücksichtigt: Eine Sachverständigen-Anhörung zu dem neuen Gesetz hat ergeben, dass weder die Nachvollziehbarkeit und Transparenz der – zugegeben hochkomplizierten – Berechnung der Regelsätze gewährleistet ist, noch dass die Faktoren berücksichtigt wurden, die laut Bundesverfassungsgericht ganz klar mit hätten einbezogen werden müssen, wie beispielsweise die Mobilität der SGB II-Empfängerinnen und -Empfänger.

Stattdessen hat Schwarz-Gelb ein nicht ernst gemeintes Angebot unterbreitet, wonach Leistungsempfänger, die begründet nachweisen können, warum sie im Bereich Verkehr einen höheren Bedarf haben, einen Zuschuss zum Kauf einer Monatskarte in Höhe von max. 15 Euro erhalten sollten. Jeder Mensch mit Verstand weiß: Das reicht nicht! Häufig kostet eine Monatskarte für den Nahverkehr weit mehr als 15 Euro – die Differenz wiederum muss dann aus dem normalen Regelsatz bezahlt werden.

Ich möchte an dieser Stelle gar nicht so sehr in die Details gehen. Entscheidend ist für mich: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben einen anderen Ansatz als Schwarz-Gelb. Häufig wurde in den letzten Tagen der Eindruck vermittelt, dass unsere Vertreter und Vertreterinnen sich in den Verhandlungen verzettelt hätten, indem sie zu viel in die Verhandlungen hineinpaketen, was dort nicht hineingehört. Doch wir setzen auf Armutsprävention! Wir möchten nicht nur an den Symptomen herumdoktern, sondern uns mit den Ursachen auseinandersetzen.

Deshalb sind die Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn und die nach einer Angleichung der Löhne von Zeitarbeitern und Stammbeschaft zentrale Forderungen in den Verhandlungen gewesen und sind durchaus eng verknüpft mit der Hartz IV-Gesetzgebung. Wir wollen nicht, dass jemand, der in Vollzeit arbeitet noch aufs Amt gehen muss um finanzielle Hilfe zu beantragen! Im Gegenteil: Arbeit muss sich lohnen. Und Lohndumping in Form von Leiharbeit auf Kosten der Steuerzahler wollen wir ein Ende setzen. Deshalb fordern wir: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Um Armutsprävention geht es uns auch mit unserer Forderung nach mehr Sozialarbeit an Schulen. Kinder aus benachteiligten Familien erfahren häufig nicht die Unterstützung, die sie im Alltag benötigen – da können Schulsozialarbeiter eine wichtige Hilfe sein und die Angebote aufzeigen, die wirklich helfen!

Absurd ist es, wenn Ministerin von der Leyen behauptet, Rot-Grün hätte Maximalpositionen vorgelegt und sich nicht bewegt. Richtig ist, dass wir Sozialdemokraten und Grüne fortwährend und noch am letzten Verhandlungstag zu allen drei Verhandlungsbereichen alternative sachliche Kompromissvorschläge vorgelegt haben. Schwarz-Gelb hat keinen einzigen Vorschlag auch nur ernsthaft erwogen.

Ich bin Kurt Beck dankbar dafür, dass es aufgrund seiner Initiative zu neuen Verhandlungen kommt. Für uns ist klar: Wir sind bereit zum Kompromiss in der Sache. In den Verhandlungen werden wir

allerdings weiter für unsere Ziele eintreten. Doch wir wollen nicht den gleichen Fehler machen wie bei der Einführung der Hartz-Gesetze. Wir wollen Armutsprävention von Anfang an, damit so wenig Menschen wie möglich SGB II-Leistungen beantragen müssen. Denjenigen, die darauf angewiesen sind, wollen wir gerechte und transparent berechnete Regelsätze garantieren. Das hat uns das Bundesverfassungsgericht aufgetragen.

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 12.02.2011, 16:34 Uhr - 40618 Clicks - Nr. 152

Pannenmeiler Brunsbüttel darf nicht wieder ans Netz!

Seit dem „Energiekompromiss“ zwischen der Bundesregierung und der Atomlobby werden die Fragen um die Zukunft und Sicherheit der Atomkraft in Deutschland immer größer. Aufgrund der unter zweifelhafter Beteiligung des Bundesrates geschaffenen Rechtsgrundlage soll das bereits 1977 in Betrieb genommene Dinosaurier-AKW Brunsbüttel wohl mindestens bis zum Jahr 2021 weiter Strom erzeugen und eine Gefahr für die Menschen in unserem Land bleiben.



Das ist aus unserer Sicht unverantwortlich, denn das einzig sichere am AKW Brunsbüttel ist, dass es dann weiter eine Million Euro Gewinn am Tag erwirtschaften wird. Nun liegt uns ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vor, wonach die Berechtigung zum Leistungsbetrieb für das AKW Brunsbüttel erloschen sei. Hintergrund ist ein Gutachten der Rechtsanwältin Dr. Cornelia Ziehm im Auftrag dieser Fraktion. Die Ergebnisse dieses Gutachtens werden sicherlich unterschiedlich bewertet und von der Landesregierung bestritten. Es wird daher ggf. die Gerichte beschäftigen, der Ausgang ist ungewiss und zeitnah nicht zu erwarten. Für mich ist unabhängig von der rechtlichen Diskussion um das Erlöschen der Berechtigung zum Leistungsbetrieb die Frage entscheidend, ob der Betreiber Vattenfall überhaupt in der Lage ist, den notwendigen Sicherheitsstandard in Brunsbüttel einzuhalten. Hier ist die im Dezember letzten Jahres bekannt gewordene Absicht von Vattenfall, den Betrieb von Krümmel und Brunsbüttel aufzugeben und auf E.ON zu übertragen, schon bemerkenswert und das Eingeständnis in die eigene Unfähigkeit zum Betrieb von AKW. Der enorme öffentliche Druck auf die Atomkonzerne hat offensichtlich auf Vattenfall gewirkt. Der Verzicht Vattenfalls auf den Betrieb der beiden Pannenmeiler in Schleswig-Holstein ist richtig, der Wechsel auf E.ON alleine ist allerdings noch keine frohe Botschaft. Denn egal, welche Fahne über Brunsbüttel weht: Der Reaktor ist ein extremes Sicherheitsrisiko und darf nicht wieder ans Netz gehen.

Olaf Schulze, MdL

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 12.02.2011, 18:59 Uhr - 3837 Clicks - Nr. 153

Neue Bewirtschaftung im gemeindeeigenen Dorfgasthof

In beiderseitigem Einvernehmen hat sich die Gemeindevertretung Steinfeld von dem

Pächterehepaar Göpfert des gemeindeeigenen Landgasthofes Jäger's Ruh in Steinfeld am 10. Februar 2011 getrennt. Überganglos wurde das neue, junge Pächterpaar Alexander und Donata Oberrascher von der Gemeinde übernommen.

Zurzeit wird einiges in den Räumen und im Saal des Landgasthofes umgestaltet, sodass am 14. Februar 2011 ab 17.00 Uhr zum Valentinstag mit einem Überraschungssessen die DorfbewohnerInnen und die umliegenden Gemeinden sich vom Talent des neuen Pächterehepaares überzeugen können.

Der schmucke Dorfgasthof wurde vor 2 Jahren von der Gemeinde Steinfeld als kommunikativer Treffpunkt für alle Einwohner in Steinfeld erworben und steht auch für die umliegenden Gemeinden zur Verfügung. Besonders wird der Saalbetrieb gerne für diverse Veranstaltungen genutzt. Viele Eigenleistungsstunden und unter dem besonderen Einsatz des Bürgermeisters Heinrich Buch (SPD) wurden geleistet und im November 2010 wurde das neu restaurierte, historische Objekt eingeweiht.

Wir als SPD Ortsverein Steinfeld-Ulsnis wünschen dem neuen Pächterehepaar einen guten Start und ein gutes Gelingen!

Vor allen Dingen wünschen wir uns, dass unser Bürgermeister Heinrich Buch und seine Frau Ingrid in 2 Wochen endlich ihren wohlverdienten Urlaub in den Süden antreten können. Die Reise wurde ihnen von allen Gemeindevertretern als Dank für seinen unermüdlichen Einsatz für das Objekt als auch für ihre Leistungen in der Gemeinde geschenkt. Wir wünschen ihnen eine schöne Zeit und eine gute Erholung von den Strapazen der letzten Monate!

Kommentar von [Anne Marxen](#) vom 12.02.2011, 21:09 Uhr:

RE: Neue Bewirtschaftung im gemeindeeigenen Dorfgasthof

Lieber Rudolf Riep, Wegbeschreibung ganz einfach: A7 Richtung FL, Ausfahrt Schuby Richtung Kappeln auf der B 201. Nach 16 Km das Schild "Steinfeld 4 Km" kurz vor Loit rechts abbiegen und bis zum Anschlag der Kreisstraße folgen. Dann links abbiegen und etwa 300 m weiter auf der rechten Seite liegt im Ort Steinfeld unser schmuckes Dorfgasthaus, das aus dem Jahr 1848 stammt. Tolle Bewirtschaftung, tolle Atmosphäre, schöne Einrichtung und gaaaanz leckeres Essen! Steinfeld im Herzen Angelns ist eine Reise wert. Wir als SPD in der Gemeinde sind mit 6 Mitgliedern (von 11) die stärkste Fraktion und haben schon viele sozialpolitische Ziele umgesetzt. Du bist ganz herzlich Willkommen! LG von Anne

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 12.02.2011, 21:00 Uhr:

RE: Neue Bewirtschaftung im gemeindeeigenen Dorfgasthof

Das sieht so gut aus, da fehlt noch eine Wegbeschreibung, damit man mal vorbeischaun kann.

[SPD-Kreistagsfraktion SL-FL](#) - veröffentlicht am 12.02.2011, 20:12 Uhr - 7746 Clicks - Nr. 154

Schülerbeförderung: SPD für jahrgangsbezogene und soziale Staffelung bei Elternb

In der Diskussion zur vom Land eingeführten Elternbeteiligung bei der Schülerbeförderung spricht

sich die SPD-Kreistagsfraktion für ein nach Jahrgangsstufen abgestuftes Modell aus. Demnach sollen die Eltern von Schülern der Jahrgangsstufen eins bis vier (Grundschule) weniger für die Schülerfahrkarten zahlen als die Eltern der Jahrgangsstufen fünf bis zehn.

Schülerbeförderung: SPD für jahrgangsbezogene und soziale Staffelung bei Elternbeteiligung

In der Diskussion zur vom Land eingeführten Elternbeteiligung bei der Schülerbeförderung spricht sich die SPD-Kreistagsfraktion für ein nach Jahrgangsstufen abgestuftes Modell aus. Demnach sollen die Eltern von Schülern der Jahrgangsstufen eins bis vier (Grundschule) weniger für die Schülerfahrkarten zahlen als die Eltern der Jahrgangsstufen fünf bis zehn. Maximal 135 Euro für das erste Kind an einer weiterführenden Schule und 80 Euro an einer Grundschule dürften den Eltern nach Ansicht der SPD im Jahr zugemutet werden. Hinzu soll eine soziale Staffelung für alle weiteren Kinder kommen.

Nach den Vorgaben des neuen Schulgesetzes muss der Kreis die Eltern zukünftig an den Schülerbeförderungskosten beteiligen. Dabei setzt die SPD auf ein erweitertes Ticket (bisher „Juniorticket“), mit dem die Schüler auch in der Freizeit den ÖPNV nutzen können. „Wir haben mit einem solchen Modell schon seit Jahren eine Vorreiterrolle im Land“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion Holger Zschesche. Parallel dazu ermittelt die Verwaltung derzeit auf Bitten der SPD-Fraktion die möglichen Kosten, wenn auch die Fahrkarten für die Schüler weiterführender Schulen ab Klasse zehn in die neue Ticketregelung mit aufgenommen würden.

Das Land hat dem Kreis bisher ca. 1,1 Mio. Euro an Schülerbeförderungskosten pro Jahr erstattet. Die Erstattung fällt zum nächsten Schuljahr 2011/2012 weg und muss durch eine Beteiligung der Eltern kompensiert werden. Der Haushalt des Kreises kann nach Meinung der Fraktion aufgrund der aktuell angespannten Finanzlage des Kreises die ausfallenden Landesmittel nicht kompensieren und darf nicht noch mehr belastet werden.

Kommentar von twitter.com/spd_tweetwelt vom 13.02.2011, 06:05 Uhr:

RE: Schülerbeförderung: SPD für jahrgangsbezogene und sozial

Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht. Von Deutschland unterschriebene UN-Konventionen verlangen Schulgeldfreiheit. Auch indirekte Gebühren, wie z.B. für Schulbücher, Schülertransport, Schuluniformen, Anmeldung zur Schule etc. sollen abgeschafft werden. Dies gilt insbesondere für den Primarbereich (1. bis 6. Klasse). Weitere Hintergründe im Artikel "Schulgeld durch die Hintertür" im Internet unter Kurzlink <http://3.ly/kwM7>

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 13.02.2011, 18:03 Uhr - 4479 Clicks - Nr. 155

Innenstadtplanung - Bürger sollen sich erneut beteiligen können

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter Sozialdemokraten wollen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt erneut an der Innenstadtplanung beteiligen, bevor städtische Gremien Beschlüsse fassen.

Stellvertretender Fraktionssprecher Jan-Uwe Schadendorf: „Die SPD hat seit einigen Monaten ein mit dem Bürger- und Verkehrsverein abgestimmtes Konzept vorliegen und nun hat auch die CDU ein solches Konzept erstellt. Das ist ein hervorragender Zeitpunkt, diese Konzepte in einer neuen großen öffentlichen Runde vorzustellen, zu diskutieren und zu einer Meinungsbildung zu kommen. Anschliessend können die städtischen Gremien zu einer abschliessenden Meinungsbildung

kommen.“

Die SPD möchte auf diesem Wege die mit viel Elan und guter Resonanz in der Bevölkerung begonnene Innenstadtplanung auch mit den Bürgerinnen und Bürgern fortführen.

Schadendorf: „Wir möchten den Weg zu einer erlebenswerten Innenstadt gehen mit einem deutlich verkehrsberuhigten Innenstadtbereich in dem man sich gern aufhält und der für den Aufenthalt etwas bietet. Und was erlebenswert ist entscheidet nicht nur Politik, sondern vor allem die Bürgerinnen und Bürger, die hier leben. Dass das Ganze unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit steht, wissen, glaube ich, alle Beteiligten und Mitwirkenden.“

Die SPD hat Ihren Wunsch nach erneuter Bürgerbeteiligung an den Vorsitzenden des Planungs- und Umweltausschusses und an den Bürgermeister gerichtet und geht davon aus, dass diesem Vorschlag gefolgt werden wird.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 13.02.2011, 18:28 Uhr - 12539 Clicks - Nr. 156

Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbandes im Stadtmuseum in Schleswig

Am Freitag, den 18.02.2011 um 17.00 Uhr, findet in der Ausstellungshalle des Stadtmuseums in Schleswig der Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbandes Schleswig-Flensburg in gemütlicher Atmosphäre statt.

Damit setzen der SPD-Kreisverband und die SPD-Kreistagsfraktion Schleswig-Flensburg ihre gute Tradition fort und haben Menschen aus dem Kreis eingeladen, die sich für unsere Region eingesetzt haben und als Dankeschön für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Als Gastredner wird der Präsident des Landessportbundes Schleswig-Holstein, Dr. Ekkehard Wienholtz, das Thema „Der Beitrag des Sports zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft“ behandeln.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 13.02.2011, 18:49 Uhr - 6378 Clicks - Nr. 157

Europa - Handlungsfähige Union oder Spielball finanzieller Interessen?

1. März 2011, 19.30 Uhr, Ganztagszentrum Bargtheide

Die Finanzkrise hält Europa nach wie vor in Atem. Unregulierte Finanzmärkte sind eine Hauptursache der Krise und haben weiter zu deren Verschärfung beigetragen. Europa steht heute vor einer historischen Aufgabe, mehr Koordinierung ist wichtiger denn je. Es geht nicht nur um die Zukunft des Euro, sondern ebenso um die Zukunft der europäischen Einigung.



Über die Zukunft Europas diskutieren Franz Thönnies, MdB, Axel Schäfer, MdB (stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion), Uwe Döring (Europaminister a.D. und Vorsitzender der Europa-Union Schleswig-Holstein) und Werner Koopmann (IHK zu Lübeck) mit interessierten Gästen.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 13.02.2011, 19:06 Uhr - 3112 Clicks - Nr. 158

Jahreshauptversammlung 2011

9. März 2011, 19.00 Uhr, Rathaussaal

Zur Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen trifft sich die SPD Barsbüttel am 9. März 2011 ab 19.00 Uhr im Rathaussaal. Auf der Tagesordnung stehen außerdem ein Rückblick auf das abgelaufene Jahr und die Wahl von Delegierten für den Kreisparteitag am 19. März in Glinde.



Inhaltlicher Schwerpunkt dieses Kreisparteitages soll die „Seniorenpolitik“ sein.

Foto (v.l.):

Martin Habersaat, MdL

Jörg Kiencke, OV-Vorsitzender

Hermann Hanser, Fraktionsvorsitzender

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 13.02.2011, 21:51 Uhr - 3832 Clicks - Nr. 159

Nein beim Bürgerentscheid

Auch die SPD Barsbüttel ruft dazu auf, beim Bürgerentscheid am 6. März mit „Nein“ zu stimmen. Dabei geht es zunächst gar nicht um die Frage, was aus dem alten Rathaus wird. Entscheidend ist, erst alle Alternativen zu überprüfen und sich dann zu entscheiden.

Hier der Text der Mehrheit der Gemeindevertretung:

NEIN zum Bürgerentscheid am 6. März 2011

Die Auffassung der Mehrheit der Gemeindevertretung der Gemeinde Barsbüttel

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Vor dem anstehenden Bürgerentscheid zur Fragestellung



„Sind Sie dafür, dass das Rathaus an seinem Platz am Markt bleibt?“

über den Sie am Sonntag, den 6. März 2011 entscheiden sollen, möchten wir Ihnen darlegen, warum die Mehrheit der

Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter (CDU, SPD, BfB und FDP) sich gegen das initiierte Bürgerbegehren ausgesprochen hat. Die Gemeinde hat ein Rathaus in einem dringend sanierungsbedürftigen Zustand und die entscheidende Frage ist, was vernünftiger ist: Sanieren, umziehen oder neu bauen ?

Eine Entscheidung hierüber kann bis heute nicht getroffen werden, da die Kosten aller denkbaren Alternativen noch nicht bekannt sind und somit eine Vergleichsmöglichkeit bisher nicht gegeben ist. Tatsache ist, dass die Brandschutzingenieurin des Kreises Stormarn umfangreiche bauliche Veränderungen verlangt, um den Brandschutz des Gebäudes und damit die Sicherheit seiner Nutzer im gesetzlich geforderten Umfang zu gewährleisten. Setzt die Gemeinde die erforderlichen Maßnahmen ordentlich um, wird dieses nach Berechnungen von unabhängigen Gutachtern bis zu € 1,2 Millionen kosten.

Damit wäre der Zustand des Gebäudes aber noch nicht wesentlich verbessert.

Mehrere Gutachten zeigen neben einer Vielzahl von kleineren auch grobe Mängel auf, z.B. die veraltete Heizungsanlage mit dem schlechten Rohrsystem, das defekte Dach, die angelaufenen Fenster, die teilweise unzulässig montierten Elektroinstallationen und die schlecht isolierte Fassade.

Die unerlässliche Sanierung des Objektes würde nach einer Expertise der DEKRA zusammen mit den Maßnahmen des Brandschutzes bis zu € 4,3 Millionen kosten. Danach hätten wir zwar ein saniertes, aber weiterhin ein in seinen Nutzungsmöglichkeiten und Funktionen erheblich eingeschränktes Gebäude. Eine Investition in Höhe von € 4,3 Millionen, finanziert über Steuergelder, in ein 35 Jahre altes Haus, ist wirtschaftlich weder sinnvoll noch zu verantworten. Barsbüttel braucht ein funktionales Rathaus. Ein Haus, in dem auch künftig Dienstleistungen und Veranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger Barsbüttels stattfinden können. Die Betriebskosten des Gebäudes müssen in Zeiten steigender Energiepreise wesentlich niedriger sein. Der Zugang zu allen Räumen im Rathaus muss behinderten gerecht gestaltet werden.

Die Gemeindevertretung hat zu prüfen, ob es Alternativen zu einer Sanierung des Gebäudes gibt.

Über die Ergebnisse der Prüfung muss die Öffentlichkeit informiert werden. Eine Entscheidung muss nach eingehender Beratung mit wirtschaftlichem Sachverstand getroffen werden. Damit ist eine Entscheidung für den Verbleib des Rathauses an seinem aktuellen Standort grundsätzlich nicht ausgeschlossen.

Ein Bürgerentscheid zu diesem Zeitpunkt und mit dieser Fragestellung ist nicht sinnvoll. Ein erfolgreicher Bürgerentscheid bedeutet eine Vorfestlegung auf die eventuell unwirtschaftlichste Alternative.

Barsbüttel wird ein neues Nahversorgungszentrum an der Straße „Am Akku“ bekommen. Die Beschicker des Wochenmarktes haben erklärt, dass sie mit ihren Ständen umziehen wollen, weil für sie der Stiefenhoferplatz nicht mehr attraktiv ist. Es besteht die Absicht von Seiten der Händler, den

Wochenmarkt an seinem jetzigen Standort aufzugeben.

Der Stiefenhoferplatz wird ein neues Gesicht bekommen. Die Vorschläge der Bürger und der politischen Parteien und Wählergemeinschaften sind in Ruhe zu diskutieren. Eine zu frühe Festlegung durch einen Bürgerentscheid auf nur ein Gebäude – das Rathaus - ist nicht sinnvoll und würde verhindern, dass die in jeder Hinsicht besten Ideen verwirklicht werden können.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 14.02.2011, 09:52 Uhr - 97524 Clicks - Nr. 160

**"Frankreich und Spanien zwingen Kommission zum Völkerrechtsbruch"
Umstrittenes EU-Marokko Fischereiabkommen soll verlängert werden / Konflikt mit
Europäischem Parlament erwartet**

Die Europäische Kommission hat am Freitag überraschend beschlossen, das umstrittene Fischereiabkommen zwischen der EU und Marokko um ein Jahr zu verlängern.

Das Abkommen, das Ende des Monats ausläuft, war in der Vergangenheit stark kritisiert worden. Kern der Kritik ist, dass das Abkommen Europäischen Reedern erlaubt, auch in den äußerst fischreichen Gewässern der von Marokko besetzten Westsahara zu fischen. Der juristische Dienst des Europäischen Parlaments hatte bereits 2009 in einem Gutachten festgestellt, dass dieses Vorgehen völkerrechtswidrig sei, solange nicht zweifelsfrei feststehe, dass die Bevölkerung Westsaharas von den im Rahmen des Abkommens geleisteten Ausgleichszahlungen der EU profitiere.

"Die EU und Marokko müssen sich an Recht und Gesetz halten. Solange Marokko nicht nachweisen kann, dass es im Sinne der Bevölkerung Westsaharas handelt, darf es keine Verlängerung des Abkommens geben!", kommentierte die fischereipolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Ulrike RODUST, die Entscheidung der Kommission.

EU-Fischereikommissarin Maria Damanaki hatte zuvor versucht, ein Abkommen auszuhandeln, das nicht das Gebiet Westsaharas umfasst. Dieser Versuch wurde aber von einflussreichen EU-Mitgliedsstaaten unter der Führung von Frankreich und Spanien verhindert. Spanien ist als größte Fischereination in der EU der Hauptnutznießer des Abkommens.

Vor einer Verlängerung des Abkommens muss das Europäische Parlament seine Zustimmung erteilen. "Spanien und Frankreich haben in ihrer Arroganz das Parlament vergessen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir der Verlängerung des Abkommens zustimmen werden. Ohne substantielle Änderungen sage ich auf jeden Fall Nein", zeigte sich Ulrike RODUST kampfbereit. Sie kritisierte zugleich die Bundesregierung: "Kritik an der Verlängerung war bisher nur von den skandinavischen Ländern zu hören. Deutschland hat sich vornehm zurückgehalten. Unsere Bundesregierung darf aber nicht aus falscher Rücksichtnahme Völkerrechtsverstöße ignorieren!", so die Sozialdemokratin abschließend.

Keine Kommentare

Die SPD-Kreistagsfraktion Plön stimmt für den Bau des Fähranlegers in Mönkeberg

Pressemitteilung

14. 2. 2011

Die SPD-Kreistagsfraktion Plön stimmt für den Bau des Fähranlegers in Mönkeberg.

Fraktionsvorsitzender Lutz Schlüsen: „Die Fördeschiffahrt ist von großer Bedeutung für den ÖPNV. Wir brauchen eine gut funktionierende Schifffahrt auf der Förde, um die Menschen zur Arbeit zu bringen und wir brauchen sie als touristische Attraktion.

Die einzigartige Fördelandschaft hat eine große Anziehungskraft auf die Menschen. Eine Erneuerung des Fähranlegers Mönkeberg muss durchgeführt werden. Die Landesverkehrsservicegesellschaft hat eine Bezuschussung von 60 % zu den erwarteten Kosten in Höhe von 1 Mio. € in Aussicht gestellt. Für den verbleibenden Betrag ist eine eine Drittelfinanzierung von Gemeinde, Kreis und Landeshauptstadt Kiel anvisiert. Die SPD-Fraktion wird dafür stimmen, dieses Geld in den Haushalt des Kreises zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahme trägt immens mit dazu bei, die Straßen vom Verkehr zu entlasten, die gesamte Wirtschaft, wie gastronomische Betriebe, auf dem Ostufer zu erhalten und zu fördern. Sie erwartet im Gegenzug von der Stadt Kiel und der SFK Zusagen bezüglich der Anfahrtgewähr und der Taktung der Schiffe. Entsprechende Beratungen sollen detailliert im Wirtschaftsausschuss verabredet werden.“

Keine Kommentare

SPD-Fraktion beantragt Aktuelle Stunde zu Kohlendioxid-Lagerung

Vor dem Hintergrund der gestern bekannt gewordenen potenziellen Standorte für die Speicherung von Kohlendioxid hat die SPD-Landtagsfraktion eine Aktuelle Stunde für die nächste Plenartagung nächste Woche beantragt. Dazu erklärt der parlamentarische Geschäftsführer Jürgen Weber: Das gestern bekannt gewordene Kataster möglicher Lagerstätten für die unterirdische Verpressung von Kohlendioxid macht deutlich, dass der Großteil potenzieller CO₂-Endlager im Wattenmeer verortet wird. Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein haben bereits in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass sie unterirdische CO₂-Lagerstätten ablehnen. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich schon in der Novembertagung 2009 in einem klaren Antrag gegen jegliche Verpressung von CO₂ ausgesprochen. Dieser Antrag wurde von CDU und FDP abgelehnt, stattdessen die sogenannte Länderklausel aufgenommen. Doch eine solche ist im Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht enthalten.

Angesichts der veränderten Sachlage, die potenzielle Lagerstätten vor allem auf schleswig-

holsteinischem Gebiet sieht, beantragt die SPD-Landtagsfraktion für die Plenartagung nächste Woche eine Aktuelle Stunde zum Thema "Ja zur Energiewende jetzt macht gefährliche CO2-Speicherung überflüssig - keine CCS-Lager in Schleswig-Holstein und im Wattenmeer!"

Keine Kommentare

[SPD-Husby](#) - veröffentlicht am 15.02.2011, 23:39 Uhr - 3579 Clicks - Nr. 163

Mitgliederversammlung im SPD-Ortsverein Husby diskutiert die Kandidatenfrage

Die Mitglieder des SPD-Ortsvereins Husby trafen sich zur gut besuchten Mitgliederversammlung. Die Ortsvereinsvorsitzende Antje Schümann hatte dazu auch die Kreistagsabgeordnete Frauke Kramer und den Landtagsabgeordneten Lothar Hey eingeladen.

Nach der zügigen Erledigung anstehender Nachwahlen und der Billigung des Kassenberichtes folgten Berichte aus der aktuellen Politik in Kommune, Kreis und Land durch Agnes Kuhrau und die beiden eingeladenen Abgeordneten jeweils für ihren Bereich.

Mit Spannung wurde die vorgesehene Aussprache über die Kandidatenfrage erwartet. Viele der Anwesenden hatten an der Vorstellung der Kandidaten in Tarp teilgenommen. Man war sich einig, dass die Vorstellungstour eine gute Idee war und dass die SPD im Land durch dieses Verfahren und die breite Beteiligung der Mitglieder und vor allem auch von Nichtmitgliedern sehr an Zustimmung und Attraktivität gewonnen hat.

Voller Respekt berichteten die Teilnehmer der Veranstaltung in Tarp, dass sich dort mit Brigitte Fronzek, Torsten Albig, Ralf Stegner und Mathias Stein vier profilierte und kompetente Politiker vorgestellt hätten. Es wurde deutlich, dass die SPD in Schleswig-Holstein die ganze Palette der politischen Aufgaben mit hervorragenden, engagierten Menschen aus den eigenen Reihen bearbeiten kann.

Engagiert und offen wurde dann im Ortsverein die Frage diskutiert, wer denn der geeignete Spitzenkandidat für die Landtagswahl sei. Keiner der Kandidaten blieb ohne Fürsprecher, Brigitte Fronzek als sehr erfolgreiche und gediegene Kommunalpolitikerin eben so wenig wie der engagierte Gewerkschaftsmann Mathias Stein. Ralf Stegner als eloquenter Fraktionsvorsitzender fand ebenso Anhänger wie der umsichtige und pragmatische Torsten Albig. Am Ende konnte sich dann doch recht deutlich Torsten Albig als Favorit der Mehrheit im Ortsverein Husby durchsetzen.

SPD Ortsverein Husby

Antje Schümann, Vorsitzende

Keine Kommentare

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 16.02.2011, 08:41 Uhr - 5770 Clicks - Nr. 164

Die Privatisierung des UKSH wird es nicht geben!

Zur Pressekonferenz des Wissenschaftsministers am 15. 2. erklären der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Weber, und der sozialpolitische Sprecher Wolfgang Baasch:

Wir bleiben dabei: Die SPD lehnt eine Privatisierung des UKSH ab! Denn wir sind überzeugt, dass damit der besondere Charakter des Universitätsklinikums nicht angemessen erhalten und weiterentwickelt werden kann, nämlich:

- * ausschließliche Maximalversorgung in Schleswig-Holstein an zwei Standorten in Kiel und Lübeck,
- * enge Verzahnung von Forschung und Lehre auf der einen Seite sowie Krankenversorgung auf der anderen Seite,
- * erhebliche Vorleistungen, die das Personal bisher schon erbracht hat.

Das Markterkundungsverfahren, wie es vom Kabinett heute gebilligt wurde und nun auf den Weg gebracht wird, ist ganz klar der Einstieg in die Vollprivatisierung nach 2015. Es wird jedoch 2015 nicht mehr Herr de Jager sein, der darüber entscheidet, und deshalb sollte jede/r wissen, dass es 2015 keine Privatisierung des UKSH geben wird!

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 16.02.2011, 13:16 Uhr - 6549 Clicks - Nr. 165

Tagebuch eines Abgeordneten - KW3

In Januar und Februar 2011 hat mich Delara Burkhardt als Praktikantin begleitet. Das gab mir die Gelegenheit, mit Delara gemeinsam ein „Abgeordnetentagebuch“ zu führen, das einen Einblick in meine Arbeit gibt und eine Antwort auf die Frage: „Was macht so ein Abgeordneter eigentlich den ganzen Tag?“. Wichtige Erkenntnis: Keine Woche ist wie die andere – das macht die Aufgabe für mich sehr spannend.



Montag, 17. Januar 2011

Mein Start in die dritte Kalenderwoche begann mit organisatorischen Grundlagen. Pressemitteilungen tippen, Zeitungen durcharbeiten, Anrufe machen und E-Mails beantworten. Außerdem müssen Themen, die diese Woche anstehen, recherchiert und aufbereitet werden. Da in der kommenden Woche die Enquetekommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ sich mit dem Länderfinanzausgleich befasst, habe ich mich am Montag verstärkt in das Thema eingeleesen. Glücklicherweise gibt es Referenten in Kiel, die uns in solchen Fragen zuarbeiten können - Lesen und Verstehen muss allerdings jeder selbst... Am Abend hatte ich dann eine Kreisvorstandssitzung in Bad Oldesloe, wo wir über die organisatorischen Details des anstehenden Umzugs unseres Kreisbüros und unseren Kreisparteitag im März diskutiert haben, der unter dem Motto „Senioren in Stormarn“ laufen soll. Welche Referenten wollen wir einladen? Wie soll der Parteitag ablaufen? Als Kreisvorsitzender der SPD-Stormarn ist es meine Aufgabe, solche Sitzungen vorzubereiten.

Dienstag, 18. Januar 2011

Der zweite Tag jeder Woche führt mich nach Kiel. Jeden Dienstag um 10 Uhr habe ich eine Sitzung des Arbeitskreises „Energie und Landesplanung“, dem ich angehöre. Jeder Abgeordnete ist in zwei bis drei Arbeitskreisen, dort entwickeln die Abgeordneten einer Fraktion ihre Positionen, diese müssen dann, von der gesamten Fraktion bestätigt, ins Plenum eingebracht werden. Das Plenum kann diese Themen dann in die Ausschüsse überweisen. Heute erreichte mich eine Anfrage aus Travenbrück, wo es Probleme mit der Breitbandversorgung gibt. Um diese Probleme zu lösen, habe ich Kurt Rade, den SPD-Vorsitzenden aus Travenbrück, eingeladen, an einer Sitzung des Arbeitskreises teilzunehmen. Dazubitten werden wir auch Experten des Breitbandkompetenzzentrums und des Gemeindetags. Diese Sitzung wird am 1. Februar stattfinden.

Wesentlich für die Arbeit eines Abgeordneten ist der Austausch mit der Öffentlichkeit über seine Arbeit. Im Landeshaus können Interessierte eine Führung machen und sich die Arbeit des Landtages erläutern lassen. Im Anschluss an diese Führungen stellen sich Abgeordnete aller Parteien für eine Fragerunde zur Verfügung. Heute war eine Klasse der Gemeinschaftsschule Kappeln im Landeshaus, mit Kollegen aus anderen Fraktionen habe ich mich ihren Fragen gestellt. Als ehemaliger Lehrer bringen mir diese Diskussionsrunden besonders viel Spaß.

Gegen Mittag (zu meinem Kummer musste dafür auch das Mittagessen ausfallen) fand eine Koordinierungsrunde der Enquetekommission statt. Es ging um die Frage, wie der Abschlussbericht der Kommission zustande kommt, die sich mit dem Thema „Norddeutsche Zusammenarbeit“ befasst. Jede Fraktion bewertet die Dinge anders, und solche Perspektiven müssen irgendwie berücksichtigt werden. Danach musste ich gleich weiter zur Fraktionssitzung. Dienstags finden bei allen Landtagsfraktionen die Fraktionssitzungen statt. Bei der SPD trifft sich erst der geschäftsführende Fraktionsvorstand, später dann die ganze Fraktion. Je nach Themenschwerpunkt wird dort diskutiert, Positionen werden beschlossen und Terminfragen geklärt.

Eigentlich wurde ich heute um 18 Uhr in Lübeck beim Neujahrsempfang der IHK erwartet, musste aber absagen, da eine Sondersitzung der Gemeindevertretung Barsbüttel anstand, die sich um die Zukunft unsers Rathauses drehte. Ein wichtiges Thema in meinem Wahlkreis, also ging es nach Barsbüttel statt nach Lübeck. Im Anschluss habe ich noch lange mit Barsbüttler Gemeindevertretern und Bürgern zusammen gesessen.

Es ist oft schwer, sich für einen Termin zu entscheiden, da man immer versucht, für alle Ebenen, sei es der eigene Wahlkreis oder die Landesebene, verfügbar zu sein. Dabei ist man im Wahlkreis für alle Themen zuständig, in seinen „Kernthemen“ aber für das ganze Land.

Mittwoch, 19. Januar 2011

Am Vormittag habe ich mich mit Markus getroffen, der meine Homepage technisch betreut. Wir haben festgestellt, dass diese dringend modernisiert werden muss, da man ohne Verbindung zu Facebook, Twitter und Co. heute Viele nicht mehr erreicht. Also befördern wir meine Homepage in naher Zukunft ins Zeitalter der sozialen Netzwerke, ergänzen Videos und sortieren einiges neu. Bisher habe ich viel Lob für den Umfang und die Aktualität meiner Seite bekommen, so soll es ja auch bleiben.

Mittags habe ich eine Powerpoint-Präsentation für den Abend erstellt, für eine Veranstaltung der SPD in Henstedt-Ulzburg, die den Titel „Hände weg vom Schulgesetz“ trug. Da ich auch im

Arbeitskreis Bildung arbeite, wurde ich dort als Referent eingeladen, um über die aktuellen Entwicklungen zu berichten. Diese Art Einladungen, wo MdLs als Spezialisten zu ihren Themenschwerpunkten eingeladen werden, finden sich häufig in meinem Kalender. Im Anschluss an solche Veranstaltungen beantwortete ich in Bürgergesprächen gerne noch Fragen, in Henstedt-Ulzburg noch bis 22 Uhr.

Donnerstag, 20. Januar 2011

Der Donnerstag führt mich wieder nach Kiel. Jeden Donnerstag um 14 Uhr tagt der Arbeitskreis Bildung. Da in der Landtagswoche, die kommende Woche stattfindet, das Hochschulgesetz und eine Änderung des Schulgesetzes auf der Tagesordnung stehen, vereinbaren wir, wer zu welchem Thema redet. Auch machen wir uns an die Planung der Arbeitskreistermine im kommenden Halbjahr. Donnerstags treffen wir uns immer im Landeshaus, laden gerne auch Experten und Betroffene zu verschiedenen Themen ein, Freitage und Montage nutzen wir oft, um uns vor Ort ein Bild zu machen. Für den 7. Februar ist zum Beispiel ein Besuch beim Landesförderzentrum Sprache in Wentorf geplant.

Danach ging es für mich, mit Ralf Stegner im Schlepptau, nach Ahrensburg. Da ich der einzige Stormarner SPD-Landtagsabgeordnete bin, betreue ich neben meinem Wahlkreis (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek) auch die beiden nördlichen Wahlkreise Stormarns. Wir besuchten dort den SPD-Bürgermeister Michael Sarach zu einem Gedankenaustausch über aktuelle Themen. Am Abend fand in Ahrensburg eine SPD-Veranstaltung mit dem Titel „Energiewende jetzt!“ statt, die ich als örtlicher Abgeordneter eröffnete. Nach der Veranstaltung und den Gesprächen mit Interessierten schrieb ich noch Berichte über diesen Abend für die Presse und das Internet.

Freitag, 21. Januar 2011

Morgens habe ich mit dem Arbeitskreis Energie die Stadtwerke Neumünster besucht. Dort führten wir Gespräche über Abfallentsorgung und die kommunale Energieversorgung. Ziel der SPD ist es, die kommunalen Stadtwerke in diesem Bereich gegen die vier großen Energiekonzerne zu stärken. Nach einem kurzen Mittagessen machte ich mich, in meiner Eigenschaft als hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, auf den Weg nach Norden, um dort an der Universität Flensburg mit Studenten und Professoren über den Studiengang „Energie- und Umweltmanagement“ zu diskutieren. Dieses Gespräch hat mir viele Impulse gegeben, aber mich auch in meinem Zeitplan zurückgeworfen, sodass ich es abends leider nicht mehr zur Kreisvollversammlung der Jusos Stormarn geschafft habe. Auch die Einladung zur Einweihung der Rettungswache in Reinbek und das Winterkonzert meiner ehemaligen Schule, dem Sachsenwald Gymnasium in Reinbek konnte ich leider nicht wahrnehmen.

Samstag, 22. Januar 2011

Nach dem Frühstück habe ich die Ergebnisse des Gespräches in Flensburg in einem Vermerk für die anderen Mitglieder des Arbeitskreises Bildung festgehalten.

Wohnungsputz und Wocheneinkauf werden hier jetzt mal weggelassen - als Abgeordneter nutze ich die Wochenenden gerne, um Veranstaltungen in meinem Wahlkreis wahrzunehmen. Eigentlich standen der Tag der offenen Tür der Rettungswache in Reinbek und der Neujahrsempfang der Linken in Bad Oldesloe auf dem Programm. Aus aktuellem Anlass habe ich stattdessen mit dem

GrünenLandtagsabgeordneten Rasmus Andresen, er ist der hochschulpolitische Sprecher seiner Fraktion, einen gemeinsamen Antrag zum Hochschulgesetz erarbeitet. Da ich dann sowieso schon mit dem Thema befasst war, habe ich auch gleich meine Landtagsrede zum Hochschulgesetz geschrieben, die am kommenden Mittwoch anstand.

Sonntag, 23. Januar 2011

Der Sonntag führte mich erneut auf eine kleine Reise durch meine Wahlkreise. Ich besuchte den Neujahrsempfang der SPD Bad Oldesloe, anschließend war ich zum Grünkohlessen bei der SPD Ahrensburg eingeladen. Den Nachmittag verbrachte ich mit Recherchen zum Begriff „Begabungsrecht“, der sich im Bildungsgesetzentwurf der Landesregierung wieder findet. Dazu möchte ich aus „Lehrersicht“ etwas im Landtag sagen. Über den gelungenen Neujahrsempfang der Oldesloer wollte ich dann auch noch etwas für meine Webseite schreiben. Wichtig war, bis 20.15 fertig zu werden: „Tatort“ muss sein!

- KW 4 folgt -

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 16.02.2011, 13:18 Uhr - 8507 Clicks - Nr. 166

Praktikum im Landtag – Ein Fazit

Nach einem zweiwöchigen Praktikum im Schleswig-Holsteinischen Landtag ist Delara Burkhardt (18), stellvertretende Kreisvorsitzende der Jusos Stormarn, um einige Erkenntnisse reicher. Neben den vielfältigen Aufgaben, die sie im Laufe ihres Praktikums erledigte, bekam sie auch einen Überblick über die Arbeit eines Abgeordneten. „Die Arbeit eines Abgeordneten ist ein andauernder Spagat zwischen Sitzungen in Kiel und Arbeit im eigenen Wahlkreis“, so die Stormarnschülerin.



Gemeinsam mit dem Abgeordneten Martin Habersaat führte Delara Burkhardt ein „Tagebuch eines Abgeordneten“, das der Abgeordnete auf seiner Webseite (www.martinhabersaat.de) veröffentlicht. Die Praktikantin fasst zusammen: „Der Arbeitstag dauert länger als acht Stunden, auch am Wochenende stehen Termine an, dafür sind die Aufgaben aber abwechslungsreich und spannend.“

Dabei sei man im Wahlkreis für alle Themen zuständig, und in seinen Themen für das ganze Land.

Weitere Aufgaben von Delara Burkhardt war die Unterstützung der Referentinnen und Referenten der SPD-Landtagsfraktion. Für die einzelnen Arbeitskreise, Martin Habersaat beispielsweise gehört den Arbeitskreisen für Bildung und Energie an, gibt es Referenten, die den Abgeordneten inhaltlich zuarbeiten. Delara Burkhardt: „Da galt es, zu aktuell anstehenden Themen zu recherchieren, im Internet, in Gesprächen und bei Veranstaltungen - hier habe ich viel gelernt.“

Foto:

Delara Burkhardt, Martin Habersaat und sein Bürokollege Bernd Heinemann (l., MdL für Kiel) beim Blick in den Kalender.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 16.02.2011, 13:19 Uhr - 100176 Clicks - Nr. 167

Europaabgeordnete setzen bessere Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie durch

Verschiedene Sonderauflagen für ausländische Handwerker in Schweden und Dänemark sind nicht mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie vereinbar. Zu diesem Fazit kommt die Europäische Kommission in ihren Antworten auf drei parlamentarische Anfragen gestellt von den schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten Britta Reimers (FDP), Ulrike Rodust (SPD) und Reimer Böge (CDU).

Die Europäische Kommission drängt auf Prüfung oder Abschaffung der Auflagen, die vor allem Handwerkern aus Deutschland den Weg über die Grenze erschweren. Dazu erklären die schleswig-holsteinischen Mitglieder des Europäischen Parlaments in einer gemeinsamen Pressemitteilung:

Britta Reimers, FDP-Europaabgeordnete: „In Schweden brauchten Elektroinstallateure eine kostenpflichtige Zulassung, inklusive schwedischer Anschrift und Bankverbindung. Deutlicher kann man kaum sagen, dass Konkurrenz aus anderen Staaten nicht erwünscht ist. Die EU-Kommission hat diese Vorschriften zu Recht kritisiert. Die zuständigen Behörden in Schweden haben reagiert und die Auflagen mittlerweile abgeschafft, die Zulassung lässt sich nun, wie es die Richtlinie verlangt über das Internet erledigen.“

Ulrike Rodust, SPD-Europaabgeordnete kritisiert Vorschriften in Dänemark: „Dänemark ist besonders kritisch bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und verlangt zusätzliche Zertifizierungen. Das kostet Zeit und Geld und erschwert Anbietern aus anderen Staaten den Marktzugang. In Deutschland erworbene gleichwertige Berufsqualifikationen und Zertifizierungen müssen jenseits der Grenze auch als solche anerkannt werden. Die EU-Kommission sieht dies auch so und will die dänischen Regelungen überprüfen.“

Reimer Böge, CDU-Europaabgeordneter lobt den Einsatz der Kommission: „Die Gleichbehandlung von grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringern gegenüber einheimischen Anbietern ist ein wichtiger Aspekt eines funktionierenden Binnenmarkts. Ich begrüße daher die Nachricht der

Kommission, dass die Umsetzungsregelungen der Dienstleistungsrichtlinie in Schweden und Dänemark aufgrund unserer Initiative angepasst wurden bzw. geprüft werden. Deutsche Handwerker werden damit künftig leichter ihre Dienste in diesen Märkten anbieten können."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 17.02.2011, 10:04 Uhr - 1860 Clicks - Nr. 168

Stadtwerke Kiel spielen eine herausragende Rolle

Zur Klage der Goldgas GmbH gegen die Stadtwerke Kiel erklären die Fraktionsvorsitzenden der Ratsfraktionen in der Kieler Ratsversammlung, Ratsfrau Gesa Langfeldt (SPD), Ratsherr Stefan Kruber (CDU), Ratsfrau Katja Günther (Bündnis 90/Die Grünen), Ratsherr Helmut Landsiedel (FDP), Ratsherr Florian Jansen (Die Linke), Ratsfrau Ingrid Zimmermann (Direkte Demokratie) und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Wir nehmen die Meldung, dass die Goldgas GmbH gegen die Stadtwerke Kiel wegen des Namensbestandteils „Stadtwerke“ klagt, mit Verwunderung zur Kenntnis. Es ist erstaunlich, zu welchen unangemessenen Mitteln hier ein Mitbewerber greift, um seine Marktchancen auf Kosten der traditionell mit Kiel verbundenen Stadtwerke zu erhöhen.

Wir sprechen uns für einen gesunden Wettbewerb auf dem Energiemarkt aus. Allerdings darf der Wettbewerb nicht vor den Gerichten ausgetragen werden. Es ist geradezu absurd, den Stadtwerken Kiel den Namensbestandteil „Stadtwerke“ abspenstig machen zu wollen.

Die Stadtwerke Kiel sind eine gewachsene und mit der Landeshauptstadt Kiel fest verwurzelte Institution. Die Stadtwerke sind ohne Frage Kiels erster Energieversorger. Daran hat sich nach der Öffnung des Energiemarktes nichts geändert.

Die Stadtwerke Kiel sind in besonderer Weise kommunal ausgerichtet. Das unterscheidet sie von anderen, bundesweit agierenden Unternehmen.

Die Verbundenheit der Landeshauptstadt Kiel zu den Stadtwerken Kiel ist nach wie vor ausgesprochen stark. Wir erinnern an die jüngste Diskussion um die Zentralisierungsbestrebungen der MVV Energie AG. Wir haben uns sehr nachdrücklich und erfolgreich dafür eingesetzt, dass die wichtigen unternehmerischen Steuerungsfunktionen in Kiel verbleiben.

Über den Konsortialvertrag, der die beiden Anteilspartner bei den Stadtwerken Kiel – die MVV Energie AG und die Landeshauptstadt Kiel – eng miteinander verbindet, ist sichergestellt, dass keine relevanten Entscheidungen ohne die Zustimmung der Landeshauptstadt Kiel getroffen werden.

Darüber hinaus betonen wir die Bedeutung der Stadtwerke Kiel für die gesamte Region. Unsere Stadtwerke stellen für Kiel nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen sozialen und gesellschaftlichen Faktor dar. Die Stadtwerke Kiel sind ein großer Arbeitgeber und ein verlässlicher

Ausbilder. So engagieren sie sich etwa beim Segelcamp 24/sieben und beim jährlichen Eisfestival in der Kieler Innenstadt.

Die Stadtwerke Kiel sind nicht nur Energieversorger, sie übernehmen Verantwortung in vielen Bereichen des Kieler Lebens. Und genau das ist es, was ein echtes Stadtwerk definiert und auszeichnet.“

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 17.02.2011, 11:11 Uhr - 17689 Clicks - Nr. 169

SPD-MdB Sönke Rix: Mehrgenerationenhäuser erhalten!

Beim Besuch des Mehrgenerationenhauses in Rendsburg warnte der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix (SPD) davor, die vielseitigen Projekte in den Mehrgenerationenhäusern zu gefährden. „Die Anschlussfinanzierung ist sicher, allerdings nur für einen begrenzten Zeitraum wie bei Modellprogrammen üblich“, so Rix. „Wir brauchen ein auf Dauer angelegtes Konzept, das eng mit Ländern und Kommunen ausgearbeitet werden muss.“



Mit dem Mehrgenerationenhaus in Rendsburg besuchte Sönke Rix eine Anlaufstelle für Familien aus der gesamten Region. Zunächst sprach Rix mit dem Propst des Kirchenkreises Rendsburg-Eckernförde, Sönke Funck, dem Leiter des Zentrums für Kirchliche Dienste, Henning Halver, und der Leiterin des Mehrgenerationenhauses, Frauke Kondritz, über die bisherige Entwicklung und weitergehende Pläne. Wichtig sei es auch, die Arbeit vor Ort durch bürokratische Hemmnisse nicht zu gefährden. „Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass die Generationen füreinander einstehen und Orte des Zusammenhalts entstehen. Und wir wollen, dass die Mehrgenerationenhäuser wie bisher weiterarbeiten können – mit besonderen Angeboten für Kinder, Jugendliche, junge Familien, Senioren oder Menschen mit Migrationshintergrund. Neue Aktivitäten im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung können generationenübergreifend in allen Lebenslagen wichtige und neue Impulse setzen.“

Anschließend kam Sönke Rix mit Engagierten ins Gespräch, die im Mehrgenerationenhaus tätig sind. Dabei wurde klar: „Für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements müssen wir auch eine dauerhafte hauptamtliche Infrastruktur erhalten.“ Rix hofft, dass die bisherige erfolgreiche Arbeit im Christopherushaus, auch wenn das Haus wie angedacht verkauft werden sollte, an anderer Stelle in vollem Umfang fortgeführt werden kann.

Keine Kommentare

Thönnnes: Aktionstag unterstützen - Missbrauch der Leiharbeit stoppen! DGB Nord und SPD-Abgeordnete präsentieren gemeinsames Positionspapier

Die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse nimmt rasant zu. In Schleswig-Holstein stieg die Zahl innerhalb eines Jahres, von 12.380 Beschäftigten im Oktober 2009 auf 15.200 im Oktober 2010, um fast ein Viertel. Anstatt Auftragspitzen kurzfristig durch den Einsatz von Leiharbeitnehmern abzufedern, nutzen viele Firmen das Instrument, um Stammebelegschaften sukzessive abzubauen. Tariffucht und Lohndumping sind die Folge.



Dies ist ein Missbrauch der Leiharbeit, der nach Ansicht des SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes und seiner schleswig-holsteinischen SPD-Kollegen im Deutschen Bundestag dringend beendet werden muss. Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des DGB Nord, Uwe Polkaehn, haben sie jetzt einen detaillierten Forderungskatalog erstellt.

Hierin fordern die SPD-Abgeordneten beispielsweise den Missbrauch von Leiharbeit zu stoppen, indem man die maximale Verleihzeit grundsätzlich auf ein Jahr begrenzt. „Wenn ein Betrieb einen Leiharbeiter länger als ein Jahr benötigt, kann man nicht mehr von der Abdeckung von Spitzen reden. Dann muss er fest beschäftigt werden“, erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete. Auch sollen die Betriebsräte bessere Mitbestimmungsrechte bei der Einstellung von Leiharbeitern erhalten.

Parallel dazu ruft der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) im Rahmen eines Aktionstages am 24. Februar 2011 zum öffentlichen Kampf für die Rechte von Leiharbeitern zu auf. Konkrete Forderungen des DGB sind dabei die gleiche Bezahlung von Leiharbeitern und Stammebelegschaft sowie ein allgemeiner Mindestlohn.

„Mit unserem gemeinsamen Forderungskatalog unterstützen wir den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in ihren Forderungen. Ziel unserer Bemühungen ist, allen Menschen gute Arbeit zu ermöglichen. Deshalb würde ich mich über eine starke Beteiligung freuen“, so Thönnnes.

Verschärfend kommt hinzu, dass ab dem 1. Mai 2011 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit in ganz Europa gilt. „Die Regierung muss dringend handeln, um zu vermeiden, dass Leiharbeitsfirmen aus Ländern mit niedrigerem Lohnniveau dann in Deutschland eine weitere Lohndumpingspirale in Bewegung setzen“, erläutert der SPD-Politiker abschließend. Dies ginge zu Lasten der hiesigen Beschäftigten und der Arbeitgeber, die sich verantwortungsvoll an Tarifverträge und faire Löhne halten.

Keine Kommentare

Positionspapier zur Änderung der Amtsordnung

Auf einer Versammlung von Ortsvereinsvorsitzenden und GemeindevertreterInnen der SPD im Kreis Herzogtum Lauenburg wurde die vom Innenminister geplante Änderung der Amtsordnung beraten.

Dazu stellten die Teilnehmer fest:

Die jetzige Landesregierung ist nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes zur Neuwahl des Schleswig-Holsteinischen Landtages politisch nicht legitimiert. Deshalb sollten in dieser Wahlperiode keine Entscheidungen mehr getroffen werden, die eine lange Nachwirkungszeit haben. Hierzu gehört auch die Umsetzung des Landesverfassungsgerichtsurteils zur Amtsordnung.

Das Gericht hat dem Landtag Zeit gegeben, eine Neuregelung bis zum 31.12.2014 zu treffen. Diese Frist ist auszuschöpfen, damit nach einer gründlichen Beratung der neue Landtag legitim darüber entscheiden kann. Es gibt keinen Grund zur Eile.

Dennoch ist die Landesregierung entschlossen, eine Änderung der Amtsordnung und anderer kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften noch mit diesem Landtag auf den Weg zu bringen.

Daher stellen wir - auch vor dem Hintergrund des Urteils des Landesverfassungsgerichts zur Amtsordnung vom 26.02.2010 - fest:

1. Die Einrichtung einer weiteren, in Volkswahl gewählten politischen Verwaltungsebene (Amtsausschüsse) lehnen wir ab.
2. Eine damit verbundene Schwächung der gemeindlichen Ebene kommt für uns nicht in Betracht. Die Gemeinden müssen in ihrer Stärke als der wesentliche Lebensmittelpunkt der Bürger und Bürgerinnen erhalten bleiben.
3. Die komplette Rückübertragung aller Aufgaben auf die Gemeinden und die Bildung von Zweckverbänden zur Erledigung vieler dieser Aufgaben – wie es der Innenminister aktuell vorschlägt – halten wir für rechtlich zweifelhaft und praktisch schwer durchführbar und nicht wirtschaftlich.
4. Damit bleibt nur eine so genannte Katalog-Lösung für eine zeitnahe, praxistaugliche und verfassungskonforme Reform der Amtsordnung. Mit ihr wären z.B. Planungsaufgaben nicht übertragbar. Andere Aufgaben (Positiv/Negativliste) dürften die Gemeinden auf die Ämter übertragen, ohne aber dabei die letztendliche Entscheidung aus der Hand zu geben. Eine voraussetzungslose Rücknahme der Aufgaben muss möglich sein.
5. Bei einer Neuregelung ist zentral darauf zu achten, dass kostengünstige, effektive und

bürgerfreundliche Lösungen gewährleistet sind.

6. Bei der Ausgestaltung dieser Katalog-Lösung werden wir uns an der Positionsfindung von SGK, Landtagsfraktion, Landespartei und Gemeindetag aktiv beteiligen.

Mölln, 7. Februar 2010

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 17.02.2011, 22:04 Uhr - 5867 Clicks - Nr. 172

Schnüffelei von NPD-Mitgliedern beim Zensus verhindern!

Im Mai startet die Haushaltsbefragung im Rahmen der Volkszählung „Zensus 2011“. Die NPD hat ihre Mitglieder dazu aufgerufen, sich als Volkszähler (im Fachjargon Erhebungsbeauftragte genannt) zu melden. Darauf weist der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Eichstädt hin.



Auch im Kreis Herzogtum Lauenburg hat die NPD ihre Mitglieder aufgefordert, „sich als Befrager zu bewerben, um daraus Erkenntnisse für die politische Arbeit zu gewinnen“, zitiert Peter Eichstädt aus einem Aufruf der Rechtsextremisten.

Die Bewerberinnen und Bewerber werden von den Erhebungsstellen, im Kreis Herzogtum Lauenburg die Kreisverwaltung, nach einem Bewerbungsgespräch ausgewählt und bestellt.

Die SPD-Landtagsfraktion hat das Innenministerium um Auskunft in dieser Sache gebeten und erfahren, dass die Bewerbung von NPD-Mitgliedern „im Hinblick auf den Inhalt des NPD-Aufrufes abzulehnen“ sei; auch bereits gestellte Erhebungsbeauftragte seien in diesem Fall von ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zu entbinden.

„Wir können uns der Bitte des Innenministeriums nur anschließen, dass die Erhebungsstellen Angehörige des öffentlichen Dienstes als Volkszähler bevorzugt berücksichtigen“, so Peter Eichstädt.

Der Kreis Herzogtum Lauenburg hat nach Einschätzung des MdL das Problem erkannt und nimmt es ernst. Etwa 200 Erhebungsbeauftragte werden hier benötigt. „Man ist offensichtlich bemüht, weitestgehend Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des öffentlichen Dienstes für die Durchführung zu gewinnen. Aber einen vollkommenen Schutz, dass ein „braunes Schaf“ oder eine andere Person mit unlauteren absichten in den Kreis der Befragten hineinrutscht, gibt es nicht. In einigen Fällen wurden bereits solche Versuche aufgedeckt.

„Das Problem sehe ich darin, dass es sich bei der Durchführung des Zensus 2011 um eine staatliche Maßnahme handelt, die den Bürger zur Teilnahme verpflichtet. Deshalb muss dieser darauf

vertrauen können, dass nur absolut zuverlässige Personen an der Tür klingeln. Hierfür hat der Staat Sorge zu tragen.“

Grundsätzlich kann jeder von den zuständigen Behörden zur Übernahme der Tätigkeit als Erhebungsbeauftragter verpflichtet werden. Wenn nicht genug Personen zur Verfügung stehen sollten, hat aber das Innenministerium Hilfe durch Bereitstellung von Landesbediensteten angeboten.

Eichstädt weist darauf hin: „Kein Bürger ist verpflichtet, einen Erhebungsbeauftragten in seine Wohnung zu lassen. Er kann zwar Hilfe in Anspruch nehmen, wenn er es wünscht. Genauso kann er aber auch den Bogen entgegennehmen und alleine ausfüllen oder die Informationen über das Internet übermitteln. Im Übrigen rate ich dringend, bei besonderen Vorkommnissen und aufdringlichen Befragern die Behörden zu benachrichtigen.“

Auch wenn die Erhebungsbeauftragten keinen Zutritt zu Wohnungen haben, wäre es nicht hinnehmbar, dass sich Rechtsextremisten durch ehrenamtliche Tätigkeit Zugang zu sensiblen Daten verschaffen und, wie es die NPD formuliert, „in Bürgergesprächen und mit Flugblattverteilungen die Bürger über eine wirkliche Alternative zum herrschenden Parteienkartell zu informieren.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönnfeld](#) - veröffentlicht am 17.02.2011, 22:33 Uhr - 5474 Clicks - Nr. 173

Verkehrskonzept: alle sollen beteiligt werden!

Bei der am 17. Februar stattgefundenen Sitzung des Verkehrs- und Werkausschusses der Gemeinde Osterrönnfeld wurde u. a. auch das im letzten Jahr in Auftrag gegebene Verkehrskonzept erörtert. Während Verkehrszählungen und Befragungen der Verkehrsteilnehmer erst im Frühjahr durchgeführt werden können, um statistische Verfälschungen aufgrund des schlechten Wetters zu verhindern, sollen in einem ersten Schritt nun sämtliche Schwerpunkte für das Konzept erstellt werden.



Hierbei sollen alle Osterrönnfelderinnen und Osterrönnfelder aktiv mit eingebunden werden. So sollen sie etwa die Möglichkeit erhalten, eigene Strecken im Ort zu benennen, die sie regelmäßig mit dem Fahrrad oder zu Fuß zurücklegen. Außerdem sollen Schwerpunkte in der Gemeinde herausgefiltert werden, die besonders stark von Radfahrern frequentiert werden. Hiermit wollen die Planer sicherstellen, dass nicht an den Bedürfnissen und Bedarfen der Verkehrsteilnehmer vorbeigeplant wird, sondern das Konzept auf real existierenden Zahlen und Bedürfnissen basiert.

Hierzu wird das beauftragte Planungsbüro in Kürze eine Internetseite erstellen, durch die alle

Osterrönfelderinnen und Osterrönfelder die Chance haben, sich in diesen Prozess aktiv mit einzubinden sowie Ideen und Anregungen mitzuteilen.

Die eingehenden Meldungen aus der Bevölkerung sollen dann in die weiteren Planungen mit einbezogen werden. Außerdem soll das weitere Verfahren stets unter Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner durchgeführt werden. Daher wird das Verkehrskonzept durchweg in öffentlicher Sitzung des Verkehrs- und Werkausschusses beraten und diskutiert. Die Termine der Sitzungen finden Sie immer aktuell im Terminkalender unter www.spd-osterroenfeld.de! Mehr zum Thema Verkehrssicherheit finden Sie hier [[mehr](#)].

Als weiteren Punkt beschäftigten sich die Ausschussmitglieder mit der Idee zur Schaffung einer BMX- und Skaterbahn in Osterrönfeld. Unter Berücksichtigung der tatsächlich vorhandenen Nachfrage nach einem solchen Angebot sowie nach Abstimmung mit den Städten Rendsburg und Büdelsdorf, die ebenfalls Ähnliches planen, soll das Vorhaben weiterhin im Ausschuss beraten werden, um eine mögliche Gestaltung sowie die dafür anfallenden Kosten abwegen und abschließend entscheiden zu können.

In diesem Zusammenhang wurde auch die Gestaltung der Spielplatzfläche am Osterrönfelder Bürgerzentrum noch einmal erörtert. Dort soll nach Möglichkeit weiterhin eine Kleinfeldfläche entstehen, um der regen Nachfrage in diesem Bereich des Ortes nachzukommen. Bisher müssen die Kinder und Jugendlichen dort auf die Grünfläche vor dem Bürgerzentrum ausweichen, was ihnen jedoch untersagt wird, sodass es an einer geeigneten Fußballfläche mangelt. Dies soll nun möglichst geändert werden, weshalb der Ausschuss sich in der nächsten Sitzung damit noch einmal beschäftigen wird.

Um die historischen Funde in der Gemeinde auch der Nachwelt zu erhalten und den lange gehegten Wunsch nach einer kleinen Ausstellung über Osterrönfelds Geschichte mittelfristig realisieren zu können, beschloss der Ausschuss ebenfalls, einen Raum zur Lagerung historischer Gegenstände bereitzustellen. Dies soll sicherstellen, dass zur Verfügung stehende Gegenstände bis zur Einrichtung einer kleinen Ausstellung aufbewahrt und eingelagert werden können, da sie sonst nicht in der Gemeinde zu halten wären und damit aus Osterrönfeld verschwinden würden. Eine kleine Räumlichkeit, wahrscheinlich im Bürgerzentrum, soll dies nun gewährleisten. --

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 18.02.2011, 08:52 Uhr - 6514 Clicks - Nr. 174

Die Wahlunterlagen sind da

19.171 Mitglieder der SPD in Schleswig-Holstein haben ihre Wahlunterlagen erhalten, um über den Spitzenkandidaten der SPD bei der anstehenden Landtagswahl zu entscheiden. Auch die beiden stellvertretenden Kreisvorsitzenden der SPD Stormarn, Susanne Danhier aus Bargteheide und Reinhard Niegengerd aus Großhansdorf, haben Post erhalten. Nun gilt es, das Kreuz bei Brigitte Fronzek, Torsten Albig, Ralf Stegner oder Mathias Stein zu setzen, die in den



vergangenen Monaten ein viel geleistet haben.

Danhier und Niegengerd freuen sich: „In 16 Vorstellungsrunden mit insgesamt 5.000 Mitgliedern und Gästen haben wir gezeigt, dass Politik Menschen positiv bewegen kann, wenn sie ernsthaft beteiligt werden. Knapp 300 Teilnehmer waren im Januar bei der Veranstaltung in Ahrensburg dabei. Hinzu kamen weitere Vorstellungsrunden mit einzelnen Kandidaten, zum Beispiel mit Torsten Albig in Reinbek und Ralf Stegner in Glinde.“

Ausgezählt wird am 26. Februar in der Landesgeschäftsstelle der Partei in Kiel. Gezählt werden alle Stimmzettel, die bis um 9.30 Uhr an diesem Tag im Postfach der SPD bei der Deutschen Post eingehen. Eine Zählkommission wird unter notarieller Aufsicht sofort an die Arbeit gehen. Aus Stormarn zählen die Leiterin der SPD-Geschäftsstelle, Monika Poppe-Albrecht, und der Kreisvorsitzende Martin Habersaat mit. Der appelliert an alle Mitglieder: „Ich hoffe, dass wir die Erfolgsstory der 16 Veranstaltungen jetzt durch eine hohe Wahlbeteiligung krönen. Dadurch wird dem künftigen Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin eine auch im Parteienvergleich bisher einzigartige Legitimation gegeben, die uns im kommenden Wahlkampf einen enormen Rückenwind geben wird.“

Als Spitzenkandidat ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Hat kein Kandidat oder keine Kandidatin dies im 1. Wahlgang erreicht, soll zwischen den beiden bestplatzierten eine Stichwahl stattfinden, die exakt vier Wochen später ausgezählt wird. Gewählt ist dann, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.02.2011, 09:12 Uhr - 1797 Clicks - Nr. 175

Sporthalle im Bereich Humboldt-Schule / Schrevenpark

Zur Diskussion um einen geplanten Bau einer Sporthalle mit Kita und bewegtem Raum erklären die Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Wir erkennen für den Bereich südlicher Knooper Weg / Schrevenpark den großen Bedarf vor allem nach einer Sporthalle. Insbesondere für die Humboldt-Schule, deren Schüler zum Sportunterricht „reisen“ müssen, und für den KMTV, der in der Jahnstraße aus allen Nähten platzt, brauchen wir eine Lösung. Die Verbindung mit einer Kita und einem „bewegten Raum“ halten wir dabei für sehr attraktiv. Denkbar könnte eine Lösung in Zusammenhang mit der dringend benötigten Mensa in der Humboldt-Schule sein.“

Wir werden uns deshalb mit aller Kraft für den Bau einer Sporthalle einsetzen.“

Keine Kommentare

SPD Kreistagsfraktion: Projekt Publik Privat Partnerchip Blumenburg Venture Park

„Das Projekt Blumenburg Venture Park ist bedauerlicherweise gescheitert“, so der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Lutz Schlünsen. „Die Rahmenbedingungen haben sich massiv in den letzten Jahren verändert und die hoch verschuldete öffentliche Hand kann nicht die gesamten Verluste tragen.“

Es war sehr schwierig, die Entscheidung zu treffen, eine Fortführung ist für die SPD-Fraktion keine Alternative. Gescheitert ist dabei leider auch ein Projekt der öffentlichen Hand mit einem privaten Investor. Dieser hat bereits nach kurzer Zeit sein Versprechen und seine vertraglich zugesicherte Leistung nicht eingehalten. Seine Zusagen, ein Technologiezentrum zu betreiben, bei dem der Kreis drei Jahre eine Verlustübernahme bis zu 150.000 € garantierte, wurde schnell beendet und ist in die Insolvenz gegangen. Danach musste die vom Kreis gegründete Trägergesellschaft auch die Betreuung und einem Grossteil die Verluste übernehmen.

Die vom Investor gemachten Versuche schienen halbherzig und zum Schluss unakzeptabel und in finanzieller Hinsicht immer zum Nachteil des Kreises zu sein. Der Kreis Plön hat allerdings eindeutig in rechtlich schwieriger Konstellation nachteilige Verträge ausgehandelt, die anders als bei der Entscheidung für das Projekt eben doch erhebliche Verluste und Risiken dem Kreis zuführen.“

Die Landesregierung verhält sich in unverantwortlicher Weise gegenüber dem Kreis. Warme Worte und staatstragende Worte des CDU Fraktionsvorsitzenden v. Boetticher helfen da wenig und machen eher zornig. Denn es muss schon einmal erklärt werden, warum die Landesregierung dem Kreis Plön laufend Knüppel zwischen die Beine schmeißt. Zuletzt tat sie es mit einer 1,5 Mio. Forderung, insbesondere wegen falscher Ausschreibungen und Fehlbelegungen des Betreibers. Diese Kosten waren in der Betreuung nicht einmal berücksichtigt und veranschlagt. Viele der Informationen waren der Landesregierung seit langem bekannt. Ein professioneller Projektsteuerer in Kenntnissen des EU-Rechtes hat die Ausschreibungen durchgeführt. Kein Landesminister hat bei der EU einmal den Rücken stark gemacht und ist nach Brüssel geflogen, um für Lösungen zu ringen.

Schon beim Start hat die Denkmalbehörde jahrelange Verzögerungen ausgelöst. Die Landesregierung hat es ja noch nicht einmal erreicht, dass Konzerte oder Vortragsreihen genehmigt werden. Hierum haben sich auch Befürworter und eine Bürgerinitiative intensiv bemüht. Auch im Vergleichsangebot sind keine Hinweise auf mögliche Veränderungen von Betreuungsmöglichkeiten vorhanden.

Politische Verantwortung übernehmen heißt auch, Dinge zu beenden, wenn es sein muss. Ich kann keinem Bürger und keiner Bürgerin erklären, warum ich bei Volkshochschulen, Kindergärten oder Schülerbeförderung kürzen soll und diesem Projekt dauerhaft für noch 17 Jahre jährlich 200.000 bis 400.000 € zuschieße. Ich sehe in der Entscheidung der Insolvenz die einzige Möglichkeit, weitere Nachteile vom Kreis abzuwenden. Ich bin mir bewusst, dass der Schaden sehr groß ist, aber wir

haben die Chance, dass er mit dieser Entscheidung deutlich reduziert wird in Bezug auf den Weiterbetrieb, so Lutz Schlüsen abschließend. Eine dauerhafte Betreibung würde in 20 Jahren ca. 6 Millionen kosten.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 18.02.2011, 13:05 Uhr - 18679 Clicks - Nr. 177

„Nein zum CCS in Wedel!“

SPD-Abgeordnete kündigen Widerstand gegen CO₂-Verpressung an

Mit heftiger Kritik an Bundesumweltminister Norbert Röttgen und dem schleswig-holsteinischen CDU-Ministerpräsidenten Peter-Harry Carstensen haben die Kreis Pinneberger SPD-Landtagsabgeordneten Siegrid Tenor-Alschausky und Bernd Schröder und ihr Bundestagskollege Dr. Ernst Dieter Rossmann auf die Veröffentlichung einer Karte der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe reagiert, die Wedel als möglichen Standort für ein CO₂-Endlager benennt.

„CDU-Umweltminister Röttgen bricht damit seine Zusage, Standorte nicht über die Köpfe der Länder hinweg in die Planungen mit aufzunehmen“, empört sich Rossmann, der auch Sprecher der Landesgruppe der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein ist, die sich bereits seit langem entschieden gegen den Einsatz der CCS-Technologie im Land eingesetzt hatte. „Seitens der Landes-CDU ist immer wieder behauptet worden, Röttgen habe ein Veto-Recht der betroffenen Bundesländer fest versprochen. Nach allem, was wir jetzt über den entsprechenden Gesetzentwurf wissen, waren dies aber doch wohl nur hohle Worte.“ Wenn Röttgen wie am vergangenen Wochenende betone, eine Möglichkeit zur Abweichung von der geplanten Bundesregelung könne und werde es für die Länder nicht geben, komme dies einem Offenbarungseid gleich. Rossmann: „Dass Schwarz-Gelb mit der Bürgerbeteiligung bei derartigen Projekten Probleme hat, war ja bekannt. Dass jetzt aber auch den eigenen Landesregierungen die Tür vor der Nase zugeknallt wird, spricht Bände über Demokratieverständnis und die herrschenden Vorstellungen einer sinnvollen Umwelt- und Klimapolitik!“

„Wedel muss für die CO₂-Verpressung tabu bleiben“, finden auch die beiden Kreis Pinneberger SPD-Landtagsabgeordneten. Sie weisen darauf hin, dass sich die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten von Anfang an gegen den Einsatz der CCS-Technologie verwandt haben. „Wir wissen, dass wir uns damit in Übereinstimmung mit der übergroßen Mehrheit der Menschen im Land befinden“, betont die für Wedel zuständige Abgeordnete Siegrid Tenor-Alschausky. „Die CO₂-Verpressung ist keine Lösung gegen unsere Klimaprobleme. Wer die globale Erwärmung verhindern will, muss umsteuern hin auf regenerative Energien und die CO₂-Produktion konsequent zurückführen. Hierzu gibt es keine Alternative!“

Enttäuscht sind Tenor-Alschausky und ihr MdL-Kollege Bernd Schröder über den Bruch der wiederholten Zusicherungen Ministerpräsident Carstensen, Schleswig-Holstein werde bei der Standortsuche nicht übergangen. „Wir sind hier von der Landesregierung offensichtlich

verschaukelt worden“, ärgern sich die beiden Politiker. „Denn während Carstensen und sein Fachminister de Jager in dieser wichtigen Frage vor Ort immer noch auf Friede – Freude – Eierkuchen machten, wurden in der Bundesbehörde ja offenbar bereits fleißig Karten mit möglichen CCS-Standorten im Norden angefertigt.“

Die SPD-Politiker wollen jetzt vor Ort verstärkt auf die Risiken der CCS-Technologie aufmerksam machen. „Wir sind sicher, dass ein Standort für die CO₂-Verpressung an keinem Ort in Schleswig-Holstein mehrheitsfähig wäre. Und was Wedel angeht, werden wir mit Freude dazu beitragen, dass das so sein wird“, betonen Tenor-Alschausky, Schröder und Rossmann.

Keine Kommentare

[SPD-Schönberg](#) - veröffentlicht am 18.02.2011, 18:42 Uhr - 5385 Clicks - Nr. 178

50 Jahre SPD: Ernst Kahl - 40 Jahre SPD: Antje Klein

Vielen herzlichen Dank!

Der Ortsvereinsvorsitzende Peter Domeier begrüßte anl. des traditionellen Grünkohllessens im Hotel am Rathaus viele Mitglieder und Gäste des SPD-Ortsvereins. Musikalisch begleitet wurde die Veranstaltung von dem Liedersänger Gerd Sell, der alte und junge Lieder zur Gitarre sang. Die Kreisvorsitzende Anette Langner und Bürgermeister Wilfried Zurstraßen nahmen anschließend die



Partei Ehrungen vor. Geehrt wurde Ernst Kahl für 50 jährige Mitgliedschaft in der Schönberger SPD. Wilfried Zurstraßen führt aus: „In jeder Partei gibt es Theoretiker und Praktiker. Ernst Kahl hat mit seinen großen organisatorischen und handwerklichen Fähigkeiten in 50 Jahre Parteigeschichte für Stellschilder, Infostände und einen reibungslosen Organisationsbetrieb gesorgt. Von 1966 bis 1994 war er Gemeindevertreter und hat in fast allen Ausschüssen mitgewirkt, 4 Bürgermeister und 3 Bürgervorsteher kommen und gehen sehen. Ernst Kahl hat sich auf seine ihm eigene Weise eingebracht, ruhig und sachlich, mit einem hohen Maß an Verantwortung und Verlässlichkeit. Und wenn Schönberg heute zu einem starken Stück Schleswig-Holstein geworden ist, zu einer Gemeinde, in der man gerne lebt und arbeitet, in der nicht mehr die Farbe schwarz das Bild bestimmt, sondern diese Bild bunt mit einem kräftigen rot geworden ist, so hat Ernst daran großen Anteil. Vielen Dank Ernst!“ Der Bürgermeister dankte Ernst Kahl mit einer Urkunde und einer goldenen Nadel.

Kreisvorsitzende Anette Langner würdigte die 40jährige Parteizugehörigkeit von Antje Klein. Sie führte aus: „Wie kann man einer engagierten Sozialdemokratin wie Antje und ihrer langjährigen ehrenamtlichen Arbeit für die Partei gerecht werden, ich will den Versuch machen: Bereits 1970 hat sie mit einer privaten Initiative einen Kindergarten gegründet und später dazu beigetragen, dass das Jugendheim und das Sprüttenhaus eingerichtet wurden. 1986 wurde sie Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat und hat mit einer großen Umsicht ihre Fraktion geführt. Unbeirrbar und zielorientiert hat sie es trotz Mehrheit von CDU und BGS mit der Fraktion gemeinsam geschafft, einen

sozialdemokratischen Bürgermeister durchzusetzen.

Als langjährige Vorsitzende des Sozialausschusses und Bürgervorsteherin von 1990 bis 2008 hat sie durch ihre Arbeit und ihr Engagement mit dazu beigetragen, dass Schönberg ein soziales Gesicht hat. Ihr ganz besonderes Interesse gilt der Schule, den Museen, der Kultur, der Jugendarbeit, den Kindergärten, den Partnerschaften mit Haljala und Älvdalen, der Förderung der Vereine und Verbände. Ihren Wahlkreis hat sie immer direkt gewonnen und sie steht in ständigem Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Soziale Gerechtigkeit und Solidarität und stets auf der Seite der Menschen, die es nicht so gut haben, diese Eigenschaften zeichnen sie aus, Vielen Dank für 40 Jahre SPD-Mitgliedschaft.“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 19.02.2011, 17:32 Uhr - 16397 Clicks - Nr. 179

Keine Placebo-Politik bei Pflege

„Die aktuellen pflegepolitischen Vorschläge der Bundesregierung finden der bei der Kreis-Arbeitsgemeinschaft 60 plus der SPD keinen Zuspruch,“ .erklärt der Kreisvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Hans Peter Robin

Sowohl das von Frau Schröder vorgeschlagene Modell der sogenannten

Familienpflegezeit als auch Herrn Röslers Vorschlag, Betroffene auf Kur zu schicken, sind reine Placebo-Vorschläge. Offenbar ist den Ministern die

Lebenswirklichkeit der Menschen nicht vertraut. Wer, wie die meisten Frauen,

schon bei Vollzeitbeschäftigung ein geringeres Einkommen hat als Männer und bei Teilzeit ohnehin kaum ein Existenz sicherndes Einkommen hat, wird mit 75% des letzten Einkommens seinen

Lebensunterhalt nicht mehr alleine bestreiten können. Dass die Beschäftigten, die eine

Familienpflegezeit in Anspruch nehmen, die Risiken der Arbeitgeber selbst mit einer Versicherung

abdecken sollen, ist schlicht ein Witz! Schröders Modell birgt erneut die Gefahr, dass Frauen auf

dem Arbeitsmarkt benachteiligt werden. Der Karrierekiller Nummer eins ist Teilzeitarbeit -

schlechterer Lohn für gleiche Arbeit sowie geringere Qualifizierungsmöglichkeiten und

Aufstiegschancen. Deshalb wird das Modell auch von Männern weniger in Anspruch genommen

werden - wie das Elterngeld zeigt. Auch Herrn Röslers Kuren sind da nur noch ein billiges

Trostpflaster.



„Für die häusliche Pflege und Betreuung fordern wir ein Gesamtkonzept,“ so Robin. Pflegende

Angehörige brauchen Zeit und Unterstützung, um Beruf und Karriere einerseits mit der

Unterstützung ihrer pflegebedürftigen Angehörigen andererseits vereinbaren zu können. Die SPD-

AG 60 plus unterstützt die Bundespartei bei dem Vorschlag, ein Pflegezeitmodell mit

Lohnersatzleistungen einzuführen, das geschlechtergerecht ausgestaltet sein muss. Dazu gehören

aber auch eine Verbesserung der Infrastruktur sowie bezahlbare Dienstleistungen zur Unterstützung

der häuslichen Pflege. Mit einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff können professionelle

Pflegedienstleistungen passgenauer angeboten werden. “Um ein Bittstellerstatus von vornherein zu

vermeiden, brauchen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer klare Rechtsansprüche statt freiwilliger

Vereinbarungen,“ fordert Robin weiter.

Keine Kommentare

Wir wollen ein klares gesetzliches Vetorecht zur CO2-Speicherung

Zu den Pressemitteilungen über mögliche CO2-Speicherstätten in Deutschland und den Stand eines CCS-Gesetzes in Berlin sagt der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze:

Die Hinhaltenaktik der Bundesregierung ist unerträglich und das angebliche Einwirken der Landesregierung auf ihre Parteifreunde im Bund unglaublich – jedenfalls ist es bisher nicht von Erfolg gekrönt.



Täglich gibt es neue Wasserstandsmeldungen über den Stand und die Inhalte eines CCS-Gesetzes mit oder ohne Vetorecht der Länder bei der CO2-Speicherung unter ihrem Gebiet. Der Entscheidungsprozess über die Zukunft der CCS-Technologie in Deutschland darf nicht nach dem bisherigen Schema der schwarz-gelben Bundesregierung mit Hinterzimmer-Beschlüssen und geheimen Gutachten ablaufen.

Die öffentlich diskutierte Vorlage des CCS-Gesetzes entspricht offensichtlich nicht dem aktuellen Sachstand. Ein klares gesetzliches Vetorecht der Länder ist anscheinend nicht geplant.

Darüber hinaus brauchen wir auch Antworten auf die Fragen: Welche Schritte folgen nun vor Ort und wie werden die Bürgerinnen und Bürger daran beteiligt? Was sind die Risiken, die Kosten und wie steht es um die Haftungsfragen? Wir brauchen im weiteren Verfahren absolute Transparenz.

Aus diesem Grund hat die SPD-Landtagsfraktion für die Sitzung des Landtages in der nächsten Woche eine Aktuelle Stunde beantragt, auf der diese Fragen intensiv diskutiert werden sollen.

Kommentar von [Horst Deyerling](#) vom 22.02.2011, 10:52 Uhr:

RE: Wir wollen ein klares gesetzliches Vetorecht zur CO2-Spe

Ein Vetorecht für die Länder wäre ein absolutes Minimalziel in einem CCS-Gesetz, dass scheinbar nicht verhindert werden soll, dass ich jedoch in seiner Gänze ablehne. Es ist bei der Brisanz des Vorhabens völlig egal, wo das Zeug verpresst wird. Schon allein vor dem Hintergrund einer - möglichen - Grundwassergefährdung ist grundsätzlich von der Weiterentwicklung und Nutzung dieser Technologie abzusehen. Mit der Endlagerung des Atommülls habe wir "nur" lokale Risiken. Mit einer Verklappung von flüssigem CO2 ein großflächiges Risiko.

Glückwunsch !!!

die SPD Glinde gratuliert...

... Olaf Scholz und der Hamburger SPD zu einem großartigen Wahlsieg. Wir wünschen dem neuen Bürgermeister und der Hamburger SPD immer eine glückliche Hand und vor allem eine sozialdemokratische Handschrift für die Hansestadt.

Hamburg ist mit gutem Beispiel vorangegangen, wir in Schleswig Holstein sollten diesem Beispiel folgen, damit es bald auch bei uns wieder heißt: Schleswig Holstein wird sozialdemokratisch regiert !

Frank Lauterbach
(1.Vorsitzender SPD Glinde)

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.02.2011, 23:04 Uhr - 8444 Clicks - Nr. 182

SPD Stormarn verleiht Palme-Preis am 28. Februar

Die SPD Stormarn lädt ein zur Verleihung des Olof-Palme-Friedenspreises am 28. Februar ab 18.30 Uhr im Schloss Reinbek. Nach einem Empfang im Gartensaal wird der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat die Gäste im Festsaal begrüßen und dann das Wort an den diesjährigen Festredner übergeben. Es ist Tilo Braune, Staatssekretär a.D. und Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts Stiftung/ e.V.



Dann wird Kuratoriumsmitglied Birgit Kassovic den Preisträger 2011 küren. Den musikalischen Part steuern in diesem Jahr die Klarinetistin Magdalena Abrams und der Pianist Nikolai Rosenberg bei.

Die SPD Stormarn verleiht den Olof-Palme-Friedenspreis seit 1987 an Vereine und Menschen aus Stormarn, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für Alle engagieren. Nominiert sind in diesem Jahr der Verein „Afghanistan-Schulen“ und seine Vorsitzende Marga Flader (Oststeinbek), der Verein „Hilfe für das Hospital Santa Teresa“ und sein Vorsitzender Dr. Enno Keller (Ahrensburg) sowie das Therapie-Theater Reinfeld unter der Leitung von Bärbel Nemitz.

Der Olof-Palme-Friedenspreis wurde nach der Ermordung Olof Palmes ins Leben gerufen zum Gedenken an den schwedischen Ministerpräsidenten und sein Lebens- und Friedenswerk: seinem Bemühen, den Menschen ein Leben in demokratischer Freiheit zu verschaffen, seinem Kampf gegen Unrecht, Unterdrückung und Rassismus, seinem Eintreten für Frieden und Sicherheit durch Partnerschaft, für Abrüstung, gegen Atomwaffen und für die Verbesserung der Situation in der Dritten Welt.

<http://www.olof-palme-friedenspreis.de/>

Keine Kommentare

Herzlichen Glückwunsch, Olaf Scholz!

„Gut für Hamburg: stark und solidarisch“ - So stand es auf der großen Bühne bei der Wahlparty der SPD Hamburg in der Altonaer Fabrik zu lesen. Mitgefeiert haben auch viele Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein, darunter der Landtagsabgeordnete und Stormarner SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat und seine Stellvertreterin Susanne Danhier. Beide freuten sich mit den Wahlgewinnern und fanden, dass man von dem Wahlkampf der Hamburger Sozialdemokraten einiges lernen könne.



Martin Habersaat analysiert: „In der Kombination von guter Wirtschaftspolitik, gerechter Sozialpolitik und der Priorität auf der Bildungspolitik liegt sicherlich ein großer Teil dieses Wahlerfolgs begründet. Von Stormarn aus werden wir dafür werben, diese Schwerpunkte auch in Schleswig-Holstein zu setzen, ergänzt um einen besseren Umgang mit unseren Kommunen.“ Für Olaf Scholz habe auch gesprochen, früh einen Schulfrieden für Hamburg gefordert zu haben, um die Konzentration auf Inhalte statt auf das Bildungssystem richten zu können. Susanne Danhier fügt hinzu: „Wichtig war auch die große Unterstützung, die Olaf Scholz in allen Teilen der Partei erfahren hat. Wenn die SPD Schleswig-Holstein ihren Spitzenkandidaten per Mitgliederentscheid bestimmt hat, erhoffe ich mich das auch für uns. Dann stehen die Mitglieder hinter dem Kandidaten oder Kandidatin ihrer eigenen Wahl.“

Wichtig sei auch, erklärten beide, dass nun schnell Klarheit über das neue Wahlrecht und den Termin der nächsten Landtagswahl geschaffen werden. „Nachdem nun in Hamburg klare Verhältnisse herrschen, sollte Schleswig-Holstein schnell nachziehen!“

Keine Kommentare

Jim, Lukas und Franz zu Gast im Sidonie-Werner-Kinderhaus Franz Thönnnes liest im jüdischen Kindergarten in Bad Segeberg

Aufgeregt waren die Kinder des jüdischen Kindergartens in Bad Segeberg schon, als der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes am 17.02.2011 zu Besuch kam, um ihnen aus „Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer gehen durch dick und dünn“ vorzulesen.



Der SPD-Politiker berichtete von der Lokomotive Emma, die Lummerland verlassen müsse, da die

Insel zu klein für sie geworden sei. Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer hielten zusammen und machten sich gemeinsam dafür stark, dass Emma bleiben darf. „Die Geschichte zeigt den Kindern sehr anschaulich, dass es wichtig ist, zusammen zu halten, wenn man etwas erreichen will. Dies ist eine gute Weisheit fürs Leben“, so Thönnnes.

Die Gruppe hatte sich bereits intensiv auf den Termin vorbereitet und sogar ein Bild des Bundestagsabgeordneten aufgehängt, um den Kindern den Besuch des Ammersbekers anzukündigen.

Das Sidonie-Werner-Kinderhaus und der Trägerverein starteten mit dem Betreuungsangebot im August 2010. Die Gruppe umfasst inzwischen 17 Kinder im Alter von ein bis vier Jahren und wird durch drei Erzieherinnen und Erzieher betreut. Bereits jetzt gibt im von Myriam Blender geleiteten Kindergarten eine lange Wartliste. „Auch wenn die Stadt mit dem jüdischen Kindergarten schon nachgelegt hat, ist es weiterhin erforderlich, neue Plätze zu schaffen, um die Nachfrage bedienen zu können“, stellte der SPD-Politiker fest. Myriam Blender stimmte ihm zu und berichtete, dass auch andere Kindertagesstätten in der Stadt mit langen Wartelisten zu kämpfen haben.

Thönnnes, selbst Vater zweier Söhne, bekräftigte abschließend noch einmal die Wichtigkeit des Vorlesens: Lesen wird in Zeiten von Fernsehen und Internet immer mehr zurückgedrängt. Doch bietet es schon im Kindesalter einen wichtigen Zugang zu Sprache und Literatur. Daher ist das Vorlesen von Geschichten sehr wichtig für die Entwicklung. Und Kindern vorzulesen, macht mir zudem eine große Freude.“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 21.02.2011, 17:52 Uhr - 16009 Clicks - Nr. 185

Bio- wird zur Agrarenergie!

SPD-Kreisvorstand besuchte Hohn und diskutierte über Biogasanlagen.

Nach Meinung des SPD-Kreisvorstandes muss das Erneuerbare Energien Gesetz überarbeitet werden, damit nur noch nachhaltige Agrargasanlagen gefördert und Fehlentwicklungen von Biogasanlagen verhindert werden. Das Planungsrecht bedarf an dieser Stelle einer Überarbeitung, damit die Gemeinden steuernd eingreifen können.

„Strom aus Biomasse zu gewinnen, garantiert umweltfreundlich und kohlendioxidfrei, das klingt zunächst einmal nach einer gute Sache“, so SPD-Kreisvorstandsmitglied Jürgen Strack aus Neuwittenbek. Problematisch seien aber die damit einhergehende „Vermaisung“ der heimischen Landwirtschaft, die auch dem Grundwasser schade und die Artenvielfalt gefährde.

Nachhaltigkeit müsse in den Vordergrund gestellt werden. Dazu gehöre in jedem Fall auch die Nutzung der durch den Gärprozess erzeugten Wärme. Lange Transportwege für den in der Regel verwendeten Mais wirken dem Ziel, CO₂ neutral Energie zu gewinnen entgegen. Zusätzlich wird dadurch das öffentliche Wegenetz belastet.

Strack warb auch dafür, sicherzustellen, dass der gewonnene elektrische Strom an kommunale Energieunternehmen im Ort oder in der Nachbarschaft geliefert wird.

Der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix ergänzte: „Die Frage der Energieversorgung betrifft uns alle. Wir müssen aufpassen, dass für die Agrargasanlagen nicht eine massive Ausdehnung des Maisanbaus in Monokultur mit erheblichen negativen Folgen für die Biodiversität, für den Wasserschutz und für die Vielfalt der Landschaften entsteht.“

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 21.02.2011, 20:33 Uhr - 6867 Clicks - Nr. 186

Norderstedts SPD-Vorsitzende "Kinderlärm ist ein Stück Zukunftsmusik".

Die SPD-Bundestagsfraktion habe bereits im März 2010 einen entsprechenden Antrag mit dem Titel **“Kinderlärm – Kein Grund zur Klage”** eingebracht und darin Änderungen beim Bau- und Umweltrecht gefordert.



Norderstedts SPD-Vorsitzende begrüßt Gesetzesinitiative der Bundesregierung

"Die Bemühungen der Bundesregierung, Klagen gegen Kinderlärm künftig zu erschweren, begrüße ich sehr. Es ist ein Unding, dass normale Geräuscheinwirkungen von Kinderspielplätzen und Kindertagesstätten bislang als 'schädliche Umwelteinwirkung' gelten können. Kinderlärm ist ein Stück Zukunftsmusik. Es ist allemal besser, unsere Kinder frei und unbeschwert im Freien spielen zu lassen, statt sie vor der heimischen Spielkonsole oder vor dem Trash-Nachmittags-TV zu 'parken'.", so Katrin Fedrowitz, Vorsitzende der Norderstedter SPD.

Die SPD-Bundestagsfraktion habe bereits im März 2010 einen entsprechenden Antrag mit dem Titel **“Kinderlärm – Kein Grund zur Klage”** eingebracht und darin Änderungen beim Bau- und Umweltrecht gefordert.

„Kitas müssen auch in reinen Wohngebieten zulässig sein. Es kann nicht angehen, dass der zwingend notwendige Ausbau von Krippen und Kitas zu steigenden Gerichtsverfahren wegen **“Kinderlärm”** führt. Endlich können die unhaltbaren Zustände durch eine Gesetzesinitiative beseitigt werden. Die bisherige Rechtsprechung hat gezeigt, dass Unklarheiten beim Lärmschutzrecht vor Gericht ganz schnell zu Lasten von Kindern in Einrichtungen oder auf Spielplätzen ausgelegt werden konnten.“, so Katrin Fedrowitz weiter.

Der Gesetzesentwurf sieht unter anderem sieht vor, dass Geräuscheinwirkungen, die von Kindertageseinrichtungen, Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen wie Bolzplätzen

ausgehen, demnach künftig keine „schädliche Umwelteinwirkung“ mehr darstellen sollen: „Bei der Beurteilung der Geräuscheinwirkungen dürfen Immissionsgrenz- und -richtwerte nicht herangezogen werden“, da Kinderlärm "Ausdruck der kindlichen Entwicklung und Entfaltung und daher grundsätzlich zumutbar" sei.

Ebenso wichtig wie die Neuregelung der Kinderlärmfrage ist für Katrin Fedrowitz aber auch die ebenfalls von der SPD bereits letztes Jahr beantragte Änderung der Baunutzungsverordnung:

„Bislang sind Anlagen für soziale Zwecke - z. B. Kindertageseinrichtungen – in Wohngebieten ausnahmsweise zugelassen. Wenn Kinderkrippen und Horte ebenso wie Spielplätze und Freiflächen aber verstärkt in den Wohngebieten selbst angesiedelt sein sollen, damit die Angebote fußläufig und damit familienfreundlich erreichbar, muss das Baunutzungsrecht die Ausnahme zur Regel machen. Mit Blick auf die Entwicklung des „Garstedter Dreiecks“ wird dieses auch in Norderstedt zum Thema werden.“

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 21.02.2011, 23:08 Uhr - 5862 Clicks - Nr. 187

Arbeitsplätze durch Erneuerbare Energien schaffen!

Zur Pressekonferenz des DGB Nord und der IG BCE erklärt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Olaf Schulze:



"Die vom DBG-Nord-Vorsitzenden geäußerten Erwartungen, dass Märkte für grüne Technologien, die den Dreiklang ökonomischer, ökologischer und sozialer Kriterien erfüllen, eine Chance für Unternehmen im Norden sind, unterstützen wir uneingeschränkt.

Wir sind uns mit den Gewerkschaften auch einig, dass der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen auch bei der erforderlichen Energiewende und beim Klimaschutz einen hohen Stellenwert haben müssen. Wir sind allerdings anders als vor allem die IG BCE der Meinung, dass dafür nur der Ausbau der erneuerbaren Energien die richtigen Weichen stellen kann. Der Bau neuer Kohlekraftwerke ist aus vielen Gründen eine Sackgasse und sichert nur wenige Arbeitsplätze, und das bei einer bald der Vergangenheit angehörenden Energieerzeugungstechnik. Aus diesem Grund halten wir auch die CCS-Technik für überflüssig; sie ist keine Zukunftstechnologie und Forschung sollte eher beim Klimaschutz und daher bei den regenerativen Energien ansetzen.

Die Nachricht, dass die Windkraft in Schleswig-Holstein wieder auf der Überholspur ist und wir uns im bundesweiten Ranking um eine Position auf den dritten Platz verbessert haben, ist gut und bestätigt unseren Kurs. Hier müssen wir ansetzen und vor allem die neuen Windeneignungsflächen im Planungsrecht verankern, damit bald neuer Windstrom entstehen kann. Die vorgesehene Ausweitung auf zunächst 1,5 % ist die richtige Größenordnung, um die Windenergie im gesellschaftlichen Konsens voran zu bringen."

CDU sorgt mit Haushaltssperre für Chaos

Gemeinsame Pressemitteilung der Kreistagsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD

Mit der Verwaltungsvorlage im Jugendhilfeausschuss hat die CDU ihren Ansatz aus den Haushaltsberatungen im Dezember, den Jugendhilfefond auf 25.000 Euro zu kürzen, wieder ins Spiel gebracht. In einer AdHoc Arbeitsgruppe, die sich mit den Richtlinien des Jugendferienwerks befassen sollte, beabsichtigt die CDU den Jugendhilfefond nur noch für die Projekte Jugendferienwerk und Ferienpass zu verwenden.

Diese Mittel von 22.000 bzw. 6.000 Euro sollte der Jugendhilfeausschuss, als Empfehlung für den Kreistag, entsperren und im gleichen Zug den Jugendhilfefond einstellen.

Bündnis 90 / Die Grünen und die SPD lehnen diesen Vorschlag ab.

Schon in den Haushaltsberatungen hatte die CDU argumentiert, dass das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket (§§ 28 bis 30a SGB II) die Förderung von Mittagsessen und Ganztagschulen die Förderung aus dem Jugendhilfefond ersetzen wird. Die Ankündigungen lassen zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nur vermuten, dass Bedarfe durch das Bildungs- und Teilhabepaket abgedeckt sein werden, da die Entscheidung auf Bundesebene noch aussteht.

„Das ist Kaffeesatzleserei, so äußerten einige Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ihren Unmut über die Verwaltungsvorlage, „ wir haben zur Zeit keine gesetzliche Basis, an der wir unsere Entscheidung festmachen können. Außerdem hat die CDU in den Haushaltsberatungen dafür gesorgt, dass die Verwaltung jetzt handlungsunfähig ist, denn die CDU hat beantragt, dass 50.000 Euro für den Jugendhilfefond mit einem Sperrvermerk versehen werden, der nur durch den Kreistag aufgehoben werden kann. SPD und Grüne wollten 75.000 Euro ohne Sperrvermerk in den Haushalt einstellen, angelehnt an die steigenden Fallzahlen.“

„Die CDU hat hier für ein großes Chaos im Jugendhilfebereich gesorgt, wir werden es nicht mittragen, dass im laufenden Haushaltsjahr plötzlich Zusagen an Schulträger und Vereine und Verbände eingestellt werden“, so SPD und Bündnis 90 / Die Grünen unisono, „die Leidtragenden sind wie so oft die Kinder.“

Zudem wird auch durch dieses Bundesgesetz die wirklichen Hilfen für die Kinder und Jugendlichen nicht in vollem Umfang gerecht. Es werden weiterhin Lücken in der Beteiligung von finanziell schwachen Familien bleiben. Der Sinn der Jugendhilfefonds war diese besonderen Härten aufzufangen. Eine Einstellung ist in keinsten Weise sinnvoll, da diese Lücken aufgefangen werden müssen, es ist daher sinnvoll die Richtlinien des Jugendhilfefonds abzuändern um auf die Änderungen die aufgrund des Bundesgesetzes zu reagieren.

Annedore Granz, Doris Salkowsky, Gitta Neemann-Güntner

Keine Kommentare

[SPD-Schenefeld](#) - veröffentlicht am 22.02.2011, 10:51 Uhr - 6401 Clicks - Nr. 189

Schenefelder SPD-Fraktion gegen Biogasanlage in Schenefeld

Die SPD – Fraktion in der Gemeindevertretung Schenefeld hat sich eindeutig gegen den Bau einer durch private Investoren im südlichen Gewerbegebiet geplanten Biogasanlage nahe der Kläranlage ausgesprochen.

Nach Ansicht unserer beiden Fraktionsmitglieder Gerhard Boll und Klaus Hass sind die mit dem Betrieb einer solchen Anlage verbundenen möglichen Nachteile wie Geruchs-, Lärm-, und Verkehrsbelastungen größer als die Vorteile, die Schenefelds Bürger davon hätten.

Auch die Bedenken der unmittelbaren Nachbarn der geplanten Anlage, Betriebe, die sich gerade in dem neuen Gewerbegebiet niedergelassen haben, wie z.B. das Musik-Center und die der Anwohner des südlichen Ortsteils, werden von den beiden geteilt.

Klaus Hass und Gerhard Boll befürchten darüber hinaus auch eine zunehmende „Vermaisung“ des wunderschönen Schenefelder Umlandes durch Schaffung von Monokulturen und sprechen sich gegen die weitere finanzielle Förderung solcher Anlagen aus.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 22.02.2011, 15:18 Uhr - 15503 Clicks - Nr. 190

Schnüffelei durch NPD-Mitglieder beim Zensus verhindern!

Im Mai startet die Haushaltsbefragung im Rahmen der Volkszählung „Zensus 2011“. Die NPD hat ihre Mitglieder dazu aufgerufen, sich als Volkszähler (im Fachjargon Erhebungsbeauftragte genannt) zu melden. Darauf weist die SPD-Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen hin.

Die NPD habe ihre Mitglieder aufgefordert, „sich als Befrager... zu bewerben, um daraus Erkenntnisse für die politische Arbeit zu gewinnen“, zitiert die Landtagsabgeordnete aus einem Aufruf der Rechtsextremisten. Die Bewerberinnen und Bewerber werden von den Erhebungsstellen (meist Kreise oder Kommunen) nach einem Bewerbungsgespräch ausgewählt und bestellt.



Die SPD-Landtagsfraktion hat das Innenministerium um Auskunft in dieser Sache gebeten und erfahren, dass die Bewerbung von NPD-Mitgliedern „im Hinblick auf den Inhalt des NPD-Aufrufes abzulehnen“ sei; auch bereits gestellte Erhebungsbeauftragte seien in diesem Fall von ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zu entbinden. „Wir können uns der Bitte des Innenministeriums nur anschließen, dass die Erhebungsstellen Angehörige des öffentlichen Dienstes als Volkszähler bevorzugt berücksichtigen“, so Herdejürgen.

Im Kreis Steinburg ist die Kreisverwaltung zuständig. Etwa 140 Erhebungsbeauftragte werden

benötigt. Nach Aussage des Kreises bestehen keine Schwierigkeiten, genügend Bedienstete dafür zu finden. Es liegen schon etwa 300 Bewerbungen vor und man wird natürlich bevorzugt Angehörige des öffentlichen Dienstes, sowie pensionierte Beamte einstellen.

Auch wenn die Erhebungsbeauftragten keinen Zutritt zu Wohnungen haben, wäre es nicht hinnehmbar, dass sich Rechtsextremisten durch ehrenamtliche Tätigkeit Zugang zu sensiblen Daten verschaffen und, wie es die NPD formuliert, „in Bürgergesprächen und mit Flugblattverteilungen die Bürger über eine wirkliche Alternative zum herrschenden Parteienkartell zu informieren“. Birgit Herdejürgen fordert daher Erhebungsstellen und Bürger zu Wachsamkeit auf: „Eine solche Schnüffelei der Rechtsextremisten muss verhindert werden!“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.02.2011, 16:09 Uhr - 1803 Clicks - Nr. 191

Rathauskooperation: Von Anfang an konsequent gegen Rechtsextremismus!

Zur Politik der Landeshauptstadt Kiel gegen Rechtsextremismus erklären der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, Ratsfrau Karin Weichert der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung begrüßen die zusätzlichen Initiativen von Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) und der Kulturverwaltung gegen den Rechtsextremismus in unserer Stadt. Rechtsextremistisches Gedankengut zeigt sich leider auch in Kiel: Es zeigt sich in Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund und verbreiteten Hassparolen sowie in Schmierereien.

SPD, Grüne und SSW haben deshalb auf Vorschlag des Oberbürgermeisters im Stadthaushalt 2011 zusätzliche 30.000 Euro für Kulturprojekte für die Zusammenarbeit mit dem Theater, mit den Hochschulen, für aufsuchende Kulturarbeit an den Kieler Schulen bereitgestellt. Auch die kulturpädagogische Arbeit soll einen Schwerpunkt „Extremismusprävention“ bekommen. Außerdem unterstützen wir die Beantragung zusätzlicher Bundesmittel für einen "Lokalen Aktionsplan" zur Demokratieentwicklung.

Seit Beginn der Kommunalwahlperiode im Juni 2008 unterstützen SPD, Grüne und SSW Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in unserer Stadt:

- Wir haben bereits im ersten Haushaltsbeschluss von SPD, Grünen und SSW für den Stadthaushalt 2009 jährlich 30.000 Euro im Bereich der Jugendarbeit für Projekte im Rahmen von „Vielfalt tut gut, Kieler Jugend für Toleranz und Demokratie“ bereitgestellt.

- Die Landeshauptstadt Kiel ist auf unsere Initiative hin Mitglied in der „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“ geworden.

- Wir haben durch Haushaltsbeschlüsse sichergestellt, dass die Beseitigung von rechtsextremen Schmierereien im Zuständigkeitsbereich der Stadt jederzeit gewährleistet bleibt.

Für uns bleibt es dabei: Gegen Ausgrenzung, Hass und Menschenfeindlichkeit, aufgeklärt für Toleranz und ein friedliches Miteinander.“

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 22.02.2011, 16:15 Uhr - 6091 Clicks - Nr. 192

SPD-Kreistagsfraktion fordert: Ärztliche Versorgung auch in Zukunft Pressemitteilung

22. Febr. 2011

SPD-Kreistagsfraktion fordert:

Ärztliche Versorgung auch in Zukunft im Kreis Plön sicherstellen

Der aktuelle Umbruch im Gesundheitssystem, die zunehmende Zahl der über 60-jährigen Bürger und Bürgerinnen und der damit verbundene Anstieg altersbedingter Krankheiten wirft gerade im ländlichen Bereich schon jetzt viele Fragen auf. Hinzu kommt, dass eine große Anzahl von Haus- und Fachärzten in den nächsten Jahren aus dem Dienst ausscheiden werden.

64 Prozent aller Hausärzte sind jetzt schon über 50 Jahre alt und in vielen Fällen wird es nicht gelingen, junge Medizinerinnen und Mediziner von der Übernahme einer Praxis auf dem Lande zu überzeugen. Eine älter werdende Gesellschaft wie auch junge Familien sind aber auf eine wohnortnahe und hochwertige medizinische Versorgung angewiesen.

Deshalb ist es aus Sicht der SPD-Fraktion jetzt an der Zeit, dass sich die Gremien des Kreises Plön mit der Frage beschäftigen, welchen Beitrag der Kreis selbst - neben Gesetzgeber, kassenärztlicher Vereinigung (KVSH) und Krankenkassen - leisten kann, damit auch in Zukunft die haus- und fachärztliche Versorgung flächendeckend im Kreis Plön erhalten werden kann.

Es muss die Frage gestellt werden, mit welchen attraktiven Standortbedingungen und kreativen Ideen wir um junge Ärzte für unsere Region werben können. Hierauf müssen Antworten gefunden werden, wenn wir gemeinsam mit unseren Städten und Gemeinden der fehlenden Niederlassungsbereitschaft junger Mediziner entgegen wirken wollen.

„Gefragt sind deshalb Zusammenarbeit und Engagement, um neue Wege zu beschreiten. Nur so wird es möglich sein, die auf uns zukommenden Probleme im Bereich der ambulanten Versorgung gemeinsam mit Land, Kassenärztlicher Vereinigung (KVSH), Krankenkassen und Kommunen zu lösen“, sind sich die stellv. Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit. und der sozialpolitische Sprecher Kai Bellstedt einig.

Aus diesem Grunde wird die SPD-Kreistagsfraktion den Antrag in den Sozialausschuss des Kreises einbringen, sich mit dem Thema der Absicherung der medizinischen Versorgung im Kreis Plön zu befassen.

Voraussetzung für eine umfassende Beratung in den Gremien muss eine Datenerfassung sein, die u.a. die bisherige medizinische Versorgung und Verteilung im Kreisgebiet widerspiegelt. Sie muss Auskunft über die Altersstruktur der Ärzte geben und die Bedarfsplanung der kassenärztlichen Vereinigung der tatsächlichen Gegebenheit und der Erfordernis für die Zukunft gegenüberstellen.

„Auf dieser Grundlage können dann Gespräche mit Vertretern aus den Kommunen, der Ärzteschaft, der KVSH, usw. geführt werden, um für unsere Bürger und Bürgerinnen zu Patientensorientierten Lösungen zu kommen, die auch in Zukunft eine wohnortnahe und ausreichende medizinische Versorgung gewährleisten“, so Helga Hohnheit und Kai Bellstedt abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 22.02.2011, 16:23 Uhr - 1598 Clicks - Nr. 193

Einigung beim SGB II ist Erleichterung für die Stadt!

Zu der angekündigten Einigung zwischen Bund und Ländern über die SGB II-Neuregelungen erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung sehen in der von Bund und Ländern vereinbarten schrittweisen Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund eine Forderung aller Kieler Ratsparteien aus dem Jahr 2007 (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP) erfüllt.

Durch die schrittweise Übernahme von Sozialausgaben wird der Kieler Stadthaushalt von Ausgaben entlastet werden, deren Entstehung nicht kommunal begründet ist und die diesen bisher belasten.

Die Landeshauptstadt Kiel muss nun im Interesse der Kinder alles daran setzen, das vereinbarte Bildungs- und Teilhabepaket so unbürokratisch und schnell wie möglich im Rahmen der regionalen Bildungsplanung umzusetzen. Dabei werden wir Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) unterstützen. Vor allem sollen gut funktionierende und bewährte Kieler Strukturen dabei genutzt werden - das wird die Sache beschleunigen.

Auch die Vereinbarung von Mindestlöhnen für weitere Branchen wird die Kommunen entlasten, wenn damit wettbewerbsverzerrende Lohnersatzsubventionierungen abgebaut werden können.“

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 22.02.2011, 17:09 Uhr - 16560 Clicks - Nr. 194

SPD-MdB Sönke Rix in Hohn: Das NUZ muss erhalten bleiben

Gemeinsam mit dem Kreistagsabgeordneten Ulrich Kaminski (SPD) und Vertretern der SPD in Hohn besuchte der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix das Natur- und Umweltschutzzentrum Hohner See (NUZ), um sich dort über die Arbeit des Trägervereins und den Stand des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) zu erkundigen.



"Das Natur- und Umweltschutzzentrum ist eine tolle Einrichtung. Hier können Schulen und Kindertagesstättengruppen den Biologieunterricht ganz praktisch gestalten."

Problematisch ist es für den Trägerverein, dass die zwei FÖJ-Stellen weggefallen sind. Das FÖJ gibt jungen Menschen die Gelegenheit ein Jahr lang bei einer Einrichtung im ökologischen Bereich zu arbeiten. Rix kritisierte die Kürzungen des Landes bei der Finanzierung von FÖJ-Stellen. "Damit schadet die Landesregierung der Natur Schleswig-Holsteins."

Um den Verein zu erhalten, regte Rix eine Zusammenarbeit mit Trägern von Sozialarbeit bzw. Eingliederungshilfen an, zum Beispiel mit der Diakonie. "Die Zusammenarbeit mit behinderten Menschen kann für beide Seiten ein wichtige Bereicherung sein. Sie kann helfen, das NUZ zu erhalten und gleichzeitig behinderte Menschen integrieren." Rix regte außerdem eine Zusammenarbeit mit dem BUND (Bund für Umweltschutz und Naturschutz) oder dem NABU (Naturschutzbund) an. Auf diese Weise könnten eventuell weitere Fördermittel genutzt werden. Auch eine mögliche Vernetzung mit anderen Vereinen im Kreis könne helfen, die Arbeit vor Ort zu stärken.

Beim anschließenden Besuch im Hohner KfZ-Betrieb Johannsen im Gewerbegebiet zeigte sich Rix bei der Führung durch den Betriebsinhaber Marco Johannsen beeindruckt: "Es freut mich besonders, dass dieser Betrieb auch ausbildet. Die Ausbildung junger Fachkräfte ist zentral für die Zukunft."

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 22.02.2011, 20:36 Uhr - 6093 Clicks - Nr. 195

Jugendliche Intensivtäter und die Tücken der Statistik

Von Dr. Kai Dolgner, Landtagsabgeordneter

Als Vorsitzender des Arbeitskreises Innen- und Recht gehört natürlich auch die Kriminalität zu meinen Aufgabenbereichen. Im sogenannten Sicherheitsbericht für den Landtag wird diese umfassend dargestellt. Auch



im Rendsburger Raum spielen in der Debatte die jungen Intensivtäter eine wichtige Rolle.

Intensivtäter ist laut Sicherheitsbericht, wer in den letzten 12 Monaten fünf oder mehr Straftaten begangen hat. Sie werden für Zweidrittel aller Straftaten dieser Altersgruppe verantwortlich gemacht. Deshalb war für alle erschreckend, dass sich laut Sicherheitsbericht die Zahl der Intensivtäter seit 2004 auf 945 versechsfacht haben soll. Solche Steigerungen werden natürlich gerne von den Medien aufgegriffen und viele Bürgerinnen und Bürger würden dieses vermutlich aus ihrem eigenen Erleben oder Empfinden bestätigen. Merkwürdig ist nur, dass laut des gleichen Berichtes die Jugendkriminalität sogar etwas abgenommen hat.

Noch kurioser wird es, wenn man sich die regionalen Unterschiede anschaut. So soll es, trotz vergleichbarer Größe und ähnlicher sozialen Strukturen in Lübeck dreimal so viele Intensivtäter geben wie in Kiel. Was wären die Ursachen dafür? Ist kindlicher Marzipankonsum ein Risikofaktor für eine spätere kriminelle Karriere? Erst eine intensive Nachfrage meinerseits im Ausschuss brachte es ans Licht. Die Polizeivertreter mussten im Ausschuss einräumen, dass die Art der Erfassung in Lübeck und Kiel unterschiedlich ist, obwohl sie sich auf dieselbe Anordnung des Ministeriums beziehen. Auch die Definition mit den fünf Straftaten ist mehr als fragwürdig: So kann zum Beispiel schon der massiv vermehrte Einsatz von Fahrkartenkontrolleuren die erfasste Kriminalitätsrate von Jugendlichen steigern, obwohl die Schwarzfahrten real in einem solchen Fall eher zurückgehen dürften.

In Niedersachsen wird eine viel nachvollziehbarere Statistik geführt. Hier sind nur 92 junge Intensivtäter registriert, denn dort wird auch die Schwere der Straftaten berücksichtigt und man beschäftigt sich intensiv mit dem Profil der einzelnen Täter. Es ist anzunehmen, dass wir es auch in Schleswig-Holstein eher mit einer relativ konstanten Zahl von ca. 50 Intensivtätern zu tun haben. Statt aber mit zweifelhaften Statistiken zu operieren, die viele zu hohe Zahlen und Anstiege enthalten und damit die Ängste weiter schüren, sollten wir uns eher darauf konzentrieren, wie wir mit den echten Intensivtätern umgehen und wie wir verhindern, dass Jugendliche überhaupt zu Intensivtätern werden.

Zum Abschluss noch die positive Botschaft: Die Jugend wird mitnichten immer krimineller. Insgesamt neigen die heutigen Jugendlichen sogar weniger zu kriminellen Verhaltensweisen wie vor zehn Jahren.

Dr. Kai Dolgner ist Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Rendsburg und zudem SPD-Fraktionsvorsitzender im Kreistag Rendsburg-Eckernförde. Dolgner ist promovierter Chemiker und wohnt mit seiner Frau in Osterrönfeld.

Infos zur SPD-Landtagsfraktion gibt es unter www.spd.ltsh.de.

--

Keine Kommentare

**Multifunktionale, nachhaltige und flächendeckende Landwirtschaft erhalten
SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust spricht vor dem Verein
ehemaliger Fachschüler in Bredstedt und trifft Vertreter der
Landwirtschaft in Nordschleswig**

Die an Landwirte ausbezahlten EU-Gelder werden unter ökologischen Gesichtspunkten neu ausgerichtet werden. Davon hat sich die schleswig-holsteinischen SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust am Dienstag im Grünen Zentrum Bredstedt überzeugt gezeigt. Auf Einladung des Vereins ehemaliger Fachschüler (VLF) gab die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten einen Überblick über den aktuellen Beratungsstand zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Vorstellungen der sozialdemokratischen Fraktion des EU-Parlaments zu diesem Thema.



Rodust machte deutlich, dass sie die Mitte November in Brüssel vorgelegten Vorstellungen der Kommission, die Förderung von Klimaschutz und Biodiversität stärker in den Verteilungsfokus zu rücken für sinnvoll hält: „EU-Kommissar Ciolos hat mit seinem Papier wesentliche Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion aufgegriffen.“

Die Kommissionsvorstellungen tendierten in eine ähnliche Richtung wie das Modell für die Direktzahlungen der Sozialdemokraten: „Wir wollen neben einem Grundbetrag, der an ökologische und soziale Kriterien gekoppelt sein muss, zusätzlich Zahlungen für bestimmte Umweltdienstleistungen“, so Rodust. Eine Agrarpolitik, die gleichermaßen sowohl auf die verlässliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Agrarprodukten ausgerichtet sei, als auch auf ein nachhaltiges Wachstum, benötige allerdings eine ausreichende finanzielle Grundlage, erklärte Rodust, die hier noch entsprechende Signale auch seitens der Agrarminister vermisst.

Im Anschluss an die Veranstaltung in Bredstedt wurde Rodust zu Gesprächen mit Vertretern der Landwirtschaft in Nordschleswig erwartet. Rodust, die einer Einladung des Hauptvorsitzenden des Bundes Deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen, folgte, wollte sich bei ihrem Besuch über die landwirtschaftlichen Strukturen in Dänemark informieren. Neben dem Besuch der Meierei Naturmælk in Tinglev standen Gespräche mit der Geschäftsführung des Landwirtschaftlichen Hauptvereins für Nordschleswig (LHN) auf dem Programm. Am Abend wurde Rodust zur Generalversammlung des LHN erwartet.

Keine Kommentare

Projektgesellschaft Kiel-Gaarden ist Entwicklungschance!

Zur Gründung der Projektgesellschaft Kiel-Gaarden erklären der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Hans-Werner Tovar, der wirtschaftspolitische Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung gründen die Projektgesellschaft Kiel-Gaarden GmbH und setzen damit eine der Entwicklungschancen für den Stadtteil Gaarden um, die Oberbürgermeister Torsten Albig (SPD) in seiner Rede vor der Ratsversammlung am 17.02.2011 beschrieben hat. Wir stärken damit das örtliche Gewerbe und fördern gemeinsam mit dem Land die Wirtschafts-, Sozial- und Quartiersentwicklung. Mit fast einer Viertel Million Euro unterstützen wir die Bestandspflege, die überörtliche Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Gaarden, Existenzgründungen, Betriebsansiedlungen und die Verankerung der Kreativ- und Kulturwirtschaft. Das ist konkrete Hilfe für Wirtschaftspolitik.“

Keine Kommentare

[SPD-Süderbrarup](#) - veröffentlicht am 23.02.2011, 21:05 Uhr - 2872 Clicks - Nr. 198

Ortsverein Süderbrarup Online

Der Ortsverein Süderbraup blickt auf ein Bestehen über 100 Jahre zurück und hat sich entschlossen, ab sofort dieses mit einem Internet Auftritt zu dokumentieren.

Auf der Jahreshauptversammlung am 21. Februar 2011 im Ortsverein Süderbrarup wurde neben den turnusgemäßen Wahlen beschlossen, dass es wichtig sei, ihre Aktivitäten im spd-net-sh zu präsentieren.

Ab sofort haben die Mitglieder die Möglichkeit, sich auf den Seiten des OV über Aktivitäten und über die Entstehungsgeschichte des OV zu informieren.

Wir danken dem Haupt-Admin-Team, hier besonders an Carsten Schröder, für den schnellen Internetzugang!

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 23.02.2011, 21:45 Uhr - 18164 Clicks - Nr. 199

„Gleicher Lohn für Leiharbeit muss kommen!“

SPD ruft zur Beteiligung an DGB-Aktionstag auf

„Die SPD im Kreis Pinneberg solidarisiert sich mit den Gewerkschaften und ihrem Eintreten gegen Lohndumping und für faire Bezahlung“, Mit diesen Worten hat der Pinneberger SPD-Kreisvorsitzende Hans-Helmut Birke jetzt zur Beteiligung am DGB-Aktionstag „Arbeit – sicher und fair!“ am 24. Februar aufgerufen.

„Während für viele Unternehmen die Wirtschaftskrise schon wieder überstanden ist, sieht die Welt auf der Arbeitnehmerseite leider noch ganz anders aus“, erklärt Birke. „Ein großer Teil der Neueinstellungen ist in den vergangenen Monaten nur befristet oder auf Leiharbeitsbasis erfolgt. Für die betroffenen Mitarbeiter heißt das häufig Verzicht auf den großen Teil des Lohns und

anhaltende Arbeitsplatz-Unsicherheit.“ Die Forderung nach gleicher Bezahlung von Stamm- und Leih-Belegschaft bleibe daher ein zentrales Anliegen.

Scharf ins Gericht geht die Kreis-SPD in diesem Zusammenhang auch mit der schwarz-gelben Bundesregierung. „Die Regierung hätte jetzt bei den Berliner Regelsatz-Verhandlungen die Möglichkeit gehabt, für diesen Bereich gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu beschließen und damit eine ordentliche und gerechte Lösung zu vereinbaren. Stattdessen blockieren Union und FDP weiter. Wir hoffen deshalb, dass von den Aktionen am Donnerstag ein deutliche Signal nach Berlin ausgehen wird!“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 24.02.2011, 08:56 Uhr - 1576 Clicks - Nr. 200

Zum Energiekonzept

Der energiepolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Wagner, der energiepolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, sowie Ratsfrau Antje Danker, SSW, erklären zur aktuellen Diskussion um das Energiekonzept für die Landeshauptstadt Kiel:

„Das Energiekonzept befindet sich noch in der Anhörung der gesellschaftlichen Gruppen. Diese müssen wir einbinden, wenn in Kiel ein ambitioniertes Energiesparprogramm für Strom und Wärme umgesetzt werden soll. Wir freuen uns, dass die CDU-Ratsfraktion sich um den Neubau eines hocheffizienten GuD-Kraftwerks sorgt. Endlich haben die Schwarzen gemerkt, dass sie mit dem Einsatz für eine neues Kohlekraftwerk in der Sackgasse gelandet sind.“

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 24.02.2011, 12:30 Uhr - 17862 Clicks - Nr. 201

SPD-MdB Sönke Rix zum Bundesfreiwilligendienst: Keine Doppelstrukturen!

Die Bundesregierung hat beschlossen, die Wehrpflicht und damit auch den Zivildienst auszusetzen. Es wird auf absehbare Zeit keinen Pflichtdienst mehr geben. Im Grundsatz finde ich diese Entscheidung gut, nicht zuletzt weil ein Pflichtdienst und damit die Vergeudung von wertvoller Zeit heute kaum noch zu rechtfertigen ist, wo es doch zunehmend darum geht, schnell und gut Schule und Studium oder Berufsausbildung abzuschließen, um möglichst früh auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.



Anders sieht es aus, wenn soziales, ökologisches, kulturelles Engagement freiwillig stattfindet. Das hat sich auch die Bundesregierung überlegt und bietet nun für den wegfallenden Zivildienst einen sogenannten Bundesfreiwilligendienst an, der sich an Männer und Frauen aller Altersklassen richten soll. Der Gesetzentwurf wird in dieser Woche in den Bundestag eingebracht.

Ich habe diese Planungen von Anfang an kritisch gesehen. Ministerin Schröder schafft damit einen neuen Freiwilligendienst, obwohl es mit dem freiwilligen sozialen Jahr (FSJ) und dem freiwilligen ökologischen Jahr (FÖJ) schon sehr erfolgreiche Modelle gibt. Unnötige Doppelstrukturen sind die Folge.

Der Gesetzentwurf lässt zudem viele Fragen offen. So ist z.B. unklar, wie junge und ältere Menschen gemeinsam pädagogisch begleitet werden sollen oder warum es im Bundesfreiwilligendienst keinen Kindergeldanspruch gibt, in anderen Jugendfreiwilligendiensten dagegen schon. Das sind Fragen und Probleme, die wir im parlamentarischen Verfahren angehen müssen. Leider bleibt uns dafür nicht viel Zeit. Denn der Bundesfreiwilligendienst soll bereits zum 1. Juli 2011 geltendes Recht sein. Ich meine: Diese Frist ist viel zu kurz, um einen Systemwechsel durchzuführen! Schwarz-Gelb hat es versäumt, eine breite gesellschaftliche Debatte darüber zu führen und ein Gesamtkonzept vorzulegen, wie es nach dem Zivildienst und dem Wehrdienst weitergehen soll.

Wir hätten den Umbruch dazu nutzen müssen, darüber zu diskutieren, wie wir die Arbeitsbereiche, in denen Zivildienstleistende zum Einsatz kamen, in Zukunft organisieren wollen. Wir alle wissen: „Zivis“ haben wertvolle Arbeit geleistet, teilweise große Verantwortung getragen und bisweilen komplette Arbeitsplätze ausgefüllt. Das können Freiwillige nicht leisten, sondern hier müssen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden. Daneben sollten wir FSJ und FÖJ ausbauen, die zusätzliche Leistungen erbringen können, die nicht zur Grund-Versorgung gehören.

Mit einem neuen Freiwilligendienst als Anschlusslösung für einen wegfallenden Pflichtdienst macht es sich die Bundesregierung zu einfach. Nach vielen Gesprächen, die ich in den letzten Wochen geführt habe, bin ich mir sicher: Das wird auch die Expertenanhörung am 14. März ergeben.

Erschienen als "Bericht aus Berlin" in der "Eckernförder Zeitung" vom 23.02.2011

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 24.02.2011, 14:15 Uhr - 5835 Clicks - Nr. 202

Erst das beschlossene CCS-Gesetz schafft ein Vetorecht

Zur Berichterstattung über die Ergebnisse des heutigen Treffens von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen mit Bundesumweltminister Norbert Röttgen zum CCS-Gesetzentwurf sagt der energiepolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Olaf Schulze:



"Wir wollen keine CO₂-Lagerung unter unserem Land oder im Wattenmeer. Dafür brauchen wir nach den interfraktionellen Beschlüssen des Landtages ein klares Vetorecht in dem nach EU-Vorgaben bis zum Sommer zu beschließenden CCS-Gesetz.

Schon mehrfach hat sich Ministerpräsident Carstensen auf entsprechende Zusagen aus Berlin oder vor Ort von Minister Röttgen verlassen – Ergebnis bis heute: Fehlanzeige.

Sollte es diesmal anders sein, freuen wir uns. Entscheidend wird aber der vom Bundestag voraussichtlich im März zu beratende CCS-Gesetzestext sein, der noch von Experten entsprechend ausformuliert werden wird. Ob diese Formulierung dann tatsächlich ein klares Vetorecht gegen die Einlagerung von CO₂ in den Ländern ist, ist für mich noch offen."

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 24.02.2011, 14:19 Uhr - 6257 Clicks - Nr. 203

Olaf Schulze: Keinen Wettbewerb über Subventionen!

"Über einzelbetriebliche Förderung und ihre Folgen haben wir hier im Landtag und in den Ausschüssen bereits oft gesprochen, und, das werden Sie erinnern, auch oft kontrovers. Daher könnten wir, was Sie sicherlich nicht wundern wird, dem Antrag der CDU und FDP gern zustimmen: Wir sind gegen einzelbetriebliche Förderung, weil wir meinen, dass das die falsche Art der Förderung ist, weil sie falsche Anreize setzt und weil sie den Wettbewerb verzerrt.



Das ist schon innerhalb eines Bundeslandes schlimm genug. Wenn es aber in die Grenzbereiche kommt, in denen ein Bundesland hoch fördert und ein anderes nicht, fällt es auch steuerlich stark ins Gewicht.

Als Lauenburger Abgeordneter habe ich mit dem Problem des Wettbewerbs zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern oft zu tun. Und schon bevor ich in den Landtag gewählt wurde, im August 2004, gab es hier einen einstimmigen Beschluss zum fairen Förderwettbewerb, mit dem sich dieses Haus für eine Einschränkung der Förderungen eingesetzt hat. Seinerzeit war es aufgrund der hohen Förderung, die Mecklenburg-Vorpommern aus EU-Mitteln gewähren durfte, mehrfach zu Abwerbungen von Unternehmen gekommen, ohne dass auch nur ein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen wurde.

„Im Bereich der Wirtschaftspolitik“, sagte mein Fraktionsvorsitzender Dr. Ralf Stegner in der Haushaltsdebatte vor zwei Monaten, „wollen wir die Subventionierung von Unternehmen durch einzelbetriebliche Förderung abschaffen. Die Subventionierung von Unternehmen gefährdet nämlich mehr Arbeitsplätze, als damit an anderer Stelle gesichert werden.“

Wenn Sie durchsetzen können, dass andere Bundesländer da mitziehen und wir endlich dieses Instrument abbauen können, das wirtschaftspolitisch, arbeitsmarktpolitisch, verkehrspolitisch und sozialpolitisch völlig falsche Anreize setzt, haben Sie uns auf Ihrer Seite. Wir wollen auch angesichts der Arbeitnehmerfreizügigkeit, in der wir auch Chancen sehen, nicht in eine weitere Spirale des Förderwettbewerbs eintreten.

Ich möchte noch kurz darauf eingehen, was wir stattdessen wollen: Die SPD setzt auf Infrastruktur-Förderung. Wir sind überzeugt, dass Unternehmen davon profitieren, wenn wir den Rahmen für die Wirtschaft fair, modern und transparent gestalten.

- Wir wollen Wettbewerb über die Qualität und nicht über Lohndumping, das letztlich durch staatliche Subventionen an die unterbezahlten Beschäftigten ausgeglichen wird.
- Wir wollen im Bund eine Ausweitung des Arbeitnehmerentende-Gesetzes und gesetzliche Mindestlöhne und wir wollen im Land ein tragfähiges Tariftreuegesetz, das wirklich greift. Das wollen übrigens auch große Teile der schleswig-holsteinischen Wirtschaft.
- Wir wollen auch für die kleineren Unternehmen im ländlichen Raum Zugang zu modernen Verkehrswegen, Telekommunikation und zukunftsfähiger Energie statt Einzelförderung nach Gutsherrenart.
- Wir wollen kein Förder-Dumping, sondern wir wollen Wettbewerb mit anderen Bundesländern, bei dem es fair zugeht, sei es bei der gewerblichen Wirtschaft, bei der Innovationsforschung an Hochschulen, bei der Gesundheitswirtschaft oder im Agrarbereich.

Wir meinen: Mit einem transparenten Förder-System, das für unsere innovativen schleswig-holsteinischen Unternehmen gute Rahmenbedingungen schafft, sind wir gut bedient. Ein Förderwettbewerb, bei dem es darum geht, wer am meisten Geld hinein gibt, ruiniert alle Beteiligten auf mittlere Sicht und schadet Wirtschaft und Beschäftigten.

Deshalb stimmen wir dem Antrag von CDU und FDP zu."

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Rede von Olaf Schulze, MdL, TOP 31, Subventionswettlauf der Bundesländer bei der einzelbetrieblichen Investitionsförderung beenden (Drucksache 17/1787)

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 24.02.2011, 17:27 Uhr - 16791 Clicks - Nr. 204

Den solidarischen Föderalismus stärken!

In der Landtagsdebatte zum Länderfinanzausgleich führte Birgit Herdejürgen aus:

Zu Beginn möchte ich feststellen, dass es bei den Themen, die wir hier zusammengefasst beraten, offenbar keine erheblichen Differenzen gibt. Es ist gut und richtig, dass wir uns frühzeitig mit dem Länderfinanzausgleich beschäftigen und dass wir uns auf eine Position Schleswig-Holsteins verständigen.

Die Diskussion wird vermutlich sowieso weniger von Parteiinteressen geprägt, als vielmehr durch die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Länder.

Gleichzeitig gilt in diesem Zusammenhang aber auch: Vorsicht an



der Bahnsteigkante. Die kommenden Verhandlungen werden mit Blick auf 2019 geführt, werden also frühestens vermutlich ab 2016 begonnen. Ich glaube, dass wir gerade vor dem Hintergrund der Diskussion, die von den Geberländern aktuell angestoßen wurde, aufpassen müssen, dass wir uns mit allzu frühzeitigen Festlegungen nicht selbst ins Knie schießen. Ich schätze die Gefahr, dass bei den Verhandlungen **eher ein Weniger als ein Mehr für Schleswig-Holstein** herauskommt als relativ groß ein.

Was die Diskussion einerseits interessant, auf der anderen Seite aber so schwierig macht: Es geht um weit mehr als um Vereinbarungen zu Finanzströmen. Der Länderfinanzausgleich wird von einigen Prinzipien getragen. Sowohl in der ersten als auch in der zweiten Föderalismuskommission wurde das grundsätzliche **Bekenntnis zur Solidarität zwischen den Ländern** abgegeben.

Dieser Solidaritätsgedanke findet seinen Ausdruck im horizontalen Ausgleich zwischen den Ländern. Aber diese grundsätzliche Einigkeit wird dort zum wackligen Konstrukt, wo Geberländer sich dauerhaft als Verlierer sehen. Eine Diskussion über eine Abkehr von der horizontalen zu einer stärker vertikalen Verteilung kann auch eine Verabschiedung von diesem solidarischen Grundprinzip des Föderalismus bedeuten. Deshalb würde ich eine interne Behandlung vorziehen und dies nicht jetzt schon als Auftrag an die Regierung formulieren.

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Herstellung **gleichwertiger Lebensverhältnisse**, wie sie im Grundgesetz, Artikel 72, vorgesehen sind, und die bereits eine deutlich flexiblere Formulierung gegenüber der bis 1994 geltenden „Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ darstellt. Es geht eben nicht um Gleichheit, sondern um die angemessene Berücksichtigung unterschiedlicher Lebensbedingungen in Deutschland. Das klingt theoretisch erst einmal gut und plausibel. Dies dann aber faktisch in eine Finanzpolitik umzusetzen, die von allen Ländern als gerecht empfunden wird, ist sicherlich ein hartes Stück Arbeit.

Zum Thema Gerechtigkeit noch eins: Ich habe mich heute Morgen schon ein wenig gewundert: Die Herstellung sozialer und regionaler Gerechtigkeit und das Empfinden von Gerechtigkeit ist doch einer der zentralen **Grundpfeiler für den Fortbestand unserer Demokratie**. Herr von Boetticher hat dies heute Morgen dem Sinne nach als alten und zuviel beschworenen Zopf der Sozialdemokratie bezeichnet. Danke, Herr von Boetticher. Das ist wirklich selbstentlarvend.

Bevor 2019 die Vereinbarungen zum Solidarpakt II wegfallen, wird sich die Frage der gegenseitigen Unterstützung und Solidarität ganz neu stellen, und ich bin gespannt, ob Schleswig-Holstein in einigen Jahren immer noch in einer Minderheitenposition ist mit der **Forderung nach einer gerechten Altschuldenlösung**. Wir waren uns hier im Haus einig darüber, dass die möglichst weitgehende Entlastung aller Länder von ihren Altschulden sowie der damit verbundenen Aufwendungen für Zinsen und Tilgung wesentliche Grundlage für fairen Wettbewerb ist. Wir konnten uns, das ist bekannt, mit unseren Vorstellungen für einen Altschuldenfonds aller Länder nicht durchsetzen, halten diesen aber nach wie vor für richtig und notwendig.

Was die Finanzierung betrifft, hatten wir uns dafür ausgesprochen, dass die Länder sich entsprechend ihrem Anteil an den eingebrachten Schulden beteiligen, und darüber hinaus für einen

Zuschuss aus frei werdenden Solidarpaktmitteln.

Man kann und sollte auch über weitere Verbesserungen sprechen, wenn sie den solidarischen Föderalismus stärken. Solidarischer Föderalismus wird funktionieren, wenn es fairen Wettbewerb zwischen den Ländern gibt, und dafür brauchen wir eine Altschuldenregelung, die für alle die gleichen Voraussetzungen schafft.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 24.02.2011, 17:33 Uhr - 1767 Clicks - Nr. 205

Markenbildungsprozess

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Hans-Werner Tovar, der wirtschaftspolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, sowie Antje Danker (SSW) erklären zum gestrigen (23.2.2011) Beschluss des Wirtschaftsausschusses, einen Markenbildungsprozess durchzuführen:

„Wir freuen uns, dass der Markenbildungsprozess einstimmig im Wirtschaftsausschuss mitgetragen wurde.

Die im Wirtschaftsausschuss vorgestellte Präsentation zeigt, wie gut wir in Kiel im Vergleich zu anderen Regionen aufgestellt sind. Im Ranking, was die Bekanntheit und Beliebtheit Kiels angeht, liegen wir im Verhältnis zur Größe der Landeshauptstadt Kiel ganz weit vorn.

Es zeigt sich aber auch, wo wir noch Probleme haben: Bisher ist es uns nicht gelungen, alle relevanten Gruppen in Kiel für eine gemeinsame Vermarktung zu gewinnen. Das wollen wir nun ändern. Dazu ist ein offener Prozess vonnöten, in dem auch deutlich gemacht werden muss, welches Ziel wir mit einem Standortmarketing aus einem Guss verfolgen. Wir betreiben Standortmarketing vor allem, um in der Wahrnehmung von Menschen und Unternehmen attraktiver zu werden, die bisher nicht in Kiel leben, arbeiten oder Urlaub machen. Standortmarketing ist also keine Nabelschau einzelner Akteure, sondern dient der Zukunftsfähigkeit der gesamten Region. Deshalb muss auch die Wahrnehmung von Nicht-Kielern der entscheidende Maßstab sein, wie die zukünftige Marke Kiels aussehen soll.

Die Marke KIEL.SAILING CITY scheint für die Außenwirkung sehr gut geeignet zu sein. Wir sollten sie nicht ohne Not ändern. Gleichzeitig gilt: wenn die durchzuführenden Befragungen einen anderen Kieler Markenkern ergeben, so sollten wir das auch konsequent umsetzen. In jedem Fall ist eine Markendehnung erforderlich – die empfundene Konzentration der Marke KIEL.SAILING CITY auf Segeln und Spaßveranstaltungen ist sicherlich kontraproduktiv.

Am Ende können nur alle davon profitieren, wenn es uns gelingt, Standortmarketing aus einem Guss zu betreiben: sowohl die Wirtschaft, die Hochschulen mit Wissenschaft und Forschung, die Kultur, die ganze Region. Dafür wollen wir alles Erforderliche tun.“

Keine Kommentare

Den CCS-Wahnsinn stoppen!

Seit zwei Jahren hängt ein Damokles-Schwert über Schleswig-Holstein. Die zu Anfang als Heilsbringer für den Klimaschutz dargestellte CCS-Technik steht inzwischen als das da, was sie wirklich sein soll: Ein grüner Tarnmantel für weitere Kohlekraftwerke und damit Antriebsfeder für den Klimawandel.



In der Sache besteht inzwischen in Schleswig-Holstein interfraktionell Einigkeit über die CO₂-Einlagerung:

Keiner will eine hunderte von Kilometern lange Pipeline aus dem Ruhrgebiet nach Schleswig-Holstein und die risikoreiche dauerhafte Einlagerung unter unserem Land oder dem Wattenmeer.

Unterschiede gibt es allerdings in der Motivation für die Absage an die CCS-Technik. Während unsere Fraktion bereits frühzeitig die CCS-Technik insgesamt als unnötig und gefährlich beurteilt hat, haben die Regierungsfractionen nur unter dem Druck der Bevölkerung und angesichts bevorstehender Wahlen der CO₂-Lagerung bei uns entsagt. Diese halbherzige Motivation ist wohl auch der Grund, warum zum zweiten Mal ein CCS-Gesetz in Berlin erstellt wurde, das nicht das versprochene klare Vetorecht der Länder enthält. Fernab aller juristischen Auslegungsversuche: Über den Ausschluss der CO₂-Verpressung und -Lagerung in einzelnen Bundesländern besteht immer noch keine Rechtssicherheit.

Ob die mit Jubelstürmen von der CDU begleiteten Ergebnisse des Treffens am Montag von Ministerpräsident Carstensen und Minister Röttgen wirklich den Durchbruch geschaffen haben, werden wir erst beurteilen können, wenn ein vom Bundestag beschlossenes Gesetz vorliegt. Solange habe ich Zweifel an der Belastbarkeit von Zusagen aus Berlin zum Vetorecht für Schleswig-Holstein bei der CO₂-Lagerung hier.

Die Hinhaltenaktik der Bundesregierung ist unerträglich und das angebliche Einwirken der Landesregierung auf ihre Parteifreunde im Bund unglaublich – jedenfalls ist es bisher nicht von Erfolg gekrönt. Wir brauchen nicht ständig neue Wasserstandsmeldungen über den Stand und die Inhalte eines CCS-Gesetzes mit oder ohne Vetorecht der Länder bei der CO₂-Speicherung unter ihrem Gebiet. Der Entscheidungsprozess über die Zukunft der CCS-Technologie in Deutschland darf nicht nach dem bisherigen Schema der schwarz-gelben Bundesregierung mit Hinterzimmer-Beschlüssen und geheimen Gutachten ablaufen.

Neben der zentralen Frage des Vetorechts der Länder bei den CO₂-Einlagerungen dürfen wir nicht vergessen: Ein CCS-Gesetz wird und muss aufgrund der europäischen Rahmenrichtlinie, die bis zum Sommer umgesetzt werden muss, kommen. Hier müssen klare Antworten auf die Fragen gegeben werden:

Welche Schritte folgen nun vor Ort und wie werden die Bürgerinnen und Bürger daran beteiligt? Was sind die Risiken, die Kosten und wie steht es um die Haftungsfragen? Wir brauchen im

weiteren Verfahren absolute Transparenz.

Zu den Kosten haben wir immerhin eine erste Einschätzung durch den CCS-Gesetzentwurf:

- Kosten Länder: ca. 5 Mio. € jährlich
- Mehrkosten für CCS am Kraftwerk: 500 – 800 Mio. € je Kraftwerk
- Gebühren für Planfeststellung je Vorhaben ca. 2 Mio
- Bürokratiekosten für Unternehmen pro Vorhaben 10 Mio. €

Schon das Kostenargument müsste einleuchten: Vorteile von CCS in vielleicht 20 Jahren sind ungewiss, sicher sind nur Kosten in Höhe von vielen Millionen Euro. Dieses Geld fehlt der Forschung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien, die sicher sind, von der Mehrheit der Bevölkerung getragen werden und bald schon Kohle- und Atomstrom sowieso ersetzen können.

Olaf Schulze, MdL

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 25.02.2011, 11:17 Uhr - 17696 Clicks - Nr. 207

Verkauf der Regio-Kliniken wird zum finanziellen Desaster für den Kreis

Der Verkauf der Regio-Kliniken des Kreises an den SANA-Konzern entwickelt sich zunehmend für den Kreis als ein finanzielles „Fass ohne Boden“.

Für die Jahre 2011 und 2012 wird der Kreis knapp 1,7 MillionenEuro an den Kommunalenschadensausgleich (KSA) überweisen müssen, so die Kalkulation der Verwaltung für den Doppelhaushalt 2011 und 2012.

„Mit dieser Zahlung“ – so der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Hannes Birke – „ist der Kreis nicht aus seiner finanziellen Verpflichtung entlassen“. Da sich der KSA durch ein Umlagesystem aller Versicherten finanziert, wird der Kreis für die Zeit seiner Mitgliedschaft für eingetretene Schadensfälle an den Kosten beteiligt. Die können sich nach Meinung von Experten im Laufe der nächsten Jahre auf rund 10,0 Millionen Euro summieren, so Birke.



Verantwortlich für diese Entwicklung macht der SPD Fraktionsvorsitzende Ex-Landrat Dr. Grimme und die Fraktionen von CDU und FDP im Kreis. Grimme habe – so Birke – die Folgen für den Kreis bei Vertragsabschluss verharmlost und CDU und FDP hätten ohne gründliche Prüfung dem Vertrag zugestimmt.

Den Antrag seiner Fraktion, den Verkauf der Regio-Kliniken zurückzustellen und mindestens die Prüfung des Landesrechnungshofes abzuwarten, lehnte die schwarz-gelbe Mehrheit ab. Für Birke tragen CDU und FDP die politische Verantwortung für dieses finanzielle Desaster und sind

Verursacher, dass ein Teil der katastrophalen Finanzkrise des Kreises von ihnen hausgemacht wurde.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 25.02.2011, 11:43 Uhr - 5890 Clicks - Nr. 208

Familienfreundlichkeit der schleswig-holsteinischen Hochschulen

Zur Antwort der Landesregierung auf seine Kleine Anfrage über die Familienfreundlichkeit der schleswig-holsteinischen Hochschulen (Drucksache 17/1283) erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



Es gibt viele Maßnahmen, mit denen die Hochschulen dazu beitragen können, für ihre Studierenden, aber auch für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Kinder haben, Studium bzw. Berufstätigkeit und Elternschaft zu erleichtern.

Auf der anderen Seite wird nicht ein einziges der zwanzig Kriterien, die ich abgefragt habe, von allen Hochschulen erfüllt.

Recht gut sieht es aus bei einer campusnahen Kinderbetreuung, der Möglichkeit von Heimarbeit für Beschäftigte, der Verfügbarkeit von Still- und Wickelräumen, der Einrichtung der Mensen mit Kindermöbiliar und zentralen Anlaufstellen für studierende Eltern sowie den Möglichkeiten einer individuellen Studiengestaltung, die jeweils von der deutlichen Mehrheit der Hochschulen angeboten werden.

Flexible Betreuungsangebote fehlen hingegen weitgehend. In nur einem Drittel der Hochschulen können Babys unter einem Jahr oder Schulkinder während der Schulferien betreut werden. Das von der Politik immer wieder angemahnte Teilzeitstudium gibt es nur an einer einzigen Hochschule. Das entspricht nicht mehr den heutigen Realitäten. Wenn wir nicht öffentliche Ressourcen und die Lebenszeit junger Menschen vergeuden wollen, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, Familie und Studium besser in Einklang zu bringen.

Die Übersicht sollte bei den Gesprächen der Landesregierung mit den Hochschulen über die nächsten Zielvereinbarungen eine wichtige Grundlage sein.

Keine Kommentare

Olaf Schulze: Sicherheit und Ökologie müssen höchste Priorität erhalten

"Wir stehen als SPD zur Nutzung aller erneuerbarer Energien und damit auch zur Nutzung der Windkraft auf dem Meer. Die Offshore-Windkraft bietet ein unerschöpfliches Energiepotential mit starken und gleichzeitigen Windbedingungen. Lange Zeit herrschte jedoch Stillstand beim Bau von Offshore-Windparks, insbesondere vor den Küsten Schleswig-Holsteins.



Die Gründerstimmung der Menschen in unserem Land, die z.B. zur Idee des Bürgerwindparks Butendiek geführt hat, ist vorbei, die großen Energiekonzerne mit ihrer Finanzkraft haben die Führung übernommen. Dies ist unvermeidbar und logisch. Ich warte allerdings schon auf den Aufschrei, wenn über das EEG gewaltige Kosten für den Betrieb der Offshore-Windparks entstehen – zumindest ist dies zur Zeit ja bei den vergleichsweise kleinen, meist von Bürgerinnen und Bürgern betriebenen Biomasse- und Solaranlagen der Fall. Allerdings haben die nicht die Lobby der Energiekonzerne hinter sich.

Wir konnten uns beim Besuch des Wirtschaftsausschusses auf Helgoland über den Stand der Arbeiten am Hafen informieren, der als Hafen für Service- und Wartungsarbeiten für Offshore-Windparks in der Nordsee große Entwicklungspotentiale hat. So begrüße ich auch das vom Wirtschaftsausschuss geplante weitere Hearing mit wichtigen Akteuren der Offshore-Windenergiebranche.

In der Beratungsvorlage sprechen sich die Regierungsfractionen von CDU und FDP gegen die Inhalte des Antrages der Grünen zur nachhaltigen Entwicklung der Offshore-Windkraft aus. Dies ist angesichts der unbestritten erforderlichen weiteren ökologischen Begleitforschung im Hinblick auf die Vorgabe der bestmöglichen Technik für die Meeresumwelt und die dort lebenden Tiere unverständlich.

Auch wenn wir alle Offshore-Windparks wollen und unterstützen: Sicherheits- und Umweltbelange müssen oberste Priorität erhalten. Hier dürfen die Interessen der Umwelt- und Naturschutzverbände nicht als lästige Bremsen beim wirtschaftlichen Wachstum und der Energieproduktion verstanden werden. Gerade der Kompromiss bei der Kabelanbindung durch den Nationalpark Wattenmeer zeigt, wie wichtig die rechtzeitige Verständigung bei absehbaren Konflikten zwischen Klimaschutz und Naturschutz ist.

Durch die Bündelung der vorher geplanten 12 Kabelsysteme auf zwei Trassen auf nunmehr nur noch vier Kabel bei einer bei Büsum an Land führenden Trasse ist aus meiner Sicht eine gute Lösung gefunden worden, die den Ausbau und den Anschluss der Offshore-Windkraft ermöglicht und wirtschaftliche Impulse an der Westküste mit Milliarden Euro Investitionsvolumen gibt.

Die nachhaltige Entwicklung der Offshore-Windkraft braucht Leitplanken, um Ökologie, Ökonomie und auch die Sicherheit für Schiffe und Tiere ins Gleichgewicht zu bringen. Es ist schade, dass die Regierungsfractionen dies über den Antrag der Grünen nicht weiter verfolgen werden. Wir werden

das Thema aber sicher weiter intensiv in den Ausschüssen beraten. Dafür wünsche ich uns allen gute Ergebnisse."

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Olaf Schulze, MdL, TOP 38, Nachhaltige Entwicklung der Offshore-Windkraft (Drucksache 17/598 und 17/1077)

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 25.02.2011, 17:31 Uhr - 6127 Clicks - Nr. 210

Olaf Schulze: Land muss eigenen Beitrag zur Energiewende leisten

"Der gemeinsame Antrag der Oppositionsparteien und auch der Änderungsantrag der Regierungsfractionen greifen ein hier bereits mehrfach diskutiertes Thema auf: Wie kann das Land Schleswig-Holstein einen eigenen Beitrag zur unbestritten notwendigen Wende hin zu erneuerbaren Energien leisten und gleichzeitig die Möglichkeiten des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) finanziell nutzen?"



Wie es aktuell Tausende von Hauseigentümern im ganzen Land tun, kann auch das Land selber auf seinen Gebäuden – ich bin mir bewusst, dass nur dieses Hohe Haus formell im Eigentum des Landes steht – Dachflächen für Solar- und/oder Photovoltaikanlagen nutzen und so Kosten für Strom und Wärme sparen.

Der Grundgedanke beider Anträge ist überzeugend und richtig. Wir dürfen dabei allerdings die Haushaltslage des Landes (Solar- und Photovoltaikanlagen kosten erstmal viel Geld und bringen erst über Jahre finanzielle Vorteile) und den großenteils sanierungsbedürftigen Zustand der Landesgebäude nicht vergessen. Die GMSH schätzt alleine die Kosten für die energetische Sanierung der Landesliegenschaften auf über 1 Mrd. €. Insoweit habe ich auch Sympathie für das finanzielle Argument des Antrags von CDU und FDP.

Die finanziellen Probleme können aber vermieden werden, wenn auch Dachflächen zur Gewinnung von Solarstrom verpachtet werden oder wenn entsprechende Maßnahmen im Rahmen eines umfassenden Sanierungs- und Energiekonzeptes erfolgen. Hier bietet das Energiemanagement der GMSH bereits eine gute Grundlage, durch die die Kosten für Wärme und Strom in Höhe von etwa 28 Mio. € im Jahr 2009 schrittweise gesenkt werden könnten. Wichtige Maßnahmen sind daher:

- Aufzeigen investiver Energieeinsparpotenziale
- investive Energiesparmaßnahmen in Kopplung mit der Instandhaltung
- Erarbeitung von Konzepten zur Energieeinsparung.

Wenn wir dies tun: Energie möglichst einsparen, effektiver die dann erforderliche Energie einsetzen

und dabei möglichst bald nur noch erneuerbare Energie einsetzen, folgen wir den Grundsätzen der Energiewende, die wir politisch einfordern. Glaubwürdig für die Bürgerinnen und Bürger des Landes sind wir allerdings erst dann, wenn wir selber diesen Weg entschlossen gehen: Das Land muss einen eigenen Beitrag zur Energiewende leisten!

Das wollen wir mit dem vorliegenden Antrag erreichen, ich bitte um Zustimmung zum gemeinsamen Antrag der Oppositionsfraktionen."

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Olaf Schulze, MdL, TOP 21, Einnahmesteigerung und Ausgabesenkung durch Solar- und/oder Photovoltaikanlagen (Drucksache 17/1253)

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 25.02.2011, 18:19 Uhr - 4631 Clicks - Nr. 211

100 Jahre Internationaler Frauentag

Im Jahr 2011 schauen wir auf wichtige Meilensteine auf dem Weg zur Gleichberechtigung zurück: 90 Jahre Frauenwahlrecht, 60 Jahre Gleichstellungsartikel im Grundgesetz, 50 Jahre Gleichberechtigungsgesetz. Auf rechtlicher Ebene haben wir Frauen viel erreicht.

Dennoch: Echte Gleichstellung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sieht anders aus.

Heute geht es um die Verwirklichung der Chancengleichheit, um gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Erwerbsleben und an politischen Entscheidungsprozessen und gesellschaftlichen Ressourcen.

In Deutschland verdienen Frauen noch immer bis zu 23 Prozent weniger als Männer. Viele von ihnen bemühen sich täglich um eine Balance zwischen Familie und Beruf. Und viele Frauen wollen einen beruflichen Aufstieg wie ihre männlichen Kollegen. Frauen sind aber wesentlich stärker mit niedrig(st)en Löhnen und unsicherer Beschäftigung konfrontiert. Dass Frauen im Alter von ihrer Rente leben können, setzt gute Beschäftigungschancen mit guter Bezahlung voraus.

Hier eine geschichtliche Zusammenstellung von Anne Marxen aus dem Jahr 2004:

Hintergründe zum 8. März - Internationaler Frauentag

8. März 1857

Streik von Textilarbeiterinnen für bessere Arbeitsbedingungen und den 8-Stunden-Tag in New York

8. März 1908

Mit dem Symbol "Brot und Rosen" kämpften in New York Frauen für menschenwürdigere Arbeitsbedingungen. Die Fabrikbesitzer und die Aufseher schlossen die Frauen ein, um eine Kontaktaufnahme zu den Gewerkschaften und anderen Belegschaften zu verhindern. Aus ungeklärten Gründen brach in der Fabrik ein Brand aus. 129 Arbeiterinnen starben in den Flammen.

8. März 1909

In Manhattan streikten 20.000 Näherinnen. Tausende wurden verhaftet, doch die Unternehmer mussten ihren Forderungen nach 2-monatigem entschlossenem Streik nachgeben. 1909 wurde das erste Mal ein Frauentag durchgeführt.

27. August 1910

In Europa beschloss die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz in Kopenhagen mit 100 Delegierten aus 17 Ländern und auf Initiative von Clara Zetkin die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages für die Interessen der Frauen gegen mehrfache Ausbeutung und Unterdrückung. Themen waren die Gleichberechtigung der Frauen, ihr Wahl- und Stimmrecht, sowie der Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

19. März 1911

Erster Internationaler Frauentag in Dänemark, Deutschland, Österreich, Schweiz und USA. Die Wahl dieses Datums sollte den revolutionären Charakter des Frauentages unterstreichen, weil am 18. März der Gedenktag für die Gefallenen in Berlin während der Revolution 1848 war, und auch die Pariser Commune in den Monat März fiel.

8. März 1917

Textilarbeiterinnen-Streik in Sankt Petersburg löste - nach dem alten russischen Kalender war es der 23. Februar - die "Februarrevolution" aus. Dieses Datum sollte nun an internationaler Bedeutung für die Interessen und den Kampf aller ausgebeuteten und unterdrückten Frauen bekommen.

1918

stand das Frauenwahlrecht im Mittelpunkt des Internationalen Frauentages. Im November 1918 erstritten die Sozialdemokratinnen mit bürgerlichen Frauenstimmrechtsverbänden das Stimmrecht für Frauen.

1921

wurde auf Beschluss der 2. Kommunistischen Frauenkonferenz der 8. März als festes Datum für den Internationalen Frauentag festgelegt, in Erinnerung an die Anfänge.

1922 bis 1932

In der Zwischenkriegszeit waren die zentralen Themen am 8. März zum einen der legale Schwangerschaftsabbruch, sowie der Schwangeren- und Mutterschutz. Dieser Kampf wuchs zu einer Massenbewegung an, denn die Wirtschaftskrise, die damals in ganz Europa herrschte, zwang jährlich über eine Million Frauen abzutreiben. An den Folgen dieser illegalen Abtreibungen starben in Deutschland 1931 ca. 44.000 Frauen. Zum anderen ging es um Existenzprobleme wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnkürzungen, Senkung der Lebensmittelpreise und Schulspeisung, die uns bis heute nicht unbekannt sind.

Der Ausbruch des 2. (imperialistischen) Weltkrieges, das Verbot der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien und der Freien Gewerkschaften wurde jeglicher Versuch des Widerstandes auszumerzt und machte eine kämpferische Durchführung des 8. März unmöglich. Beim letzten Frauentag der Weimarer Republik kämpften sie "Gegen Nazi-Terror und Krieg, für Sozialismus und Frieden". Der Internationale Frauentag wurde 1933 von den Nationalsozialisten verboten.

1946 nach den II. Weltkrieg in Osteuropa

Nach dem 2. Weltkrieg fanden in der sowjetischen Besatzungszone Feiern zum Frauentag statt. In den sozialistischen Ländern wurde die gesellschaftliche Befreiung der Frau gefeiert. Der Tag wurde mit offiziellen Feiern für die Frauen organisiert, um die sozialistischen Errungenschaften des Staates für die Frauen herauszustellen.

Nach dem II. Weltkrieg in Westeuropa

Für lange Zeit gab es keine größeren Veranstaltungen mehr. Nach 40 Jahren wurde der 8. März dem sogenannten Frieden geopfert. Die Kleinfamilie als Kern der Gesellschaft wurde gepriesen und das mütterliche Herz beschworen. Der ökonomische Aufschwung, die Einbindung der gänzlich angepassten Parteien in den bürgerlichen Staat, sowie die Entpolitisierung des Klassenbewusstseins durch den Aufbau des "Sozialstaates" und die Zementierung der "Sozialpartnerschaft" ließen auch den 8. März immer mehr von einem Kampftag für die Interessen der Frauen zu einem allgemeinen Festtag für die Frau werden. In Westdeutschland wurde der Frauentag erst in den 60er-Jahren wiederbelebt. Der 8. März wurde immer stärker zum Symbol für Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen.

1975

Im Internationalen Jahr der Frau griffen die Vereinten Nationen die Idee wieder auf. Seitdem rufen sie jährlich zum "Internationalen Tag der Rechte der Frauen und den Weltfrieden" am 8. März auf. Er soll bewusst machen, dass "nirgendwo in der Welt Frauen tatsächlich die gleichen Rechte und Möglichkeiten wie Männer haben".

1994

Ein Höhepunkt war der 8. März 1994, der in der Bundesrepublik als Frauen-Streik-Tag in die Geschichte einging.

Frauen sind die Hälfte der Weltbevölkerung,
leisten zwei Drittel der Arbeitsstunden,
erhalten ein Zehntel des Welteinkommens,
besitzen weniger als ein Hundertstel des Eigentums der Welt

Deshalb ist es heute noch wichtig, dass der 8. März begangen wird, um auf die Situation der Frauen aufmerksam zu machen.

Zusammengestellt von Anne Marxen, Berlin im Jahr 2004

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 25.02.2011, 19:23 Uhr - 3899 Clicks - Nr. 212

Reinbek 2011: SPD beschließt kommunalpolitische Schwerpunkte

Die SPD Reinbek hat auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung ihre kommunalpolitischen Schwerpunkte für 2011 festgelegt. Vorsitzender Klaus-Peter Puls: "Wir haben unserer Stadtverordnetenfraktion grünes Licht für eine Reihe anstehender Entscheidungen gegeben." Der Fraktionsvorsitzende Volker Müller referierte den aktuellen Sach- und Verfahrensstand, und die Versammlung kam zu folgenden Ergebnissen:

1. Gewerbegebiet Haidland: Die SPD Reinbek befürwortet eine maßvolle Erweiterung des Gewerbegebiets Haidland nach Osten in Richtung Schönningstedt. Ansiedlungs- und Erweiterungswünsche könnten mit dem Ziel zusätzlicher Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden werden. Im Westen der Wohnbebauung Schönningstedts muss ein dauerhaft verbleibender Landschaftsfreiraum planerisch gesichert werden. Bei konkreten Gebietsausweisungen in Reinbek sollen generell Betriebe bevorzugt werden, die in Reinbek auch Gewerbesteuer bezahlen.

2. Holzvogtland und Silk: Die noch vorhandenen Freiflächen zwischen den Stadtteilen sollen in eine planerische Gesamtkonzeption eingebunden werden, um das "scheibchenweise" Vordringen gewerblicher oder anderer baulicher Erweiterungen zu verhindern. Klaus-Peter Puls: "Bauleitplanung hat sich generell nach dem gesetzlichen Maßstab des Erfordernisses für eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu richten und nicht nach privaten Interessen einzelner Investoren oder Grundeigentümer." Einer Erweiterung des EKZ Schönningstedt nach Maßgabe eines Einzelhandelskonzepts für Reinbek, Glinde und Wentorf stimmt die SPD zu.

3. Ortsfeuerwehr Reinbek: Die SPD Reinbek betrachtet es als kommunalpolitische Verpflichtung, mit bestmöglicher räumlicher und technischer Ausstattung für die Funktionsfähigkeit der Reinbeker Wehren zu sorgen. Wenn es für die Ortswehr Reinbek auch mit einem erweiterten Standort Klosterbergenstraße fachlich nicht möglich sein sollte, die Sicherheit der Bevölkerung und die

Sicherheit der ehrenamtlichen Einsatzkräfte zu gewährleisten, bedarf es einer ernsthaften und umfassenden Prüfung aller denkbaren Alternativstandorte, die wir bisher vermissen.

4. Uwe-Plog-Sporthalle: Die SPD Reinbek setzt sich weiterhin dafür ein, durch Sanierung des Daches und der tragenden Dachkonstruktion die Standsicherheit und die Funktionsfähigkeit der Halle so kostengünstig und so schnell wie möglich wiederherzustellen. Klaus-Peter Puls: "Wir erwarten, dass die seit Monaten vorliegenden Sanierungsvorschläge und Kostenanschläge der TSV Reinbek endlich geprüft werden, und gehen davon aus, dass es bei einem Auftragsvolumen von unter einer Million Euro nach schleswig-holsteinischem Vergaberecht noch in diesem Jahr möglich ist, die Maßnahme zu realisieren."

5. Kulturförderung: Die SPD Reinbek spricht sich dafür aus, Sachsenwaldforum, Schloss und Begegnungsstätte als kulturelle und soziale Einrichtungen zu erhalten. Wir werden auch im Zuge auslaufender Mietverträge und personeller Veränderungen das vielfältige und vielseitige Kulturangebot in Reinbek nicht als Manövriermasse zur Sanierung des Haushalts betrachten. Neuen Organisationsformen und öffentlich-privaten Kooperationen stehen wir positiv gegenüber. Versuchen anderer Fraktionen, mit pauschalen Kürzungsanträgen "kulturellen Kahlschlag" zu betreiben, werden wir weiterhin entgegenzutreten.

6. Krippen, Kindertagesstätten, Schulen: Die SPD Reinbek möchte erreichen, dass die Stadt unabhängig von gesetzlichen Einschränkungsmöglichkeiten für ein bedarfsgerechtes Krippen- und Kindertagesstättenangebot sorgt. Veränderte Raumbedarfe für Schulen und Kindertagesstätten sollen vorrangig aus vorhandenen städtischen Raumkapazitäten gedeckt werden. Tomas Unglaube, schul- und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: "Wir wollen insbesondere für den steigenden Bedarf an Krippenplätzen kein Wickelzentrum auf der grünen Wiese, sondern Einrichtungen, die in die Stadtteile integriert sind."

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 26.02.2011, 12:26 Uhr - 9595 Clicks - Nr. 213

SPD gibt „Sicherheit in der Stadt“ hohe Priorität!

Zu den aktuellen Vorfällen in Schilksee und anderen Kieler Stadtteilen erklärte SPD-Kreischef Rolf Fischer:

„Die Kieler SPD wird sich vor dem Hintergrund der aktuellen Situation erneut mit der Sicherheit in Kiel befassen. Auch wenn sich die Gesamtzahl der Straftaten laut Statistik seit 2004 (37.832 Straftaten) bis 2009 (30.772) um ca. 20% verringert hat, registrieren wir die Vorfälle in den letzten Monaten mit Sorge.



Für die Kieler SPD gelten deshalb u.a. folgende Rahmenbedingungen für mehr Sicherheit in der Stadt:

1. Die Kieler SPD unterstützt die schwierige Arbeit der Polizei in unserer Stadt. Das Engagement

der Polizisten und Polizistinnen, die auch Bürger/innen unserer Stadt sind, verdient hohe Anerkennung.

2. Wir setzen uns für die Sicherung der Polizeipräsenz ein. Allein das Sichtbarwerden von Beamten oder Polizeiwagen auf Streife, hat abschreckende Wirkung. Einer Reduzierung der Polizei in Kiel werden wir eine Absage erteilen.

3. Die bestehenden ordnungsrechtlichen Vorschriften müssen in Gänze ausgenutzt werden. Dazu zählt auch eine schnelle Verurteilung der Täter. Lange Zeiten zwischen Tat und Strafe erzielen keine Wirkung bei den Tätern.

4. Die kriminalpräventiven Räte in den Stadtteilen müssen gestärkt werden. Sie leisten vor Ort gute Arbeit und wissen genau, wie und warum Gewalt und Kriminalität entstehen.

5. Schulsozialarbeit wird gestärkt, indem wir die Zahl der Sozialarbeiter/innen erhöhen. Jugendliche sollen gar nicht erst zu Tätern werden.

Die Kieler SPD wird in den kommenden Wochen intensiv über die Situation in Kiel sprechen, sich mit Fachleuten austauschen und weitere kommunalpolitische Schritte für „Sicherheit in Kiel“ beschließen. Die Kieler SPD ist an der Seite der Opfer und spricht den Betroffenen und Familien ihr Mitgefühl aus.“

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 26.02.2011, 16:43 Uhr - 5322 Clicks - Nr. 214

Boßeln auch mal in der Wehrau

Dass man beim Boßeln auch durchaus einmal im Wasser landen kann, erlebten rund 50 Teilnehmer beim diesjährigen Boßelturnier der Freiwilligen Feuerwehr Osterrönfeld. Bei bestem Winterwetter machten sich die Teilnehmer vom Feuerwehrgerätehaus auf in Richtung Wildes Moor, wo sie die nächsten zweieinhalb Stunden um die besten Würfe wetteifern wollten.



Sowohl die erwachsenen Teilnehmer als auch die besonders zahlreich anwesenden Kinder und Jugendlichen mussten dabei mit möglichst wenig Würfeln die vorgegebene Strecke meistern, immer beobachtet vom Schiedsrichter, der Übertritte und Fehlwürfe konsequent aber fair mit Strafpunkten bewertete.

Dabei erwies sich die Nähe zur Wehrau als abwechslungsreiche Herausforderung auf dem Parkour,

musste doch dadurch besonders auf gerade Würfe geachtet werden, weil die Boßelkugel ansonsten in die Wehrau zu rollen drohte. Dabei kam mindestens eine Kugel abhanden, die nicht mehr aufzufinden war. Für Ersatz war jedoch bereits aus Erfahrung gesorgt und so konnten die fleißigen Boßler die Strecke bei den ersten wärmenden Sonnenstrahlen des Jahres gut gelaunt zurücklegen.

Eine rundum gelungene Veranstaltung für Groß und Klein, ob Profi oder Amateur, so die einhellige Meinung der Teilnehmer. Und vor allem eine klasse Veranstaltung, die nach dem teils harten Winter erstmals draußen stattfinden konnte.

Weitere Infos von und über die Osterröfelder Feuerwehr erhalten Sie hier: www.feuerwehr-osterroefeld.de --

Keine Kommentare

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 26.02.2011, 17:25 Uhr - 5947 Clicks - Nr. 215

GLÜCKSBURG ; Grünkohlessen

An diesem schon traditionellen Grünkohlessen im " Opatija " in Glücksburg,Kurgarten nahmen 31 Personen teil Im kleinen Clubraum war kein Platz mehr frei und so konnte der OV-Vorsitzende Hermann Jobben als Gäste Uwe Langholz, Vorsitzender der AG60+plus des Kreisverbandes Flensburg-Schleswig und Ingo Obst, Kassierer des Kreisverbandes Flensburg-Schleswig, begrüßen.

In seinen weiteren Ausführungen wurde die Veranstaltung der drei Ortsvereine Wees, Munkbrarup und Glücksburg sowie der AG60+plus des Kreisverbandes Flensburg-Schleswig bewertet.

Im sehr gut besetzten Saal des Weeser Gasthauses wurde Torsten Albig mit sehr viel Sympathie und Begeisterung empfangen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 26.02.2011, 23:02 Uhr - 6343 Clicks - Nr. 216

Torsten Albig wird Spitzenkandidat

Die Mitglieder haben entschieden. Torsten Albig wird Spitzenkandidat der SPD Schleswig- Holstein bei der anstehenden Neuwahl des Landtages. Der Kieler Oberbürgermeister konnte sich im ersten Wahlgang mit 57% der Stimmen gegen seine Konkurrenten durchsetzen. Das ergab die Auszählung der über 13.000 Stimmzettel, die in der SPD-Landeszentrale anlieferte.



19.171 Mitglieder hat die SPD in Schleswig

Holstein. 13.281 Mitglieder (69,28%) machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, 360 Stimmen waren allerdings ungültig. Auf Torsten Albig entfielen 7.394 Stimmen (57,22%), auf Ralf Stegner 4.154 (32,15%). Brigitte Fronzek kam auf 1.174 (9,09 %) und Mathias Stein erreichte 165 (1,28%). Hinzu kamen 34 Enthaltungen. Der Landesvorstand schlug noch am Abend der Auszählung der SPD-Landeswahlversammlung vor, Torsten Albig auf Platz 1 der Landesliste für die kommende Landtagswahl zu wählen.

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und SPD-Kreisvorsitzender aus Stormarn, hatte an der Auszählung teilgenommen. Und er hatte an diesem Tag viel Freude an seiner Partei, wie er erzählt: „Die Beteiligung ist phantastisch. Sogar aus dem Ausland haben Mitglieder ihre Stimmzettel eingesandt, einer kam aus Indien. Viele Mitglieder haben im gleichen Zug die Möglichkeit genutzt, ihren Mitgliedsbeitrag zu erhöhen, andere haben Schecks beigelegt, um den anstehenden Wahlkampf zu unterstützen. Dieses Verfahren hat die SPD mobilisiert und verstärkt den Schwung, der nach dem tollen Hamburger Wahlergebnis schon da war.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 26.02.2011, 23:04 Uhr - 6477 Clicks - Nr. 217

Gewonnen hat die ganze SPD

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD-Stormarn, zum Mitgliederentscheid:

Ich gratuliere dem Wahlsieger Torsten Albig zu diesem deutlichen Ergebnis. Ich bedanke mich aber auch bei Ralf Stegner, Brigitte Fronzek und Mathias Stein und allen Beteiligten an diesem transparenten und demokratischen Verfahren zur Findung unseres Spitzenkandidaten.



Dieses Verfahren ist nun beendet, der innerparteiliche Wettbewerb ist vorbei und die Konzentration kann wieder voll dem politischen Gegner gelten. Die Regierung bietet da derzeit reichlich Ansatzpunkte.

Etwa 5000 Besucher kamen zu den Vorstellungsrunden im ganzen Land, 13.281 Mitglieder beteiligten sich an der Abstimmung, über die Landesgrenzen hinaus wurde das demokratische Verfahren zur Bestimmung des Spitzenkandidaten gelobt - Gewonnen hat die ganze SPD. Und das werden wir bei der Landtagswahl auch tun. Der Schwung der Hamburg-Wahl ist auch bei uns spürbar, und Klarheit wie Hamburg braucht auch Schleswig-Holstein.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 27.02.2011, 13:56 Uhr - 16143 Clicks - Nr. 218

Gratulation an Torsten Albig!

Ich gratuliere dem Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig zur Wahl zum Spitzenkandidaten der SPD Schleswig-Holstein.

Wir haben in einem viel beachteten Verfahren unser Zugpferd gekürt. 5000 Menschen bei den Vorstellungsrunden und fast 70 Prozent Wahlbeteiligung sind ein Zeichen dafür, dass die SPD bis in die Haarspitzen motiviert



ist. Die CDU kann sich schon mal warm anziehen! Wenn wir so geschlossen wie motiviert und mit den richtigen Inhalten in den Wahlkampf gehen, können wir die Landtagswahl gewinnen.

Kommentar von [P. Thiesen](#) vom 27.02.2011, 15:55 Uhr:

Gratulation an Torsten Albig!

Eine kluge Entscheidung! Glückwunsch an Kiels Oberbürgermeister.

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 27.02.2011, 19:57 Uhr - 8467 Clicks - Nr. 219

SPD Neumünster begrüßt Entscheidung des BVG Leipzig zum DOC!

„Der 24. Februar 2011 wird in die Geschichtsbücher Neumünsters eingehen“, freut sich SPD-Kreis- und Fraktionsvorsitzender Andreas Hering über die klare Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Entscheidung, die Beschwerden von Rendsburg u.a. zum geplanten DOC nicht zuzulassen.



„Jetzt ist – nach 10 Jahren intensiver, kritischer und gründlicher Planung – der Weg zum ersten und einzigen Designer Outlet Center in Schleswig-Holstein frei“, so Hering weiter. Vor mehr als 10 Jahren war innerhalb der SPD Neumünsters die Idee für die Ansiedlung eines DOC in Neumünster geboren und im September 2001 auf Initiative der SPD-Fraktion ein entsprechender Prüfauftrag im Rat beschlossen worden.

„Neumünster entwickelt sich sehr gut. Als nächstes werden wir die Ansiedlung des innerstädtischen Einkaufszentrums vorantreiben. Unsere zentrale Lage im Herzen Schleswig-Holsteins nutzen wir jetzt“, so Andreas Hering. „Die Zukunft Neumünsters als Erlebnisstadt beginnt jetzt. Es liegt noch viel Arbeit vor uns.

Aber die Grundsteine sind gelegt“, so Hering abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 28.02.2011, 15:53 Uhr - 1537 Clicks - Nr. 220

Herzlichen Glückwunsch, Torsten Albig!

Zur überzeugenden Wahl zum Spitzenkandidaten der SPD für die vorgezogene Landtagswahl in Schleswig-Holstein erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Wir gratulieren Torsten Albig herzlich zu diesem tollen Ergebnis. Es zeigt sich, dass Kiel einen herausragenden Oberbürgermeister hat, der auch landesweit eine große Bedeutung hat. Wir sind sicher, dass er die Menschen in Schleswig-Holstein ebenso begeistern wird wie die SPD-Mitglieder.

Die Arbeit als Oberbürgermeister ist in keiner Weise gefährdet. Wir bekennen uns zu der hervorragenden und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister. Die Forderung, er möge jetzt zurücktreten, entbehrt jeder Grundlage. Kein normaler Mensch würde auf die Idee kommen zu fordern, dass Herr von Bötticher als Fraktionsvorsitzender zurücktreten müsse, wenn er Spitzenkandidat der CDU werden sollte. Hier spricht die pure Angst vor einem tollen Kandidaten, der die besten Chancen hat, der nächste Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein zu werden. Viel Erfolg, Torsten Albig!“

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 28.02.2011, 16:21 Uhr - 7110 Clicks - Nr. 221

SPD wählte neuen Vorstand

Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung der SPD Osterrönfeld wählten die Mitglieder einen neuen Ortsvereins-Vorstand. Dabei wurde der alte Vorsitzende, Detlef Strufe, durch einstimmige Wiederwahl erneut zum Ortsvereinsvorsitzenden gewählt. Der 58-jährige dankte den anwesenden Mitgliedern für den großen Vertrauensbeweis und die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren.



Besonders hob er in diesem Zusammenhang den Hobbymarkt sowie Infoblatt und Internetseite des Ortsvereines hervor, ebenso wie das mit dem OTSV zusammen veranstaltete Seifenkistenrennen.

Dass man durch neues Auftreten und neue Ideen auch neue Mitglieder gewinnen kann, zeigte die Begrüßung von Helge Seffzig (36) und Bernhard Bellgardt (52). Beide waren erst kürzlich in die SPD eingetreten und wurden bei den Vorstandswahlen zu Beisitzern gewählt. Neben den ebenfalls einstimmig wiedergewählten stellvertretenden Vorsitzenden Jan-Niklas Potten (22) und Dennis Schmidt (34), gehört auch die 31-jährige Maren Dolgner als neue Beisitzerin zu der jüngeren Generation der Osterrönfelder Sozialdemokraten. Der Vorstand wird komplettiert durch die erfahrenen Beisitzer Peter Uhl und Annchen Behnke, die Kassiererin Regina Baldes und den Schriftführer Gerhard Gehringer. Die Anzahl der Beisitzer hat sich damit von vormals zwei auf fünf erhöht und dies nur deswegen, weil das Interesse an der aktiven Vorstandsarbeit so groß ist.

Ziel des neuen Vorstandes ist es, Osterrönfeld mit neuen Ideen und Konzepten weiter zu gestalten,

zu stärken und für die Zukunft fit zu machen. „Wir verstehen Politik als große ‚Mitmach-Aktion‘ für jeden und dabei kommt es uns vor allem darauf an, möglichst viele Osterrönfelderinnen und Osterrönfelder aktiv an der politischen Willensbildung zu beteiligen und einzubinden. Denn, Betriebsblindheit soll bei uns erst gar nicht erst aufkommen“, so der neu gewählte Vorstand abschließend.

Im weiteren Verlauf der Mitgliederversammlung in Kühls Gasthof konnte der Osterrönfelder Landtags- und Kreistagsabgeordnete, Dr. Kai Dolgner, unterdessen viel Interessantes aus dem Landes- und Kreisparlament berichten. Gleichzeitig erfuhren die Mitglieder, dass der SPD-Ortsverein Osterrönfeld in diesem Jahr sein 50-jähriges Bestehen feiern wird, für dessen Organisation u. a. ein „Festausschuss“ gebildet wurde.

--

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 28.02.2011, 16:56 Uhr - 6926 Clicks - Nr. 222

Sperrmüll auf Abruf - Ertappt

Die SPD-Fraktion sieht sich durch diese Verfahrensweise der Verwaltung (in einigen größeren Wohnanlagen das alte System der Sperrmüllabfuhr weiter zu praktizieren) in ihrer kritischen Haltung gegen das neue System, das seinerzeit gegen ihre Stimmen beschlossen worden war, bestätigt.

Sperrmüll auf Abruf - Ertappt

Ertappt wurde der Leiter des städtischen Betriebsamtes in der Sitzung des Umweltausschusses der Stadtvertretung am 16.2.2011.

Der Amtsleiter gab einen Bericht über die Erfahrungen mit dem Sperrmüll auf Abruf zu Protokoll. Danach funktioniert das seit dem 1.1.2011 praktizierte System „reibungslos“.

Pech für ihn war nur, dass es in der Sitzung eine Nachfrage gab, wieso in einigen größeren Wohnanlagen das alte System der Sperrmüllabfuhr weiter praktiziert wird.

Bei der Antwort geriet er nämlich ins Rotieren.

In diesen Anlagen mit Mehrfamilienhäusern werden vom Amt in Absprache mit den Vermietern pro Jahr vier feste Termine angeboten (andere Bürgerinnen und Bürger bekommen nur zwei variable Termine). Dabei kommt es dummerweise zu folgenden Problemen.

Es werden wie bei der „alten“ Sperrmüllabfuhr zusätzlich große Mengen von Restmüll, Biomüll, Papier, Altglas usw. auf den von den Wohnungsbauunternehmen für die Bereitstellung des Sperrmülls festgelegten Flächen abgelagert. Bei Großwohnanlagen ist natürlich normalerweise nicht feststellbar, wer das war.

Dem Amtsleiter war es offensichtlich peinlich, dass er auf die Nachfrage aus dem Ausschuss keine überzeugende Antwort geben konnte. Denn die von der Verwaltung als Begründung für die

Notwendigkeit des neuen Systems beklagten Probleme werden durch diese Praxis bei den Großwohnungsanlagen nicht nur nicht vermieden, sondern fortgeführt. Er musste einräumen, dass er über diese vom Beschluss der Stadtvertretung über die Einführung der Sperrmüllabfuhr auf Abruf nicht gedeckte Praxis zumindest hätte berichten müssen.

Die SPD-Fraktion sieht sich durch diese Verfahrensweise der Verwaltung in ihrer kritischen Haltung gegen das neue System, das seinerzeit gegen ihre Stimmen beschlossen worden war, bestätigt.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 28.02.2011, 19:34 Uhr - 8649 Clicks - Nr. 223

Gemeinsame Presseerklärung: „Bündnis für Bürger“ für mehr Basisdemokratie

Die Vorsitzende des Hauptausschusses, Sabine Krebs (CDU) und der stellvertretende Vorsitzende Andreas Hering (SPD) wehren sich gegen den Vorwurf der „nichtöffentlichen Klüngelei“.



Der Hauptausschuss hat gemäß Gemeindeordnung § 45b die Aufgabe, die Arbeit der städtischen Ausschüsse zu koordinieren und die Umsetzung der von der Ratsversammlung beschlossenen Maßnahmen zu kontrollieren oder Beschlüsse der Ratsversammlung vorzubereiten und auf die Einheitlichkeit der Arbeit der Ausschüsse hinzuwirken.

Der Hauptausschuss trifft, gemäß Gemeindeordnung, nur Beschlüsse, die ihm die Gemeindevertretung, sprich die Ratsversammlung ausdrücklich übertragen hat.

„Entsprechend dieser rechtlichen Vorgaben tagt der Hauptausschuss der Stadt Neumünster, deren Mitglied u. a. Herr Jörn Seib ist. Dem Vorwurf, dass hier hinter verschlossenen Türen Entscheidungen getroffen werden“, widersprechen die Vorsitzende Sabine Krebs und ihr Stellvertreter Andreas Hering ausdrücklich.

„Die Forderungen nach mehr Basisdemokratie und mehr Mitbestimmung gehen im Bezug auf den Hauptausschuss „ins Leere!“ kommentieren Sabine Krebs und Andreas Hering die letzten Rufe des Bündnisses nach mehr Transparenz in der Politik. „Wenn es allerdings um Beschlüsse geht, bei denen Firmeninteressen berührt werden, bzw. Firmeninternas zur Beschlussfassung veröffentlicht werden, setzen wir uns auch weiterhin für Beschlussfassungen in nichtöffentlichen Sitzungen ein“, erklären Krebs (CDU) und Hering (SPD).

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 28.02.2011, 19:39 Uhr - 4098 Clicks - Nr. 224

Herr v.Stolzmann wird das Schloss beleben, kann Herrn Kraske aber nicht ersetzen

„Wir freuen uns über die Initiative von Herrn von Stolzmann, im Februar und September eines Jahres im Reinbeker Schloss Kulturveranstaltungen zu präsentieren, und versprechen uns davon eine erfreuliche Ergänzung des Kulturangebots in der Stadt Reinbek.“ Mit dieser klaren Stellungnahme begründete der kulturpolitische Sprecher der Reinbeker SPD-Fraktion Baldur

Schneider das einmütige Votum der SPD zugunsten der Initiative von Stolzmann.

Wer wie einige Reinbeker Politiker Herrn von Stolzmann vorwerfe, er fördere einseitig die Hochkultur, ignoriere, dass ein hochkarätiges Kulturangebot mit internationalen Stars bereits in der Vergangenheit zum Schloss gehört habe und hier auch weiterhin seinen Platz finden müsse. Gerade die kulturelle Vielfalt sei ein wesentliches Markenzeichen Reinbeks, das es auch für die Zukunft zu sichern gelte, so Schneider.

Um Reinbek auch in Zukunft als Ort der Kultur zu erhalten, ist es nach Auffassung der SPD-Fraktion allerdings auch notwendig, die Stelle von Herrn Kraske, der noch bis November 2013 das Reinbeker Kulturzentrum mit Schloss, Sachsenwaldforum und Begegnungsstätte leitet, nach dessen Ausscheiden kompetent hauptamtlich neu zu besetzen. „Das kann weder neben- noch ehrenamtlich geleistet werden“, stellt Schneider eindeutig fest und fordert Bürgermeister Barendorf auf, in einer der kommenden Sitzungen des Kulturausschusses ein umfassendes Personalkonzept hierzu vorzulegen. „Wollen wir das Reinbeker Kulturangebot in seiner Attraktivität und Vielfalt auch über das Jahr 2013 hinaus erhalten, und das wollen wir als Sozialdemokraten, dann muss Reinbek sich bald auf die Suche nach einem kompetenten Nachfolger für Herrn Kraske machen“, ist Baldur Schneider überzeugt. „Gute Leute, die auch nur halbwegs in die großen Schuhe von Bernd M. Kraske passen, gibt es nicht beliebig viele.“

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 28.02.2011, 19:42 Uhr - 5319 Clicks - Nr. 225

Wahlen in Hamburg – ein Erfolg für die Arbeitnehmer?

Das Recht auf freie und demokratische Wahlen am 20. Februar 2011 bei den Wahlen zur Bürgerschaft in Hamburg wurde nur von 57,8 % der Wahlberechtigten genutzt.

Das ist ein Negativrekord und zum Vergleich zur Wahl im Jahr 2008 mit nur 63,4 % hat das Politikinteresse weiter abgenommen.

Ist der Erfolg der SPD nun ein „erdruhschartiger Sieg“ für Olaf Scholz, den Mann der Schröder-Politik?



Nein, davon kann nicht ausgegangen werden. Dieser Wahlsieg für die SPD in Hamburg kann im Superwahljahr nicht auf andere Bundesländer übertragen werden. In Hamburg beruht der Sieg der SPD auf den katastrophalen Einbruch der arbeitnehmerfeindlichen CDU.

Olaf Scholz, entschiedener Verfechter der Schröder-Politik, war von 2000 bis 2004 Landesvorsitzender der SPD in Hamburg und von Mai bis September 2001 Innensenator. Der Wahlsieg der CDU im September 2001 war geschuldet, dass die SPD in Hamburg und hier besonders die SPD-Politik unter Olaf Scholz, die die Privatisierungspolitik vorbereitet hat, die dann unter dem CDU-geführten Senat in aller Radikalität betrieben wurde. So wurden die HEW (Haburgische Elektrizitätswerke) und „Hein Gas“ unter dem SPD-Senat privatisiert. Klärwerke wurden im Jahr 2000 unter dem SPD-Senat an US-Investoren und die Müllverbrennung an unbekannte Investoren privatisiert. Von 1990 bis 2002, also im Wesentlichen unter einem SPD-geführten Senat wurden über 52 000 Beschäftigte im Öffentlichen Dienst in Hamburg abgebaut!

Es gibt keinerlei Hinweise von Scholz auf eine Rücknahme der Privatisierungsmaßnahmen des CDU-Senats. Selbst die wenigen „sozialen“ Projekte wie kostenlose Kitabetreuung und Abschaffung der Studiengebühren werden durch die Unterwerfung der Politik unter das EU-Gebot der Haushaltskonsolidierung entweder direkt in Frage gestellt oder durch Sozialkürzungen an anderer Stelle konterkariert.

Die Verweigerung des von der Mehrheit der Arbeitnehmerwähler gewollten Politik-Wechsels durch die SPD wird eine noch schärfere Ablehnung der arbeitenden Bevölkerung provozieren.

Steinmeier und seine Klientel in der SPD wollen sich nach dem Wahlsieg, den die CDU-Katastrophe der SPD geschenkt hat, einen neuen Wahlsieg der Schröder-Politik konstruieren gegen die Stagnation, in die Gabriel die SPD geführt hat. Doch wo liegen die wirklichen Ursachen dafür, dass die SPD auch unter der Führung von Gabriel nicht das Vertrauen der Arbeitnehmerwählerbasis zurückgewinnen kann?

War es nicht Gabriel, der Arm in Arm mit Steinmeier das brutale Spar-, Verarmungspaket von Merkel im Bundestag hat passieren lassen als auch die Rente mit 67 und letztlich auch die Kopfpauschale? Und jetzt den Hartz IV-Kompromiss, das heißt das zynische Feilschen um ein paar Euros, die den Betroffenen jede menschenwürdige Existenzsicherung absprechen und als „gutes Ergebnis“ loben?

Das heißt die Zementierung des Hartz IV-Gesetzes, das 4,7 Millionen Langzeitarbeitslose des Rechtsanspruches auf Leistungen aus den Sozialkassen beraubt und mit Almosen abspesen will. Etwa 2,5 Millionen Kinder in der Armut von Familien, die in prekären Arbeitsverhältnissen leben. Ein Kompromiss, der die Plünderung von 4 Milliarden Euro aus der Bundesagentur für Arbeit vorsieht, um die Grundsicherung der Armut-Rentner zu finanzieren. Das heißt Plünderung der Gelder der Arbeitnehmer für die Arbeitslosenversicherung.

Dieser Kompromiss, der von der gesamten SPD-Führung getragen wird, schreibt die Tarifflicht in die erbärmlichen Mindest-Armutslöhne für Leiharbeiter fest. Wenn Leiharbeit zu Lohndumping missbraucht wird und die reguläre und abgesicherte Beschäftigung verdrängt, so der DGB, kann es dann eine andere Forderung geben als die nach dem Verbot/Wiederverbot der Leiharbeit?

Die AfA fordert alle SPD-Abgeordneten auf, sich auf die Interessen der Arbeitnehmer zu berufen und NEIN zu sagen zu dem unsozialen Hartz IV-Kompromiss.

Zusammen mit den DGB-Gewerkschaften kämpft die AfA dafür, dass diese ihre Mitglieder und die Arbeitnehmerschaft für einen gewerkschaftlich organisierten Kampf für das Verbot bzw. Wiederverbot der Leiharbeit mobilisieren.

Aus der Zeitschrift: "Soziale Politik & Demokratie".

Keine Kommentare

Betrug bei Feuerwehr-Fahrzeugen? – SPD-Fraktion fordert Aufklärung

Wie an diesem Wochenende bekannt wurde, ermittelt das Bundeskartellamt gegen insgesamt vier Hersteller von Feuerwehr-Fahrzeugen wegen unerlaubter Preisabsprachen. Gegen drei Firmen wurde laut einem Bericht in der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung vom 26. Februar 2011 bereits ein Bußgeld in Höhe von 20,5 Millionen EURO verhängt.

Die Reinbeker SPD-Fraktion nimmt diese Berichterstattung zum Anlass, um den Reinbeker Bürgermeister Axel Barendorf um Auskunft darüber zu bitten, ob auch die Stadt Reinbek möglicherweise zu den Geschädigten gehört.

„Sollte die Stadt Reinbek in der Vergangenheit von einer der jetzt beschuldigten Firmen Feuerwehr-Fahrzeuge gekauft haben, so muss schnell geprüft werden, ob auch Reinbek Opfer unerlaubter Preisabsprachen wurde“, begründet Volker Müller, SPD-Fraktionsvorsitzender in Reinbek, den Vorstoß der SPD. „Sollte sich dieser Verdacht erhärten“, so Müller, „muss alles Mögliche getan werden, um gegen die Firmen Regressansprüche durchzusetzen.“ Dabei solle auch der Städte- und Gemeindebund sowie der Landesfeuerwehrverband eingeschaltet werden. Gerade weil die vier beschuldigten Firmen mit einem Marktanteil von über 90 % bei den Löschfahrzeugen eine marktbeherrschende Stellung hätten, müsse auch in Zukunft bei der Vergabe von Aufträgen mit besonderer Umsicht vorgegangen werden.

Die SPD-Fraktion erwartet, dass Bürgermeister Barendorf in der kommenden Feuerwehr- oder Hauptausschuss-Sitzung mündlich sowie im Rahmen des Berichtswesens schriftlich zu dem Sachverhalt Auskunft gibt.

Keine Kommentare

Im Einsatz für die Demokratie

Hans Ohst (Todesfelde) wird für 60 Jahre SPD-Mitgliedschaft geehrt

Der Genosse Hans Ohst aus Todesfelde hat schon viele SPD-Vorsitzende kommen und gehen sehen. Geboren im Jahr 1924, ist er seit 1949 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Nach dem zweiten Weltkrieg nach Deutschland geflohen, fanden er und seine spätere Ehefrau in Schmalfeld zueinander

und zogen wenig später nach Todesfelde, wo er sich jahrelang für die SPD im Dorf engagierte.

Als Anerkennung für 60 Jahre Mitgliedschaft in der SPD und dem dauernden Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger bis ins hohe Alter ehrte der SPD-Ortsverein im Amtsbereich Leezen Hans Ohst nachträglich zur langjährigen Parteimitgliedschaft während der SPD-Mitgliederversammlung am 17.02.2011 im Gasthof Zur Eiche in Todesfelde. Aus gesundheitlichen Gründen konnte die Ehrung leider erst jetzt stattfinden, dafür umso herzlicher.



„Ich habe großen Respekt vor dem Lebensweg von Hans und bin sehr stolz, ihn für seine Verdienste in der SPD ehren zu dürfen“, erklärte Vorsitzender Tobias Köpke, der zugleich seine letzte Mitgliederversammlung als Chef seines Ortsvereins leitete. Der ehemalige Wittenborner Köpke legt sein Amt wegen Umzuges nach Lübeck nieder. Der Vorstand wird bis zur ordentlichen Neuwahl des Vorstands im Frühsommer kommissarisch von seinen Stellvertretern geleitet.

Intensiv debattierte die Versammlung zudem über die Wahl des Spitzenkandidaten der SPD zur Landtagswahl, bei der die Partei sich in zwischen mehrheitlich für Torsten Albig entschieden hat. „Wichtig ist für mich, dass wir die Menschen mit guten Inhalten und einer ehrlichen Politik von uns überzeugen können. Ich glaube, Torsten Albig kann dazu seinen Beitrag leisten“, so Holger Böhm, stellvertretender Ortsvereinsvorsitzender, abschließend zur Diskussion.

Keine Kommentare

[SPD-Landesparteirat](#) - veröffentlicht am 01.03.2011, 13:33 Uhr - 15984 Clicks - Nr. 228

Landesparteirat diskutiert Ausgang es Mitgliederentscheides

Zu den Beratungen des Landesparteirates gestern in Kiel erklärt der Vorsitzende des Landesparteirates der SPD Schleswig-Holstein, Andreas Beran:

„Die Mitglieder des Landesparteirates haben gestern das aufeinander Zugehen von Torsten Albig und Ralf Stegner begrüßt. In den Diskussionsbeiträgen wurde das Timing, nicht aber das Signal der gemeinsamen Erklärung kritisiert. Unser beispielhaftes Beteiligungsverfahren hat hier eine leichte Delle erhalten. Die Erklärung erfuhr als Signal der Einheit und Geschlossenheit Unterstützung. In der Diskussion hatten sowohl Torsten Albig als auch Ralf Stegner klar zum Ausdruck gebracht, dass ihre gemeinsame Erklärung nicht die Entscheidungsfreiheit des Landesparteitages in personellen und inhaltlichen Fragestellungen einschränke. Beide machten daher deutlich, dass es ein klares Missverständnis sei zu glauben, der Landesparteitag sei nicht der Souverän, denn nur er trifft die Entscheidung. Das gestern bewiesene gegenseitige Vertrauen unser beiden Spitzenpolitiker hat die Mitglieder des Parteirates beeindruckt. Beide erhielten für ihre Redebeiträge unterstützenden Applaus. Es zeichnet Torsten Albig aus, nach dem Erfolg des Mitgliederentscheids seinen Politikstil des Vertrauens und der Einbindung fortzusetzen. Das stärkt unsere Partei und gibt uns die Chance geschlossen und entschlossen in den Landtagswahlkampf zu ziehen. Der Landesparteirat als höchstes Gremium der SPD zwischen den Parteitagen fordert alle Mitglieder der SPD auf, sich dem Weg der Geschlossenheit und Einheit anzuschließen. Dies schließt nicht aus, in den Parteiebenen über Inhalte und die richtige personelle Besetzung zu diskutieren. Unser aller Ziel ist es nun, eine schlechte schwarz-gelbe Landesregierung abzulösen. Mit einer starken SPD, die für wirtschaftliche Stärke, soziale Gerechtigkeit und solide Finanzen im Land sorgt.“

Keine Kommentare

[SPD-Landesparteirat](#) - veröffentlicht am 02.03.2011, 13:34 Uhr - 17517 Clicks - Nr. 229

CCS-Technik ist ein Irrweg und muss gestoppt werden

SPD-Landesparteirat ist für die vollständige und uneingeschränkte Ablehnung der CCS-Technik! Auf der Sitzung des SPD-Landesparteiirates am 28.02.2011 wurde ein entsprechender Antrag der nordfriesischen SPD, die CCS-Technik (Carbon Capture and Storage) in Gänze abzulehnen, einstimmig angenommen. Hierzu erklärt der Landesparteiratsvorsitzende Andreas Beran:

In der Sache besteht inzwischen in Schleswig-Holstein Einigkeit über die CO₂-Einlagerung: Keiner will eine hunderte von Kilometern lange Pipeline aus dem Ruhrgebiet nach Schleswig-Holstein und die risikoreiche dauerhafte Einlagerung unter unserem Land oder dem Wattenmeer. Die zu Anfang von der CDU als Heilsbringer für den Klimaschutz dargestellte CCS-Technik steht inzwischen als das da, was sie wirklich sein soll: Ein grüner Tarnmantel für weitere Kohlekraftwerke und damit Antriebsfeder für den Klimawandel. Unterschiede gibt es allerdings in der Motivation für die Absage an die CCS-Technik. Während weite Teile unserer Partei bereits frühzeitig die CCS-Technik insgesamt als unnötig und gefährlich beurteilt hat, haben die Regierungsfractionen nur unter dem Druck der Bevölkerung und angesichts bevorstehender Wahlen der CO₂-Lagerung bei uns entsagt. Immer noch ist entgegen anderer Versprechen des Ministerpräsidenten Carstensen das Vetorecht gegen die Einlagerung von CO₂ unter dem Boden unseres Landes oder unter dem Wattenmeer nicht im Entwurf zum CCS-Gesetz enthalten.

Schon das Kostenargument müsste einleuchten: Vorteile von CCS in vielleicht 20 Jahren sind ungewiss, sicher sind nur Kosten in Höhe von vielen Millionen Euro. Dieses Geld fehlt der Forschung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien, die sicher sind, von der Mehrheit der Bevölkerung getragen werden und bald schon Kohle- und Atomstrom sowieso ersetzen können. Wir wollen, dass über unsere Landtagsfraktion der Bundesrat sich mit dem CCS-Gesetz beschäftigt und wollen unsere Nachbarlandesverbände auffordern, unserem Beispiel zu folgen. Dabei ist das Veto-Recht nur der erste Schritt: Die CCS-Technik ist ein kostenträchtiger Irrweg und muss gestoppt werden.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 02.03.2011, 14:44 Uhr - 13611 Clicks - Nr. 230

Europa unterstützt Spitzenforschung für Arzneimittel in Norderstedt SPD-Bundespolitiker beeindruckt:

Stark beeindruckt zeigten sich der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Axel Schäfer und SPD-MdB Franz Thönnnes bei ihrem Besuch im Norderstedter Softwarehaus c.a.r.u.s. in dieser Woche. Beide wollten sich vor Ort über die Wirkungen europäischer Fördermittel in den Regionen informieren.



Der c.a.r.u.s.-Geschäftsführer Dr. Matthias Rath erläuterte den beiden Gästen das neue Produkt „ViSoR – Virtual Screening optimizing the Reality“. Dabei handelt es sich um ein

computergestütztes virtuelles Verfahren, mit dem neue Wirkstoffen gegen Krankheiten ermittelt werden sollen. Mit multiparallelen Experimenten wird die Wirkung verschiedener Stoffe auf bestimmte Krankheiten in einem automatisierten Prozess untersucht. Die bisherige sehr zeit- und kostenintensive Laborarbeit zur Ermittlung von vielversprechenden Wirkstoffkandidaten lässt sich durch vorgeschaltete Rechenoperationen mit der Software besser konzentrieren. Dies führe zu einem erheblichen Kosten- und Zeitersparnispotential in der Pharmaindustrie und bei Forschungseinrichtungen, wenn es um die Entwicklung neuer Medikamente gehe.

Schäfer und Thönnies zeigten sich erfreut darüber, dass die Europäische Union dieses Projekt über das Kieler Wirtschaftsministerium mit 1,7 Mio. € bei einem Gesamtprojektaufwand von 3,4 Mio. € unterstützt hat. Axel Schäfer: „Das ist eine wirkungsvolle und nachhaltige Investition in die Zukunft“. Und Thönnies ergänzte: „Diese Entwicklung zeigt deutlich welche Potentiale der Gesundheitsstandort Kreis Segeberg hat und wie innovativ die hiesigen Unternehmen sind.“

Mit Interesse nahmen die beiden SPD-Politiker auch die kritische Einschätzung von Dr. Matthias Rath auf, der in den im Gesundheitsmarkt sich zunehmend herausbildenden Großunternehmen die Gefahr sieht, dass Innovationspotentiale verloren gehen. Gerade deshalb sei ein besonderes Augenmerk auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen zu richten, die sich immer mehr als die Ideenschmieden erwiesen. Dies sei allerdings auch bei der Aufstellung von Förderrichtlinien und Antragsprozeduren zu beachten. Hier habe man häufig den Eindruck, dass diese die mittelständischen Betriebe überfordere. Auch könne Unterstützung bei der weltweiten Vermarktung von Spezialprodukten hilfreich sein, denn gerade die kleineren Betriebe seien zwar flexibler, verfügten aber nicht über die notwendigen Potentiale zur weltweiten Suche nach möglichen Kunden für die entwickelten innovativen Produkte. Schäfer und Thönnies versicherten diese Anregungen sowohl in ihre politischen Beratungen in Berlin als auch mit ihren europäischen Kollegen in Brüssel mit einzubeziehen.

Bildunterschrift: Franz Thönnies, Axel Schäfer und Dr. Matthias Rath

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 02.03.2011, 15:40 Uhr - 97211 Clicks - Nr. 231

„Rückwürfe sind unmoralische Ressourcenverschwendung“

Brüssel/Kiel: Weltweit etwa 7,3 Millionen Tonnen ungewollt mitgefangene Fische werden jährlich als Abfall wieder über Bord geworfen. Während beim Fischen mancher Arten kaum Beifang anfällt, stellt dieser bei anderen Fischarten über 70 Prozent der Gesamtfangmenge dar.

„Aus meiner Sicht sind diese Rückwürfe eine höchst unmoralische Ressourcenverschwendung – und vergeuden außerdem die Arbeit der Fischer. Die schrittweise Einführung eines Rückwurfverbotes ist deshalb unumgänglich“, davon zeigt sich die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust überzeugt. Die fischereipolitische Koordinatorin der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament nahm am Dienstag an einem

hochrangigen Treffen mit Vertretern des Rechnungshofes und der europäischen Fischereiministerien teil, zu dem die Kommission im Rahmen der anstehenden Reform der Gemeinsamen Europäischen Fischereipolitik eingeladen hatte.

Rodusts Fazit aus diesem Treffen: „Die Versuche, dem Problem allein mit „technischen Maßnahmen“ beizukommen sind gescheitert. Intelligentes Fischereimanagement darf nicht das verwalten, was angelandet wird, sondern muss sich mit dem auseinandersetzen, was tatsächlich gefangen wird.“

Das derzeitige Fischereimanagement der EU enthält zu viele Anreize für Fischer große Mengen Fisch zurückzuwerfen. Grundsätzlich gibt es dafür zwei Gründe: Das ist einerseits das finanzielle Interesse der Fischereiindustrie, möglichst wertvollen Fisch anzulanden. Dem hat die EU durch das so genannte „High-Grading“-Verbot versucht Einhalt zu gebieten. Dieses untersagt den Rückwurf von marktfähigen aber wirtschaftlich uninteressanteren Fischen in die Nordsee. Andererseits sind auch ordnungsbedingte Gründe für Rückwürfe verantwortlich: So dürfen Fischer solche Fische, für die sie keine Quote haben nicht anlanden, sondern müssen sie zurückwerfen. „Angesichts zahlreicher überfischter Bestände bei gleichzeitiger steigender Nachfrage nach Fisch ist das ein Zustand, der dringend zu ändern ist“, so Rodust.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 02.03.2011, 16:53 Uhr - 1703 Clicks - Nr. 232

Kürzungen der schwarz-gelben Bundesregierung: Katastrophe für viele Menschen

Zum Anstieg des Anteils der Hartz-IV-Bezieher in Kiel erklären der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Schmalz, der sozialpolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Sharif Rahim, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Die Zahl der Hartz-IV-Bezieher hat sich in Kiel erhöht. Das liegt vor allem an der Kürzung von Bundesmitteln für Eingliederungsmaßnahmen und für die Förderung von Langzeitarbeitslosen.

Für SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung ist die aktive Beschäftigungsförderung vorrangiges Ziel. Wir haben dabei auf die Unterstützung der Bundesregierung vertraut. Durch die Einsparungen der schwarz-gelben Regierung wird uns jedoch massiv Spielraum genommen. Viele Hilfeempfänger können nicht mehr in Qualifizierungsmaßnahmen einbezogen werden. Das ist sowohl für die Menschen als auch für den Arbeitsmarkt eine Katastrophe.“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 02.03.2011, 19:46 Uhr - 15847 Clicks - Nr. 233

SPD als Lebensgefühl

Der Jahresempfang des SPD-Kreisverbandes und der Kreistagsfraktion im Bürgerzentrum

Büdelndorf war mit rund 250 Gästen einmal mehr ein Erfolg! Die Veranstaltung bot Gelegenheit für Gespräche in netter Atmosphäre bei Suppe und Getränken.

Der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix nutzte die Gelegenheit, im Namen des Kreisverbandes und der Kreistagsfraktion, allen Anwesenden ein frohes Jahr 2011 zu wünschen.

Zahlreiche Vertreter von Wirtschaft, Politik sowie Vereinen und Verbänden des Kreises konnten an diesem Abend begrüßt werden. Unter den Anwesenden waren auch die Europaabgeordnete Ulrike Rodust sowie die Landtagsabgeordneten Ralf Stegner und Kai Dolgner. Die Hauptrede des Abends hielt der Rendsburger Bürgermeister und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Andreas Breitner. Er thematisierte vor allem die Integration in den Städten und Gemeinden. Diese biete die große Gelegenheit zu einer kulturellen Vielfalt, die zur Bereicherung aller genutzt werden müsse. Der SPD-Kreisverband freute sich aber auch über die zahlreichen Neumitglieder, die von Sönke Rix mit einem kleinen Geschenk herzlich begrüßt wurden. Rund 20 neue Genossinnen und Genossen des Jahres 2010 waren der Einladung des Kreisverbandes zum Jahresempfang gefolgt. Rix lud sie ein, sich aktiv in der Partei zu beteiligen.



Ein Höhepunkt des Abends waren die besonderen Ehrungen für langjährige SPD-Mitglieder, die 40, 50 und sogar 65 Jahre Mitglied der SPD sind. Unter ihnen befanden sich die ehemaligen Vorsitzenden der SPD Landtagsfraktion, Gerd Börnsen, und der SPD Kreistagsfraktion, Dieter Ellefsen. Viele Genossinnen und Genossen nahmen diese Ehrung für ihre langjährige Mitgliedschaft sichtlich bewegt entgegen, da ein großer Teil von ihnen aus Familien mit sozialdemokratischer

Tradition stammen, die sehr unter der Nazi-Diktatur gelitten hatten. Eine Extra-Würdigung für die langjährige Arbeit des Vorsitzenden der AG 60plus, Hans Peter Robin schloss die Ehrungen ab.

Deutlich wurde dabei: Man ist nicht einfach nur SPD-Mitglied, für viele Genossinnen und Genossen ist die Sozialdemokratie auch ein Lebensgefühl!

Götz Borchert

Keine Kommentare

Olof-Palme-Preis 2011 verliehen

Vor 25 Jahren wurde der schwedische Ministerpräsident Olof Palme ermordet. Ein Jahr später rief die SPD Stormarn den Olof-Palme-Friedenspreis ins Leben, zum Gedenken an das Lebenswerk Olof Palmes und zur Würdigung ehrenamtlicher Tätigkeit für Frieden und sozialen Ausgleich. Nun wurde im Festsaal des Reinbeker Schlosses vor über 100 Gästen der Olof-Palme-Preis 2011 verliehen. Gewinner sind der Verein „Hilfe für das Hospital Santa Teresa“ sowie das Therapie-Theater Reinfeld.



Vor 25 Jahren, am 28. Februar 1986, wurde der schwedische Ministerpräsident Olof Palme ermordet. Ein Jahr später rief die SPD Stormarn den Olof-Palme-Friedenspreis ins Leben, zum Gedenken an das Lebenswerk Olof Palmes und zur Würdigung ehrenamtlicher Tätigkeit für Frieden und sozialen Ausgleich. Nun wurde im Festsaal des Reinbeker Schlosses vor über 100 Gästen der Olof-Palme-Preis 2011 verliehen. Gewinner sind der Verein „Hilfe für das Hospital Santa Teresa“ und sein Vorsitzender Dr. Enno Keller aus Ahrensburg sowie das Therapie-Theater Reinfeld.

„Politik heißt: etwas wollen. Sozialdemokratische Politik heißt: Veränderungen wollen, weil Veränderungen Verbesserungen verheißen.“ Dieses Palme-Zitat stellte der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat an den Anfang seiner Begrüßungsrede. Er nahm dieses positive Bild von Politik zum Anlass für einen kurzen politischen Rückblick, von der Bürgerschaftswahl in Hamburg bis zum Mitgliederentscheid zur Wahl des SPD-Spitzenkandidaten in Schleswig-Holstein. „Der Untertitel der aktuellen Palme-Biografie von Henrik Berggren lautet übrigens: ‚Vor uns liegen wundervolle Tage.‘ Was für ein Auftrag und was für eine Motivation für Politik!“ Habersaat lobte den damaligen SPD-Kreisvorsitzenden Franz Thönnies für die Idee des Palme-Preises und freute sich: „24 Jahre Preisverleihung zeigen, dass auch in Stormarn viele Bürger leben, die sich für dieselben Ziele einsetzen wie Olof Palme.“

Tilo Braune, ehemals Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und heute Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts, konnte 2011 für die Festrede gewonnen werden. Er würdigte das Leben und Wirken Olof Palmes, dessen gelebte humanitäre Werte uns noch heute helfen und zur Nachahmung anspornten. Auch Braune hatte die Berggren-Biografie gelesen, in der von „einem moralischen Schweden“ die Rede sei, der den Menschen Ratschläge gegeben habe. Der Krieg in Afghanistan, Hunger in den Entwicklungsländern und soziale Kälte in den Industrienationen ließen den Rat Palmes auch heute noch sehr aktuell erscheinen, stellte er fest. Palmes Vermächtnis sei die Botschaft: „Lasst nicht nach, gemeinsam für eine friedliche und gerechte Welt zu kämpfen!“

Laudatorin war in diesem Jahr Kuratoriumsmitglied Birgit Kassovic von der Walter-Jacobsen-

Gesellschaft, die gemeinsam mit den Landtags- und Bundestagsabgeordneten der SPD Stormarn das Preisgeld von 2000 Euro stiftete. Sie blickte zurück auf das vergangene Jahr und die Preisträger 2010, bevor sie die aktuellen Nominierungen vorstellte. „Fühlen Sie sich durch den Preis unterstützt, er möge Motivation und Hilfe sein“, wünschte sie. Ehrenamt verdiene immer Anerkennung. Egon Bahr, ehemals Vorsitzender des Palme-Preis-Kuratoriums, konnte auch gesundheitlichen Gründen nicht selbst an der Preisverleihung teilnehmen, hatte aber einen Gruß geschrieben, den Kassovic vortrug. Bahr schrieb: „Ich freue mich, dass Sie durch Ihr Engagement im Sinne von Olof Palme den Opfern von Krieg und Gewalt helfen und Frieden stiften, indem Sie – wie ich es bei der Preisverleihung 1991 sagte, zum ‚Abbau der Mauern in den Köpfen‘ beitragen.“

Dann hatten die Gewinner das Wort, Dr. Enno Keller vom Verein „Hilfe für das Hospital Santa Teresa“ und Martina Günther vom Therapie-Theater Reinfeld. Der Ahrensburger Enno Keller ist Facharzt für Unfallchirurgie. „Unser Ziel ist es, ein Krankenhaus wieder aufzubauen, auf das viele Menschen angewiesen sind“, sagte er. El Salvador habe als Staat kein Geld für das Krankenhaus, und 90 Prozent der Patienten seien nicht krankenversichert.

„Wir möchten zum Abbau der Mauern in den Köpfen beitragen und die Rollen sprengen“, sagte Martina Günther vom Therapie-Theater Reinfeld, das 1999 von Mitarbeitern und Bewohnern des Therapiezentrums Holstenhof gegründet wurde. Das Theater solle ein Zeichen setzen für Integration und ein gleichberechtigtes Miteinander.

Für einen würdigen musikalischen Rahmen sorgten die Klarinettistin Magdalena Abrams und der Pianist Nikolai Rosenberg. Beide sind ehrenamtlich für den Verein „Musiker ohne Grenzen“ aktiv, dessen Ziel es ist, Kindern und Jugendlichen aller Welt die Möglichkeit zu geben, ein Musikinstrument zu erlernen und musikalisch aktiv zu sein und interkulturelle Begegnungen zu schaffen, wobei Musik als universelle Sprache Verbindungen schaffen soll.

Foto: Renate Keller, Martina Günther, Dr. Enno Keller, Birgit Kassovic, Martin Habersaat und Festredner Tilo Braune

Mehr Informationen:

www.olof-palme-friedenspreis.de

Mehr Fotos:

[hier](#).

Keine Kommentare

Olof-Palme-Friedenspreis - Begrüßung 2011

In seiner Begrüßung ging Martin Habersaat, Vorsitzender der SPD Stormarn, auch auf die positiven Seiten von Politik ein.

„Politik heißt: etwas wollen.

Sozialdemokratische Politik heißt:

Veränderungen wollen, weil Veränderungen Verbesserungen verheißen.“ Olof Palme



Spannende politische Wochen liegen in Norddeutschland hinter uns. Hamburg hat gewählt, und es gibt dort etwas, von dem viele meinten, es sei in Zeiten von sechs Fraktionen in einem Parlament nicht mehr möglich:

Eine absolute Mehrheit für Olaf Scholz. Mit einer absoluten Mehrheit ist für die SPD in Schleswig-Holstein möglicherweise nicht zu rechnen, aber auch hier wollen Sozialdemokraten eine andere Politik umsetzen, als sie sie momentan von der Landesregierung vorgesetzt bekommen. Und die Mitglieder unserer Partei haben vorgestern mit großer Mehrheit entschieden, wer diese Politik vertreten soll.

Torsten Albig wird der Spitzenkandidat bei der Landtagswahl 2012 sein, die nach dem Ausgang der Landtagswahl in Hamburg mit Spannung erwartet wird. Und alle stehen hinter ihm, weil alle Veränderungen wollen. Veränderungen, die Verbesserungen verheißen.

Heute, am 28. Februar 2011, begehen wir den 25. Todestag Olof Palmes. Der Kreisvorstand der SPD Stormarn hat beschlossen, den Olof-Palme-Friedenspreis künftig in jedem Jahr am 28. Februar zu verleihen. Für die diesjährige Einladung habe ich ausnahmsweise anstelle eines Zitates von Olof Palme ein Zitat über ihn gewählt, das ich der Palme-Biografie von Henrik Berggren entnommen habe.

Der Untertitel der Biografie lautet übrigens: „Vor uns liegen wundervolle Tage.“ Was für ein Auftrag und was für eine Motivation für Politik.

Berggren schreibt über Palme: „In den siebziger Jahren stellte er sich an die Spitze jener Reformen, die die Gleichstellung von Frauen einleiteten und Schweden zu einem der fortschrittlichsten Länder der westlichen Welt machten.“

In diesem Jahr, in dem der internationale Frauentag 100 Jahre alt wird, müssen wir feststellen, dass Palme auch in diesem Bereich seiner Zeit voraus war und wir nicht sagen können, heute, 25 Jahre nach seinem Tod, sei alles erreicht.

Ob nun Quoten die richtige Lösung sind oder nicht, wir müssen feststellen: Die Gleichstellung der Frauen ist in vielen Lebensbereichen nicht erreicht, etwa wenn es um gerechte Bezahlung und

Aufstiegschancen geht. Gemessen an diesem Kriterium liegt noch viel möglicher Fortschritt vor uns.

Die SPD Stormarn verleiht den Olof-Palme-Friedenspreis seit 1987 an Vereine und Menschen aus Stormarn, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein für Alle engagieren.

Der Preis wurde nach der Ermordung Olof Palmes ins Leben gerufen zum Gedenken an den schwedischen Ministerpräsidenten und sein Lebens- und Friedenswerk: seinem Bemühen, den Menschen ein Leben in demokratischer Freiheit zu verschaffen, seinem Kampf gegen Unrecht, Unterdrückung und Rassismus, seinem Eintreten für Frieden und Sicherheit durch Partnerschaft, für Abrüstung, gegen Atomwaffen und für die Verbesserung der Situation in der Dritten Welt. Es freut mich besonders, dass seit so vielen Jahren immer wieder neue und spannende Projekte von Stormarnerinnen und Stormarnern ins Leben gerufen werden.

Franz Thönnies war damals Kreisvorsitzender und ist heute Mitglied des Bundestages. Das war eine gute Idee, Franz!

Der Olof-Palme-Friedenspreis ist nicht zuletzt denen zu verdanken, die in jedem Jahr das Preisgeld stiften: den SPD-Bundestags- und Landtagsabgeordneten in Stormarn, dem Kreisverband und zu einem nicht unerheblichen Teil der Walter-Jacobsen-Gesellschaft aus Hamburg. Die Walter-Jacobsen-Gesellschaft wurde 1982 gegründet, um das Vermächtnis Walter Jacobsens dauerhaft zu erinnern und um sein Lebenswerk fortzuführen. Ihr Zweck ist die Förderung von Forschung, Lehre und Kommunikation in den Bereichen der Politischen Psychologie und der politischen Bildung. Vertreten wird Gesellschaft in unserem Kreis von Beginn an durch Birgit Kassovic, die auch dem Kuratorium angehört und nachher die spannendste Frage des Abends klären wird.

Nun freue ich mich, das Wort an unseren diesjährigen Festredner zu übergeben: Tilo Braune, ehemals Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und heute Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts.

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 03.03.2011, 09:28 Uhr - 3647 Clicks - Nr. 236

MV am 8.3.

Aktuelle Themen gibt es in der Politik genug. Themen der nächsten MV sollen sein der Hartz IV - Kompromiss, der Wahlsieg der SPD in Hamburg und speziell für Glinde "Betreutes Wohnen" und "Gemeinwesenarbeit".

TO:

1. Begrüßung
2. Diskussion aktueller Themen
3. Bericht aus der Fraktion
4. Verschiedenes / Termine

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 03.03.2011, 09:31 Uhr - 4324 Clicks - Nr. 237

Franz Thönnies bei 60plus

Am 10. März ist der Bundestagsabgeordnete und Staatssekretär a.D. Franz Thönnies Gast bei Marietta Exner und ihrem Diskussionsstreff 60plus.



Interessierte Gäste sind herzlich willkommen.

Einmal monatlich, am zweiten Donnerstag im Monat um 15.00 Uhr, trifft sich die AG 60plus zu Kaffee und Kuchen im Bürgerhaus. Mit dabei ist dann immer auch ein Referent, der, den Interessen der Teilnehmer/innen entsprechend, eingeladen wird. Kommen kann jeder, der in gemütlicher Runde klönen oder etwas zu den spannenden Themen erfahren will. Eine Mitgliedschaft in der SPD ist nicht erforderlich.

Keine Kommentare

[Jusos Kiel](#) - veröffentlicht am 03.03.2011, 15:10 Uhr - 9750 Clicks - Nr. 238

Verschleierte Einflussnahme auf Entscheidung des Kreisvorstands der Kieler Jusos

Am vergangenen Dienstag fand der verschleierte Versuch statt, auf eine Entscheidung des Kreisvorstands der Kieler Jusos Einfluss zu nehmen. Am Morgen des 01. März 2011 wurde durch den Kreisgeschäftsführer der Entwurf einer Resolution über den internen E-Mail-Verteiler zur Abstimmung gestellt.



Der Entwurf sah vor, dem designierten Spitzenkandidaten Torsten Albig Respekt auszusprechen für seine Entscheidung mit Ralf Stegner zusammenarbeiten zu wollen.

Gleichzeitig sollte Kritik und Unverständnis geäußert werden für die Entscheidung von Ralf Stegner, nach dem desolaten Ergebnis des Mitgliederentscheids nicht freiwillig das Feld zu räumen.

Der Entwurf wurde von einem Mitglied des Kieler Kreisvorstands ohne Kenntnis der anderen Mitglieder an Amin Hamadmad weiter gereicht. Dieser setzte sich daraufhin telefonisch mit mehreren Genossen und Funktionären in Verbindung. Ab Dienstagmittag erhielten mindestens 3 Mitglieder des Kreisvorstands der Kieler Jusos Anrufe von Funktionären, die vorher mit Amin Hamadmad telefoniert hatten. Diese forderten die Vorstandsmitglieder auf, über den internen E-Mail-Verteiler gegen den Entwurf der Resolution zu stimmen. In den Gesprächen wurde das vorherige Gespräch mit Amin Hamadmad nicht erwähnt. Zur Begründung wurde vorgeschoben, die

Resolution würde den designierten Spitzenkandidaten Torsten Albig beschädigen.

Am Dienstagnachmittag wurde der Entwurf im Kreisvorstand per E-Mail mit 4 zu 3 Stimmen abgelehnt. Im Laufe des Dienstagabends kamen die Umstände der Entscheidungsfindung ans Licht. Wir lassen diese Vorgänge an dieser Stelle bewusst ohne Bewertung.

Hintergrundinformation: Amin Hamadmad ist der Pressesprecher des Landesverbands der SPD Schleswig-Holstein und ein enger Vertrauter von Ralf Stegner.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 03.03.2011, 16:17 Uhr - 7381 Clicks - Nr. 239

Abriss der Häuser am Friedrichsgaber Weg/Stettiner Straße, Norderstedt

Richtigstellung zur Berichterstattung der Norderstedter Zeitung ("Schluss mit dem Trotzverhalten" von Michael Schick am 03.03.2011):

In dem obigen Artikel wird die Behauptung aufgestellt, „die Stadt hatte die Häuser für 850.000 Euro gekauft, um ausreichend Fläche für den Bau eines Kreisverkehrs zu haben, aber auch als Unterkunft für soziale Einrichtungen“. - Die Aussage ist in einem wichtigen Teil falsch und führt damit zu einer anderen Bewertung der Ereignisse.

Fakt ist, dass die Stadtvertretung auf Vorschlag des OB Grote die drei Häuser für 850.000 € gekauft hat, um dort eine beampelte Kreuzung mit Linksabbiegespur zu bauen und die Häuser für soziale Zwecke zu nutzen, da der Preis von 850.000 € sonst nicht akzeptabel wäre. Nach dem Kauf der Häuser stellte die Verwaltung im Fachausschuss einen Plan zum Ausbau der Kreuzung mit Linksabbiegespur und einer Ampel zur Beschlussfassung vor. Der Ausschuss beschloss diesen Ausbau einstimmig. Die Verwaltung bereitete die Ausschreibung der Arbeiten vor und die Gremien warteten auf den Baubeginn. Nach dieser Beschlusslage forderten einzelne Bürger anstatt der Kreuzung einen Kreisel zu bauen, für den dann die Häuser abgerissen werden sollten. Hintergrund dieser Forderung war auch die Aussage der Bürger, dass sie dort keine sozialen Einrichtungen wünschten. Die Stadtvertretung bestärkte dann die bisherige Beschlusslage, in dem sie auf Antrag der SPD beschloss, zwei der Häuser nicht abzureißen, damit sie der geplanten Nutzung zugeführt werden können. Trotz dieses Beschlusses des obersten Beschlussorgans der Stadt, beschlossen CDU und FDP im Fachausschuss, kurz vor Beauftragung der Baufirmen zum Ausbau der Kreuzung, dass anstatt der Kreuzung mit Ampel ein Kreisel gebaut werden sollte, wofür die Häuser abgerissen werden müssten, obwohl der Abriss entsprechend des Stadtvertretungsbeschlusses nicht möglich war. Ziel von CDU und FDP war es den Ausbau der Kreuzung zu blockieren.

Der jetzige Beschluss der Stadtvertretung bedeutet, dass die Stadt rund 800.000 € verschenkt hat und für einen Randstreifen der Straße rund 5.300 €/qm bezahlt hat. Dieses Handeln ist unverantwortlich, nicht nur in der jetzigen finanziellen Situation der Stadt.

Kommentar von [Patrick Grabowski](#) vom 08.03.2011, 17:29 Uhr:

RE: Abriss der Häuser am Friedrichsgaber Weg/Stettiner Straße

Ich liebe es....nicht. Naja, wenn die CDU dann in ein paar Jahren doch den Kreisel fordert, werde ich Herrn Nicolai gerne zitieren: "Mit unseren Stimmen wird es keinen Kreisel geben." (Sitzung der Stadtvertretung am 01.03.2011)

Was kommt nach dem ungerechten Kieler Sparhaushalt?

Informatives Frauenfrühstück der AsF zum Internationalen Frauentag

Nachdem der unsoziale Kieler Sparhaushalt im Dezember verabschiedet wurde, stellt sich nun die Frage, wie es mit dem Frauenhaus in Ahrensburg und anderen sozialen Einrichtungen wie „Frau und Beruf“ im Kreis Stormarn weitergehen soll.

Die Mitglieder der Stormarner AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen)



möchten diese und andere brisante Fragen anlässlich des 100. Internationalen Frauentages mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Bad Oldesloe, Marion Gurlit, erörtern und diskutieren.

Dazu veranstaltet die AsF am Samstag den 5. März, 10 Uhr, ein informatives Frühstück im Bürgerhaus Glinde (Markt 2 in Glinde).

Interessierte Stormarner Frauen sind herzlich eingeladen, sich in unterhaltsamer Runde und einem leckeren Frühstück über den Stand der Themen „Frauenhaus“, „Frau und Beruf“ sowie „Runder Tisch Alleinerziehende in Stormarn“ zu informieren und eigene Anregungen in die Diskussion mit einzubringen.

Zwecks besserer Planung ist eine Anmeldung in der Stormarner SPD-Kreisgeschäftsstelle unter der Rufnummer 04531/18 83 65 oder per Mail an kv-stormarn@spd.de gewünscht. Über spontanes Erscheinen am 5. März freuen sich die AsF-Frauen jedoch auch!

Keine Kommentare

Olof-Palme-Friedenspreis - Laudatio 2011

Kuratoriumsmitglied Birgit Kassovic ehrt die Gewinner

Herr Bürgermeister, werter Herr Tilo Braune, lieber Martin, auch die Vorjahres-Preisträger möchte ich begrüßen, Hans-Peter Weiß und Alfred Schulz, liebe Gäste!

Gestatten Sie mir zunächst eine kleine Rückschau. Im Oktober 2010 veranstaltete Herr Hans-Peter Weiss vom Interkulturellen Gesprächskreis Stormarn für diesen und für das Netzwerk Migration und Integration in Ahrensburg ein interkulturelles „Fest ohne Grenzen“.

Es war mir eine Freude daran teilzunehmen und mitzerleben, dass der



Olof-Palme-Friedenspreis zur Realisierung dieses bedeutsamen Festes der Kreativität, Fröhlichkeit und menschlicher Nähe „über alle Grenzen hinweg“ beigetragen hat. Beeindruckend war der Auftakt mit einem Schwarm von Friedenstauben. Die Friedenstaube - auch Symbol für den Olof-Palme-Friedenspreis. Der Bürgermeister von Ahrensburg, Herr Michael Sarach, wünschte sich ein solches Integrations - und Inklusionsfest auch in der Zukunft. Auf den Punkt brachte es ein Wunschzettel am Baum der Wünsche: „Lasst uns immer mit einander und nicht gegen einander handeln.“

„Der Mensch, der einer guten Sache dient, der wohnt in einer festen Burg...“, sagte einst Goethe. So empfinde auch ich ehrenamtliches Engagement, das heute auf Schloss Reinbek mit dem Olof-Palme-Friedenspreis 2011 ausgezeichnet werden soll. 2008 gab die deutsche Post eine Briefmarke zur Würdigung des Ehrenamtes heraus und benannte die Vielfalt von Betätigungsfeldern: Das Ehrenamt für die Gemeinschaft, für die Wissenschaft, für die Gesundheit, für Politik, Kirche, Bildung, Familie, Kultur, Umwelt, Sport, für die Zukunft, ja, für uns alle.

Ehrenamtliche Arbeit macht in der Tat auch Arbeit, viel Arbeit. Sie verdient unsere Anerkennung, weil sie für unser gesellschaftliches Zusammenleben von großer Bedeutung und unverzichtbarem Nutzen ist. Sie ist aber auch geeignet, die eigene Lebensqualität zu fördern, schafft Zuwachs an Selbstwertgefühl und Sinnerfüllung und ist eine Quelle persönlicher Freude. Es ist wunderbar, helfen zu können wo Hilfe Not tut. Die meisten ehrenamtlich Tätigen helfen im Verborgenen. Einige von ihnen werden plötzlich einer breiten Öffentlichkeit bekannt, weil sie von dem dankbaren Empfänger einer Hilfeleistung oder einer Institution - wie hier - für den Olof-Palme-Friedenspreis vorgeschlagen wurden. Und in diesem Fall zählt diese ehrenamtlich tätige Person, Organisation oder Initiative von diesem Zeitpunkt an möglicher Weise schon zum Kreis der Nominierten für den Olof-Palme-Friedenspreis. Insofern haben auch die Vorgeschlagenen bereits etwas „gewonnen“:

Publizität und Förderung ihres ehrenamtlichen Engagements, Anerkennung und Bestätigung für sich selbst. Auf unserer Homepage, die ich bei dieser Gelegenheit Ihrer Aufmerksamkeit gern empfehle, heißt es: Der Preis richtet sich an Vereine, Verbände und Personen aus Stormarn, die sich besonders im Sinne Olof Palmes für ein friedliches Miteinander und ein menschenwürdiges Dasein aller Menschen engagieren. Daher möchte ich Sie, liebe Gäste, ermuntern, in diesem Sinne ehrenamtlich tätige Stormarner Bürgerinnen und Bürger zu benennen, die für eine Auszeichnung mit dem Olof-Palme-Friedenspreis in Frage kommen.

Wir alle wissen, dass viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens ohne ehrenamtliche Helfer kaum existieren können. Ich nenne gern zusätzliche Tätigkeitsfelder, um die große Vielfalt des realen und möglichen Engagements deutlich zu machen, und zwar den Natur- und Umweltschutz, Tierschutz, Bewährungshilfe, Telefonseelsorge, Caritas, Nachhilfe, Integrationshilfe, die sogenannten Grünen Damen und Herren in den Hospitälern und Altenheimen, Behindertenhilfe, Freiwillige Feuerwehren, Katastrophenschutz und so weiter. Unerschöpflich sind die Möglichkeiten, sich zum Wohle des Einzelnen und des Gemeinwesens einzusetzen. In diesen Feldern ein Ehrenamt im ursprünglichen Sinne wahrnehmen heißt, ein ehrenvolles und freiwilliges öffentliches Amt wahrnehmen, das nicht auf Entgelt gerichtet ist.

Daher erklärt sich auch, dass einer der vorgeschlagenen Vereine trotz seiner bedeutsamen Arbeit von vornherein nicht zu dem Kreis der Nominierten für den Olof-Palme-Friedenspreis zugelassen werden konnte. Die verdienstvolle Arbeit von „contra - Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein“ erfolgt nicht ehrenamtlich.

Die Fachstelle arbeitet seit 1999 in der Trägerschaft des Nordelbischen Frauenwerks in Schleswig-Holstein. Ich wünsche der Arbeit von contra von dieser Stelle aus und nachdrücklich viel Erfolg bei Ihrer achtens - und dankenswert beratenden und helfenden Arbeit.

Das fünfköpfige Kuratorium des Olof-Palme-Friedenspreises hat aus den diesjährig eingereichten Vorschlägen drei Projekte nominiert und daraus den Olof-Palme-Friedenspreisträger ermittelt. Sie dürfen gespannt sein!

Den Nominierten möchte ich im Namen des Kuratoriums Achtung, Anerkennung und Dank für ihren nachhaltigen und wirkungsvollen Einsatz aussprechen. Zwei Gedanken von Albert Schweitzer möchte ich in diesen Zusammenhang stellen: „Das Mitgefühl mit allen Geschöpfen ist es, was Menschen erst wirklich zu Menschen macht“ und „Es kommt in der Welt vor allem auf die Helfer an – und auf die Helfer der Helfer.“ Das mitmenschliche Engagement aller Kandidaten hat das Kuratorium - und so auch mich persönlich - sehr tief bewegt und beeindruckt. Sie leben ihre Arbeit als innere Berufung, nehmen ihre helfenden Aufgaben unermüdlich wahr – so haben wir - das Kuratorium - Sie wahrgenommen.

Ich begrüße herzlich die anwesenden Kandidaten für den Olof-Palme-Friedenspreis 2011 und stelle zunächst die drei nominierten Vereine vor:

1. Der Verein „Afghanistan-Schulen“ und seine Vorsitzende Marga Flader aus Oststeinbek
Ich begrüße Frau Flader und die anwesenden Vereinsmitglieder herzlich. In der Selbstdarstellung des Vereins heißt es auf die Frage:

Wer sind wir?

Wir sind eine gemeinnützige Nicht-Regierungsorganisation mit Sitz in Deutschland. Im Jahr 1983 von Frau Ursula Nölle gegründet, arbeiten wir kontinuierlich für die Schaffung und Erhaltung von Bildungsmöglichkeiten für afghanische Jungen und Mädchen, zunächst in den Flüchtlingslagern in Pakistan und seit 1988 in Afghanistan. In Deutschland werden die Aufgaben ausschließlich von ehrenamtlichen Mitgliedern durchgeführt. Alle Spendengelder kommen zu ca. 96 % den Projekten zu Gute.

Was tun wir?

Unser Motto ist „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Bemühungen, sowohl in den Flüchtlingslagern zu Beginn unserer Tätigkeit, wie auch in Afghanistan selbst, Schulen aufzubauen und auszustatten, werden von der Bevölkerung begeistert aufgenommen. Wir arbeiten eng mit den dort lebenden Menschen zusammen. Sie selbst sind die Initiatoren und die Betreiber unserer Projekte. Gemeinsam suchen wir nach kostengünstigen und kulturell akzeptablen Möglichkeiten, die anstehenden Projekte zu verwirklichen. Schon seit einigen Jahren unterstützen wir in vielfältiger Weise alle Schulen eines Schulbezirks im Nordwesten Afghanistans, wo wir außerdem Englisch-, Computer- und Nähkurse für junge Männer und Frauen eingerichtet haben. Durch den Bau von

Brunnen und Wasserreservoirs konnte die Trinkwasserversorgung verbessert werden. Aber mit der Arbeit dort ist es nicht getan. Ein großer Teil unserer Energie geht in die Bildungsarbeit und in die Spendenakquisition in Deutschland. Wir halten Vorträge, stellen eine Ausstellung zur Verfügung und organisieren Schulpatenschaften. Zweimal im Jahr besuchen Mitglieder des Vereins aus Deutschland die Schulprojekte.

Warum Bildung für Afghanistan?

Bildung ist nicht nur ein wichtiger Entwicklungsfaktor, sondern ein Menschenrecht. Der 23 Jahre andauernde Krieg hat dazu geführt, dass eine ganze Generation keine Schule besuchen konnte. Fünf Millionen Menschen mussten fliehen und konnten erst nach dem Ende der Taliban-Herrschaft in ihre zerstörten Städte und Dörfer zurückkehren. Der afghanische Staat verfügt nicht über die erforderlichen Mittel, um die notwendigen Wiederaufbaumaßnahmen durchzuführen. Die Eltern möchten ihren Kindern einen Schulbesuch ermöglichen. Ausreichend Lehr- und Lernmittel sowie Klassenräume sind jedoch nicht vorhanden. Damit die Kinder eine Zukunft haben, müssen sie lernen, und zwar jetzt! Und sie wollen es auch. Der Verein „Schulen für Afghanistan“ wurde schon zweimal mit dem Olof-Palme-Friedenspreis ausgezeichnet - 1992 und 2002. Die Gründerin und Ehrenvorsitzende, Frau Ursula Nölle, erhielt zweimal das Bundesverdienstkreuz, zuletzt 2006 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse für ihr Lebenswerk und sie wurde mit dem „Prix Courage“ geehrt.

2. Der Verein „Hilfe für das Hospital Santa Teresa“ und sein Vorsitzender Dr. Enno Keller aus Ahrensburg. Ich begrüße herzlich Herrn Dr. Keller und seine Frau.

Dr. Keller ist seit 1981 Facharzt für Unfallchirurgie. 1995 gründete er ein Stipendium für Assistenzärzte des Podiatry Institutes in Atlanta, USA, und wurde 2004 zu dessen Ehrenmitglied ernannt. Sieben Gastärzte kamen bereits nach Ahrensburg. Dr. Keller war einige Jahre mit einer US-Amerikanischen Hilfsorganisation im mittelamerikanischen Staat El Salvador unterwegs, um dort Missbildungen an Kinderfüßen zu operieren. Er ist auch der Veranstalter des jährlichen Deutsch-Amerikanischen Fußchirurgie Symposiums, Autor einer Reihe wissenschaftlicher Veröffentlichungen und unternimmt regelmäßig Reisen mit der Organisation „Healing the Children“ nach Lateinamerika, um dort zu helfen. 2003 flog er als einziger Deutscher in einer 21-köpfigen Gruppe von US- Krankenschwestern, Pflegern, Assistenzärzten, Anästhesisten von Houston nach San Salvador, um Kindern mit Fußmissbildungen in El Salvador zu einem besseren Leben zu verhelfen. Vor Ort fand man Unterstützung durch den Rotary Club San Salvador, der sich um die Vermittlung im Krankenhaus bemühte, die kleinen Patienten zur Vorstellung brachte, den täglichen Bustransport der medizinischen Gruppe übernahm, einen Teil der Heilkosten aufbrachte und vieles mehr. Es ist eine umfassende Organisation und Logistik nötig, um Hilfe effizient da ankommen zu lassen, wo sie Not tut und es braucht hier wie überall Vorbilder und Helfer, die umsichtig und tatkräftig den Helfern beim Helfen helfen.

Seit 2007 kümmert sich Herr Dr. Keller mit seiner Frau, Familienmitgliedern und zwei Freunden, ausschließlich um das Armenkrankenhaus Santa Teresa in Zacatecoluca.

Zacatecoluca ist die Hauptstadt des Departementos La Paz im Süden von El Salvador. Das Hospital Santa Teresa wurde 2001 durch ein Erdbeben zerstört. Ziel des Vereins ist der Wiederaufbau dieses Krankenhauses und die Schaffung eines menschenwürdigen Behandlungsumfelds. Etwa 90% der Patienten dort sind viele Schwerverletzte und Kranke,

besonders viele verletzte Kinder, die nicht krankenversichert sind und der Staat hat kein Geld für das Krankenhaus.

Der Verein „Hilfe für das Hospital Santa Teresa“ verzeichnet inzwischen eine beeindruckende Erfolgsbilanz. Es wurden dem Krankenhaus Waren im Wert von mehr als € 120.000 übergeben. Dazu zählen eine Vielzahl chirurgischer Instrumente, Implantate, Acrylgipse, Verbandmaterial etc. Die Stifter nenne ich an dieser Stelle gern. Es sind die Firmen: Hessing Stiftung und Klinik, Augsburg, Zimmer Germany, Freiburg, Darco Germany, BSN Medical ACTO u.a. Die Transportkosten übernahm die Firma Rudolf Medical, Friedingen, sowie Meike und Wolfgang Petter. Außerdem gilt Dank der Botschaft der Republik El Salvador, die Santa Teresa stets mit Rat und Tat zur Seite stehen. Es fehlt aber immer noch an sehr vielem, besonders an medizinischer Ausrüstung, so dass jede weitere Spende willkommen ist und dankbar entgegengenommen wird. Auf der Homepage ist daher auch das Goethe-Wort zu lesen: „Mensch mit zugeknöpften Taschen, dir tut keiner was zu lieb. Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn du nehmen willst, dann gib.“

3. Das Therapie-Theater Reinfeld

Das Therapie-Theater-Reinfeld ist hier vertreten durch den Initiator, Herrn Ulrich Reichle-Röber und die erste Vorsitzende und Regisseurin, Frau Anja Jansen, sowie weitere Beteiligte, die ich ebenfalls herzlich begrüße.

Ich muss bekennen, dass mir Reinfeld, obwohl zur Metropolregion Hamburg zählend, nur dem Namen nach bekannt war. Als ich im Internet las, dass der Dichter des wunderschönen und allbekannten Abendliedes „Der Mond ist aufgegangen“, Matthias Claudius, 1740 in Reinfeld das Licht der Welt erblickte, wurde mir der Ort spontan lieb und vertraut. Über die mütterliche Familie war Matthias Claudius mit Theodor Storm und Johannes Brahms verwandt. Ich assoziiere: Wo solch ein Geist gedieh, mag das Leben besonders lebenswert sein und wohl auch eine lebendige Theaterkultur hervorbringen. Das Therapie-Theater-Reinfeld ist ein integratives Theaterprojekt, bei dem Menschen aus der Psychiatrie mit Amateurschauspielern gemeinsam auf der Bühne stehen. Nominiert wurde es insbesondere wegen seiner Projektarbeit „Handy-Cap-Film“, bei dem es um therapeutische Arbeit mit neuen Medien geht. Ihr Forum im Internet habe ich mehrfach besucht und dabei festgestellt, dass es durchschnittlich 5000 Personen sind, die jährlich die Therapie-Theater-homepage aufrufen.

In Ihrem Internetportal geben Sie nützliche und beeindruckende Informationen zu Ihren Therapieansätzen und der Bandbreite der angebotenen Therapien in den Bereichen Theaterpädagogik und Theatertherapie. Beispielhaft und hervorzuheben ist die Inszenierung „Zug des Lebens“, die aus Anlass der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Staatsgründung Israels und zur Feier der 10. Spielzeit des Therapie-Theaters Reinfeld aufgeführt wurde. Sie sollte im Jubiläumsjahr 2010 etwas besonderes bieten. Ein Theaterstück, das zu Herzen geht. Charaktere, mit denen wir uns identifizieren können. Eine Botschaft, die eine deutliche Position gegen Ausgrenzung und Verfolgung bezieht. Die Besonderheit der Inszenierung ist, dass eine "gesellschaftliche Randgruppe", nämlich Darsteller und Darstellerinnen aus der Psychiatrie, eine andere Minderheit darstellt, die vor siebzig Jahren massiver staatlicher Verfolgung ausgesetzt war - unsere jüdischen

Mitbürger. Dies Jubiläumsstück ist das ausdrückliche Bekenntnis zu den demokratischen und sozialen Werten des Therapie-Theaters:

- > gegen Diskriminierung und Stigmatisierung psychisch Kranker (und anderer Bevölkerungsgruppen)
- > für Förderung sozialer Integration und Rehabilitation
- > für Entwicklung und Förderung sozialer Kompetenz und kreativen Potentials
- > für Förderung von individueller Ausdrucksfähigkeit, gesellschaftlicher Rollenflexibilität, Anerkennung und Wertschätzung.

Ohne die Unterstützung der Jüdischen Gemeinde in Bad Segeberg, der Botschaft des Staates Israel in Berlin und des Magazins „NAI - Israel Heute“ wäre die Inszenierung nicht möglich geworden. Dank dafür auch an dieser Stelle. Nun habe ich die Ehre, im Namen des Kuratoriums des Olof-Palme-Friedenspreises

nicht nur den sondern die diesjährigen Preisträger 2011 zu verkünden. Das Kuratorium hat sich auch in diesem Jahr dafür entschieden, den Preis zu teilen. Es ließ sich bei seiner Entscheidung von der Absicht leiten, zwei bedeutende Projekte zu würdigen und zu fördern. Nehmen Sie daher den Preis als Ausdruck besonderer Anerkennung und Ehrung entgegen. Ich bitte die Preisträger auf die Bühne:

Herrn Dr. Enno Keller für den Verein Hilfe für das Hospital Santa Teresa und Herrn Ulrich Reichle-Röber und Frau Anja Jansen für das Therapie-Theater Reinfeld.

Es ist mir eine Freude, Sie mit dem Olof-Palme-Friedenspreis 2011 auszuzeichnen. Ich gratuliere Ihnen im Namen des Olof-Palme-Friedenspreis-Kuratoriums des Kreisverbandes Stormarn der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Walter-Jacobsen-Gesellschaft. Dieser Preis möge Ihnen Motivation und Hilfe sein.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer](#) - veröffentlicht am 04.03.2011, 09:43 Uhr - 5569 Clicks - Nr. 242

Das soziale Europa schaffen!

Europäisch geförderte Projekte und die Stärkung der Arbeitnehmerrechte standen im Mittelpunkt des Besuchs der rheinland-pfälzischen Europaabgeordneten Jutta Steinruck in Kiel.

Auf Einladung der SPD-Landtagsfraktion führte die Europaabgeordnete gemeinsam mit den SPD Landtagsabgeordneten Rolf Fischer (Kiel) und Wolfgang Baasch (Lübeck) Gespräche mit dem „Frauennetzwerk zur Arbeitssituation“ und dem Vorsitzenden der „Europa Union“ und sprach auf der 3. Personal- und Betriebsrätekonferenz der Fraktion zum Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa. Dazu erklären Wolfgang Baasch und Rolf Fischer:

Beim „Frauennetzwerk zur Arbeitssituation“ wurde die quantitative und qualitative Verbesserung der Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt thematisiert. Wer den drohenden Fachkräftemangel

beklagt, muss die Erwerbstätigkeit von gut ausgebildeten Frauen stärken. Die in Kiel Und Lübeck aktive Beratungsstelle „Frau & Beruf“ des Frauennetzwerks leistet hier erfolgreiche und beispielhafte Arbeit, die auch künftig gefördert werden sollte. Insbesondere müssen die neuen EU-Förderprogramme ab 2014 darauf ausgerichtet werden, Strukturen zu schaffen und kompetente Beratung und Hilfestellung für Frauen zu ermöglichen.

Im Gespräch mit dem Vorsitzenden der „Europa Union“, Uwe Döring, ging es um die Bedeutung und den regionalen Bezug europäischer Politik. Dieser Meinungs austausch soll auch zukünftig mit konkreten europäischen Themen fortgeführt werden.

In der anschließenden Personal- und Betriebsrätekonferenz der SPD Landtagsfraktion war die uneingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1.Mai 2011 das zentrale Thema. Einig waren sich die Teilnehmer, dass der europäische Binnenmarkt wichtig ist für den wirtschaftlichen Erfolg in Deutschland; die uneingeschränkte berufliche Mobilität ist zu begrüßen. Doch die Arbeitnehmerfreizügigkeit braucht klare Regeln, damit Missbrauch verhindert wird. Dazu gehören:

- * der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort,
- * ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn als Lohnuntergrenze,
- * die wirksame Kontrolle der Schwarzarbeit sowie
- * eine verbesserte Mitbestimmung und
- * die Beratung von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in ihren Heimatsprachen.

Hier muss die Bundesrepublik Deutschland auf allen Ebenen, auch in Schleswig-Holstein, noch ihre Hausaufgaben machen, damit die Arbeitnehmerfreizügigkeit das soziale Europa stärkt.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 04.03.2011, 12:56 Uhr - 1889 Clicks - Nr. 243

Zukunft für Frauenfacheinrichtungen gesichert

Die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Ingrid Lietzow, und die frauenpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Birgit Rimpo-Repp, erklären zur Verlängerung der Zuwendungsverträge für sieben Frauenfacheinrichtungen in Kiel:

„Besonders vor dem Hintergrund des Weltfrauentages am 8. März begrüßen wir die Vertragsunterzeichnung mit sieben Frauenfacheinrichtungen in Kiel. Wir haben uns gemeinsam mit dem Oberbürgermeister für diese Vertragsverlängerung eingesetzt. Bei allen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung sind wir mit Torsten Albig einer Meinung, dass nicht bei den Empfängerinnen und Empfängern von sozialen Leistungen gekürzt werden darf. Vielmehr haben wir die Zuwendungen in diesem Bereich um 20.000 Euro aufgestockt.“

Keine Kommentare

Jürgen Klein neuer Vorsitzender

Mit den Worten „ich bin gern bei Euch“ begann Jörn Thießen seine Grußworte während der Jahreshauptversammlung. Er lobte die Initiativen und die konstruktive Arbeit des SPD-Ortsvereins Hohenlockstedt. Es sei richtig, so der ehemalige Bundestagsabgeordnete, sich auch in den Städten und Gemeinden für die SPD zu engagieren, da die Einflussnahme der Sozialdemokratie weit reiche und Internationalität habe.

In der SPD ständen die Kreisverbände und Ortsvereine weit oben. Sie seien die Basis des politischen Arbeit und der innerparteilichen Demokratie. Die SPD habe in den vergangenen Monaten gezeigt, dass sie für eine starke und lebendige Demokratie stehe, nicht zuletzt durch den Mitgliederentscheid des SPD-Landesverbandes über die Spitzenkandidatur zur kommenden Landtagswahl.

Mit Blick auf die instabile politische Lage in Nordafrika betonte Thießen die politische Verantwortung der demokratischen Parteien für alle Menschen, die auch uns angeht. Er forderte ein Umdenken in der deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. So dürften nicht mehr wirtschaftliche Interessen die Leitmaxime unseres internationalen Handelns sein, vielmehr müssten Moral, Menschenrechte und Demokratie in den Fokus rücken. Eine bloße Abschottung der Grenzen Europas zum Selbstschutz sei höchst kontraproduktiv. Zur Schul- und Bildungspolitik sagte Jörn Thießen, man müsse den Menschen Perspektiven durch gute Bildung und Arbeit geben, um Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in allen Regionen unserer Erde zu fördern. Dies gelte insbesondere für Nordafrika, um die jungen Menschen den Einflüssen radikaler Kräfte zu entziehen. Da man nur ein Schulleben habe, müsse die Schulpolitik verlässlich und nachhaltig sein.

Der stellvertretende Vorsitzende Jürgen Kirsten trug im Namen des Vorstandes den Rechenschaftsbericht für das vergangene Jahr vor: Das Jahr 2010 war geprägt von den schlechten Wahlergebnissen der SPD im Jahre 2009 und deren personeller sowie sachlicher Aufarbeitung. Kirsten fordert von der Partei eine intensivere Auseinandersetzung mit ihrer Politik des vergangenen Jahrzehnts. Insbesondere im Niedriglohnbereich sowie im Bereich der Kurz- und Leiharbeit bedürfe es einer Kurskorrektur. Zudem seien die notwendige Mitgliederaktivierung sowie die verstärkte Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wichtige Anliegen, derer man sich in der kommenden Zeit dringend zuwenden müsse. Auch habe das großartige Wahlergebnis der SPD bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg gezeigt, dass Wirtschaft und Soziales kein Widerspruch sein muss.

Niklas Sievers und Friedrich Kortüm

Keine Kommentare

4.3.2011 Pressemitteilung: Information über die Stadtregionalbahn

4.3.2011

Pressemitteilung: Information über die Stadtregionalbahn

Es liegen wichtige Entscheidungen für den Kreis Plön zu einem für die Region bedeutendem Vorhaben vor: Die Stadtregionalbahn!

Die Gutachten für die Planungen der Stadtregionalbahn liegen vor. Die SPD-Kreisvorsitzende



Anette Langner und der Fraktionsvorsitzende im Plöner Kreistag, Lutz Schlüsen, möchten darüber gerne informieren und laden herzlich dazu ein.

Montag, den 14. März, 20.00 Uhr, Hotel Stadt Kiel, Am Markt, Schönberg

Herr von Nell vom Büro Spiekermann AG, Consulting Engineers, Düsseldorf und Frau Prien von der Investitionsbank Schleswig-Holstein, werden das "Gutachten zur Aufteilung der Kosten und Erlöse der SRB Kiel auf die Beteiligten Aufgabenträger" vorstellen. Herr Hawel vom Büro Stadt & Land Fleckeby wird die „Wissenschaftliche Untersuchung zu den regionalwirtschaftlichen Effekten der StadtRegionalBahn in Kiel und in der Region“, die er in Kooperation mit Prof. Götz von Rohr erstellt hat, erläutern. Der Bürgermeister und Stadtrat für Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt Kiel, Herrn Peter Todeskino, wird ebenfalls anwesend sein.

Gemeinsam sollen über Chancen und Risiken dieses Projektes diskutiert werden, auch um eine Grundlage für weitere Entscheidungen zu haben. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich zu informieren.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 05.03.2011, 09:38 Uhr - 3301 Clicks - Nr. 246

Regionaler Nahverkehrsplan

Der Kreis Stormarn arbeitet derzeit an der Erstellung des 3. regionalen Nahverkehrsplans. Der SPD Barsbüttel sind dabei aus Sicht der Gemeinde drei Punkte besonders zu beachten, wie Gemeindevertreter Klaus-Jürgen Krüger erklärte: „Für die Jungen ist es wichtig, dass das Angebot an Nachtbussen attraktiv bleibt, weil sonst die Nähe zu Hamburg nichts bringt. Für die Ortsteile Stemwarde und Stellau ist es wichtig, auch in Richtung Stapelfeld / Rahlstedt an Hamburg angebunden zu werden.“



Und für die älter werdende Bevölkerung insgesamt komme es darauf an, die Linie 263 in ihrem derzeitigen Angebot mindestens zu erhalten. Weitere Sparmaßnahmen des Kreises zu Lasten der Gemeinde Barsbüttel dürfe es nicht geben.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 05.03.2011, 09:40 Uhr - 3159 Clicks - Nr. 247

Haushalt 2011

Mit den Stimmen von SPD und CDU hat die Gemeindevertretung den Haushalt 2011 beschlossen. Der SPD-Gemeindevertreter und stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martin Habersaat erklärte für seine Fraktion, die Haushaltsberatungen 2011 seien im Zeichen der Auswirkungen der Finanzkrise verantwortungsvoll geführt worden. Der Haushalt 2011 sei ausgeglichen, gleichzeitig sei es möglich, die Kinderbetreuung in der Gemeinde mit neuen U3-Gruppen zu verbessern.



Auch den Vereinen und Verbänden der Gemeinde könne ihre Arbeit weiterhin ermöglicht werden. „Haushaltspolitik muss den Spagat schaffen zwischen der gebotenen Sparsamkeit auf der einen und Investitionen in Bildung und gesellschaftlichen Zusammenhalt auf der anderen Seite.“

Der Haushalt 2011 konnte allerdings nur durch den Verkauf des Grundstücks „Am Akku“ für das neue Nahversorgungszentrum ausgeglichen werden. Habersaat: „Die Städte und Gemeinden sind darauf angewiesen, dass Land und Bund sich stärker an den Ausgaben beteiligen, die sie durch ihre Beschlüsse verursachen. Hier erwarte ich im Sommer 2011 Fortschritte.“ Die SPD habe entsprechende Vorschläge zur Finanzierung der Grundsicherung und Neuverteilung der Einkommensteuer gemacht.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 05.03.2011, 09:49 Uhr - 6354 Clicks - Nr. 248

Olof-Palme-Friedenspreis - Festrede 2011

Tilo Braune: Olof Palmes Vermächtnis lebt, dem wir fühlen uns verpflichtet!

Anrede,

der Olof Palme Friedenspreis, den die SPD Stormarn nach der Ermordung des schwedischen Ministerpräsidenten am 28. Februar 1986 ins Leben rief und nun seit 1987 jährlich verleiht, ist ein wichtiger Grund nicht nur im Gedenken an den unermüdlichen Friedenskämpfer und Menschenfreund Olof Palme zusammenzukommen, sondern vielmehr das notwendige Nachdenken über seine gelebten Werte und Handlungen zu nutzen,



sich wichtiger Schlussfolgerungen aus seinem Wirken gemeinsam zu versichern, Menschen und Initiativen, die in seinem Sinne wirken, auszuzeichnen und sich darüber immer wieder zu verständigen, was sein Leben, sein Credo für uns heute und künftig zu bedeuten hat.

Vor 25 Jahren war die Welt schockiert. Ein bis heute unbekannter Täter tötete aus immer noch unbekanntem Motiven, vermutlich im Auftrag dunkler Hintermänner, den Hoffnungsträger vieler friedliebender Menschen in aller Welt.

Mein Freund Freimut Duve schrieb im Vorwort seines 1986 erschienenen Sammelbandes „Er rührte an die Herzen der Menschen“ (Zit.): „Olof Palme gehörte zu den wenigen Politikern, die sich in Ost und West, in Nord und Süd über die Blockgrenzen hinaus Ansehen verschafft haben. Seiner weltweit wirksamen internationalen Initiativen wegen, aber auch des von ihm wesentlich bestimmten innenpolitischen Weges Schwedens.“

Noch heute fällt es schwer eine Antwort auf die Frage zu finden, warum ein Friedenskämpfer von

visionärer Kraft sterben musste, der den Menschen ein Leben in demokratischer Freiheit verschaffen wollte, der gegen Unrecht, Unterdrückung und Rassismus eintrat, für Frieden und Partnerschaft. Er äußerte sich vehement gegen den Vietnamkrieg, gegen Atomwaffen, kämpfte für Abrüstung und für eine Verbesserung der Situation der Menschen in der Dritten Welt.

Willy Brandt versuchte in seiner Gedenkrede am 15. März 1986 eine Antwort zu finden (Zit.): Es gibt eine beeindruckende Reihe von Persönlichkeiten mit ungewöhnlicher moralischer Ausstrahlung, herausragende Kämpfer für Frieden und Menschenrechte, die aber dennoch – oder vielleicht gerade deswegen – Opfer von Gewalt wurden.

Wir von der Welt umfassenden Gemeinschaft demokratischer Sozialisten und Sozialdemokraten haben einen guten Freund verloren, einen nimmermüden und höchst anregenden politischen Menschen, einen überragenden Genossen im Kampf

- um die Sicherung des Friedens;
- um die Erweiterung der Möglichkeiten, unter denen die sozialen und individuellen Menschenrechte gedeihen können;
- um die Gewährung von mehr Gerechtigkeit, auch für jene Millionen Mitmenschen, die nicht genug zu essen haben in einer Welt, die alle ernähren könnte, wenn sie besser organisiert wäre.“

Und er fährt fort: „Das Beispiel von Olof Palme wird die Bemühungen all jener beflügeln, die für eine bessere Zukunft kämpfen“ (Zit. Ende).

Wenn man als Festredner mit logischerweise begrenzter Redezeit nachdenkt, welchem seiner vielen Themenfelder ein Schwerpunkt zuwidmen sei, so steht man folgerichtig vor dem Dilemma, sich nur durch Verknappung auf einige Aspekte seines Schaffens konzentrieren zu können. Dies sei mir nachgesehen.

Anrede!

Wir leben noch immer in einer Welt, die durch bewaffnete Auseinandersetzungen gekennzeichnet ist. Sei es der Irak, der nur mühevoll befriedet erscheint, sei es das aktuelle berechtigte Aufbegehren der arabischen Völker gegen ihre Potentaten, die die westliche Welt, auch Deutschland, aus Eigeninteresse viel zu lange hat gewähren lassen und die nun ratlos vor dem wachsenden Selbstbewusstsein der dortigen Bevölkerung steht, sei es der unsägliche Krieg in Afghanistan, dessen Ausgang völlig offen ist.

Margot Käßmanns Satz: Nichts ist gut in Afghanistan! beschreibt auf den Punkt gebracht das Scheitern der Politik des westlichen Verteidigungsbündnisses.

Stellen wir uns die Frage:

Was würde der unbequeme, durchaus auch polarisierende Olof Palme heute dazu sagen?

Für mich ist die Antwort klar!

Ich bin überzeugt, dass er uns in der unnachahmlichen Konsequenz seines Denkens zurufen würde: Haltet ein, seht ihr denn immer noch nicht, dass berechnete Interessen nicht mit Waffengewalt durchzusetzen sind? Wann werdet ihr endlich aus den Erfahrungen der Geschichte, der viel zu vielen verlorenen Kriege, der viel zu vielen unschuldigen Opfer lernen, dass es andere Wege geben muss, zu einer lebenswerten Welt für uns alle zu kommen?

Aber vielleicht würde es ihm auch heute noch so gehen, wie es ihm zu Lebzeiten, also vor über 25 Jahren nur allzu oft ergangen war.

Palme Biograf Henrik Berggren zu seinem Schaffen(Zit.):

„Man kann das naiv nennen. Da ist dieser moralische Schwede, der um die Welt reist und den Leuten Ratschläge gibt. Und keiner hört auf ihn, in dieser harten, zynischen Welt. Aber was soll's. Er hat getan, was er tun konnte, und ich denke, das war schon sehr beeindruckend.“

Das klingt zunächst wohl reichlich fatalistisch. Aber ich denke, dieser Eindruck ist falsch.

Stellen wir uns doch einmal die Frage, wie unsere Welt aussähe, wenn es nicht solche Menschen wie Olof Palme gäbe,

wenn den Entscheidungsträgern dieser Welt nicht auch die drängenden Mahner und Friedenskämpfer auf den Fersen wären, seien sie nun prominent oder einfache unerschrockene Bürger, die mit Mut und Zivilcourage für eine friedliche Welt einträten.

Ich glaube, Palmes Vermächtnis, an dem wir uns orientieren sollten, könnte lauten:

Lasst nicht nach, gemeinsam für eine friedliche, gerechtere Welt zu kämpfen, die ein selbst bestimmtes Leben in Frieden und Wohlergehen für alle Menschen möglich macht. Lasst euch nicht entmutigen von Diktatoren, kalten Machtpolitikern und herzlosen Egoisten, denen das eigene Interesse höher steht als das Gemeinwohl!

Ich bin überzeugt, wenn viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, Europa und der Welt nach dieser Palmeschen Devise mehr und mehr handeln, dann schaffen wir es, dieser seiner Vision Stück für Stück näher zu kommen.

Dazu gehört natürlich ein Verhalten, das wir gemeinhin Zivilcourage nennen. Zivilcourage, ein Begriff, der zum ersten Mal 1835 in Frankreich als „courage civil“, Mut des Einzelnen zum eigenen Urteil, verwandt wurde und der im Zusammenhang mit den heute auszuzeichnenden Personen und humanitären Initiativen näher beleuchtet werden soll.

Wir verstehen heute wird unter Zivilcourage das mutige Auftreten gegen die öffentliche oder

veröffentlichte Meinung, mit dem der Einzelne ohne Rücksicht auf sich selbst die Werte der Allgemeinheit vertritt, von denen er überzeugt ist.

Der Begriff „ohne Rücksicht auf sich selbst“ hat historisch wie aktuell, aber natürlich auch geographisch, verschiedene Bedeutungen, er muss unterschiedlich interpretiert werden, die Anforderungen an sich selbst sind zeitabhängig verschieden.

In westlich orientierten Gesellschaften zeigt derjenige Zivil-courage, der die Werteorientierungen der jeweiligen Gesellschaften wie z. B. die „Allgemeine Erklärung der Menschen-rechte“ offen und ohne Rücksicht auf eigene Nachteile vertritt. Dies erfordert Mut, da derjenige, der Zivilcourage zeigt, möglicherweise mit Repressionen durch Autoritäten, Vertreter der herrschenden Meinung oder seines sozialen Umfeldes zu rechnen hat.

Sophie und Hans Scholl haben seinerzeit ihre Zivilcourage mit dem Leben bezahlen müssen, obwohl sie „nur“ in der Münchener Uni Flugblätter verstreut und sich gegen das unmenschliche Hitler-Regime gewandt hatten.

Ganz aktuell riskierten und riskieren ägyptische Demonstranten sowie Demonstranten in anderen arabischen Ländern ihr Leben, indem sie sich offen zu demokratischen Wahlen, zur Absetzung der Diktatoren und natürlich auch für ein besseres materielles Leben einsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
wir sollten jedoch die Hürde nicht zu hoch legen.
Zivilcourage beginnt beileibe nicht erst mit dem Einsatz des eigenen Lebens.

Zivilcourage fängt schon viel früher und im Kleinen an, nämlich immer dann, wenn

- du etwas nicht gerecht oder falsch findest
 - du etwas dagegen tun willst
- und dies vor anderen öffentlich tun musst
- du dabei das Gefühl hast,
- im Nachteil oder unterlegen zu sein
- wenn der Erfolg deines Einsatzes unsicher ist
- und du eher Nachteile als Vorteile zu erwarten hast

Zivilcourage zeigt bereits der, der für Werte eintritt, obwohl er dafür vielleicht nur wenig Beifall erhält, und auch bereit ist, immaterielle und materielle Nachteile für sein Handeln in Kauf zu nehmen.

Aber um es deutlich zu sagen: Zivilcourage ist also nicht nur mit großen und zum Teil tragischen Namen verbunden.

Zivilcourage bedeutet nichts anderes als den moralischen Auftrag an jeden Einzelnen von uns, sich permanent für den Anderen und die Gemeinschaft einzusetzen und dafür auch mögliche persönliche

Nachteile in Kauf zu nehmen.

Hierfür lohnt es sich zu streiten! Und dies beachtend und so handelnd können wir uns ganz im Sinne Olof Palmes fühlen!

Olof Palme arbeitet mit seinem Freund Willy Brandt in der Nord-Süd-Kommission. Beider Ziel war ein gerechter Interessenausgleich zwischen der so genannten Ersten und der Dritten Welt, der Einsatz also für benachteiligte Menschen.

Der heute zu vergebende Olof Palme Friedenspreis, wir werden von der Laudatorin gleich mehr dazu hören, widmet sich Menschen und Initiativen, die genau in diesem Geiste seit Jahren aktiv sind und deren persönlicher Einsatz im humanitären Bereich nicht nur Vorbild sein kann, sondern durch die Auszeichnung auch zur Nachahmung aufrufen soll.

Wünschen wir uns ganz im Sinne Olof Palmes viele engagierte Nachahmer seiner unerschrockenen und vehementen Friedenspolitik.

Olof Palmes Vermächtnis lebt, dem fühlen wir uns verpflichtet!

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 05.03.2011, 09:51 Uhr - 6665 Clicks - Nr. 249

**Olof-Palme-Friedenspreis - Grußwort von Egon Bahr
Grußwort zur Olof-Palme-Preisverleihung im
Schloss Reinbek am 28. Februar 2011**

Den Preisträgern dieses Jahres möchte ich meine herzlichen Glückwünsche übermitteln. Der Olof-Palme-Friedenspreises ehrt jährlich „lokale“ Beiträge zur Verwirklichung von Gemeinsamer Sicherheit – der globalen Vision Olof Palmes, der heute vor genau 25 Jahren ermordet wurde. Auch zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Mauer hat der Preis – leider – nichts an Aktualität eingebüßt.



Der Begriff „Gemeinsame Sicherheit“ drückt im Zeitalter gesicherte Zweitschlagsfähigkeit der interkontinentalen strategischen Atomwaffen das neue Gesetz aus: Sicherheit ist nicht mehr vor dem potentiellen Gegner, sondern nur noch mit ihm, also gemeinsam zu erreichen. Nur Washington und Moskau verfügen über diese Macht. Beide Seiten haben mit großem Verantwortungsbewusstsein dafür gesorgt, dass aus dem Kalten Krieg ein heißer wurde. Daran hat sich bis heute nichts verändert. Obama hat mit Medwedew das neue START-Abkommen geschaffen, als die Kürzung von rund einem Drittel der strategischen Waffen und damit das Prinzip der Zusammenarbeit an die

Stelle der bisherigen Konfrontation gesetzt. Es steht vor seiner Bewährung, wenn in diesem Jahr das Thema der Raketenabwehr in Zusammenwirken zwischen NATO und Russland erreicht werden soll.

Ich freue mich, dass Sie durch Ihr Engagement im Sinne von Olof Palme den Opfern von Krieg und Gewalt helfen und Frieden stiften, indem Sie – wie ich es bei der Preisverleihung 1991 sagte, zum „Abbau der Mauern in den Köpfen“ beitragen.

Olof Palme unterstützte stets Willy Brandts Friedenspolitik – von der Berliner Politik der kleinen Schritte zur Öffnung der Mauer bis zur europäischen Politik der Entspannung durch Verständigung und Verträge mit Osteuropa und Moskau. Diese Entspannungspolitik bahnte den Weg zum friedlichen Fall der Mauer und der Vereinigung Europas.

Heute, mehr als 20 Jahre nach dem Fall der Mauer, kämpfen wir immer noch für den Abbau der Mauern in den Köpfen, damit Friedenspolitik im Sinne von Olof Palme verwirklicht werden kann. Durch Ihr tagtägliches, praktisches und ehrenamtliches bürgerschaftliches Engagement tragen Sie dazu bei.

Dafür werden Sie heute geehrt! Sie können sicher sein: Sie sind nicht allein! In den USA, Deutschland und anderen Ländern haben sich in den letzten drei Jahren überparteilich „Elder Statesmen für eine Welt ohne Atomwaffen“ zusammengetan. Es gibt Grund, am heutigen Tag optimistisch nach vorn zu sehen: Jedenfalls in und für Europa macht der Abbau von Mauern in den Köpfen Fortschritte über viele Vorurteile und alte Grenzen hinweg.

Foto: Birgit Kassovic und Egon Bahr 1991
(Fotograf: Franz Thönnnes)

Keine Kommentare

[SPD Kieler-Mitte](#) - veröffentlicht am 05.03.2011, 17:19 Uhr - 4476 Clicks - Nr. 250

Ortsverein fordert Erneuerung im Landesvorstand

Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Kieler Mitte, Benjamin Raschke, erklärt:

Der Ortsverein Kieler Mitte hat auf seiner Jahreshauptversammlung am 2. März über die Lage der SPD Schleswig-Holstein diskutiert. Vor dem Hintergrund des Ergebnisses des Mitgliederentscheids und der gemeinsamen Erklärung von Torsten Albig und Ralf Stegner am vergangenen Sonntag hat der Ortsverein mit großer Mehrheit folgenden Appell an den Landesparteitag beschlossen:



Der Ortsverein Kieler Mitte erwartet, dass der nächste Landesparteitag zur personellen und politischen Erneuerung im Landesvorstand beiträgt.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 06.03.2011, 15:34 Uhr:

RE: Ortsverein fordert Erneuerung im Landesvorstand

Wo bleiben die Personalvorschläge/Kandidaturen?

Kommentar von [Günther](#) vom 06.03.2011, 15:28 Uhr:

RE: Ortsverein fordert Erneuerung im Landesvorstand

Ich stimme dem Ortsverein Kiel-Mitte zu, dass sich die Landes-SPD auf dem Landesparteitag im April personell und politisch erneuern muss. Es sollten neue Leute in den Landesvorstand gewählt werden.

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 05.03.2011, 21:49 Uhr - 5209 Clicks - Nr. 251

AfA Schleswig-Flensburg solidarisch im ver.di Tarifstreit im ÖD



Die AfA SL-FL unterstützt die ver.di Kolleginnen und Kollegen bei der Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Dienst (ÖD) und beim Warnstreik im Raum Schleswig-Flensburg.

Besonders wurden die Forderungen der Straßenmeistereien laut mit über 200 Beschäftigten beim Warnstreik der ver.di im Bezirk in Schleswig-Holstein Nordost in Flensburg am 2. März 2011.

Die Beschäftigten haben ihr Augenmerk um ihre berechtigten Forderungen auf die hohe Belastung im harten Winter gemacht, wo sie rund um die Uhr unter harten Bedingungen ihren Dienst für die Allgemeinheit geleistet haben. Außerdem fordern sie im Zusammenhang eine Anerkennung der Leistungen in diesem Bereich des ÖD mit einer Übernahme der Auszubildenden.

Die AfA SL-FL wird weiterhin die Beschäftigten in der Tarifaueinandersetzung im ÖD unterstützen.

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 06.03.2011, 15:13 Uhr:

RE: AfA Schleswig-Flensburg solidarisch

Natürlich brauchen die MitarbeiterInnen im öffentlichen Dienst eine Gehaltssteigerung. Die immer wieder proklamierte Arbeitsplatzsicherheit wiegt die drastischen Energiekostensteigerungen nicht auf. Auch wenn ich einen Dienstausweis hätte bekäme ich das Benzin nicht billiger oder würde Abzüge von der Stromrechnung machen dürfen. Es ist ziemlich dreist, dass die Arbeitgeber unter Führung von Möllring keine Angebote machen. Auf der Demo in Hamburg wurde deshalb vorgeschlagen, Möllring zum Unwort des Jahres anzumelden. 3% und 50 Euro für alle ist keine überzogene Forderung.

Tagebuch eines Abgeordneten - KW4

In Januar und Februar 2011 hat mich Delara Burkhardt als Praktikantin begleitet. Das gab mir die Gelegenheit, mit Delara gemeinsam ein „Abgeordnetentagebuch“ zu führen. Die dritte Kalenderwoche hatte ich bereits vor einiger Zeit veröffentlicht, hier folgt die vierte.



Montag, 24. Januar 2011

Die vierte Kalenderwoche wurde sehr früh mit dem Umzug des Kreisbüros der SPD-Stormarn eingeläutet.

Am eigenen Leib musste ich dann spüren, wie viel Papierkram und Material sich im Laufe der Jahre in einem Kreisbüro ansammeln. Praktisch, an so einem Tag eine Praktikantin zu haben, die mit anpacken kann...

Nach dem Kistenschleppen und Müllentsorgen steuerte ich mich mit meiner Praktikantin Kiel an. Dort tagte ab 14 Uhr die Enquetekommission „Norddeutsche Zusammenarbeit“ zum Thema Länderfinanzausgleich. Es ging um die Frage, welche bundespolitischen Konsequenzen ein Zusammenschluss von Bundesländern hätte. Anschließend ging es wieder Richtung Wahlkreis, wo ich in Bad Oldesloe am Jahrestreffen des Stormarner Handwerks teilnahm. Den Abschluss des Tages bildete eine Veranstaltung im Barsbüttler Rathaus, wo ich mich als einer von 250 Gästen bei einer gemeinsamen Veranstaltung von SPD, CDU, BfB und FDP in Barsbüttel über das neue Nahversorgungszentrum informierte und am Rande viele Gespräche führen konnte.

Dienstag, 25. Januar 2011

Bevor ich mich wie jeden Dienstag nach Kiel aufmachte, habe ich einen Zwischenstopp in Bad Oldesloe eingelegt. Das frisch bezogene Kreisbüro musste auf- und eingeräumt werden. Von 14 Uhr bis 17 Uhr fand dann die letzte Fraktionssitzung vor den drei Landtagstagen statt, wo wir die letzten eingegangenen Anträge diskutierten. Eigentlich wollte ich danach wieder nach Bad Oldesloe fahren, jedoch hatte der Offene Kanal Kiel für 18.00 Uhr zu einer Diskussionsrunde über das neue Schulgesetz eingeladen, so dass ich blieb und für meine Fraktion an der „Förderunde“ teilnahm. Deswegen konnte ich leider nicht zur Hauptversammlung der Bad Oldesloer Sozialdemokraten, die an diesem Abend einen neuen Vorstand gewählt haben.

Mittwoch, 26. Januar 2011

Heute startet das dreitägige Plenum des Landtages. Eine halbe Stunde vor dem Plenum findet sich die SPD-Fraktion zu einer Fraktionssitzung zusammen, die noch mal den Ablauf der Tage klärt, bevor es dann von 10 bis 18 Uhr im Plenarsaal losgeht. Heute standen das Schulgesetz und Hochschulgesetz auf der Tagesordnung. Zum Schulgesetz habe ich mich spontan zu einem „Drei-Minuten-Beitrag“ gemeldet, beim Hochschulgesetz war ich als hochschulpolitischer Sprecher meiner Fraktion ohnehin für einen Fünf-Minuten-Beitrag vorgesehen. Zwischendurch habe ich an anderen Redebeiträgen gearbeitet und telefonisch daran gearbeitet, einen Festredner für den Olof-Palme-Preis und einen Veranstaltungsort für den Kreisparteitag der SPD

Stormarn im März zu organisieren.

Nach dem Landtag ging es dann die die Kieler Kunsthalle, wo der diesjährige Jahresempfang der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel stattfand. Wenn der Landtag tagt, übernachtete ich in Kiel, so dass ich anschließend zu Fuß ins Hotel gehen konnte und nicht mehr nach Barsbüttel zurück fahren musste.

Donnerstag, 27. Januar 2011

Bevor ich mich am zweiten Tag des Landtages, heute wegen einer Gedenkveranstaltung in Rendsburg nur von 10 bis 17 Uhr, in den Plenarsaal begab, fand kurz vorher eine kurze Fraktionssitzung statt, in der wir nochmals unser Abstimmungsverhalten besprachen. Gegen Mittag habe ich mich im Landeshaus mit Eltern von Schülern des Landesförderzentrum Sprache in Wentorf getroffen. Die Landesregierung plant, diese Schule nach Schleswig zu verlegen. Anfang Februar werde ich mit anderen SPD-Politikern nach Wentorf fahren, um vor Ort Gespräche zu führen und die Schule kennenzulernen. Nach dem Plenum habe ich den Papierberg auf meinem Kieler Schreibtisch bewältigt, meine Reden auf meine Homepage gestellt und bin dann zu einem interfraktionellen Abendessen gegangen. Das heißt: Eine gemütliche Runde mit Abgeordneten anderer Fraktionen, in der so ein Sitzungstag auch einmal ausklingen darf.

Freitag, 28. Januar 2011

Der letzte Plenumstag beginnt immer etwas früher, weil sich dann ein großer Teil der SPD-Fraktion zum gemeinsamen Frühstück im Landeshaus trifft. Das Plenum tagte heute wieder von 10 bis 18 Uhr, allerdings mit Mittagspause. Am Abend habe ich mich mit Ernst Dieter Rossmann telefoniert, dem hochschulpolitischen Sprecher der SPD Bundestagsfraktion, um über mögliche hochschulpolitische Veranstaltungen in Schleswig-Holstein zu sprechen, die wir gerne zusammen organisieren würden.

Wochenende, 29./30. Januar 2011

Am Wochenende war ich als Gast bei der Vorstandsklausur der SPD Großhansdorf, wo sich die Mitglieder trafen, um das kommende Jahr vorzubereiten. Anschließend habe ich zum Thema „Breitbandanschlüsse in Stormarn“ recherchiert, um mich auf die Energie-Arbeitskreissitzung am kommenden Dienstag vorzubereiten, zu der ich den Ortsvereinsvorsitzenden der SPD Travenbrück eingeladen habe. Außerdem habe ich einen Artikel über die Besichtigung der Stadtwerke Neumünster für meine Homepage geschrieben.

Sonntag musste der Tatort ausnahmsweise ausfallen, weil ich mich mit Mitgliedern der SPD Barsbüttel zur Planung einer Wochenendklausur im März verabredet hatte.

Martin Habersaat, Februar 2011

Keine Kommentare

100 Jahre Weltfrauentag: „Ohne Gleichstellung kein Fortschritt!“

Hagedorn: „Frauenrechtlerinnen standen stets auch für Sozialreformen und Frieden“

Vor 100 Jahren - am 19. März 1911 - gingen Frauen in vielen Ländern gemeinsam mit ihrer zentralen Forderung „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“ auf die Straße. Allein in Deutschland folgten damals mehr als eine Million Frauen diesem Aufruf. Hagedorn: „Sozialdemokratinnen wie die spätere Gründerin der Arbeiterwohlfahrt Maria Juchacz und Gewerkschaftlerinnen standen dabei an der Spitze.

Sieben Jahre später führte die Sozialdemokratie das allgemeine Frauenwahlrecht ein und kurz darauf zogen 1919 37 Frauen als Abgeordnete in die Weimarer Nationalversammlung ein, wo Maria Juchacz am 19. Februar 1919 als erste deutsche Frau im Parlament redete – diese Frauen waren aber nie nur Frauenrechtlerinnen, sie waren immer gleichzeitig mutige Sozialreformerinnen und international vernetzte Friedensaktivistinnen. Diese Tradition zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Frauenbewegung.“



Am 8. März 1917 gingen tausende russischer Frauen angesichts von Tod und Elend durch Krieg für „Brot und Frieden“ auf die Straße – 1930 stand der Internationale Frauentag angesichts von wachsendem Nationalsozialismus unter dem Motto: „Gegen Sozialabbau, Gegen Faschismus, Für Arbeitsschutz, Für Völkerverständigung und Solidarität!“. Ab 1932 war dieses mutige Engagement der Frauen 15 Jahre lang in Nazi-Deutschland unmöglich – viele engagierte Frauen wurden verfolgt, inhaftiert, getötet, wenn sie nicht rechtzeitig ins Exil gelangen konnten.

Hagedorn: „Gemessen an diesen Vorkämpferinnen haben Frauen es heute erheblich leichter sich für echte Gleichberechtigung in Politik, Gesellschaft und Beruf zu engagieren – aber trotz aller Erfolge der letzten 100 Jahre ist es bitter, dass wir dennoch weit von echter Gleichberechtigung gerade im Beruf entfernt sind: es ist ein Skandal, dass Frauen bei gleicher Qualifikation im Schnitt 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen für vergleichbare Arbeit verdienen. Frauen arbeiten trotz überdurchschnittlich guter Schul- und Berufsabschlüsse überproportional im Niedriglohnbereich und zu Dumpinglöhnen. Teilzeitarbeit ist meist weiblich – und Armutsrenten sind es auch. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und „Equal Pay“ würde deshalb insbesondere Frauen helfen, von ihrer Arbeit – meist mit Kindern - ohne Sozialtransfers leben und eine eigenständige Rente für das Alter aufbauen zu können. Voraussetzung dafür ist allerdings auch eine ganztägige gute Betreuung von Kindern jeden Alters – dass Deutschland international und Schleswig-Holstein national hier immer noch Schlusslicht ist, stellt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf dem Rücken der Mütter eine Katastrophe dar. Mit Abstand die größten Probleme haben gerade die alleinerziehenden Mütter – und dieses ist in unserem reichen Land fatal nicht nur für die Frauen, sondern vor allem für ihre Kinder. Leider geht die aktuelle milliardenschwere Kürzungsarie bei der Bundesagentur für Arbeit gerade zu deren Lasten.“

Die Hauptblockade für langzeitarbeitslose Frauen im ländlichen Raum Schleswig-Holsteins ist nach wie vor die fehlende ganztägliche Kinderbetreuung von der Krippe bis zum Schulabschluss - für Alleinerziehende ist es häufig fast unmöglich, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen und so ein eigenständiges Einkommen zu erzielen, das ihre Existenz mit den Kindern sichert. Nicht nachvollziehbar: Schleswig-Holstein liegt dennoch beim Mittelabruf der Bundesförderung „Kinderbetreuungsfinanzierung“ an drittletzter Stelle aller Bundesländer!

Hagedorn: „Nicht nur angesichts des drohenden massiven Fachkräftemangels können es sich Gesellschaft und Unternehmen nicht länger leisten, auf das Potenzial der meist hervorragend ausgebildeten Frauen zu verzichten. Land und Kommunen müssen ‚Gas geben‘ beim qualitativen und quantitativen Ausbau von Betreuungsangeboten, aber auch die Unternehmen selbst sind im eigenen Interesse zur Förderung aufgefordert. Die Milliarden des Bundes aus dem jüngsten ‚Hartz-IV-Kompromiss zu Gunsten der Kommunen müssen jetzt ohne Verzögerung mit Hochdruck für bessere Bildungschancen eingesetzt werden.“

Aber auch dort, wo Frauen erfolgreich im Beruf sind, liegt noch viel im Argen: So sucht man Frauen in den Führungsetagen leider noch immer mit der Lupe: 90 Prozent der 100 größten deutschen Unternehmen haben keine Frau im Vorstand! Der Frauenanteil in den Vorständen der Top-200-Unternehmen lag 2010 bei gerade einmal 3,2 Prozent!

Hagedorn: „Und was macht unsere Regierung? Sie glaubt, Freiwilligkeit und Appelle würden ausreichen - eine Quote, die in vielen anderen Ländern deutlich messbare Erfolge zeigt, lehnt Schwarz-Gelb ab. Dabei zeigt die Erfahrung in Deutschland seit 10 Jahren: der erhobene Zeigefinger als einzige Sanktionsmaßnahme ist wirkungslos, die Appelle sind verpufft. Jetzt müssen gesetzliche Maßnahmen her, wie auch immer mehr Frauen bei der FDP und Union erkennen. Wer allein auf ‚Guten Willen‘ setzt, nimmt Stillstand in Kauf. Und ohne Gleichstellung gibt es keinen Fortschritt.“

Bereits vor einem Jahr hatte die SPD in ihrem Antrag „Mit gesetzlichen Regelungen die Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben umgehend durchsetzen“ eine gesetzliche Frauenquote von mindestens 40 Prozent in Vorständen und Aufsichtsräten – vergeblich - gefordert.

Hagedorn: „Ich rufe die Frauen dazu auf, sich zu solidarisieren, sich selbstbewusst für verantwortungsvolle Positionen zu bewerben und sich untereinander zu vernetzen und zu stärken. Tage wie der Internationale Frauentag tragen zu einem Bewusstseinswandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bei.“

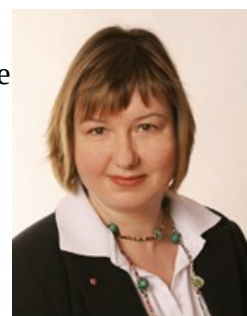
Keine Kommentare

[SPD-Mölln](#) - veröffentlicht am 07.03.2011, 20:29 Uhr - 5058 Clicks - Nr. 254

Das Bildungs- und Teilhabepaket für bedürftige Kinder kommt!

Nun ist es also so weit. Die „von der Leyen-Schwesig-Runde“ ist zum Abschluss gekommen und hat unter anderem das Bildungs- und Teilhabepaket für bedürftige Kinder verabschiedet. Betroffen sind bundesweit 2,5 Millionen Kinder aus Hartz IV-Familien, aus Geringverdienerhaushalten und Familien mit Wohngeldbezug. Mit dem Paket werden zwei Ziele verfolgt:

1. Das Hauptanliegen besteht darin, Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern



einen freien Zugang zu Bildungs- und Betreuungsangeboten zu verschaffen und damit ihre Bildungschancen zu verbessern. Gefördert werden etwa die Teilnahme an Sportvereinen, an Angeboten der Kreismusikschule, an den Angeboten der Offenen Ganztagschule, zudem freies Mittagessen in der Schule oder in der Kita sowie Sachmittel.

2. Ein weiteres Anliegen ist die finanzielle Entlastung der Kommunen. Laut Veröffentlichung des Deutschen Städtetages vom 21.02.11 tragen die Kommunen bundesweit Sozialausgaben in Höhe von 43 Milliarden Euro. Das Bildungs- und Teilhabepaket enthält in den ersten drei Jahren eine Entlastung der Kommunen in Höhe von jährlich 1,6 Milliarden Euro. Das ist also nicht allzu viel, aber wenigstens etwas!

Die Kommunen tragen die Verantwortung für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes vor Ort und haben damit eine völlig neue Aufgabe bekommen, nämlich die Bildungsförderung. Die SPD-Möln stellt daher für die nächste Sitzung des Schul-, Sport-, Jugend- und Sozialausschusses am 28.03.11 einen Antrag, der sich mit der Umsetzung des Paketes befasst.

Wichtig ist uns zunächst, dass wir Kinderarmut wahrnehmen und genau wissen, wie groß der Kreis der Betroffenen ist. Das Sozialforum Möln schätzt, dass jedes vierte Kind in Möln in Armut lebt.

Außerdem brauchen wir eine genaue Analyse des Ist-Zustandes: Welche Angebote kommen in Frage? Wie hoch sind die Beiträge? Wer soll die Koordination übernehmen? Wie wird der Zugang geregelt? Wo müssen wir bei den Angeboten nachbessern?

Nur wenn die Förderung an die vorhandenen Strukturen anknüpfen kann, wird sie auch effizient sein und können bürokratische Hürden vermieden werden.

Des Weiteren wollen wir sicherstellen, dass betroffene Eltern auch informiert werden, von den Angeboten wissen und sich beraten lassen können.

Ein „Runder Tisch gegen Armut und soziale Gerechtigkeit“, in dem die Sozialverbände vor Ort vertreten sind, soll den Prozess der Umsetzung begleiten.

Was die finanzielle Entlastung angeht, muss die Umsetzung in die Beratungen der Haushaltsstrukturkommission integriert werden. Der Finanztransfer muss uns von Kosten entlasten, die wir bisher freiwillig in unserem Haushalt übernommen haben, insbesondere bei der Offenen Ganztagschule und dem Schulsozialarbeiter.

Kirsten Patzke, SPD-Ortsvereinsvorsitzende in Möln

[Hier geht es zum dazugehörigen SPD-Antrag](#)

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 07.03.2011, 23:15 Uhr - 3133 Clicks - Nr. 255

SPD berät Zukunft des Rathauses

Runder Tisch zum Stiefenhoferplatz gefordert

Über das deutliche Ergebnis des Bürgerentscheides zur Zukunft des Rathauses sprach die SPD in ihrer jüngsten Fraktionssitzung. Die Mehrheit der abstimmenden Bevölkerung stimmte für den Verbleib des Rathauses am derzeitigen Standort.

Die große Mehrheit der Gemeindevertretung hatte die Bürgerinnen und Bürger gebeten, mit „Nein“ zu stimmen, um die Entscheidung zur Zukunft des Rathauses erst zu treffen, wenn auch die Alternative eines möglichen Neubaus geprüft sei. Heraus kam ein „Ja“, das allerdings manche Frage offen lässt.



Zunächst einmal sei es wichtig, das Ergebnis des Bürgerentscheides zu akzeptieren, stellte die SPD fest. Das Rathaus bleibt. Was nun aus dem Stiefenhoferplatz werde, müsse die Zukunft zeigen. Die Marktbeschicker wollen auf einen anderen Platz umziehen, auch die Sparkasse prüft einen Umzug. Da der Platz nicht im Besitz der Gemeinde ist, sei es schwierig, diesen neu zu gestalten. Aber das ist erforderlich. „Das Rathaus bleibt, wo es ist, und wir haben einen Stiefenhoferplatz, um den wir uns kümmern müssen“, bilanzierte Hermann Hanser, der Vorsitzende der SPD Fraktion. „Wir fordern einen runden Tisch mit allen Eigentümern.“

Jetzt braucht es einen Plan zur Sanierung des Rathauses. Problem: Die Verwaltung muss für die Dauer der Sanierung umziehen, was immense Kosten verursachen wird. Insgesamt werde sich zeigen müssen, welche Einschnitte an anderer Stelle nun erforderlich werden. Holger Gettschat, für die SPD im Planungsausschuss, erklärt: „Wir müssen sehen, welche Etappen jetzt sinnvoll sind. Erst muss es um Sicherheit und Brandschutz gehen, dann um die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 08.03.2011, 12:55 Uhr - 1875 Clicks - Nr. 256

Zum internationalen Frauentag

Zum internationalen Frauentag erklären die Fraktionsvorsitzenden der SPD, Gesa Langfeldt, die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Katja Günther und Antje Danker vom SSW:

„Seit 1911 gibt es den internationalen Frauentag. Seitdem finden am 8. März jeden Jahres Demonstrationen und Aktionen für die Gleichberechtigung von Frauen statt. 2011 feiert der Frauentag also sein 100-jähriges Jubiläum. Auch wenn es zweifellos große Fortschritte auf dem

Weg zu einer geschlechtergerechten Gesellschaft gibt, haben wir auch 100 Jahre nach Einführung des Frauentages in Sachen Gleichberechtigung noch einiges zu tun.

Immer noch erhalten Frauen in Deutschland mehr als 20% weniger Lohn. Mit der Einführung von Mindestlöhnen und die geschlechtergerechte Überarbeitung der Eingruppierungskriterien der Tarifverträge könnte hier entgegengesteuert werden.

Nach wie vor ist die Gewalt gegen Frauen ein großer gesellschaftlicher Skandal. 40 % der in Deutschland lebenden Frauen haben in ihrem Erwachsenenleben körperliche oder sexualisierte Gewalt erlebt. Darum wollen wir, dass die Frauenhausfinanzierung staatliche Pflichtaufgabe wird.

Auch in der Kieler Kommunalpolitik gibt es noch genug zu tun. Wir brauchen mehr Frauen in den Führungspositionen der Verwaltung und wir brauchen mehr Frauen in den Aufsichts- und Verwaltungsräten der Unternehmen, an denen die Stadt Kiel beteiligt ist. Auch ist die Frauenquote in der Kieler Ratsversammlung äußerst unbefriedigend.

Auch wenn die Stadt Kiel gerade erst mit den Frauenfacheinrichtungen Zuwendungsverträge abgeschlossen hat und wir somit in Kiel eine sehr gute Infrastruktur mit Frauenfacheinrichtungen vorhalten, in denen wichtige und ausgezeichnete Arbeit gemacht wird, wissen wir noch zu wenig darüber, inwieweit der Kieler Haushalt geschlechtergerecht ist. Denn es gibt keinen geschlechterneutralen Haushalt. Darum setzen wir uns gemeinsam mit unserer Gleichstellungsbeauftragten für ein Gender Budgeting ein, mit dem wir erreichen wollen, dass Männer und Frauen gleichermaßen von öffentlichen Ausgaben und Förderungen einen Nutzen ziehen.

Gleichstellungspolitik beinhaltet auch die Belange von Jungen und Männern. Sowohl im Erwerbs- wie im Privatleben wünschen sich viele Männer neue Wege und Entwicklungsmöglichkeiten. Darum setzen wir uns für neue Arbeitszeitmodelle ein, die es beispielsweise Vätern erlauben, in bestimmten Lebensphasen individuell die Arbeitszeit zu verkürzen. Auch setzen wir uns für Ausbildung in Teilzeit bei der Stadtverwaltung ein, denn beispielsweise darf eine Schwangerschaft nicht dazu führen, dass junge Frauen ohne Berufsabschluss bleiben. Wir setzen wir uns dafür ein, dass sich mehr Männer für die Erziehungsberufe begeistern. Umgekehrt setzen wir uns etwa in der Hochschulpolitik dafür ein, dass sich junge Frauen für naturwissenschaftliche und technische Berufe begeistern.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 08.03.2011, 15:55 Uhr - 1538 Clicks - Nr. 257

Einsatz gegen Rechtsextremismus

Der jugendpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Volkhart Hanns, die jugendpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Kirsten Wegner, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW) freuen sich über die Aktivitäten der Stadt Kiel im Kampf

gegen den Rechtsextremismus:

„SPD, Grüne und SSW begrüßen die Verteilung der CD „Rechts – geht gar nicht“ auf den Kieler Schulhöfen. Diese CD setzt ein Zeichen für mehr Toleranz und Demokratie und regt Schülerinnen und Schüler zum Nachdenken an.

SPD, Grüne und SSW setzen sich seit Beginn der Kommunalwahlperiode 2008 gegen Rechtsextremismus ein. Daher unterstützen wir den Kurs von Oberbürgermeister Torsten Albig und haben dem Vorschlag zugestimmt, zusätzlich 30.000 Euro im Haushalt 2011 für die Zusammenarbeit mit dem Theater und mit den Hochschulen sowie für aufsuchende Kulturarbeit an den Schulen zur Verfügung zu stellen.“

Kommentar von [Przylepa](#) vom 14.03.2011, 18:10 Uhr:

RE: Einsatz gegen Rechtsextremismus

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist ja in Ordnung und auch wichtig aber meine grade 9 jährige Tochter kam heute mit dieser Cd nach Hause. Ich finde es nicht in Ordnung, dass diese Cd ohne Altersbeschränkung verteilt wird. Die Texte auf dieser Cd sind meiner Meinung nach nicht für Ohren von Neunjährigen geeignet und verstoßen auch gegen das JuSchG zb §15. Sowas sollte gerade von Parteien die derart Propaganda unterstützen bedacht werden... Mit freundlichem Gruß

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 08.03.2011, 18:37 Uhr - 20770 Clicks - Nr. 258

Jugendhilfe wird Opfer der Kürzungspolitik von CDU und FDP

Thorsten Fischer, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Pinnerberger Kreistag kritisiert Entscheidung im Finanzausschuss.

„Die Hilfe für Kinder und Jugendliche mit Problemen dürfen nicht der Kürzungspolitik von CDU und FDP zum Opfer fallen“ so Thorsten Fischer, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Pinneberger Kreistag und Jugendhilfeausschussvorsitzender. Er kritisiert die Entscheidung im Finanzausschuss, die Jugendhilfemittel um rd. 1,2 Mio € zu kürzen.

CDU und FDP haben ihre Kürzung auf der Grundlage einer restriktiven Fallzahlbegrenzung vorgenommen. Fischer hält diese Begrenzung für rechtswidrig, da das Gesetz bei Hilfen für Erziehung einen individuellen Rechtsanspruch vorsieht, der nicht willkürlich begrenzt werden darf. Pädagogisch sei die Begrenzung verantwortungslos, da sie im Falle einer nicht rechtzeitig gewährten Hilfe, zu schwerwiegende Folgen für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen führt.

Mit ihrer Entscheidung setzen sich CDU und FDP über den Beschluss des Jugendhilfeausschusses hinweg. Der hatte, auf Antrag von SPD und Grünen eine Fallzahlbegrenzung abgelehnt und sich darauf verständigt, für die Jahre 2011 und 2012 die Kosten des Jahres 2010 in den Haushalt einzustellen. Auch diese Entscheidung sei im JHA mit „Bauchschmerzen“ gefallen, da fraglich ist, ob die Mittel für zwei Haushalte ausreichen.

Mit der Fallzahlbegrenzung befürworten CDU und ein Verfahren, bei dem nicht die erfahrenen

Praktiker „vor Ort“ über Hilfemaßnahme entscheiden, sondern eine praxisferne Jugendamtsleitung, ist für Fischer die Folge des Beschlusses.

Die letzte Entscheidung über die Jugendhilfekosten trifft der Kreistag am 16. März. Als Vorsitzender des JHA wird Fischer sich noch einmal für den Beschluss des JHA einsetzen. Für ihn täten CDU und FDP gut daran, dem fachlichen Votum zu folgen.

Thorsten Fischer

-Vorsitzender des JHA und jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 08.03.2011, 23:34 Uhr - 9724 Clicks - Nr. 259

SPD Kiel fordert Quote in der Wirtschaft

Anlässlich des 100. Weltfrauentags am 8. März 2011 erklären die gleichstellungspolitischen Sprecher_innen der Kieler SPD, Katrin Bestmann und Benjamin Raschke:

„Das hundertjährige Jubiläum des Weltfrauentages bietet eine gute Gelegenheit, einmal Bilanz zu ziehen, was in den letzten hundert Jahren Gleichstellungspolitik erreicht wurde und welche der vor hundert Jahren formulierten Ziele heute erreicht wurden.“

„Obwohl es viele Erfolge gibt, muss gerade heute darauf hingewiesen werden, dass Frauen immer noch 23% weniger Lohn für die gleiche Arbeit erhalten als ihre männlichen Kollegen – zugleich werden die Berufe, in denen hauptsächlich Frauen arbeiten, immer noch deutlich schlechter bezahlt.“

Daher fordert die Kieler SPD:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“, erklärt Katrin Bestmann. Benjamin Raschke fügt hinzu: „Der geringe Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Politik ist und bleibt ein Skandal!“

Kiel bildet hierbei leider keine Ausnahme – in den Führungspositionen der Stadt ist der Anteil von Frauen mit knapp 20% immer noch viel zu gering und in den Hochschulen liegt der Anteil der Professorinnen bei gerade mal 15%.“

Bestmann und Raschke abschließend: „Zum heutigen Weltfrauentag bekräftigen wir daher unsere Forderung nach einer gesetzlichen Mindestquote von 40% in Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen – denn ein gleicher Anteil von Frauen und Männern in Führungsetagen ist ein Gebot der Gerechtigkeit!“

Keine Kommentare

SPD kämpft für den Erhalt des Mehrgenerationenhauses in Tungendorf

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ tagten die Mitglieder der SPD-Rathausfraktion bei ihrer letzten Fraktionssitzung im Mehrgenerationenhaus in Tungendorf. Die Einrichtung im Volkshaus Tungendorf bietet seit 2008 ein vielfältiges Programm für alle Generationen in Neumünster an.

Mit mehr als 90 eigenen Veranstaltungen und über 4.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern pro Jahr ist das Mehrgenerationenhaus eine Erfolgsgeschichte für Neumünster.



„Die Arbeit, die vom Diakonischen Werk hier geleistet wird ist nicht genug zu würdigen“, freut sich Andreas Hering, SPD-Kreis- und Fraktionsvorsitzender. Besonders das Engagement von über 80 ehrenamtlichen Helfern beeindruckt Hering. „Dieser große Zuspruch zeigt, dass das Mehrgenerationenhaus sehr stark angenommen wird. Die Menschen nutzen die Angebote nicht nur, sie gestalten sie aktiv mit.“

Das 2008 durch Bundesmittel geförderte Programm läuft noch bis Ende 2011. Danach wird die Förderung vom Bund gekürzt, so dass ein Eigenmittelanteil der Kommune nötig wird. „Mit Blick auf die vorbildliche Arbeit, die im Mehrgenerationenhaus geleistet wird, befürworten wir die partielle Finanzierung durch die Stadt Neumünster in Zukunft. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die entsprechenden Haushaltsmittel freigemacht werden.“

Die SPD-Fraktion will hierzu eine entsprechende Initiative für die nächste Ratsversammlung am 29. März starten und dabei auf die anderen Fraktionen der in der Ratsversammlung vertretenen Parteien zugehen und für eine möglichst breite Unterstützung für den Erhalt des Mehrgenerationenhauses werben. „Wir wünschen uns eine gemeinsame Initiative aller im Rat vertretenen Parteien um gegenüber der Bundesregierung deutlich zu machen, wie deutlich die Politik in Neumünster hinter dem Projekt steht, erklärt SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Hering.

Minister a.D. Uwe Döring, der seit Beginn Pate des Mehrgenerationenhauses ist, freut sich über diese Unterstützung und weist daraufhin: „Wir konnten uns vor wenigen Tagen bei einem Treffen der Mehrgenerationenhäuser in Kiel davon überzeugen, dass Neumünster Spitze ist. Wichtig für die weitere Arbeit und für die Förderung durch den Bund ist aber, dass wie in der Landeshauptstadt Kiel alle Kräfte in der Stadt hinter diesem Projekt stehen. Das Volkshaus Tungendorf ist das Mehrgenerationenhaus für ganz Neumünster und erfüllt damit eine wichtige Aufgabe im sozialen Leben unserer Stadt!“

Auch der SPD-Ortsverein Tungendorf unterstützt den Erhalt der in Neumünster einzigartigen Begegnungsstätte zum Dialog zwischen den Generationen. Am 7. April lädt die SPD Tungendorf zu einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung zum Erhalt des Mehrgenerationenhauses ein. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr, Volkshaus, Hürsland 2. Zu Beginn der Veranstaltung wird der

Geschäftsführer der Diakonie, Heinrich Deicke, die Arbeit des Mehrgenerationenhauses vorstellen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 09.03.2011, 13:45 Uhr - 1660 Clicks - Nr. 261

Bauhafen: Olle Kamellen

Zur aufgewärmten Diskussion um die Frage, warum sich Kiel richtigerweise nicht als Bauhafen für einen eventuellen Bau einer festen Fehmarnbeltquerung bewirbt, erklären die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, die Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Wir haben bereits wiederholt – zuletzt während der Ratsversammlung am 17.2.2011 – darauf hingewiesen, dass die Bewerbung als Bauhafen für einen eventuellen Bau einer festen Fehmarnbeltquerung erhebliche Risiken für eine nachhaltige Entwicklung des Holtenauer Unterlandes birgt.

Das Projekt wäre zeitlich befristet gewesen, wir wären in diesem Projekt abhängig von äußeren Einflüssen gewesen, hätten nur eine Interimslösung für das Gelände und würden die Chance vertun, dort nach dem wahrscheinlichen Abzug des MFG5 eine maritim ausgerichtete wirtschaftliche Entwicklung einzuleiten. Aber genau das werden wir tun.

Die haltlose Behauptung der Opposition, Kiel würde hier eine Chance verstreichen lassen, wird auch durch ständige Wiederholungen nicht richtiger.

Selbst im Kölner Karneval kann man mit ollen Kamellen keinen Blumentopf gewinnen. So ist es auch hier: wir fragen uns, was an den Erklärungen der Opposition eigentlich neu ist.“

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 09.03.2011, 14:59 Uhr - 96592 Clicks - Nr. 262

Finanztransaktionssteuer muss kommen

Auf Initiative der sozialdemokratischen Fraktion hat das Europäische Parlament am Dienstag einen Änderungsantrag zur Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer beschlossen.

„Damit müssen Kommission und Mitgliedstaaten, endlich aktiv werden und eine Vorreiterrolle bei der Besteuerung von Finanztransaktionen einnehmen“, erläutert die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust. "Europa muss zeigen, dass es Lehren aus der Krise zieht, indem es die Verursacher an der Beseitigung der entstandenen Schäden beteiligt“, so Rodust, die im Februar zu einer Veranstaltung zum Thema ins Kieler Wissenschaftszentrum eingeladen hatte.

[Veranstaltung "Euroland am Scheideweg"](#)



Keine Kommentare

Gentechnisch veränderte Organismen

Abweichen von Nulltoleranz für gentechnisch veränderte Organismen ist nicht die richtige Antwort auf Eiweißmangel

Europa ist bei der Herstellung von Futtermitteln in besorgniserregendem Maße von der Einfuhr von Eiweißpflanzen abhängig. Davon zeigen sich die Abgeordneten des Europäischen Parlaments überzeugt. In ihrem am Dienstag in Straßburg angenommenen Bericht sprachen sich die Europaabgeordneten dafür aus, mit der Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik die einheimische Eiweißpflanzenerzeugung zu fördern.

„Jährlich werden über 40 Millionen Tonnen Eiweißpflanzen, größtenteils Sojabohnen und Mais in die EU importiert, dabei brächte eine höhere heimische Produktion beträchtliche ökologische Vorteile,“ erläutert die schleswig-holsteinische SPD Europaabgeordnete. So würde der verstärkte Einsatz von Eiweißpflanzen in der Fruchtfolge beispielsweise dem Verlust von Biodiversität ebenso entgegen wirken, wie Bodenerschöpfung und Grundwasserverschmutzung. Rodust würdigt den Bericht als wichtigen Bestandteil der Diskussion um die Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik, bedauert aber, dass er in der Abstimmung in sinnverändernder Weise abgewandelt wurde: „Dass Konservative und Liberale in der Abstimmung Änderungsanträge durchsetzen konnten, die den Proteinimport erleichtern und die Nulltoleranz für gentechnisch veränderte Organismen bei Eiweißimporten in Frage stellen ist mir unverständlich.“

Keine Kommentare



Die Flops des Doktor Klug

Oppositionsarbeit bedeutet auch, Chronistenpflichten zu erfüllen. Vollständigkeit nicht garantierend, hat die SPD-Landtagsfraktion nun Pleiten und Pannen des Bildungsministers in seiner knapp eineinhalbjährigen Amtszeit zusammengestellt und in einem Faltblatt veröffentlicht.

Martin Habersaat, stellvertretender Vorsitzende des Arbeitskreises Bildung der SPD-Landtagsfraktion: „Seit 27. Oktober 2009 ist Dr. Ekkehard Klug (FDP) Minister für Bildung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein. Er hat in dieser Zeit mit Unterstützung seiner Fraktion sowie der CDU-Fraktion mehr Chaos in der Bildung, vor allem an den Schulen, angerichtet als jemals ein Minister oder eine

Schnell notiert:

Dr. Klugs Flop-Parade

Ministerin vor ihm.“ Auch bundesweit scheine es Dr. Klug auf einen Spitzenplatz abgesehen zu haben.

13 Beispiele zeigen, wie die FDP mit ihrem Minister Dr. Klug ihr Wahlkampf-Motto „Wir können, was wir tun“ beispielgebend umgekehrt hat.

<http://www.spd.ltsh.de/sites/default/files/klug-flog-parade.pdf>

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 09.03.2011, 23:06 Uhr - 17733 Clicks - Nr. 265

SPD-MdB Sönke Rix: Echte Gleichstellung – jetzt!

Im Jahr 1911 wurde der erste internationale Tag der Frau begangen. Frauen kämpften darum, das Wahlrecht zu bekommen und für bessere Bezahlung. Heute – 100 Jahre später – haben Frauen formal die gleichen Rechte wie Männer. Doch die tatsächliche Gleichstellung ist auch im 21. Jahrhundert noch nicht erreicht. Es wird höchste Zeit, echte Gleichstellung in Wirtschaft und Beruf durchzusetzen – auch per Gesetz.



Obwohl Frauen inzwischen bessere Bildungsabschlüsse machen als Männer, haben sie in der Arbeitswelt nach wie vor schlechtere Chancen auf gute Arbeit und eigene Karriere: Sie sind in geringerem Maße erwerbstätig als sie es sich selbst wünschen. Sie erhalten selbst bei gleicher Qualifikation für die gleiche Tätigkeit durchschnittlich weniger Lohn als Männer. Sie sind überdurchschnittlich häufig im Niedriglohnsektor beschäftigt und finden sich deutlich seltener in Führungspositionen wieder.

Frauen verdienen durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer. Nicht allein die Tatsache, dass typische „Frauenberufe“ – häufig im sozialen oder pädagogischen Bereich – schlechter entlohnt werden als beispielsweise technische Berufe, in denen Männer öfter beschäftigt sind, tragen zu diesem Lohnabstand bei, sondern handfeste Diskriminierung: Denn Frauen und Männer werden bei gleicher Arbeit und gleicher Qualifikation im gleichen Betrieb unterschiedlich entlohnt – die Frau im häufigsten Fall schlechter. Für mich ist klar: Das muss sich ändern. Wir wollen eine gesetzliche Grundlage schaffen, um für Entgeltgleichheit in privaten Betrieben und in öffentlichen Einrichtungen zu sorgen.

In Mini- und Teilzeit-Jobs arbeiten mehr als doppelt so viele Frauen wie Männer. Wir wollen den Niedriglohnsektor zurückdrängen und sozial abgesicherte, unbefristete und angemessen bezahlte Arbeit stärken. Dazu gehört an erster Stelle ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn.

Mir ist klar: Wer politisch weiter untätig bleibt, wird nichts für die Gleichstellung von Frauen und Männern erreichen. Das lehrt die Erfahrung der letzten Jahre und Jahrzehnte. Wir müssen neue

Weichen stellen, damit Frauen für die gleiche Leistung den gleichen Lohn und die gleichen Karrierechancen haben. Echte Gleichstellung muss in Deutschland Gesetz werden.

Freiwillige Zusagen der Wirtschaft haben bislang keinen Durchbruch gebracht. Deshalb fordern wir gesetzliche Regelungen, um echte Gleichstellung von Frauen in Wirtschaft und Beruf durchsetzen. Während Frauenministerin Schröder und Bundeskanzlerin Merkel Anfang Februar einmal mehr eine freiwillige Verpflichtung mit der Wirtschaft geschlossen haben, hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der eine gesetzliche Quote von 40 Prozent Frauenanteil in Aufsichtsräten und Vorständen von deutschen DAX-Unternehmen fordert.

Veröffentlicht als "Bericht aus Berlin" in der Eckernförder Zeitung vom 09.03.2011

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Segeberg](#) - veröffentlicht am 10.03.2011, 13:37 Uhr - 3406 Clicks - Nr. 266

Fliegender Wechsel in der SPD-Kreistagsfraktion

Edda Lessing wird neue Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Segeberg, nachdem sich ihr Vorgänger Arnold Wilken aus der Kreispolitik zurückgezogen hat.

Am Mittwoch, den 09. März 2011, wählte die SPD-Kreistagsfraktion Edda Lessing (Henstedt-Ulzburg) zur neuen Fraktionsvorsitzenden. Sie tritt damit in die Fußstapfen von Arnold Wilken, der nach Jahrzehnte langem Engagement seinen Rückzug aus der Kreispolitik antritt.



Lessing trat bei der Kommunalwahl 2008 auf Listenplatz Eins an und brachte sich bisher als Sprecherin für die Bereiche Bildung, Kultur und Sport in die Fraktion ein. Sie wird nun in den Hauptausschuss aufrücken. Ihre Funktion der 2. stellvertretenden Landrätin wird sie weiterhin ausüben. „Ich freue mich auf diese neue Herausforderung und werde in den nächsten Wochen gemeinsam mit meiner Fraktion schauen, wie wir unsere politische Arbeit noch effektiver gestalten können“, so Lessing. Im April wird die Fraktion in einer Klausurtagung die Halbzeitbilanz der laufenden Wahlperiode ziehen.

Neben Lessing wurden die bisherigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Jutta Altenhöner (Bad Bramstedt), Gerd-Rainer Busch (Leezen) und Marc-André Ehlers (Nahe) in ihren Ämtern bestätigt. Auch Rita Marcussen (Kükels) bleibt Geschäftsführerin der Fraktion, Alexander Wagner (Bebensee) bleibt Pressesprecher. „Mit einem guten Mix aus Erfahrung der bestätigten Vorstandsmitglieder und neuen Ideen werden wir in den nächsten Monaten richtige und wichtige Akzente in der Kreispolitik setzen können“, resümiert Lessing.

Zudem begrüßt die Fraktion zwei neue Kreistagsabgeordnete in ihren Reihen. Mario Florschütz (Kaltenkirchen) und Michael Kohlmorgen (Stocksee) haben bereits als bürgerliche Mitglieder in der Fraktion mitgearbeitet und rücken nun für den ausgeschiedenen Wilken und den aus dem Kreis Segeberg verzogenen Tobias Köpke in den Kreistag nach. Florschütz wird weiterhin als

ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz aktiv sein, während Kohlborn im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport aufrückt.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.03.2011, 15:03 Uhr - 2194 Clicks - Nr. 267

Gutes kann noch besser werden!! PendlerPortal - Vorteil für das Klima

Zu der Pressekonferenz von Umweltministerin Juliane Rumpf und dem Kieler Bürgermeister Peter Todeskino zur Bilanz des PendlerPortals erklären die verkehrspolitischen Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen und SPD, Lutz Oschmann und Achim Heinrichs sowie Antje Danker (SSW):

„Allein in Kiel gibt es werktäglich 52.000 Einpendler und 20.000 Auspendler. Erdöl wird knapp und teuer und die Schadstoffe der PKWs belasten die Umwelt. Das Pendlerportal.de bietet Berufs- und Alltagspendlern die Möglichkeit, sich selbst zu organisieren und über Suchen und Bieten eine geeignete Fahrgemeinschaft zu finden.

SPD, Grüne und SSW freuen sich, dass mit der landesweiten Werbekampagne die Akzeptanz des Pendlerportals gestiegen ist. Wir brauchen aber eine nachhaltige Kommunikationskampagne dafür, um eine Kultur der Fahrgemeinschaften zu etablieren. Das Pendlerportal muss als Teil des Umweltverbundes neben Car Sharing, ÖPNV und Radverkehr beworben werden.

Die Dienstleistung Pendlerportal muss stärker an die individualisierten Lebensbedingungen der möglichen NutzerInnen angepasst werden. Berufspendler mit starren Zeitvorgaben anzusprechen ist nicht ausreichend. Auch für Großereignisse wie die Heimspiele von THW Kiel soll das PendlerPortal nutzbar sein. Gutes kann so noch besser werden.

Im Radverkehr hat Kiel große Fortschritte gemacht. Der Verkehrsanteil ist von schon guten 17% im Jahr 2002 auf jetzt 22% gestiegen. Ein echter Erfolg für den Umweltverbund. Das wichtigste Element für eine zukunftsfähige, bezahlbare Mobilität wird die StadtRegionalBahn in der Kieler Region sein. Das ist der ÖPNV der Zukunft auch nach dem Erdölzeitalter. Dieses Projekt braucht die volle Unterstützung der Landesregierung.“

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 10.03.2011, 15:47 Uhr - 13619 Clicks - Nr. 268

Wir können sie stoppen - Mach mit!

Am 26. März 2011 findet der jährliche Aufmarsch gegen die Nazis in Lübeck statt.

Auch in diesem Jahr wollen die ewig Gestrigen Nazis den Jahrestag der Bombardierung Lübecks für ihre menschenverachtlichen Zwecke mit einem Aufmarsch nutzen.

Die SPD SL-FL unterstützt das Lübecker Bündnis "Wir können sie stoppen" und bietet mit anderen

Organisationen und Parteien an, gemeinsam mit dem Bus nach Lübeck zu fahren.

Hier die Abfahrtszeiten:

Flensburg Exe um 6.00 Uhr mit einem Zustieg in Schleswig auf dem Schleihallenparkplatz um 6.30Uhr.

Die Rückfahrt in Lübeck ist für ca. 1 7.00 Uhr geplant. Die Fahrtkosten betragen pro Person 5 Euro.

Die Fahrt nach Lübeck ist ein gemeinsames Projekt der Landtagsabgeordneten Rasmus Andresen (Grüne), Lothar Hay (SPD), Silke Hinrichsen (SSW) und Heinz-Werner Jezewski (Die Linke) und ihren Parteien und des DGB, Region S-H Nordwest, und der IG Metall Verwaltungsstelle Flensburg.

Anmeldungen bis zum 17. März 2011 beim Kreisverband Schleswig-Flensburg:

E-Mail: kv-schleswig-flensburg@spd.de

oder

Telefon: 04621-27110.

Infos zu der Gegendemonstration zum Nazi-Aufmarsch in Lübeck unter www.wirkoennensiestoppen.de

Kein Fußbreit den Faschisten in Lübeck und anderswo!

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 10.03.2011, 15:55 Uhr - 1651 Clicks - Nr. 269

Najlepsze życzenia – Herzlichen Glückwunsch, Peter!

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, erklärt im Namen der SPD-Ratsfraktion:

„Wir gratulieren dem Kollegen, Ratsherrn Peter A. Kokocinski, herzlich zur Wahl in den Vorstand der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V. und zu dem hervorragenden Wahlergebnis. Peter A. Kokocinski setzt sich seit vielen Jahren als Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Kiel e.V. aktiv für die Versöhnung und Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen vor Ort in unserer Stadt ein. Damit gibt Peter A. Kokocinski gemeinsam mit vielen anderen unserer Stadt ein europäisches Gesicht.“

Keine Kommentare

Wachwechsel bei der SPD Barsbüttel

Die SPD Barsbüttel hat einen neuen Vorsitzenden. Auf ihrer Hauptversammlung wählten die Mitglieder der SPD-Barsbüttel den Unternehmer Paul Donning an die Spitze des Ortsvereins. Der 64jährige Stemwarder folgt auf Jörg Kiencke, der nicht erneut antrat und sich künftig auf seine Aufgaben als Gemeindevertreter und Bürgervorsteher konzentrieren will.



Als stellvertretende Vorsitzende wurden die Lehrerin Andrea Johann (52) und der Unternehmer Hermann Hanser (60, beide Barsbüttel-Ort) gewählt.

Das Vorstandsteam wird komplettiert durch den Schatzmeister Klaus Kröger (Willinghusen) und die Beisitzer Edda Brabandt (Stellau), Heinrich Dippel und Oliver Seelig (beide Barsbüttel). „Damit ist es gelungen, ein Team zusammenzustellen, in dem alle Ortsteile gut vertreten sind“, freute sich der neue Vorsitzende, der mit 17 von 18 Stimmen großes Vertrauen ausgesprochen bekam. Kassenprüfer wurden Jutta Plöger und Dierk Alfken.

Ziel des neuen Vorstands ist es, neben der starken SPD-Fraktion auch wieder einen starken Ortsverein zu etablieren. Die Fraktion stellt mit Jörg Kiencke den Bürgervorsteher Barsbüttels, der Fraktionsvorsitzende Hermann Hanser ist auch Vorsitzender des SKS-Ausschusses, mit Hedwig Wieczorreck (Willinghusen) und Klaus-Jürgen Krüger (Stemwarde) gehören zwei Ortsbeiratsvorsitzende der Fraktion an, ebenso der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat.

Andrea Johann und Paul Donning skizzierten einige Ideen, um dieses Ziel zu erreichen: Das Vereinsleben soll gestärkt werden. Künftig soll es neben thematischen Mitgliederversammlungen Grillpartys im Sommer und eine Grünkohl-Weihnachtsfeier im Winter geben, spezielle Angebote für die „Generation 60plus“, aber auch für junge Barsbüttlerinnen und Barsbüttler. „Ich freue mich darauf, das alles mit vielen Gleichgesinnten gemeinsam anzupacken“, so Paul Donning abschließend.

Der neue Vorstand

Von links: Edda Brabandt, Hermann Hanser, Klaus Kröger, Paul Donning, Andrea Johann, Heinrich Dippel, Oliver Seelig

Keine Kommentare

Jetzt für Bürgerpreis bewerben!

„für mich. für uns. für Schleswig-Holstein.“ - Das ist der Name der Initiative, die in jedem Jahr den Deutschen Bürgerpreis für Schleswig-Holstein verleiht. Jedes Jahr gibt es ein spezielles Motto, 2011 lautet es: „Bildung! Gleiche Chancen für alle.“ Grund genug für Martin Habersaat, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzender der SPD Stormarn, auf diesen Preis hinzuweisen:



„Wer sich für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit engagiert, kann sich für den Preis bewerben – das kann eine einzelne Person sein, eine Initiative, ein Verein oder Projekt.“

Mitmachen lohne sich, denn die Gewinner des regionalen Wettbewerbs erhalten Geld- und Sachpreise im Gesamtwert von 30.000 Euro. Martin Habersaat: „Ich bin sicher, dass es im Kreis Stormarn zahlreiche preiswürdige Projekte und Initiativen gibt. Der Deutsche Bürgerpreis würdigt den gesellschaftlichen Beitrag all derer, die in ihrer Freizeit anderen helfen, ihre persönlichen Stärken zu erkennen und zu entfalten“, so der Abgeordnete.

Das Engagement könne in Kitas, Schulen und Hochschulen ebenso wie in Mentoren- und Lernpatenprogrammen, in Hausaufgabenhilfevereinen, Vorleseinitiativen oder auch in der Erwachsenenbildung stattfinden.

Teilnahmeschluss ist der 30. Juni 2011. Bewerbungsunterlagen gibt es im Internet unter www.buergerpreis-schleswig-holstein.de/.

Keine Kommentare

Besuch beim Landesarchiv in Schleswig

Im Rahmen einer Tour durch den Norden des Landes besuchte der Bildungsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags auch das Landesarchiv im Prinzenpalais in Schleswig. Martin Habersaat: „Ich gestehe, bisher kannte ich, aus Studienzeiten, nur das Staatsarchiv in Hamburg von innen. Es war interessant, nun auch einmal die gut ausgestatteten und sehr repräsentativen Räume des Landesarchivs kennenzulernen.“



Prof. Dr. Rainer Hering, der das Landesarchiv Schleswig-Holstein leitet und Neuere Geschichte und Archivwissenschaft an den Universitäten Hamburg und Kiel lehrt, gab dem Ausschuss einen Einblick in die Arbeit des Archives und die Schwierigkeiten, die sich durch die knappe personelle Ausstattung ergeben. Das Landesarchiv ist auch für die Überlieferung des Landtags, der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung und -justiz zuständig.

Ebenso besprochen wurde die Ausstattung der Kreise mit Archiven. Manche Kreise verstoßen gegen die Landesgesetzgebung, indem sie kein eigenes Archiv einrichten. Martin Habersaat: „Ich habe mich gefreut zu hören, dass Stormarn im Archivbereich gut aufgestellt ist. Die zweite gute Nachricht für mich ist, dass das Landearchiv künftig auch wieder die archivische Ausbildung aufnimmt, nachdem es einige Jahre lang keine Auszubildenden aufgenommen hat.“

Foto:

Martin Habersaat und Dr. Henning Höppner, stellvertretender Vorsitzender und Vorsitzender des „Arbeitskreises Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur“ der SPD-Landtagsfraktion

Informationen:

http://www.schleswig-holstein.de/LA/DE/LA_node.html

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 11.03.2011, 12:46 Uhr - 18245 Clicks - Nr. 273

SPD-MdB Sönke Rix: Frühkindliche Bildung ernst nehmen!

Beim Besuch der AWO-Kindertagesstätte in Flintbek machte der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix (SPD) deutlich: „Es reicht nicht aus, die Schulen zusätzlich mit Sozialpädagogen auszustatten. Schon in den Kindergärten muss qualifizierte Erziehung und Bildung unter Einbeziehung der Eltern beginnen.“ Dafür müssten finanzielle Anreize geschaffen werden, die den Beruf von Erzieherinnen und Erziehern attraktiver machen.

Das Thema der fairen Bezahlung griffen auch Jugendliche in einer Diskussionsrunde mit Sönke Rix im Haus der Jugend „Pfütze“ auf und fragten, warum Auszubildende zum Bankkaufmann so viel mehr Geld bekämen als Pflegeschüler_innen mit sehr anstrengenden Aufgaben. „Die Berufe von Erzieherinnen und Erziehern sowie Pflegerinnen und Pflegern gehören zu denen, die dringend aufgewertet werden müssen“, so Rix.



Kommentar von [Mona](#) vom 11.03.2011, 16:39 Uhr:

RE: SPD-MdB Sönke Rix: Frühkindliche Bildung ernst nehmen!

Hallo Herr Rix, ich finde es sehr gut, wenn Sie sich vor Ort direkt über die Lage in den Kitas informieren. Zwar sind Sie selbst ursprünglich Erzieher und kennen daher die Materie, aber es ist dennoch positiv zu sehen. Sie sollten aber auch Ihre anderen Vor-Ort-Besuche mit solch kleinen Berichten ins Netz stellen (auch auf Ihre Haupt-Homepage), denn sonst erfährt man eher selten über solche Berufe. Ich warte also interessiert auf die nächsten Berichte. Viele Grüße Mona

[Rolf Fischer](#) - veröffentlicht am 11.03.2011, 13:23 Uhr - 5526 Clicks - Nr. 274

Schleswig-Holstein braucht ein Gedenkstätten-Konzept!

Zur Debatte um Erinnerungskultur im Zusammenhang mit der Neuland-Halle erklären der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer, und der kulturpolitische Sprecher Hans Müller:

Wir fordern ein Gedenkstätten-Konzept für Schleswig-Holstein! Ziel ist eine Neu- und Höherbewertung der Gedenkstätten-Arbeit. Denn der Stellenwert dieser Arbeit ist unter dieser Landesregierung gesunken. Angesichts der hohen Bedeutung für das kollektive Gedächtnis und die Erinnerungskultur in unserem Lande ist das ein Defizit, das wir aufarbeiten müssen. Insbesondere am Beispiel der Neuland-Halle wollen wir diese Diskussion anstoßen. Eine parlamentarische Initiative bereiten wir vor.

Im Rahmen der Ostseekooperation wird auch über die Europäisierung des Gedenkens gesprochen. Ziel sind grenzüberschreitende Aktivitäten in der Gedenkstättenarbeit. Schleswig-Holstein sollte sich hier aktiv einbringen.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 11.03.2011, 13:59 Uhr - 6269 Clicks - Nr. 275

Peter Eichstädt: Jetzt für Bürgerpreis bewerben!

Der Deutsche Bürgerpreis für Schleswig-Holstein wird jedes Jahr von der Initiative „für mich. für uns. für Schleswig-Holstein.“ verliehen und steht jeweils unter einem anderen Motto.

2011 lautet dieses: „Bildung! Gleiche Chancen für alle.“ Darauf weist der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Eichstädt hin: „Wer sich für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit engagiert, kann sich für den Preis bewerben – das kann eine einzelne Person sein, eine Initiative, ein Verein oder Projekt. Ich bin sicher, dass es gerade im Kreis Herzogtum Lauenburg solche preiswürdigen Initiativen gibt.“



Mitmachen lohnt sich, denn die Gewinner des regionalen Wettbewerbs erhalten Geld- und Sachpreise im Gesamtwert von 30.000 €. Peter Eichstädt fordert deshalb alle Menschen, die sich in unterschiedlichsten Formen für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit einsetzen, zur

Bewerbung auf: „ Der Kreis Herzogtum Lauenburg ist ein gutes Beispiel für eine aktive Bürgergesellschaft, in dem eine Reihe von Aktivitäten würdig sind, an dieser Aktion teilzunehmen.“

Peter Eichstädt: „Der Deutsche Bürgerpreis würdigt den gesellschaftlichen Beitrag all derer, die in ihrer Freizeit anderen helfen, ihre persönlichen Stärken zu erkennen und zu entfalten“. Das Engagement könne in Kitas, Schulen und Hochschulen ebenso wie in Mentoren- und Lernpatenprogrammen, in Hausaufgabenhilfvereinen, Vorleseinitiativen oder auch in der Erwachsenenbildung stattfinden.

Teilnahmeschluss ist der 30. Juni 2011. Bewerbungsunterlagen gibt es im Internet unter www.buergerpreis-schleswig-holstein.de.

Keine Kommentare

[AG60plus - Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.03.2011, 23:18 Uhr - 3021 Clicks - Nr. 276

AG 60plus: „Wie mache ich mein Testament?“

Rechtsanwalt und Notar Werner Schubert bei den SPD-Senioren.
Am 23.3. ab 15.30 Uhr im Bürgerhaus Delingsdorf.

Ihren nächsten Bunten Nachmittag hat die AG 60plus des SPD Kreisverbandes Stormarn dem Thema „Erbschaft und Testament – was ist zu beachten?“ gewidmet. Der Ahrensburger Rechtsanwalt und Notar Werner Schubert wird einen Überblick über das Thema geben.

„Nur bei klaren Verhältnissen reicht das einfache, handgeschriebene Testament,“ sagt RA Schubert, „im Zweifel sollte man sich immer anwaltlich beraten lassen.“ Und Zweifel kann es schnell geben, weiß Jürgen Schneider, der Vorsitzende der AG 60plus, zu berichten:

„Muss die Tochter, die ihren Vater jahrelang gepflegt hat, dessen Erbe mit den Kindern ihres Bruders teilen, die sich nie gekümmert haben?“ Das sei nur eine Frage von vielen, die „das Leben stellt“. Im Anschluss an den Vortrag können solche und andere Fragen geklärt werden.



Damit der Nachmittag dann auch „bunt“ wird, wird anschließend Lieselotte Jürgensen ein oder zwei Märchen zum Thema erzählen. Der Nachmittag findet statt am Mittwoch, dem 23. März von 15:30 bis 17:30 Uhr im Bürgerhaus Delingsdorf (An der Friedenslinde 1) statt.

Wegbeschreibung: B75 Ortsmitte an der Telefonzelle/am Teich. Buslinie 8110 bis Delingsdorf/Dorfstraße.

Der Eintritt ist frei. jede/r ist willkommen. Für Kaffee und Kuchen wird gesorgt, deswegen wird um Anmeldung gebeten bei Jürgen Schneider unter 04531/84603 oder per Mail unter [juergen.schneiderbadoldesloe \(a\) t-online.de](mailto:juergen.schneiderbadoldesloe(a)t-online.de)

Keine Kommentare

25.04.2011 25 Jahre Tschernobyl

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 26.04.1986 wurde in der ukrainischen Stadt Tschernobyl ein Stromausfall im Atomkraftwerk simuliert.

Im Anschluss passierte die Katastrophe, die nicht nur viele Millionen Menschen in Angst versetzte, sondern auch hunderttausende Opfer verursachte, welche zum Teil bis heute an den Folgen leiden.



Aus Anlass dieses sehr traurigen Jubiläums finden am 25.04.2011 in Brunsbüttel und Krümmel Aktionen statt.

Das Bündnis, welches im letzten Jahr die Menschenkette mit 120.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Brunsbüttel bis Krümmel organisierte, ruft zusammen zur Beteiligung auf.

Am Montag, den 25.04 wird in Brunsbüttel und Krümmel um 5 vor 12 Uhr mit einer Kundgebung an die Katastrophe erinnert und gefordert, dass die beiden Schleswig-Holsteinischen Pannemeiler nicht mehr ans Netz gehen dürfen. Um 14.00 Uhr wird der "atomare Alarm" ausgelöst und die Teilnehmer_innen der Kundgebungen werden zur Flucht in umliegende Orte aufgerufen. In den Zufluchtsorten sollen dann kleine Feste mit Kaffee & Kuchen stattfinden. Für den Aktionsbereich "KKW-Brunsbüttel" sind zur Zeit die Orte Brunsbüttel, Marne, St. Michaelisdonn, Burg, Hochdonn, Wacken, Vaale, Kleve, Wilster, Beidenfleth, Wewelsfleth und Störsperrwerk geplant.

Es wäre schön, wenn Ihr Werbung für den Tag macht und Euch aktiv beteiligt.

Für Fragen wendet euch gerne an:

David Siedke (david.siedke@spd.de oder 0431 90 60 6 23) Arne Engelbrecht (arne.engelbrecht@jusos-steinburg.de oder 0170 68 75 695) Jürgen Heesch (hadschi-alef@gmx.de oder 0172 40 98 178) Michael Kühl (Michael Kühl mike.cool@t-online.de oder 01637947483) Momme Peters (mommepeters@yahoo.de oder 04853 80 114)

Ein Problem haben solche Aktionen, welches wir nur gemeinsam lösen können: Für die Organisation des gesamten Aktionstages benötigt das Bündnis insgesamt 22.500 €. Der SPD Anteil (Schlüssel nach Organisationsgröße) ist 4.500 €. Der SPD Landesverband hatte mit den bekannten Vorstellungsrunden und dem Mitgliederentscheid erhöhte Kosten und wird sich nicht zu 100% an den Kosten beteiligen können.

Deswegen bitte ich die Kreisvorstände und Ortsvereine um Unterstützung. Ebenso steht es jedem Mitglied frei, direkt an das Aktionsbündnis zu spenden.

Die Daten für das Spendenkonto lauten wie folgt:

BUND Kreisgruppe Steinburg
Sparkasse Westholstein
BLZ 222 500 20
Konto Nr. 900 785 77

Solltet Ihr zusätzliche Informationen vor Ort haben oder benötigen, meldet Euch bitte bei uns.

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Bolln

Energiepolitischer Sprecher des Landesvorstands SH Sprecher des umWeltforums der SPD

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 12.03.2011, 17:13 Uhr - 40679 Clicks - Nr. 278

25 Jahre Tschernobyl:AKWs endlich abschalten

am 26.04.1986 wurde in der ukrainischen Stadt Tschernobyl ein Stromausfall im Atomkraftwerk simuliert.

Im Anschluss passierte die Katastrophe, die nicht nur viele Millionen Menschen in Angst versetzte, sondern auch hunderttausende Opfer verursachte, welche zum Teil bis heute an den Folgen leiden.

Aus Anlass dieses sehr traurigen Jubiläums finden am 25.04.2011 in Brunsbüttel und Krümmel Aktionen statt.

Das Bündnis, das im letzten Jahr die Menschenkette mit 120.000

Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Brunsbüttel bis Krümmel organisierte, ruft zusammen zur Beteiligung auf.

Am Ostermontag, den 25.04 wird in Brunsbüttel und Krümmel um 5 vor 12 Uhr mit einer Kundgebung an die Katastrophe erinnert und gefordert, dass die beiden Schleswig-Holsteinischen Pannenmeiler nicht mehr ans Netz gehen dürfen. Um 14.00 Uhr wird der "atomare Alarm" ausgelöst und die Teilnehmer_innen der Kundgebungen werden zur Flucht in umliegende Orte aufgerufen. In den Zufluchtsorten sollen dann kleine Feste mit Kaffee & Kuchen stattfinden. Für den Aktionsbereich "KKW-Brunsbüttel" sind zur Zeit die Orte Brunsbüttel, Marne, St. Michaelisdonn, Burg, Hochdonn, Wacken, Vaale, Kleve, Wilster, Beidenfleth, Wewelsfleth und Störsperrwerk geplant.

Fragen beantwortet: David Siedke (david.siedke(at)spd.de)

Das Spendenkonto für die AKtion lautet

BUND Kreisgruppe Steinburg Sparkasse Westholstein BLZ 222 500 20 Konto Nr. 900 785 77

Stefan Bolln Energiepolitischer Sprecher des SPD Landesvorstands SH

Sprecher des umWeltforums der SPD

Kommentar von [Karin Beckmann](#) vom 14.03.2011, 19:28 Uhr:

RE: 25 Jahre Tschernobyl:AKWs endlich abschalten

Ich kann nicht glauben, dass das ein Beitrag vom 12.03.2011 sein soll - kein Wort zu dem, was am Tag zuvor in Fukushima geschehen ist???



Der Weg der SPD zum Erfolg für Schleswig-Holstein

Der Kieler Kreisparteitag hat am 12.03.2011 beschlossen:

1. Torsten Albig ist mit überwältigender Mehrheit zum Spitzenkandidaten der SPD Schleswig-Holstein gewählt worden. Er ist die Nr. 1 der SPD und damit der Herausforderer der schwarz-gelben Landesregierung. Die Kieler SPD wird ihn in dieser Position unterstützen.



2. In der weiteren personellen Aufstellung der Partei kann nur der Landesparteitag die Entscheidung treffen. Jetzt muss das Primat der Partei vor den Einzelinteressen Vorrang haben. Wir begrüßen es deshalb, dass Torsten Albig sich klar geäußert hat, jede personelle Entscheidung des Landesparteitages zu respektieren und akzeptieren. Wir erwarten, dass der Landesparteitag zur personellen und politischen Erneuerung der SPD Schleswig-Holstein beiträgt. Dazu gehört vor allem ein neuer Landesvorsitzender oder eine neue Landesvorsitzende. Der Kreisverband Kiel wird sich dafür einsetzen, dass vor dem Parteitag personelle Alternativen deutlich werden.

3. Wir unterstützen Torsten Albig auch dabei, seine Handschrift im neuen Wahlprogramm sichtbar zu machen. Dies gilt für die soziale Verpflichtung unserer Politik, das finanzpolitische Augenmaß bei Ankündigungen und Entscheidungen, die wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung und die klare Zusage für eine Koalition mit Bündnis90/Die Grünen und ggf. dem SSW.

Keine Kommentare

Klimaverträgliches Energieerzeugungs- und Versorgungskonzept für Kiel

Der Kieler SPD Kreisparteitag hat am 12.03.2011 beschlossen:

Die SPD Kiel begrüßt die wesentlichen Punkte der Empfehlungen der Gutachterinnen und Gutachter und setzt sich für deren baldige Umsetzung ein:

- Die SPD Kiel spricht sich, wenn dies allein oder mit Partnern finanzierbar ist, für den baldigen Bau eines GuD-Heizkraftwerkes als Ersatz für das alte GKK ab 2016 aus.

- Wir wollen den Ausbau der Kieler Fernwärme durch Verdichtung im bestehenden Versorgungsgebiet und durch den Ausbau und Aufbau dezentraler Versorgungsgebiete. Der Ausbau und Aufbau der dezentralen Versorgungsgebiete soll schwerpunktmäßig außerhalb des bestehenden



Fernwärmeversorgungsgebietes vorangetrieben werden. Vor dem Bau von Blockheizkraftwerken in bestehenden Wohngebieten ist eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger durchzuführen. Vorrang haben dabei Neubaugebiete. Abgelehnt wird Anschluss- und Benutzungszwang in bestehenden Wohngebieten.

- Die Frage der Fern- und Nahwärmepreise ist für uns von zentraler Bedeutung. Es gilt: Das Heizen der Wohnung mit Fern- und Nahwärme soll nicht teurer sein als das Heizen mit Gas!
- Die umweltfreundlichste Art, Strom und Wärme zu erzeugen, ist, sie gar nicht erst zu erzeugen. Deshalb werden wir große Anstrengungen unternehmen, um die Sanierungsquote des Kieler Gebäudebestandes zu steigern und eine Stromsparkampagne in Gewerbe und Kleinverbrauch voranzubringen.
Gerne wollen wir mit der Wohnungswirtschaft und dem Mieterverein die Sanierungsquote und die Akzeptanz für Sanierungsmaßnahmen steigern, die sich langfristig wirtschaftlich gestalten. Der Landeshauptstadt Kiel und ihren Liegenschaften kommt dabei eine besondere Vorbildfunktion zu!
- Wir wollen den Vorschlag aufgreifen, ein Biomasseheizkraftwerk 34 mit einer Kapazität von bis zu 20 MW zu errichten, welches mit so genannten biogenen Reststoffen (Restholz aus der Knickpflege u.ä.) aus der Region befeuert werden soll. Aber: Den Anbau von Energiepflanzen in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln und den Aufbruch von Grünflächen zum Anbau von Energiepflanzen in Monokulturen lehnen wir ab. Deshalb kommen etwa mit Mais betriebene Biogasanlagen für uns nicht in Betracht.
- Auch wenn und gerade weil die Erzeugungskapazitäten im Bereich Wind- und Sonnenergie in städtischen Bereichen beschränkt sind, sollen diese in Kiel möglichst ausgeschöpft werden. Deshalb begrüßen wir die Erstellung des Kieler Solarkatasters und die Anstrengungen der Stadt gemeinsam mit Umlandgemeinden Windkraftanlagen zu errichten. Partner bei Windparks könnten auch Bürgerwindparks u.ä. benachbarte Gemeindestadtwerke sein.
- Die Umsetzung des Energieerzeugungs- und Versorgungskonzeptes ist für uns auch mit der Schaffung von Arbeitsplätzen verbunden. Dabei geht es nicht nur um den Erhalt und den möglichen Ausbau der Arbeitsplätze bei den Stadtwerken Kiel, sondern auch um die Sicherung und Ausweitung von Arbeitsplätzen bei Handwerksbetrieben und Zulieferern von Dienstleistungen und Produkten zur Energieeinsparung, zur effizienten Energienutzung und Nutzung erneuerbarer Energien. Verbunden sind damit hochwertige und zukunftsorientierte Arbeitsplätze.
- Die Ansiedlung von Unternehmen und Dienstleistern in der Energiebranche im Rahmen der Umsetzung des Energiekonzeptes wird von uns unterstützt. Die Nutzungsüberlegung in Richtung Offshore-Windenergie für das MFG5-Gelände ist hierfür ein guter Ausgangspunkt.
- Ziel der Kieler Wirtschaftspolitik im Rahmen der Umsetzung des Energiekonzeptes wird es sein, möglichst viel Wertschöpfung und Einkommen in der Stadt bzw. der Region Kiel zu realisieren. Damit verbunden sind auch Steuereinnahmen und Einnahmen der Kommune.

- Die SPD Kiel spricht sich dafür aus, zeitnah die Voraussetzungen in Kiel zu schaffen, damit mindestens die Fährschiffe nach Schweden und Norwegen während der Hafentiegezeit mit Landstrom versorgt werden. Langfristig sollen alle Schiffe, die in Kiel festmachen, mit Landstrom aus regenerativen Energiequellen versorgt werden

Eine besondere Rolle bei der Umsetzung des neuen Kieler Energieerzeugungs- und Versorgungskonzeptes kommt den Kieler Stadtwerken als Partner der Landeshauptstadt Kiel zu. Sollte e.on - als Miteigner des alten Kohlekraftwerkes - sich weiterhin nicht am Bau eines neuen GuD beteiligen wollen, sollte es Aufgabe der Kieler Stadtwerke - gemeinsam mit der Stadt Kiel - sein, die Interessen Kiels mittelfristig auch ohne e.on durchzusetzen. Der Bau eines GuD-Kraftwerkes durch die Stadtwerke Kiel, ggf. gemeinsam mit anderen kommunalen Stadtwerken, muss ernsthaft geprüft werden.

Eine Grundstückssicherung sollte vorsorglich erfolgen.

Zu den Kieler Interessen gehört auch die Entwicklung einer Strategie, wie Kiel so früh als möglich möglichst dezentral - also auch ohne großes neues GuD-Kraftwerk - mit Wärme- und Strom versorgt werden kann.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 12.03.2011, 20:46 Uhr - 6567 Clicks - Nr. 281

Es gibt keine sicheren Kernkraftwerke

Im vorigen Jahr demonstrierten über 100.000 Menschen in einer gewaltigen Menschenkette gegen die Pläne des Bundesregiergung, die Nutzung der Atomkraft in Deutschland zu verlängern. Ein Teil der Kette zwischen den Atomkraftwerken Krümmel und Brunsbüttel führte auch durch Stormarn, doch der Protest war vergebens. Die Technik sei sicher, Atomkraft eine notwendige „Brückentechnologie“, hieß es. Nun beweisen die schrecklichen Ereignisse in Japan erneut, dass Atomkraft eben nicht sicher ist.



Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter, hat sich 2010 an der Menschenkette beteiligt. Er sagt: „Atomkraftwerke sind nun einmal bei Naturkatastrophen, schweren technischen Fehlern oder menschlichem Versagen nicht sicher. Von Gefahren durch den Terrorismus oder die Frage der Lagerung des Atommülls gar nicht zu reden.“ Besser als das Hochtechnologieland Japan könne keine Nation auf Störfälle vorbereitet sein, und trotzdem seien diese möglich.

In diesem Jahr jährt sich auch Katastrophe von Tschernobyl zum 25. Mal. Martin Habersaat: „Dort gibt es einen Landstrich, der für tausende von Jahren nicht mehr betreten werden kann. Alle, die weiter für Kernkraft werben, würde ich dieser Tage gerne zu einem Bildungsurlaub Japan schicken!“ Nun helfe nur weiterer Protest. Am Ostermontag, dem 25. April, wird in Brunsbüttel und Krümmel um 5 vor 12 Uhr mit einer Kundgebung an die Katastrophe erinnert und gefordert, dass die beiden Schleswig-Holsteinischen Pannemeiler nie wieder ans Netz gehen dürfen.

Foto: Menschenkette 2010 in Oststeinbek, von links: Peter Hartmann, Martin Habersaat

Kommentar von [Carsten Schröder](#) vom 12.03.2011, 21:20 Uhr:

RE: Es gibt keine sicheren Kernkraftwerke

Ich denke, dass wir angesichts dieses Ereignisses auch die Frage nach dem Sofortausstieg stellen sollten: Nicht nur Brunsbüttel und Krümmel, sondern auch Brokdorf muss vom Netz, damit die Menschen in der Elbmarsch wieder sicher leben können.

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 12.03.2011, 21:31 Uhr - 6621 Clicks - Nr. 282

Ein Forum für das Ehrenamt

Marshall Ahrensburg - Zu einem Vortrag über Stand und Perspektiven des Ehrenamts im Norden hatte die Bürgerstiftung - Region Ahrensburg - Dr. Thomas Gensicke von TNS Infratest aus München eingeladen. Unter den interessierten Zuhörern war auch der Stormarner SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, der zunächst einmal das Wort „Survey“ lernte. Das ist eine großangelegte Untersuchung, und zu einem „Ehrenamtssurvey“ sprach Dr. Gensicke.



Dr. Michael Eckstein, der Vorsitzende der Bürgerstiftung, hatte neben dem kompetenten Gast auch eine gute Nachricht für die vielen Anwesenden Ehrenamtler mitgebracht: Die Statistik zeige, dass ehrenamtlich Aktive länger leben. Das betrifft in Schleswig-Holstein 41% der Bevölkerung, berichtete der Referent. Dabei sind die Menschen in verschiedenen Altersgruppen unterschiedlich aktiv: 14-30jährige beispielsweise zu 34%, 31-45jährige zu 44%. 41% sind es bei Menschen über 60, hier gab es von 1999 zu 2009 einen Sprung von 25%.

20000 Menschen waren für diese Untersuchung befragt worden. Die meisten ehrenamtlich Aktiven finden sich im Sport, auf dem Lande ist die Beteiligung größer als in der Stadt. Habersaat: „Interessant war für mich das Ergebnis, dass viele Befragte ihre Tätigkeit nicht als ‚Ehrenamt‘ betrachten, sondern als ‚freiwillige Arbeit‘. Solche und andere Ergebnisse müssen jetzt ausgewertet werden, um das bürgerschaftliche Engagement weiter zu steigern.“

Foto: Dr. Thomas Gensicke

Keine Kommentare

Jahreshauptversammlung der SPD Lutterbek

In der Jahreshauptversammlung der SPD Lutterbek am 09. März 2011 wurde Susanne Hanebuth als Vorsitzende einstimmig wiedergewählt, die der SPD jetzt 16 Jahre vorsteht. In den Vorstand wurden weiter gewählt: Heiko Hoppe als stellvertretender Vorsitzender, Maren Kampz als Kassenwartin, Rolf Burmeister als Schriftführer, Peter Hoffmeister und Hans-Jürgen Woltmann als Beisitzer.

Mit der Landtagsabgeordneten und Kreisvorsitzenden Anette Langner diskutierte der Ortsverein die Möglichkeiten der kommunalen Selbstverwaltung in einer kleinen Gemeinde wie Lutterbek.

Die politische Arbeit im letzten Jahr war geprägt von der geplanten Biogasanlage. Die SPD Lutterbek hat sich stark dafür eingesetzt, dass die Diskussionen in der Gemeinde öffentlich geführt wurden, um die Bürgerinnen und Bürger vor Ort regelmäßig und aktuell zu informieren. Auf großes Interesse stieß die Informationsveranstaltung der SPD weit über Lutterbek hinaus. Ganz wichtig war es der SPD die Allgemeininteressen in den Entscheidungsprozess der Gemeinde einzubringen, der ganz wesentlich von Partikularinteressen geprägt war. Auch dieses Engagement vor Ort hat dazu geführt, dass die Biogasanlage nicht gebaut wird. Die Landesregierung hatte kurz vor Eingang des Bauantrags ihren Erlass zur Genehmigung von Biogasanlagen dem Bundesgesetz angepasst. Dieses sieht eine Privilegierung nur für maximal 500 Kw- Anlagen vor. Das Innenministerium hatte bis dahin Ausnahmen zulassen wollen. Darauf hatte sich der Betreiber mit seinen Planungen einer 570 kw-Anlage verlassen. Mit dem immer weiter zunehmenden Unmut vor Ort riskierte die Landesregierung ein gerichtliches Verfahren. Eine Ausnahmegenehmigung hätte einer gerichtlichen Überprüfung nicht Stand gehalten. So stellte sie sehr schnell mit der Erlassänderung rechtmäßiges Verwaltungshandeln sicher. Der Betreiber musste seinen Bauantrag zurückziehen, weil er vom Kreis nicht mehr genehmigt werden konnte und gab das Bauvorhaben auf.

Dieses Vorgehen vor Ort hat sehr deutlich gezeigt, dass die SPD-Lutterbek soweit gut aufgestellt ist, die politischen Verhältnisse im Interesse einer großen Mehrheit im Dorf zu gestalten, die sich gegen die Biogasanlage ausgesprochen hatte. Unterstützt wurde sie dabei von der Kreis – und Landes-SPD. Diese erfolgreiche Zusammenarbeit zeigt den großen Vorteil der SPD als einer bundesweit auftretenden gut vernetzten Partei.

So bringt sich die SPD Lutterbek auch auf Kreis- und Landesebene ein und pflegt die Kontakte mit anderen Ortsvereinen. Ein besonderes Interesse besteht an regionalen Vorhaben, wo sich die Mitglieder einbringen werden; auch sind Gäste sind willkommen, an diesen Diskussionen teilzunehmen. So ist es wichtig, sich an dem Rahmenplan Kieler Förde zu beteiligen, um die Interessen vor Ort in die regionalen Vorhaben einzubringen und von der Zusammenarbeit der Förde-Gemeinden auch in Lutterbek zu profitieren. Die SPD Lutterbek wird sich an der Entwicklung einer energieautarken Region Probstei engagieren. Interessant sind auch die Planungen zur Stadtreionalbahn, wo die Kreis-SPD vor Ort informieren wird. Der demographische Wandel zeigt uns deutlich, dass wir uns hier für ein „Gutes Leben im Alter“ aktiv einsetzen müssen, zu dem der Ortsverein Probsteierhagen eine interessante Veranstaltung anbietet, an der der Ortsverein ebenfalls teilnehmen wird.

Bei der Biogasanlage wurde sehr deutlich, dass wir über Lutterbek hinaus denken und unser Leben in unserer Region gestalten müssen. Dafür ist die SPD Lutterbek gut aufgestellt, die Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit der Gemeinde Lutterbek müssen allerdings stark verbessert werden. Wir freuen uns, wenn wir dafür noch viel mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter bekommen. Sie sind bei uns herzlich willkommen. Denn dieses hat uns das Vorhaben Biogasanlage auch gezeigt: Nur gemeinsam sind wir stark.

Die SPD Lutterbek bedankt sich bei Manfred Hass, der als beruflicher Sachverständiger die Sicherheitsüberprüfung der neuen Spielgeräte auf dem Spielplatz vornehmen und der Gemeinde im Namen der SPD spenden wird.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 13.03.2011, 14:12 Uhr - 18896 Clicks - Nr. 284

SPD-Fraktion befürwortet Jobticket

Der Umzug der Kreisverwaltung nach Elmshorn sollte "klimaneutral" vonstatten gehen.

Für die SPD-Fraktion im Kreistag ist die Einführung des „Jobtickets“ für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung eine gute Lösung. Der Umzug der Kreisverwaltung nach Elmshorn sollte klimaneutral“ vonstatten gehen. Darüber bestand bei den Umweltexperten Einigkeit und wurde in verschiedenen Sitzungen immer wieder betont.



Wer Klimaschutz nicht nur in Sonntagsreden fordert, muss im konkreten Fall auch handeln, fordert die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion Anna Wehner. Im konkreten Fall des Umzuges nach Elmshorn ist eine klimaneutrale Lösung ohne zusätzlichen Individualverkehr mit erhöhtem CO₂ Ausstoß nur mit einer Verlagerung auf den ÖPNV möglich, ist Wehners Fazit. Das Jobticket für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen schaffe die notwendigen Voraussetzungen und Anreize, für die Nutzung des ÖPNV.

Mit dem Umzug nach Elmshorn sieht aber Wehner auch die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers gefordert. Der neue Standort der Verwaltung bringt für das Personal einen höheren Aufwand an Zeit und Geld mit sich. Mit dem Jobticket werden soziale Härten für gering verdienende Mitarbeiter abgefedert.

Im Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung hat die SPD den entsprechenden Antrag zum Haushalt gestellt. Entgegen aller fraktionsübergreifende Übereinstimmung, den Umzug klimaneutral zu gestalten, wurde der Antrag lediglich mit dem Kommentar „wir sind dagegen“ von CDU und FDP abgelehnt. Wehner wird trotz der Ablehnung nicht locker lassen. „Den Antrag stellen wir im Kreistag erneut und dann sollen CDU und FDP auch öffentlich Farbe bekennen, ob aktiver Klimaschutz bei den beiden Fraktionen nur in Sonntagsreden stattfindet“, kündigt Wehner für die

entscheidenden Haushaltsberatungen im Kreistag an.

Anna Wehner

-umweltpolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion-

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 13.03.2011, 17:43 Uhr - 3254 Clicks - Nr. 285

Fit seit 100 Jahren

BSV Vereinsheim - Schon im Februar feierte Trudel Märzel ihren 100. Geburtstag. Seit 93 Jahren ist sie Mitglied ihres Stammvereins, Wandsbek 81. Seit 53 Jahren ist sie aber auch Mitglied des Barsbüttler Sportvereins, war über 40 Jahre als Übungsleiterin aktiv und ist BSV-Ehrenmitglied.

Grund genug für den BSV-Vorsitzenden Bernhard Zeppenfeld, eine Nachfeier zu organisieren, an der viele Damen aus „ihrer“ Gymnastikgruppe ebenso teilnahmen wie Bürgervorsteher Jörg Kiencke, der stellvertretende Bürgermeister Wolfgang Böckmann und der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, der sich in das Spalier der Gymnastikgruppe einreihen durfte (Foto).

Fit sei die Jubilarin, hatte Martin Habersaat im Vorfeld gehört. Und humorvoll, wurde während des Wartens im Spalier berichtet. Als das Geburtstagskind dann kam und gemeinsam „Wie schön, dass du geboren bist“ angestimmt wurde, war

klar, was gemeint war: Trude Märzel tanzte zum Gesang ihrer Sportsfreundinnen, dirigierte und beschied abschließend, man möge nun hineingehen, sie habe Kaffeedurst. „Vorher aber alle Rosen bei mir abgeben, die waren doch sicher für mich!“

Bei Kaffee und Kuchen schwelgte die Runde in Erinnerungen. Trude Märzel berichtete von ihren Anfängen im Sport und beim BSV, aber auch von ihrem Engagement im Arbeitersport. Und der Ausrichter Bernhard Zeppenfeld freute sich über die gelungene Feier und über die Tatsache, mit seinen 68 Jahren plötzlich als „junger Mann“ angesprochen zu werden.



Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 14.03.2011, 10:34 Uhr - 1924 Clicks - Nr. 286

Innenstadt wird aufblühen

Zur heutigen Vorstellung der konkreten Pläne der Matrix für das Geschäftshaus auf dem ehemaligen Karstadt-Gelände erklären der baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Dr. Hans-

Friedrich Traulsen, der baupolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Dirk Scheelje, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Das Konzept der Rathauskooperation zur Innenstadtentwicklung geht auf. Unsere Standortentscheidung für das Gelände des Matrix-Neubaus und gegen Träumereien von einem dritten Einkaufscenter am Schloss hat den Prozess in Gang gebracht, der die Kieler Innenstadt zu einem attraktiven Einzelhandelsstandort erblühen lassen wird. Die Verwaltung setzt die Vorgaben der Politik eins zu eins um.

So muss es weitergehen mit Verbesserung der Aufenthaltsqualität, aber auch mehr Wohnen. Die Wasserverbindung von Kleinem Kiel und Bootshafen wird dafür der nächste wichtige Impuls sein.“

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 14.03.2011, 11:27 Uhr - 17481 Clicks - Nr. 287

Abitur in Kellinghusen machbar

Die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe in Kellinghusen ist nicht nur möglich, sondern auch nötig. Dies war das Fazit einer Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Kellinghusen.



Zu Gast waren die SPD-Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen und der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Dr. Henning Höppner.

Die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe in Kellinghusen ist nicht nur möglich, sondern auch nötig. Dies war das Fazit einer Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Kellinghusen.

Zu Gast waren die SPD-Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen und der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Dr. Henning Höppner.

Das neue Schulgesetz der schwarz-gelben Koalition war Thema der Veranstaltung, bei der neben Mitgliedern des Ortsvereins auch interessierte Gäste mitdiskutierten. Dabei rückten neben der kritischen Diskussion über die Änderungen des Gesetzes, die Möglichkeiten des Abiturs in Kellinghusen in den Mittelpunkt.

Anhand einer umfangreichen, mit vielen Zahlen unterlegten Präsentation zeigte Dr. Höppner auf, dass in Schleswig-Holstein ohnehin relativ wenige Kinder das Abitur machen würden, im Kreis Steinburg diese Quote aber noch einmal deutlich niedriger sei.

So hatte der Kreis Steinburg im Jahr 2006 bundesweit einen der höchsten Anteile an

Hauptschülerinnen und Hauptschülern sowie einen der geringsten Anteile an Gymnasiasten, nur noch übertroffen von den Landkreisen Niederbayern und der Oberpfalz.

„Da man sicher davon ausgehen kann, dass unsere Steinburger Kinder nicht dümmer sind als anderswo, muss hier im Kreis noch ein erhebliches Potenzial für eine gymnasiale Bildungsbeteiligung vorhanden sein“, ergänzte die Landtagsabgeordnete Herdejürgen.

Durch die Einführung von Gemeinschaftsschulen könne dieses Potenzial geweckt werden.

Voraussetzung hierfür ist, dass gymnasiale Oberstufen an Gemeinschaftsschulen entstehen. Eltern werden die Gemeinschaftsschule als Weg zum Abitur nur akzeptieren, wenn dieser auch tatsächlich an der Gemeinschaftsschule möglich ist.

Die Schülerzahlen lassen die Möglichkeit einer gymnasialen Oberstufe in Kellinghusen zu. Mehrere Gerichtsentscheidungen gehen von einer Mindestzahl von 42 Schülerinnen und Schülern mit einer Zugangsberechtigung zum Besuch einer gymnasialen Oberstufe aus. Selbst wenn man nur geringe Übergangsquoten für Kellinghusen annimmt, ergeben sich rechnerisch deutlich auskömmliche Zahlen. Zudem könne man davon ausgehen, dass auch Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Hohenlockstedt das Angebot einer gymnasialen Oberstufe in Kellinghusen nutzen würden.

Die Gemeinschaftsschule ist ein Erfolgsmodell. Eltern, Lehrer und Träger haben sich in großer Mehrheit landesweit für diese Schulart und damit für mehr Bildungsgerechtigkeit entschieden. Wenn wir dieses Erfolgsmodell bis zu Ende denken, müssen die Schülerinnen und Schüler an dieser Schulart auch ihr Abitur ablegen können, „erklärt die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen. „Dies muss in Kellinghusen so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden.“.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 14.03.2011, 11:50 Uhr - 6516 Clicks - Nr. 288

SPD-Kreisparteitag zur Seniorenpolitik

Sonnabend, 19. März 2011, ab 10.00 Uhr,
Bürgerhaus Glinde (Markt 2)

Mit den Belangen von Senioren und den Anforderungen an Politik in einer älter werdenden Gesellschaft befasst sich die SPD-Stormarn auf ihrem nächsten Kreisparteitag. Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender: „Wir alle werden älter. Das ist gut so, erfordert aber manche Weichenstellung. Senioren heute leben anders als Senioren vor 50 Jahren, und es gibt wesentlich mehr Senioren als vor 50 Jahren.“



„Seniorenrechtliches Wohnen“ steht in allen Kommunen auf der Tagesordnung, Alterskrankheiten wie Demenz nehmen in ihrer Häufigkeit zu.“ Der Vormittag des Kreisparteitages ist daher diesem einen Schwerpunktthema gewidmet.

Martin Habersaat, der auch Landtagsabgeordneter ist, wird einen kurzen Impulsvortrag über anstehende Probleme, erfolgreiche Projekte und sozialdemokratische Positionen geben. Für einen Vortrag zum Thema „Demenz als gesellschaftliche Herausforderung“ konnte Eckart Drews, der Geschäftsführer der tohus GmbH, gewonnen werden. Anschließend wird sich der Parteitag in vier Gruppen mit unterschiedlichen Aspekten des Themas beschäftigen, beispielsweise mit dem Problem der Altersarmut oder mit der Frage, was Stadtplanung und Bauprojekte für Lösungen liefern können.

Albig und Stegner kommen um 14.00 Uhr

Am Nachmittag werden der Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig, der SPD-Spitzenkandidat bei der anstehenden Landtagswahl, und der SPD-Landesvorsitzende Dr. Ralf Stegner zur Grußworten und einer kurzen Aussprache erwartet.

Weiter geht es dann mit Antragsberatungen und der Nachwahl eines Juso-Vertreters in den Kreisvorstand. Zwei Anträge hat der Kreisvorstand vorgelegt. Zum einen wird gefordert, aus der Bildungspolitik wieder eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern zu machen. Zum anderen geht es um die Feste Fehmarn-Beltquerung. Gefordert wird ein öffentlich moderiertes Verfahren bei der Planung der Hinterlandanbindung. Martin Habersaat: „So wollen wir einerseits Transparenz gewährleisten und andererseits sicherstellen, dass alle berechtigten Interessen berücksichtigt werden.“

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 14.03.2011, 13:49 Uhr - 18883 Clicks - Nr. 289

Kreisberufsschule Pinneberg:

CDU und FDP schleichen sich aus der Verantwortung. Nicolai Overbeck und Hendryk Zeuschner werfen CDU und FDP den untauglichen Versuch vor, ihr politisches Versagen zu vertuschen

Die jüngsten Stellungnahmen von CDU und FDP zum Fortschritt beim Neubau der Kreisberufsschule sind für die SPD-Kreistagsfraktion nichts anderes als der untaugliche Versuch ihr politisches Versagen zu vertuschen.

„Wir erleben hier den Versuch von CDU und FDP, ihre Verantwortung für den Verlauf der bisherigen Planungen auf die Verwaltung abzuwälzen“, muss Nicolai Overbeck, schulpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion feststellen.

Die Unsicherheit bei der Zukunft der Schule hat nach Auffassung der SPD nicht die Verwaltung zu vertreten, sondern die politische Mehrheit im Kreistag aus CDU und FDP.

Eine Genehmigung des Innenministeriums wird nicht an fehlenden Haushaltsabschlüssen scheitern. Die schlechte finanzielle Lage des Kreises ist in Kiel bekannt und wird sich durch die Vorlage der Jahresabschlüsse nicht verbessern. „Es wurden auch in den letzten Jahren Haushalte ohne das Vorliegen der Jahresabschlüsse genehmigt, die entsprechende Investitionen enthielten“, so Hendryk Zeuschner, Mitglied im Finanzausschuss.

Vielmehr wird die Genehmigung versagt werden, wenn der Kreis sich nicht für die günstigste Variante entscheidet. Dass dies der komplette Neubau ist, wird zu recht von Innenministerium bezweifelt.

„Wir hatten CDU und FDP bereits im April 2010 aufgefordert, ihre Alternative des kompletten Neubaus der KBS durch die Verwaltung durchrechnen zu lassen. Dies lehnten sie jedoch ab“, stellt Zeuschner fest.

Dass das Innenministerium nicht mit Annahmen und nicht im Ansatz fundierten Berechnungen überzeugt werden kann, war abzusehen. „Die Mehrheit ist sehenden Auges in diesen Crash gelaufen und trägt die alleinige Verantwortung“, so Overbeck. Weitere Verzögerungen sind bereits dadurch eingetreten, dass die Mehrheit im Kreistag seit 2008 eine Realisierung als öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) – ähnlich wie beim Kreishausneubau – bis heute ohne Ergebnis untersuchen lässt und zusätzlich für dieses Vorhaben im April 2010 beschlossen hat, die bereits vergebene Planung abzubrechen und nur bis zur Leistungsphase 1 (Grundlagenermittlung) planen zu lassen, um einem privaten Investor größere Freiräume zu geben. Daraus ergibt sich unter anderem auch die fehlende Fundierung der Kostenberechnungen.

In der aktuellen Haushaltdebatte zeigt sich nun, dass die Mehrheit die Konsequenzen ihrer Politik der Zeitverzögerung nicht tragen will. So müsste im Kasseler Bau eine neue Brandmeldeanlage für 100.000 Euro installiert werden.

„Eine Brandschau hat ergeben, dass die Sicherheitsmaßnahmen nicht ausreichend sind. Durch die konkrete Lage von Stromleitungen oberhalb der Fluchtwege würde sich ein möglicher Brand sehr schnell ausbreiten. Eine frühzeitige Wahlmöglichkeit gibt es derzeit nicht“, berichtet Overbeck, „nach Aussage der Verwaltung würde ein Gebäude in privater Hand mit diesen Mängeln umgehend geschlossen werden müssen“.

CDU und FDP verweigerten die Bereitstellung der Mittel jedoch mit Hinweis auf die nun anstehende Neubauentscheidung, die nun allerdings in den Sternen steht, wie bereits berichtet. „Welche Entscheidung aber auch immer getroffen wird, der Gebäudeteil im Kasseler Bausystem wird noch einige Jahre erhalten bleiben, für diese Zeit muss ein ordnungsgemäßer Brandschutz gewährleistet sein“, sind sich Overbeck und Zeuschner einig.

Keine Kommentare

Ausgestrahlt

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Ereignisse in Japan haben uns alle Betroffenen gemacht. Neben den großen Leid welches die Menschen durch Erdbeben und Tsunami bereits erlitten haben, zeigt sich nun einmal mehr welche Gefahren von Atomkraftwerken ausgehen können.

Die massiven Störfälle und die bereits jetzt massiv ausgetretene Strahlung zeigen uns: Atomkraft ist weder beherrschbar noch sicher. Wie wir in Tschernobyl sehen konnten sind die Folgen eines SuperGau verheerend und nicht verantwortbar.

Heute Abend finden an über 260 Orten in Deutschland zwischen 17-19 Uhr Anti-Atom Kundgebungen in Gedenken an die Ereignisse in Japan statt. Unser Mitgefühl gilt den Menschen in Japan, unsere Wut der Atomlobby. Lasst uns gemeinsam heute Abend ein klares Zeichen für einen schnellen Ausstieg aus der Atomkraft und eine ganz andere Energiepolitik setzen. Wir bitten euch deshalb diese E-Mail an eure Verteiler und Freunde weiterzuleiten und heute Abend an den Kundgebungen zahlreich teilzunehmen.

Alle Kundgebungsorte und Zeitpunkte unter:

[Kundgebungsorte](#)

Keine Kommentare

Öffentliche Erklärung der AfA-Schleswig-Holstein

AfA-Landesvorsitzender Wolfgang Mädels fordert auf dem Politischen Aschermittwoch 2011 die Landespartei auf, die positive Wirkung des Mitgliederentscheid nicht durch kleinkarierten Machtkampf selbst zu verspielen. Ein Tandem Albig-Stegner ist besser als das derzeitige Säbelrasseln über die Medien.

Aus der Rede von Wolfgang Mädels am 09.03.2011 auf dem Politischen Aschermittwoch der AfA und der SPD in Marne:

"Ich rufe allen Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein zu, macht die positiven Wirkungen und Mobilisierungen des Mitgliederentscheid zur Spitzenkandidatur nicht selber kaputt.

Wir haben jetzt mit Torsten Albig einen mit einer großer Mehrheit ausgestatteten Spitzenkandidaten zur Landtagswahl und einen sehr guten Landesvorsitzenden mit Ralf Stegner.

Lasst nicht die Medien über Wahlen entscheiden sondern die Delegierten auf dem Landesparteitag. Die SPD in SH ist zu Recht dickschädelig und links, wir wollen es bleiben und mit Inhalten die Menschen gewinnen.

Dazu gehört eben auch der Respekt vor jeden und jeder Meinung, manchmal auch Auftreten vielleicht sogar aussehen oder ob jemand telegen ist oder nicht.

Wir sollten nicht dem Populismuswettbewerb verfallen, eigentlich sollten die Erfahrungen der letzten Jahre deren genüge gewesen sein.

Man muss nicht alles wiederholen, Mäßigung täte uns allen gut.

Deshalb lasst uns mit den politischen Konkurrenten streiten um die Köpfe der Menschen und mit einer besserer Politik für die Menschen und SH die Wahlen gewinnen."

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 14.03.2011, 15:04 Uhr - 5512 Clicks - Nr. 292

14. Politischer Aschermittwoch 2011 in Marne

Andrea Ypsilanti beim Politischen Aschermittwoch

Seit 1997 wird jedes Jahr der Politische Aschermittwoch von der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer in der SPD (AfA) traditionell in der Hochburg des Karneval in Schleswig-Holstein gefeiert.

Auch in diesem Jahr war die Tonhalle in Marne wieder bis auf den letzten Platz gefüllt. Als Rednerin war Andrea Ypsilanti aus Hessen dem Ruf der SPD gefolgt. In ihrer Rede

prangerte sie die vielen Fehlleistungen der schwarz-gelben Regierungen in Kiel und Berlin an.

Auf dieser Veranstaltung wurde auch der 3.500 Besucher mit einer Reise nach Berlin ausgezeichnet.



Zum Schluß ihrer Rede wurde Andrea Ypsilanti vom Moderator Sven Zylla und dem AfA-Landesgeschäftsführer Helmut Ulbrand mit einem Blumenstrauß und einer guten Flasche Wein verabschiedet.

Alle Besucher wollen auch im nächsten Jahr wieder zum Politischen Aschermittwoch kommen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 14.03.2011, 15:37 Uhr - 1849 Clicks - Nr. 293

"Kurze Wege für kurze Beine...auch zum gesunden Schulmittagessen"

Zum Beschluss in der Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport (TOP 7.2) (Bau der beiden Mensen an den Grundschulen Hans-Christian-Andersen-Schule und der Schule am Heidenberger Teich) erklären der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski, die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Kirsten Wegner, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Für SPD, Grüne und SSW hat gute Bildung höchste Priorität. Bildung ist der beste Weg, um mehr Chancengerechtigkeit herzustellen. Aber ein leerer Magen lernt nicht gern. Durch den Bau der Mensen werden die Bedarfe der beiden Gebundenen Ganztagschulen berücksichtigt, die in den besonderen Stadtteilen Gaarden und Mettenhof liegen. Hier ist die Anzahl der Kinder hoch, die mit Hilfe der Murmann-Spende kostenloses Mittagessen bekommen. Ganztagschulen sind die richtige Antwort auf sich verändernde gesellschaftliche Bedingungen, die eine längere professionelle Betreuung von Schulkindern nötig machen.“

Der Beschluss umfasst zusätzlich den Ausbau der Stadtteilschule in Gaarden. Dies ist ein Durchbruch für das Konzept der Stadtteilschule, das wir in Kiel künftig haben wollen. Bildung ist mehr als nur Schule, Schule muss sich in den Stadtteil öffnen. Um Doppelstrukturen zu vermeiden, erfolgt die angestrebte Öffnung in Kooperation mit dem Mehrgenerationenhaus.

Der Ausbau der Schulmensen und der Ausbau der Stadtteilschule sind ein großer Erfolg für Gaarden und Mettenhof und bestätigen den außerordentlichen Einsatz der Schulen und der Kooperationspolitiker vor Ort.“

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 14.03.2011, 15:45 Uhr - 13233 Clicks - Nr. 294

Thönnnes: Jetzt bewerben für Deutschen Bürgerpreis 2011

„Bildung! Gleiche Chancen für alle“

Seit dem 1. März 2011 sind Bewerbungen für den Deutschen Bürgerpreis der Initiative „für mich. für uns. für Schleswig-Holstein.“ möglich. Dieses Jahr steht der Preis unter dem Motto „Bildung! Gleiche Chancen für alle.“



Mit diesem Schwerpunktthema würdigt der Deutsche Bürgerpreis den gesellschaftlichen Beitrag aller, die in ihrer Freizeit anderen helfen ihre persönlichen Stärken zu erkennen und zu entfalten. Das Engagement in Kitas, Schulen und Hochschulen wird dabei ebenso in den Fokus genommen wie Mentoren- und Lernpatenprogramme, Hausaufgabenhilfvereine, Vorleseinitiativen und Engagement im Bereich der Erwachsenenbildung.

„Der Bürgerpreis hat sich zu einer festen Größe der Freiwilligen- und Anerkennungskultur in Deutschland entwickelt und spricht alle ehrenamtlich engagierten Menschen an“, erklärt SPD-MdB Franz Thönnnes. Die Gewinner des regionalen Wettbewerbs erhalten Geld- und Sachpreise im Gesamtwert von 30.000€. Auf nationaler Ebene warten dann noch Projektförderungen von über 41.000 Euro.

Ehrenamtliches Engagement werde in Schleswig-Holstein in drei Kategorien ausgezeichnet: U21 ehre Bewerber bis zu einem Alter von 21 Jahren und würdigt damit junges Engagement. Die

Kategorie Alltagshelden richte sich an vorbildlich engagierte Personen und Projekte unabhängig vom Alter. Der Bürgerpreis in der Kategorie Lebenswerk werde für mindestens 25 Jahre bürgerschaftliches Engagement verliehen. Auf nationaler Ebene könnten sich Inhaber von Unternehmen die persönlich Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen, in der Kategorie „Engagierte Unternehmer“ bewerben. Und mit dem VZ Award wird auch ein Publikumspreis verliehen.

„Die Bewerber nehmen zunächst auf lokaler Ebene am Wettbewerb teil. Die Gewinner gehen dann automatisch ins Rennen um den nationalen Bürgerpreis“, beschreibt Thönnies. Teilnahmeschluss ist der 30. Juni 2011. Die feierliche Verleihung des Deutschen Bürgerpreises findet dann im Dezember 2011 in Berlin statt.

Die aktuellen Teilnahmeunterlagen finden Interessierte im Internet unter www.deutscher-buergerpreis.de oder bei teilnehmenden Sparkassen. „Auch in Segeberg und Stormarn gibt es viele gute Beispiele für herausragendes Bürgerschaftliches Engagement. Deshalb würde ich mich über eine rege Beteiligung gerade von jungen Menschen aus unserer Region freuen“, betont Thönnies.

Bildquelle: Initiative „für mich, für uns, für alle“

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 14.03.2011, 16:41 Uhr - 6796 Clicks - Nr. 295

Energiewende jetzt!

Vor dem Hintergrund der Atomkatastrophe in Japan stellt das Präsidium des SPD-Parteivorstands fest:

Die katastrophalen Ereignisse in bislang zwei der japanischen Atomkraftwerke zeigen, dass nach den beiden Reaktorkatastrophen des letzten Jahrhunderts – 1978 im US-AKW Three-Miles-Island in Harrisburgh und 1986 im sowjetischen AKW in Tschernobyl – auch im 21. Jahrhunderts niemand von einem dauerhaft sicheren Betrieb von Atomkraftwerken ausgehen kann. Die Gefahr eines Super-GAU in Folge einer Kernschmelze ist keineswegs eine theoretische und rein mathematische Rechengröße,



sondern eine ganz konkrete und im Alltagsbetrieb von Atomkraftwerken real mögliche Gefahr. Nach

dem weltweiten Umdenken bei der militärischen Nutzung der Atomenergie zwingen deshalb die verheerenden Folgen für Mensch und Natur eines solchen Super-GAU spätestens jetzt zu einem weltweiten Umdenken auch bei der zivilen Nutzung der Atomenergie. Das atomare Zeitalter muss zu Ende sein.

Das gilt auch für Deutschland. Die von CDU/CSU und FDP erst vor wenigen Monaten vorgenommenen

Laufzeitverlängerungen sind unverantwortlich. Auch der Hinweis der CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel, Deutschland sei weder Tsunami- noch Erdbebengebiet, ist nichts als eine Ausrede und soll den wahren Blick auf die Ursachen der Reaktorkatastrophe in Japan verstellen. Natürlich ist die Situation in Japan eine bislang einzigartige Situation: Ein mit einem Erdbeben verbundener Tsunami, in dessen Folge ein Stromausfall zu einer Reaktorkatastrophe führt, übertrifft die meisten der denkbaren Gefahrenszenarien. Das darf allerdings nicht drüber hinweg täuschen, dass der atomare Krisenfall eingeleitet wurde durch den Ausfall der Stromversorgung und das Versagen der Notstromversorgung. Schon der Ausfall der Notstromversorgung im schwedischen AKW Forsmark im Jahr 2006 zeigt: es handelt sich um ein generelles Gefahrenpotential, das durch die unterschiedlichsten Ereignisse ausgelöst werden kann. Das Erdbeben in Japan könnte in Deutschland ein Flugzeugabsturz sein. Vor allem die alten deutschen Atomkraftwerke, die CDU/CSU und FDP jetzt in ihren Laufzeiten drastisch verlängert haben, sind gegen Flugzeugabstürze nicht gesichert. Zudem können nicht nur Großschadensereignisse die Stromversorgung eines AKW gefährden. Die von CDU/CSU und FDP beschlossenen Laufzeitverlängerungen deutscher Atomkraftwerke um bis zu 14 Jahren sind rechtswidrig und führen zu langfristigen massiven Gefährdungen der deutschen Bevölkerung. Die angebliche „Brücke“ in ein nicht-atomares Zeitalter ist damit mehr als 25 Jahre lang und keine „Übergangstechnologie“, wie der CDU-Bundesumweltminister behauptet. Sie wird weder für die Energiesicherheit noch für den Klimaschutz benötigt, sondern dient einzig den Lobbyinteressen von vier deutschen Atomkonzernen. Deshalb ist jetzt nicht die Zeit der Ausflüchte und Beschwichtigungen, wie sie von der CDU-Bundeskanzlerin und ihrem CDU-Umweltminister der Öffentlichkeit angeboten werden. Sie dienen nur dem Versuch, die Öffentlichkeit vor den anstehenden Wahlen in Sachsen-Anhalt, Hessen, Rheinland-Pfalz und insbesondere im Atomland Baden-Württemberg zu beruhigen und zu täuschen. Die SPD fordert die Bundesregierung deshalb auf, unverzüglich:

1. das kerntechnische Regelwerk des Jahres 2009 (erarbeitet unter den Bundesumweltministern Trittin und Gabriel) sofort in Kraft zu setzen, um den Stand von Wissenschaft und Technik zur Voraussetzung beim Betrieb deutscher Atomkraftwerke zu machen. Die Verweigerung ist unverantwortlich gegenüber der deutschen Bevölkerung.
2. die ältesten und am schlechtesten gegen Flugzeugabstürze geschützten deutschen Atomkraftwerke

Biblis A, Biblis B, Brunsbüttel, Neckarwestheim I, Philippsburg I, Isar I, Unterweser und Krümmel in 2011 und 2012 endgültig vom Netz zu nehmen.

3. die ohne Beteiligung des Bundesrates und deshalb rechtswidrig beschlossene Laufzeitverlängerung

deutscher Atomkraftwerke zu stoppen und zurück zu nehmen. Deutschland muss zu seinem ursprünglichen Ziel zurück: Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahr 2020.

4. die unter dem SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeleitete Energiewende fortzusetzen und

zu beschleunigen. Das Atomzeitalter und das Zeitalter billigen Öls sind vorbei. Die Zukunft wird bestimmt von erneuerbaren Energien. Um das zu ermöglichen braucht Deutschland:

- Investitionen in die Energieeinsparung und Energieeffizienz, um die Energieproduktivität um jährlich 3 % zu steigern und Energie im Jahr 2020 doppelt so effizient zu nutzen wie 1990.

- Die Modernisierung des fossilen Kraftwerksparks bei Kohle und Gas – insbesondere der Kraft-Wärme-Koppelung - als Brückentechnologie.

- Investitionen in erneuerbare Energien, um bis 2020 mindestens 40 Prozent erneuerbare Energien im Stromsektor und 20 Prozent im Wärmesektor zu erreichen.

- Ausbau der Elektromobilität und kraftstoffsparender Antriebstechniken im privaten und öffentlichen Verkehr.

Begründung:

Am 11. März 2011 ist das Atomzeitalter zu Ende gegangen. So historisch dieser Einschnitt auch ist, keiner

wird stolz sein, dabei gewesen zu sein. Zwei schreckliche Katastrophen haben in dem von Tod und Zerstörung heimgesuchten Japan zugleich den Anfang und das Ende dieser vom Menschen entfesselten,

aber nie beherrschten Technologie markiert.

Mit den am 6. und 9. August 1945 über Hiroshima und Nagasaki abgeworfenen ersten Atombomben

begann ihr militärischer Missbrauch, am 12. März 2011 verglühte mit der Kernschmelze im Atomkraftwerk

Fukushima auch das letzte Vertrauen in ihre zivile Nutzung. Schon wie die angeblich rückständige Sowjetunion in Tschernobyl fand nun auch das Hochtechnologieland Japan kein Mittel, die Atom-Katastrophe zu verhindern.

Es ist vorbei. Wir Sozialdemokraten haben von der Hoffnung, mit der wir im Godesberger Programm

auf die angeblich saubere Atomenergie setzten, längst Abschied genommen.

Heute geht es darum, den Ausstieg aus der Atomkraft zu beginnen, endgültig und überall. Die von der Regierung Merkel/Westerwelle beschlossene Verlängerung der Laufzeiten für deutsche Reaktoren,

die unter dem Druck der Atomlobby auf frivole Art und Weise zustande gekommen ist, muss wieder rückgängig gemacht werden.

2 Beschluss des SPD-Präsidiums vom 14. März 2011

Keine Kommentare

Die Stadt-Regional-Bahn planen!

SPD-Kreisvorstand Rendsburg-Eckernförde beriet über Stadt-Regional-Bahn und die Kreisforsten.



Der SPD-Kreisvorstand unterstützt den Aufbau einer Planungsgesellschaft für die Stadt-Regional-Bahn und folgte damit einem Votum der Kreistagsfraktion. Die Umlandgemeinden sollen bei dieser Gesellschaft noch nicht finanziell beteiligt werden.

Zunächst müssten die Auswirkungen eines möglichen Baus für die Region geprüft werden. „Wir wollen stattdessen für die betroffenen Ämter ein Beteiligungsverfahren durchführen“, so der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix.

„Bereits auf dem Kreisparteitag am 5. März hat sich unser Kreisverband für eine Stärkung des ÖPNV auf der Schiene ausgesprochen. Wir wollen die Stadt-Regional-Bahn in der Partei gemeinsam mit der Kreistagsfraktion diskutieren“, so Rix.

Der Kreisvorstand stimmte auch dem Verkauf der Kreisforsten an die Landesforsten zu. Bedingung war der Verkauf an einen öffentlichen Träger. „In Landeshand können unsere Wälder noch besser geschützt, gepflegt und pädagogisch genutzt werden“, so Rix.

Der Kreistagsfraktionsvorsitzende Kai Dolgner ergänzt: „Wichtig ist, dass der finanzielle Gewinn für unseren Kreis sinnvoll verwendet wird. Wir halten die dringend notwendige energetische Sanierung des Kreishauses für den richtigen Weg.“

Sönke Rix

Götz Borchert

Keine Kommentare

Zwischen Unternehmertum und Armut: Solo-Selbständige

Solo-Selbständige sind Selbständige ohne Arbeitnehmer. In Deutschland gibt es nach einer Erhebung des Sozialbeirats der Bundesregierung 2,32 Mio. Solo – Selbständige, das sind 56 % aller Selbständigen.

In den letzten Jahren wuchs die Zahl der Solo – Selbständigen überproportional, 37 Prozent aller Solo – Selbständigen sind Frauen. In vielen Fällen müssen Tätigkeiten weit unter dem eigenen Qualifikationsniveau ausgeübt werden, dies trifft besonders auf Migranten zu. Je nach Qualifikation bewegen sich Solo-Selbständige in teilweise äußerst unsicheren Verhältnissen. Nicht Wenige sind von akuter Armut bedroht. In Kiel sind mehr als 600 Selbständige ergänzend oder vollständig auf Leistungen zum Lebensunterhalt im Rahmen des ALG II angewiesen. In vielen Fällen fehlt es schon zu Beginn der Selbständigkeit an ausreichenden und umfassenden Informationen zu allen

grundlegenden Fragen der Existenzgründung, vor allem fehlt es aber am Zugang zu Kapital. Meist ist das Startkapital zu gering, häufig fehlt aber auch eine ausreichende Kapitalversorgung in Konsolidierungsphasen. Gemeinsam mit Experten aus Gewerkschaft, Wirtschaft und IHK will die Kieler AGS die Lage der Solo-Selbständigen in Kiel näher beleuchten.

Keine Kommentare

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 14.03.2011, 21:15 Uhr - 118586 Clicks - Nr. 298

Mahnwachen im ganzen Land

Angesichts der atomaren Katastrophe, die sich derzeit in Japan vollzieht, trafen am Nachmittag und frühen Abend im ganzen Land engagierte Menschen aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Gruppen zu Mahnwachen zusammen. Einig waren sich die Beteiligten, dass jetzt mit der Atomkraft sofort und für immer Schluss gemacht werden müsse.



Es werde in den nächsten Wochen viele Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen geben, denn angesichts dessen, was die Menschen in Japan derzeit erleben, ist ein Moratorium der Berliner Atomkoalition nicht genug.

Nun müssen die Meiler in Brunsbüttel und Krümmel stillgelegt und in Brokdorf abgeschaltet werden, damit die Menschen in Schleswig-Holstein von der unmittelbaren Bedrohung durch die menschen- und lebenverachtende Atomkraft befreit werden.

Am kommenden Montag wird es vielerorts wieder Mahnwachen geben. Achten Sie auf örtliche Bekanntmachungen.

[Hier](#) finden Sie weitere Bilder aus Itzehoe.(cs)

Kommentar von [Juergen Strack](#) vom 21.03.2011, 19:21 Uhr:

RE: Mahnwachen im ganzen Land

Genossinnen und Genossen, vielen Dank für Euren Beitrag. Die schleswig-holsteinischen Pannenreaktoren dürfen nicht wieder ans Netz, Brunsbüttel ist der bundesdeutsche Sieger in der Pannenstatistik. In der Region organisieren die Bürger sich weiter, auch bei uns in der Nachbarschaft in Gettorf finden jetzt Mahnwachen statt. Es wird nicht mehr akzeptiert, dass 4 Energieunternehmen den Gewinn über die Gesundheit und eine von Nachhaltigkeit geprägte Zukunft unserer Kinder und Enkel stellen. Mit solidarischen Grüßen Jürgen Strack

Aufkündigung der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ohne wenn und aber !!

Die SPD-Rathausfraktion drückt ihr tiefes Mitgefühl mit den Opfern der Erbeben- und Tsunamikatastrophe aus. Die Wucht der Naturgewalten und das unendliche Leid für die japanische Bevölkerung machen uns fassungslos.

Es zeigt sich, dass trotz guter Vorbereitung auf mögliche Naturkatastrophen ein Unglück in diesem Ausmaß nicht durch den Mensch vermeidbar ist.

Die Japaner haben nicht nur mit Naturgewalten zu kämpfen, sondern auch mit den Gefahren der Atomenergie. Selbst ein so hochentwickeltes Land wie Japan hat es nicht geschafft die Gefährdung durch die Atomenergie vollends auszuschließen.

Deutschland kann nicht seine Augen verschließen und sagen, dass unsere Atomkraftwerke sicher sind. Die Gefahren die durch Naturkatastrophen, menschliches Versagen, Terrorangriffe und Fehlplanungen ausgehen, sind auch in Deutschland gegeben.

Die von der schwarz-gelben Regierung durchgedrückte Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke ist unverantwortbar und ist ein unverzeihlicher Kniefall vor der Atomlobby, sagt SPD-Ratsherr Claus-Rudolf Johna.

Die unmittelbare Nähe von Neumünster zu Atomkraftwerken macht deutlich, dass wir uns nicht in Sicherheit wiegen können.

Für die nächste Ratsversammlung am 29.03.2011 bringt die SPD-Rathausfraktion einen Antrag ein, dass die Ratsversammlung die Landesregierung in Kiel und die Bundesregierung in Berlin auffordert, die beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke schnellstmöglich rückgängig zu machen.

Antrag der SPD-Rathausfraktion:

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

hiermit möchten wir Sie bitten, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen

Claus-Rudolf Johna
und Fraktion

Antrag an die Ratsversammlung:

Die Ratsversammlung von Neumünster fordert die Landesregierung von Schleswig-Holstein, sowie die Bundesregierung schriftlich auf, dass die vor kurzem beschlossene Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke schnellstmöglich rückgängig gemacht wird.

Ferner werden die Fraktionen des schleswig-holsteinischen Landtages gebeten unterstützende Maßnahmen zu ergreifen.

Begründung:

Die Gefahren die von Atomkraftwerken ausgehen sind nicht zu unterschätzen. Selbst in einem so hochentwickelten Land wie Japan sind Unglücke in Atomkraftwerken geschehen, die wir vor kurzem noch für unmöglich gehalten haben.

Auch in Deutschland können Unglücke in Atomkraftanlagen geschehen, die wir bisher nicht für möglich gehalten haben. Ferner ist die Endlagerung der Atomabfälle noch immer nicht gelöst.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.03.2011, 10:41 Uhr - 1588 Clicks - Nr. 300

Gute Fahrt, AIDAsol!

Die Fraktionsvorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären zur Überführungsfahrt der AIDAsol:

„Wir wünschen der AIDAsol alles Gute für die noch anstehenden Probefahrten und für die Überführung nach Kiel immer eine Handbreit Wasser unterm Kiel.

Kiel ist bereit und freut sich auf die Taufe am 9. April.“

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 15.03.2011, 13:23 Uhr - 6107 Clicks - Nr. 301

Ausstattung gemeindeeigener Gebäude mit lebensrettenden Defibrillatoren

Osterrönfeld bietet seinen Einwohnerinnen und Einwohnern einige öffentliche Gebäude zur Nutzung an, wie etwa die Sporthalle oder das Bürgerzentrum. Außerdem sind die Aukamp-Schule sowie die Amtsverwaltung in Osterrönfeld Orte mit regem Publikumsverkehr. Eben dadurch ist dort auch die Wahrscheinlichkeit eines medizinischen Notfalles erhöht gegeben. Die Gemeinde Osterrönfeld ist hierbei für die bestmögliche Sicherheit als Eigentümerin der oben genannten Gebäude verantwortlich.

Hierzu zählt auch der Einsatz von Defibrillatoren.



Für die am 24. März anstehende Sitzung der Osterrönfelder Gemeindevertretung stellt die SPD-Fraktion daher den Antrag, die gemeindeeigenen, öffentlichen Gebäude in Osterrönfeld mit lebensrettenden Defibrillatoren auszustatten. Die genauen Standorte dieser Defibrillatoren sollten durch die Gemeindevertretung festgelegt werden, vor allem unter dem Gesichtspunkt, möglichst vielen Osterrönfelderinnen und Osterrönfeldern den Zugang zu den Defibrillatoren zu ermöglichen.

Die SPD-Fraktion weist hierbei darauf hin, dass es nicht nur bei der Anschaffung der Geräte bleiben darf, da vor allem eine Einweisung für den Gebrauch der Defibrillatoren stattzufinden hat. So ist etwa eine Schulung für alle interessierten Vereine, Verbände sowie sonstiger Personenkreise vorzuschlagen. Hierdurch soll vor allem die unbegründete Angst vor dem Gebrauch der kleinen Lebensretter abgebaut werden. Durch die vom Gerät ausgesandten sprachlichen Anweisungen kann ein Helfer nichts falsch machen. Das einzig Falsche wäre es, nichts zu tun, daher ist ein beherztes Eingreifen unerlässlich!

Inwieweit in Osterrönfeld Kooperationen mit örtlichen Unternehmen bei der Beschaffung und Installation der Defibrillatoren möglich sind, werden die weitere Beratungen während der Sitzung der Gemeindevertretung zeigen.

Hintergrund:

Defibrillatoren kommen bei Herzkammerflimmern zum Einsatz, das in über dreiviertel aller Herztode vorlag. In Deutschland erliegen jährlich ca. 100.000 Menschen dem Herztod (das sind 12 mal mehr Tote als durch Verkehrsunfälle!), bei dem eine Überlebenschance von ca. 5 bis 10 Prozent vorliegt.

In Kombination mit einer Herz-Lungen-Wiederbelebung kann ein Defibrillator diese Überlebenschancen nach Expertenmeinung um bis zu 70 % erheblich steigern. Zwar sind die Rettungsdienste auch in Osterrönfeld schnell am Einsatzort, jedoch zählt bei oben genannten Notfällen jede Sekunde. So sinkt die Überlebenschance bei Herzkammerflimmern pro Minute um 10 %, wodurch schnelles und beherztes Helfen Leben retten kann (Quelle: Internetseite FH-Dortmund, Stand: 14.03.2011, <http://www.fh-dortmund.de/de/hs/servicebe/verw/dezernate/iv/orga/defibrillatoren/index.php>).

Hierbei ist anzumerken, dass es hierfür keiner medizinischen Ausbildung bedarf, um diese Maßnahmen mittels Defibrillator vorzunehmen. Durch sprachliche Anweisungen des Gerätes kann jeder einen Defibrillator bedienen und zum Lebensretter werden.

Weitere Themen bei der Sitzung der Osterrönfelder Gemeindevertretung am 24. März (19 Uhr, Amtsverwaltung, Schulstr. 36) sind unter anderem:

- Einwohnerfragestunde
- Bestätigung der Wahl des stellvertretenden Gemeindeführers der Freiwilligen Feuerwehr Osterrönfeld
- Beratung und Beschlussfassung über den Feuerwehrbedarfsplan und die Beantragung einer Zuweisung aus der Feuerschutzsteuer
- Beratung und Beschlussfassung über die Sanierung des Daches des Feuerwehrgerätehauses

- Beratung und Beschlussfassung über einen Zuschussantrag des OTSV für Bau- und Renovierungsmaßnahmen auf dem Sportgelände
- Beratung und Beschlussfassung über den Beitritt zur neu gefassten Ausschreibungs- und Vergabeordnung des Amtes Eiderkanal, seiner amtsangehörigen Gemeinden sowie des Schulverbandes Schacht-Audorf
- Beratung und Beschlussfassung über die Beschaffung von lebensrettenden Defibrillatoren für Einrichtungen der Gemeinde (Antrag der SPD-Fraktion)
- Beratung und Beschlussfassung über das Beteiligungsangebot an der Schleswig-Holstein Netz AG

Alle Osterröñfelderinnen und Osterröñfelder sind wie immer herzlich aufgerufen, an der öffentlichen Sitzung teilzunehmen, bei der stets die Möglichkeit besteht, Fragen und Anregungen loszuwerden.

Nachtrag vom 24.03.2011:

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde am 24.03.2011 während der Sitzung der Osterröñfelder Gemeindevertretung eingebracht und vorgestellt. Einstimmig wurde der Antrag für positiv beschieden und zur weiteren Detailplanung in den zuständigen Werk- und Verkehrsausschuss verwiesen. Dieser wird sich in der nächsten Sitzung mit diesem Thema erneut ausgiebig auseinandersetzen, um etwa genaue Standorte für die Defibrillatoren festzulegen (siehe [Termine](#)).

--

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 15.03.2011, 17:50 Uhr - 7193 Clicks - Nr. 302

SPD-Kreistagsfraktion begrüßt mehr Schulsozialarbeit

Wohllollend nahm die SPD-Kreistagsfraktion zur Kenntnis, dass erstmals im Landeshaushalt 2,5 Mio. Euro für Schulsozialarbeit vorgesehen sind, davon 800.000 Euro für das Jahr 2011 und 1,7 Millionen Euro für 2012.



„Das haben die SPD-Verhandlungsführer gut hinbekommen,“ so äußerte sich Gitta Neemann-Güntner, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Kreistagsfraktion zu den vor kurzem abgeschlossenen Vereinbarungen auf Bundesebene zum Hartz IV-Paket, welches auch vorsieht, künftig vermehrt Sozialpädagogen an Schulen einzusetzen, mitfinanziert durch Bundesmittel.

„Das ist grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung,“ so David Welsch, Mitglied im Kultur- und Bildungsausschuss. Die SPD befasst sich schon seit längerem mit diesem Thema. Im Dezember stand ein Resolutionsantrag der SPD auf der Tagesordnung des Kreistages, der eine klare Positionierung des Kreises für die Schulsozialarbeit einforderte. „CDU und FDP haben den Antrag abgelehnt, obwohl er im ersten Schritt keinen Cent gekostet hätte.“, so Welsch weiter.

„Natürlich können diese Finanzmittel nur ein erster Schritt sein, denn es werden in Schleswig-Holstein ca. 511 Stellen benötigt“, ergänzt Gitta Neemann-Güntner weiter. „Zur Zeit sind landesweit 148 Stellen besetzt und die Bereitstellung von 2,5 Mio. Euro bringt auch nur ca. 30 Vollzeitstellen, das reicht noch lange nicht. Wichtig ist aber, dass der Kreis schnellstens ein Konzept vorlegen kann, wie denn künftig die Schulsozialarbeit im Kreis strukturiert sein soll, wenn es darum geht, Schulsozialarbeiter zum Schuljahresbeginn 2011/2012 einzustellen. Dazu liegt bereits ein Antrag der SPD-Fraktion bei der Kreisverwaltung vor, der am nächsten Kultur- und Bildungsausschuss am 5. April beraten werden soll.“

Für die Sozialdemokraten steht fest: Wir benötigen einen intensiven Ausbau der Schulsozialarbeit. Nachlässigkeiten in diesem Bereich kann sich eine Gesellschaft auf Dauer nicht leisten.

„Der Kreis muss sich endlich zur Schulsozialarbeit bekennen. Auch an unseren Schulen gibt es einen Bedarf dafür. Wir werden bei dem Thema nicht lockerlassen.“, so David Welsch abschließend.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 15.03.2011, 18:00 Uhr - 6064 Clicks - Nr. 303

Olaf Schulze: Reden und vernebeln ersetzt kein Handeln!

Zur Berichterstattung über die Ergebnisse des heutigen Treffens von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Zukunft der Kernkraft in Deutschland sagt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Olaf Schulze:



"In Berlin haben die Ministerpräsidenten der betroffenen Bundesländer und Bundeskanzlerin Merkel ein „mutiges“ Moratorium vereinbart: Bis nach den anstehenden Landtagswahlen sollen die sieben älteren AKW stillstehen. Fernab von Recht und Gesetz hat dies die Bundeskanzlerin verkündigt. Machen sollen dies allerdings wohl die AKW-Betreiber - auf freiwilliger Basis.

In Kiel zurück klopft sich Ministerpräsident Carstensen selbst auf die Schulter und lobt sich für einen mutigen Schritt: Er telefoniert mal eben mit den AKW-Betreibern in Schleswig-Holstein und wird sie in seiner eigenen freundlichen Art bitten, aus eigener Entscheidung darauf zu verzichten, Brunsbüttel und Krümmel wieder anzufahren. Diese Form der Kommunikation hat er schon seit 2009 ergebnislos angekündigt. Politische Handlungsfähigkeit und entschlossene Taten, um die Sicherheit der Menschen in unserem Land zu garantieren, sehen diametral anders aus. Wenn Herr Carstensen wirklich etwas Richtungsweisendes und Gutes für Schleswig-Holstein tun will, kann er spätestens jetzt auf Bundes- und Landesebene die Grundlagen schaffen, damit der bis zum Ende letzten Jahres geltende Atomkonsens wiederhergestellt wird. Dazu wäre ein wirklich mutiger Schritt: Schleswig-Holstein schließt sich der Verfassungsklage der vielen Bundesländer gegen das von schwarz-gelb geschaffene Atomrecht und damit gegen die Laufzeitverlängerung der AKW an.

Keine Kommentare

Kommunalbericht 2011: Verantwortung für das Gemeinwohl hat Vorrang

Zum Kommunalbericht 2011 des Landesrechnungshofes erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, die finanzpolitische Sprecherin der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Dagmar Hirdes, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"Der schleswig-holsteinische Landesrechnungshof hat auch in diesem Jahr seinen Kommunalbericht vorgestellt. SPD, Grüne und SSW in der Kieler Ratsversammlung werden die darin enthaltenen Hinweise sorgfältig auswerten und würdigen.

Schon jetzt können wir feststellen, dass einige Vorschläge des Landesrechnungshofes mit den politischen Vorstellungen der Rathauskooperation übereinstimmen. Genau wie der Landesrechnungshof halten SPD, Grüne und SSW einen Schuldenfonds und eine rationalere Aufgabenerledigung z.B. durch verstärkte regionale Zusammenarbeit der kommunalen Verwaltungen für sinnvoll.

Anders als der Landesrechnungshof darf sich die Ratsversammlung aber nicht auf eine buchhalterische Sichtweise beschränken, sondern muss die Gesamtverantwortung für das Gemeinwohl der Stadt übernehmen. Würden wir die Vorschläge des Landesrechnungshofes zum laufenden Haushalt eins zu eins übernehmen, würde die Stadt insgesamt 4 Mio. Euro einsparen. Angesichts eines strukturellen Haushaltsdefizits von über 90 Mio. Euro ist ein für alle Mal geklärt, dass selbst bei Verwirklichung der Vorschläge des Landesrechnungshofes die große Schere zwischen großteils gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben und den Einnahmen auseinander klafft. Die Städte brauchen dringend eine Gemeindefinanzreform, die es ihnen ermöglicht, ihren großen Aufgaben bei der Bildung, dem Klimaschutz, der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem demografischen Wandel gerecht zu werden.

Würde die Stadt den Vorschlägen folgen und z.B. die städtischen Anteile an den Stadtwerken verkaufen oder die städtischen Erbbaugrundstücke veräußern statt weiterhin Erbpachten zu vergeben, dann würden zentrale Instrumente zur Stadtgestaltung aus der Hand gegeben. Eine langfristig stabile Haushaltslage bekämen wir aber auch damit nicht. Die Verkäufe der letzten Jahrzehnte, etwa im Wohnungsbestand oder bei den Anteilen an den Stadtwerken, haben durchweg gezeigt, dass damit bestenfalls kurzfristige kleine Entlastungen entstehen, aber daraus ohne Gemeindefinanzreform keine nachhaltige Konsolidierung des Stadthaushalts folgen kann. Darum werden wir diesen Empfehlungen des Landesrechnungshofes nicht folgen können.“

Keine Kommentare

Krümmel und Brunsbüttel dürfen nie wieder ans Netz!

SPD-Kreisverband fordert schnellen Atomausstieg

„Fukushima heißt: Atomkraft abschalten!“ Auf diesen einfachen Nenner hat der SPD-

Kreisvorsitzende Hans-Helmut Birke jetzt die Position seiner Partei zur aktuellen Diskussion über die Konsequenzen aus der Atomkrise in Japan gebracht. „Für uns in Schleswig-Holstein muss das heißen: Die Meiler in Krümmel und Brunsbüttel dürfen nie wieder ans Netz gehen und auch für Brokdorf müssen die Tage bald gezählt sein“, verlangt Birke.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung müsse die im Herbst beschlossene Laufzeitverlängerung für die deutschen AKWs ohne Wenn und Aber zurücknehmen. „Die Zeit für Tricks, Täuschungen und Moratorien ist vorbei, Merkels Technologie-Brücke liegt in Trümmern“, betont der SPD-Kreischef. „Der Atomausstieg muss jetzt schnell kommen. Deutschland muss zu seinem ursprünglichen Ziel zurück: Ausstieg aus der Atomenergie spätestens bis zum Jahr 2020.“

Heftige Kritik äußert Birke in diesem Zusammenhang an der schleswig-holsteinischen CDU.

„Wenn jetzt von einigen Landtagsabgeordneten plötzlich eine neue Nachdenklichkeit in Bezug auf die Sicherheit von Atomkraftwerken kultiviert wird, darf man vielleicht daran erinnern, dass CDU-Ministerpräsident Carstensen Schleswig-Holsteins Stimmen im Bundesrat gegen die Interessen seiner Einwohner für die Laufzeitverlängerung abgegeben hat. Ehrlich wäre da nur, zuzugeben, dass das ein Fehler war, und Frau Merkel das Mandat hierfür zu entziehen!“

Die Sozialdemokraten plädieren Birke zufolge entschieden dafür, jetzt die Energiewende zu beschleunigen. „Das Atomzeitalter und das Zeitalter billigen Öls sind vorbei. Die Zukunft wird bestimmt von erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz“, hebt der SPD-Kreisvorsitzende hervor.

Um weiter Druck für einen schnellen Atomausstieg zu machen, wollen sich die Sozialdemokraten auch an den Aktionen zum Tschernobyl-Tag am 25. April beteiligen. Bereits vor zwei Wochen hatte der neue SPD-Kreisvorstand auf seiner konstituierenden Sitzung deshalb beschlossen, zur Teilnahme an der Kundgebung in Brunsbüttel aufzurufen. Bis dahin will die die SPD im Kreis auch an örtlichen Aktionen wie Mahnwachen mitwirken.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 16.03.2011, 13:38 Uhr - 7787 Clicks - Nr. 306

Raus aus der Atomkraft: Wann, wenn nicht jetzt?

Wir rufen alle NorderstedterInnen auf, wegen der zugespitzten Situation ein klares Bekenntnis zur Abschaltung der Atomkraftwerke in Deutschland abzugeben und sich an der am kommenden Montag (21. März) stattfindenden Mahnwachen auch hier in Norderstedt zu beteiligen!

[Atomkraft ABSCHALTEN](#)

[ausgestrahlt](#)



Mit Bestürzung müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die hohen Risiken der Kernenergie, vor denen AtomkraftgegnerInnen schon seit Jahrzehnten warnen, wieder einmal zur traurigen Gewissheit geworden sind. Hilflos müssen wir mit ansehen, wie sich die Lage in den Japanischen Atomkraftwerken von Stunde zu Stunde verschlimmert. Ein Ende der Schreckensszenarien ist noch

nicht abzusehen, die Auswirkungen – auch die langfristigen – sind nicht abzuschätzen.

Die Anteilnahme am Leid der japanischen Bevölkerung darf uns aber nicht handlungsunfähig machen. Die zivile Nutzung der Kernenergie war nie „sicher“ sein und kann es auch niemals werden. Dagegen helfen auch nicht die immer wieder von der Atomindustrie und deren politischen Handlangern vorgebrachten Beteuerungen, die deutschen Kernkraftwerke seien ob ihrer „hohen technischen Qualität“ jederzeit beherrschbar und ein Erdbeben, wie wir es jetzt in Japan erleben, sei hier nicht zu erwarten. Denn die jetzigen Ereignisse in Fukushima sind nicht direkt von dem Erdbeben oder dem Tsunami ausgelöst, sondern von Stromausfällen!

Das kann – aus welchen Gründen auch immer – jederzeit auch hier passieren. Die vorsichtigen Eingeständnisse einer massiven Fehleinschätzungen die in den letzten Tagen auch aus Regierungskreisen zu hören waren, und das daraus resultierende Moratorium für die Laufzeitverlängerung dürfen über eins nicht hinweg täuschen: Wenn wir jetzt den Druck zum sofortigen Ausstieg aus der Kernenergie auf die Politik nicht erhöhen, wird man nach wenigen Zugeständnissen wieder zur atomfreundlichen Tagesordnung übergehen.

Wir unterstützen daher den Aufruf der Anti-AKW-Bewegung, Mahnwachen in unseren Städten abzuhalten. Am vergangenen Montag fanden diese bereits in mehr als 450 Orten bundesweit statt! Über 110.000 Menschen beteiligten sich daran. Die Botschaft war eindeutig: Wir dulden keine Moratorien, jetzt müssen sofort Konsequenzen gezogen werden und AKWs vom Netz gehen!

Wir fordern die Landesregierung Schleswig-Holsteins auf, die AKWs Brunsbüttel, Krümmel und Brokdorf endgültig abzuschalten. Außerdem muss sich die Landesregierung in Berlin über den Bundesrat für eine Rücknahme der verlängerten Laufzeiten und die Aufkündigung des Energiepaktes mit den Energiekonzernen einsetzen.

Wir rufen alle NorderstedterInnen auf, wegen der zugespitzten Situation ein klares Bekenntnis zur Abschaltung der Atomkraftwerke in Deutschland abzugeben und sich an der am kommenden Montag (21. März) stattfindenden Mahnwachen auch hier in Norderstedt zu beteiligen!

Montag, 21.03.2011 18:00-19:00

Montag, 28.03.2011 18:00-19:00 geplant

Montag, 04.04.2011 18:00-19:00 geplant

Montag, 11.04.2011 18:00-19:00 geplant

Montag, 18.04.2011 18:00-19:00 geplant

Rathausplatz Norderstedt

Veranstalter/Unterstützer:

Miro Berbig (DIE LINKE), Olaf Harning (GALiN), Katrin Fedrowitz (SPD)

Kommentar von [Rudy Mertz](#) vom 14.06.2011, 09:31 Uhr:

RE: Raus aus der Atomkraft: Wann, wenn nicht jetzt?

Es geht den Firmen immer nur ums Geld. Sie denken nie an unsere Umwelt, Hauptsache sie haben ihren Gewinn. Jetzt sprechen die Firmen davon, dass nicht genug Energie produziert würde ohne

die Atomkraft, jedoch ist dies erneut nur eine Ausrede um den Atomausstieg zu bremsen. Auch die Bundesregierung möchte den Kraftwerksbossen entgegenkommen, indem sie ihnen die Erlaubnis erteilen, die Stromkontingente der 7 Kraftwerke, die umgehend deaktiviert werden sollen, auf neuere Atomkraftwerke zu überschreiben. Meiner Meinung nach ist dies alles Nonsens. Ich werde mich auch weiterhin gegen die Atomkraft einsetzen.

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 16.03.2011, 15:52 Uhr - 1627 Clicks - Nr. 307

Transparent, sachorientiert und ein fairer Interessenausgleich

Zur Diskussion im Ortsbeirat Hassee/Vieburg, in Ausschüssen der Stadt sowie der kommenden Ratssitzung und in der „Rathausrunde“ im offenen Kanal Kiel erklären die verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Achim Heinrichs, und der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Lutz Oschmann, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Mit dem Bürgerbeteiligungsverfahren zur „Uhlenkrog-Rampe“ haben wir beispielhaft gezeigt, wie große kommunalpolitische Probleme unter Rot-Grün in Kiel gelöst werden: Transparent, sachorientiert und mit dem Ziel eines fairen Ausgleichs verschiedener Interessen. Das Ergebnis, das sich nun mit großer Mehrheit abzeichnet, kann sich sehen lassen. Die von der Verwaltung auf Grundlage vieler Bürgervorschläge vorgeschlagene „kleine Lösung“ einer Anbindung des Mühlendamms an A215 und B76 (Olof-Palme-Damm) verspricht hier eine deutliche Entlastung, ohne dabei die Anwohner von Uhlenkrog, Hasseer Straße, Hofholzallee oder Hasseldieksdammer Weg in irgendeiner Form zu belasten. Aber auch für die Anwohner von Diekweg, Hasselrade und Knickweg, die als Dreieck von A215 und Olof-Palme-Damm durch Verkehrslärm schon jetzt belästigt sind, eröffnet sich jetzt eine neue Möglichkeit auf verbesserten Lärmschutz. Die Kooperation aus SPD, Grünen und SSW dankt den Bürgerinnen und Bürgern für ihre intensive Beteiligung. Inzwischen gestalten wir viele Maßnahmen in der Stadt mit intensiver Bürgerbeteiligung (z.B. Innenstadt-Entwicklungskonzept, Erweiterung des Schulzentrums in Elmschenhagen, Umgestaltung des Blücherplatz) und werden den Weg konsequent fortführen.“

Zum Hintergrund:

Auf Initiative des Ortsbeirates Hassee/Vieburg und der Rathauskooperation aus SPD, Grünen und SSW hat die Verwaltung ein umfangreiches Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt, an dem sich bei den ersten Workshops im Herbst 2009 über 400 Bürgerinnen und Bürger und am 12. Februar diesen Jahres beim zweiten Workshop erneut rund 200 Bürgerinnen und Bürger intensiv beteiligt hatten. In der Zeit zwischen den beiden Workshops haben Verwaltung und externe Gutachter die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger aus dem ersten Workshop analysiert und auf ihre Umsetzbarkeit hin untersucht. Bei der Fülle an Vorschlägen hat dies länger als ursprünglich erwartet gedauert. Im Internet (www.kiel.de/Verkehr) können sich alle Interessierten die ursprünglichen Vorschläge, die Ergebnisse der Analysen und ihre Umsetzung in Planskizzen ansehen.

Die „große Lösung“, die sogenannte „Uhlenkrog-Rampe“ wie sie im VEP von 2008 vorgestellt wurde, hatte insbesondere bei Anwohner_innen in Hassee und Hasseldieksdamm viel Kritik

ausgelöst und zur Gründung von Bürgerinitiativen und der Aufstellung vieler Protestplakate in privaten Gärten insbesondere am Uhlenkrog und in der Hofholzallee sowie Hasseldieksdammer Weg geführt.

Bürgerbeteiligung hat inzwischen in überzeugender Weise im Rahmen der Workshops „zur Verkehrssituation in Hassee, Russee und Hasseldieksdamm“ stattgefunden. Aus den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürger, zu denen auch die Bürgerinitiativen eigene Beiträge eingebracht haben, wurde von der Verwaltung jetzt eine „kleine Lösung“ entwickelt, mit der viele der vorhandenen Probleme in den betroffenen Stadtteilen gelöst werden können. Auch wenn einige Interessenvertreter dies in Abrede stellen, kann niemand ernsthaft bestreiten, dass es zu bestimmten Zeiten massive Probleme im Verkehrsfluss im Bereich Mühlendamm, Saarbrückenstraßen und Westring gibt. Neben der abschließenden Auswertung des zweiten Werkstattverfahrens gibt es jetzt als Hausaufgabe für die Verwaltung, eine Finanzierung über Bund, Land und betroffenen Gewerbetreibenden zu finden, die den städtischen Haushalt nicht belastet.

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 17.03.2011, 03:19 Uhr - 6271 Clicks - Nr. 308

Grüne und SSW haben ihre Chance nicht genutzt!

Zur Kritik von Bündnis 90/Die Grünen und dem SSW am ausgehandelten Kompromiss zur Änderung des Wahlrechts erklärt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Peter Eichstädt:



"Wenn die Grünen jetzt den ausgehandelten Kompromiss zur Änderung des Wahlgesetzes kritisieren, sollten sie zur Kenntnis nehmen: Wer freiwillig vor der Tür bleibt und sich an der Diskussion nicht beteiligt, ist unglaubwürdig.

Zur Erinnerung: Nach Auswertung der Anhörung hatte die SPD Gesprächsbereitschaft signalisiert über eine Reduzierung der Größe des Landtages, die Verringerung der Zahl der Wahlkreise, die Einführung des Ein-Stimmen-Wahlrechts und ein neues Auszählverfahren, welches die Grünen und der SSW immer gefordert hatten.

Die Grünen und der SSW haben trotz mehrfacher Aufforderung jedoch jegliches Gespräch verweigert.

Sich jetzt hinzustellen und zu beklagen, dass es nur einen Kompromiss zwischen drei Fraktionen gegeben hat, ist schlicht scheinheilig. Durch ihre Nichtteilnahme an den abschließenden Verhandlungen haben Grüne und SSW selbst die Chance vertan, Einfluss auf das Ergebnis zu nehmen."

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 17.03.2011, 09:53 Uhr - 13640 Clicks - Nr. 309

Thönnnes: Menschen mit Behinderungen mitten im Kreis Segeberg Landkarte zeigt gute Beispiele

Ab dem 25. März 2011 wird die „Landkarte der inklusiven Beispiele“ (www.inklusionslandkarte.de) erste Beispiele präsentieren, wie Menschen mit Behinderungen mitten in der Gesellschaft leben können.



Welche Beispiele dabei sein werden, darüber entscheidet derzeit ein „Inklusionsbeirat“, der mehrheitlich mit behinderten Menschen besetzt ist. Das beim Behindertenbeauftragten der Bundesregierung, Hubert Hüppe, eingerichtete Gremium wählt bis zum 25. März unter 120 Bewerbungen aus allen Regionen Deutschlands Beispiele aus, in denen Menschen mit und ohne Behinderungen zusammen lernen, arbeiten, wohnen oder ihre Freizeit verbringen.

Bewerben kann sich unter www.inklusionslandkarte.de jeder, der ein gutes Beispiel verantwortet, ob Freizeiteinrichtungen, Kindertagesstätten, Schulen, Unternehmen, Nachbarschaften oder Vereine. „Freuen würde ich mich, wenn sich im Kreis Segeberg viele fänden, die den inklusiven Beispielen folgen und sich selbst als Beispiel für die Landkarte bewerben“, so der SPD-MdB Franz Thönnnes.

Diese Landkarte wird in regelmäßigen Abständen weitere inklusive Beispiele aufnehmen. Bewerbungen sind also auch über den 25. März hinaus jederzeit möglich. Hintergrund der Landkarte ist die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die behinderten Menschen ein Leben mitten in der Gesellschaft ermöglichen soll und am 26. März 2011 zwei Jahre in Deutschland in Kraft ist.

Für Thönnnes ist die Unterstützung dieser wichtigen Aktion auch ein sehr persönliches Anliegen. In seiner ehemaligen Funktion als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales brachte er anlässlich der Unterzeichnung der Behindertenrechtskonvention am 30. März 2007 durch Deutschland in seiner Rede im Saal der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York auch die gesamte Unterstützung der Europäischen Union für die Konvention zum Ausdruck."

Bildquelle: Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen

Keine Kommentare

Abstimmung im Deutschen Bundestag:

Thönnies: Aus Japan lernen - Alte Meiler abschalten und zum Ausstieg zurückkehren

„Atomkraft ist nicht beherrschbar. Diese Tatsache müssen wir in Deutschland endlich anerkennen und den Ausstieg aus dieser Risikotechnologie so schnell wie möglich vollziehen“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.

Die SPD habe die Gefahren der Atomkraft nach Tschernobyl 1986 erkannt und auf ihrem Bundesparteitag in Nürnberg den Ausstieg beschlossen und im Jahr 2000 durchgesetzt. Thönnies: „Aus persönlicher Betroffenheit weiß ich noch, wie damals aus Gründen von radioaktiver Belastung empfohlen wurde, unseren Kleinkindern keine frische, sondern Milch aus Trockenmilchpulver zu geben und wie davon abgeraten wurde die Kleinen im Sandkasten spielen zu lassen“.



Im Herbst 2010 hat die Bundesregierung die Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke verlängert. Dabei versicherte sie, dass die AKWs den höchsten Sicherheitsanforderungen genügen und für die Versorgungssicherheit unabdingbar sind. Auf Grund der schrecklichen Ereignisse in Japan ist die Kanzlerin nun jedoch von den damaligen Aussagen jedoch teilweise abgerückt.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in die Debatte zur Situation in Japan und die Folgen für die deutschen Atomkraftwerke am 17. März 2011 im Deutschen Bundestag einem Entschließungsantrag mit folgenden Positionen eingebracht:

- Dauerhafte Stilllegung der sieben ältesten und unsichersten AKWs sowie des „Pannenreaktors“ in Krümmel.
- Sofortige Rücknahme der Laufzeitverlängerung deutscher AKWs.
- Sofortiges Inkraftsetzen der höheren Sicherheitsanforderungen an deutsche AKWs. Diese waren von den Vorgängerregierungen vorbereitet und durch Umweltminister Röttgen direkt nach Amtsantritt gestoppt worden.

„Rot-Grün hat im Jahr 2000 den Ausstieg aus dieser Risikotechnologie beschlossen und damit einen gesellschaftlichen Konflikt befriedet. Die Bundesregierung hätte gut daran getan ihre ideologische Energiepolitik zu überdenken. Leider zeigt das Abstimmungsergebnis vom Donnerstag, dass es die CDU/CSU/FDP-Koalition mit dem „neuen“ Kurs nicht ernst meint“, stellt der SPD-Politiker fest.

Keine Kommentare

Gemeinsam gegen rechts – Unterstützung für Lübeck

Aus Anlass des „Gemeinsamen Erinnerns“ an die Opfer des Nationalsozialismus am 26. März 2011 in Lübeck erklären die Vorsitzenden der Fraktionen in der Kieler Ratsversammlung, Ratsfrau Gesa Langfeldt (SPD-Ratsfraktion), Ratsfrau Katja Günther (Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen), Ratsherr Helmut Landsiedel (FDP-Ratsfraktion), Ratsherr Florian Jansen (Ratsfraktion die Linke), Ratsfrau Ingrid Zimmermann (Ratsfraktion Direkte Demokratie) sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW) heute (17. März 2011) ihre Solidarität mit dem breiten Bündnis von demokratischen Parteien, Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Kirchen, Kultur, Wissenschaft, Gewerkschaften, Sport und Verbänden.

Die Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ratsfrau Gesa Langfeldt, betont: „Die Kieler Ratsversammlung hat bereits im letzten Jahr mit einem interfraktionellen Antrag deutlich gemacht, dass Fremdenhass, Antisemitismus und die Verherrlichung des Krieges in unserer Gesellschaft keinen Platz haben dürfen. Wir verurteilen das Auftreten von Neonazis in Lübeck und anderswo, mit dem versucht werden soll, die Opfer der Bombardierungen deutscher Städte zu instrumentalisieren, um das millionenfache Verbrechen des Nationalsozialismus zu verharmlosen.“

Bei dem Aufmarsch der Neonazis dürfen auch die eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten nicht vergessen werden. Die Fraktionsvorsitzenden danken allen Polizeibeamtinnen und -beamten und sprechen ihnen unseren Respekt aus, wenn sie zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates die schwere Aufgabe übernehmen müssen, die Versammlungsfreiheit auch im Angesicht der Gegner der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu schützen.

In besonderem Maße ist es den Fraktionsvorsitzenden im Kieler Rat jedoch wichtig, die breit getragene Initiative zum „Gemeinsamen Erinnern“ zu unterstützen, sagte die Vorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Katja Günther: „Dieses Bündnis setzt ein Zeichen gegen den in Lübeck geplanten Aufmarsch von Neonazis, die vordergründig an die Opfer der Bombennacht zum Palmsonntag 1942 erinnern wollen. Alle Beteiligten können sicher sein, dass die Kieler Ratsversammlung auch in diesem Jahr an ihrer Seite steht.“

„Wir begrüßen das klare Bekenntnis zur historischen Verantwortung Deutschlands, das Eintreten für die Freiheit und Toleranz des Grundgesetzes, und unterstützen das zivilgesellschaftliche Engagement der demokratischen Öffentlichkeit. Wir rufen dazu auf, sich friedlich ohne Gewalt an den Demonstrationen zu beteiligen“, ergänzt der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Ratsherr Helmut Landsiedel.

Auch in diesem Jahr betonen die Fraktionen die Verbundenheit mit Kiels Nachbarstadt Lübeck, wie der Vorsitzende der Ratsfraktion Die Linke, Ratsherr Florian Jansen, herausstellt: „Wir schließen uns dem einstimmig angenommenen Aufruf der Lübecker Bürgerschaft an und unterstützen ausdrücklich alle friedlichen Aktivitäten zur Erinnerung und Mahnung sowie das Engagement gegen Rechtsextremismus.“

Die Vorsitzende der Ratsfraktion Direkte Demokratie, Ratsfrau Ingrid Zimmermann, drückt die Verbundenheit aller Fraktionen in dieser Frage aus: „Mögen wir in vielen inhaltlichen Fragen auch unterschiedlicher Auffassung sein, so stehen wir beim Engagement für eine demokratische Gesellschaft doch eng beieinander.“

„Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus haben in unserer offenen Gesellschaft keinen Platz“, erklärt abschließend Antje Danker, Ratsfrau des SSW in der Kieler Ratsversammlung.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 18.03.2011, 10:39 Uhr - 1779 Clicks - Nr. 312

Förderung für Suchthilfeinrichtungen läuft weiter

Der sozialpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Michael Schmalz, der sozialpolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Sharif Rahim, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären zur Verlängerung der Zuwendungsverträge für fünf Suchthilfeinrichtungen in Kiel:

„SPD, Grüne und SSW freuen sich, dass es bei den Suchthilfeinrichtungen zu keinen Kürzungen zu Lasten von Empfängerinnen und Empfängern sozialer Leistungen kommt. Es konnte aber vereinbart werden, die jährlichen Steigerungsraten, die in den Zuwendungsverträgen vereinbart werden, auch in diesem Bereich – analog zu den Frauenfacheinrichtungen – auf ein Prozent zurückzuführen. Wenn alle in den Folgejahren auslaufenden Zuwendungsverträge angepasst sind, wird dies zu steigenden Entlastungen für den städtischen Haushalt in Höhe von 25.000 € in 2011 bis 166.000 € in 2014 führen. Damit ist es gelungen, Einsparungen zu realisieren, ohne dass die Leistungen für die Hilfeempfänger_innen eingeschränkt werden.“

Keine Kommentare

[SPD Herzogtum Lauenburg](#) - veröffentlicht am 19.03.2011, 01:36 Uhr - 5980 Clicks - Nr. 313

Termine für Mahnwachen in Mölln und Ratzeburg

Der geschäftsführende Kreisvorstand der SPD Kreis Herzogtum Lauenburg hat in seiner gestrigen Sitzung (17.3.11) den nachfolgenden Aufruf beschlossen:

Jeden Tag sehen wir schreckliche Bilder aus Japan. Aber egal wie oft man es sieht, die Katastrophe verliert nichts von ihrem Schrecken. Die Ereignisse in Fukushima sind ein trauriger Beweis dafür, dass Atomenergie nicht sicher ist. Sie ist es nicht während des Betriebs und sie ist es nicht wenn es darum geht ihren Müll zu beseitigen.

Wir Sozialdemokraten setzen uns daher schon seit langem für das Ende des Atomzeitalters ein. Wir werden es auch in Zukunft tun! Wir lassen uns nicht blenden von dem gestern beschlossenen Moratorium der Bundesregierung. Denn es ist nichts weiter als ein billiges Wahlkampfmanöver. Für uns Sozialdemokraten gilt auch in Zukunft: Atomkraft Nein Danke!



Viele Menschen in ganz Deutschland fanden sich vergangenen Montag zu Mahnwachen zusammen. Auch am nächsten Montag werden erneut Mahnwachen stattfinden. In unserem Kreis sind es z. Zt. zwei.

Mölln: Montag, 21.03.2011, 18:00 Uhr bis 18:30 Uhr Hauptstraße 71 (vor ehem. Hertiegebäude)

Ratzeburg: Montag, 21.03.2011 18:00 Uhr bis 18:30 Uhr Unter den Linden 1

Der SPD – Kreisverband ruft alle Bürgerinnen und Bürger und im Besonderen seine Mitglieder dazu auf teilzunehmen! Gehen Sie zu dem für Sie am besten zu erreichenden Standort und setzen Sie ein Zeichen gegen die Atomenergie. Und vor allem, zeigen Sie Solidarität und Verbundenheit mit den Menschen in Japan!

David Welsch
Pressereferent

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 19.03.2011, 22:13 Uhr - 6101 Clicks - Nr. 314

Arbeitsparteitag der SPD Stormarn

Bürgerhaus Glinde - Auf einem Arbeitsparteitag in Glinde beschäftigte sich die SPD Stormarn mit dem Schwerpunkt „Seniorenpolitik“. 80 Delegierte, Gastreferenten und interessierte Seniorenbeiräte aus vielen Stormarner Städten und Gemeinden informierten sich, diskutierten und entwickelten Perspektiven. Mit kurzen Grußworten bereiteten SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig und der Landes- und Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner die Partei auf den bevorstehenden Landtagswahlkampf vor.



Bei sonnigem Wetter zeigte sich, dass die Partei optimistisch in diesen Wahlkampf geht.

Eckart Drews, Pastor, Sozialpädagoge und Geschäftsführer der tohus gGmbH, sprach über Demenz als gesellschaftliche Herausforderung. Er kritisierte, dass eine Debatte zum Thema bisher zu Lasten der Betroffenen und der Pflegenden kaum geführt werde. Dabei sei Demenz das „Gegenwartsthema der Sozialpolitik“. Dieses und andere Themen diskutierten die Sozialdemokraten nach einem weiteren Impulsvortrag ihres Kreisvorsitzenden und Landtagsabgeordneten Martin Habersaat anschließend in vier Arbeitsgruppen. Dabei ging es um Maßnahmen gegen Altersarmut, Folgen des demographischen Wandels für kommunale Bauprojekte und die Daseinsfürsorge und um erfolgreiche kommunale Projekte für oder von Senioren. Ein neu zu gründendes „Forum

Seniorenpolitik“ wird diese Themen weiterverfolgen.

Am Nachmittag besuchten der SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig und der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner den Parteitag. Ihre gemeinsame Botschaft: In etwas mehr als 400 Tagen, am 6. Mai 2012, will die SPD die Landtagswahl in Schleswig-Holstein gewinnen. Albig forderte, gemeinsam Ideen für Schleswig-Holstein zu entwickeln, mit Köpfen und Herzen, und sich ehrgeizigere Ziele zu setzen, als nur im Haushalt eine Null zu erreichen. Ralf Stegner kündigte an, den Spitzenkandidaten entschlossen zu unterstützen: „Unter Sozialdemokraten überwiegen immer die Gemeinsamkeiten. Die politischen Gegner sitzen in den anderen Parteien!“

Der Parteitag verabschiedete auch eine Reihe von Anträgen: Die Sozialdemokraten bekennen sich zu einem schnellen Ausstieg aus der Atomkraft, wünschen sich ein moderiertes Beteiligungsverfahren zur festen Fehmarnbeltquerung und eine „Gemeinschaftsaufgabe Bildung“ von Bund und Ländern. Auf Antrag der Jusos wird sich die Partei mit neuen rechtsradikalen Gruppierungen im Norden Stormarns befassen.

Als neuer Beisitzer wurde der Juso-Kreisvorsitzende Tobias von Pein (25, Lütjensee) in den neunköpfigen Kreisvorstand gewählt, außerdem bestimmte man 14 Delegierte für den Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein am 9. und 10. April in Husum.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 20.03.2011, 19:41 Uhr - 12953 Clicks - Nr. 315

Spannender Kreisverbandsausschuss Schleswig-Flensburg

Zu Anfang des Kreisverbandsausschusses Schleswig-Flensburg am 16. März 2011 in Kropp gedachten die über 100 Anwesenden in einer Gedenkminute den Opfern der schrecklichen Umweltkatastrophe in Japan.

Peter Eichstädt, MdL, erläuterte den aktuellen Stand zum neuen Wahlgesetz, das in der nächsten Woche im Kieler Landtag verabschiedet werden soll.



Das Landesverfassungsgericht hatte das bisherige Wahlrecht als teilweise verfassungswidrig eingestuft. Die SPD-Fraktion hat beschlossen, dass die Wahlkreise (WK) von 40 auf 35 gesenkt werden. Geplant ist ein Ausgleich von Überhangmandaten. Außerdem bleibt das Zweistimmen-Wahlrecht erhalten. Das Zählverfahren wird von d`Hondt auf das präzisere Auszählungsverfahren nach Sainte-Lague-Schepers geändert. Dies beseitigt eine bisherige Ungerechtigkeit für kleine Parteien bei der Stimmenausswertung. Die Zahl von 69 Abgeordneten soll aus der Verfassung gestrichen und dafür in das neue Wahlgesetz übernommen werden. Nach Verabschiedung des Wahlgesetzes wird sich der WK-Ausschuss des Landtages mit den WK-Schneidungen befassen. Die Entscheidung darüber wird dann etwa Mitte Mai 2011 erwartet. Der Wahltermin für die

Landtagswahl ist für den 6. Mai 2012 vorgesehen.

Mit großem Interesse lauschten die Anwesenden den Ausführungen des Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl Torsten Albig, der sein Ziel für die nächsten 417 Tage bis zur Landtagswahl u. a. darauf setzt, den Menschen zu erklären, wie Politik mit einer SPD besser geht. Dabei sei es wichtig, Geschlossenheit und Stärke in der Partei in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Weiterhin erklärte Torsten Albig dem Kreisverbandsausschuss, dass er am Tag nach der Auszählung der Stimmen zum Mitgliederentscheid am 27. Februar 2011 mit Ralf Stegner vereinbart habe, dass beide loyal zueinander stehen. Außerdem begründete er seine Empfehlung, Ralf Stegner als Landesvorsitzender am 9./10. April 2011 auf dem Landesparteitag zu wählen. Wichtig sei dabei, dass bei demokratischen Entscheidungen in der Partei niemand diskreditiert werde und appellierte an die Geschlossenheit in der Partei.

Ziel sei es, die nächste Landtagswahl zu gewinnen und „wir wollen und werden gewinnen und gewinnen kann ich“, so Albig.

Im Anschluss nutzten viele die Möglichkeit, ein Stimmungsbild aus den Ortsvereinen zu geben. Allerdings gab es keine einhellige Meinung für den Vorschlag zur Wahl des Landesvorsitzenden, der als auch der gesamte Landesvorstand am 9./10. April auf dem Landesparteitag in Husum gewählt werden soll. Es gab auch Kritik an diejenigen, die sich in den Medien öffentlich äußern. Eine Geschlossenheit in der Partei wäre wünschenswert.

Foto von Gerhard Schulz

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 21.03.2011, 09:40 Uhr - 18100 Clicks - Nr. 316

Kreishaus: Schadensersatz von Rahimi fraglich

Hannes Birke: CDU und FDP haben getäuscht und getrickst zum Schaden der Steuerzahler.

Beim gescheiterten Neubau des Kreishauses und der Anmietung eines Kreishauses kommen immer mehr verheerende finanzielle Auswirkungen für den Kreis ans Tageslicht.

Bereits jetzt belasten der von CDU und FDP beschlossene und später gescheiterten Neubau und die Anmietung des ehemaligen „Talkline-Gebäudes“ die Kreiskasse. Die Kosten beziffert der SPD-Kreisvorsitzender Hannes Birke auf rd. 4.2 Mio EUR.

Fraglich ist nun, ein möglicher Schadensersatz des Kreises gegen den Bauherren Impala/Rahimi. Beim Neubauprojekt war vertraglich vereinbart, dass bei Vertragsabschluss Impala/Rahimi Regressansprüche des Kreises bei einem von ihm zu verantwortenden Vertragsbruch mit einer Bankbürgschaft in Höhe von rd. 1,5 Mio EUR absichern muss. Auch unter dieser Zusicherung beschlossen CDU und FDP das Neubauprojekt.

Nach Vertragsabschluss konnte der Vermieter auf Grund seiner wirtschaftlichen Situation - so die Verwaltung - die Bürgschaft nicht vorlegen. Vorgelegt wurde eine bis zum 31.12.09 befristete und durch die aufschiebende Bedingung einer erteilten Baugenehmigung beschränkte Bürgschaft über

900.000,-- EUR. Da der Kreis den Vertrag mit Impala/Rahimi am 27. Mai 09 wegen Vertragsbruches kündigte und somit auch keine Baugenehmigung erteilt werden konnte, sind mögliche Regressansprüche nicht mehr abgesichert.

Erst auf Anfrage des SPD-Fraktionsvorsitzenden musste die Verwaltung den Sachverhalt offen legen. Auf seine Nachfrage einer möglichen Zahlungsunfähigkeit von Impala/Rahimi bekam er die lapidare Auskunft „dann müsse sich der Kreis aus der Konkursmasse bedienen“.

Die Unterstellung der Verwaltung, der Kreistag sei von dieser Entwicklung unterrichtet worden, weist Birke als falsch zurück. In den Vorlagen der Verwaltung gäbe es keinen einzigen Hinweis. Birke will allerdings nicht ausschließen, dass der Verwaltung ein Wahrnehmungsfehler unterlaufen ist. Es sei durchaus möglich, dass sich Ex-Landrat Grimme nur bei CDU und FDP politisch abgesichert hat, um das „Privatisierungsmodell Neues Kreishaus“, das in der Öffentlichkeit höchst umstritten war, nicht zu gefährden. Für ihn haben Grimme, CDU und FDP zum Schaden der Steuerzahler „getrickst und getäuscht“.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 21.03.2011, 10:26 Uhr - 96362 Clicks - Nr. 317

„Position der Milcherzeuger stärken“

Hohenwestedt: Das Europäische Parlament wird sich dafür einsetzen, dass die Verhandlungsposition der Milcherzeuger gegenüber Molkereien und Lebensmittelunternehmen deutlich gestärkt wird.



Davon zeigte sich die SPD-Europaabgeordnete, Ulrike Rodust, am Freitag bei ihrem Treffen mit schleswig-holsteinischen Milchviehhaltern in Hohenwestedt überzeugt. Bei dem Gespräch auf Hof „Eichengrund“ von Susanne und Christoph Lutze standen die zu erwartenden Auswirkungen der Reformpläne der europäischen Agrarpolitik auf den Milchsektor in Schleswig-Holstein im Mittelpunkt.

„Auch wenn der Milchpreis aktuell stabiler ist als in den vergangenen Jahren, müssen wir die Milcherzeuger wirkungsvoller vor möglichen Krisen schützen“, erklärte die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten. Gerade kleine und mittlere Familienbetriebe fühlten sich von dem Auslaufen der Milchquote bis 2015 bedroht und fürchteten nach dem Wegfall der EU-weiten Milchmengenbegrenzung einen weiteren Preisverfall. „Doch gerade diese Betriebe leisten einen wichtigen Beitrag für Arbeitsplätze im ländlichen Raum und für die multifunktionale, nachhaltige und flächendeckende Landwirtschaft in Europa, die sich die Bürger wünschen“, betonte Rodust. „Niemand will sich Schleswig-Holstein ohne das idyllische Bild der grasenden Milchkühe

vorstellen", so Rodust, der die Kommissionsvorschläge zum Milchmarkt deshalb noch nicht weit genug reichen. „Mit dem zurzeit im Agrarausschuss diskutierten Bericht zu den Vertragsbeziehungen im Milchsektor wollen wir die Verhandlungsmacht der Erzeuger noch deutlich stärken. Damit es sich auch in Zukunft noch lohnt in Schleswig-Holstein Milch zu produzieren.“

Hintergrund:

Die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik steht vor einer umfassenden Reform. Die bisherigen Regelungen gelten nur noch bis 2013. Das für die Milcherzeuger noch wichtigere Datum: die Milchquotenregelung, die die Produktion in den Mitgliedsländern beschränkt, läuft bis zum Jahr 2015 aus. Durch das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages gilt auch in der Agrarpolitik das so genannte Mitentscheidungsverfahren: Das Europäische Parlament ist somit gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat der Europäischen Union und aktiv an der anstehenden Reform beteiligt.

Ulrike Rodust ist seit 2008 Mitglied des Europäischen Parlamentes. Die schleswig-holsteinische Abgeordnete ist Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und Koordinatorin ihrer Fraktion im Fischereiausschuss.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer](#) - veröffentlicht am 21.03.2011, 12:29 Uhr - 5357 Clicks - Nr. 318

Urteil ist Aufruf zum Dialog

Zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte über Kreuze in den Schulen erklärt der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Das Urteil ist ein Aufruf zum Dialog zwischen den Religionen und damit eine neue Chance für die Religionsfreiheit. In Schleswig-Holstein werden wir diesen Dialog beginnen.

Mehr Informationen zum Urteil siehe [hier](#)

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 21.03.2011, 17:51 Uhr - 6114 Clicks - Nr. 319

Jahr der Wälder 2011

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2011 zum "Internationalen Jahr der Wälder" erklärt. Damit soll auf die besondere Bedeutung des Waldes und einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung hingewiesen werden. Im Rahmen einer Auftaktveranstaltung zu diesem Jahr wurde in Bönebüttel, Kreis Plön, der „Waldbesitzer des Jahres" ausgezeichnet. Anschließend führte der Preisträger Rolf Klein (Foto) interessierte Gäste, darunter der Stormarner Landtagsabgeordnete Martin Habersaat, durch seinen Wald.

Die Auszeichnung „Waldbesitzer des Jahres" wird vom schleswig-holsteinischen Landesverband der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald



jedes Jahre an einen Waldbesitzer vergeben, der mit der Bewirtschaftung seines Waldes beispielhaft die Kriterien der Nachhaltigkeit erfüllt und seinen Wald in Verantwortung für die Natur und das soziale Gemeinwesen bewirtschaftet.

Umweltministerin Dr. Juliane Rumpf würdigte in ihrer Festrede die Auszeichnung ebenso wie den Ausgezeichneten. Nur eine nachhaltige Nutzung der Wälder gewährleiste Nutzen für heutige und künftige Generationen. Martin Habersaat war besonders beeindruckt von der Führung durch den Wald und den Erläuterungen Rolf Kleins zu seinen Anpflanzungen.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 22.03.2011, 09:00 Uhr - 18603 Clicks - Nr. 320

SPD-Kreisverband verabschiedet Arnold Wilken in den politischen Ruhestand

Der langjährige sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende im Segeberger Kreistag – Arnold Wilken – zieht sich aus der Politik zurück.

Am Sonntag (20. März 2011) wurde er in einer Feierstunde in Trappenkamp vom Kreisverband und von seiner Fraktion verabschiedet. Begleitet wurde die feierliche Veranstaltung durch die vielseitige Musik des „Ensemble stillos“, das mit zwei Landes-Preisträgern des Wettbewerbs „Jugend musiziert“ auftrat.

Etwa 90 Gäste – darunter der Landesvorsitzende Ralf Stegner und Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies – konnte die neue Fraktionsvorsitzende und Nachfolgerin Wilkens – Edda Lessing – begrüßen.



Die zahlreichen Redner betonten in ihren Grußworten die ehrliche und zuverlässige Art Wilkens – der in seinem politischen Leben auch Kreisvorsitzender seiner Partei, Landtagsabgeordneter und langjähriger Bürgermeister der Gemeinde Högersdorf-Roterhahn war.

SPD-Landesvorsitzender und Fraktionschef Ralf Stegner betonte in seiner Laudatio die kommunalpolitischen Wurzeln Wilkens, die Grundlage für eine bürgernahe Politik in allen Bereichen sei. Seine Abgeordnetenrolle in Kiel habe Wilken nicht in der ersten Reihe gespielt, aber er sei zu keinem Zeitpunkt unauffällig gewesen. Noch heute könne man es manchmal spüren: Er ist da gewesen. Stegner sagte, er hoffe doch sehr, das der Ruheständler sich auch zukünftig – wenn auch nicht in offiziellen Gremien – zu Wort melden werde.

Thönnies bescheinigte dem sozialdemokratischen Urgestein, den Prinzipien der SPD immer treu geblieben zu sein. Er sei links und kantig und würde „in einem Windkanal ganz sicher schlechte Werte erreichen“.

Der SPD-Kreisverband Segeberg verlieh dem scheidenden Fraktionsvorsitzenden die höchste Auszeichnung der SPD – die Willy Brandt Medaille. Kreisvorsitzender Andreas Beran verwies auf die gute Zusammenarbeit zwischen Kreisvorstand und Fraktion.

Wilken selbst versprach in seiner Ansprache, dass er ganz gewiss seine Stimme zu politischen Geschehnissen erheben werde. Eine Aussage, die von vielen Parteifreunden mit Freude aufgenommen wurde. Ausdrücklich betonte er, wie wichtig es sei, dass Hauptamt und politisches Ehrenamt vertrauensvoll miteinander umgehen. Er begrüßte deshalb die von ihm geladenen Gäste aus der Kreisverwaltung – kritisierte in diesem Zusammenhang aber auch den Umgang mit der Landrätin Jutta Hartweg durch die CDU.

Am Rande der Veranstaltung wurde für die Opfer der Katastrophe in Japan gesammelt – 268 Euro können auf ein Spendenkonto überwiesen werden.

Keine Kommentare

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 22.03.2011, 14:16 Uhr - 6627 Clicks - Nr. 321

SPD forciert Solarenergie in Bad Bramstedt

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD begrüßt und fördert die [Initiative](#), Solarenergie in Form einer Genossenschaft in Bad Bramstedt voranzubringen und Photovoltaikanlagen auf Bad Bramstedts öffentlichen Dächern zu installieren.

Deshalb brachte Jan-Uwe Schadendorf für die SPD in der gestrigen Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses den Antrag ein, dass die Stadt in Verhandlungen mit dem möglichen Betreiber gehen möge und die Nutzungsmöglichkeiten schnellstmöglich abklären möge. Die Zeit drängt, da ein Teil der Anlagen noch vor dem 1.7. auf den Dächern sein soll, um die noch höhere Einspeisevergütung erhalten zu können.

Der Antrag wurde im Ausschuss einstimmig angenommen, so dass die Initiatoren darauf hoffen können, dass schnelle Verhandlungen und Wege möglich sind.

Zusätzlich unterstützt die SPD das Einwerben von Genossenschaftsmitgliedern. Wer Interesse an einer Beteiligung (Erwerb von Anteilen an der Genossenschaft) bekunden will, kann dies [hier online](#) tun.



Das Vorbild ist die Genossenschaft in Henstedt-Ulzburg unter dem Namen [Sonnenkraftwerk Henstedt-Ulzburg](#). Hier gibt es auch weitere Informationen, wie es auch für Bad Bramstedt werden könnte.

Kommentar von [Max Malters](#) vom 22.03.2011, 14:34 Uhr:

RE: SPD forciert Solarenergie in Bad Bramstedt

Klasse, dass die SPD da mitmacht und es vorantreibt. ... und das ist jetzt nicht ironisch gemeint.

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 22.03.2011, 20:26 Uhr - 6042 Clicks - Nr. 322

Zeit für ein Eis

Eine umfängliche Aussprache hatte der Kreisvorstand nach den kurzen Reden des SPD-Spitzenkandidaten Torsten Albig und des Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner vorgesehen. Doch so umfänglich wurde es gar nicht: Walter Albrecht aus Bad Oldesloe bedankte sich bei beiden dafür, dass sie konstruktiv im Interesse des Landes Schleswig-Holstein zusammenarbeiten wollen. Kreisvorstand und Präsidium bedankten sich für ihr kommen, dann waren die beiden Gäste auch schon fertig und der Parteitag widmete sich wieder den inhaltlichen Anträgen.



Wer eine längere Personaldebatte erwartet hatte, hatte sich getäuscht. So blieb Torsten Albig und Ralf Stegner noch genug Zeit für ein gemeinsames Eis an einem frühlingshaften Tag in Glinde. Ob sie bei ihrem Gespräch schon die richtige Strategie für die Landtagswahl am 6. Mai 2011 gefunden haben?

Der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat formulierte die Anforderungen an die beiden so: „Mit Torsten Albig haben die Mitglieder unserer Partei mit großer Mehrheit einen Spitzenkandidaten für die nächste Landtagswahl nominiert. Dass dieser Kandidat und der Landesvorsitzende gut zusammenarbeiten, erwarten wir. Und wenn der Landesparteitag im April 2011 den Landesvorstand bestätigt oder einen neuen Landesvorstand wählt, erwarten wir das immer noch.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 22.03.2011, 20:27 Uhr - 5945 Clicks - Nr. 323

Aus Japan lernen, soviel es geht

Die Ereignisse im fernen Japan beschäftigen momentan nicht nur die große Politik. Auch auf dem Kreisparteitag der SPD Stormarn in Glinde spielten sie eine Rolle. Der Parteitag begann mit einer Schweigeminute in Gedenken an die Opfer. Eine spontane Sammelaktion erbrachte 253 Euro, die über die Deutsch-Japanische Gesellschaft der Hilfe für Opfer von Erdbeben und Tsunami zugeleitet werden sollen. Außerdem beschlossen die Sozialdemokraten einen Antrag des Ortsvereins Bargtheide zur Energiewende.

Susanne Danhier, Vorsitzende des Ortsvereins Bargtheide und stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende, hatte den Antrag eingebracht. Sie sagte: „Erst Harrisburg, vor 25 Jahren Tschernobyl und nun Fukushima - wir müssen verhindern, dass weitere Atomkatastrophen unser Leben und das



unserer Kinder bedrohen.“ Alle alten Atomkraftwerke müssten 2011 vom Netz genommen werden und vom Netz genommen bleiben. Danhier: „Der Ausstieg aus dieser nicht beherrschbaren Energieform muss sofort beginnen!“

Der SPD-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Habersaat hatte im Anschluss an die Schweigeminute gesagt: „Den Menschen dort muss geholfen werden, so gut es geht. Und die Menschheit muss aus den Geschehnissen lernen, soviel es geht. Hoffen wir, dass beides gelingt...“

Seit Montag, dem 14. März, gibt es jeden Montag von 18.00 Uhr bis 19.00 Uhr eine Mahnwache vor dem Rathaus in Bargteheide. Abgeschlossen wird diese Aktion mit einer Menschenkette auf der Rathausstraße am Samstag, dem 9. April, um 15.00 Uhr.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 22.03.2011, 21:53 Uhr - 10746 Clicks - Nr. 324

SPD-Kiel begrüßt die Kandidatur von Uwe Döring

Zur heute bekanntgegebenen Kandidatur von Uwe Döring um den SPD-Landesvorsitz, erklärt der Kieler SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:

„Die Kieler SPD begrüßt die Kandidatur von Uwe Döring. „Uns Uwe“ ist ein kluger Kopf und ein pragmatischer Visionär mit einer hohen Integrationskraft. Es ist gut, dass wir nun eine personelle Auswahl haben.

Dass unsere Mitglieder dies wollen und schätzen, hat sich bereits beim Mitgliederentscheid gezeigt. Die Partei hat nun die Wahl beim Landesparteitag und kann entscheiden.“

Kommentar von [Dr. jur. Theodor von Campe](#) vom 23.03.2011, 17:30 Uhr:

RE: SPD-Kiel begrüßt die Kandidatur von Uwe Döring

Verehrter Uwe Döring, ich finde es sehr gut, daß Du Dich der Wahl stellst und sichere Dir gern meine Unterstützung zu. Es gibt viel zu tun, packen wir es an. Herzliche Grüße Theodor

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 23.03.2011, 00:46 Uhr - 4020 Clicks - Nr. 325

AfA-Landeskonferenz 2011

AfA-Landeskonferenz am 26.03.2011 in Eutin mit Neuwahlen

AfA-Landeskonferenz am 26.03.2011 in Eutin mit Neuwahlen des Landesvorstandes und Behandlung von Anträgen

Der langjährige Landesvorsitzende Wolfgang Mädelschmidt kandidiert erneut.

Hauptrede hält der DGB-Nord-Vorsitzende Uwe Polkaehn



Alle zwei Jahre ist der Landesvorstand der AfA neu zu wählen. In diesem Jahr findet die Konferenz in Eutin, Schlossterassen statt. Beginn ist 10:30 Auf dem Programm stehen die Neuwahl des Landesvorstandes, sowie Wahlen wer die AfA in der Landespartei vertritt und die Wahl von 10

Delegierten zur Bundes-AfA-Konferenz die 2012 stattfindet.

Grußworte werden zu Beginn der Konferenz halten: Ralf Stegner, Landesvorsitzender, Lars Winter, SPD-Kreisvorsitzender und Regina Poersch, MdL und Vorsitzende des AK-Wirtschaft der SPD Landtagsfraktion.

Darüber hinaus stehen 17 Anträge zur Behandlung an, zu den Themen: Faire Arbeitswelt und Ausbildungsplätze, Leiharbeit und prekäre Anstellungsverhältnisse, Forderung nach einer Bürgerversicherung und einer verbesserten Gesundheitspolitik, Rücknahme der Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst, Rücknahme der Rente mit 67, Entwicklung einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur und einer notwendigen Entwicklungsstrategie Küste, Einführung eines Tariftreuegesetzes und Mindestentlohnung. Die AfA spricht sich für eine zustimmende und damit zukunftsweisende Begleitung der Fehmarn-Belt-Querung aus und fordert das die Kreise Plön, Rendsburg-Eckernförde, die Landesregierung und die Städte Kiel und Neumünster das Regionalkonzept einer Stadtreionalbahn schnellstens umgesetzt wird.

In einem Initiativantrag wird eine sofortige Stilllegung von Atomkraftwerken durch Umsetzung des alten Atomkonsenses gefordert.

Der bisherige Landesvorsitzende Wolfgang Mädel, IG Metall kandidiert erneut, ebenso die bisherige Stellvertreterin Kirsten Jöhnck von ver.di.

Neu wird zum weiteren Stellvertreter der Kreisvorsitzende aus Stormarn Uwe Teut, Gewerkschaft der Polizei vorgeschlagen.

Darüber hinaus kandidiert als Geschäftsführer Helmut Ulbrand, IG Metall erneut und es sind weitere 7 Beisitzer zu wählen.

Weitere Informationen sowie das Antragspaket können sie einsehen über die Homepage der AfA: www.afa.spd-net-sh.de oder anfordern über wolfgang.maedel@igmetall.de

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 23.03.2011, 10:34 Uhr - 16261 Clicks - Nr. 326

SPD-Kreisvorsitzender Sönke Rix zur Kandidatur von Uwe Döring

Ich begrüße es, dass Ralf Stegner und Torsten Albig gemeinsam dafür sorgen wollen, dass die Reihen geschlossen werden! Ich glaube: Die Zusammenarbeit zwischen Torsten Albig und Ralf Stegner kann klappen.

Aber was als gute Geste geplant war und der Geschlossenheit der Partei dienen sollte, stößt bei manchen auf Unverständnis und Kritik. Jetzt gibt es neben der Kandidatur von Ralf Stegner mit Uwe Döring einen weiteren ernst zu nehmenden Kandidaten für den Landesvorsitz.



Ich finde es gut, dass es nun eine Auswahl gibt. Vielleicht folgen auch noch weitere Kandidaturen. Am Ende entscheidet der Parteitag. Ich habe meinem Kreisverband vorgeschlagen beide Kandidaten einzuladen, um sich ein direktes Bild von ihnen machen zu können.

Keine Kommentare

Osterrönfelder Schwebefähre schon 2015 Weltkulturerbe?

Die Osterrönfelder Schwebefähre am Nord-Ostsee-Kanal könnte schon 2015 zum UNESCO-Weltkulturerbe anerkannt werden, so zumindest die Zeitplanung des Darmstädter Industriearchäologe Rolf Höhmann, über die KN-Online.de am heutigen Tag berichtet.



Höhmann wurde 2010 u. a. von den beiden Schwebefähren Orten

Osterrönfeld/Rendsburg sowie Osten/Hemmor beauftragt, eine

entsprechende Bewerbung für die Anerkennung als Weltkulturerbe auszuarbeiten.

Dabei soll eine „Sammelbewerbung“ von weltweit insgesamt sieben Schwebefähren das gemeinsame Ziel erreichbar machen. Beteiligt sind dabei neben den zwei deutschen Standorten die Schwebefähren in Großbritannien (Warrington, Middlesbrough und Newport), in Frankreich (Rochefort) sowie in Argentinien (Buenos Aires).

Besonders letzterer Standort sei ein besonderes Zugpferd bei der Anerkennung als UNESCO-Weltkulturerbe, da in Südamerika bisher nur wenige Industriebauten als Weltkulturerbe ausgezeichnet wurden. Durch die Sammelbewerbung erhöht sich nun für jeden der beteiligten Schwebefähren-Standorte die Wahrscheinlichkeit, den begehrten Titel von der UNESCO zu erhalten, zumal bis 2017 eigentlich bereits alle deutschen Plätze für eine Bewerbung vergeben sind. Die internationale Sammelbewerbung wird von Experten daher als realistische Chance gesehen, doch noch einen Weltkulturtitel vor 2017 nach Deutschland zu holen.

Osterrönfeld und Rendsburg sind dabei neben Osten/Hemmor die zwei deutschen Kandidaten für den Titel und insgesamt gut davor. „Aktuell kommt es darauf an, den außerordentlichen universellen Wert (Outstanding Universal Value) in den Mittelpunkt zu stellen und zu belegen“, so Rendsburgs Bürgermeister, Andreas Breitner (SPD), der federführend zusammen mit dem Industriearchäologe Rolf Höhmann sowie dem Schwebefähren-Experten und Mitbegründer des Weltschwebefährenverbandes, Jochen Bölsche (Osten/Hemmor), die deutsche Bewerbung vorantreibt.

Weiter heißt es in einer Pressemitteilung des Rendsburger Bürgermeisters: „Wir kommen gut voran bei den Vorbereitungen unseres Antrags. Unser Ziel, Norddeutschlands technisches Kulturdenkmal Nr. 1, die Rendsburger Schwebefähre zum UNESCO-Weltkulturerbe zu machen, ist erreichbar. Die Vorbereitung einer Kontinente überspannenden seriellen Bewerbung ist zwar aufwendig, aber Erfolg versprechend. Das Prädikat Weltkulturerbe hätte dank der großen touristischen Effekte eine hohe wirtschaftliche Bedeutung für Schleswig-Holstein.“

"Osterrönfeld und seine Partnergemeinde Osten schauen der weiteren Entwicklung daher optimistisch entgegen und werden nun alles daran setzen, die besondere Bedeutung der beiden deutschen Schwebefähren der UNESCO zu belegen", so die SPD Osterrönfeld. "Und dann wird es hoffentlich 2015 heißen: 'Sieben auf einen Streich - Osterrönfeld ist Weltkulturerbe!'" --

Keine Kommentare

[SPD NMS Faldera](#) - veröffentlicht am 24.03.2011, 09:12 Uhr - 7707 Clicks - Nr. 328

SPD Neumünster-Faldera mit neuem Vorstand

In seiner gestrigen Jahreshauptversammlung hat der Ortsverein Neumünster-Faldera einen neuen Ortsvereinsvorstand gewählt. Neuer Ortsvereinsvorsitzender ist Fred Brocksema, der zuvor schon als stellvertretender Vorsitzender dem Vorstand angehörte.

Franka Dannheiser wurde zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Monika Gripp und Arno Jahner komplettieren als Beisitzer den frischgewählten Vorstand.



Thorsten Klimm wurde als Kassierer in seinem Amt bestätigt. Oliver Sundermann, der

das Amt des Vorsitzenden vor einem Jahr von Werner Didwischus übergangsweise, bis zur Jahreshauptversammlung übernommen hatte, stellte sich nicht wieder zur Wahl.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 24.03.2011, 10:53 Uhr - 12517 Clicks - Nr. 329

Thönnnes: Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen endlich herstellen Equal Pay Day 2011:

Der jährlich stattfindende Equal Pay Day am 25. März 2011 soll auf die noch nicht vorhandene Entgeltgleichheit zwischen den Geschlechtern aufmerksam machen. Er markiert den Entgeltunterschied zwischen den Geschlechtern in Deutschland als den Zeitraum, den Frauen über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssten, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen.

„Dieser Aktionstag ist ein wichtiger Tag für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um sich für eine

gerechte Gesellschaft einzusetzen. Deshalb freut es mich, dass sich so ein breites Bündnis aus Parteien und Gewerkschaften für die gerechte Bezahlung von Frauen in deutschen Unternehmen engagiert“, so der SPD-Politiker.

Notwendig ist dies, weil Frauen heutzutage immer noch durchschnittlich 23 Prozent weniger verdienen als Männer. Wenn man den durchschnittlichen Stundenlohn betrachtet, wird es noch deutlicher. Dieser liegt bei Frauen um 4.39 Euro niedriger als bei ihren männlichen Kollegen. Oft ist die Entlohnung nicht Existenz sichernd. So hat sich die Zahl der Frauen, die trotz Arbeit auf Grundsicherung angewiesen sind, seit 2005 verdoppelt und ist auf 743.000 angestiegen. Geringfügige Beschäftigung und geringe Bezahlung bedeuten für viele Frauen die Gefahr, keine auskömmliche Rente zu erhalten und von Armut im Alter bedroht zu sein. Schon heute erhalten mehr Frauen als Männer die Grundsicherung im Alter.

„Diese Ungerechtigkeiten zeigen auch den Handlungsbedarf für einen gesetzlichen Mindestlohn. Denn dies käme gerade Frauen überproportional zu Gute. Dieser kann aber nur eine untere Auffanglinie sein, eine Lösung für gleichen Lohn bei gleicher und gleichwertiger Arbeit ist er nicht. Dafür ist ein Entgeltgleichheitsgesetz notwendig, das die SPD-Bundestagsfraktion in Kürze in den Deutschen Bundestag einbringen wird“, erläutert der SPD-Politiker.

Bildquelle: BPW-Germany e.V.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 24.03.2011, 14:21 Uhr - 6887 Clicks - Nr. 330

Staffelwechsel in der SPD Großhansdorf

In der sehr gut besuchten Mitgliederversammlung der SPD OV-Großhansdorf am 18.03.2011 wurden zunächst Gisela Schimanke und Claus Stertz für 25-jährige Mitgliedschaft geehrt und anschließend wurde turnusmäßig ein neuer Vorstand gewählt. Einstimmig wählten die Mitglieder Reinhard Niegengerd zum neuen 1.Vorsitzenden. Uwe Westphal, der den Ortsverein lange Jahre erfolgreich geführt hat, wechselt auf die Position des stellvertretenden Vorsitzenden.



Mit diesem Staffelwechsel nimmt der Ortsverein einen Generationswechsel vor und schafft es gleichzeitig wichtiges Wissen um die politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge in Großhansdorf im Vorstand zu erhalten. Zur neuen Schriftführerin wurde Francesca Ramus gewählt. Sie folgt auf Jürgen Krüger. Nach über 25 Jahren hat auch der bisherige Kassenwart Gunter Nuppenau sein Amt an Karin Iding übergeben. Als Beisitzer wurden Gudrun Apel, Ruth Buhrdorf, Sabine Estorff, Renate Schmidt und Ronald Boldt von der Versammlung bestätigt.

Ein Arbeitsauftrag des neuen Vorstands wird es sein, die Arbeit an den Themenprofilen der Klausurtagung vom Februar zu begleiten und mit Leben zu füllen. Dazu wird es jeden 2. Mittwoch im Quartal eine zusätzliche Mitgliederversammlung geben. Die monatlichen Fraktions- und Vorstandssitzungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat statt.

Interessierte BürgerInnen sind immer gern gesehene Gäste!

Der neue Vorstand bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen und freut sich auf die anstehenden gemeinsamen Aufgaben.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 24.03.2011, 14:22 Uhr - 17375 Clicks - Nr. 331

SPD-MdB Sönke Rix: Zurück zum Ausstieg

Die Ereignisse in Japan zeigen, dass niemand von einem dauerhaft sicheren Betrieb von Atomkraftwerken ausgehen kann. Die Gefahr eines Super-GAU ist keine theoretische und rein mathematische Rechengröße, sondern eine ganz reale und mögliche Gefahr.



Die Katastrophen von Harrisburgh, Tschernobyl und Fukushima sind keine Einzelfälle und sie können sich wiederholen. Die verheerenden Folgen zwingen jetzt auch die Letzten zu einem Umdenken.

Auch wenn ein mit einem Erdbeben verbundener Tsunami eine einzigartige Situation darstellt, der atomare Krisenfall resultierte aus dem gleichzeitigen Versagen von Strom- und Notstromversorgung. Schon der Ausfall der Notstromversorgung im schwedischen AKW Forsmark im Jahr 2006 zeigt: Es handelt sich um eine generelle Gefahr, die durch die unterschiedlichsten Ereignisse oder menschliches Versagen ausgelöst werden kann. So sind in Deutschland vor allem die alten Atomkraftwerke nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert.

Vor sechs Monaten haben CDU/CSU und FDP beschlossen, die Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke zu verlängern. Diese Entscheidung war möglicherweise nicht nur rechtswidrig, sondern führt auch zu langfristigen massiven Gefährdungen der deutschen Bevölkerung. Diese „Übergangstechnologie“, wie die CDU/CSU sie nennt, wird weder für die sichere Energieversorgung benötigt noch für den Klimaschutz genutzt.

Ich freue mich, dass vergangene Woche mein Kollege Johann Wadehul einem SPD-Antrag zur sofortigen Stilllegung vom AKW Krümmel und sieben weiteren Atomkraftwerken zugestimmt hat. Ob allerdings die scheinbare 180-Grad-Wende der Bundesregierung aus echter Einsicht resultiert oder doch nur ein Wahlkampfmanöver ist, muss sich noch erweisen.

Wir fordern:

1. Das kerntechnische Regelwerk des Jahres 2009, das unter den Bundesumweltministern Trittin und Gabriel erarbeitet wurde, wird sofort in Kraft gesetzt, um den Stand von Wissenschaft und Technik zur Voraussetzung beim Betrieb deutscher Atomkraftwerke zu machen.
2. Die ältesten und nicht gegen Flugzeugabstürze geschützten Atomkraftwerke Biblis A, Biblis B, Brunsbüttel, Neckarwestheim I, Philippsburg I, Isar I, Unterweser und Krümmel werden in 2011 endgültig vom Netz genommen.
3. Die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke wird gestoppt und widerrufen. Deutschland muss zu seinem ursprünglichen Ziel zurück: Ausstieg aus der Atomenergie bis zum Jahr 2020.
4. Die unter der SPD-geführten Bundesregierung eingeleitete Energiewende wird fortgesetzt und beschleunigt. Die Kürzungen im Bundeshaushalt bei den Erneuerbaren Energien und den Energieeinsparprogrammen werden zurückgenommen. Das Atomzeitalter und das Zeitalter preiswerten Öls sind vorbei. Die Zukunft wird bestimmt von erneuerbaren Energien.

Veröffentlicht als "Bericht aus Berlin" in der Eckernförder Zeitung vom 23.03.2011

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 24.03.2011, 14:26 Uhr - 6880 Clicks - Nr. 332

SPD Stormarn zur Festen Fehmarnbeltquerung

Kreispartei formuliert Anforderungen an die Hinterlandanbindung

Der Bau einer Festen Fehmarnbeltquerung (FFBQ) ist zwischen Dänemark und Deutschland durch einen Staatsvertrag vereinbart worden. Dänemark übernimmt die Kosten für die Querung, Deutschland hat sich verpflichtet, für die eigene Hinterlandanbindung zu sorgen. Die Planungen laufen, 2013 wird das Folketing die erforderlichen Gesetze beschließen.

Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Stormarn: „Das Planungsverfahren muss transparent sein, die Querung muss Nutzen bringen. Wir wollen für den Kreis Stormarn, dass positive Impulse aus der Verbindung generiert werden und der Kreis nicht zum bloßen Transitbereich wird, sondern ein starker Teil einer zusammenwachsenden Ostseeregion.“

Die Stormarner Sozialdemokraten fordern daher ein öffentlich moderiertes Verfahren bei der Planung der Hinterlandanbindung, eine auskömmlich finanzierte Schienenhinterlandanbindung inklusive optimaler Schallschutzmaßnahmen. Gefordert wird weiter, „dass Wege gefunden werden, um die Kommunen an der Bahntrasse finanziell von den Regelungen des Eisenbahnkreuzungsgesetz zu entlasten“ und schließlich, dass die Schienenverbindung zwischen

Lübeck und Hamburg bedarfsgerecht für den Güter- und den Personenverkehr ausgebaut wird. Vorrang sollen der Ausbau und die Sicherstellung eines schnellen, attraktiven Personennah- und -fernverkehrs auf der Schiene vor Ausweitung des Güterverkehrs auf dieser Strecke haben.

Auf eine Initiative des Bundestagsabgeordneten Franz Thönnies (Ammersbek) geht zudem die Forderung zurück, dass das gesamte Querungsprojekt auch zur Ausbildung junger Menschen genutzt wird. Dabei sollen Berufsabschlüsse erworben werden können, die in Dänemark und Deutschland gleichermaßen anerkannt werden.

Informationsveranstaltung am 4. April

Unter dem Titel „Fehmarnbelt-Querung - Chancen für die Region!?“ veranstaltet der DGB Nord am 4. April in Eutin (Schlossterrassen, Schlossplatz 3) eine hochkarätig besetzte Informationsveranstaltung. Der dänische Verkehrsminister Hans Christian Schmidt erläutert Dänemarks Sicht auf die feste Querung. Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein, beleuchtet die FFBQ als „Impuls für die regionale Entwicklung“ und Dr. Ralf Stegner, der SPD-Fraktionsvorsitzender im Schleswig-Holsteinischen Landtag, spricht über Chancen und Risiken der festen Beltquerung. Kritiker und Befürworter des Projekts werden zu Wort kommen.

Unter <http://www.femern.com/> ist heute bereits eine virtuelle Fahrt durch den Tunnel möglich.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 24.03.2011, 21:37 Uhr - 4409 Clicks - Nr. 333

Erich Glatzer ist nicht mehr

Heute haben wir einen guten Freund verloren. Erich Glatzer, seit fast 60 Jahren in der SPD, ist im Alter von 91 Jahren gestorben.

Wir erinnern uns gerne an Erich als eines der treuesten Mitglieder unseres Ortsvereins. Kaum eine Veranstaltung, auf der er und seine Irmgard gefehlt hätten. In seiner aktiven Zeit war Erich die gute Seele als Organisationsleiter des Ortsvereins. Erich Glatzer, Sozialdemokratat von ganzem Herzen, hat uns gezeigt, dass das politische Interesse auch im hohen Alter wach bleiben kann. Er hat uns aber auch immer wieder gemahnt, wenn er glaubte, dass Sozialdemokratie sich zu sehr von den traditionellen Werten entfernt. Wir haben viel von ihm gelernt und werden ihn nicht vergessen. Unser Mitgefühl gilt jetzt vor allem seiner Frau Irmgard, die nun ohne ihren Mann und unseren treuen Begleiter auskommen muss.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 25.03.2011, 10:33 Uhr - 6250 Clicks - Nr. 334

Ärztliche Versorgung im Kreis Plön muss sicher gestellt werden!

24.3.2011

Helga Hohnheit, stellvertr. Fraktionsvorsitzende:

Ärztliche Versorgung im Kreis Plön muss sicher gestellt werden!

Die SPD-Kreistagsfraktion hat die Zukunft der ambulanten ärztlichen Versorgung im Kreis Plön“ auf die Tagesordnung des Sozialausschuss im Mai setzen lassen.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Helga Hohnheit: „Wir greifen damit die Besorgnis vieler Bürger und Bürgerinnen um die Entwicklung der haus- und fachärztlichen Versorgung im Kreis auf, denn die zu diesem Thema bereits geführten Diskussionen im Land haben uns sehr deutlich gemacht: Die ambulante medizinische Versorgung steht vor großen Herausforderungen. Der demografische Wandel, der auch vor Ärzten nicht halt macht, Nachwuchsprobleme und fehlende Niederlassungsbereitschaft sind u.a. Problempunkte, für die es eine Lösung zu finden gilt, um auch weiterhin eine wohnortnahe und hochwertige medizinische Versorgung vorhalten zu können.“

In diesem Zusammenhang muss auch darüber beraten werden, ob der Kreis Plön – neben der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen auch etwas dazu beitragen kann, um die Versorgungslage im Kreis auch für die Zukunft abzusichern.

Um das bestehende Angebot der haus- und fachärztlichen Versorgung im Kreis Plön richtig bewerten zu können, muss Bilanz gezogen werden mit einem Bericht über den aktuellen Versorgungsstand. Dabei sollte neben dem Zahlenwerk auch eine Karte darüber Auskunft geben, wie die örtliche Verteilung der Praxen sich im Kreisgebiet darstellt und mit welchen Veränderungen aufgrund der Altersstruktur der Ärzte zu rechnen ist. Es muss weiterhin geprüft werden, ob die tatsächliche Versorgungslage der Bedarfsplanung der kassenärztlichen Vereinigung für den Kreis Plön entspricht und den medizinischen Versorgungsbedürfnissen der Bürger und Bürgerinnen gerecht wird.

Helga Hohnheit: „Eine gute Gesundheitsversorgung ist ein wichtiges Element der kommunalen Daseinsvorsorge. Der Kreis muss in die Entscheidungen mit einbezogen werden und Einfluss nehmen können, um die ärztliche Versorgung für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.“

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 25.03.2011, 14:55 Uhr - 13538 Clicks - Nr. 335

Norderstedter Schülerin trifft Thönnies im Deutschen Bundestag

Jugendmedienworkshop:

Vom 21. bis 25. März 2011 hat der Deutsche Bundestag gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Jugendpresse Deutschland zum achten Mal 40 junge Nachwuchsjournalistinnen und -journalisten nach Berlin eingeladen, um einen Blick hinter das parlamentarische und mediale Geschehen in der Hauptstadt zu werfen.



Unter dem Titel „Bürger, Parlament, Medien – Partizipation zwischen Facebook und Parteibuch“ hospitierten sie in Redaktionen, begleiteten Hauptstadtkorrespondenten, diskutieren mit Abgeordneten aller Fraktionen und besuchen Plenarsitzungen im Reichstagsgebäude. Mit dabei war

Alina Schöppach aus Norderstedt. Die 16-jährige Schülerin besucht in ihrer Heimatstadt das Gymnasium Harksheide.

Thönnies: „Der Jugendmedienworkshop ist eine gute Gelegenheit für journalistisch interessierte junge Menschen, um in Mediengesprächen und Diskussionsrunden ihre Wünsche und konkreten Erwartungen an die Abgeordneten zu formulieren, kritische Fragen zu stellen und zu sehen, wie die journalistische Arbeit in der Bundeshauptstadt funktioniert. Es freut mich, dass mit Alina Schöppach eine junge Frau aus dem Kreis Segeberg teilgenommen hat.“

Im Rahmen der Veranstaltung haben sich die Teilnehmer unter anderem mit der Frage auseinandergesetzt, wie politische Teilhabe im 21. Jahrhundert aussieht oder aussehen könnte. In diesem Zusammenhang wurde auch erörtert, welche Bedeutung dabei dem Parlament zukommt und welche Rolle das Internet spielt. „Das war eine gute Möglichkeit, um in Berlin hinter die Kulissen zu schauen. Besonders beeindruckt hat es mich, einmal eine Plenardebatte live zu erleben. Mein Wunsch später journalistisch zu arbeiten, um Menschen zu informieren und direkt mit meiner Arbeit zu erreichen, wurde durch den Jugendmedienworkshop noch einmal bestärkt“, resümiert Alina Schöppach.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 25.03.2011, 16:44 Uhr - 6123 Clicks - Nr. 336

Direkte Investitionen in die Gemeinde sinnvoll - Aktienbeteiligungen nicht!

Die Sitzung der Osterrönfelder Gemeindevertretung am zurückliegenden Donnerstag, 24.03.2011, hatte einige wichtige Entscheidungen zum Inhalt. So beschlossen die Osterrönfelder Gemeindevertreter u. a., sich mit rund 100.000 Euro an der Schleswig-Holstein Netz AG (E.ON Hanse) zu beteiligen, was die SPD ablehnte. Ferner wurde ein Antrag der SPD-Fraktion zur Anschaffung von lebensrettenden Defibrillatoren einstimmig angenommen.



Zu Beginn der Sitzung wurde in einer Schweigeminute den Toten und Opfern der Natur- und Atomkatastrophe in Japan gedacht, derer sich auch Osterrönfeld verbunden fühlt.

Nachdem die Wahl des stellvertretenden Wehrführers, Thorsten Schrader, auch durch die Gemeindevertretung als Träger der Freiwilligen Feuerwehr einstimmig bestätigt wurde, wurde im Zusammenhang mit dem Feuerwehrbedarfsplan die Anschaffung eines neuen Feuerwehrlöschfahrzeuges (LF 20/16) beschlossen (Investition ca. 286.000 Euro). Dieses soll 2013

angeschafft werden, ein über 20 Jahre altes Fahrzeug ersetzen und die bisher im Feuerwehrbedarfsplan negative Fahrzeugbilanz ausgleichen, sogar ins Positive wenden. Hierdurch ist sichergestellt, dass Osterrönfeld durch die baulichen Entwicklungen im Hafen- und Gewerbebereich weiterhin die zu erfüllenden Einsätze der Feuerwehr sicherstellen kann, sodass der Brandlast auch zukünftig angemessen begegnet werden kann.

Außerdem wurde die Sanierung des Flachdaches des Feuerwehrgerätehauses beschlossen (Investition ca. 135.000 Euro). Aufgrund diverser undichter Stellen im Dachbereich war es seit längerem immer wieder nass im Gebäudeinneren geworden, was eine Sanierung des Daches nötig machte. Um zukünftig ähnliche Probleme zu verhindern, wird nun ein Satteldach auf das Gerätehaus gesetzt.

Der von der SPD-Fraktion eingebrachte Antrag zur Anschaffung von lebensrettenden Defibrillatoren für öffentliche Gebäude wurde einstimmig von der Gemeindevertretung für Positiv beschieden und zur weiteren Detailplanung in den Werk- und Verkehrsausschuss verwiesen, etwa um genaue Standorte festzulegen. Dieser wird sich in seiner nächsten Sitzung mit dem SPD-Antrag daher noch einmal detailliert beschäftigen. Mehr zum Antrag der SPD finden Sie hier [[mehr](#)].

Weiterhin wurde beschlossen, dem größten Osterrönfelder Verein, dem OTSV, finanzielle Unterstützung bei der erforderlichen Sanierung der Vereinsgebäude seitens der Gemeinde bereitzustellen. Hiermit wird unter anderem auch eine energetische Sanierung vorgenommen, womit die laufenden Kosten, wie Energieaufwendungen, auf Dauer gesenkt werden können. Diese Sanierung wird durch Fachfirmen aber auch durch viel Eigenarbeit des OTSV vorgenommen. Der Anteil der Gemeinde beträgt hierbei maximal 35.000 Euro. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde lehnte dabei eine Förderung seinerseits ab, sodass die Gemeinde sowie der OTSV die Kosten alleine übernehmen werden. Übrigens: der OTSV hat eine sehr gelungene und informative neue Internetseite. Unter www.otsv.info gibt's viele Infos rund um den Osterrönfelder Sportverein.

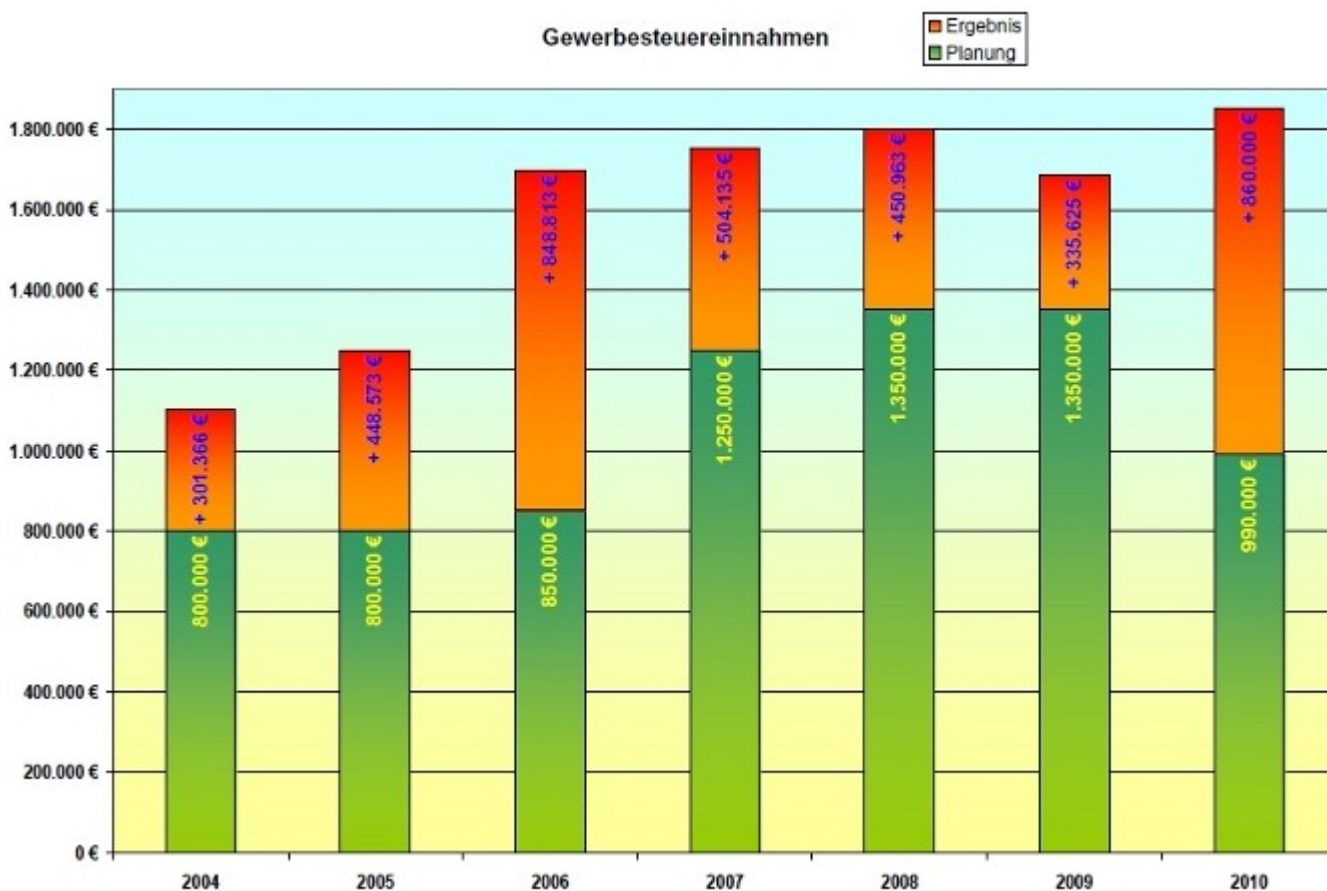
Der umfangreichste Punkt der Tagesordnung war dann doch das Beteiligungsangebot an der Schleswig-Holstein Netz-AG. Hier wurde mit den Stimmen von OWG und CDU/FDP das Beteiligungsangebot der E.ON-Hanse für die Schleswig-Holstein Netz AG angenommen und der Kauf von Aktien im Wert von rund 100.000 Euro beschlossen. Die SH Netz AG garantiert hierbei, dass davon 5,1 % Rendite pro Jahr an die Gemeinde ausgeschüttet werden. Hiervon müssen noch Steuern abgezogen werden, sodass für Osterrönfeld ein jährlicher Gewinn in Höhe von ca. 4.200 Euro verbleibt.

Die Osterrönfelder SPD-Fraktion lehnt dieses Vorhaben ab und verweist auf die eigentlichen Aufgaben der Gemeinde sowie zahlreiche wichtigere und dringend erforderliche Investitionen in nächster Zukunft. Ein Vertreter der CDU/FDP-Fraktion stimmte ebenfalls gegen den Aktienkauf. Warum die SPD gegen die Aktienbeteiligung gestimmt hat, können Sie in einer ausführlichen Begründung nachlesen [[mehr](#)].

--

Keine Kommentare

SPD: „Beteiligung an der SH Netz AG für Osterrönfeld nicht sinnvoll!“



Die Osterrönfelder Gemeindevertretung hat am zurückliegenden Donnerstag mit den Stimmen von OWG und CDU/FDP das Beteiligungsangebot der E.ON-Hanse für die Schleswig-Holstein Netz AG angenommen und den Kauf von Aktien im Wert von rund 100.000 Euro beschlossen. Die SH Netz AG garantiert hierbei, dass davon 5,1 % Rendite pro Jahr an die Gemeinde ausgeschüttet werden. Hiervon müssen noch Steuern abgezogen werden, sodass für Osterrönfeld ein jährlicher Gewinn in Höhe von ca. 4.200 Euro verbleibt.

Die Osterrönfelder SPD-Fraktion lehnt dieses Vorhaben ab und verweist auf die eigentlichen Aufgaben der Gemeinde sowie zahlreiche wichtigere und dringend erforderliche Investitionen in nächster Zukunft. Ein Vertreter der CDU/FDP-Fraktion stimmte ebenfalls gegen den Aktienkauf.

Auch nach der Diskussion in der Gemeindevertretersitzung bleiben für die Osterrönfelder SPD Fragen offen, bei der sich teilweise die Widersprüchlichkeit der politisch Verantwortlichen in den anderen Fraktionen zeigt:

- **Wie passt die Beteiligung an der SH Netz AG zu den prognostizierten Mindereinnahmen in den kommenden Haushaltsjahren?**

Die Fraktionen von OWG und CDU/FDP haben im Rahmen der Haushaltsberatungen vor noch nicht einmal vier Monaten die bevorstehende Finanzsituation der Gemeinde in den schwärzesten Farben gemalt. Für das Jahr 2013 wurde im Gemeindehaushalt ein Defizit in

Höhe von 1,3 Millionen Euro prognostiziert. Der Kritik der SPD-Fraktion, die Planungen seien, wie die vergangenen Jahren bereits bewiesen haben, viel zu pessimistisch, wurde seitens der OWG sowie CDU/FDP vehement widersprochen. Dabei wurde besonders auf die Folgen der Finanzkrise, sinkende Gewerbesteuereinnahmen und steigende Umlagen hingewiesen. Obwohl die SPD-Fraktion die düstere mittelfristige Finanzplanung mit Hinweis auf die Gewerbesteuer-Fehlprognosen der vergangenen Jahre (siehe Grafik) immer wieder angezweifelt hatte, wurde auf die Kritik der Sozialdemokraten nicht eingegangen.

Nun beschließt die gleiche Mehrheit aus OWG und CDU/FDP, für die nächsten Jahre rund 100.000 Euro für Aktienkäufe zu binden, obwohl diese Finanzmittel bei der Bewältigung der vorhergesagten Krisenzeiten dann nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Gerade in Anbetracht der von OWG und CDU/FDP prognostizierten Mindereinnahmen der Gemeinde ist dies kaum zu rechtfertigen, denn dann würde jeder Cent zum Stopfen der vorhergesagten Finanzlücken benötigt. Durch die Aktienbeteiligung werden dann aber für die Zeit von fünf Jahren die besagten rund 100.000 Euro für die Deckung des Haushaltes nicht zur Verfügung stehen und müssten ggf. sogar durch Darlehen ausgeglichen werden. Die zu erwartende Rendite von jährlich noch nicht einmal 5.000 Euro wäre da nur ein schwacher Trost. (Weitere Infos zur erwähnten Haushaltsberatung können Sie im SPD-Infoblatt, Ausgabe Dezember 2010, nachlesen [[mehr](#)]).

- **Ist die Beteiligung an einer Aktiengesellschaft eine Kernaufgabe der Gemeinde?**

Zweifelhaft bleibt, ob es zu den Kernaufgaben einer Gemeinde gehört, mittels Investitions- und Beteiligungsmodellen reine finanzielle Ziele zu verfolgen. Nach Auffassung der SPD-Fraktion sollte sich die Gemeinde darauf beschränken, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit öffentliche Aufgaben zu erfüllen. Bank-, Spekulations- und Beteiligungsgeschäfte, die nur auf die Erzielung von Renditen abzielen, sollte die Gemeinde besser privaten Investoren und Banken überlassen, insbesondere dann, wenn die geschäftlichen Konstruktionen von finanzpolitischen Laien kaum noch zu durchschauen sind. Die finanziellen Verluste während der Finanzkrise des Jahres 2008 haben doch vielen Investoren gerade erst schmerzlich vor Augen geführt, dass man sich nur an Geschäften beteiligen sollte, die man bis in den letzten Winkel durchblickt und wirklich versteht.

- **Gibt es nicht vernünftiger und bessere Investitionsmöglichkeiten?**

Nur ein praktisches Beispiel: Investitionen in den Zustand unserer Straßen wären sinnvoller und renditeträchtiger als Beteiligungen in Aktiengesellschaften. Sieht man sich den Zustand zahlreicher Straßen in unserer Gemeinde an, wären zusätzliche 100.000 Euro für Instandsetzungsmaßnahmen eine kluge Investition. Werden die jetzt dringend erforderlichen Reparaturarbeiten nun um mehrere Jahre verschoben, reichen auch die erzielten Kapitalerträge aus den getätigten Aktiengeschäften nicht mehr aus, um die aufgeschobenen und dann folglich aufwändigeren Sanierungsarbeiten durchführen zu können. Somit stellen rasche Straßensanierungsarbeiten eine wesentlich sinnvollere Investition mit vermutlich sogar noch besseren "Renditen" dar. **Nachträgliche Anmerkung der Redaktion: Siehe Antrag der SPD-Fraktion vom 23.06.2011 zum Thema Straßensanierungen [[mehr](#)]**

Die Mehrheitsfraktion der OWG sowie die CDU/FDP stimmten trotz alledem für die Aktienbeteiligung an der Schleswig-Holstein Netz AG in Höhe von rund 100.000 Euro (abzüglich eine CDU/FDP-Gegenstimme), obwohl sie diese Fragen nicht schlüssig beantworten konnten und sich den Argumenten der SPD-Fraktion nicht anschließen wollten.

Unter Abwägung der möglichen Renditechancen bei gleichzeitiger Kapitalbindung einerseits und dringend erforderlichen Investitionsbedarfs andererseits, ist die Mehrheitsentscheidung in den Augen der SPD-Fraktion nicht nachzuvollziehen, zudem die Osterröfelderinnen und Osterröfelder wohl auch keine erkennbaren Vorteile zu spüren bekommen.

Vielmehr ist zu befürchten, dass in den kommenden Jahren Finanzmittel für dringend notwendige Investitionen fehlen. Hoffentlich muss in einigen Jahren nicht reumütig festgestellt werden, dass angesichts möglicher Renditegewinne die Geldgier einmal mehr über die Vernunft gesiegt hat.

Weitere Themen und Beschlüsse der Gemeindevertreterversammlung können Sie in einem weiteren ausführlichen Artikel nachlesen [[mehr](#)].

--

Kommentar von [Sean Kent](#) vom 31.05.2016, 08:54 Uhr:

RE: SPD: „Beteiligung an der SH Netz AG für Osterröfelnic

Suchen Sie für eine sehr echte Darlehen? Zu einem erschwinglichen Zinssatz? Verarbeitete Innerhalb von 2 bis 5 Werktagen . Haben Sie ständig von Ihren Banken und anderen Finanzinstituten abgelehnt worden? Hier ist ein legit Angebot, weil die Frage der Kredit- und Sicherheit ist etwas, dass die Kunden sind zunehmend besorgt über, wir gratulieren Ihnen, Der Zinssatz für unser Angebot ist 3% bei Interesse in eine finanzielle Unterstützung zu erhalten, kontaktieren Sie uns noch heute unter: seankentco-operative@hotmail.com. Antragsteller Angaben zur Person. Ihr Name: Benötigte Menge: Ihr Land: Dauer der Ausleihe: Ihre Adresse: Telefonnummer : Monatliches Einkommen: Geschlecht: Ihre Faxnummer: Ihr Alter: Ansprechpartner: Sean Kent. E-mail: seankentco-operative@hotmail.com

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 27.03.2011, 11:42 Uhr - 6580 Clicks - Nr. 338

Kormoran-Verordnung stärken Schleifischer

Zu den Ergebnissen eines interfraktionellen Gesprächs auf Initiative der SPD Fraktion zur neuen Kormoran-Verordnung sagen die Schleswiger Abgeordnete Birte Pauls und der fischereipolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Bernd Schröder:

Die Fischer an der Schlei haben sich an uns gewendet, um ihre Interessen bei der Novellierung der Kormoran-Verordnung besser zu berücksichtigen. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme vieler Betriebe an der Schlei und auch im Hinblick auf den Besatz von Aalen wollen sie geeignetere Zeitrahmen, um

Kormorane zu vergrämen. Wir sind offen für Vorschläge, wie innerhalb der Verordnung bessere Lösungen gefunden werden können.

Daher haben wir zu einem interfraktionellen Gespräch zu diesem Thema eingeladen. Hier bestand ein weites Einvernehmen, dass der Zeitrahmen für Vergrämungsmaßnahmen an der Schlei vom Winter auf den Herbst verschoben werden kann. Das ist ein gutes Ergebnis für die Schleifischer, die nun möglichst einstimmig in die Abstimmung mit dem Umweltministerium gehen müssen. Wir hoffen sehr, dass dann in der Interessenabwägung zwischen dem Schutz des Kormorans, den Besatzmaßnahmen des gefährdeten Aals und den wirtschaftlichen Interessen der Schleifischer bald eine geeignete Lösung Wirklichkeit werden kann.

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 27.03.2011, 11:48 Uhr - 7100 Clicks - Nr. 339

Neuer Freiwilligendienst schafft unnötige Doppelstrukturen

Der Bundestag hat in der letzten Woche das Gesetz zur Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes verabschiedet.

Dazu erklären die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli, und die pflegepolitische Sprecherin Birte Pauls:

Der gestern beschlossene Bundesfreiwilligendienst soll ab 1. Juli den Zivildienst ablösen und die entstehende Lücke füllen. In Schleswig-Holstein gibt es mehr als 1.500 Zivildienststellen, die – mit der Abschaffung der Wehrpflicht - wegfallen.

Doch die Aufgaben, die Zivildienstleistende in sozialen Einrichtungen, bei Vereinen und Verbänden erfüllen, bleiben bestehen. Die beste Lösung wäre gewesen, die bestehenden, sehr gut funktionierenden Jugendfreiwilligendienste der Länder (FsJ, FöJ) auszubauen und die Rahmenbedingungen zu verbessern. Diese Dienste erfüllen den Anspruch der Bildung und des bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen: An erster Stelle stehen die jungen Freiwilligen selbst, ihre Orientierung und ihr Kompetenzgewinn.

Stattdessen hat die Bundesregierung nun einen neuen Freiwilligendienst auf Bundesebene etabliert und damit unnötige Doppelstrukturen geschaffen. Zudem verzichtet dieser Bundesfreiwilligendienst auf die bewährte Verantwortung der zivilgesellschaftlichen Träger. Die Zivildienstleistenden haben in der Vergangenheit sehr gute Arbeit geleistet und vielen sozialen und pflegerischen Einrichtungen geholfen. Doch diese Arbeit soll zusätzlich sein und darf nicht Pflegefachkräfte ersetzen – das muss umso mehr für den neuen Freiwilligendienst gelten.

Es bleibt der Eindruck, dass einer jungen Ministerin hier endlich einmal ein Erfolgserlebnis zugestanden werden sollte.

Unverständlich ist für uns, dass die Grünen diesem Konstrukt zugestimmt haben. Damit haben sie ihr Einverständnis zur Schwächung der bestehenden Jugendfreiwilligendienste gegeben. Das ist schade!

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 27.03.2011, 15:33 Uhr - 4671 Clicks - Nr. 340

Ergebnisreiche AfA-Landeskonferenz

Zu Beginn der AfA-Landeskonferenz am 26. März 2011 in Eutin richtete Kirsten Jöhnck, stellvertretende Landesvorsitzende der AfA in SH, Grußworte an alle Anwesenden und richtete die Solidarität an alle Menschen, die dem Aufmarsch der Nazis am gleichen Tag in Lübeck entgegentreten.



In einer Schweigeminute gedachte die AfA-Landeskonferenz den Opfern und ihren Angehörigen in Japan. Durch die verheerenden Folgen des Erdbebens und Tsunamis erleben die Menschen in Japan unendliches Leid.

Zusätzlich zu dieser menschlichen Tragödie droht der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten nun eine weitere Gefahr durch den GAU von Kernkraftwerken.

Die AfA-Landeskonferenz wählte turnusgemäß einen neuen Vorstand, wobei der langjährige Landesvorsitzende Wolfgang Mädél einstimmig gewählt wurde.

Aus Sicht des AfA - Kreisverbandes (KV) Schleswig-Flensburg wurde Norbert Petersen in den Landesvorstand gewählt. Ralf Wrobel und Anne Marxen traten aufgrund der vielfältigen Verpflichtungen im Bereich des Kreisgebietes im KV SL-FL nicht mehr an und wurden von Wolfgang Mädél verabschiedet.

Einen großen Rahmen nahm die Beratung der 17 eingereichten Anträge ein, wovon alleine aus dem KV SL-FL 9 Anträge und jeweils ein gemeinsamer Antrag mit dem KV Flensburg und Stormann behandelt wurden.

Besonders großen Diskussionsbedarf gab es zum Antrag „Fehmarn-Belt-Querung zukunftsweisend begleiten“ vom AfA-Landesvorsand. Eine lebhafte Diskussion gab es auch zum Antrag vom KV SL-FL „Haushaltskonsolidierung, Personaleinsparungen im Öffentlichen Dienst“, der als Material an die Wahlprogramm-Diskussion des LV weitergeleitet wurde.

Zu vielen Wortbeiträgen führte auch der Antrag „Rente mit 67“ des KV SL-FL. Für den gemeinsamen Antrag der KV Stormann und SL-FL „Für ein klares soziales Profil der SPD-S-H: Das Gegenkonzept zur jetzigen Regierungspolitik“, gab es auch viele Wortmeldungen mit Änderungsanträgen. Dieser wurde dennoch einstimmig angenommen und wird an die SPD-Landtagsfraktion und an den SPD-Landesvorstand weitergeleitet.

Weiterhin forderte AfA-Landeskonferenz die Stilllegung von Atomkraftwerken. Hier der Antragstext:

„Die AfA-Landeskonferenz fordert, die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke unverzüglich und endgültig zurückzunehmen, und damit ein sofortiges Wiederinkraftsetzen des von der vorherigen Bundesregierung eingeleiteten Atomausstiegs. Zusätzlich sind alle technisch und ökonomisch möglichen Entwicklungen zu fördern, die einen schnelleren Ausstieg ermöglichen.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.03.2011, 17:30 Uhr - 6750 Clicks - Nr. 341

100 Jahre Internationaler Frauentag – Was ist daraus geworden?

Der SPD Ortsverein Bad Oldesloe lud am 22.03.11 zur Veranstaltung 100 Jahre Internationaler Frauentag – Was ist daraus geworden? Als Gastreferentin konnte die Gleichstellungsbeauftragte des Kreises, Birte Kruse-Gobrecht, gewonnen werden. „Ich bin einer der wenigen Männer, die die Betreuung der Kinder übernommen haben, während die Frau arbeiten geht. Noch ist das eine Besonderheit, aber ich hoffe, viele werden folgen.“ - So die Begrüßung des Ortsvereinsvorsitzenden der SPD Bad Oldesloe, Jens-Pieter Friese.



Friese dankte gleichzeitig Walter Albrecht für die Organisation dieser Veranstaltung.

Nach einigen launigen Details aus ihrem Leben Kruse-Gobrecht in ihrem Vortrag ins Detail und berichtete, was in den 100 Jahren alles verwirklicht werden konnte. „Ich danke allen Frauen, die diesen Weg bereitet haben, ohne sie wären wir nicht da, wo wir heute sind.“

Danach ging es nahtlos über in die heutige Zeit, noch heute wird noch jede 4. Frau Opfer von Gewalt, noch heute werden Frauen schlechter bezahlt als gleich qualifizierte Männer, noch heute gibt es zu wenig Frauen in Führungspositionen usw. Positiv immerhin sei zu vermerken, dass das Thema Gleichstellung endlich in der Politik angekommen sei und am 25.1.11 der erste Bundesgleichstellungsbericht vorgelegt worden ist. „Die Politik muss verstehen, dass Gleichstellung nicht nur kostet, sondern großes Potential beinhaltet.“

Im Anschluss an das Referat kam es zur lebhaften Diskussion unter den anwesenden Frauen und Männern. Als kurzes Zwischenfazit kann gezogen werden, dass das Ziel der Gleichberechtigung auf allen Wegen beschritten werden muss und der Weg noch ein weiter ist. Gesa Tralau, für den SPD-Kreisvorstand und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischen Frauen dabei, danke für den informativen Abend: „Uns verbindet neben dem Ziel der Gleichstellung der Wunsch, mehr Frauen für die Politik zu gewinnen!“

Keine Kommentare

Kühlschrank, Backofen und vieles mehr – Osterrönfelder Frühlingsputz

Die landesweite Aktion „Unser sauberes Schleswig-Holstein“ wurde auch in Osterrönfeld von der Gemeinde unterstützt und so kamen rund 50 freiwillige Helferinnen und Helfer am Samstagmorgen, den 26. März 2011, zum Feuerwehrgerätehaus, von wo es mit Treckern in die unterschiedlichsten Bereiche Osterrönfelds zum Müllsammeln ging. Landwirte, Bauhof und Freiwillige Feuerwehr hatten wieder ihre Fahrzeuge zur Verfügung gestellt und so stand einer erfolgreichen Frühjahrsputzaktion nichts mehr im Wege.



Tags zuvor hatten bereits die Grundschüler der Aukamp-Schule fleißig rund um ihre Schule Müll gesammelt.

Auffällig war in diesem Jahr, neben dem bereits alt bekannten Problem des Fastfood-Mülls am Straßenrand, die in einem Graben gefundenen Elektrogeräte (siehe Foto). Ein Kühlschrank, ein Backofen sowie Drucker und sonstiger Elektroschrott waren am Rande des Osterrönfelder Bahndammes illegal entsorgt worden, obwohl es auch in Osterrönfeld mit dem AWR-Recyclinghof in der Werner-von-Siemens-Straße geeignete Entsorgungsmöglichkeiten gibt. Die ebenfalls an der Müllsammelaktion beteiligten SPD-Gemeindevetreter, Dennis Schmidt und Jan-Niklas Potten, konnten beim Herausziehen der Gerätschaften aus dem Graben nur den Kopf schütteln, ist das Verhalten der dafür verantwortlichen Umweltfrevler doch nicht mehr nachzuvollziehen.

Zwar befand sich dieser Elektroschrott gerade noch auf dem Gelände der Deutschen Bahn, weil diese sich aber seit Wochen nicht um diesen verbotener Weise entsorgten Müll gekümmert hat, obwohl bereits darauf hingewiesen, legten die Osterrönfelder nun selbst Hand an. Dabei fiel den Helfern vor Ort ein weiterer großer Schrotthaufen auf, der weiter im hinteren Bahngelände achtlos entsorgt wurde. Hier ist die Bahn jedoch nun gefordert, da dafür größere Gerätschaften zum Abtransport nötig sind. Bleibt zu hoffen, dass sich die DB bald bewegt.

Nach Abschluss der erfolgreich durchgeführten Müllsammelaktion kamen alle Helfer wieder zum Feuerwehrgerätehaus zurück, wo der bereitgestellte Müllcontainer bis zum Rand voll gepackt wurde, so viel Müll und Schrott war in diesem Jahr zusammengekommen. Der rund zweieinhalb stündige Frühjahrsputz wurde abschließend mit einem gemeinsamen Kartoffelsuppe-Essen aller Beteiligten beendet, bei dem allen Helfern noch einmal der Dank der Gemeinde für die morgendliche Müllsammelaktion übermittelt wurde. Dank galt auch dem Osterrönfelder Meritus Pflegeheim, das die Suppe gespendet hatte.

Auch im nächsten Jahr werden die Osterrömfelderinnen und Osterrömfelder wieder tatkräftig den Unrat aus der Natur sammeln, den andere achtlos weggeworfen haben. Bis dahin bleibt zu hoffen, dass sich das Umweltbewusstsein der noch aktiven Umweltsünder verbessert und die Umwelt fortan von illegaler Müllentsorgung verschont bleibt. --

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 27.03.2011, 18:10 Uhr - 7165 Clicks - Nr. 343

Hagedorn: Feuerwehrführerschein kommt – Ehrenamt wird gestärkt

Der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestags hat in seiner Sitzung am Mittwoch einen Gesetzentwurf beschlossen, der Ehrenamtlichen den Zugang zur Fahrerlaubnis für Einsatzfahrten erleichtert. Die ostholsteinische Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn (SPD) begrüßt dies, hätte sich aber weitergehende Erleichterungen gewünscht.



Hagedorn: „Der Feuerwehrführerschein hat eine weitere Hürde genommen. Das ist ein guter Tag für alle Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdienste, das Technische Hilfswerk und das Ehrenamt. Die vielen Freiwilligen bei der Feuerwehr und bei den Katastrophen- und Hilfsdiensten leisten eine unschätzbare Arbeit für unsere Gesellschaft – sie verdienen in jeder Hinsicht unsere Unterstützung. Es wäre eine noch größere Anerkennung und Wertschätzung für das Ehrenamt gewesen, wenn sich die Bundesregierung unserem Änderungsantrag angeschlossen hätte. Unser Änderungsvorschlag sollte die Ehrenamtlichen zusätzlich absichern, weil er für bundeseinheitliche Vorgaben hinsichtlich der Einweisung und amtlich anerkannte Prüfer bei den Prüfungsfahrten gesorgt hätte. Zudem wäre er ein wichtiger Beitrag zur Verkehrssicherheit gewesen“.

Der beschlossene Feuerwehrführerschein ist eine Erleichterung im Fahrerlaubnisrecht für das Führen von Einsatzfahrzeugen. Die neue Regelung schafft eine Ermächtigungsgrundlage für eine Sonderfahrberechtigung für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes zum Führen von Einsatzfahrzeugen bis zu einem zulässigen Gesamtgewicht von 4,75 Tonnen beziehungsweise 7,5t Tonnen. Die Regelung wird auch für Fahrzeuge mit Anhängern gelten.

Hagedorn: „Der Feuerwehrführerschein ist eine kostengünstige und unbürokratische Lösung. Er wird die Leistungsfähigkeit des Brand – und Katastrophenschutzes aufrecht erhalten, der insbesondere in den ländlichen Flächenkreisen Schleswig-Holsteins einen besonderen Stellenwert für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hat.“

Hintergrund: Freiwillige Feuerwehren, Rettungsdienste und Technischen Hilfsdienste beklagen bereits seit geraumer Zeit, dass immer weniger Fahrer für Einsatzfahrten bis 4,75 Tonnen bzw. 7,5

Tonnen zur Verfügung stehen. Der Grund ist, dass seit 1999 mit einer Fahrerlaubnis der Klasse B (Pkw) nur noch Kraftfahrzeuge bis zu einer zulässigen Gesamtmasse von 3,5 Tonnen gefahren werden dürfen. Für Kraftfahrzeuge mit einer zulässigen Gesamtmasse zwischen 3,5 Tonnen und 7,5 Tonnen ist hingegen seit 1999 eine Fahrerlaubnis der Klasse C1 erforderlich.

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 27.03.2011, 18:37 Uhr - 5742 Clicks - Nr. 344

Neuer AfA-Landesvorstand

• **Wolfgang Mädél** erneut zum AfA-Landesvorsitzenden gewählt

- AfA unterstützt Wahl von Ralf Stegner zum Landesvorsitzenden
- AfA beschließt konditioniertes Ja zur Fehmarn-Belt-Querung



Mit einem beeindruckenden Ergebnis wurde der bisherige Landesvorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD“ Wolfgang Mädél für die nächsten zwei Jahre in seinem Amt bestätigt. Von 53 abgegebenen Stimmen erhielt er

53 Ja-Stimmen.

Zu seinen Stellvertretern wurde wiedergewählt die Gewerkschaftssekretärin von ver.di Kirsten Jöhnck aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde und neu gewählt der Polizist Uwe Teut aus dem Kreis Stormarn.

Zum Geschäftsführer wurde wiedergewählt Helmut Ulbrand aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde.

Zu weiteren Landesvorstandmitgliedern wurden gewählt: Inke Marie Jaschinski, Kreis Ostholstein, Karsten Wessels, Kreis Dithmarschen, Gunnar Reichwaldt, Kreis Neumünster, Gabriele Wegner, Kreis Steinburg, Norbert Petersen, Kreis Schleswig-Flensburg, Norbert Vahl, Kreis Pinneberg, Dagmar Wilhelmy-Hellmuth, Kreis Kiel.

Unter großem Beifall der Konferenz wurde die von Wolfgang Mädél geforderte Unterstützung von Ralf Stegner zur Wiederwahl als SPD-Landesvorsitzenden untermauert.

Aus der Rede von Wolfgang Mädél:

- „Der durchgeführte Mitgliederentscheid war die beste Werbung für eine andere Beteiligungsform der Mitglieder bei einer zentralen Frage die die Partei betrifft. Sie ist kein Allheilmittel für unser auf Delegation aufgebautes Prinzip von Kreis- und Landesparteitagen. Deshalb halte ich auch nichts davon, den Rufern jetzt alle zentralen Positionen der Partei nur noch durch Mitgliederentscheide zu treffen zu erliegen. Die Gefahr dann nur noch Entscheidungen – nach Haarfarbe, lächeln oder nicht, smart auftreten oder nicht auch mal auch griesgrämig sein dürfen - zu bekommen, also klassisch alles nach Mediengesichtspunkten auszurichten, ist viel zu groß und eine Entmündigung von

Tausenden Parteifunktionären die sich täglich für die Ziele der Partei einsetzen und durch Wahlen beauftragt wurden Entscheidungen zu treffen, aber auch zu verantworten.

· Der Landesparteitag wird entscheiden wer die Landespartei weiter zu führen hat. Aus inhaltlichen Gründen und der bisherigen guten Zusammenarbeit mit der AfA und den Gewerkschaften wünsche ich Ralf Stegner ein gutes Ergebnis und hoffe dass wir es mit ihm fortsetzen können.

· Aber ich sage es sehr deutlich: die AfA wird mit jedem gewählten Landesvorstand und Landesvorsitzenden arbeiten und streiten und sich für eine neue Landesregierung unter SPD-Führung einsetzen, da gibt es nichts dran zu rütteln.“

Nach einer sehr ausführlichen Pro- und Contradiskussion hat die AfA sich für eine zustimmende und damit zukunftsweisende Begleitung der Fehmarn-Belt-Querung ausgesprochen.

Der Beschluss im Wortlaut: Unter Berücksichtigung des Beschlusses des Landesparteitages vom 11. 09.2010 und des noch ausstehenden Berichtes der eingesetzten Arbeitsgruppe, fordert die AfA eine zustimmende und damit zukunftsweisende Begleitung der Fehmarn-Belt-Querung.

Die AfA sieht die insbesondere in Ostholstein vorhandenen Vorbehalte und aufgeworfenen Prüffragen des Landesparteitagsbeschlusses als ernstzunehmenden Ansporn, ein Großprojekt vernünftig im Sinne der Menschen und des Landes umzusetzen und gleichzeitig erforderliche Verkehrsprojekte in anderen Teilen des Landes nicht einzuschränken.

Schleswig-Holstein muss seine Rolle als Land zwischen den Meeren auch verkehrspolitisch zukunftsweisend ausfüllen und die Chancen zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen wahrnehmen

In weiteren beschlossenen Anträgen spricht sich die AfA für die Stadtrationalbahn im Großraum Kiel aus und fordert eine sofortige Stilllegung von Atomkraftwerken durch Umsetzung des alten Atomkonsenses

Außerdem wird in Anträgen gefordert eine Faire Arbeitswelt und Ausbildungsplätze, gegen Leiharbeit und prekäre Anstellungsverhältnisse aus. Es wird gefordert eine Bürgerversicherung und einer verbesserten Gesundheitspolitik, die Rücknahme der Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst, Rücknahme der Rente mit 67, Entwicklung einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur und einer notwendigen Entwicklungsstrategie Küste sowie die Einführung eines Tariftreuegesetzes und Mindestentlohnung.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 28.03.2011, 11:10 Uhr - 14272 Clicks - Nr. 345

Norderstedter Schüler absolvierte Praktikum bei SPD-MdB Thönnnes in Berlin

Vierzehn Tage lang schnupperte Daniel Kaiser aus Norderstedt die Luft der großen Politik in Berlin. Vom 14. bis zum 25. März 2011 arbeitete als Praktikant im Berliner Abgeordnetenbüro von SPD-MdB Franz Thönnnes.



Hier konnte der gelernte Industriemechaniker, der gerade seine Fachhochschulreife macht, einen Einblick in die vielfältige Arbeit eines Parlamentariers gewinnen. Nachdem Daniel Kaiser zu Gast in verschiedenen SPD-

Arbeitsgruppen und Ausschüssen war und eine Plenarsitzung live verfolgte, besuchte er auch eine Workshop der Friedrich-Ebert-Stiftung und eine Konferenz im Auswärtigen Amt zur geopolitischen Situation der Arktis deren Verläufe er in einem Bericht zusammenstellte.

In der zweiten Woche arbeitete der Norderstedter zu verschiedenen Themen aus dem Wahlkreis des Bundestagsabgeordneten. So fasste er die Ausbildungsmarktsituation in den Kreisen Segeberg und Stormarn in einem Arbeitspapier zusammen. Dabei wurde deutlich, dass sich zwar die Lage zwischen Ausbildungsplatzangeboten und nachfragenden Jugendlichen etwas entspannt habe, aber immer noch viel getan werden müsse, damit alle auch eine Lehrstelle erhalten. „Für mich und meine ehrenamtliche Tätigkeit bei den Jusos sind diese Eindrücke von enormer Bedeutung. Es war spannend den Arbeitsalltag eines Parlamentariers und die Abläufe in seinem Büro kennenzulernen. Besonders gefreut habe ich mich darüber, dass ich auch eigene Projekte mit Wahlkreisbezug, bearbeiten konnte“, so der 20-jährige Fachoberschüler über seinen Aufenthalt im Abgeordnetenbüro.

Und Thönnies ergänzt: „Seit Jahren gebe ich jungen Menschen aus meinem Wahlkreis die Möglichkeit, einen Einblick in die politische Arbeit zu erhalten und freue mich über ihr Engagement. Die jeweiligen guten Ergebnisse bestätigen mich darin und kommen letztendlich beiden Seiten zu Gute.“

Keine Kommentare

[Jürgen Weber](#) - veröffentlicht am 28.03.2011, 11:12 Uhr - 4782 Clicks - Nr. 346

UKSH: Zukunft sichern statt totsparen!

Zum Protestbrief der Klinikchefs des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein erklären die SPD Landtagsabgeordneten Jürgen Weber (Kiel) und Wolfgang Baasch (Lübeck):

Das Universitätsklinikum Schleswig-Holstein braucht verlässliche Rahmenbedingungen für eine gesicherte Zukunft. Mit seinen Standorten in Kiel und Lübeck ist es als Haus der Spitzenmedizin und Maximalversorgung für Patientinnen und Patienten und der Mediziner Ausbildung in Schleswig-Holstein unverzichtbar.

Das UKSH als größter Arbeitgeber mit über 10.000 Beschäftigten darf nicht privatisiert werden! Es muss öffentlich-rechtlich weitergeführt und darf nicht tot gesparrt werden. Darum fordern wir die Landesregierung auf, die wirtschaftliche Sanierung des UKSH nicht durch Kürzungen zu gefährden. Das Klinikum braucht Investitionen; der bauliche Masterplan muss umgesetzt werden. Wir erwarten, dass noch in diesem Jahr mit der Umsetzung der Bauvorhaben auf der Grundlage des Asset-Modells des Klinikvorstandes begonnen wird.

Das UKSH und seine Beschäftigten, die bereits große Vorleistungen zur finanziellen Sanierung des Klinikums erbracht haben, haben einen Anspruch auf Planungssicherheit und auf die Gewissheit, auch weiterhin unterstützt zu werden, um hohe medizinische Qualität für die Patienten und medizinische Forschung und Lehre für die Studierenden zu gewährleisten.

Markterkundungsverfahren und die Kürzung von Zuschüssen durch die Landesregierung sind kontraproduktiv und gefährden das UKSH insgesamt mit seinen Standorten in Kiel und Lübeck.

Keine Kommentare

[Birte Pauls, MdL](#) - veröffentlicht am 28.03.2011, 13:19 Uhr - 6906 Clicks - Nr. 347

Beteiligtenrunde für den Krankenhausneubau in Schleswig

Zur heutigen Entscheidung der Beteiligtenrunde für den Krankenhausneubau in Schleswig erklärt Birte Pauls, MdL:

Das ist die beste und wichtigste Entscheidung seit Jahren für die Stadt Schleswig und der Region!

Eine wohnortnahe, moderne und hochwertige Gesundheitsversorgung wird damit sichergestellt und weiterentwickelt.

Das ist für junge Familien, aber auch für viele ältere Menschen ein wichtiger Standortfaktor.

Diese Entscheidung sichert die vorhandenen und schafft neue gute Arbeitsplätze, vor allem im Gesundheitsbereich, aber auch in vielen anderen Zulieferungsbetrieben und Branchen, sowie im Handwerk.

Die Damp Holding, als größter Arbeitgeber der Region ist in vielen medizinischen und pflegerischen Gebieten sehr gut aufgestellt, hochmotiviert und kann sich jetzt auch räumlich positiv weiterentwickeln.

Der Neubau des Klinikums zusammen mit der Entwicklung auf dem Hesterberg und die vertrauensvolle Zusammenarbeit der Akteure auf diesem Gebiet sind beste Voraussetzung für die Weiterentwicklung des Gesundheitsstandortes Schleswig.

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 28.03.2011, 16:21 Uhr - 5005 Clicks - Nr. 348

Hinweis auf eine interessante Veranstaltung des DGB

Der DGB Kreisverband Schleswig-Flensburg lädt alle Interessierte ganz herzlich ein zu einer Veranstaltung am Donnerstag, den 14. April 2011 um 18.00 Uhr im Hotel „Strandhalle“, Strandweg, in Schleswig. Unter dem Motto "Essen für 2,55 € pro Tag..." wird Thomas Kohlrausch vom DGB-Rechtsschutz GmbH über die neuen Regeln bei Hartz IV referieren.

Lange haben sich die Parteien bei der Neuregelung von Hartz IV gestritten, um das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes umzusetzen. Was dabei herausgekommen ist, wird uns Thomas

Kohlrausch, Jurist bei der DGB-Rechtsschutz GmbH im Einzelnen erläutern: Von der Erhöhung der Regelsätze um 5 Euro über die Herausnahme von Verbrauchspositionen bis zum Bildungspaket für Kinder.

Mit den Neuregelungen ist ein enormer Bürokratieaufbau nötig. Die neuen Regelungen sollen schon ab 1. April 2011 gelten. Bei der Finanzierung der neuen Regelungen, wird eine große finanzielle Belasung auf die Kommunen zukommen.

Dabei kommen selbstverständlich auch die kritischen Punkte zur Diskussion auf.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 28.03.2011, 21:33 Uhr - 9189 Clicks - Nr. 349

Stadtteilbüchereien sind Bildungszentren in der Nachbarschaft!

Zur Entscheidung des Kulturausschusses, verbindliche Verträge mit den Vereinen der Kieler Stadtteilbüchereien aus Suchsdorf, Holtenau und Neumühlen-Dietrichsdorf abzuschließen:



„Wir freuen uns, dass es jetzt zu einer endgültigen Regelung mit den Fördervereinen der Kieler Stadtteilbüchereien aus Suchsdorf, Holtenau und Neumühlen-Dietrichsdorf gekommen ist und die ehrenamtliche Arbeit eine dauerhafte hauptamtliche Unterstützung erhält. Büchereien sind Bildungszentren und Wissensvermittler in der Nachbarschaft.

Dort werden eben nicht nur Bücher ausgeliehen, sondern es findet häufig ein breites kulturelles Angebot statt: Lesungen, Gespräche und Ausstellungen stehen auf dem Programm. Die ehrenamtliche Arbeit der Vereine ist Ausdruck gelebter Bürgernähe und überaus eindrucksvoll. Die neue Regelung, eines unserer Versprechen im Wahlkampf, schafft nun eine weitere tragfähige Säule zur dauerhaften Sicherung der Arbeit.

Gerade dort, wo Kinder und Jugendliche ans Lesen herangeführt werden, müssen wir Angebote bereithalten. Die Kieler SPD wird sich in den kommenden Monaten erneut mit den Vereinen und den Vertretern der Stadtteilbüchereien treffen, um weitere Wege der Unterstützung zu suchen. Bücher führen zu Bildung und Bildung zu guten Abschlüssen in Schule und Beruf. Wir sehen daher in der Arbeit der Büchereien einen Teil unserer Bemühungen gegen die Kinderarmut in Kiel anzugehen und für mehr Bildung zu werben. Diesen besonderen Aspekt wollen wir mit den Büchereien besprechen“, so SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer.

Keine Kommentare

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 29.03.2011, 07:59 Uhr - 115146 Clicks - Nr. 350

SPD-NET-SH goes Mobile

Immer mehr Internetuser nutzen Ihr Handy oder Smarthpone, um auch unterwegs informiert zu sein. Mit [Mobile SPD-NET-SH](#) hat die Internetkooperative jetzt ein Angebot speziell für mobile "Mini-Bildschirme" gestartet. Nachrichten mit Kommentarfunktion und Veranstaltungen aus allen angeschlossenen Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und Kreisverbänden sind abrufbar. [Mobile SPD-NET-SH](#) befindet sich in der Testphase: keiner von uns Ehrenamtlern hat mehrere Handys, um die Darstellung und das Handling zu überprüfen. Darum bitten wir um Feedback und Anregungen, um die mobile Version unseres gemeinsamen Internetangebotes auszubauen und zu verbessern. Vielleicht gibt's dann auch mal ein App...



Gaby Lönne

Kommentar von [Lars Winter](#) vom 01.04.2011, 15:58 Uhr:

RE: SPD-NET-SH goes Mobile

Hallo, habe euer neues Angebot getestet. Tolle Sache. Ist jetzt als Favorit bei mir im Smartphone gespeichert. Gruß Lars

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 29.03.2011, 15:26 Uhr - 95422 Clicks - Nr. 351

Verbot von „Klon-Fleisch“ gescheitert

Als „enttäuschend und dem Willen der Konsumenten entgegenlaufend“ hat die schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust das „Nicht-Ergebnis“ bei der Suche nach einem Kompromiss im Streit um so genanntes Klonfleisch bezeichnet: „Fleisch und Milch von Nachfahren geklonter Tiere können in Europa so weiter ohne Kennzeichnung in den Handel kommen.“



Mit dem Scheitern der Verhandlungen über neue Regeln für Klonfleisch bleibe es bei der gegenwärtigen EU-Richtlinie für neuartige Lebensmittel, so Rodust.

„Die sieht zwar vor, dass Fleisch von Klontieren, bevor es in Europa auf den Markt kommt, zugelassen werden muss, regelt aber weder den Umgang mit Fleisch und Milch von Nachfahren geklonter Tiere noch beinhaltet sie eine Kennzeichnungspflicht dieser Produkte“ erläutert die SPD-Agrarpolitikerin.

In der letzten Verhandlungsrunde am frühen Dienstagmorgen in Brüssel konnten sich die Vertreter des Europäischen Parlaments bei den zuständigen EU-Ministern nicht mit einem Kompromissvorschlag durchsetzen, der Fleisch und Produkte der Nachkommen geklonter Tiere zwar zugelassen hätte, aber zumindest vorgeschrieben hätte, dass dies für die Verbraucherinnen und Verbraucher klar erkennbar gekennzeichnet werden müsste.

„Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hätte sich ein klares Verbot von Klonfleisch gewünscht und zwar auch von Tieren nachfolgender Generationen“, so Rodust. Dass nun sogar der vorgeschlagene Kompromiss am Widerstand des EU-Rates und dort, wie man höre, nicht zuletzt an den Vertretern der deutschen Regierung gescheitert sei, hält die SPD-Politikerin für eine grobe Missachtung des Verbraucherwillens.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.03.2011, 13:51 Uhr - 1713 Clicks - Nr. 352

Berufliche Bildung in Kiel steht vor neuer Blüte

Anlässlich der heutigen (30.3.2011) Vertragsunterzeichnung zwischen der Landeshauptstadt Kiel und der Goldbeck Public Partner GmbH für den Neubau des Regionalen Berufsbildungszentrums Technik in Gaarden

erklären der baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Dr. Hans-Friedrich Traulsen, der schulpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski, der baupolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsherr Dirk Scheelje, die schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Kirsten Wegner, sowie Ratsfrau Antje Danker (SSW):

"Mit der Vertragsunterzeichnung zum Neubau des Regionalen Berufsbildungszentrums Technik in Gaarden wird der erste große Meilenstein für die bauliche Erneuerung der beruflichen Schulen in Kiel gesetzt. Als nächstes werden die beruflichen Schulen am Ravensberg und dann die am Schützenwall folgen. Mit diesen Bauvorhaben, die ein Finanzierungsvolumen von insgesamt mehr als 100 Mio. Euro ausmachen, realisiert die Rathauskooperation die wohl wichtigste Zukunftsinvestition für Kiel. Investiert wird in Bildung, d.h. in die Köpfe und Fähigkeiten der zurzeit rund 11.000 Berufsschülerinnen und Berufsschüler. Zugleich wird der Wirtschaftsstandort Kiel durch dies besondere Engagement des Schulträgers für die duale Ausbildung nachhaltig gestärkt. Rot/Grün/SSW hat dabei die von den Schulen gewünschten pädagogischen Cluster durchgesetzt. Die großen Bauvorhaben schaffen zudem zusätzliche Arbeit.

Das jetzt beschlossene Bauprojekt Regionales Berufsbildungszentrum Technik in Gaarden wird die Lernbedingungen für die jungen Menschen und die Lehrbedingungen für ihre engagierten Lehrkräfte deutlich verbessern. Das Vorhaben überzeugt auch funktional und städtebaulich. Wir sind zuversichtlich, dass auch für die beiden anderen RBZs sehr gute Ausschreibungsergebnisse erzielt werden können.“

Keine Kommentare

AK Bildung bei den RBZ in Neumünster

Die drei berufsbildenden Schulen in Neumünster haben seit einigen Jahren die Rechtsform von Regionalen Bildungszentren (RBZ). Durch Kooperation und eine gemeinsame Konzeption ist es ihnen gelungen, Neumünster zu einem Zentrum der Beruflichen Bildung zu machen. Vor Ort informierte sich nun der Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion über berufliche Bildungswege und Entwicklungstrends.

Die SchulleiterInnen aller drei Schulen, Udo Runow, Anneke Schröder-Dijkstra und Ulrich Wiethaup, informierten über ihre Arbeit und freuten sich, dass gleich sieben Landtagsabgeordnete (Dr. Henning Höppner, Lothar Hay, Serpil Midyatlı, Anette Langner, Dr. Kai Dolgner, Rolf Fischer und Martin Habersaat) diesen Termin wahrnehmen konnten.

Martin Habersaat, stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises, zeigte sich besonders beeindruckt von der engen Kooperation der drei Schulen: „Die gemeinsame Verwaltungsstruktur vermeidet doppelte Arbeitsgänge, die gemeinsame Konzeption bringt Neumünster als Ausbildungsstandort voran und bietet einen verlässlichen Ansprechpartner, wenn es um berufliche Bildung geht.“

Informieren ließen die Abgeordneten sich auch über das Übergangsmanagement in Neumünster, also die Schnittstellen zwischen Schule, Arbeitgeber und Agentur für Arbeit. Hierfür wurde in Neumünster eine Steuerungsgruppe eingerichtet, in der alle Beteiligten vertreten sind. Abschließend gaben die Schulleiter den Abgeordneten einige Hausaufgaben mit: Gewünscht wurden eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung, verbesserte Rahmenbedingungen für den Ganztagsbetrieb, ein Ausbau der Schulsozialarbeit und Verbesserungen in der fachdidaktischen Lehreraus- und -weiterbildung.

Foto v.l.: Anette Langner, Anneke Schröder-Dijkstra, Serpil Midyatlı, Lothar Hay, Martin Habersaat, Rolf Fischer, Dr. Kai Dolgner, Dr. Henning Höppner, Ulrich Wiethaup, Udo Runow



Keine Kommentare

SPD Barsbüttel – Schwerpunkt Bildungspolitik

Zu einer dreitägigen Klausur zogen sich die Fraktionsmitglieder der SPD Barsbüttel an den Timmendorfer Strand zurück. Gemeinsam erarbeitete man das Arbeitsprogramm für die nächsten 12 Monate und setzte damit die Schwerpunkte für die politische Arbeit. Hermann Hanser, Vorsitzender SPD Fraktion: „Wir haben in jüngster Zeit einige neue Mitglieder für die politische Arbeit in und für Barsbüttel gewinnen können. Das hat Schwung und neue Ideen gebracht, die es einzubinden galt.“



Schwerpunkt der kommunalen SPD-Politik soll die Bildungspolitik bleiben. Die Sozialdemokraten wollen von den Kindertagesstätten über die Grundschulen bis hin zur Erich Kästner Gemeinschaftsschule eine vernetzte regionale Bildungslandschaft in Barsbüttel schaffen. Die offene Ganztagschule und der Mensabetrieb sind im Aufbau und sollen weiter entwickelt werden. Der Sozialraum Schule soll zu einem vermehrten Freizeitangebot für Jugendliche beitragen.

Bezahlbarer und lebensgerechter Wohnraum für Senioren, bedarfsgerechter Service für ältere Bürger, die endgültige Verabschiedung des Flächennutzungsplan, das Nahversorgungszentrum, die Gestaltung des Stiefenhofer Platz‘ und die Sanierung des Rathauses werden weitere Themen sein, die in den kommenden Monaten anzupacken sind.

Hanser: „Die Diskussion um das Rathaus hat gezeigt, dass die Kommunikation zwischen den Bürgerinnen und Bürger und den Gemeindevertretern verbessert werden muss. Zur Vorbereitung wichtiger Beschlüsse muss es mehr Kontakt zu den engagierten Bürgerinnen und Bürgern geben.“ Die SPD will künftig auch kleine Veranstaltungen anbieten, mehr Informationen in ihre Online-Zeitung www.oton-aktuell.de setzen und auch das soziale Netzwerk Facebook künftig nutzen, wie es der Barsbüttler Landtagsabgeordnete Martin Habersaat bereits tut.

Um die Vorhaben der Gemeinde finanzieren zu können, fordern die SPD-Politiker, dass die in Berlin beschlossenen finanziellen Entlastungen der Kommunen auch bei den Gemeinden ankommen. Hanser: „Die Kreisumlage muss gesenkt werden, wenn der Bund die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter übernimmt. Wenn zu erwarten ist, dass dadurch die finanziellen Probleme des Kreises nicht geringer werden, müssen wir gemeinsam mit den anderen Gemeinden weiter für die generelle Umverteilung der Finanzen vom Bund zu den Gemeinden kämpfen. Hier erwarten wir eine klare Aussage unseres Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, Torsten Albig.“

Foto: Martina Sönnichsen, Andrea Johann, Maike Miethner, Edda Brabandt, Paul Donning, Heinrich Dippel, Holger Gettschat, Martin Habersaat, Hermann Hanser

Beteiligung an Osterröfelder Verkehrskonzept

Seitdem die Osterröfelder SPD-Fraktion im März 2010 ihren Antrag zur Ausweisung von Fahrradstraßen in der Gemeinde präsentierte, wurde viel über dieses Thema diskutiert. Mit dem Antrag sollten die ungelösten Probleme bei der mangelhaften Verkehrssicherheit von Radfahrern im Dorfkern endlich angegangen werden. Bereits seit Jahren wurden die bekannten Defizite bei der Verkehrssicherheit diskutiert, ohne jedoch wirklich lösungsorientierte Fortschritte erkennen zu können.



Anstatt die leicht umzusetzende Idee der SPD-Fraktion anzunehmen und als ersten Schritt auf dem Weg zu mehr Verkehrssicherheit die Schulstraße in eine Fahrradstraße umzuwandeln, verwies die Mehrheit der Osterröfelder Gemeindevertretung den Antrag in den Verkehrs- und Werkausschuss. Auch auf das mit dem Antrag verbundene Angebot der SPD an die anderen Fraktionen, neu und konstruktiv über die Gefährdungslage für Radfahrer und Fußgänger sowie mögliche Auswege zu diskutieren, wurde nicht eingegangen, es wurden keine alternative Lösungsvorschläge präsentiert. Um das Thema nun nicht wieder auf Jahre zu verschleppen einigte man sich in diesem Gremium darauf, Fachleute mit der Lösung des Problems zu betrauen. Zu diesem Zweck sollen nun Ingenieurbüros verlässliches Zahlenmaterial durch Verkehrszählungen und –befragungen ermitteln, sowie auf Basis vorangegangener Verkehrsgutachten mögliche Lösungsvorschläge aufzeigen, die letztendlich in ein Verkehrskonzept für ganz Osterröfeld einfließen sollen. **JETZT MITREDEN**

„Hierbei sollen alle Osterröfelderinnen und Osterröfelder aktiv mit eingebunden werden. So finden nicht nur die dafür angesetzten Sitzungen sowie geplanten Infoveranstaltungen öffentlich statt, sondern es gibt ab sofort auch die Möglichkeit, über das Internet eigene Ideen und Anregungen an die Planer sowie die Osterröfelder Gemeindevertretung weiter zu geben“. Darauf weist jetzt die Osterröfelder SPD-Fraktion hin. Unter www.osterroefeld.ap1.de erhalten alle Interessierten weitere Infos sowie die virtuelle Beteiligungsmöglichkeit für das zu erstellende Verkehrskonzept, auch wenn diese Internetseite erst mangelhaft mit Hintergrundinfos bestückt ist. Diese Hintergrundinfos erhalten Sie jedoch auf der Seite der SPD Osterröfeld!. Außerdem ist es auch auf der SPD-Internetseite weiterhin möglich, sich mit Hinweisen und Anregungen zu dem Thema einzubringen.

„Durch die Projektinternetseite sollen alle betroffenen Bürger Problemschwerpunkte benennen und Anregungen sowie nützliche Hinweise geben können. Mit der Hilfe aller Osterröfelderinnen und Osterröfelder sollte es doch nach Jahren des Stillstands möglich sein, die Verkehrssicherheit für Radfahrer in unserem Dorf endlich spürbar zu verbessern“, so die SPD-Fraktion weiter.

Hinweise und Anregungen sind natürlich auch außerhalb des Internets möglich. Diese können im Bürgerbüro der Amtsverwaltung (Schulstr. 36) oder bei der SPD Osterröfeld eingereicht werden.

Hintergrundinfos zum Verkehrskonzept finden Sie hier [[mehr](#)].

--

Kommentar von [Anika Schulz](#) vom 08.04.2011, 17:39 Uhr:

RE: Beteiligung an Osterrönfelder Verkehrskonzept

Die Dorfstraße sollte eine einzige Tempo30-Zone werden. Das wird einige Probleme beheben: 1. das Verkehrsaufkommen wird drastisch weniger werden, weil diejenigen, die es eilig haben, auf die Bundesstraße ausweichen 2. Autofahrer können ganz entspannt fahren, weil die Dorfstr. für Tempo 50 einfach nicht breit genug ist, besonders wenn ein Bus oder ein Traktor entgegen kommt 3. aus den Querstraßen kann ohne Problem losgefahren werden, was derzeit nicht möglich ist 4. Fußgänger können die Straße überqueren 5. Fahrradfahrer können auf der Straße fahren 6. die Fußwege sind für Fußgänger und Kinder auf dem Fahrrad Außerdem braucht Osterrönfeld dringend Zebrastreifen: 1. im Kreisel Dorfstr. / Bahnhofstr. 2. im Kreisel Kieler Str. 3. Kieler Str. vor Einkaufszentrum 4. Aukamp, wenn man über die „Wiese“ von der Bahnhofstr. kommt. 5. Fehmarnstr. vor der Schule

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 31.03.2011, 10:39 Uhr - 16069 Clicks - Nr. 356

SPD-Kreistagsfraktion besucht Rendsburger Parksiedlung

**SPD-Kreistagsfraktion informiert sich in der Rendsburger Parksiedlung:
Mittel zur Förderung von Kindern und Jugendlichen sind gut angelegt.**

Kinder und Jugendliche besonders zu fördern und ihnen damit Chancen für eine gute Bildung- und Ausbildung zu geben, ist eine besonders wichtige Aufgabe in unserer Gesellschaft. Bei ihrem Besuch in der Parksiedlung Rendsburg konnte sich die SPD-Kreistagsfraktion in zahlreichen Gesprächen davon überzeugen, dass dieses in der Kreisstadt mit hohem Engagement geschieht. „Hier setzen sich viele Menschen und Organisationen vorbildlich mit Unterstützung des Kreises und der Stadt für die Kinder und Jugendlichen in Rendsburg ein“, zog Fraktionsvorsitzender Dr. Kai Dolgner ein positives Fazit. Die Mittel des Kreises sind gut angelegt, ergänzte das Rendsburger SPD-Kreistagsfraktionsmitglied Martin Tretbar-Endres. Auch in Zeiten knapper Kassen müsse eine finanzielle Unterstützung im Interesse der Kinder und Jugendlichen besonders an „sozialen Brennpunkten“ möglich sein.

Die Mitglieder der Kreistagsfraktion sowie Vertreter der SPD Rendsburg hatten den Stadtteil „Parksiedlung“ besucht, in dem überdurchschnittlich viele Kinder in Familien leben, die auf Unterstützung durch Hartz IV angewiesen sind. Der Stadtteil zeichnet sich zudem durch einen hohen Anteil von Kindern und Jugendlichen aus Migrantenfamilien aus. Fachbereichsleiter Herbert Schauer von der Stadtverwaltung führte dazu in das Thema ein.

Zunächst stellte Dunja Gander jedoch das Projekt „Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche in Rendsburg-Ost“ vor. Schulen, Jugendamt, soziale Einrichtungen und der Förderverein Parksiedlung arbeiten gemeinsam daran, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern und die sozialen Einrichtungen besser zu vernetzen. Dazu wurden Stadtteilkonferenzen

durchgeführt, ein Stadtteilstadt ist geplant. Das Projekt des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Rendsburg wird vom Kreis für zwei Jahre mit insgesamt 20.000,- € unterstützt.

Dass Eltern sich stärker um die Belange ihrer Kinder in der Schule kümmern, ist das Anliegen des Projektes Schulsozialarbeit, das vom Förderverein Parksiedlung getragen wird, berichtete die Vorsitzende Barbara Klein. Dazu werden die Eltern in die Schularbeit eingebunden, die Kooperation zwischen Eltern und Klassenlehrern gestärkt und die Kinder in der Schule besonders gefördert, ergänzte die Schulleiterin der Grundschule Obereider Jana Friedrich. Sozialausschussvorsitzender Ulrich Kaminski sicherte dem Förderkreis Unterstützung bei dem Wunsch zu, eine dauerhafte Finanzierung durch Stadt, Kreis und Land sicherzustellen.

Gut angenommen wird von den Kindern und Jugendlichen auch das Projekt "Check 4", das Jan Friedrich Dünne vom Evangelischen Jugenddorf den Fraktionsmitgliedern vorstellte. Schwerpunkte sind die mobile Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil, ein mobiles Spielmobil, die direkte Ansprache von Kindern und Jugendlichen sowie in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen eine offene Freizeitbetreuung.

Eine Ganztagsbetreuung der unter Dreijährigen ist jetzt auch durch die Modernisierung der Kindertagesstätten Parksiedlung und Bugenhagen möglich. Dort wurden neue Gruppenräume geschaffen und die Küchen neu gestaltet, berichtete Pastor Rainer Karstens.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 31.03.2011, 12:00 Uhr - 1810 Clicks - Nr. 357

Stellungnahme zu Schwentinaler „Neue Mitte“ richtig und vernünftig!

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Hans-Werner Tovar, der wirtschaftspolitische Sprecher, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

„Die von der Verwaltung erarbeitete Stellungnahme zum Bebauungsplan der Stadt Schwentinal für einen zentralen Versorgungsbereich „Neue Mitte“ ist sachlich richtig und ökonomisch vernünftig. SPD, Grüne und SSW tragen sie in vollem Umfang mit. Die Funktionen des Oberzentrums Kiel und der umliegenden Gemeinden und Stadtkerne müssen abgewogen und ein verträgliches Mit-einander gefunden werden.“

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 31.03.2011, 18:37 Uhr - 7275 Clicks - Nr. 358

SPD fordert Verbesserung des ÖPNV in Norderstedt

„Das SVG-Gutachten ist nur dann sinnvoll, wenn die Stadt die genannten Handlungsmöglichkeiten auch ergreift“, so Roeske. „Der ÖPNV ist ein äußerst komplexes System, die meisten Umsetzungsmöglichkeiten bestehen immer nur zur Halbjahresumstellung der Fahrpläne. Aus

diesem Grund sollten wir zunächst die einfacheren Eingriffe möglichst schnell angehen.“

Für die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 07.04.2011 hat die SPD-Fraktion einen Antrag zum Thema „Busverkehr in Norderstedt“ gestellt. Ziel ist es bestehende Verkehrsprobleme im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Norderstedts zu beheben und auch eine ökologische Verbesserung herbeizuführen.

Dazu der der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Jürgen Roeske: „Unser Antrag fordert die Verwaltung auf eine Feinplanung in einzelnen Punkten vorzunehmen und bis zur Sommerpause eine beschlussfähige Fassung vorzulegen.“

Der SPD-Antrag umfasst drei Punkte.

1. Die Linienführung des Norderstedter Busverkehrs muss verbessert werden. Konkret fordert die SPD in Abstimmung mit den Kreisen die Linien auf der Segeberger Chaussee (7550 und 378) nach einem vorliegenden Gutachten neu zu ordnen. Außerdem sollen die Linien 293 und 393 zwischen Norderstedt-Mitte und Steindamm entflochten werden. Die Linie 193 könnte künftig über den Friedrichsgaber Weg geführt werden um eine Anbindung des Feuerwehrmuseums zu erreichen.
2. Das vorliegende Gutachten sieht eine Taktverdichtung auf einen 20/40-Minuten-Takt vor. Die SPD-Fraktion fordert dies zunächst auf den Hauptlinien einzuführen.
3. Eine bessere Anbindung an die U-Bahn und eine Entzerrung des Parallelverkehrs so wie eine generelle Anbindung der Norderstedter Hauptlinien an die „letzte U-Bahn“.

„Das SVG-Gutachten ist nur dann sinnvoll, wenn die Stadt die genannten Handlungsmöglichkeiten auch ergreift“, so Roeske. „Der ÖPNV ist ein äußerst komplexes System, die meisten Umsetzungsmöglichkeiten bestehen immer nur zur Halbjahresumstellung der Fahrpläne. Aus diesem Grund sollten wir zunächst die einfacheren Eingriffe möglichst schnell angehen.“

Die Taktverdichtung zur Landesgartenschau habe gezeigt, dass einige Veränderungen auch relativ kurzfristig möglich sind. Sollte der Antrag im Ausschuss beschlossen werden, könnten einige Maßnahmen so bereits bis zum Dezember umgesetzt sein.

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 31.03.2011, 19:41 Uhr - 3608 Clicks - Nr. 359

Mitgliederversammlung der SPD Reinbek am 07.04.2011

Die nächste öffentliche Mitgliederversammlung der SPD Reinbek findet statt am Donnerstag, den 07. April 2011, 19.30 Uhr, in der Begegnungsstätte Neuschönningstedt, Querweg 13, Raum 2/3

Die Versammlung soll dieses Mal komplett und beispielhaft unter der Überschrift "Bürgerbeteiligung" stehen: Wir werden keine Vorträge oder Referate halten und keine Partei- oder Regierungsprogramme vorlesen, sondern ausschließlich unseren Gästen das Wort erteilen zu einer umfassenden Bürgerfragestunde und Mitgliedermeckerrunde ohne jede thematische Festlegung. Anregungen, Beschwerden, Kritik und Verbesserungsvorschläge aus den Stadtteilen in Richtung Rathaus sind genauso willkommen wie Meinungsäußerungen und Initiativen in Richtung Landtag oder Bundespolitik. Wir hoffen auf einen spannenden Diskussionsabend mit vielen Wortmeldungen.

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 31.03.2011, 22:10 Uhr - 4570 Clicks - Nr. 360

Sportlerehrung im Reinbeker Schloss

In jedem Jahr ehrt Reinbek in festlichem Rahmen erfolgreiche Sportlerinnen, Sportler und Mannschaften der Stadt. Auch in diesem Jahr haben Bürgermeister Axel Barendorf und Bürgervorsteher Lothar Zug in den Festsaal des Reinbeker Schlosses eingeladen, wieder zeigte sich: Die Vereine Reinbeks sind lebendig und erfolgreich, viele Menschen konnten 2011 ausgezeichnet werden. Mit dabei waren auch Martin Habersaat, Reinbeks SPD-Vertreter im Landtag und der Stadtverordnete Baldur Schneider.



Martin Habersaat freute sich, bei der Festveranstaltung und vor allem beim anschließenden Empfang viele alte Bekannte zu treffen: „Von 2004 bis 2006 habe ich mein Referendariat an der Sachsenwaldschule absolviert. Ich finde es schön, bei Veranstaltungen wie diesen zahlreiche ehemalige Schülerinnen und Schüler, Eltern, aber auch Kollegen und viele Menschen, die ich seit meiner Landtagszugehörigkeit kennengelernt habe, zu treffen.“

Geehrt wurden Sportlerinnen und Sportler ehren, die im Jahr 2010 besondere Leistungen im Rahmen des Breitensports, herausragende Leistungen im Leistungssport und besonders herausragende Leistungen für das ehrenamtliche sportliche Engagement gezeigt haben. Neben den Sportlerinnen und Sportlern standen also auch Trainerinnen und Betreuer im Mittelpunkt, die jeweils gemeinsam mit den Athleten ausgezeichnet wurden. Martin Habersaat: „Freiwilliges Engagement ist ein wichtiges Element, das unsere Gesellschaft zusammenhält. Gerade den Sportvereinen kommt hier eine besondere Bedeutung zu, im Kinder- und Jugendbereich genauso wie für alle folgenden Altersgruppen.“

Foto: Anschließender Empfang

Keine Kommentare

SPD Reinfeld sorgt sich um die Qualität der Verkehrsanbindung Hamburg - Lübeck

Die Reinfelder Bürgerinnen und Bürger sind – insbesondere nach Einführung des ½-Stunden-Taktes bei den Regionalexpresszügen in der Hauptverkehrszeit – zufrieden.

Leider gibt es nach dem Zug um 22.06 Uhr ab Hamburg eine große Zugpause. Hier besteht der Wunsch nach Fortführung des abendlichen 1-Stunden-Taktes, um nicht mit dem Auto zu einem Theaterbesuch nach Hamburg fahren zu müssen. Doch in den vergangenen Wochen gab es Auskünfte und Informationen, die Anlass zur Sorge geben, ob die Zugverbindung nach Lübeck und Hamburg in der jetzigen Qualität für Reinfeld erhalten bleiben werden.

Ein Problem wird in der festen Fehmarn-Belt-Querung und dem Wunsch der Dänen nach einer halbstündigen Zugverbindung zwischen Kopenhagen und Hamburg gesehen. Hinzu kommt der häufig formulierte Wunsch, hauptsächlich von Südstormarnern, nach einer S-Bahn-Verbindung zwischen Hamburg Hauptbahnhof und Bad Oldesloe. Die bestehende zweigleisige Bahntrasse ist jedoch bereits jetzt durch den Personen- und Güterverkehr überlastet. Sollten mit der FFBQ Schnellzüge hinzukommen, die nicht in Reinfeld halten würden und ein S-Bahn-Verkehr bis Bad Oldesloe entstehen, gäbe es für die Deutsche Bahn AG kaum noch einen Grund, in Reinfeld halbstündlich Züge halten zu lassen. Reinfeld wäre von einem bedarfsgerechten ÖPNV abgehängt!

Der OV Reinfeld setzt sich dafür ein, den halbstündlichen Takt zwischen Hamburg und Lübeck mit Doppelstockwagen zu erhalten und eher noch auszubauen. Die feste Fehmarn-Belt-Querung darf die Beförderungsqualität für Reinfelder Nutzer nicht mindern. Dieses Thema muss dringend in den städtischen Ausschüssen behandelt werden, um die Funktion Reinfelds als Unterzentrum und Wirtschaftsstandort nicht zu gefährden.

Petra Gehrke

Keine Kommentare